

AV 2

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1963 · TEIL IV

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR GESCHICHTE
ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), G. Bondi (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S.P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

JAHRBUCH
FÜR
WIRTSCHAFTS
GESCHICHTE

1963 · TEIL IV



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1964

Redaktionsschluß: 15. Juli 1963

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1964 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 • 100/121/64

Gesamtherstellung: IV/2/14 • VEB Werkdruck Gräfenhainichen • 2147

Bestellnummer: 2103/63/4 • ES 5 B 2 • 14 D • Preis: DM 20,-

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

JÜRGEN KUCZYNSKI

Thomas Mann. Zwei Studien über die gesellschaftliche Entwicklung eines Humanisten des deutschen Bürgertums — unter besonderer Berücksichtigung auch von Fragen der Wirtschaftsgeschichte, der Politischen Ökonomie und der Politik allgemein 11

KATJA NEHLS

Zur Bewegung der Kapitalexporte des deutschen Imperialismus 57

SIEGFRIED EPPERLEIN

Die sogenannte Freilassung in merowingischer und karolingischer Zeit. Ein Beitrag zur frühmittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik 92

DISKUSSIONEN

WILFRIED STRENZ

Zur Aufgabenstellung und Problematik der Geographischen Wirtschaftsgeschichte 111

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

Erfahrungen und methodologische Probleme aus der Betriebs-geschichtsschreibung 137

HANS RADANDT

Schriftwechsel mit Arbeitgeberverbänden — Quelle zur Betriebs-geschichtsschreibung über die Zeit des Kapitalismus 138

B. I. SCHABALIN

- Wissenschaftliche Probleme der Geschichte des sowjetischen Betriebes (Geschichte der Fabriken und Werke) 152
- Carl Zeiss Jena einst und jetzt. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann (Horst Handke) 173

QUELLEN UND MATERIALIEN

WOLFGANG LÖSER

- Die Rolle des preußischen Staates bei der Ausrüstung der Eisenbahnen mit elektrischen Telegraphen in der Mitte des 19. Jahrhunderts 193

HERBERT SEIFFERT

- Die Entwicklung der Familie von Alvensleben zu Junkerindustriellen 209

HANS-HEINRICH MÜLLER

- Eine bäuerliche Preisschrift 244

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)

RUDOLPH STRAUSS

- Fleischpreise in Chemnitz 263

LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

PAUL PESCHKE

- Geschichte der deutschen Sozialversicherung (Lotte Zumpe) . . . 281

MARTIN ZÖLLER

- Über die Politik des imperialistischen Deutschland gegenüber Jugoslawien bis zum 6. April 1941. Zum Erscheinen eines Buches von Sergije Dimitrijević 291

BIBLIOGRAPHIEN

RENATE GÜNTHER

- Spezialverzeichnis ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen der Berliner Bibliotheken (1. Fortsetzung) 313

- Autorenverzeichnis 323

Zu diesem Band

Wie in den Naturwissenschaften so gewinnen auch auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften Forschungen, die über den Grenzstreifen einer Disziplin hinausgehen und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens untersuchen, immer größere Bedeutung. So untersucht Jürgen Kuczynski die Beziehungen zwischen der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland und dem literarischen Schaffen Thomas Manns und den auf der Grundlage der Entfaltung der Widersprüche des Imperialismus vor sich gegangenen gesellschaftlichen Erkenntnisprozeß dieses großen kämpferischen Humanisten.

Gleichfalls unmittelbar mit der Gegenwart verbunden sind die Studie von Katja Nehls über die Entwicklung des Kapitalexports des deutschen Imperialismus in den Etappen der allgemeinen Krise und die problemreichen Rezensionen von Lotte Zumpe und Martin Zöller.

Auf Wunsch zahlreicher Kollektive in den Betrieben will die Redaktion mit den Veröffentlichungen in der Rubrik „Geschichte der Fabriken und Werke“ stärker noch als bisher methodologische Anleitungen geben und Erfahrungen vermitteln. Besonders erwähnt sei die Übersetzung des Artikels von B. I. Schabalin, die uns mit den neuesten sowjetischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte bekannt macht.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Bandes liegt auf dem Gebiet der Agrargeschichte; hierzu gehören die Spezialstudie von Siegfried Epperlein zur Herausbildung feudaler Verhältnisse, die Veröffentlichung einer von Hans-Heinrich Müller entdeckten bäuerlichen Preisschrift aus dem 18. Jahrhundert und die Arbeit von Herbert Seiffert über die Entwicklung der Familie v. Alvensleben zu Junkerindustriellen im 20. Jahrhundert – Studien aus drei Geschichtsetappen, die mit ihrer Problematik außerordentlich wichtig für die Ausarbeitung unseres Geschichtsbildes sind.

Stellt die bäuerliche Preisschrift gleichzeitig auch ein interessantes Dokument für die Untersuchung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft dar, so gibt Wolfgang Löser aufschlußreiches Material über die Hemmung der Entfaltung der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert in Deutschland auf dem Gebiet des Verkehrswesens.

Wilfried Strenz setzt die in Band I/62, III/62 und I/63 aufgenommene Diskussion über den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte mit einem Beitrag zur speziellen Problematik der geographischen Wirtschaftsgeschichte fort.

Monographien,
Studien und Referate

Diskussionen

Geschichte
der Fabriken und Werke

Thomas Mann

Zwei Studien über die gesellschaftliche Entwicklung eines Humanisten des deutschen Bürgertums – unter besonderer Berücksichtigung auch von Fragen der Wirtschaftsgeschichte, der Politischen Ökonomie und der Politik allgemein

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

Im August 1941 sprach Thomas Mann nach Deutschland: „Ich bin, so antworte ich den Fremden, gutgläubig und vaterlandsliebend genug, dem Deutschland, das sie lieben, dem Deutschland Dürers und Bachs und Goethes und Beethovens, den längeren historischen Atem zuzutrauen. Dem anderen wird der Atem ausgehen – sehr bald: man darf sein heutiges Schnauben nicht als gewaltige Atemkraft mißverstehen. Es hat sich ausgelebt und ist im Begriffe, sich auszuleben, sich wahrhaft zu Ende und zu Tode zu leben, nämlich im ‚Dritten Reich‘, das als Bloßstellung einer Idee durch ihre Verwirklichung etwas Unüberbietbares und durchaus Tödliches darstellt.“

Immer hatte Thomas Mann den Instinkt zum Humanismus, vom ersten Tage, da er an die Öffentlichkeit trat. Doch lang und schwierig war der Weg, bis der Bürger Thomas Mann soviel Einsicht in die politischen, in die gesellschaftlichen Verhältnisse gewann, daß aus dem Instinkt Weisheit, aus der Tendenz zutiefst begründete Weltanschauung wurde.

Im folgenden geben wir zwei Studien, deren erste sich mit der Frage der gesellschaftlichen Einsicht Thomas Manns in den Buddenbrooks beschäftigt, deren zweite die Vollendung des bürgerlichen Humanismus in den Spätäußerungen Thomas Manns untersucht.

DIE WAHRHEIT, DAS TYPISCHE UND DIE BUDDENBROOKS

Wenn Engels in seinem Brief an Miss Harkness über Balzac bemerkt, er habe aus dessen comédie humaine „sogar in den ökonomischen Einzelheiten (zum Beispiel die Neuverteilung des realen und persönlichen Eigentums nach der Revolution) mehr gelernt, als von allen berufsmäßigen Historikern, Ökonomen und Statistikern dieser Zeit zusammengenommen“, so will er damit selbstverständlich keinen Maßstab für die Beurteilung von Kunstwerken geben: Selbstverständlich wägen wir nicht den Wert von Romanen nach den öko-

nomischen Kenntnissen, die sie vermitteln. Und noch viel weniger können wir erwarten, daß der Dichter, der seinem Zeitstück ein älteres Gewand gibt, ein antikes (Brechts Coriolan) oder feudales (Goethes Götz von Berlichingen), uns nun die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen das Gewand ursprünglich getragen wurde, darlegt – würde das doch gerade seinem Anliegen der Zeitdichtung völlig widersprechen.

Ganz anders aber ist es, wenn ein Dichter meint, den Roman einer bestimmten Zeit geschrieben zu haben, also wenn Thomas Mann „den Weg des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert“ in den Buddenbrooks schildert. In einem solchen Fall ist es dann auch gleichgültig, ob er eine „Seelengeschichte“ des Bürgertums gibt oder den Bogen weiter spannt. Denn auch eine „Seelengeschichte“ des Bürgertums muß verbunden sein mit seiner ökonomischen Geschichte. Spielt sich eine solche „Seelengeschichte“ des Bürgertums nun in einer Gesellschaft ab, die einen ökonomischen Aufstieg bei gleichzeitigem ideologischen Verfall bringt – wie es der Realität entspricht –, so hat sie natürlich mehr Chancen echter Entwicklung, als wenn sie sich in einer von Thomas Mann ersonnenen Gesellschaft abwickelt, in der die Bourgeoisie ökonomisch verfällt, während sie gleichzeitig einem ideologischen Höhepunkt ihrer Gestaltung zustrebt.

Ja mehr: Bei einem Roman der Thematik und des Rufes der Buddenbrooks darf man – eben weil eine „Seelengeschichte“ nicht ohne Basis möglich ist – auch fragen: Wie ist die Schilderung des ökonomischen Entwicklungsprozesses gelungen? Kann der Wirtschaftshistoriker, wie Engels von Balzac hinsichtlich ökonomischer Vorgänge nach der Revolution, von Thomas Mann etwas über die Wirtschaftsgeschichte der Bourgeoisie lernen? Zumindest aber *muß* man fragen: Ist die „Seelengeschichte“ ökonomisch richtig basiert?

Die Frage lautet also: Ist es dem Dichter gelungen, ein *wirkliches Kunstwerk* zu schaffen, das heißt, die gesellschaftliche *Wirklichkeit* zu erfassen und sie *künstlerisch* zu erfassen?

Im folgenden werden wir uns nicht mit den ästhetischen Qualitäten der Buddenbrooks, die jeder, der Sinn für Kunst hat, begreift, sondern mit ihren ökonomischen Wirklichkeits-Qualitäten beschäftigen. Darum stehen auch Termini wie typisch, realistisch usw. nicht für ästhetische, sondern für historische und ökonomische Kategorien.

1. Erste Wahrheit: Deutsche und lübeckische Bourgeoisie

Die Geschichte der deutschen Bourgeoisie im 19. Jahrhundert läßt sich in drei Perioden gliedern:

Die erste reicht vom Beginn des Jahrhunderts bis zu seiner Mitte. Kränklich in ihrer Kindheit, die sich in der Zeit vor 1807 abspielt, wächst die Bourgeoisie bis zur Revolution von 1848 kräftig heran. Sie ist benachteiligt gegenüber der Bourgeoisie Englands und Frankreichs und anderer Länder, da sie niemals die

Schule einer demokratischen Revolution absolviert hat. Sie ist feige und verlogen. Aber in der Gier nach Profit ist sie, wenn auch nicht so erfolgreich, doch nicht minder eifernd und geifernd als ihre Schwestern im Westen. Ihre kalte Brutalität den Arbeitern und deren im Betrieb beschäftigten Kindern gegenüber unterscheidet sie nicht von dem auch in Westeuropa Üblichen. Als Handelsbourgeoisie hat sie nicht die Gelegenheit der englischen und französischen zu gigantischem Betrug rückständiger Völker, aber sie tut ihr Bestes. Mit Brutalität und Betrug lassen sich jedoch durchaus nicht so selten kulturelle Neigungen, freundschaftlicher und verständnisvoller Verkehr mit Universitätsprofessoren, Pastoren, Künstlern, Ärzten und anderen Kreisen der Intelligenz, die als gleichberechtigt erscheinen, verbinden.

Die politische Prüfung von 1848 besteht die Bourgeoisie in keiner Weise.

Einen „Ausgleich“ für das politische Versagen suchend, macht die deutsche Bourgeoisie in ihrer zweiten Periode, die von 1850 bis 1871 reicht, die größten Anstrengungen, ökonomisch etwas zu leisten. In diesen Bemühungen hat sie großen Erfolg. Sie beginnt einzuholen und zu überholen. Am Ende dieser Periode ist Frankreich geschlagen.

Gleichzeitig „unterwandert“ sie ökonomisch das Junkertum so stark, daß dieses zu einer kapitalistisch wirtschaftenden Schicht wird.

So kommt es, daß das Junkertum auch einen Teil der politischen Aufgaben der Bourgeoisie übernehmen und durchführen kann: die nationale Einigung Deutschlands und die Ausrichtung des Staates auf kapitalistische Profitmacherei.

Das Verhältnis der Bourgeoisie zur Kultur wird jetzt kühler. Man beginnt die Naturwissenschaften, vor allem die Technik, deren Aufgabe, der Entwicklung der Produktivkräfte und so dem Profit zu dienen, leicht erkennbar ist, zu bevorzugen. Alles andere soll nur Apologetik sein und beginnt einer gewissen Verachtung, wie alles billig Käufliche, zu verfallen. Was nicht käuflich ist, kann, soweit ungefährlich, von den Frauen und Kindern der Bourgeoisie genossen werden, ist aber kaum verkehrswert. Man vergleiche etwa die persönlichen Beziehungen zur Bourgeoisie von Uhland vor 1850 und von Storm nach 1850, oder umgekehrt die von Harkort und Borsig zu Universitätsprofessoren und Schriftstellern.

Über der dritten Periode steht als Motto der Ausspruch: „Die Zeit der Ideale ist vorüber. Die deutsche Einheit ist aus der Traumwelt in die prosaische Welt der Wirklichkeit hinuntergestiegen. Politiker haben heute weniger als je zu fragen, was wünschenswert, als was erreichbar ist.“¹ Wer so sprach, war Johannes v. Miquel, der in seiner Jugend glaubte, Marx zu folgen, dann Nationalliberaler wurde und sich in dieser dritten Periode zum Agrarkonservativen entwickelte.

Die Bourgeoisie ist arrivée, „angekommen“ – zu Hause und in der Welt. Recht spät – und entsprechend protzend, parvenühaft sich gebend. Der Brutalität,

¹ Schultze, W. / Thimme, Fr., Johannes von Miquels Reden, Bd 1, 1860 bis 1869, Halle 1911, S. 198.

die sie bisher dem Schwächeren gegenüber, den Arbeitern in ihrem Betrieb, so grausam zeigte, gesellt sich rüdes Benutzen der Ellenbogen im Weltmaßstab zu. Einen „neuen Räuber“ nennt sie Lenin. Reichlich über Geld verfügend, wie alle, die lange in untergeordneter Stellung gedient haben, mit Ordnungssinn versehen, beginnt sie sich auf ihre Rolle als Welteroerer vorzubereiten. Drei siegreiche Kriege haben ihr die Meinung hinterlassen, daß sich mit Gewalt alles regeln ließe und daß sie es ganz besonders gut verstünde, gewalttätig zu sein. Daher ein Hang zur Verachtung der Diplomatie – international und im Verkehr mit anderen Klassen und Schichten im Volke selbst, außer natürlich mit dem Junkertum, dem sie sich einst aus Angst vor der Arbeiterklasse ergeben und dessen traditionsgeschwängerte rüde Beschränktheit sie immer noch erschauernd ehrt und achtet und liebt.

Echte Beziehungen zur Kultur sind nicht verboten, sie werden als Steckenpferd geduldet.

*

Die Geschichte der Lübecker Bourgeoisie unterscheidet sich ein wenig von der der deutschen im allgemeinen. Bis 1870 war sie überwiegend Handelsbourgeoisie. Die Kaufleute, nicht die Industriekapitalisten, waren gesellschaftlich die wichtigeren; einen Adel gab es nicht; das Patriziat war bürgerlich-kaufmännisch – und da es sich um eine Seestadt mit internationalen Beziehungen handelt, konnte es trotz ehrlicher Bemühungen die Beschränktheit weder der Junker noch des Patriziats einer Landstadt erreichen.

Die Jagd nach dem Profit ist für das Kaufmannskapital immer abenteuerlicher als für das Industriekapital – sogar beim Getreidehandel mit Inlandspreisen.

Die Beengung ökonomischer und politischer Betätigung durch Dänemark erschwert bis in den Beginn der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Entwicklung der Stadt. Nachdem dieser Druck gewichen war, lag die erfolgreiche Rivalität Stettins und Hamburgs gleich einem Schatten auf der lübeckschen Geschäftstätigkeit.

Darum findet sich auch in allen Schilderungen – selbst offiziellen, die den Segen der Zeit preisen sollen –, sobald sie auf die Geschichte des 19. Jahrhunderts kommen, ein leichter Hauch der Traurigkeit und Beklemmung.

Nur zwei Beispiele seien gegeben, beide aus dem Jahre 1926, in Lübeck gedruckt und veröffentlicht:

In der „Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck. Mit Unterstützung eines hohen Senats herausgegeben von Dr. Fritz Endres, Studienrat am Johanneum zu Lübeck“, lesen wir: „Lübeck hatte es verstanden, sich nach der Franzosenzeit trotz der Ungunst der Verhältnisse sehr rasch wieder seine alte Stellung im nordischen Verkehr zu erwerben. Im Handeln nach Finnland stand es unbestritten an erster Stelle, und in Schweden verdrängte es sogar England von seinem ersten Platze. Erst Ende der sechziger Jahre machte sich der Wettbewerb Stettins fühlbar, das bis dahin weit hinter Lübeck zurückgestanden hatte. Ihm kam das große Hinterland des ganzen deutschen Zollvereins zugute,

dem Lübeck ferngeblieben war, auch erwachsen ihm besondere Vorteile aus der Aufhebung des Sundzolls und aus den besseren Verkehrsbedingungen als Ostseehafen Berlins. Seit den siebziger Jahren setzt dann der gewaltige Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens ein, an dem auch Lübeck sein voller Anteil zufiel. Hatte es bis dahin aber nur mit dem Wettbewerb Stettins zu kämpfen, so traten mit dem Bau des Nordostseekanals die beiden großen Nordseehäfen Bremen und vor allem Hamburg als gefährliche Rivalen hinzu: für sie war der Kanal ein Geschenk, das ihnen in den Schoß fiel; für Lübecks Handel führte er dagegen die schwersten Schäden herbei. Gegen die Zusagen wurden die Kanalgebühren so niedrig angesetzt, daß das Bild sich vollkommen verschieben mußte. 1890 betrug der Ostseehandel von Hamburg und Bremen etwa die Hälfte des lübischen, 1910 erreichte der lübische noch nicht die Hälfte des hamburgischen allein.“²

Und das „Lübecker Heimatbuch. Herausgegeben im Auftrage des Senats vom Denkmalrate“ sagt: „Seit der Mitte des Jahrhunderts gewann das Hinterland für die deutschen, und insbesondere die Ostseehäfen entscheidende Bedeutung: Schienenwege und gute Wasserstraßen erleichterten die Verbindung mit dem gewerblich und landwirtschaftlich emporstrebenden Binnenlande, und die Stärke dieser Verbindung wirkte zurück auf den Seehandel der Häfen. Lübecks neu erschlossenes Hinterland war aber, wie dargelegt, von vornherein umstritten, sowohl von der Ostsee- wie der Nordseeküste her. Dadurch hat Lübecks Vormachtstellung im Handel Deutschlands mit dem Norden eine Einschränkung erfahren, deren Wirkung nur durch das gewaltige Anwachsen der Produktions- und der Konsumkraft Deutschlands und der nordischen Länder – das allen Häfen zugute kam – zum Teil wieder ausgeglichen wurde; ein Ausgleich durch wesentliche Verstärkung des Nordseeverkehrs war Lübeck infolge seiner Lage in der Südwestecke der Ostsee nicht möglich. Im ganzen hat sich also die ‚Mobilisierung‘ der Menschheit, die Ende des 18. Jahrhunderts ermöglicht wurde, ganz abgesehen von der besonderen Benachteiligung Lübecks durch die Franzosenzeit und das Verhalten Dänemarks in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zunächst gegen Lübeck gewandt und die Stadt zu besonders reger Betätigung zwecks Abwehr des wachsenden Wettbewerbs der Nachbarhäfen genötigt. In diesem Wettbewerb schied Kiel, bei dem er sich am frühesten zeigte, 1857 im ganzen wieder aus, von seiten Stettins setzte er etwa um diese Zeit bemerkenswert ein, während die Nordseehäfen, vor allem Hamburg, erst Ende des Jahrhunderts fühlbar hinzugetreten sind.“³

² *Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck*. Mit Unterstützung eines hohen Senats herausgegeben von Dr. Fritz Endres, Lübeck 1926.

³ *Lübecker Heimatbuch*, hg. im Auftrage des Senates vom Denkmalrate, Lübeck 1926.

2. Zweite Wahrheit: Familie Mann

Die Familie Mann hatte praktisch nur während des 19. Jahrhunderts ihren Sitz in Lübeck. Sie gehörte nicht zu den Alt-Lübecker Familien. Der Urgroßvater von Thomas Mann war noch in Rostock geboren. 1790 hatte er in Lübeck die Getreidehandelsfirma gegründet, deren reiche Einnahmen der Familie einen Teil des Ansehens, das die zu junge Vergangenheit sonst nicht erlaubt hätte, geben sollte. Johann Siegismund Mann brachte es auf der gesellschaftlichen Leiter bis zum Aeldermann der Bergenfahrer.

Sein ältester Sohn, ebenfalls Johann Siegismund genannt, klomm gesellschaftlich weiter als der Vater. Er heiratete zwar in zweiter Ehe (der Thomas Manns Vater entsproß) ebenfalls in eine „neue Familie“, die Martys; aber der Schwiegervater, aus Schweizer Geschlecht, war ebenfalls sehr reich, Großkaufmann und dazu Konsul. Johann Siegismund, wie sein Vater Aeldermann, wurde dazu noch Mitglied der „Bürgerschaft“ und schließlich, wie sein Schwiegervater, Konsul. Er vermehrte das Kapital, wie es sich für einen guten Bourgeois gehört.

Der Ehe entsprossen vier Kinder: Olga Maria, die, noch nicht vierzig Jahre alt, 1884 starb. Maria Elisabeth Amalia Hyppolita (in den Buddenbrooks Toni genannt), die lebenslustig bis 1916 Neffen und Nichten mit ihrer Art entzückte – Victor Mann beschreibt sie so: „Aber auch eine wirkliche und richtige Tante kam manchmal zur Freude der ganzen Familie an. Sie strahlte Würde, Fröhlichkeit und Güte aus, war in ihrem starren Seidenkleid immer der Mittelpunkt einer lachenden Gruppe und sprach mit einer Stimme, in der mir eine kleine Trompete mitzuklingen schien.“⁴ Friedrich Wilhelm Leberecht (Christian in den Buddenbrooks), der in der Familie als Außenseiter bzw. als schwarzes Schaf galt⁵, aber von allen geliebt wurde, ein fröhlich-bewegtes Leben führte, immer reichlich Geld, wenn auch niemals genug davon besaß, und schließlich fast achtzig Jahre alt, bis zum letzten Tage geistig frisch, starb.

Das vierte Kind, der erstgeborene Johann Heinrich Mann, war der Vater von Heinrich und Thomas – er ist der Senator Thomas Buddenbrook. Alle drei Söhne haben von ihm geschrieben:

Heinrich Mann:

„Mein Bruder bewies durchaus die Beständigkeit unseres Vaters, auch den Ehrgeiz, der seine Tugend war. Der Ehrgeiz veredelt die Selbstsucht, wenn er nicht von ihr ablenkt.

Nach sechzig Jahren höre ich wieder meinen Vater, seine Antwort auf die Bemerkung eines Mitbürgers, sein Name werde natürlich auch diesmal genannt. ‚Ja. Ich bin überall dabei, wo nichts zu verdienen ist.‘ Der Kaufmann legte

⁴ Mann, Victor, Wir waren Fünf. Bildnis der Familie Mann, Konstanz 1949, S. 39.

⁵ Ebenda, S. 233.

Wert auf unbezahlte Arbeiten, die gemeinnützig dienten. Die Steuerpflichtigen seines Stadtstaates kosteten ihm mehr Mühe und Zeit, als ein Mitglied des regierenden Senates ersetzt bekam. Ich glaube nicht, daß er, obwohl 25 Jahre Chef der Firma, ihr Vermögen vermehrt hat.

Sein Geschäft war, Getreide zu kaufen, es zu lagern und es zu verschiffen. Als Knaben nahm er mich auf die Dörfer mit. Damals hoffte er noch, ich könnte ihm nachfolgen. Er ließ mich ein Schiff taufen, er stellte mich seinen Leuten vor. Das alles schief ein, als ich zu viel las und die Häuser der Straße nicht hersagen konnte. Über Land fuhren wir im gemieteten Wagen. Niemand, kaum die Millionäre, hielten sich damals den eigenen, den jetzt Besitzlose haben. Beim Getrappel der Pferde trat der Bauer vor seinen Hof, und der Kauf wurde ohne Besichtigung abgeschlossen, beiderseits bestand Vertrauen. Gerade um die gute Freundschaft frisch zu erhalten, reiste mein Vater.

Seine Popularität, die groß und aufrichtig war – aufrichtig erworben und dargebracht –, erscheint mir, wenn ich die außerordentliche Namhaftigkeit meines Bruders bedenke, als ihre Vorgestalt . . .

Unser Vater arbeitete mit derselben Gewissenhaftigkeit für sein Haus wie für das öffentliche Wohl.“⁶

Und noch einmal: „Mein Vater, ein Kaufmann, der den kleinen Freistaat Lübeck zum guten Teil regierte, denn er verwaltete die Abgaben, las die Zeitung: eine neue Rede des Fürsten. Sie sollte lange in aller Munde bleiben, besonders der Satz: ‚Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt.‘ Senator Thomas Heinrich Mann, geboren 1840, war skeptisch wie sein Jahrhundert. Er schnob Luft aus und meinte leichthin: ‚In Wirklichkeit fürchten wir manches.‘ Dies mit Zärtlichkeit für den gewagten Ausspruch und seinen Urheber.“⁷

Thomas Mann:

„Wie oft im Leben habe ich mit Lächeln festgestellt, mich geradezu dabei ertappt, daß doch eigentlich die Persönlichkeit meines verstorbenen Vaters es sei, die als geheimes Vorbild mein Tun und Lassen bestimme. Vielleicht hört heute der eine oder andere mir zu, der ihn noch gekannt, ihn noch hat leben und wirken sehen, hier in der Stadt, in seinen vielen Ämtern, der sich erinnert an seine Würde und Gescheitheit, seinen Ehrgeiz und Fleiß, seine persönliche und geistige Eleganz, an die Bonhomie, mit der er das platte Volk zu nehmen wußte, das ihm in noch ganz echt patriarchalischer Weise anhing, an seine gesellschaftlichen Gaben und seinen Humor. Er war kein einfacher Mann mehr, nicht robust, sondern nervös und leidensfähig, aber ein Mann der Selbstbeherrschung und des Erfolges, der es früh zu Ansehen und Ehren brachte in der Welt – dieser seiner Welt, in der er sein schönes Haus errichtete. Wir Brüder, der ältere und ich, wissen wohl, was unser Wesen der Mutter und ihrer südlichen ‚Frohnatur‘ zu danken hat; aber vom Vater haben auch wir ‚des Lebens ernstes

⁶ Mann, Heinrich, Ein Zeitalter wird besichtigt, Berlin 1947, S. 233 ff.

⁷ Ebenda, S. 192 f.

Führen', das Ethische, das mit dem Bürgerlichen in so hohem Grade zusammenfällt.“⁸

Victor Mann:

„Auf unseren Vater, den ältesten Sohn, waren die besten Eigenschaften der Geschlechterfolge überkommen. Die Würde einer zweihundertjährigen Tradition, eine weit über dem Durchschnitt liegende Bildung, Geschmack, reger Geist und eine gleichzeitig noble wie höchst liberale Art gaben seiner wirtschaftlichen Tüchtigkeit das Air des ‚königlichen Kaufmanns‘ und prädestinierten ihn im besten Sinne zum Chef des alten Hauses und zum Exponenten der res publica.

1877 wurde er in den Senat gewählt und unser altes Wappen – ein wilder Mann mit einem Fell um die Lenden, in einer Hand eine Keule und in der anderen einen ausgerissenen Baum – wurde in der ‚Kriegsstube‘ des Rathauses aufgehängt, wo viele altersdunkle Bilder vom militanten Ruhm der Hansastadt erzählten.

Der Senator Mann, Produkt glücklicher Blutmischungen, war trotz Verfeinerung und stärkerer Vergeistung, trotz seiner Londoner Anzüge und russischen Zigaretten weder ein müder Snob, noch überhaupt dekadent, wenn man nicht verstärkte Geistigkeit prinzipiell mit decadence oder die letztere mit der ersteren begründen und erklären will.

Unser Vater bedeutete ohne Zweifel den Höhepunkt der Mannschen hochbürgerlichen Periode und sein früher Tod war ein Ende dieser Zeit ohne langsamen Abstieg und Verfall, die eine dichterische Lizenz der Buddenbrooks sind. Papa hat das schon klar erkannt, als er vor einer Operation sein Testament schrieb. Ohne jede Äußerung des Unmutes stellte er fest, daß seine ältesten Söhne ihren künstlerischen Neigungen folgen würden, bedauerte nur, daß sein Jüngster noch in der Wiege läge, da solche Nachgeborenen oft recht gute wirtschaftliche Fähigkeiten hätten, verfügte mit präziser Umsicht die Liquidierung der großen Firma und die sichere Anlage des bedeutenden Erlöses und bestimmte Erbteile, Mitgiften, Auskehrungen und Verwaltung.

Abgekämpft und lebensmüde war er nicht. Noch in seinen letzten Fieberphantasien währte er sich in einer Senatssitzung und hielt eine Rede über ein wichtiges Problem. Er schloß deutlich und scharf akzentuiert: ‚Meine Herren, am 13. um einhalb sechs Uhr werde ich eine Inspektionsreise antreten.‘ Noch einmal ins Bewußtsein zurückgekehrt, sagte er traurig zu Mama: ‚Ich wäre so gerne noch bei Euch geblieben.‘ Und dann schlief er ein: am 13. zu der im Fieber vorausgesagten Stunde.“⁹

Johann Heinrich Mann war eine ungewöhnliche Gestalt der Großbourgeoisie, eine jener Ausnahmen in ihrer dritten Periode. Wie so mancher Großbourgeois seiner Zeit hatte er den Ehrgeiz, politisch tätig zu sein – auch Krupp und

⁸ Mann, Thomas, Lübeck als geistige Lebensform, in: Gesammelte Werke, Bd 11, Berlin 1955, S. 381.

⁹ Mann, Victor, a. a. O., S. 16 f.

Hansemann wollten in den Reichstag, Stumm, Siemens und andere waren Abgeordnete — und gleichzeitig, ja, in „dialektischer Verbindung“ damit, gute Geschäfte zu machen. Dazu kam ein echtes Verhältnis zur Kultur, eine liaison wirklicher Liebe. Thomas Mann spricht von der „kaufmännischen Kultur-eleganz“ daheim.¹⁰ Alle drei Aktivitäten erforderten die Führung eines großen Hauses — unter Leitung einer Frau, von der Thomas Mann später als „einst gefeierter Gesellschaftsdame“ spricht.¹¹

Heinrich Mann bezweifelt, daß der Senator das Vermögen der Firma vermehrt hat. Das mag für einige Zeit zutreffen, in der der Lübecker Handel sich allgemein wenig entwickelte, hätte also der Gesamtlübecker, wenn auch wahrhaftig nicht der gesamtdeutschen, Situation entsprochen. In jedem Fall hinterließ er der Familie nach all den Verlusten, die jede Geschäftsauflösung bringen muß, ein Vermögen, das nicht weit fern der Millionengrenze gewesen sein kann. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß er sich in der Profitmacherei wesentlich von anderen Lübecker Großkaufleuten unterschied.

Größer zweifellos als beim Durchschnitt war sein öffentliches Geltungsbedürfnis, wohl verbunden mit „Gemeinsinn“, der Bereitschaft, auch ohne direkten materiellen Gewinn, in der politischen Verwaltung zu arbeiten.

Tief und echt und ungewöhnlich war sein Kulturverständnis. So tief, so echt, daß er dieser Liebe, auch wenn Profitjagd und politischer Ehrgeiz ihm, wie bemerkt, nur eine liaison mit ihr erlaubten, seine beiden ältesten Söhne willig, ohne ernsten Widerstand, überließ. —

Die Geschichte der Familie Mann im 19. Jahrhundert ist die Geschichte der deutschen Handelsbourgeoisie. Spielt in der früheren Zeit abenteuerliches Risiko bei so manchem Geschäft noch eine beachtliche Rolle, so solidisiert sich mit wachsendem Ruf und größerem Kapital das Geschäft, ohne jedoch das zwar jetzt abenteuerlose, aber risikoreiche Spiel auszuschließen.

Auch das Ende der Firma ist so ordentlich wie nur möglich, großbourgeois bis in die letzte Geschäftshandlung. Alles, was an Kapital vorhanden, wird mit größter Umsicht in Geld verwandelt und dann wieder so angelegt, daß die Familie behaglich von den Zinsen leben kann. Die beiden Söhne Heinrich und Thomas, die, sich wie gesagt von Zinsen nährend, in Italien schriftstellern, brauchen sich keineswegs zu scheuen, nach einem etwas lustig verlebten Monat die Mutter um eintausend Mark Sonderzuschuß zu bitten.

Ganz untypisch ist nur die Haltung von Johann Heinrich Mann zur Kultur. Aber sie wird geduldet, da er ein ordentlicher Geschäftsmann ist; solange er das ist, darf er auch Kulturverständnis zeigen. Und da er mit der Kultur zwar in Liebe, jedoch nicht so, daß Profit und Politik darunter leiden, verbunden ist, gibt es auch keinen Zwiespalt in seinem Leben.

Wo aber ein offener Widerspruch entstehen könnte — bei seinen Kindern: da löst er ihn, indem er das Kapital aus der Zirkulation herausholt und es fest-

¹⁰ Mann, Thomas, Lebensabriß, a. a. O., Bd 12, S. 402.

¹¹ Ebenda, S. 406.

verzinslich bindet, um der Kultur zu dienen. Das ist großbourgeois in der klugen und gerissenen Erkenntnis gewisser Funktionen des Kapitals — das ist antibourgeois in der Haltung zur Kultur. Aber die antibourgeoise Haltung von Johann Heinrich Mann bezieht sich nur auf die Zeit nach seinem Tode — und für die Zeit nach dem Tode ist sogar auch der Monopolkapitalist zu manchen Konzessionen, ja, selbst „untypisch“ zu werden, bereit, wenn auch zuzugeben ist, daß solch antigroßbourgeoise Haltung bezüglich der Zeit nach dem Tode sich häufiger bei kinderlosen Kapitalakkumulatoren als bei einem kinderreichen Großbourgeois wie Johann Heinrich Mann findet.

3. Dritte Wahrheit: Familie Buddenbrook

Der älteste Buddenbrook ist genau wie der älteste Mann, der uns hier interessierte, alles andere als aus alter Lübecker Familie. Er brachte die Seinen mit Heereslieferungen hoch, denen bestimmt nicht der Profit, aber wohl, wie bei allen Heereslieferungen jener Zeit, alles „Reelle“ gemangelt haben wird.

Das heißt nicht, daß diese Geschäfte, jedes einmal erfolgreich in Gang gesetzt, nicht „totsicher“ waren. So totsicher wie die Bank des Casinos, die aller menschlichen und mathematischen Voraussicht nach gewinnen muß.

So kann es geschehen, daß dieser frühe kapitalistische Räuber, realistisch und zynisch zugleich, seinem Nachfolger den Spruch einprägte: „Mein Sohn, sei mit Lust bei den Geschäften, bei Tage, aber mache nur solche Geschäfte, daß Du bei Nacht ruhig schlafen kannst!“ (Unschuldig ist der Alte daran, daß dieser schöne Spruch im Munde seines charakterlich und geistig wesentlich beschränkteren Sohnes einen kleinbürgerlich-utilitaristischen Klang hat.)

Der alte Buddenbrook wird niemals zum Spießbürger. Davor rettete ihn in jüngeren Jahren die Lust zu abenteuerlicher Großprofitjägerei und später ein gewisser heiterer Skeptizismus, der eigentlich seinem uns unbekanntem Vater im 18. Jahrhundert besser angestanden hätte, jedoch auch bei diesem Buddenbrook noch charmiert.

Sein Sohn, der Konsul, hat in jeder Beziehung weniger Niveau als der Vater. Nicht nur ist es ein pietistischer Frömmler, sondern er verdient auch nichts hinzu. Nicht einmal seine Tochter kann er durch berechnende Verheiratung vernünftig kapitalisieren.

So etwas mag in jeder Familie vorkommen. Immerhin ist es unangenehm, gerade in den vierziger und fünfziger Jahren, in denen die Bourgeoisie ökonomisch ordentlich, zum Teil mehr als ordentlich vorankommt, einen so mittelmäßigen Nachfolger zu haben. Der älteste Buddenbrook hat hierin allerdings unvorherzusehendes Pech. Hatte er doch zwei Söhne gezeugt — aber der andere war wohl in mancher Hinsicht noch mäßiger. Immerhin hätte man für einen guten Partner sorgen können, aber das hätte vielleicht das Familiengeschäft gestört.

Doch da der alte Buddenbrook so unverzüglich akkumuliert hatte, brauchte sich die allseitige Mittelmäßigkeit des Sohnes nicht mehr als nur lähmend auf das Geschäft auszuwirken.

Und in einer Beziehung „leistete“ der Sohn sogar etwas. Geld und Ruf des Vaters ließen ihn Konsul werden — ein merklicher Schritt herauf in der gesellschaftlichen Stufenleiter. Dazu kommt die wirkliche Leistung seiner Frau, die ein Haus zu führen verstand, in dem die besten Familien Lübecks verkehrten. Vielleicht half dazu auch gerade die Mittelmäßigkeit des Mannes, die die auf allen Gebieten des Lebens ehrgeizige Konkurrenz unter Männern ausschloß und so in Verbindung mit vorzüglicher Küche und weltanschaulicher Solidarität keinen Grund zu irgendeiner Animosität gab, sondern eher vertrauliche ungefährliche Freundlichkeit von seiten anderer Geschäftsfamilien hervorrief.

Da er so mittelmäßig ist, ist er stets der Herr Konsul.

Wie untypisch er für die deutsche Bourgeoisie in dieser Zeit ist, zeigt ein Vergleich mit dem alten Spreemann, einem echten, schlaunen Biedermeier, der sich heraufarbeitet¹², oder mit den Daniel Jacoby und Charles Petit in Lübeck.¹³

Ganz anders sein Sohn Thomas, der Enkel des alten Buddenbrook. Wirklich begabt in jeder Hinsicht bringt er das Geschäft finanziell und die Familie gesellschaftlich vorwärts.

Aber völlig unbegreiflicherweise, gesellschaftlich ganz unbegründet, nur medizinisch zu erklären, bricht die Familie psychisch zusammen.

Christian ist ein nicht unbegabter, letztlich harmloser Nichtsnutz. Solch Sprößling kommt in allen Bourgeois-Familien einmal in dieser, einmal in jener Generation vor. Man schickt ihn nach Amerika, und dort wird entweder etwas aus ihm, oder er geht zugrunde, während die Mutter um ihn seufzt, der Vater ihn abgeschrieben hat, und es den Geschwistern peinlich ist, an ihn erinnert zu werden.

Aber man hat genügend Kinder, um das Geschäft vorwärtszubringen — insbesondere nach 1866 und 1870. Jetzt kommt die ganze robuste Frechheit der Bourgeoisie zum Vorschein.

Doch gerade in dieser Zeit bricht die für die deutsche Großbourgeoisie nun völlig untypische Gestalt des Senators Thomas zusammen — psychologisch! und damit ganz unkapitalistisch, ganz unbourgeois, so unangebracht in der Gesellschaft seiner Zeit, wie die soeben benutzten Adjektiva in unserer Sprache.

An einer der schönsten Stellen der Buddenbrooks wird dieser Zusammenbruch in seiner ersten Phase gedeutet:

„Ach . . . Geschäfte, mein Kind. Ich habe eine nicht ganz kleine Partie Roggen nicht sehr vorteilhaft . . . na, kurz und gut: eine große Partie sehr unvorteilhaft verkaufen müssen . . .“

¹² Berend, A., Spreemann & Co., Berlin 1915.

¹³ Vgl. dazu auch Mathies, O./ Entholt, H./ Leichtweiß, L., Die Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck, Gotha 1928.

„Oh, das kommt vor, Tom! Das passiert heute, und morgen bringst du's wieder ein. Sich dadurch gleich die Stimmung verderben zu lassen . . .“

„Falsch, Tony“, sagte er und schüttelte den Kopf. „Meine Stimmung ist nicht unter Null, weil ich Mißerfolg habe. Umgekehrt. Das ist mein Glaube, und darum trifft es auch zu.“

„Aber was ist es denn mit deiner Stimmung?!“ fragte sie erschreckt und erstaunt. „Man sollte annehmen . . . du solltest fröhlich sein, Tom! Klara ist am Leben . . . alles wird gut gehen mit Gottes Hilfe! und im übrigen? Hier gehen wir in deinem Garten umher, und alles duftet nur so. Dort liegt dein Haus, ein Traum von einem Haus; Hermann Hagenström bewohnt eine Kate im Vergleiche damit! Das alles hast du zuwege gebracht . . .“

„Ja, es ist fast zu schön, Tony. Ich will sagen: es ist noch zu neu. Es verstört mich noch ein wenig, und daher mag die üble Stimmung kommen, die mir zusetzt und mir in allen Dingen schadet. Ich habe mich sehr auf dies alles gefreut, aber diese Vorfreude war, wie ja immer, das Beste, denn das Gute kommt immer zu spät, immer wird es zu spät fertig, wenn man sich nicht mehr recht darüber freuen kann . . .“

„Nicht mehr freuen, Tom! Jung, wie du bist!“

„Man ist so jung oder alt, wie man sich fühlt. — Und wenn es kommt, das Gute und Erwünschte, schwerfällig und verspätet, so kommt es, behaftet mit allem kleinlichen, störenden, ärgerlichen Beiwerk, allem Staube der Wirklichkeit, mit dem man in der Phantasie nicht gerechnet hat, und der einen reizt . . . reizt . . .“

„Ja, ja . . . Aber so jung oder alt, wie man sich fühlt, Tom —?“

„Ja, Tony. Es mag vorübergehen . . . eine Verstimmung — gewiß. Aber ich fühle mich in dieser Zeit älter, als ich bin. Ich habe geschäftliche Sorgen, und im Aufsichtsrat der Büchener Eisenbahn hat mich Konsul Hagenström gestern ganz einfach zu Boden geredet, widerlegt, beinahe dem allgemeinen Lächeln ausgesetzt . . . Mir ist, als ob mir dergleichen früher nicht hätte geschehen können. Mir ist, als ob mir etwas zu entschlüpfen begönne, als ob ich dieses Unbestimmte nicht mehr so fest in Händen hielte wie ehemals . . . Was ist der Erfolg? Eine geheime, unbeschreibliche Kraft, Umsichtigkeit, Bereitschaft . . . das Bewußtsein, einen Druck auf die Bewegungen des Lebens um mich her durch mein bloßes Vorhandensein auszuüben . . . Der Glaube an die Gefügigkeit des Lebens zu meinen Gunsten . . . Glück und Erfolg sind in uns. Wir müssen sie halten: fest, tief. Sowie hier drinnen etwas nachzulassen beginnt, sich abzuspannen, müde zu werden, alsbald wird alles frei um uns her, widerstrebt, rebelliert, entzieht sich unserem Einfluß . . . Dann kommt eines zum andern. Schlappe folgt auf Schlappe, und man ist fertig. Ich habe in den letzten Tagen oft an ein türkisches Sprichwort gedacht, das ich irgendwo las: <Wenn das Haus fertig ist, so kommt der Tod.> Nun, es braucht noch nicht gerade der Tod zu sein. Aber der Rückgang . . . der Abstieg . . . der Anfang vom Ende . . . Siehst du, Tony“, fuhr er fort, indem er den Arm unter den seiner Schwester schob, und seine Stimme wurde noch leiser: „Als wir Hanno

taufte, erinnerst du dich? Da sagtest du zu mir: <Mir ist, als ob jetzt noch eine ganz neue Zeit beginnen müsse!> Ich höre es noch ganz deutlich, und es schien dann, als solltest du recht bekommen, denn es kam die Senatswahl, und ich hatte Glück, und hier wuchs das Haus aus dem Erdboden. Aber <Senator> und Haus sind Äußerlichkeiten, und ich weiß etwas, woran du noch nicht gedacht hast, ich weiß es aus Leben und Geschichte. Ich weiß, daß oft die äußeren, sichtbarlichen und greifbaren Zeichen und Symbole des Glückes und Aufstieges erst erscheinen, wenn in Wahrheit alles schon wieder abwärts geht. Diese äußeren Zeichen brauchen Zeit, anzukommen, wie das Licht eines solchen Sternes dort oben, von dem wir nicht wissen, ob er nicht schon im Erlöschen begriffen, nicht schon erloschen ist, wenn er am hellsten strahlt . . .

Er verstummte, und sie gingen eine Weile schweigend, während der Springbrunnen in der Stille plätscherte und es in der Krone des Walnußbaumes flüsterte. Dann atmete Frau Permaneder so mühsam auf, daß es wie Schluchzen klang.

„Wie traurig du sprichst, Tom! So traurig wie noch nie! Aber es ist gut, daß du dich ausgesprochen hast, und nun wird es dir leichter werden, dir alles das aus dem Sinn zu schlagen.“

„Ja, Tony, das muß ich, so gut es geht, versuchen, und nun gib mir die beiden Einlagen von Klara und dem Pastor. Es wird dir recht sein, wenn ich dir die Sache abnehme und morgen vormittag selbst mit Mutter spreche. Die gute Mutter! Aber wenn es Tuberkeln sind, so muß man sich ergeben.“¹⁴

Bedenkt man noch, daß die Lektüre Schopenhauers einen geistigen „Höhepunkt“ im Leben des Senators spielt, dann erkennt man in der Tat den Abfall von der Großbourgeoisie, der nicht gesellschaftlicher Verrat, sondern persönliche Krankheit ist.

„Wie bis zur Unkenntlichkeit verändert sein Gesicht sich ausnahm, wenn er sich allein befand! Die Muskeln des Mundes und der Wangen, sonst diszipliniert und zum Gehorsam gezwungen, im Dienste einer unaufhörlichen Willensanstrengung, spannten sich ab, erschlafften; wie eine Maske fiel die längst nur noch künstlich festgehaltene Miene der Wachheit, Umsicht, Liebenswürdigkeit und Energie von diesem Gesichte ab, um es in dem Zustande einer gequälten Müdigkeit zurückzulassen; die Augen, mit trübem und stumpfem Ausdruck auf einen Gegenstand gerichtet, ohne ihn zu umfassen, röteten sich, begannen zu tränen – und ohne Mut zu dem Versuche, auch sich selbst noch zu täuschen, vermochte er von allen Gedanken, die schwer, wirr und ruhelos seinen Kopf erfüllten, nur den einen, verzweifelten festzuhalten, daß Thomas Buddenbrook mit zweiundvierzig Jahren ein ermatteter Mann war.

Er strich langsam und tief atmend mit der Hand über Stirn und Augen, entzündete mechanisch eine neue Zigarette, obgleich er wußte, daß es ihm schadete, und fuhr fort, durch den Rauch ins Dunkel zu blicken . . . Welch ein Gegensatz zwischen der leidenden Schlawheit seiner Züge und der eleganten, beinahe

¹⁴ Mann, Thomas, a. a. O., Bd 1, S. 440 ff.

martialischen Toilette, die diesem Kopf gewidmet war – dem parfümierten, lang ausgezogenen Schnurrbart, der peinlich rasierten Glätte von Kinn und Wangen, der sorgfältigen Frisur des Haupthaars, dessen beginnende Lichtung am Wirbel nach Möglichkeit verdeckt war, das, in zwei länglichen Einbuchtungen von den zarten Schläfen zurücktretend, einen schmalen Scheitel bildete und über den Ohren nicht mehr lang und gekraust, wie einst, sondern sehr kurz gehalten war, damit man nicht sehe, daß es an dieser Stelle ergraute . . . Er selbst empfand ihn, diesen Gegensatz, und er wußte wohl, daß niemandem draußen in der Stadt der Widerstreit entgehen konnte, der zwischen seiner beweglichen, elastischen Aktivität und der matten Blässe seines Gesichtes bestand.“¹⁵

Der Senator fühlt sehr wohl, wie untypisch der Fall der Familie Buddenbrook ist: „Oftmals, wenn die trüben Stunden kamen, fragte sich Thomas Buddenbrook, was er eigentlich noch sei, was ihn eigentlich noch berechtigte, sich auch nur ein wenig höher einzuschätzen als irgendeinen seiner einfach veranlagten, biederer und kleinbürgerlich beschränkten Mitbürger. Die phantasievolle Schwungkraft, der muntere Idealismus seiner Jugend war dahin. Im Spiele zu arbeiten und mit der Arbeit zu spielen, mit einem halb ernst, halb spaßhaft gemeinten Ehrgeiz nach Zielen zu streben, denen man nur einen Gleichniswert zuerkennt, – zu solchen heiter-skeptischen Kompromissen und geistreichen Halbheiten gehört viel Frische, Humor und guter Mut; aber Thomas Buddenbrook fühlte sich unaussprechlich müde und verdrossen.

Was für ihn zu erreichen gewesen war, hatte er erreicht, und er wußte wohl, daß er den Höhepunkt seines Lebens, wenn überhaupt, wie er bei sich hinzufügte, bei einem so mittelmäßigen und niedrigen Leben von einem Höhepunkte die Rede sein konnte, längst überschritten hatte.

Was das rein Geschäftliche betraf, so galt im allgemeinen sein Vermögen für stark reduziert und die Firma für im Rückgange begriffen. Dennoch war er, sein mütterliches Erbe, den Anteil am Mengstraßenhause und den Grundbesitz eingerechnet, ein Mann von mehr als sechsmalshunderttausend Mark Kurant. Das Betriebskapital aber lag brach seit langen Jahren; mit dem pfennigweisen Geschäftemachen, dessen sich der Senator zur Zeit der Pöppenrader Ernteangelegenheit angeklagt hatte, war es seit dem Schlage, den er damals empfangen, nicht besser, sondern schlimmer geworden, und jetzt, in einer Zeit, da alles sich frisch und siegesfroh regte, da seit dem Eintritt der Stadt in den Zollverband kleine Krämergeschäfte imstande waren, sich binnen weniger Jahre zu angesehenen Großhandlungen zu entwickeln, jetzt ruhte die Firma Johann Buddenbrook, ohne irgendeinen Vorteil aus den Errungenschaften der Zeit zu ziehen, und über den Gang der Geschäfte befragt, antwortete der Chef mit matt abwehrender Handbewegung: „Ach, dabei ist nicht viel Freude . . .“ Ein lebhafterer Konkurrent, der ein naher Freund der Hagenströms war, tat die Äußerung, daß Thomas Buddenbrook an der Börse eigentlich nur

¹⁵ Ebenda, S. 478 f.

noch dekorativ wirke, und dieser Scherz, der auf das sorgfältig gepflegte Äußere des Senators anspielte, wurde von den Bürgern als eine unerhörte Leistung gewandter Dialektik bewundert und belacht.“¹⁶

Der letzte Buddenbrook, Hanno, ein feines, sensibles Kind, erblich belastet und gesellschaftlich durch die Schule bedrückt, wird schließlich – was soll man auch mit ihm anfangen? – vom Autor mittels Typhus ermordet. Zum Entsetzen der Leser, die jedoch ebenfalls keinen Ausweg wissen und nicht einmal eine wahre Tragödie vor sich haben, denn alles ist sinnlos – nicht der medizinischen, wohl aber der gesellschaftlichen Logik nach.

Wäre Hanno ein Sohn Hagenströms, des echten Vertreters deutscher Großbourgeoisie in dieser Zeit, dann wäre Hanno der kleine, so liebenswerte Held einer echten gesellschaftlichen Tragödie, das Opfer der Kultur auf dem Altar des Profits, der im Hause eines reichen Protzen steht.

Aber so?

4. Die erste Täuschung: Thomas Mann

Ursprünglich hatte Thomas Mann eine relativ richtige Einstellung zu seinem Roman, vielfach noch bis in die erste Zeit nach dem Ende des ersten Weltkrieges.

Im „Lübeck als geistige Lebensform“ schildert er, wie er an die Arbeit ging: „Nicht Zola also, wie man vielfach angenommen hat – ich kannte ihn damals gar nicht –, sondern die sehr viel artistischeren Goncourts waren es, die mich in Bewegung setzten, und als weitere Vorbilder boten skandinavische Familienromane sich an, legten sich als Vorbilder darum nahe, weil es ja eine Familiengeschichte, und zwar eine handelsstädtische, der skandinavischen Sphäre schon nahe, war, die mir vorschwebte. Auch dem Umfang nach wurde dann etwas den Büchern Kiellands und Jonas Lies Entsprechendes konzipiert; zweihundertfünfzig Seiten, nicht mehr, in fünfzehn Kapiteln – ich weiß es noch, wie ich sie aufstellte. Und so ging es denn an ein Notizenmachen, ein Entwerfen chronologischer Schemata und genauer Stammbäume, ein Sammeln psychologischer Pointen und gegenständlichen Materials – ich wußte nicht genug, ich wandte mich mit allerlei geschäftlichen, städtischen, wirtschaftsgeschichtlichen, politischen Fragen nach Lübeck, an einen nun längst verstorbenen Verwandten.“¹⁷

Das Resultat seiner Arbeit war eine Familiengeschichte, in der der psychologische, ja, pathologische Faktor eine entscheidende Rolle spielt. 1921 bemerkt er in einem „Vorwort zu einer Bildermappe“: „Ich leugne nicht, daß das Pathologische mich geistig mächtig anzieht, und daß es dies immer getan hat. Aber immer war es mir unlieb, wenn man sich bei Beurteilung meiner Produkte allzusehr daran klammerte, die Dinge allzu einseitig aus diesem Gesichtspunkt betrachtete: so, wie ich noch gestern gelesen habe, meine

¹⁶ Ebenda, S. 628 f.

¹⁷ Ebenda, Bd 11, S. 374.

„Buddenbrooks‘ seien eigentlich die Geschichte einer urinsauren Diathese durch vier Generationen – was denn doch stark ist. Denn eben weil die Anziehung, die das Krankhafte auf mich ausübte, geistiger Art war, war ich auf seine Vergeistung von Instinkt bedacht, wohl wissend, daß nur schlechter Naturalismus den Kultus des Pathologischen um seiner selbst willen betreibt, und daß dieses durchaus nur als Mittel zu geistigen, poetischen, symbolischen Zwecken ins Dichterische eingehen kann.“¹⁸

Und schließlich stellt er fest: „Denn es ist wahr, ich habe die Verwandlung des deutschen Bürgers in den Bourgeois ein wenig verschlafen, ich weiß von ihr immerhin, doch anders kaum, als vom Hörensagen, ich habe sie, obwohl fünf Jahre nach 1870 geboren, nicht recht erlebt. Wie kam denn das?“¹⁹

Aber die Reaktion eines Großteils seiner bürgerlichen Leser und der Literaturkritik zwang ihm ein anderes Urteil auf – und glücklich überrascht stellt Thomas Mann fest, daß er etwas anderes, Größeres, Bedeutungsvolleres geleistet habe, als es in seiner Absicht lag, während er den Roman schrieb. In der schon zitierten Rede in Lübeck bemerkt er:

„Eine Dame, Münchener Künstlerin, sagte damals zu mir: ‚Ich habe mich nicht gelangweilt beim Lesen Ihres Buches und habe mich auf jeder Seite gewundert, daß ich mich nicht langweilte.‘ Ich antwortete ihr: ‚Wissen Sie, daß Sie mir da ein großes Kompliment gemacht haben?‘ Wirklich deuteten ihre Worte auf einen Triumph über den Stoff, mit dem sich der junge Autor nicht wenig wußte. Oft genug hatte ich mich selber gelangweilt, und die Virtuosenengungtung, es dennoch möglich gemacht zu haben, bestimmte im höchsten Grade mein Verhältnis zu dem Werk und seiner Wirkung. Kein Gedanke daran, daß etwas überartistisch und mehr als autobiographisch Verdienstliches darin liegen könnte, ein Bild hanseatischen Lebens aus dem neunzehnten Jahrhundert, Kulturgeschichtliches also, gegeben zu haben. Kein Gedanke, dies Verdienstliche könne etwa darin liegen, daß damit zugleich ein Stück der Seelengeschichte des deutschen Bürgertums überhaupt gegeben war. Und am allerwenigsten ließ ich mir ein Drittes träumen: daß das Interesse an diesem Buch, sachlich, seelisch, über Deutschland hinausreichen, daß von dieser Geschichte des ‚Verfalls einer Familie‘ ausländisches Bürgertum sich berührt, getroffen fühlen, daß es sich darin wiedererkennen könnte; kurz, daß ich, indem ich ein nach Form und Inhalt sehr deutsches Buch gab, zugleich ein überdeutsch-europäisches Buch, ein Stück Seelengeschichte des europäischen Bürgertums überhaupt gegeben haben könnte.

Dies alles erfuhr ich erst viel später, zu einer Zeit, als der Roman als persönliche Leistung mir schon so fern stand, mir so sehr zum Objekt geworden und von meinem Subjekt getrennt war, daß sich dieses mein Ich kaum noch in einer Beziehung des Verdienstes dazu fühlte: namentlich die letzte Erfahrung, die von der hochgradigen Gültigkeit einer scheinbar spezifisch deutschen Gestaltung

¹⁸ Ebenda, Bd 12, S. 366 f.

¹⁹ *Derselbe*, Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1929, S. 119.

für internationale Verhältnisse, machte tiefen Eindruck auf mich. Diese Gültigkeit wurde mir weniger durch die Tatsache demonstriert, daß der Roman nach und nach in die meisten europäischen Sprachen übersetzt wurde (auch die französische Ausgabe ist jetzt beschlossen), nein, sondern ich bekam es mit eigenen Ohren zu hören, auf Reisen, im Gespräch mit Menschen verschiedener Länder. Wie oft, etwa in der Schweiz, in Holland, in Dänemark, habe ich junge Leute ausrufen hören: „Dieser Prozeß der Entbürgerlichung, der biologischen Enttötigung durch Differenzierung, durch das Überhandnehmen der Sensibilität – genau wie bei uns!“ Als ich jetzt in Paris war, hatte ich bei einem Abendessen einen bekannten französischen Kritiker und Essayisten zum Nachbarn: Edmond Jaloux. Er erzählte mir, daß er aus Marseille stamme, dieser südfranzösischen Hafen- und Handelsstadt, deren Leben und materielle Kultur er mir als lübeckisch schilderte, mit dem Hinzufügen, er sei erstaunt gewesen, wie sehr meine Erzählung ihn, den Künstler, Schriftsteller gewordenen, den „entarteten“ Marseiller, an heimische Verhältnisse und an seine Emanzipation davon gemahnt habe.“²⁰

Und ähnlich, auf das Unbewußte der Leistung, der (angeblichen) Schaffung eines gesellschaftlich typischen Romans hinweisend, erläutert Thomas Mann 1947 in „Zu einem Kapitel aus ‚Buddenbrooks‘“:

„Ich erinnere mich wohl, daß, was mir ursprünglich am Herzen gelegen hatte, nur die Gestalt und die Erfahrungen des sensitiven Spätlings Hanno waren – eigentlich also nur das, was den Inhalt des hier abgedruckten Kapitels bildet, und was aus frischer Erinnerung, aus dichterischer Introspektion geleistet werden konnte. So entsprach es im Grunde meinen Jahren und zudem der deutschen dichterischen Tradition, die von Gesellschaftskritik nie viel hat wissen wollen. Da aber ein epischer Instinkt mich trieb, ab ovo zu beginnen und die gesamte Vorgeschichte mit aufzunehmen, so entstand statt der Knabennovelle, die sich nicht viel von anderen damals in Deutschland hervorgebrachten unterschieden hätte, ein als Familien-Sage verkleideter Gesellschaftsroman, der als solcher dem westeuropäischen Typ des Romans näherstand als dem deutschen, ein vom Verfallsgedanken überschattetes Kulturgemälde, dessen Kritizismus sich in humoristischen Formen hält, bis er bei der Charakteristik der deutschen Mittelschule von damals zur anklägerischen Satire wird.“²¹

Vielleicht am klarsten wird die Täuschung Manns über die Bedeutung seines Romans in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ an einer Stelle, an der sich Richtiges und Falsches merkwürdig mischen. Er sagt dort: „Mein eigentliches Erlebnis nun aber, das mich in den Stand setzte, der Literatur ein für die Geschichte des deutschen Bürgertums charakteristisches Werk zu geben, war die „Entartung“ einer solchen alten und echten Bürgerlichkeit ins Subjektiv-Künstlerische: ein Erlebnis und Problem der Überfeinerung und Enttötigung, nicht der Verhärtung; ein Lebensprozeß, dem ich nicht nur

²⁰ Derselbe, Gesammelte Werke, Bd 11, a. a. O., S. 377 f.

²¹ Ebenda, Bd 12, S. 465.

irgendwie als Zeitgenosse kritisch anwohnte, sondern den unmittelbar und tief anzuschauen ich geboren war. Mit einem Worte: Was ich erlebte und gestaltete – aber ich erlebte es wohl erst, indem ich es gestaltete –, das war auch eine Entwicklung und Modernisierung des Bürgers, aber nicht seine Entwicklung zum Bourgeois, sondern seine Entwicklung zum Künstler – und wenn ich neben den Verfallsbürger den Aufstiegsbürger, den Neuankömmling, Aufkäufer und Nachfolger stellte, so geschah es flüchtig und ohne daß ich an diesem Gegentyp in irgendeinem Sinne sonderlich teilgenommen hätte. Das Problem, das mir auf den Nägeln brannte und mich produktiv machte, war kein politisches, sondern ein biologisches, psychologisches; und daß ich ihm als Künstler all meine Aufmerksamkeit zuwandte, das war wohl wiederum recht deutsch; das Seelisch-Menschliche ging mich an; das Soziologisch-Politische nahm ich eben nur halb unbewußt mit, es kümmerte mich wenig.²²

Hier geht eigentlich alles durcheinander.

Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß Thomas Mann mit den Buddenbrooks „ein für die Geschichte des Bürgertums charakteristisches Werk“ gegeben hat. Das Werk ist für die Geschichte des Bürgertums absolut uncharakteristisch und untypisch.

Richtig ist, daß es eine „Entartung“ ins Subjektiv-Künstlerische“, „Überfeinerung und Enttötigung“ darstellt. Aber das hat nichts mit der historischen Entwicklung der Bourgeoisie zu tun.

Richtig ist, daß der „Aufstiegsbürger“ nur ganz nebenbei behandelt wird – das heißt, die typische Bourgeois-Entwicklung wird als nebensächlich betrachtet.

Richtig ist, daß das Problem, das Thomas Mann „auf den Nägeln brannte“ und ihn „produktiv machte“, „kein politisches, sondern ein biologisches, psychologisches“ war.

Aber gerade darum ist es grundfalsch, von Thomas Mann zu glauben, er hätte einen Gesellschaftsroman geschrieben, „ein für die Geschichte des Bürgertums charakteristisches Werk“.

Gerade an den gesellschaftlichen Problemen, an der Verwandlung der Bourgeoisie der älteren Buddenbrooks von vor 1850 in die Bourgeoisie der Hagenströms geht Thomas Mann vorbei, weil ihn das „Politische“ – lies auch: Ökonomische und damit Gesellschaftliche – „wenig kümmerte“.

5. Die zweite Täuschung: Hans Mayer und Inge Diersen

Die besten größeren Werke über Thomas Mann sind die Arbeiten von Hans Mayer „Thomas Mann. Werk und Entwicklung“²³ und Inge Diersen „Untersuchungen zu Thomas Mann“²⁴.

²² Derselbe, Betrachtungen eines Unpolitischen, a. a. O., S. 120 f.

²³ Mayer, Hans, Thomas Mann. Werk und Entwicklung, Berlin 1950.

²⁴ Diersen, Inge, Untersuchungen zu Thomas Mann, Berlin 1959.

Beide sind hinsichtlich der Buddenbrooks, so meine ich, ganz ähnlichen Täuschungen, wenn auch nicht im gleichen Maße wie Thomas Mann, erlegen.

Doch bevor wir auf sie eingehen, sei eine Einschätzung von Lukács angemerkt, die sich auf die schon zitierte Äußerung von Thomas Mann bezieht, daß er „die Verwandlung des deutschen Bürgers in den Bourgeois ein wenig verschlafen“ habe. Darauf antwortet Lukács:

„Thomas Mann unterschätzt hier seine eigene Produktion. Man nehme nur den Kontrast in der Entwicklung der Familien Hagenström und Buddenbrook; in der ersteren haben wir jene Entwicklung des deutschen Bürgers zum Bourgeois in vollendeter Gestaltung, die Thomas Mann angeblich ‚verschlafen‘ hat. Er hat diese Entwicklung so wenig ‚verschlafen‘, daß sich die zweite Hälfte des Erstlingsromans kulturpolitisch und moralisch wesentlich um die Achse dreht: Wer sind denn die wirklichen Bürger, die Hagenströms oder die Buddenbrooks?

Die Antwort ist, oberflächlich gesehen, sehr einfach: Das patrizische Bürgertum der Buddenbrooks geht notwendig zugrunde und die Hagenströms beherrschen das neue Deutschland. Das ist klar; das hat Thomas Mann nicht ‚verschlafen‘. Er hat sich nur bei der Feststellung dieser Tatsache nicht resigniert beruhigt. Denn hätte er es getan, so müßte er auf eine deutsche Kultur der Gegenwart, auf die Möglichkeit einer großen zeitgemäßen Literatur verzichten. Er wäre ein Laudator temporis acti, ein neuer Raabe geworden.

So aber entsteht für ihn die Frage: Wer ist der Bürger? Wie sieht sein richtunggebender, kulturbestimmender Typus aus, wenn es nicht das siegreiche Hagenströmsche Wesen ist? Dann aber sind die Buddenbrooks nicht einfach ein untergehendes Geschlecht, sondern – mit allen ihren in die Dekadenz hinüberschillernden Zügen – die Träger einer bürgerlichen Kultur, die einst Deutschlands Stolz gewesen und in der Gegenwart die Quelle seiner Erneuerung, der organischen Fortsetzung des glorreichen Alten sein sollte. Dann ist die Generationsfolge der Buddenbrooks eine Geschichte der Abwandlung der deutschen Kulturtraditionen im neunzehnten Jahrhundert.“²⁵

Natürlich hat Thomas Mann richtig geahnt, daß er die Wandlung des Bourgeois von vor 1850 zu dem nach 1850 „verschlafen“ hat. Die Existenz Hagenströms gerade als Randfigur ist der beste Beweis dafür. Aber mehr: Die beiden älteren Buddenbrooks, wie es Lukács tut, zu „Trägern einer bürgerlichen Kultur, die einst Deutschlands Stolz gewesen und in der Gegenwart die Quelle seiner Erneuerung, der organischen Fortsetzung des glorreichen Alten sein sollte“, zu machen, ist wirklich grotesk. Den alten Kriegslieferanten, der sich im Alter zu einem wirklich netten Biedermeier entwickelt hat, und den beschränkten Konsul, der zu einem Frömmler wird, zu Trägern bürgerlicher Kultur, an die wir anknüpfen können, zu machen, geht wahrlich reichlich weit. Und die Generationsfolge der Buddenbrooks als eine Geschichte der Abwandlung der deutschen Kulturtraditionen im 19. Jahrhundert zu charakterisieren, ist ganz

²⁵ Lukács, G., Thomas Mann, Berlin 1949, S. 18 f.

einfach Unsinn. Hat der älteste Buddenbrook wirklich etwas mit der Kultur seiner Zeit zu tun? – mit Goethe oder Schiller, mit Hegel oder Heine, mit den Brüdern Humboldt oder Grimm? Nichts, aber auch gar nichts hat er mit ihnen zu tun – im Gegensatz zu so manchen Kaufleuten oder Industriellen seiner Zeit, zu den Sievekings oder Perthes oder Harkorts und vielen anderen.

Der Konsul aber – wie kann man überhaupt an Kultur im Zusammenhang mit ihm denken? Er hat eine konservative Lebensart und ist ein Spießbürger – eine Form der Unkultur, die ihn scharf von dem kulturlosen Hagenström unterscheidet, ihn aber deswegen nicht zu einem Kulturträger macht.

Darum ist es auch unverständlich, daß Mayer feststellt: „Der Untertitel des großen Romans mit seinem Hinweis auf den ‚Verfall einer Familie‘ hat natürlich einen ironischen Beiklang. Denn dieses Absinken vollzieht sich zugleich mit einem Aufstieg zu höherer geistiger Verfeinerung. Allein das Schicksal der Familie Buddenbrook ist exemplarisch, kein Einzelfall.“²⁶ Wie ist es wirklich? Ist es nicht so: Obgleich der älteste Buddenbrook wahrhaftig viel Raum zur „geistigen Verfeinerung“ gibt, gelingt es seinem Sohn, ohne Schwierigkeit, weit tiefer zu sinken, und nur der Enkel bringt einen kulturellen Aufstieg.

Mayer meint: „Die ‚Buddenbrooks‘ bedeuten nicht bloß den Verfall einer Familie, sondern zugleich die Geschichte vom Verfall eines reichsstädtischen Bürgertums.“²⁷ Und an einer anderen Stelle spricht er im Zusammenhang mit den Buddenbrooks von „einer reichsstädtischen Bürgerlichkeit der Goethezeit“²⁸.

Von einem solchen reichsstädtischen Bürgertum kann aber bei den Buddenbrooks nicht die Rede sein. Die Buddenbrooks sind nicht feudales Herrscherbürgertum wie das Patriziat, wie das „reichsstädtische Bürgertum“, etwa das Frankfurts zu Goethes Jugendzeit. Sie sind Kaufmannsbourgeoisie, die an der Börse handelt und Kaufmannskapital profitabel im Getreidehandel arbeiten läßt.

Mayer schreibt: „Das Lübecker Bürgertum lebt in den ‚Buddenbrooks‘ unter dem Zeichen einer unlösbaren Antinomie. Nichts soll sich an den Verhältnissen ändern – und doch ist alles in jedem Augenblick von der höchsten Unsicherheit bedroht. Es steht fest, wer zu den ‚besten Familien‘ gehört und wer zu den weniger guten. Die Lebensgesetze des Patriziats werden nachgeahmt vom reichen, aber nicht ‚herrschaftsfähigen‘ Großbürgertum gegenüber der Kleinbürgerwelt, die sich in ähnlichen Normen gegenüber dem ‚Volk‘ abschließt und auf der gebührend niederen Stufe mit dem Patriziat in Gefühlsgemeinschaft findet, wie der Herr Schneidermeister Stuh aus der Glockengießergasse. Das ‚Volk‘ der Hafenarbeiter oder Angestellten erscheint bei den Festlichkeiten, um zu gratulieren, und wird freundlich bedankt dann nach Hause geschickt. Wenn es, wie 1848, aufbegehrt, heißt man es ‚Leute‘ in der Ausdrucksweise Konsul Buddenbrooks, oder ‚Kanaille‘ im Sprachgebrauch des patriarchalischen

²⁶ Mayer, Hans, a. a. O., S. 37.

²⁷ Ebenda, S. 42.

²⁸ Ebenda, S. 34.

Leberecht Kröger. Die Bürgerwelt teilt sich auf in streng geschlossene Schichten. Zugang zur höchsten Kaste ist beinahe unmöglich. Bei Konsul Hagenström muß schon eine gewaltige Quantität des Reichtums in Qualität umschlagen, damit er ‚zugelassen‘ wird. Die großen Empfänge und Abendessen dienen einem Ausdruck des Herrschaftsgefühls und der Kreditwürdigkeit. Die Börse ist sehr empfindlich für Gerüchte. Erscheint eine Firma kaufmännisch bedroht, so muß ein großer Aufwand an Festlichkeit den Schein des Reichtums von neuem erzeugen. Geistige Neuerungssucht schadet der Kreditwürdigkeit genau so wie künstlerische Empfindlichkeit, ja sogar wie die übergroße Eleganz Thomas Buddenbrooks. Eine formale Versteinerung wird allenthalben angestrebt. Sie muß mit Notwendigkeit gerade die begabtesten Mitglieder einer solchen Gemeinschaft in ihren Begabungen verkrüppeln lassen. Genau dies steckt als gesellschaftliche Lehre hinter dem Schicksal der drei Geschwister Thomas, Christian und Toni, ganz zu schweigen von dem kleinen Hanno.“²⁹

Also die Hagenströms sollen die „Lebensgesetze des Patriziats“, das heißt der Buddenbrooks, nachahmen? Ganz im Gegenteil: Die Buddenbrooks ahmen, im Schutze des Halbfeudalismus, des „preußischen Weges“, die Lebensgesetze des vergangenen Patriziats nach, während die Hagenströms, die nationalliberalen Bourgeois, sie kraft ihrer größeren Kapitalakkumulation, ihrer größeren Profite, an die Wand drängen. Statt aber solches politisch und ökonomisch zu begründen, erklärt es Thomas Mann biologisch und psychologisch. — Inge Diersen meint ebenfalls, wie Thomas Mann selbst später unter dem Eindruck allgemeiner Einschätzung, daß Thomas Mann einen Gesellschaftsroman geschrieben habe, einen Roman, der eine typische Entwicklung „des Bürgertums“ gäbe.

Sie schreibt: „Aus ‚dichterischer Introspektion‘ waren die frühen Novellen entstanden, und das, was Thomas Mann mit der Geschichte des ‚sensitiven Spätlings Hanno‘ ursprünglich vorgeschwebt hatte, dürfte sich allenfalls quantitativ, nicht aber qualitativ etwa von der Geschichte des kleinen Herrn Friedemann unterschieden haben. Aber die Geschichte Hannos wurde nicht zur ‚psychologischen short story‘, sondern zum abschließenden Teil eines Gesellschaftsromans, der als ‚Familien-Saga verkleidet‘ war. Dabei sei es ein ‚epischer Instinkt‘ gewesen, der ihn getrieben habe, ‚ab ovo‘ zu beginnen‘. Mit ‚epischer Instinkt‘ ist hier gewiß nicht die quantitative Erweiterung der Spätlings-Geschichte zur Familiengeschichte gemeint, sondern der Durchbruch von der Zustandsschilderung zur Entwicklungsdarstellung. Es erhebt sich die Frage, warum ihm gerade hier, und noch dazu völlig unbeabsichtigt, ungeplant, dieser entscheidende Sprung gelingt. Gewiß hat hier die Erlangung eines gewissen persönlichen und künstlerischen Reifegrades mitgesprochen, aber bestimmt ist es kein Zufall, daß es gerade die Geschichte Hannos ist, die ihn veranlaßt, mehr zu geben, als er beabsichtigt hatte, die ihn auf die Probleme der Genesis hinleitete. Ausschlaggebend dürfte die Stoffwahl gewesen sein.“³⁰

²⁹ Ebenda, S. 36 f.

³⁰ Diersen, Inge, a. a. O., S. 18.

Und weiter: „Die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft mußte, wenn sie realistisch geführt wurde, zu einer Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert werden, jedoch nicht als von der Gegenwart losgelöste Historie, sondern als Entstehungsgeschichte menschlicher und künstlerischer Problematik der Epoche des Imperialismus.“³¹

Und noch einmal: „In der Geschichte der Familie Buddenbrook, in den besonderen Schicksalen ihrer individuell-einmaligen Menschen spiegeln sich allgemeine Tendenzen der bürgerlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert wider. Dem Dichter Thomas Mann, als er seinen Roman schrieb, lag nicht das Allgemeine, sondern das Besondere am Herzen, und die Entdeckung, mehr als das Nur-Einmalige gegeben zu haben, kam erst später . . . Die Allgemeingültigkeit ergibt sich mit oder ohne den Willen des Autors immer dort, wo das Besondere wesentliche Züge der allgemeinen Entwicklung als integrierenden Bestandteil enthält, also typisch ist. Die Geschichte der Familie Buddenbrook, die individuellen Entwicklungen und Konflikte ihrer wichtigsten Glieder bergen solche wesentlichen Momente bürgerlicher Entwicklung im 19. Jahrhundert in sich, sind eben ein Stück ‚Seelengeschichte‘ des Bürgertums. Diese Bezeichnung als ‚Seelengeschichte‘ scheint wert, festgehalten zu werden. Ein literarisches Kunstwerk ist keine Geschichtsschreibung, es kommt ihm nicht auf Vollständigkeit und unbedingte Richtigkeit der Fakten an, es ist keine unterhaltsame Illustrierung der ökonomischen, politischen u. a. Vorgänge; die Fakten, die Historie als solche bilden einzig den Rahmen für die Entwicklung menschlicher Geschehnisse, die das eigentliche, spezifisch literarische Feld der Widerspiegelung der Wirklichkeit abgeben. Dennoch kommt dem Rahmen seine Bedeutung zu und mit ihm dem historischen und sozialen Bereich, in dem das Geschehen angesiedelt ist.“³²

Was aber ist nun typisch? Was ist nun nach Diersen das „Allgemeine“? Was sind die „wesentlichen Momente bürgerlicher Entwicklung“, die in dem Roman zum Ausdruck kommen?

Viel klarer als Mayer zeichnet Diersen die sozialökonomische Schichtung der Buddenbrooks:

„Den sozial-historischen Rahmen bildet die Entwicklung in der Handelsbourgeoisie, die industrielle Bourgeoisie spielt keine Rolle. Das ist weitgehend durch die Anlage des Romans bedingt, der als Geschichte der eigenen Familie Thomas Manns von vornherein an einen bestimmten Schauplatz und an ein bestimmtes soziales Milieu gebunden ist, und jede Erweiterung des Rahmens hätte bedeutet, den persönlichen bzw. familiär-tradierten Erfahrungsbereich zu verlassen. Im Hinblick auf den Prozeß des Verfalls der Bourgeoisie steht also nur ein Teil der kapitalistischen Klasse, und zwar nicht ihr für die Entwicklung im Hochkapitalismus wesentlicher, im Blickfeld der Gestaltung. Dadurch, daß Handelsbourgeoisie mit ihrer nur indirekten Verbindung zur Produktion im Mittelpunkt steht, gibt der Stoff Thomas Mann keinerlei zwingende Ver-

³¹ Ebenda, S. 20.

³² Ebenda, S. 21 f.

anlassung, das Proletariat – sei es auch nur als Hintergrund – in die Gestaltung einzubeziehen. Nur ganz am Rande treten Arbeiter auf, und sie werden mit den Augen eines patrizischen Bürgers gesehen: als Statisten des Geschehens, deren Verhältnis zur Bourgeoisie durch patriarchalische Bindungen bestimmt wird. Die patriarchalischen Beziehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie haben sich allerdings gerade in den kleineren alten Handelsstädten länger erhalten als in anderen Orten, und Thomas Mann mag in der Tat dergleichen in seiner Kindheit erlebt haben. Aber davon abgesehen, zeigt sich hier bereits jene Ausrichtung auf Probleme innerhalb der Bourgeoisie, die den Radius seines Realismus bestimmt.“³³

Doch verführt durch den Untertitel der Buddenbrooks – „Verfall einer Familie“ – kommt Diersen zu solchen Formulierungen: „Die Geschichte der Familie Buddenbrook wird vom Beginn des zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts bis gegen dessen Ende verfolgt, umfaßt also einen Zeitraum, an dessen Anfang die Bourgeoisie schon nicht mehr im wesentlichen aufstrebende, fortschrittliche Klasse ist und an dessen Ende der Übergang vom Hochkapitalismus zum Monopolismus beginnt.“ Und auf der folgenden Seite: „Die Romanhandlung setzt zu einem Zeitpunkt – 1835 – ein, als der Verfallsprozeß des Bürgertums seinen Anfang nimmt.“³⁴

Von einem beginnenden Verfallsprozeß des Bürgertums um 1835 zu sprechen, ist unmöglich; stellt doch Marx erst für die vierziger Jahre fest, daß die deutsche Bourgeoisie sich als Klasse formiert!

Bis in die sechziger Jahre noch war die Bourgeoisie objektiv der Bannerträger des Fortschritts.

Den Verfall der Buddenbrooks mit einem Verfall der Bourgeoisie in Verbindung bringen zu wollen, ist unmöglich.

Noch eigenartiger sind Diersens Auffassungen vom Fortgang des Verfalls – sowohl der Bourgeoisie, historisch, als Klasse, wie auch der Familie Buddenbrook in der Gestalt des Senators Thomas. Sie schreibt:

„Hinter Thomas Buddenbrooks Scheitern stehen objektiv Umschichtungsprozesse in der Bourgeoisie, die bereits der Kapitalkonzentration dienen und Schichten gerade der alten Bourgeoisie aus dem kapitalistischen Geschäft ausschalten. In den Buddenbrooks steht auch hier die Begleiterscheinung dieses ökonomischen Vorgangs, der Verrat der Bourgeoisie an ihren eigenen kulturellen und ethischen Traditionen, im Blickfeld der Gestaltung. In diese Richtung gehen die subjektiven Empfindungen und Überlegungen Thomas Buddenbrooks, geht die Motivierung, die der Roman gibt. Thomas scheitert bei seinem Anpassungsversuch, weil er mit diesen neuen Praktiken nicht vertraut genug ist, um sie zu beherrschen, und weil er sie im Grunde auch gar nicht beherrschen will. Denn ihm bedeutet die Tradition seiner Familie und seiner Firma, eine Tradition, die mit relativer Berechtigung die Illusion des ehrlichen Geschäftemachens aufrechthielt, mehr als der geschäftliche Erfolg, er verachtet die

³³ Ebenda, S. 22 f.

³⁴ Ebenda.

Geschäftemacher neuen Stils und leidet darunter, daß sie mit ihren skrupellosen Methoden Erfolg haben und nicht er. Thomas Buddenbrook sieht sich hier einem Dilemma gegenüber, das im Rahmen seiner Klasse nicht lösbar ist. Die geschäftliche Tradition alter Bürgerhäuser wie der Buddenbrooks wurzelte in der ökonomisch und gesellschaftlich fortschrittlichen Periode des Bürgertums und bildete insgesamt einen Boden, auf dem Kunst und Kultur gedeihen konnten. Zur gleichen Zeit, als diese Tradition in Widerspruch zur kapitalistischen Praxis gerät, lassen sich auch Kultur und Geschäft nicht mehr vereinen. In diesem Sinne ist der ‚Aufstiegsbürger‘ Hagenström genauso ‚Verfallsbürger‘ wie Thomas Buddenbrook.

Als objektive Ursache für den Verfall der Familie Buddenbrook ist festzuhalten, daß die Entwicklung des Kapitalismus über jene hinweggeht, die nicht mit ihr Schritt zu halten vermögen. Hinter dem Auseinanderfall von Kulturbürgertum und Geschäftsbürgertum steht als objektiver historischer Prozeß der Verfall des Bürgertums als einer fortschrittlichen Klasse. Obwohl die Buddenbrooks im politischen Sinne nie fortschrittlich waren, sondern im Gegenteil zum konservativen patrizischen Bürgertum gehören, so ist doch ihre ethische und merkantile Tradition in der fortschrittlichen Periode der Klasse als Ganzem verwurzelt.³⁵

Wenn Diersen meint, daß die „neue Bourgeoisie“ der Hagenströms sich von der „alten Bourgeoisie“ der Buddenbrooks dadurch unterscheidet, daß die erstere der Kapitalkonzentration dient, die letztere nicht – so irrt sie. Der Prozeß der Kapitalkonzentration ist so alt wie das Kapital selbst.

Und wenn sie meint, daß die „alte Bourgeoisie“ eine „kulturelle und ethische Tradition“ habe, die die „neue Bourgeoisie“ verleugne, so hat Diersen ebenfalls unrecht – nicht deswegen, weil nicht eine Wandlung in der „Ethik der Bourgeoisie“ stattgefunden hat, sondern deswegen, weil die alte Ethik der alten Bourgeoisie nicht weniger verbrecherisch war als die der neuen. Man stelle sich den alten, pffifigen, gerissenen Heereslieferanten Buddenbrook als Schöpfer „kultureller und ethischer Tradition“ vor!

Oder man höre Engels zum Wandel der bourgeoisen „Ethik“ nach 1845:

„Der in diesem Buch beschriebne Stand der Dinge gehört heute – wenigstens was England angeht – größtenteils der Vergangenheit an. Obwohl nicht ausdrücklich in den anerkannten Lehrbüchern mit aufgezählt, ist es doch ein Gesetz der modernen politischen Ökonomie, daß, je mehr die kapitalistische Produktion sich ausbildet, desto weniger sie bestehen kann bei den kleinen Praktiken der Prellerei und Mogelei, die ihre früheren Stufen kennzeichnen. Die kleinlichen Schlaumeiereien des polnischen Juden, des Repräsentanten des europäischen Handels auf seiner niedrigsten Stufe, diese selben Pfiffe, die ihm in seiner eignen Heimat so vortreffliche Dienste leisten und dort allgemein angewandt werden, lassen ihn im Stich, sobald er nach Hamburg oder Berlin kommt. Desgleichen der Kommissionär, Jude oder Christ, der von Berlin oder

³⁵ Ebenda, S. 27 f.

Hamburg auf die Börse von Manchester kommt, fand wenigstens noch vor nicht zu langer Zeit dies eine aus: Wollte er Garn oder Gewebe wohlfeil kaufen, so mußte er vor allem sich jener, um ein geringes verfeinerten, aber immer noch jammervollen Manöver und Kniffe entledigen, die in seiner Heimat für die Spitze aller Geschäftsklugheit galten. Allerdings soll mit dem Fortschritt der großen Industrie auch in Deutschland sich manches geändert haben, und namentlich seit dem industriellen Jena von Philadelphia sogar der altdeutsche Biedermannsgrundsatz in Verruf kommen: Es kann den Leuten ja nur angenehm sein, wenn wir ihnen erst gute Muster schicken und nachher schlechte Ware! Und in der Tat, diese Kniffe und Piffe bezahlen sich nicht mehr in einem großen Markt, wo Zeit Geld ist und wo eine gewisse Höhe der kommerziellen Moralität sich entwickelt, nicht aus Tugendschwärmerei, sondern einfach um Zeit und Mühe nicht nutzlos zu verlieren. Und genauso ist es in England gegangen im Verhältnis des Fabrikanten zu seinen Arbeitern . . .

In demselben Grad aber, worin dieser Fortschritt sich darstellte, in demselben Grad wurde auch die große Industrie, dem äußeren Schein nach, moralisch. Die Konkurrenz von Fabrikant gegen Fabrikant, vermittelt kleiner Diebstahle an den Arbeitern, zahlte sich nicht mehr. Das Geschäft war solchen miserablen Mitteln des Geldverdienens entwachsen; der fabrizierende Millionär hatte Besseres zu tun, als seine Zeit zu verlieren mit derlei kleinlichen Kniffen. So etwas war gut genug höchstens für kleine geldbedürftige Leute, die jeden Groschen aufschnappen mußten, wollten sie nicht der Konkurrenz erliegen. So verschwand das Trucksystem aus den Fabrikbezirken; die Zehnstundenbill und eine ganze Reihe kleinerer Reformen ging durch — alles Dinge, die dem Geist des Freihandels und der zügellosen Konkurrenz direkt ins Gesicht schlugen, die aber ebensowohl die Konkurrenz des Riesenkapitalisten gegen seine weniger begünstigten Geschäftskollegen noch überlegener machten . . .

Alle diese Konzessionen an die Gerechtigkeit und Menschenliebe waren eben in Wirklichkeit nur Mittel, die Konzentration des Kapitals in den Händen weniger zu beschleunigen und die kleineren Konkurrenten zu erdrücken, die ohne solchen Extraverdienst nicht leben konnten. In den Händen dieser wenigen hatten die kleinen Nebenerpressungen früherer Jahre nicht nur alle Wichtigkeit verloren, sie waren jetzt dem Geschäft auf großem Fuß geradezu im Weg. Und so hat die Entwicklung der kapitalistischen Produktion allein hingereicht, wenigstens in den leitenden Industriezweigen — denn in den weniger wichtigen ist dies keineswegs der Fall — alle jene kleineren Beschwerden zu beseitigen, die in frühern Jahren das Los des Arbeiters verschlimmerten. Und so tritt mehr und mehr in den Vordergrund die große Haupttatsache, daß die Ursache des Elends der Arbeiterklasse zu suchen ist nicht in jenen kleinern Übelständen, sondern im kapitalistischen System selbst . . . Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiterklasse zu verbergen.“³⁶

³⁶ Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Berlin 1952, S. 13 ff.

Hier sieht die Wandlung der „Ethik“ ganz anders aus als bei Thomas Mann und Inge Diersen – sie besteht im Übergang vom kleinlich-schmierigen Diebstahl zum human aufgezogenen Großraub. Und so war es auch! Darum ist auch nicht einzusehen, warum man die Ethik der „alten Bourgeoisie“ mit Kultur, die der neuen mit Unkultur in Verbindung bringen soll.

Was aber den von Diersen festgestellten „Auseinanderfall von Kulturbürgertum und Geschäftsbürgertum“ betrifft, so beruht, meiner Ansicht nach, die Auffassung von Diersen, daß sie früher vereint gewesen waren, auf einem Irrtum. Richtig ist, daß in früheren Zeiten – bis etwa 1850 – die Intelligenz und bestimmte Künstler (zum Beispiel Maler, aber nicht Schauspieler) vom Geschäftsbürgertum als gleichberechtigt angesehen wurden. Aber das Geschäftsbürgertum deshalb zum Kulturträger machen zu wollen, das geht nicht an.

Es ist darum ein aussichtsloses Unternehmen, die Buddenbrooks zu einem Roman erheben zu wollen, der die Geschichte der deutschen Bourgeoisie oder auch nur einer ihrer Schichten während des 19. Jahrhunderts erzählt. Die Buddenbrooks sind der Roman einer untypischen Familie.

Erst mit dem Reifen seiner gesellschaftlichen Einsicht, mit zunehmender politischer Klugheit, wie wir es nach dem ersten Weltkrieg beobachten, wird Thomas Mann zum großen kritischen Realisten des deutschen Imperialismus, der Reaktion in aller Welt – zum weisen Mahner an das deutsche Volk seit den Tagen des Faschismus bis in die letzten Stunden seines Lebens, die die Spaltung Deutschlands mit sorgender Trauer und daher um so intensiverer politischer Tätigkeit füllten.

THOMAS MANN – DER GROSSE HUMANIST UND DER FASCHISMUS

Mit zunehmender Reife, mit sich weitendem und vertiefendem Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse seiner Klassenumgebung und auch darüber hinaus, entwickelt sich Thomas Mann zum Humanisten.

Im Grunde ihm zunächst unbewußt, wie er später ausdrücklich in dem Vortrag „Meine Zeit“ (Chicago 1950) feststellt: „Ich war national, als der explosive Pazifismus der Expressionisten an der Tagesordnung war, und ich wehrte mich mit Grauen gegen den Anti-Humanismus und Irrationalismus der Intellektuellen von 1920 oder 25, dessen politische Konsequenzen damals den Wenigsten sichtbar waren. Bloße vier Jahre nach dem Erscheinen der ‚Betrachtungen‘ fand ich mich als Verteidiger der demokratischen Republik, dieses schwachen Geschöpfes der Niederlage, und als Anti-Nationalist, ohne daß ich irgendeines Bruches in meiner Existenz gewahr geworden wäre, ohne das leiseste Gefühl, daß ich irgend etwas abzuschwören gehabt hätte. Gerade der Antihumanismus der Zeit machte mir klar, daß ich nie etwas getan hatte – oder doch hatte tun

wollen —, als die Humanität zu verteidigen. Ich werde nie etwas anderes tun.“³⁷

Und mehr. Thomas Mann bemüht sich, seinen Humanismus so „unpolitisch“ wie möglich zu halten. Erst der Faschismus zeigt ihm, daß dieses Bemühen vergeblich sein muß.

Noch während des Krieges, in einer seiner regelmäßigen Reden nach Deutschland über den englischen Rundfunk, bekennt er:

„Es will etwas heißen, liebe Freunde, daß ich Deutschland verließ, daß ich dort nicht länger leben konnte. Einen Menschen meiner Art, einen unpolitischen Menschen im Grunde, hätte aus Deutschland nichts, kein Regierungswechsel, keine politische Veränderung, keine Revolution vertreiben können, — nichts in der Welt wäre imstande gewesen, als nur gerade dies Eine, nur das, was sich Nationalsozialismus nennt, einzig nur Hitler und seine Bande. Denn das ist keine Politik und kein Staat und keine Gesellschaftsform, das ist die Bosheit der Hölle, und der Krieg dagegen ist die heilige Notwehr der Menschheit gegen das schlechthin Teufliche.“³⁸

„Unpolitisch“ wollte er seinen Humanismus halten. Doch da dieser unendlich tief, bis ins letzte echt war, mußte er den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen zutiefst und zuletzt hassen. Es ist der Haß gegen das Hitlersystem, der ihn im Laufe der Zeit zu immer neuen gesellschaftlichen Einsichten führt — im Rahmen dessen, was einem großen Bürger möglich ist.

Auch zu der entscheidenden Erkenntnis: „Mein persönliches Bekenntnis zur Demokratie geht aus einer Einsicht hervor, die gewonnen sein wollte und meiner deutsch-bürgerlich-geistigen Herkunft und Erziehung ursprünglich fremd war: der Einsicht, daß das Politische und Soziale ein Teilgebiet des Menschlichen ausmacht, daß es der Totalität des humanen Problems angehört, vom Geiste in sie einzubeziehen ist, und daß diese Totalität eine gefährliche, die Kultur gefährdende Lücke aufweist, wenn es ihr an dem politischen, dem sozialen Element gebricht.“ Und weiter ebendort: „Jener Verzicht des Geistes ist nämlich ein Irrtum, eine Selbsttäuschung; man entgeht damit nicht der Politik, man gerät nur auf die falsche Seite — und zwar mit Leidenschaft.

A-Politik, das bedeutet einfach Anti-Demokratie, und was das heißen will, auf welche selbstmörderische Weise sich der Geist dadurch zu allem Geistigen in Widerspruch setzt, das kommt erst in bestimmten akuten Situationen höchst leidenschaftlich an den Tag. Schopenhauers Verhalten im Jahre 1848 war von einer grimmigen Mesquinerie und Tragikomik. Nicht im mindesten war sein Herz bei denen, die, schwärmerisch genug, dem deutschen öffentlichen Leben damals eine Richtung zu geben hofften, welche die ganze Geschichte Europas bis auf unsere Tage zum Glücklicheren bestimmt hätte, und die im Interesse jedes geistigen Menschen lag: die demokratische Richtung. Das Volk nannte

³⁷ Wie alle folgenden Zitate stammt auch dieses aus dem Bd 12 der schon genannten Ausgabe der Gesammelten Werke — S. 589.

³⁸ Ebenda, S. 676 f.

er nicht anders als ‚die souveräne Kanaille‘ und lieb dem Offizier, der von seiner Wohnung aus die Barrikadenmänner rekognoszierte, ostentativ seinen Operngucker, damit er besser auf sie schießen lassen könnte. Nennt man das Erhabenheit über die Politik? Es ist einfach reaktionäre Leidenschaft, – deren geistige Gründe uns freilich deutlich sind.“³⁹

Nie wird er die Grenze des großen Bürgers wirklich überschreiten . . . aber wie großartig konsequent wird er innerhalb dieser Grenze wirken!

Im Jahre 1945 hielt er einen Vortrag in Amerika über Deutschland und die Deutschen. Darin kommt er auf Luther zu sprechen: „Nichts gegen die Größe Martin Luthers! Er hat nicht nur durch seine gewaltige Bibelübersetzung die deutsche Sprache erst recht geschaffen, die Goethe und Nietzsche dann zur Vollendung führten, er hat auch durch die Sprengung der scholastischen Fesseln und die Erneuerung des Gewissens der Freiheit der Forschung, der Kritik, der philosophischen Spekulation gewaltigen Vorschub geleistet. Indem er die Unmittelbarkeit des Verhältnisses des Menschen zu seinem Gott herstellte, hat er die europäische Demokratie befördert, denn ‚Jedermann sein eigener Priester‘, das ist Demokratie. Die deutsche idealistische Philosophie, die Verfeinerung der Psychologie durch die pietistische Gewissensprüfung, endlich die Selbstüberwindung der christlichen Moral aus Moral, aus äußerster Wahrheitsstrenge – denn das war die Tat (oder Untat) Nietzsches –, dies alles kommt von Luther. Er war ein Freiheitsheld, – aber in deutschem Stil, denn er verstand nichts von Freiheit. Ich meine jetzt nicht die Freiheit des Christenmenschen, sondern die politische Freiheit, die Freiheit des Staatsbürgers – die ließ ihn nicht nur kalt, sondern ihre Regungen und Ansprüche waren ihm in tiefster Seele zuwider. Vierhundert Jahre nach ihm sprach der erste Präsident der Deutschen Republik, ein Sozialdemokrat, das Wort: ‚Ich hasse die Revolution wie die Sünde.‘ Das war echt lutherisch, echt deutsch. So haßte Luther den Bauernaufstand, der, evangelisch inspiriert, wie er war, wenn er gesiegt hätte, der ganzen deutschen Geschichte eine glücklichere Wendung, die Wendung zur Freiheit hätte geben können, in dem aber Luther nichts als eine wüste Kompromittierung seines Werkes, der geistlichen Befreiung sah, und den er darum bespötte und verfluchte, wie nur er es konnte. Wie tolle Hunde hieß er die Bauern totschiessen und rief den Fürsten zu, jetzt könne man mit Schlachten und Würgen von Bauernvieh sich das Himmelreich erwerben. Für den traurigen Ausgang dieses ersten Versuchs einer deutschen Revolution, den Sieg der Fürsten nebst allen seinen Konsequenzen, trägt Luther, der deutsche Volksmann, ein gut Teil Verantwortung.“⁴⁰

Wie klug die Kritik an Luther! Fast richtig auch: Luther ein Freiheitsheld ‚in deutschem Stil‘ . . . nur ein Wort, ein entscheidendes aber, fehlt – bürgerlich. Luther ein Freiheitsheld in deutschem bürgerlichem Stil! nicht in deutschem Stil, denn der wird in unserem Jahrhundert nicht von Ebert, sondern von den

³⁹ Ebenda, S. 828, 830 f. – Aufsatz „Kultur und Politik“ 1939.

⁴⁰ Ebenda, S. 561 f.

wahren Führern der deutschen Arbeiterklasse bestimmt und beherrscht die Gegenwart.

Ja, Thomas Mann weicht diesem anderen deutschen Freiheitsbegriff ausdrücklich aus. In den Anfängen seiner Herausbildung, als frühe Knospe, hätte er ihn schon in dem deutschen Gegenspieler Luthers, in Thomas Müntzer, begreifen können.

Doch wen stellt Thomas Mann dem Luther gegenüber?

„Damals lebte in Deutschland ein Mann, dem meine ganze Sympathie gehört, Tilman Riemenschneider, ein frommer Kunstmeister, ein Bildhauer und Holzschnitzer, hochberühmt für die treue und ausdrucksvolle Gediegenheit seiner Werke, dieser figurenreichen Altarbilder und keuschen Plastiken, die, viel begehrt, über ganz Deutschland hin die Andachtsstätten schmückten. Ein hohes menschliches und bürgerliches Ansehen hatte der Meister sich in seinem engeren Lebenskreise, der Stadt Würzburg, auch erworben und gehörte ihrem Rate an. Nie hatte er gedacht, sich in die hohe Politik, die Welthandel zu mischen, — es lag das seiner natürlichen Bescheidenheit, seiner Liebe zum freien und friedfertigen Schaffen ursprünglich ganz fern. Er hatte nichts vom Demagogen. Aber sein Herz, das für die Armen und Unterdrückten schlug, zwang ihn, für die Sache der Bauern, die er für die gerechte und gottgefällige erkannte, Partei zu nehmen gegen die Herren, die Bischöfe und Fürsten, deren humanistisches Wohlwollen er sich leicht hätte bewahren können; es zwang ihn, ergriffen von den großen und grundsätzlichen Gegensätzen der Zeit, herauszutreten aus seiner Sphäre rein geistiger und ästhetischer Kunstbürgerlichkeit und zum Kämpfer zu werden für Freiheit und Recht. Seine eigene Freiheit, die würdige Ruhe seiner Existenz gab er daran für diese Sache, die ihm über Kunst und Seelenfrieden ging. Sein Einfluß war es hauptsächlich, der die Stadt Würzburg bestimmte, der ‚Burg‘, dem Fürst-Bischof die Heeresfolge gegen die Bauern zu verweigern und überhaupt eine revolutionäre Haltung gegen ihn einzunehmen. Er hatte furchtbar dafür zu büßen. Denn nach der Niederwerfung des Bauernaufstandes nahmen die siegreichen historischen Mächte, gegen die er sich gestellt, grausamste Rache an ihm; Gefängnis und Folter taten sie ihm an, und als gebrochener Mann, unfähig hinfort, aus Holz und Stein das Schöne zu erwecken, ging er daraus hervor.“⁴¹

Nicht Thomas Müntzer, der große Revolutionär und Führer der Werktätigen, nein, Tilman Riemenschneider, der große Künstler und Humanist, ist die Gestalt, der sich Thomas Mann — mit Recht — verwandt fühlt.

Aber nicht um der Begrenzung willen, die sein Bürgertum ihm auferlegt, ist solches hier hervorgehoben, sondern ganz im Gegenteil, um im folgenden verständlich zu machen, wie weit und tief ein bürgerlicher Humanist auch in unserer Zeit des sterbenden Kapitalismus sehen kann, wie nah er uns ist, wie eng verbunden, welche Kraft repräsentierend im Kampf um Frieden und Fortschritt.

⁴¹ Ebenda, S. 562 f.

Und stolz wird sich Thomas Mann auch dieser Rolle bewußt. Stets wird er sich der Kunst widmen. Ja, er wird sogar, da er nie verstehen wird, daß Kunst politisch, Stellungnahme sein muß und ist, zwischen seiner Arbeit „als Künstler und als Politiker“ scharf scheiden und in einem Rückblick „Sechzehn Jahre – zur amerikanischen Ausgabe von ‚Joseph und seine Brüder‘ in einem Bande“ (1948) berichten: „Schon in Princeton aber, vor unserer Übersiedelung nach Kalifornien nach Ablauf meiner Gastprofessur, hatte ich begonnen, im Auftrag der British Broadcasting Company mit monatlicher Regelmäßigkeit Radio-sendungen nach Deutschland abzufassen, deren Zahl im Lauf der Kriegsjahre auf fünfundfünfzig kommen sollte. Achtundzwanzig Tage Joseph immer, vier Wochen der Freiheit und des mythischen Spiels – und dann ein Tag oder zwei, an denen ich nicht Dichter mehr war, sondern von ganzer Seele Rufer im Streit, an denen ich meinem Haß auf die Verderber Deutschlands und Europas freien Lauf ließ, um ihn hernach in einer Erregung, wie nicht die Kunst, wie nur das Leben und sein unmittelbarer Affekt sie erzeugt, auf die drehende Platte zu sprechen. Dann – Friedenswerk wieder und ‚Tempeltheater‘, die humoristisch genaue Verwirklichung des Unwirklichen durch Inszenierung und Erörterung.“⁴²

Aber klar wird er es aussprechen (wiederum voll Unverständnis für die politische Bedeutung seiner Kunst), daß der „rein politische“ Dienst für sein Volk die Leistung ist, die dieses ihm besonders anrechnen wird: „Ihr Deutsche dürftet mir heute mein Werk nicht danken, auch wenn ihr wolltet – sei es darum! Es wurde nicht um euretwillen, sondern aus eigenster Not getan. Aber etwas ist, das wirklich um euretwillen, aus sozialem und nicht aus privatem Gewissen geschah, und täglich wächst meine Überzeugung, daß die Zeit kommen wird und schon näher kommt, wo ihr es mir danken und es mir höher anrechnen werdet als meine Geschichtenbücher: das ist, daß ich euch warnte, als es noch nicht zu spät war, vor den verworfenen Mächten, in deren Joch ihr heute hilflos geschirrt seid, und die euch durch tausend Untaten in ein unvorstellbares Verderben führen. Ich kannte sie, ich wußte, daß nichts als Katastrophen und Elend für Deutschland und für Europa aus ihrem unsäglich niederträchtigen Wesen erwachsen konnten, während die Mehrzahl von euch, in heute gewiß schon für euch selbst unfaßbarer Verblendung, sie für die Bringer von Ordnung, Schönheit und nationaler Würde hielt.“⁴³

Es ist das tiefe Gefühl, fast möchte man sagen, der Instinkt des Humanisten, der ihn zum absoluten, kompromißlosen Feind des Faschismus, spezifisch seiner deutschen Variante, des Hitlerfaschismus macht. Und es ist diese Kompromißlosigkeit, die ihn zu immer neuen Erkenntnissen kommen läßt, schließlich auch zum Verstehen des Faschismus als einer nationalen und internationalen Klassenerscheinung, und endlich auch zum Begreifen des Antibolschewismus als der „Grundtorheit“ unserer Zeit.

⁴² Ebenda, S. 477 f.

⁴³ Ebenda, S. 639 f.

Zum Verstehen des Faschismus als einer nationalen und internationalen Klassenerscheinung, zum Begreifen des Antibolschewismus als der „Grundtorheit“ unserer Zeit . . . aber wer lehrt ihn? Auf wen reagiert er so klug und gemäß?

Ohne daß Mann sich dessen bewußt ist, lernt er aus den Erfahrungen der internationalen und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse. Es ist die Große Sozialistische Oktoberrevolution, wie wir noch sehen werden, die ihm (recht verspätet) zu neuen Einsichten verhilft, es ist die Politik der Sowjetunion, die ihn zum Verständnis dessen führt, was „Antibolschewismus“ bedeutet. Es sind die monopolistischen Freunde des deutschen Faschismus in England und den USA und die Enthüllungen der Arbeiterbewegung über deren Taten, nicht zum wenigsten der deutschen kommunistischen Emigration, die ihn zu Klassenerkenntnissen führen.

Thomas Mann fühlt sich nicht der Arbeiterklasse verbunden. Und doch ist er eng mit ihr verbunden, ja mehr, er ist mit ihr eins – insoweit, wie die edelsten Elemente des bürgerlichen Humanismus eingehen in den sozialistischen Humanismus.

*

Das, was wir die absolute Kompromißlosigkeit des Humanisten Thomas Mann gegenüber dem Faschismus nennen, kommt ganz klar in einem Satz, ein Einzelereignis betreffend, zum Ausdruck: „Seit dem gewaltsamen Tode des Heydrich, dem natürlichsten Tode also, den ein Bluthund wie er sterben kann, wütet überall der Terror krankhaft-hemmungsloser als je.“⁴⁴ In der Tat, alles ist gewaltsam am Faschismus, und so ist der Tod eines Faschisten durch Gewalt ein natürlicher, weil absolut gemäßßer Tod, wie später der Tod zahlreicher führender Funktionäre dieser Verbrecherbande: von Hitler und Goebbels, von Göring und Himmler usw.

Darum auch seine klare Linie: Mit einem faschistischen Deutschland kann es keinen Frieden geben:

Januar 1941: „Wessen ich euch in den Botschaften, mit denen ich euer Ohr zu erreichen versuchte, immer wieder versichert habe: nämlich daß der Hitler-Friede, eine Weltordnung der Versklavung und des Zynismus, diese Konzeption eines finsternen und krankhaften Gehirns, nicht hingenommen, nicht angenommen, nicht geduldet werden, daß die Menschheit sich nicht davor beugen wird, das hat diese Rede (Roosevelts – J. K.) in den ernstesten und bindendsten Worten bestätigt . . . Was ihr ahntet, wißt ihr nun. Ihr werdet keinen Frieden haben – nie –, solange ihr für die verbrecherische Sippschaft kämpft, die euch heute gängelt. Endlos, uferlos, wird das wüste Abenteuer weitergehen, in das diese Elenden euch verstrickt haben, Jahr über Jahr.“

März 1941: „Siegt ihr, bricht England zusammen, gewinnt ihr auch den Krieg der Kontinente, schlägt ihr den Westen und Osten, – glaubt irgend jemand von euch, daß das ein haltbarer, Ordnung schaffender Sieg wäre, erträglich für

⁴⁴ Ebenda, S. 663.

euch und die anderen, ein Sieg, mit dem sich leben ließe? Kann denn ein Volk leben als Büttel aller anderen, mit Polizeiarmeen überall im unterworfenen Erdenrund, welches der Herren- und Gewalttrasse fronen muß? Ist denn das eine seelische Möglichkeit für irgendein Volk und für euch Deutsche besonders? Man mag über Geschichte und Menschheit so trübe und skeptisch denken wie man will; daß aber die Welt den Endsieg des Bösen anerkennen, daß sie es ertragen würde, zu einem einzigen Gestapo-Keller, einem einzigen Konzentrationslager gemacht zu werden, worin ihr Deutsche die SA-Wache abgäbet, — das kann auch der Ungläubigste nicht glauben.“

Mai 1941: „Natürlich bin ich mir bewußt, daß mit euch heute schlecht reden ist. Siegesnachrichten prasseln auf euch nieder, wie die Brandbomben der Menschenquäler, die euch regieren, auf London niederprasseln, und setzen eure Gemüter — zum mindesten diejenigen der Schwachen, Dummen und Rohen — in flammende, jeder Mahnung unzugängliche Begeisterung. Bilder schweben vor euren trunkenen Augen, die für jeden, der für menschliche Ehre noch Sinn hat, ein Grauen und Ekel sind: das idiotische und abscheuliche Bild der auf dem Berge Olympos wehenden Hakenkreuzfahne. Bald wird sie auch auf der Akropolis wehen — es ist unvermeidlich. Klüglich, für alle Fälle, hatte man euch zu verstehen gegeben, daß diesmal das Terrain der großen Erfindung des Blitzkrieges nicht günstig sei; rasche Entscheidungen, wie im Westen, seien wahrscheinlich nicht zu erwarten. Überflüssige Vorsicht. Es geht alles noch schneller, als man euch hoffen ließ und als einige unter euch fürchteten. Die deutsche Kriegsmaschine, ein technisches Monstrum, arbeitet mit überwältigender Präzision und Geschwindigkeit. Gegen sie hilft kein Heldentum, — erbarmungslos, in mechanischem Triumph, stampft sie den Glauben, die Rechtszuversicht, die Freiheit des — ich weiß nicht mehr, wievielten — Volkes nieder . . .

Ich sage euch im Augenblick eures größten — oder noch immer nicht größten — Übermuts, daß es nicht angenommen, nicht hingenommen werden wird. Glaubt nicht, es gelte nur, eiserne Tatsachen zu schaffen, vor denen die Menschheit sich schon beugen werde. Sie wird sich nicht davor beugen, weil sie es nicht kann. Man mag über die Menschheit noch so höhnisch und bitter-zweifelhaft denken — es ist, unter aller Erbärmlichkeit, unverleugbar und unauslöschbar, ein göttlicher Funke in ihr, der Funke des Geistes und des Guten. Den endgültigen Triumph des Bösen, der Lüge und Gewalt, kann sie nicht hinnehmen — sie kann damit einfach nicht leben. Die Welt, die das Ergebnis wäre vom Siege des Hitler, wäre nicht nur eine Welt universeller Sklaverei, sondern auch eine Welt des absoluten Zynismus, eine Welt vollkommener Unmöglichkeit, noch an das Gute, das Höhere im Menschen zu glauben, eine durchaus dem Bösen gehörige, dem Bösen untertänige Welt. Das gibt es nicht, das wird nicht geduldet. Die Revolte des Menschentums gegen eine Hitler-Welt letzter Verzweiflung am Geiste und am Guten — diese Revolte ist die gewisseste der Gewißheiten; sie wird eine elementare Revolte sein, vor der ‚eiserne Tatsachen‘ bröckeln werden wie Zunder.

Die Verzweiflungsrevolte des Menschentums gegen das Deutschtum – muß es dahin kommen? Deutsches Volk, wieviel mehr hast du den Sieg deiner Führer zu fürchten als ihre Niederlage!⁴⁵

So spricht Thomas Mann zum deutschen Volk in den Jahren steter Siege der Faschisten, der Unterwerfung eines Volkes nach dem anderen – vor dem Überfall auf die Sowjetunion.

Wen erinnert der Geist dieser Mahnungen nicht an ähnliche in späterer Zeit nach 1949, als folgend der Spaltung Deutschlands die deutschen Monopole wieder die Macht in Westdeutschland erhielten, unter Führung von ehemaligen Faschisten, Neofaschisten, Militaristen von neuem einen Krieg vorbereiteten und scheinbar von einem ökonomischen und politischen Sieg zum anderen eilten. Westdeutsches Wirtschaftswunder und Aufstieg des Dritten Reiches, Hitler-Goebbels und Adenauer-Globke . . . die steten Mahnungen der Kommunisten und hervorragender Bürger wie Thomas Mann – die steten Mahnungen der hervorragendsten Vertreter aller Parteien, Klassen und Schichten der DDR . . . wie verschieden sind jeweils die Umstände und die Gestalten und wie ähnlich doch die Gegenüberstellungen, wie grauenhaft gefährlich die Ähnlichkeiten!

Und weiter Thomas Mann – jetzt nach dem Überfall auf die Sowjetunion:

Juli 1941: „Der Schreckensmann weiß heute, daß sein Versuch, die Welt dadurch für seine Art von ‚Ordnung‘ zu gewinnen, daß er den Retter der Zivilisation vor dem Bolschewismus spielt, kläglich gescheitert ist. Kein Hund glaubt ihm diese Rolle, – mit Ausnahme von ein paar Hunden und Quislingen in Europa, deren Geschäft es ist, ihm zu glauben. Er ist natürlich kein Retter, – vor nichts. Er ist der Feind der Menschheit, nur er, und vor ihm muß die Welt gerettet sein. Das deutsche Volk muß wissen, man kann es ihm nicht genug wiederholen, daß es unter seinem gegenwärtigen Regime niemals zur Ruhe, nie zum Frieden gelangen wird. Dieser Krieg wird weitergehen Jahr um Jahr, solange bis das Individuum Hitler, seine greuliche Garnitur und sein ganzes System von der Erdoberfläche vertilgt sind.“⁴⁶

Juli 1942: „Es geht zu Ende, Deutsche, glaubt mir und seid getrost! Gerade in diesem Augenblick sage ich es euch, wo es wieder einmal nach Erfolg und Sieg und Eroberung aussieht. Es geht zu Ende – nicht mit euch, nicht mit Deutschland. Die sogenannte Vernichtung Deutschlands ist ein ebenso leeres Wort, ein ebensolches nicht-existentes Unding wie der Sieg Hitlers.“⁴⁷

August 1943: „Was das Volk von Deutschland und was ganz Europa leidet, ist von Weitem kaum auszuhalten, – wie sollt ihr Deutschen es aushalten noch Jahr und Tag? Nur die Vabanque-Spieler und Nachtgauner, die euch beherrschen, halten es aus, – sie werden die Hoffnung nicht aufgeben, dem Gericht zu entkommen, wenn nicht durch die Waffen – womit es vorbei ist –, so durch die Politik. Nicht einmal durch ihre eigene, – denn auch Politik zu treiben, sind

⁴⁵ Ebenda, S. 615, 618 f., 622 ff.

⁴⁶ Ebenda, S. 628.

⁴⁷ Ebenda, S. 667.

sie gar nicht mehr in der Lage, — sondern ihre Hoffnung nährt sich von den politischen Meinungsverschiedenheiten der anderen, von den sozial-philosophischen Gegensätzen zwischen Ost und West; sie gilt dem Zerfall der antifaschistischen Koalition. — Glaubt ihr Deutsche daran? Glaubt ihr, Rußland werde je, nach allem, was geschehen, mit dem Hitler-Regime Frieden schließen? Mit dem Deutschland einer aufrichtigen demokratischen Revolution wird es Frieden schließen — und nicht separat; sondern ein freies Deutschland wird reif sein für den Frieden mit allen. —

Gegensätze zwischen Rußland und dem Westen? Sie bestehen. Aber der Ausgleich zwischen ihnen gehört ja zu den Funktionen dieses Krieges: der Ausgleich zwischen Sozialismus und Demokratie, auf dem alle Hoffnung der Welt beruht. Rechnet nicht, Deutsche, auf Uneinigkeit zwischen den Verbündeten! Sie sind einig in dem Entschluß, dem internationalen Banditismus ein Ende zu machen und die Menschheit vor dem Schmach faschistischer Weltherrschaft zu bewahren. Auf diese Einigkeit ist die Autorität gegründet, mit der sie ‚unconditional surrender‘, unbedingte Unterwerfung, fordern.“⁴⁸

Zu dieser Zeit hatte es niemand mehr nötig, sich Sorgen zu machen, daß irgendwelche großen Siege in Deutschland allgemeine Verwirrung stiften könnten. Der Niederlage vor Moskau waren im Sommer die neuen, tief in das Sowjetland stoßenden Vormärsche von 1942 gefolgt. Nach der Niederlage von Stalingrad brachte auch der Sommer von 1943 keine größeren strategischen Erfolge mehr.

Und mehr und mehr wendet sich Thomas Mann jetzt, dabei gelegentlich wie in dem letztgegebenen Zitat die Spekulation à la 1763 auf eine Spaltung der Gegner abtuend, der Bekämpfung der „Furcht vor dem Frieden“ zu, wieder voll humaner Weisheit.

Schon im April 1941 hatte er über den Sender, im Augenblick resignierend, festgestellt: „Das deutsche Volk wird noch geraume Zeit stramm und treu marschieren — solange es nämlich glaubt, was man ihm sagt, daß es vernichtet werden soll, wenn es Hitlers Krieg nicht gewinnt.“⁴⁹

Und ein Jahr später, im April 1942, zum Sturz des Hitlerfaschismus aufrufend, argumentiert er: „Ihr könnt nicht, sagt ihr? Zu stark ist der Terror, der Gestapo-Staat unüberwindlich? Wir müssen uns an den Krieg klammern, um die Schrecken der Niederlage hinauszuschieben? So ist euch zu wiederholen: Ein Volk, das frei sein will, ist es im selben Augenblick. Ginge in den deutschen Städten einmütig das Volk auf die Straßen und riefe: ‚Nieder mit Krieg und Völkerschändung, nieder mit Hitler und allem Hitler-Gesindel, Freiheit, Recht und Friede für uns und alle!‘ — die Nazis würden erkennen, daß sie verspielt haben: sie würden schießen, natürlich, aber ein Abenteurer-Regime, das auf das Volk schießen lassen muß, ist am Ende, und so viel von eurem Blut, wie in Rußland fließt, würde die deutsche Erhebung nun einmal sicher nicht kosten.“⁵⁰

⁴⁸ Ebenda, S. 701 f.

⁴⁹ Ebenda, S. 622.

⁵⁰ Ebenda, S. 659.

Einundeinhalb Jahre später schließt er sich ausdrücklich den Gedankengängen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, das in der Sowjetunion gebildet wurde, an: „Ist Deutschland rettungslos verloren? Nein, es kann gerettet werden, noch heute, noch morgen, vor der äußersten Zerstörung, die ihm droht: durch eine demokratische Revolution, durch die entschlossene Beseitigung des weltunmöglichen Raub- und Mordregimes, das diesen Krieg entzündet hat, und dessen Verschwinden Deutschland friedensfähig machen würde, nach Ost und West.

Das Manifest der in Rußland gefangenen deutschen Offiziere hat wieder die Tatsache an den Tag gestellt, daß Deutschland nicht um sein Leben, seine Ehre, daß es nur dafür kämpft, den Untergang dieses Schreckensregimes hinauszuschieben, der doch eine beschlossene und besiegelte, weil absolut notwendige Sache ist.“⁵¹

Am 1. Januar 1945 noch einmal ganz klar und deutlich: Es gibt nur eine Rettung für das deutsche Volk – den Frieden.

„Nie klafften die Interessen eines Volkes und seiner Machthaber weiter auseinander als heut bei euch Deutschen. Hier das Volk, dessen Sache Frieden und Wiederaufbau wäre, – dort die Machthalunken, die an den Krieg gekettet sind, die keine Hoffnung haben außer ihm und darum jeden mit langsamem Strick erwürgen, der Deutschland retten, der ihm das Recht auf den Gedanken des Friedens und des Wiederaufbaus nach maßloser Zerstörung zurückgeben will.“⁵²

Solch klare Erkenntnis des Hauptwiderspruchs, der damals durch das deutsche Volk ging, setzt andere wichtige neue Erkenntnisse bei Thomas Mann voraus, bzw. ist von ihnen begleitet.

Da ist zum Beispiel die Auseinandersetzung mit dem Begriff der „nationalsozialistischen Revolution“: „Hitlers Revolution ist nur Trug; er ist kein Revolutionär, sondern nur ein Räuber und der Ausbeuter einer Weltkrise, die die Völker auf eine neue und höhere Stufe ihrer sozialen Bildung und Reife führen soll.“⁵³

„Der Inhalt, die neue Lehre und Tat, die Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Revolution ist der Bestialismus, – er allein: und ihr Produkt ist das Europa von heute: ein halb ausgemordetes Hunger- und Seuchengebiet, das, wenn der Hitlerkrieg noch einige Jahre dauert, nur noch ein Wechselplatz der Wölfe sein wird . . .

Was Deutschland tut, was es an Jammer, Elend, Verzweiflung, Untergang, an moralischer und physischer Zerrüttung der Menschheit zufügt, indem es die revolutionäre Philosophie des Bestialismus ausübt, ist von einem solchen Maßstabe, so himmelschreiend, so hoffnungslos unvergeßbar, daß man nicht absieht, wie in Zukunft unser Volk unter den Brüdervölkern der Erde als gleiches unter gleichen soll leben können.“⁵⁴

⁵¹ Ebenda, S. 703.

⁵² Ebenda, S. 727.

⁵³ Ebenda, S. 616.

⁵⁴ Ebenda, S. 646.

Und dann, tiefer noch, durch Kontrast-Gegenüberstellung klärend, im April 1942: „Deutschland hat im Jahre 1933 so wenig eine Revolution gehabt, wie es je eine gehabt hat. Rußland hat eine echte Revolution gehabt, und von dem Glauben an sie ist es getragen in seinem die ganze Welt zur Bewunderung hinreißenden Abwehrkampf gegen die Nazi-Invasion.“⁵⁵ Noch einmal zu dieser Gegenüberstellung, wenige Monate später: „Die Russen schließen nicht Frieden – das glaubt ja wohl niemand von euch. Die Nazi-Lügen-Revolution ist auf eine echte und wirkliche Revolution gestoßen, eine, von deren Entschlossenheit im Aufräumen ihr manches werdet profitieren können, ihr Deutschen; wenn eure Stunde kommt. Und diese russische Revolution ist durch langfristige, willensklare und menschheitshistorische Verträge verbunden mit der sich ebenfalls revolutionär verjüngenden, zu ihren sozialen Erfüllungspflichten erwachten angelsächsischen Demokratie, – verbunden mit ihr zu einem Kampf; den Hitler mit seinem Teufelsdreck von ‚Neuer Ordnung‘ niemals bestehen kann. Auf dieses Bündnis blickten die unterworfenen, geplünderten, gemarterten, halb ausgemordeten Völker Europas, in denen unaufhörlich der noch ohnmächtige und doch immer wieder in wilden Einzeltaten sich freimachende Haß auf den schamlosen Unterdrücker wühlt und gärt, und die nur auf den Augenblick warten, wo sie in furchtbarem Aufstand das ekelhafteste Joch abschleudern können, das je Völkern auferlegt wurde, – darauf warten sie, Deutsche, wie ihr.“⁵⁶

Solche Äußerungen Thomas Manns führen uns an die Problematik seiner Haltung zur Sowjetunion, zum „System des Bolschewismus“.

Niemanden wird es erstaunen, daß der Bürger Thomas Mann, der der fortschrittlichen großen bürgerlichen Literatur Rußlands stete tiefe Bewunderung zollte, ja wie Barlach, Rilke und andere sich der von ihnen so genannten russischen Seele in Sympathie verbunden fühlte, der Sowjetunion, dem Kommunismus gegenüber feindliche Gefühle hatte und zeigte – bis der heldenmütige Kampf des Sowjetvolkes und die klare Politik der Sowjetregierung ihn davon überzeugten, daß er sein Urteil ändern mußte.

Im Anschluß an die Niederlage von Stalingrad und gewisse Versuche der Hitler-Faschisten, die Alliierten zu spalten, sprach Thomas Mann am 23. Februar 1943 folgende Worte nach Deutschland:

„Die wirre Botschaft, die Hitler zum 10. Jahrestag der Machtergreifung verlesen ließ, ist voll von erpresserischen Warnungen dieser Art, voll von rhetorischen Rudolf-Heß-Flügen über den Kanal, unternommen in der hartnäckigen Hoffnung, England und die Vereinigten Staaten doch noch gegen ‚Zentral-Asien‘, soll heißen: Rußland, auf seine Seite zu bringen. Ost-Asien, nämlich Japan, sein Verbündeter, ist sehr gut, aber ‚Zentral-Asien‘, nämlich Rußland, das er frech und dumm mit Krieg überzogen hat, ist der Weltfeind. Er selbst, Hitler, ist feinstes, edelstes, zartestes, kultiviertestes Europa; aber das Land Puschkins, Gogols und Tolstois ist Hunnengebiet, dessen Horden sich

⁵⁵ Ebenda, S. 658.

⁵⁶ Ebenda, S. 666.

anschieken, Hitlers blühenden Kontinent in ‚unvorstellbare Barbarei‘ zu stürzen.

Es ist ein elender Schwindel, und er wird fruchtlos sein. Den Nazis steht es an, die Gesellschaftsfähigen zu spielen und durch Göring mit dem Zaunpfahl winken zu lassen, ebenso dick wie er selbst: ‚Wir werden allenfalls mit Gentlemen-Frieden schließen, aber niemals mit Sowjets!‘ Wissen sie immer noch nicht, daß sie jedes Friedensschlusses überhoben sein werden? Daß mit ihnen niemand Frieden schließen wird, weder die Demokratie noch der Sozialismus? Daß der Friede nach ihnen kommt? – Was aber die Rote Gefahr betrifft, so hat Stalin in seiner Rede vom 6. November 1941 gesagt: ‚Unser erstes Ziel ist, die russische Erde und ihre Bewohner vom deutschen Nazi-Joch zu befreien. Kriegsziele wie das, unseren Willen und unsere Regierungsform den slawischen oder anderen unterjochten Völkern Europas aufzuzwingen, haben wir nicht und können wir nicht haben.‘ Und durch seinen Botschafter Maisky hat er erklären lassen: ‚Die Sowjet-Union verteidigt das Recht jeder Nation auf Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit ihres Gebietes . . . und auch ihr Recht, die soziale Ordnung zu errichten und die Regierungsform zu wählen, die sie für ratsam und notwendig hält.‘ – In bezug auf Deutschland aber hat er gesagt: ‚Ein Hitler kommt und geht, aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.‘ Er hat gewiß den Wunsch, die Menschen zu bestrafen, die seinem Lande so unendliches Leiden zugefügt haben, aber nie ist ein Wort der Drohung und des Vernichtungswillens gegen das deutsche Volk über seine Lippen gekommen. Hat Rußland Deutschland überfallen, oder verhielt es sich umgekehrt? Der Tag ist vielleicht nicht fern, an dem das deutsche Volk in Rußland einen besonnenen Freund erkennen wird.“⁵⁷

Die Ausführungen zeigen einen außerordentlichen Fortschritt im Verständnis von Thomas Mann für die Rolle der Sowjetunion. Und wie schön sind, nach einer kurzen Analyse der Haltung der Sowjetregierung, die letzten Worte über spätere Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion – kein Geschwätz, keine politische Phrase, nicht ein Wort zuviel und keines zuwenig, genau so in Ton und Fassung wie es ihm, Thomas Mann, zukommt, nur eine Nuance unterstreichend, und auch das mit Recht: Bescheidenheit des Deutschen, auch und gerade des stets dem Faschismus feindlich gewesenen Deutschen, gegenüber der Sowjetunion: Das deutsche Volk wird in Rußland einen besonnenen Freund erkennen.

Dazu die politisch so klare Formulierung über die Möglichkeiten eines Friedensschlusses. Nie darf und wird ein Frieden mit den Nazi-Verbrechern geschlossen werden. Der Friede muß nach ihnen kommen.

Nie wird Thomas Mann dem Kommunismus nahekommen. Nie wird er verstehen, was die Herrschaft der Arbeiterklasse bedeutet. Er wird später vom amerikanischen und russischen Imperialismus sprechen. Stets aber wird er eines verstehen, und das ist das Entscheidende, und das wird ihn auch nach 1945

zum unerschütterlichen Gegner des Antikommunismus, der Hetze gegen die Sowjetunion machen: Die Sowjetunion stand gegen die Unmenschlichkeit des Faschismus und wird immer für Menschlichkeit, für Humanismus stehen.

Hören wir ihn noch einmal in seinem Chicagoer Vortrag (1950), als McCarthy die öffentliche Meinung der USA zu beherrschen begann:

„Ich möchte keinen Zweifel lassen an meiner Ehrerbietung vor dem meiner Zeit angehörigen historischen Ereignis der Russischen Revolution. Sie hat in ihrem Lande längst unmöglich gewordene, anachronistische Zustände beendet, ein zu 90 Prozent analphabetisches Volk intellektuell gehoben, das Lebensniveau seiner Massen unendlich menschlicher gestaltet. Sie ist die große soziale Revolution nach der politischen von 1789 und wird wie diese ihre Spuren zurücklassen in allem menschlichen Zusammenleben. Wenn nichts anderes mir Achtung für sie geböte, so wäre es ihre unveränderliche Gegenstellung zum Faschismus italienischer oder deutscher Färbung, – dieser rein reaktiven und läppischen Nachäffung des Bolschewismus, einer Afterrevolution ohne jede Beziehung zur Idee der Menschheit und ihrer Zukunft. Eine solche Beziehung wird niemand der großen Russischen Revolution abstreiten. Was ihr das tragische Gepräge verleiht, ist, daß sie sich eben in Rußland vollzog und das spezifische Signum russischen Schicksals und Charakters trägt. Durch lange Jahrzehnte haben in dem ungeheuren Lande Autokratie und Revolution einen erbarmungslosen Kampf gegeneinander geführt, einen Kampf mit allen Mitteln – es gab keinen Terror, den sie verschmähten. In diesem Kampf waren die Sympathien der Demokratie, auch der amerikanischen, stets auf seiten der Revolution; denn von ihrem Siege erwartete man ein freies Rußland, frei im Sinne der Demokratie. Das Resultat war anders, es war russisch . . .

Daß der Kampf der beiden Imperialismen in dem Augenblick entbrennt oder zu entbrennen droht, wo die Entwicklung der Technik, wie ich sagte, auf einen schwindelnden Gipfel gelangt ist und die Wissenschaft Zerstörungsmittel bereithält, welche die Existenz der Menschheit selbst bedrohen, ist eine finstere Fügung der Geschichte. Denn um die Menschheit und ihr Heil, nicht um ihren Untergang, ist es ja beiden Teilen zu tun. Wer wollte Rußland, dem ewigen Rußland, die Menschlichkeit absprechen? Eine tiefere gab es nie und nirgends als in der russischen Literatur, – der heiligen russischen Literatur, wie ich sie in einer Jugendnovelle genannt habe. Goethe, auf die deutschen Freiheitskriege zurückblickend, zu denen er sich kalt verhalten hatte, sagte: ‚Wie hätte ich die Franzosen hassen sollen? Zu viel verdanke ich ihnen von meiner Bildung.‘ Von meiner Bildung zu viel verdanke ich dem russischen Gedanken, der russischen Seele, als daß die Machtpolitik es fertig brächte, mich zum Haß auf Rußland zu bewegen, und was den Kommunismus betrifft, der mir fremd ist, der aber tiefe Wurzeln hat im russischen Menschentum, so war es erst gestern, daß die westliche Demokratie, um ihr Leben zu wahren, mit dem russischen Kommunismus zusammenstand im Kriege gegen den Nazi-Faschismus. Heute glaubt man an die Notwendigkeit, die letzten Erinnerungen an dieses Gestern als hochverräterisch auszutreten; und doch meine ich, daß aus dem Fortbestehen dieser

Kampfgemeinschaft, zu dem freilich auf beiden Seiten mehr Weisheit gehört hätte, für die Menschheit Großes und Gutes hätte erwachsen können, während doch keinem sehenden Auge entgeht, daß der gegenwärtige chronische Konfliktzustand auf keinen Fall zu irgend etwas Gutem führen kann.⁵⁸

Nichts von dem, was hier an Falschem, Herabsetzendem, von Unverständnis Zeugendem gegen die Sowjetunion gesagt ist – wie der alte mittelbourgeoise Unsinn von den „beiden Imperialismen“ –, ist als eine Konzession an die „öffentliche Meinung“ in den USA gesprochen. Ehrlich äußert Thomas Mann seine Meinung. Sein Blick ist so getrübt, wie das Gesagte verwirrt ist.

Immer hat er von den westlichen Demokratien gesprochen – aber das Monopolkapital, dessen Existenz auch in den USA und England er bisweilen durchaus bemerkte, niemals als diese Länder diktatorisch beherrschend erkannt. Daher er so häufig „die westlichen Demokratien und den östlichen Sozialismus“ nebeneinander oder gegeneinander stellt. Nie hat er darum die grundlegenden Gegensätze zwischen Imperialismus und Sozialismus erkannt. Unfähig war er darum auch, den Unterschied von dem, was wir heute friedliche Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung und was wir ideologische Koexistenz nennen, zu begreifen; er konnte verstehen, warum wir die erstere forderten; er konnte nicht verstehen, warum wir die letztere ablehnen müssen.

Leicht ist es, in zahlreichen und länglichen Kommentaren auf unglückliche, falsche und bisweilen auch gefährliche Formulierungen von Thomas Mann hinzuweisen. Aber nicht als Lektor Thomas Manns sollten wir fungieren, zumal gerade in der Chicagoer Rede sein getrübtter Blick und so manches wirre Gerede dem gebildeten Leser unserer Zeit ganz offenbar sind.

Nein, umgekehrt gilt es hier hervorzuheben: trotz alledem spricht hier ein großer bürgerlicher Humanist, der einige Grundwahrheiten erkannt hat, einige Grundwahrheiten, die ihn in die Deutsche Demokratische Republik als Freund kommen ließen, die ihn den amerikanischen Verhältnissen entfremdeten, die ihn mit „Ehrerbietung“, wie er formuliert, vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erfüllten, die ihn fragen ließen – in Chicago im Jahre 1950! – „wer wollte Rußland, dem ewigen Rußland, die Menschlichkeit absprechen?“ und die ihn erkennen ließen die tiefe Notwendigkeit dessen, was wir heute als friedliche Koexistenz zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion bezeichnen.

Noch in einer weiteren Richtung müssen wir das seit 1933 so bedeutsam wachsende gesellschaftliche Verständnis Thomas Manns verfolgen: in Richtung auf die Erkenntnis der Rolle des Monopolkapitals.

Klarere Äußerungen in dieser Richtung finden wir wohl erst nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion. Im September 1941 erklärt er den Fall Frankreichs: „Es ist wahr, anno 1940 war Frankreich in schlechter moralischer Verfassung. Seine Bourgeoisie war faschistisch verseucht, seine Generale und ein Teil seiner Staatsmänner waren volksfeindliche Verräter, die Dritte

⁵⁸ Ebenda, S. 594 ff.

Republik war korrupt und zum Falle reif – der Sieg über sie war wohlfeil.“⁵⁹ Die Bourgeoisie war faschistisch verseucht. Eine sehr präzise, klassenbestimmte, für einen Bürger wirklich erstaunlich kritische Charakterisierung der Situation. Kaum richtig zwar, da sie viel zu allgemein, viel zu wenig differenzierend. Aber theoretisch natürlich bedeutsam und abstrakt gesehen nicht notwendigerweise falsch, genau so wenig falsch wie die Formulierung „die Bourgeoisie eine einzige reaktionäre Masse“ – jedoch selten auf die Wirklichkeit zutreffend, und bestimmt nicht auf das Frankreich von 1940. Erstaunlich doch und bedeutsam für den Weg Thomas Manns, daß er zu einer solchen Formulierung überhaupt kommen konnte.

Acht Monate später eine unbestimmtere, aber weit richtigere, in mancher Beziehung zutreffende Äußerung über Deutschland: „Man wird die innerpolitische Gestaltung Deutschlands den Deutschen selbst überlassen, wobei die Aufgabe des deutschen Volkes und der unentbehrlichste Beweis seiner künftigen Vertrauenswürdigkeit sein wird, daß es sich zu einer Reinigung seines sozialen Körpers aufrafft, die gründlich sein muß und sich nicht auf die Ausbrennung der Nazipest beschränken darf. Sie muß die ganze Menschenschicht treffen, deren Macht- und Habgier sich des Nazitums als Instrument bediente, und die nie wieder imstande sein darf, das Deutschtum zur Geißel des Menschengeschlechtes zu machen.“⁶⁰ Eine Äußerung, die man heute in Westdeutschland immer von neuem wiederholen müßte, verbunden mit der Aufforderung, die Tatsachen auf die Erfüllung der Forderung von Thomas Mann hin zu überprüfen.

Und dann jene große Ansprache vom 28. März 1944, in der so vieles so klar und eindringlich, eindringlich in der gesellschaftlichen Logik wie in der Formung der Worte, gesagt wurde:

„Sozialismus! Vom deutschen und internationalen Finanzkapital sind Hitler und seine Bande ausgehalten und in die Macht geschoben worden. Von der blinden Angst der bürgerlichen Welt vor dem Sozialismus haben sie gelebt und hoffen sie immer noch zu leben; denn daß ‚München‘ nicht tot ist, daß ihre heimlichen Freunde in den alliierten Ländern weiterarbeiten, daß doch noch die west-östliche Front zerfällt und man sie als Bundesgenossen gegen den Sozialismus annimmt, ist ihre einzige Hoffnung. Der Sozialismus der faschistischen Volksbetrüger, – was für eine schamlose Farce! In Italien fing es an, wo Aristokratie und Bürgertum sich dem Faschismus verkauften und das Volk in Krieg und Elend getrieben wurde. In Deutschland ist die Arbeiterklasse enteignet und ihres Gewerkschaftsvermögens beraubt worden. Den Mittelstand hat das Dritte Reich auf den Hund gebracht. Aber wer blüht und gedeiht dortzulande, das sind die Plutokraten und Trustherren. Man spricht vom Staatskapitalismus. Es gibt keinen. Es gibt den Kapitalismus der Staatsbonzen neben dem der Geldmagnaten von vor der ‚Revolution‘. Hitler als Hauptaktionär des Eher-Verlages übertrifft ganz persönlich an gedunsenem Reichtum die meisten amerikanischen Multimillionäre. Reichsmarschall Göring hat seit der Grün-

⁵⁹ Ebenda, S. 636.

⁶⁰ Ebenda, S. 662.

dung seines Konzerns, und nun gar seit dieser Konzern durch Waffengewalt international wurde, so viel kapitalistisches Fett angesetzt, daß er mutmaßlich heute das reichste Individuum der Welt ist. Der Arbeiterplünderer Ley gebietet über fünfundsechzig Kapital-Gesellschaften. Gauleiter Sauckel hat einen eigenen Trust von Waffenwerken und Munitionsfabriken aufgebaut, über den noch nie eine Bilanz veröffentlicht worden ist. War denn nicht der Grundtrieb alles Nazitums immer Neid, Habgier, die Lust zu plündern, der geile Drang, sich in Macht und Geld zu sielen? Begriffe und Ideen zu stehlen, ist nicht das letzte Gelüst dieses Abhubs. Das Wort ‚Sozialismus‘ ist eine durch Raubmord erlangte Beute wie eine andere. Sie haben Europa unterworfen, sie gedachten die Welt zu unterwerfen, damit aus dem Elend der niedergetretenen Völker die Profite des deutschen Großkapitals wüchsen. Monopol und Ausbeutung im Riesenmaß – sie nennen das Sozialismus. Was sich in den eroberten Ländern zur Zusammenarbeit, zum Geschäftemachen mit diesen ‚Revolutionären‘ hergibt, ist überall eine korrupte Oberschicht, es sind reaktionäre Großbürger, aristokratische Drohnen und allenfalls süchtige Schriftsteller, die von SS-Offizieren Morphium beziehen. Die Verzweiflung der Völker unterdessen macht sich in Attentaten Luft, die sich häufiger noch gegen diese Kollaborateure als gegen die ‚sozialistische‘ Besatzungsmacht selber richten.

Deutsche Hörer, Europa wird sozialistisch sein, sobald es frei ist. Der soziale Humanismus war an der Tagesordnung, er war die Vision der Besten in dem Augenblick, als der Faschismus seine schielende Fratze über die Welt erhob. Er, der das wahrhaft Neue, Junge und Revolutionäre ist, wird Europa seine äußere und innere Gestalt geben, ist nur erst der Lügenschlange das Haupt zertreten.⁶¹

Schon die einleitenden Sätze zeugen von tiefer Einsicht in die gesellschaftlichen Kräfte, die den Faschismus hervorgebracht, gehegt und gepflegt haben – aus Angst vor dem Sozialismus!

Dann die Entlarvung der ökonomischen Rolle und Positionen der großen Bonzen der NSDAP, von Hitler, Göring, Ley, Sauckel.

Die Demagogie, die mit dem Wort Sozialismus von seiten der Faschisten getrieben wird, wird hier von einem Bürger enthüllt.

Und dann, nach dieser Charakterisierung der deutschen Faschisten, wieder zurück auf die internationale Ebene. Aber diesmal nicht zeitlich zurück zu jenen Bewegungen, vor allem in England und Amerika, die in „München“ einen Höhepunkt ihrer Tätigkeit sahen, sondern in der Gegenwart bleibend, die Kollaborateure, die Quislinge in den besetzten Ländern züchtigend.

Abschließend dann eine Vision: Europa, Kontinent des sozialen Humanismus. Eine Vision, nicht mehr, unsicher in den Konturen, wie jede Vision einer neuen Gesellschaft, unklar in der Struktur, wie jede Vision eines Bürgers, der nicht zur Arbeiterklasse gestoßen. Aber doch eine Vision und keine Fata Morgana.

*

⁶¹ Ebenda, S. 719 f.

Thomas Mann war Amerikaner geworden, nicht nur, weil er dort lebte, sondern auch, weil er wirkliche Sympathie für das amerikanische Volk, für seine Art und Eigenart empfand. Eine Sympathie ähnlich der, die er für das russische Volk verspürte.

Als 1950 der kalte Krieg voll ausgebrochen war, als sich die internationale Situation immer mehr zuspitzte und der Frieden immer stärker gefährdet schien, da ruft Thomas Mann den Völkern und Regierungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten zu, verwirrt in so vielem, so Bedeutsames falsch sehend, und doch das Entscheidende mit einem Schrei an den Anfang stellend: „Aus der Tiefe der Menschenbrust löst sich heute der Schrei: ‚Friede, um Gottes willen Friede!‘ Amerika und Rußland, diese beiden gutmütigen Riesen, – anfällig beide, das ist wahr, der eine für kopflose Hysterie, der andere für Ausbrüche sarmatischer Wildheit, – muß notwendig einer den anderen erschlagen, wie Fafner den Fasolt, damit der eine allein auf dem Hort der Welt liege und schlafe? Es wird nichts da sein, worauf er seinen Drachenbauch legen kann; die Hydrogenbombe, statt der Keule verwendet, läßt nichts übrig, keinen hübenswerten Schatz, auch nicht die Demokratie. Die Kolosse des Ostens und Westens, der eine mit seiner alten, melancholischen Geschichte, der andere mit seiner jungen und freudigen, – wieviel haben sie doch miteinander gemein, was Haß und Furcht heute gänzlich aus dem Bewußtsein verdrängen wollen! Schon ihre Größe selbst schafft eine Verwandtschaft zwischen ihnen, die Großräumigkeit ihres Daseins, die auch ein besonderes Verhältnis zur Zeit mit sich bringt, eine gewisse unbekümmerte Großzügigkeit der Zeitbewirtschaftung: sie haben Zeit, sie nehmen sich die Zeit, sie kennen keine Ungeduld, – ich habe noch nie einen ungeduldigen Amerikaner, noch einen Russen gesehen, der die Geduld verlor. Vor kurzem war bei uns eine Ausstellung von Bildern eines sehr kunstfertigen Photographen zu sehen, die allerlei gut gewählte Motive aus dem breiten amerikanischen Leben, Farm-szenen, amerikanische Menschen bei der Landbestellung und bei industrieller Arbeit zeigten. Erstaunlich fiel es auf, wie russisch bis ins Physiognomische hinein vieles davon anmutete. Zwischen russischer und amerikanischer Menschlichkeit gibt es viel merkwürdig Verwandtes: das angeborene Demokratische vor allem, eine Zutraulichkeit, Offenheit, Unreserviertheit des menschlichen Zusammenlebens, die sich so fühlbar von dem absperrenden Individualismus des französischen oder englischen Charakters unterscheidet. Es ist bekannt, daß unsere Soldaten sich bei einigen Gelegenheiten, die der Krieg zu Begegnungen mit russischen Kameraden bot, in Iran etwa und in Deutschland, ausgezeichnet mit ihnen verstanden und vertragen haben, – tatsächlich besser, als mit französischen und englischen. Eine gewisse fröhliche Primitivität auf beiden Seiten, im Trinken, im Lieben, in der gesamten Lebenslaune, machte gute Freunde aus ihnen, ohne daß der eine mehr als zwei oder drei Worte von des anderen Sprache verstand.“⁶²

⁶² Ebenda, S. 597 f.

Doch auch Thomas Mann weiß, daß die Dinge nicht so einfach liegen, wie sie hier erscheinen. „Völkerpsychologie“ ist nicht dilettantische Schaumschlägerei; aber sie ist nur ein und keineswegs ein entscheidender Faktor in der Situation. Darum bemerkt er auch, sich deutlich mit dem „Westen“ identifizierend – er spricht von „unserem Lager“: „Und doch glaube ich, daß schon die Bereitwilligkeit in unserem Lager, einzuräumen, daß eine soziale Reform der Freiheit fällig und geboten ist, schon die Abkehr von dem Aberglauben, man müsse überall in der Welt den Sozialismus niederhalten und lieber sich mit dem Faschismus verbünden, als zuzulassen, daß irgendwo free enterprise Schaden nehme, – ich glaube, daß schon dies eine solche Veränderung der Atmosphäre mit sich bringen würde, daß dem russisch-amerikanischen Gegensatz viel, ja Entscheidendes von seiner Schärfe genommen wäre.“⁶³

Er spricht von „unserem Lager“ – aber warum? Um sich das Recht zu geben, frei zu sprechen, zu kritisieren, zu mahnen, zur Vernunft zu reden im westlichen Lager! Sehr deutlich spricht er auch von dem, „was man sehr voreilig als bewiesen ausgibt, daß Rußland den Frieden nicht will“⁶⁴.

Thomas Mann hat niemals die DDR besucht, ohne vorher Westdeutschland zu besuchen. Er hat kaum einmal Westdeutschland besucht, ohne nachher zu uns zu kommen. Er war ein Wanderer zwischen zwei Welten – nicht nur geographisch, sondern auch in allen Fragen von zweitrangiger Aktualität. Nur eine Welt aber kannte er, wenn es um das entscheidende Problem unserer Zeit ging, die Erhaltung des Friedens. Nur eine Welt kannte er, wenn es um die Dinge ging, die dem bürgerlichen und proletarischen Humanismus gemeinsam sind: sei es die Erhaltung des Friedens, sei es der Kampf gegen Faschismus und Militarismus.

Und so kann er auch seine Chicagoer Rede vom Mai 1950 mit Worten schließen, die alle Humanisten, bürgerliche wie proletarische, bewegen: „Wer fünfund-siebzig Jahre dahier verbracht hat, der weiß etwas von der Gnade der Zeit und ihrer geduldigen Erfüllung. Er hat auch eine gewisse Anhänglichkeit gefaßt an diese grüne Erde, und wenn er, wie bald! hinabsinkt in ihren Schoß, so gönnt er den Menschengeschlechtern, die droben durchs Licht ziehen, daß ihr Los nicht Elend sei und die Schmach der Vertierung, sondern Friede und Freude.“⁶⁵

*

Der sowjetische Literaturkritiker W. Dneprow bemerkt zu den „Buddenbrooks“:

„Die ‚Buddenbrooks‘ werden gewöhnlich als sozialer Roman bezeichnet und mit ‚Generationsromanen‘ wie der ‚Forsythe Saga‘ von Galsworthy oder den ‚Thibaults‘ von Roger Martin du Gard verglichen. Dabei aber ist es wichtig, auch den prinzipiellen Unterschied zwischen Thomas Manns Roman und anderen Werken dieser Art zu beachten. Die ‚Generationsromane‘ erweitern

⁶³ Ebenda, S. 598 f.

⁶⁴ Ebenda, S. 599.

⁶⁵ Ebenda, S. 600.

sich gegen Ende immer mehr zu sozialpolitischen Romanen. In den ‚Buddenbrooks‘ dagegen verengt sich der Inhalt am Schluß aufs äußerste und stützt sich auf eine hermetisch abgeschlossene, kleine ästhetische Welt . . .

Die großen sozialen Romane des 20. Jahrhunderts können mit Recht als ‚Ausschnitte‘ aus der Geschichte bezeichnet werden; sie führen zum weiteren Geschehen hin, lassen eine Fortsetzung zu. In den ‚Buddenbrooks‘ gelangt der zu untersuchende Prozeß an sein logisches Ende, er erschöpft sich und schließt jede Entwicklung auf der gegebenen Ebene aus; der Tod setzt nicht nur den physischen, sondern auch den historischen Schlußpunkt.“⁶⁶

Diese Bemerkungen sind gewissermaßen der Ausgangspunkt für die weitere Ausführung dessen, was Dneprow zunächst als Behauptung an die Spitze seines Artikels stellt: „Jeder, der die Anschauungen Thomas Manns vom Beginn und vom Ende seines Schaffensweges miteinander vergleicht, wird überrascht sein von der Größe der geistigen Arbeit, die der Schriftsteller geleistet hat, von der wachsenden Kraft, mit der er zur Wahrheit vordringt, und von der Fülle an Fakten und Ideen, die er dabei ständig überprüfte. Die unerschrockene Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen und sich dabei auch von seinen innersten Überzeugungen loszusagen, die unter Qualen und Mühen errungene Weltanschauung immer wieder zu überarbeiten, weckt in uns Hochachtung und letzten Endes auch aufrichtige Liebe zu dem Künstler.“

Ja, Thomas Mann hat in der Tat von der Geschichte gelernt – und zwar nicht, wie so viele, durch Tricks und Verwaschungen die Schwierigkeiten der Problematik, die das gesellschaftliche Leben stellt, zu umgehen, sondern dieses Leben immer besser in seiner ganzen Kompliziertheit und in seiner ganzen Einfachheit zu verstehen und zu meistern. Zu meistern im Sinne des bürgerlichen Humanismus.

Wie weit der bürgerliche Humanismus mit dem proletarischen zusammengehen kann, wie er in eins geht heute in der entscheidenden Frage des Friedens, das haben wir in dem Vorangehenden zu zeigen uns bemüht.

Doch darf man eine Studie wie die unsrige in einer Zeit, in der der Grundwiderspruch unserer Welt der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Arbeit und Kapital ist, nicht ohne nochmalige Andeutung zumindest des Unterschiedes zwischen bürgerlichem und proletarischem Humanismus schließen.

Andeutung . . . nicht mehr. Sie sei versucht an der Gegenüberstellung einiger Ausführungen des alten Thomas Mann und des jungen Marx.

In einem Vortrag „Vom kommenden Sieg der Demokratie“ aus dem Jahre 1938 sagte Thomas Mann:

„Die Würde des Menschen. – Wird uns nicht etwas bange und lächerlich zu Mute bei diesem Wort? Schmeckt es nicht nach matt und dumpfig gewordenem

⁶⁶ Der Artikel von Dneprow, W., erschien in: Вопросы литературы, 8/1960, und wird hier zitiert nach der Übersetzung in: Kunst und Literatur, Jg. 9, 8/1961, S. 823–834 u. 9/1961, S. 942–952.

Optimismus? Nach einer Fest-Rhetorik, die mit der bitteren, derben Alltagswahrheit über die Menschen schlecht übereinstimmt? — Wir kennen sie, diese Wahrheit. Wir sind mit der Natur des Menschen, oder besser gesagt: der Menschen so ziemlich vertraut und weit entfernt, uns Illusionen über sie zu machen. Sie ist befestigt in dem Sakralwort: ‚Das Trachten des Menschenherzen ist böse von Jugend auf.‘ Sie ist mit philosophischem Zynismus ausgesprochen in dem Wort Friedrichs II. von der ‚verfluchten Rasse‘ — ‚de cette race maudite‘. Mein Gott, die Menschen . . . Ihre Ungerechtigkeit, Bosheit, Grausamkeit, ihre durchschnittliche Dummheit und Blindheit sind hinlänglich erwiesen, ihr Egoismus ist kraß, ihre Verlogenheit, Feigheit, Unsozialität bilden unsere tägliche Erfahrung: ein eiserner Druck disziplinären Zwanges ist nötig, sie nur leidlich in Zucht und Ordnung zu halten. Wer wüßte diesem vertrackten Geschlecht nicht alle Laster nachzusagen, wer dächte nicht öfters völlig hoffnungslos über seine Zukunft und verstände es nicht, daß die Engel im Himmel vom Tage der Erschaffung an die Nase rümpfen über den unbegreiflichen Anteil, den Gott der Herr an diesem fragwürdigen Geschöpfe nimmt? Und doch ist es so — und zwar heute mehr als jemals —, daß man sich von so viel nur allzu begründeter Skepsis nicht zur Menschenverachtung verleiten lassen — über so viel lächerlicher Schlechtigkeit nicht das Große und Ehrwürdige vergessen darf, das sich als Kunst, Wissenschaft, als Wahrheitstrieb, Schönheitsschöpfung, Rechtsidee im Menschen offenbart; und doch ist es so, daß Fühllosigkeit gegen das große Geheimnis, das man berührt, wenn man ‚Mensch‘ sagt und ‚Menschheit‘, den geistigen Tod bedeutet. Das ist keine Wahrheit von gestern und vorgestern, veraltet, reizlos und matt. Es ist die neue und notwendige Wahrheit von heute und morgen, diejenige, die Leben und Jugend für sich hat gegen die falsche und welke Jugendlichkeit gewisser Tageslehren und Wahrheiten.“⁶⁷

Wen erinnert jene tiefste Achtung vor dem, was Mensch heißt, nicht an ähnliche Worte Gorkis. Und doch besteht zwischen dem bürgerlichen Humanisten Thomas Mann und dem proletarischen Humanisten Maxim Gorki ein entscheidender Unterschied, der ganz deutlich wird, wenn wir an folgende Äußerung von Marx und Engels über gewisse höchstbedeutsame, in den Marxismus aufgenommene Gedankengänge der französischen Materialisten denken: „Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um aus den Lehren des Materialismus von der ursprünglichen Güte und gleichen intelligenten Begabung der Menschen, der Allmacht der Erfahrung, Gewohnheit, Erziehung, dem Einflusse der äußern Umstände auf den Menschen, der hohen Bedeutung der Industrie, der Berechtigung des Genusses etc. seinen notwendigen Zusammenhang mit dem Kommunismus und Sozialismus einzusehen. Wenn der Mensch aus der Sinnenwelt und der Erfahrung in der Sinnenwelt alle Kenntniss, Empfindung etc. sich bildet, so kommt es also darauf an, die empirische Welt so einzurichten, daß er das wahrhaft Menschliche in ihr erfährt, sich angewöhnt,

⁶⁷ Mann, Thomas, a. a. O., S. 802 f.

daß er sich als Mensch erfährt. Wenn das wohlverstandne Interesse das Prinzip aller Moral ist, so kommt es darauf an, daß das Privatinteresse des Menschen mit dem menschlichen Interesse zusammenfällt. Wenn der Mensch unfrei im materialistischen Sinne, d. h. frei ist, nicht durch die negative Kraft, dies und jenes zu meiden, sondern durch die positive Macht, seine wahre Individualität geltend zu machen, so muß man nicht das Verbrechen am Einzelnen strafen, sondern die antisozialen Geburtsstätten des Verbrechens zerstören und jedem den sozialen Raum für seine wesentliche Lebensäußerung geben. Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden. Wenn der Mensch von Natur gesellschaftlich ist, so entwickelt er seine wahre Natur erst in der Gesellschaft, und man muß die Macht seiner Natur nicht an der Macht des einzelnen Individuums, sondern an der Macht der Gesellschaft messen.“⁶⁸

Der proletarische Humanist weiß, daß er die Welt revolutionär verändern muß, um den Menschen zum Menschen zu machen. Und er weiß auch, was den französischen Materialisten noch verborgen sein mußte: Es ist die Arbeiterklasse, die diese Veränderung der Welt herbeiführen muß und wird.

⁶⁸ *Marx/Engels*, Die heilige Familie, in: Werke, Bd 2, Berlin 1957, S. 138.

Zur Bewegung der Kapitalexporte des deutschen Imperialismus

VON KATJA NEHLS

Mit der sich in den letzten Jahren immer stärker offenbarenden ökonomischen und politischen Labilität des kapitalistischen Systems und mit der Herausbildung der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus verschärfte sich der reaktionäre und parasitäre Charakter der Wirtschaftspolitik des internationalen Finanzkapitals. Das tritt besonders deutlich in den Bestrebungen der imperialistischen Länder, den Kapitalexport zu verstärken, und in der Verschärfung ihrer Rivalitäten auf diesem Gebiet in Erscheinung. Diese werden durch die immer aggressiveren Methoden, mit denen das westdeutsche Finanzkapital eine Umverteilung der Kapitalanlagesphären herbeizuführen versucht, charakterisiert.

Im folgenden soll untersucht werden, was einerseits den Kapitalexport des deutschen Imperialismus in der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise von seinen Kapitalexporten in früheren Perioden unterscheidet und worin andererseits seine historisch konstanten Merkmale bestehen. Obwohl in der Terminologie der bürgerlichen Ökonomen Westdeutschlands das Wort Kapitalexport immer mehr und mehr durch Bezeichnungen wie „Finanzhilfe an das Ausland“, „Liquiditätshilfe“ oder „Entwicklungshilfe“ und andere mehr ersetzt wird, hat sich am Kapitalexportcharakter der meisten der Transaktionen, die unter diese Bezeichnungen fallen, nichts geändert. Diese Transaktionen des westdeutschen und internationalen Finanzkapitals, der imperialistischen Regierungen und der internationalen staatsmonopolistischen Finanzinstitutionen haben nichts mit der Hilfe an andere Völker gemein. Sie sind ihrem Wesen nach Kapitalexport, das heißt internationale Ausbeutungsbeziehungen, und dienen den Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals, das sich auf diese Weise Mehrarbeit aneignet, die von den Arbeitern, einfachen Warenproduzenten und den übrigen ausgebeuteten Schichten in den kapitalimportierenden Ländern geleistet wurde. Die mit den Kapitalexporten auftretenden ökonomischen und finanziellen Abhängigkeitsverhältnisse werden vom Monopolkapital zur ökonomischen Durchdringung und politischen Bevormundung und Unterdrückung der betreffenden Länder ausgenutzt. Geändert haben sich die konkreten historischen Bedingungen und, ihnen entsprechend, die Formen und Methoden des Kapitalexports. Eine unvergleichlich

größere Rolle als früher spielt der Staat auf diesem Gebiet der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Formen und Methoden der kapitalistischen internationalen Ausbeutung sind komplizierter und vielfältiger geworden. Die daraus resultierenden ökonomischen und politischen Abhängigkeitsverhältnisse sollen den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems aufhalten und die ökonomischen und politischen Machtpositionen des internationalen Finanzkapitals gegenüber der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern festigen. Beispiele dafür sind die Kapitalexporte im Rahmen der USA-„Nachkriegswirtschaftshilfe“ bzw. der „militärischen Hilfe“ an Westeuropa, die Anleihen und Kredite des „Währungsfonds“, der „Weltbank“ und ihrer Tochtergesellschaften an die ökonomisch schwachentwickelten Länder, die umfangreichen Direktinvestitionen der USA und anderer imperialistischer Länder und die sonstigen Formen des sogenannten „privaten“ Kapitalexports. Sie führten zum Anwachsen des Massenelends in den ökonomisch schwachentwickelten Ländern, zur Vertiefung der chronischen Zahlungsbilanzkrisen der Mehrzahl dieser Länder, zur Desorganisierung ihrer Finanz- und Währungsverhältnisse und zu anderen schweren wirtschaftlichen Disproportionen. In den hochentwickelten kapitalexportierenden Ländern trugen die Kapitalexporte zu größerer Steuerbelastung der Massen, zur Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige und zur Vertiefung der chronischen Agrarkrise (zum Beispiel in den USA) bei. Sie ließen den Konkurrenzkampf der Monopole auf dem kapitalistischen Weltmarkt heftiger werden und brachten eine noch stärkere Konzentration und Zentralisation des Monopolkapitals im nationalen und internationalen Bereich mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Extensivierung und Intensivierung der Ausbeutung und für die Lage der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern mit sich. Politisch diente das System der Nachkriegskapitalexporte in erster Linie der finanziellen Untermauerung der gegen das sozialistische Lager gerichteten militärischen Paktsysteme, der Unterdrückung der sozialen und nationalen Kämpfe der Völker im kapitalistischen System und der Faschisierung und Militarisierung. Sie waren mit einem weitgehenden Aufgeben der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Souveränität in wichtigen Teilbereichen der staatlichen Tätigkeit der Empfängerländer verbunden.

DIE KAPITALEXPORTE IN DER PERIODE DER VOLLEN ENTFALTUNG DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS UND SEINES ÜBERGANGS ZUM MONOPOLKAPITALISMUS BIS ZUM AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES

Das deutsche Finanzkapital begann relativ spät, Kapital zu exportieren. Die Gründe dafür liegen in den historischen Besonderheiten der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland. Ein ständiger größerer deutscher Kapitalexport

begann in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Seine Voraussetzungen entstanden im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, als sich der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in der Industrie und bei den Banken beschleunigt vollzog und das politisch geeinigte Deutschland zu einer imperialistischen Großmacht wurde. Bereits nach dem Krieg von 1870/71 waren im Zusammenhang mit dem einsetzenden industriellen Aufschwung und dem nach Deutschland einströmenden Kapital in Gestalt der französischen Kriegskontributionen ausländische Anleihen stärker emittiert worden. Jedoch unterbrach die Krise von 1873 diese Emissionen. Die deutschen Banken erlitten schwere Verluste im Auslandsgeschäft, speziell auf ihre ausländischen Anleihen. Erst während der achtziger Jahre wurden in wachsendem Maße wieder Kapitalexporte aufgenommen. Aus den von Sartorius von Waltershausen zitierten Schätzungen ist zu ersehen, daß sich in den zehn Jahren von 1883 bis 1893 der Stand des deutschen Leihkapitalexports um etwa sechs bis acht Milliarden Mark erhöhte.¹

Dieses schnelle Anwachsen der Kapitalexporte reflektiert die sprunghafte Entwicklung des deutschen Kapitalismus in diesen Jahren. Während die ökonomische Entwicklung Deutschlands in den sechziger Jahren noch weit hinter der Englands zurückgestanden hatte, setzte gegen Ende der siebziger Jahre eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte ein. 1900 hatte Deutschland Frankreich in der Industrieproduktion überholt und es begann, England einzuholen. Große Vorkommen an Kohle und Erz und der Aufschwung der Naturwissenschaften und der Technik waren die Grundlage für das rasche Ansteigen der Produktion von Produktionsmitteln. Besonders schnell wuchs die Schwerindustrie. In den neunziger Jahren begannen sich neue Industriezweige zu entwickeln – die chemische und die elektrotechnische Industrie. Im Zusammenhang mit der vollen Entfaltung des modernen Industriekapitalismus setzte, forciert durch die zyklischen Krisen von 1873, 1882 und 1891/93, ein gewaltiger Konzentrations- und Zentralisationsprozeß ein, der schon zu Beginn der neunziger Jahre so große und dauerhafte monopolistische Gebilde wie das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hervorbrachte, das fünfundneunzig Prozent der Kohlenförderung des Ruhrreviers kontrollierte. Der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in der Industrie, die Entwicklung von Großbetrieben und ihr zunehmendes Übergewicht, die Entstehung neuer Industriezweige und die Einführung neuer technischer Verfahren in die Produktion, der schnelle Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Handelsflotte, deren Umstellung von Segelschiffen auf Dampfer, all das stellte große Anforderungen an die Methoden der Finanzierung und an die Bereitstellung von Geldkapital für die Akkumulation und setzte ein modernes, hochkonzentriertes Geld- und Kreditsystem voraus. Dieses war bereits zu Beginn der Periode durch die Gründung zahlreicher neuer Aktiengesellschaften und die

¹ Waltershausen, Sartorius v., Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlagen im Ausland, Berlin 1907, S. 101.

Gründung einer Reihe weiterer großer Banken, wie die Deutsche Bank, die Commerz- und Discontobank, die Dresdner Bank und andere Aktienbanken, in seinen Grundzügen geschaffen worden.

Gleichzeitig wurde der Arbeitsbereich der Banken um den Ausbau des großen Industriefinanzierungsgeschäfts und die Entwicklung von Spezialbanken, vor allem im Zusammenhang mit dem expandierenden Außenhandel, erweitert.

Durch das Wachstum der Industrie, den schnellen Konzentrationsprozeß bei den Banken und deren zunehmende Verflechtung mit dem Industriekapital entwickelten sich auch die ökonomischen Grundlagen für die Notwendigkeit einer verstärkten äußeren Expansion des deutschen Kapitalismus. Sie setzte in den achtziger Jahren in drei Richtungen ein: in Richtung eines wachsenden Außenhandels, vor allem mit den überseeischen Ländern, in Richtung des Erwerbs von Kolonien und in Richtung eines verstärkten Kapitalexports.

Zunehmende Bedeutung für den Außenhandel gewannen in den letzten zwanzig Jahren des 19. Jahrhunderts die lateinamerikanischen, ostasiatischen, nahöstlichen und südosteuropäischen Märkte als Lieferanten von Lebensmitteln und Industriestoffen und als Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse. Das schnelle Vordringen des deutschen Kapitalismus auf dem kapitalistischen Weltmarkt verschärfte den Konkurrenzkampf der großen kapitalistischen Exportindustrien, vor allem der Grundstoff- und Eisenindustrie. Es entstanden die ersten internationalen Kartelle unter Beteiligung der deutschen Schwerindustrie.

Mit dem Bestreben, sich Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu sichern, hingen auch die kolonialen „Erwerbungen“ der achtziger und neunziger Jahre zusammen. Bei der Schaffung eines Kolonialreichs ging man vielfach von den Niederlassungen aus, die deutsche Kaufleute in den siebziger Jahren in Afrika und andernorts gegründet hatten. 1883 wurde Lüderitzbucht erworben und später als Deutsch-Südwestafrika unter den „Schutz des Reiches“ gestellt. 1884 setzten sich die Deutschen im Golf von Guinea fest und legten den Grund zu den späteren Kolonien Togo und Kamerun. 1885 wurden die von Karl Peters, dem „Hängepeters“, wie er genannt worden ist, den Afrikanern durch betrügerische Verträge abgenommenen ostafrikanischen Gebiete zu „Schutzgebieten“ erklärt. Das gleiche geschah in der Südsee, wo auf Neuguinea eine deutsche Handelsgesellschaft einen Teil des Gebiets in Besitz genommen hatte, der nun Kaiser-Wilhelm-Land genannt wurde. Die davor liegende Inselgruppe erhielt den Namen Bismarck-Archipel. Gleichzeitig wurden die Marshallinseln unter „deutschen Schutz“ gestellt. Im Stillen Ozean wurden die Karolinen-, Marianen- und Palauinseln aus spanischem Besitz und durch einen Vertrag mit England und den Vereinigten Staaten der wertvollere Teil von Samoa erworben. 1898 bekam Deutschland durch Pachtvertrag Hafen und Gebiet von Kiautschou. Die Stadt Tsingtau wurde zum Ausgangspunkt für die ökonomische Durchdringung Chinas.

Wichtiger für die Expansion des deutschen Finanzkapitals als diese „Erwerbungen“ waren von vornherein auf Grund der Tatsache, daß Deutschland

infolge seiner verspäteten kapitalistischen Entwicklung bei der territorialen Aufteilung der Welt zu spät und zu kurz gekommen war, die Methoden der sogenannten „friedlichen Durchdringung“, unter denen der Kapitalexport den wichtigsten Platz einnahm. Die Kapitalexporte, die in den achtziger Jahren einsetzten, unterscheiden sich daher nicht nur durch ihre Intensität, sondern vor allem auch durch ihre imperialistischen Motive, die dem Übergang des deutschen Kapitalismus in sein monopolkapitalistisches Stadium entsprachen, von den deutschen Kapitalexporten der Jahre vor 1880.

Die Entwicklung Deutschlands zu einem imperialistischen Kapitalexportland in den letzten zwanzig Jahren des 19. Jahrhunderts ist durch die Schaffung des ausländischen Banksystems der deutschen Großbanken, durch verstärkten Leihkapitalexport und den eigentlichen Beginn des Exports von industriellem Kapital charakterisiert. So wurde in den achtziger Jahren der systematische Aufbau eines Banksystems im Ausland, besonders in Übersee, durch die Gründung von Auslandsbanken mit einem Filialnetz im Ausland und den Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Banken betrieben. Die Versuche, die deutsche Banken in den siebziger Jahren in dieser Richtung unternommen hatten, waren infolge einer Reihe von ökonomischen Schwierigkeiten der betreffenden Länder sowie infolge mangelnder Erfahrungen der deutschen Banken im Auslandsgeschäft fehlgeschlagen. So war schon 1870 als erste deutsche Auslandsbank mit der Aufgabe, Export und Import kurzfristig zu finanzieren und die deutsche Valuta auf den überseeischen Märkten einzuführen, die Deutsche Bank gegründet worden. Ihre Bemühungen, sich in den siebziger Jahren auf den überseeischen Märkten durch Gründung von Filialen in London, Schanghai, Yokohama und Südamerika festzusetzen, scheiterten jedoch aus den oben erwähnten Gründen, ebenso der Versuch der Norddeutschen Bank in Brasilien Fuß zu fassen. Erst in den achtziger Jahren konnte die Deutsche Bank durch die Gründung der Deutschen Überseebank (sie wurde 1893 in die Deutsche Überseeische Bank umgewandelt) in Südamerika Boden gewinnen. Außer der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Einführung der deutschen Valuta gehörten in den achtziger Jahren bereits andere, und zwar kapitalexportgleiche Finanzierungsgeschäfte, zu dem im Statut festgelegten Aufgabenbereich der Bank. Im Mittelpunkt des Interesses stand damals die Vermittlung von Anleihen an die südamerikanischen Regierungen zwecks Einschaltung der deutschen Bank- und Industrieunternehmen in den Eisenbahnbau. Dem gleichen Zweck diente hauptsächlich auch die 1887 von der Discontogesellschaft und der Norddeutschen Bank gegründete Brasilianische Bank für Deutschland, die als Spezialbank für Brasilien fungieren sollte. Unmittelbarer Anlaß der Gründung waren die Anleihegeschäfte der Discontogesellschaft mit der brasilianischen Regierung. Die Anleihen hingen mit dem in Aussicht genommenen Eisenbahnbau zusammen. Darüber hinaus hatte Deutschland damals eine hervorragende Stellung im Handel mit Brasilien. 1895 wurde ebenfalls von der Discontogesellschaft und der Norddeutschen Bank eine entsprechende Bank für Chile errichtet. Chile erlebte um diese Zeit

einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, und der chilenische Außenhandel lag im wesentlichen in deutschen Händen. Das deutsche Kapital beherrschte nach Hausers Angaben² fünfzig Prozent des chilenischen Einfuhrhandels sowie den Geld- und Wechselmarkt.

Besonders anschaulich wird die imperialistische Aggressivität des jungen deutschen Finanzkapitals durch die Tätigkeit der Deutsch-Asiatischen Bank demonstriert. Ihre Gründung erfolgte im Zusammenhang mit den sich in den achtziger Jahren ausdehnenden Handelsbeziehungen Deutschlands mit Ostasien und den Bestrebungen des deutschen Finanzkapitals, sich einen Anteil an der ökonomischen Aufteilung Chinas zu sichern. Die Gründung der 1889 errichteten Bank erfolgte durch ein Konsortium, bestehend aus dreizehn der größten deutschen Aktien- und Privatbanken unter Führung der Discontogesellschaft, die ihrerseits sehr enge Beziehungen zur Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie unterhielt.

Die Deutsch-Asiatische Bank trat von vornherein viel stärker als die Deutsche Überseebank als führendes Finanzinstitut zur ökonomischen Durchdringung auf. Ihr Infiltrationsgebiet war insbesondere die Provinz Schantung, die als das zukünftige deutsche Einflußgebiet angesehen wurde.³ Als nach dem Frieden von Shimonoseki im Jahre 1895 China Anleihen aufnehmen mußte, um die japanische Besatzung los zu werden, und sämtliche in China interessierten Mächte um die Übernahme dieser Anleihen konkurrierten, um so Einfluß auf die chinesische Politik zu gewinnen, gelang es der Deutsch-Asiatischen Bank durch Zusammenarbeit mit englischen Banken, die amerikanische, französische und russische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Die Deutsch-Asiatische Bank und die Hongkong and Shanghai Banking Corporation übernahmen je die Hälfte der beiden Emissionen von 1896 und 1898.⁴ Des weiteren richtete die Bank Ende der neunziger Jahre Niederlassungen in Tientsin, Hankau und Tsingtau ein, um den zunehmenden Export nach China, der zu einem bedeutenden Teil aus Erzeugnissen der Schwerindustrie und des Maschinenbaus bestand, zu finanzieren. 1899 wurden durch ein Konsortium unter Leitung der Deutsch-Asiatischen Bank die Schantung-Eisenbahngesellschaft und die Schantung-Bergbaugesellschaft gegründet.

Die Methoden, die das deutsche Finanzkapital schon vor der Jahrhundertwende zur ökonomischen Durchdringung Chinas anwandte, ähneln in vieler Beziehung den Methoden, die auch heute im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ bei der neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Imperialismus eine große Rolle spielen. Neben Methoden der Korruption und Erpressung wandte man solche Methoden an wie die Entsendung von Studienkommissionen und Spezialisten zur Überprüfung der Bedingungen für eine deutsche Beteiligung an

² Hauser, R., Die deutschen Überseebanken, Jena 1906, S. 64.

³ Vgl. auch ebenda, S. 42/43.

⁴ Schreiner, Alfred, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, Berlin 1952, S. 186.

finanziellen und kommerziellen Transaktionen in China. Bereits damals arbeiteten dabei Banken, Industrie und Außenministerium eng zusammen. Von großer Bedeutung waren die Militärexperten, die von der deutschen Regierung entsandt wurden. Deutschland war an einer militärischen Stärkung Chinas interessiert, um einen wirtschaftlich und militärisch starken Verbündeten gegen Rußland zu haben. Das deutsche Finanzkapital seinerseits zog ökonomischen Nutzen aus der Aktivität des deutschen Militarismus in China. Die deutschen Militärinstrukteure fungierten nebenbei als Agenten der deutschen Industrie und vermittelten an diese Aufträge auf Lieferung von Waffen, Munition und technischen Einrichtungen für Munitionsfabriken.⁵

Insbesondere aber bemühte sich das deutsche Finanzkapital in diesen Jahren, die chinesische Regierung zum Eisenbahnbau mit Hilfe ausländischer Kapitalien zu bewegen und der deutschen Industrie und den deutschen Banken einen entsprechenden Anteil an diesem Geschäft zu sichern. In der Beteiligung am chinesischen Eisenbahnbau sahen die deutschen Imperialisten damals den sichersten Weg zur Durchdringung der chinesischen Wirtschaft. Der Bahnbau bedeutete die Erschließung neuer Absatzmärkte für die deutsche Schwerindustrie und neuer Kapitalanlagensphären für die Großbanken.

Eine ähnliche Rolle wie der Deutsch-Asiatischen Bank in Ostasien war der seit 1899 bestehende Deutschen Palästina-Bank im Nahen Osten zugedacht, die später mit der 1906 gegründeten Deutschen Orientbank eng zusammenarbeitete.

Im Vorderen Orient war es vor allem die Türkei, die dem deutschen Kapital interessant erschien. Schon in den siebziger Jahren hatte Krupp Panzerschiffe und Kanonen dorthin geliefert. Mitte der achtziger Jahre aber entwickelte sich schnell ein intensiverer deutsch-türkischer Handel. Die deutsche Politik unter Bismarck war an einer wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Stärkung der Türkei interessiert. Die deutschen Banken sahen in der Unterbringung türkischer Staatsanleihen ein profitables Geschäft. 1889 erhielt die Deutsche Bank die Anatolische Eisenbahnkonzession und gründete in Konstantinopel zusammen mit der Dresdner Bank die „Société du chemin de fer Ottoman d'Anatolie“ zur Durchführung des Bahnbaus Anatolien-Bagdad. Zur Finanzierung dieses gewaltigen Eisenbahnunternehmens wurde auf Initiative der Deutschen Bank 1891 in Zürich die Bank für östliche Eisenbahnen gegründet.⁶ Das waren die Anfänge der späteren Bagdadbahnpolitik des deutschen Imperialismus, die schwere Konflikte mit England und Rußland auslöste und die imperialistischen Gegensätze schürte, die zum ersten Weltkrieg führten.

⁵ Vgl. *Stoecker, Helmut*, Deutschland und China im 19. Jahrhundert, Berlin 1958, S. 225.

⁶ *Bondarewski, G. L.*, Багдадская дорога и проникновение германского империализма на ближний восток (Die Bagdadbahn und das Eindringen des deutschen Imperialismus im Nahen Osten 1888–1903), Taschkent 1955, S. 34.

Die vierte Expansionsrichtung für den frühen Kapitalexpert des deutschen Finanzkapitals waren die Balkanstaaten. Deutschland und Österreich-Ungarn, die in Südosteuropa eine große Handelsaktivität entfalteten, waren bis zu den neunziger Jahren die Hauptfinanziers der Unternehmen und der Regierungen in den Balkanstaaten, die nach der Befreiung von der türkischen Herrschaft zu Schuldnerländern geworden waren. Finanzielle Risiken und politische Motive veranlaßten Deutschland, nach 1890 die Anleihen an die Regierungen einzuschränken, während die deutschen Investitionen in Bank- und Industrieunternehmen, vor allem in Bulgarien und Rumänien, weiter anwuchsen.⁷ 1895 wurden unter anderem mit deutschem Kapital die „Banca Generala Romana“ zur Finanzierung des Handels und zur Entwicklung der rumänischen Industrie und in den neunziger Jahren die ersten rumänischen Erdölverarbeitungsgesellschaften von der Discontogesellschaft gegründet.

Bis 1906 verfügte das deutsche Finanzkapital bereits über dreizehn Auslandsbanken mit 74 Zweigstellen und Filialen und einem eingezahlten Kapital von sechzig Millionen Mark.⁸ Allein in den beiden Jahren 1905 und 1906 entstanden acht Auslandsbanken, deren Arbeitsbereich sich auf die Hauptexpansionsgebiete des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg erstreckte, nämlich auf Süd- und Zentralamerika, den Nahen und Fernen Osten und die Balkanländer. Bis 1914 wurde das Filialnetz dieser Banken weiter ausgebaut, so daß es die Positionen der englischen Banken in diesen Gebieten bedrohte. Das System der Auslandsbanken stellte für das deutsche Finanzkapital ein Stützpunktsystem für den Waren- und Kapitalexpert dar. Es wurde ursprünglich errichtet, um den expandierenden deutschen Überseehandel von der englischen Zahlungsvermittlung zu befreien und die hohen Profite, die die Außenhandelfinanzierung einbrachte, deutschen Banken zuzuleiten. Darüber hinaus rechneten die Großbanken, deren personelle und kapitalmäßige Verflechtung mit der Industrie immer enger geworden war, auf die Beteiligung an den Profiten aus der Außenhandelsexpansion der Industrie. Gleichzeitig diente das System der Auslandsbanken weiteren Kapitalexperten und der ökonomischen Durchdringung der Niederlassungsländer.

Die Kapitalexperte der achtziger und neunziger Jahre waren, wie erwähnt, nicht nur durch die Errichtung von Auslandsbanken und den Beginn des Ausbaus des überseeischen Banksystems gekennzeichnet, sondern auch durch die verstärkte Emission von Auslandsanleihen. Die Banken brachten mit Hilfe der Auslandsbanken und ihrer Filialen Wertpapiere der Länder, auf die sich die Interessen des deutschen Finanzkapitals erstreckten, am deutschen Kapitalmarkt unter, insbesondere Anleihen der Türkei, Rußlands, Spaniens, Portugals und der südamerikanischen Länder. Diese Emissionen erreichten in den Jahren 1887 bis 1890 ihren Höhepunkt. Trotz der Verluste zu Beginn der neunziger

⁷ Feis, Herbert, *Europe the world's Banker*, New Haven 1930, S. 258/259.

⁸ *Waltershausen, Sartorius v.*, a. a. O., S. 152.

Jahre, hauptsächlich bei amerikanischen Eisenbahneffekten, fanden bereits 1894 neue umfangreiche Emissionen von Anleihen der Balkanstaaten, Österreich-Ungarns, Chinas und Südamerikas statt.⁹

In den neunziger Jahren begann das deutsche Finanzkapital, auch industrielles Kapital stärker zu exportieren. Die hochkonzentrierte deutsche Industrie interessierte sich zunehmend für ausländische Industrieunternehmen und ausländische Rohstoffquellen, besonders auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der chemischen und elektrotechnischen Industrie. Die Bedeutung des Kapitalexports in Form von Anleihen begann relativ zurückzugehen. Während bis zu den neunziger Jahren die direkten Industriebeteiligungen unwesentlich gewesen waren und das deutsche Kapital in ausländische Industrien nur in Form von Anleihen für industrielle Zwecke geflossen war, sofern man sich davon eine günstige Auswirkung auf den deutschen Export versprach, wie im Falle der Eisenbahnanleihen oder der Errichtung von Rüstungsbetrieben, wurde in den neunziger Jahren immer häufiger und mehr Kapital zur Gründung von Niederlassungen und Tochtergesellschaften der inländischen Industrieunternehmen exportiert. Eine andere Form des beginnenden industriellen Kapitalexports war die Gründung von Unternehmen im Ausland durch die Großbanken direkt oder über die Auslandsbanken. Beispiele dafür sind die Gründung der Anatolischen Eisenbahngesellschaft durch die Deutsche Bank und die Dresdner Bank oder die Gründung der Eisenbahngesellschaft und der Bergbaugesellschaft in Schantung durch die Deutsch-Asiatische Bank. Ferner erwarben die deutschen Banken und die mit ihnen liierten Industrieunternehmen Beteiligungen an ausländischen Industriebetrieben, wie an den Erdölquellen in Österreich und in den holländischen Kolonien. Schließlich gab es eine vierte Form des industriellen Kapitalexports, nämlich die Entwicklung neuer Industriezweige im Ausland, wie im Falle der rumänischen Erdölverarbeitung. Der Export von industriellem Kapital war für das deutsche Finanzkapital in den Jahren von 1890 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ein besonders wirksames Mittel, Rohstoffquellen und Auslandsmärkte für die Expansion der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, zu erobern. Werke der chemischen, metallurgischen, der elektrotechnischen Industrie und des Maschinenbaus wurden in Österreich-Ungarn, Rußland, Italien, Spanien, Holland, Belgien und der Schweiz errichtet. Auf der Grundlage industrieller Kapitalexporte arbeiteten bereits vor 1914 die deutsche und französische Schwerindustrie eng zusammen. Die französische Eisenindustrie erwarb Beteiligungen an deutschen Kohlevorkommen, und die deutsche Hüttenindustrie erwarb neben Eisenerzvorkommen im Meurthe- und Moselbecken Beteiligungen an den französischen Gesellschaften, die die Eisenerze von Longwy und Valleroy ausbeuteten. Die Rüstungskonzerne beider Länder bildeten in Marokko und Algerien gemeinsame Konsortien zur Ausbeutung von Erzvorkommen und zum Bau von Eisenbahnen.¹⁰

⁹ Vgl. Feis, Herbert, a. a. O., S. 68—70.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 73—80.

Von den Investitionen in den Balkanstaaten befand sich der überwiegende Teil in Rumänien. Mit Hilfe großer direkter Investitionen in rumänische Erdöl-, Industrie- und Vertriebsgesellschaften, hinter denen die Deutsche Bank und die Discontogesellschaft standen, kontrollierte das deutsche Finanzkapital die Förderung, die Verarbeitung und den Vertrieb des rumänischen Erdöls.

Besonders stark wuchsen nach 1890 und nach der Jahrhundertwende die Investitionen in der Türkei. Dort kontrollierte das deutsche Finanzkapital unter der Führung der Deutschen Bank die Bagdadbahn, die Anatolische Eisenbahn und die Orientbahn, die Hafengesellschaft von Haidar-Pascha und die Straßenbahngesellschaft von Konstantinopel, ferner Bergwerke und den Baumwollanbau.

Für die überseeischen industriellen Anlagen hatte man Amerika bevorzugt, hauptsächlich die USA, aber auch Kanada, Südamerika und in geringerem Ausmaß Zentralamerika. In den USA beispielsweise betrug die deutschen Beteiligungen an achtzehn amerikanischen Eisenbahnen schätzungsweise eine bis anderthalb Milliarden Mark. Ihre Liquidation im ersten Weltkrieg half Deutschland, den Krieg zu finanzieren. Unter den von Deutschen beherrschten amerikanischen Bergbauunternehmen war die American Metal Co. Ltd., New York, die 1887 gegründet worden war, das bedeutendste. Bis 1917 war diese Gesellschaft zu einem großen Monopolunternehmen angewachsen, dessen Interessen sich außer auf Bergwerke in den USA, Mexiko und Südamerika auch auf die chemische Industrie, die Schifffahrt und den Handel erstreckten.¹¹ Abgesehen von den Anlagen im Eisenbahnbau und weniger zahlreichen in Bergwerken, bestanden die überseeischen industriellen Anlagen vorwiegend aus Zweigwerken der großen Industriekonzerne, aus Beteiligungen an Werken zur Ausnutzung chemischer und metallurgischer Patente und aus Hafenanlagen und Dienstleistungsbetrieben. Gleichzeitig wurden zahlreiche Handelsgesellschaften errichtet.

In Asien waren nur die Anlagen in China, speziell in Schantung, von Bedeutung. Nach 1906/1907 verstärkten sich infolge des Exports von industriellem Kapital die Investitionen in den deutschen afrikanischen Kolonien, auf die bis dahin nur ein sehr geringer Teil der gesamten deutschen Investitionen in Afrika entfallen war.

Nach einer von Waltershausen angeführten Aufstellung aus dem Jahre 1904¹², in der das Reichsmarineamt die direkten deutschen Auslandsanlagen in überseeischen Ländern auswies, betrug die gesamten deutschen direkten Anlagen in Afrika 1325 bis 1350 Millionen Mark.¹³ Die Hauptanlagesphären für deutsches

¹¹ Lewis, Cleona, *America's Stake in international Investments*, Washington 1938, S. 94.

¹² Waltershausen, Sartorius v., a. a. O., S. 104.

¹³ Das Reichsmarineamt schätzte die Anlagen in der Türkei und in Ägypten auf 300 bis 350 Millionen Mark, in der persisch-asiatischen Halbinsel und in Britisch-Ostindien auf 75 Millionen Mark, in Südostasien auf 250 Millionen Mark, in

Kapital in Afrika waren vor 1906 nordafrikanische Erze und Eisenbahnen, südafrikanische Goldminen und zentralafrikanische Erzvorkommen und Bahnbauprojekte. Nur etwa ein Viertel der eben angeführten Gesamtinvestitionen in Afrika entfiel dabei auf die Kolonien.¹⁴ Die Investitionen dort erstreckten sich hauptsächlich auf Handelsunternehmen und Plantagen. Nach 1906/1907, als das Interesse, in den Kolonien zu investieren, wuchs, wurde in allen vier afrikanischen Kolonien mit direkter finanzieller Unterstützung der deutschen Regierung der Eisenbahnbau stark vorangetrieben. Mit der Realisierung von drei Bauprojekten für Eisenbahnlinien, die, ausgehend von Deutsch-Ostafrika und Kamerun, in Richtung Kongo liefen, wo die Discontogesellschaft und die Deutsche Bank zwecks Ausbeutung von Erzvorkommen Fuß gefaßt hatten, wurde begonnen.¹⁵

Insgesamt besaß Deutschland 1914 nach den jüngsten Schätzungen 31 Milliarden Mark¹⁶ Auslandsanlagen. Davon waren zwanzig Milliarden Mark Portefeuille-Investitionen und elf Milliarden Mark direkte Auslandsanlagen. Die Portefeuille-Investitionen stellten ihrem ökonomischen Charakter nach im wesentlichen Export von Leihkapital dar. Der größte Teil waren Regierungsanleihen, von denen sich zwei Drittel in Europa befanden. Ein weiterer bedeutender Teil setzte sich aus amerikanischen, kanadischen, mexikanischen und russischen Eisenbahneffekten zusammen.

Die direkten Investitionen bestanden überwiegend im Export von industriellem Kapital. Als Zirkulationskapital (Errichtung von Bank- und Handelsunternehmen) wurde wertmäßig nur ein relativ geringer Teil des Gesamtvolumens der direkten Auslandsanlagen exportiert, was jedoch nicht bedeutet, daß diese Form des Kapitalexports für die äußere Expansion des deutschen Imperialismus unbedeutend gewesen wäre. Beim Export von industriellem Kapital machten die Investitionen in Unternehmen der verarbeitenden Industrie den Hauptanteil aus. Dazu kamen die großen Eisenbahninvestitionen, die zu einer direkten Kontrolle des deutschen Finanzkapitals über die entsprechenden Bahnen führten (Türkei, Schantung, deutsche afrikanische Kolonien). Nur ein relativ geringer Teil des exportierten Kapitals wurde in Bergwerken und öffentlichen Betrieben angelegt.

Von den gesamten deutschen Auslandsanlagen befand sich 1914 der weitaus größere Teil in Übersee.¹⁷ Über die Hälfte entfiel auf koloniale bzw. abhängige

Ostasien auf 400 bis 450 Millionen Mark, in Australien und Polynesen auf 300 bis 400 Millionen Mark und in Nordamerika und Südamerika auf 5380 bis 6350 Millionen Mark. Ebenda.

¹⁴ Nach einer Veröffentlichung von Kolonialdirektor Dernburg betrug die Gesamtsumme der deutschen direkten Investitionen in den afrikanischen und Südseekolonien 370 Millionen Mark. Ebenda, S. 133.

¹⁵ Nähere Ausführungen zu diesem Projekt vgl. bei Feis, Herbert, a. a. O., S. 78, und Schreiner, Alfred, a. a. O., S. 243.

¹⁶ *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 1/1958, S. 24.

¹⁷ Vgl. ebenda.

und ökonomisch rückständige Länder. Ihrem Anteil an den Gesamtauslandsanlagen nach waren die Hauptanlagegebiete für den deutschen Kapitalexport vor 1914 Lateinamerika, USA, Österreich-Ungarn, Afrika, Rußland und die Türkei, die Balkanstaaten, Spanien, Portugal und schließlich Frankreich und Großbritannien.¹⁸

Das deutsche Finanzkapital trat bei seiner äußeren Expansion von vornherein sehr aggressiv auf, was sich aus seiner verspäteten, aber sich dann außerordentlich rasch vollziehenden ökonomischen Entwicklung ergab und aus dem sich auf diese Weise sehr kraß entfaltenden Widerspruch zwischen seinem industriellen Potential einerseits und seinem Anteil an der politisch-territorialen Aufteilung der Welt und seinen Positionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt als Vorbedingungen einer erfolgreichen Beteiligung an der einsetzenden ökonomischen Aufteilung der Welt andererseits. Daraus resultiert auch die frühe Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei der außenwirtschaftlichen Expansion Deutschlands. Das zeigt sich unter anderem in der besonderen Aktivität, mit der die deutsche Diplomatie den Kampf der deutschen Monopole um ihren Anteil an der ökonomischen Aufteilung der Welt unterstützte.¹⁹

Die Außenpolitik unter Wilhelm II. liefert viele Beweise dafür, wie stark der staatsmonopolistische Kapitalismus bereits vor dem ersten Weltkrieg ausgebildet war. So waren es zum Beispiel die Interessen der deutschen Großbanken als Inhaber von südafrikanischen Bergwerksbeteiligungen und ihre Interessen an Eisenbahnen, Konzessionen und Handelsgesellschaften in den portugiesischen Kolonien, die für die Haltung der deutschen Regierung im Burenkrieg bestimmend waren, ebenso wie die Interessen von Mannesmann und Krupp und anderer schwerindustrieller Konzerne an der Ausnutzung der marokkanischen Erzvorkommen für die Auslösung der beiden Marokkokrisen von 1905/06 und 1911 maßgebend gewesen sind.

DIE ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS ZUM KAPITALIMPORT- UND SCHULDNERLAND WÄHREND DER ERSTEN ETAPPE DER ALLGEMEINEN KRISE DES KAPITALISMUS UND DIE BEDEUTUNG DES AUSLANDSKAPITALS FÜR DIE DEUTSCHEN KAPITALEXPORTE

Der erste Weltkrieg reduzierte die deutschen Auslandsanlagen bis auf einen Bruchteil. Ein Teil der Anlagen wurde von den Alliierten zur Befriedigung ihrer Reparationsforderungen beschlagnahmt, ein anderer Teil unterlag erheb-

¹⁸ Vgl. *Feis, Herbert*, a. a. O., S. 74.

¹⁹ Dazu vgl. *Stoeker, Helmut*, a. a. O., S. 185ff., und *Feis, Herbert*, a. a. O., S. 163–168.

lichen Entwertungen, wie die Anlagen in Zentral- und Osteuropa und im Nahen Osten, ein weiterer Teil wurde enteignet oder in den ersten Nachkriegsjahren aufgegeben. Ein bedeutender Teil der Auslandsanlagen war bereits während des Krieges im Interesse der Kriegsfinanzierung verkauft worden, während die deutsche Regierung und das deutsche Finanzkapital sich gleichzeitig bemüht hatten, zum selben Zweck die Kapitalimporte aus neutralen Ländern zu forcieren.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde Deutschland zum größten europäischen Schuldner- und Kapitalimportland, ohne aufzuhören, auch Kapitalexportland zu sein. Es ist deshalb erforderlich, etwas ausführlicher auf die Intensität und den Charakter der deutschen Kapitalimporte einzugehen, um feststellen zu können, welche Bedeutung sie für die Akkumulation und die Kapitalexporte der deutschen Monopole während der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatten.

In den ersten Nachkriegs- und während der Inflationsjahre floß ein gewaltiger Strom ausländischen Kapitals nach Deutschland ein, der in den Jahren nach 1924 noch stärker wurde. Unmittelbar nach dem Kriege war die deutsche Wirtschaft Gegenstand der größtmöglichen Ausplünderung durch die darum rivalisierenden Siegermächte. Der niedrige Stand der deutschen Valuta bot dem Auslandskapital einen starken Anreiz zum Aufkauf deutscher Unternehmen durch den Erwerb von Aktien. Dazu kam, daß die deutschen Banken während des Krieges bedeutende Kredite bei holländischen und Schweizer Banken aufgenommen hatten. Die Inflation erschwerte die Rückerstattung der Kredite, und die ausländischen Banken suchten durch die Beteiligung an den betreffenden deutschen Banken ihre Forderungen sicherzustellen. Die deutschen Banken und Konzerne ihrerseits sahen in den Kapitalimporten über den Verkauf deutscher Wertpapiere ans Ausland vor allem ein Mittel der Kapitalbeschaffung zur Erneuerung und Modernisierung ihrer Produktionsanlagen, aber auch – und das war nicht unwesentlich – ein Mittel, bedeutende Teile ihres Kapitals der Besteuerung zu entziehen.

In den Jahren 1919 bis 1921 gründete das ausländische Monopolkapital eine Reihe von Banken und Bankfilialen in Deutschland, speziell im besetzten Gebiet. Besonders aktiv waren dabei die französischen Banken, die das Rheinland zu einem Einflußgebiet des französischen Finanzkapitals machen wollten. Das ausländische Kapital war vor allem bestrebt, in die deutsche Montan-, Eisen- und Stahlindustrie einzudringen. So wurden Ende 1919 große Aktienmengen der Phönix AG für Bergbau- und Hüttenwesen gekauft, die über Umwege an einen holländischen Konzern gerieten, der auf diese Weise Großaktionär und Mehrheitsteilhaber der Phönix AG wurde.²⁰

Hinter den Aktienerwerbungen holländischer, französischer und belgischer Unternehmen stand vielfach das amerikanische Finanzkapital, das über seine

²⁰ Kleist, Hans Jürgen, Die ausländischen Kapitalbeteiligungen in Deutschland, Berlin 1921, S. 58.

Verbindungen zu den westeuropäischen Konzernen Einfluß auf führende deutsche Konzerne zu erlangen versuchte.

Die stärksten Kapitalimporte erfolgten jedoch während der Jahre nach Inkrafttreten des Dawesplans bis 1929. Der Dawesplan kam zustande, nachdem die Reaktion, unterstützt von den rechten Sozialdemokraten, die revolutionäre Nachkriegskrise gewaltsam beendet hatte. Mit ihm sollten durch die ökonomische und politische Stabilisierung des deutschen Finanzkapitals einer nochmaligen und erneuten Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland vorgebeugt werden, die Reparationszahlungen Deutschlands an die Siegermächte gesichert und Deutschland in einen aufnahmefähigen Absatzmarkt und ein profitables Anlagegebiet für ausländisches Kapital, insbesondere amerikanisches, verwandelt werden.

Das Kernstück des Planes war die Gewährung einer Anleihe in Höhe von achthundert Millionen Goldmark. Zur Sicherung der Anleihe und der Reparationszahlungen sollten ein Teil der Staatseinnahmen, die Reichsbahn und die deutsche Währungshoheit mit Beschlagnahme belegt werden.²¹ Darüber hinaus unterlag die Tätigkeit der deutschen Produktions- und Bankbetriebe der Kontrolle durch ausländische Sachverständige.

Nach der Stabilisierung der Währung und der Annahme des Dawesplans setzte die Periode der relativen ökonomischen und politischen Stabilisierung des deutschen Imperialismus ein. Um die Kapitalakkumulation zu forcieren, wandten die Monopole hauptsächlich drei Methoden an: Erstens wurden die Arbeitsintensität und die Ausbeutung im Zuge der kapitalistischen Rationalisierung ungeheuer gesteigert. Zweitens begannen die Monopole, gleichzeitig mit der Einführung verschärfter Ausbeutungsmethoden in den Konzernbetrieben, nicht nur zur Steigerung ihrer Kapitalakkumulation, sondern auch zur Wiedererrichtung ihrer Macht sich in verstärktem Maße des Staatsapparates zu bedienen. Unter der Losung „Neubildung eines deutschen eigenen Betriebskapitals durch Schaffung neuer Vermögen“²² wurde der Staatsapparat dazu ausgenutzt, die Arbeitszeit zu verlängern, die Reallöhne zu senken, die Sozialversicherung abzubauen und den Lebensstandard der Mittelschichten durch den planmäßigen Abbau des Beamten- und Angestelltenapparates, durch Kreditbeschränkungen usw. herabzudrücken, um so die Mittel des Staatshaushalts und das vorhandene Kreditvolumen wirksamer im Interesse der Akkumulation der Monopole einsetzen zu können. Die städtischen Betriebe wurden mit allen Mitteln der Kredit- und Anleihebeschränkung für die Privatisierung reif gemacht. Gleichzeitig wurden die Vermögens- und Besitzsteuern gesenkt

²¹ *Obermann, Karl*, Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, (1918–1925), Berlin 1952, S. 123.

²² Vgl. *Der Reichstag 1924–1928*, 4 Jahre kapitalistische Klassenpolitik, Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, hg. im Auftrag des ZK der KPD, verantwortl. für den Inhalt: Ernst Schneller, Berlin 1928, S. 153.

und die Massensteuern ständig erhöht.²³ Allein für 1926/27 wurden die Steuer-geschenke an die Konzerne auf eine Milliarde Goldmark geschätzt. Die Steuer-stundungen betragen Ende 1927 650 Millionen Goldmark. Darüber hinaus hatte der Staat seit 1924 Hunderte von Millionen an Krediten, Subventionen, Garantien und Beihilfen in die Wirtschaft hineingepumpt, die den Monopolen zugute kamen. Insbesondere nach der Zwischenkrise 1925/26 setzten die Mono-pole rücksichtslos ihre Herrschaft über die Wirtschaft und den Staatsapparat von den zentralen Stellen bis hinunter zu denen der Länder und Gemeinden durch.²⁴

Neben der Finanzierung der Monopole durch staatliche Gelder und neben der verschärften Ausbeutung und Ausplünderung der Massen wurde der Kapital-import zu einem der Hauptmittel der Kapitalakkumulation der Monopole. Die Verflechtung mit dem internationalen Finanzkapital auf Grund von Kapitalimporten ging in den Jahren 1924 bis 1931 rapide voran. An allen internationalen Kapitalmärkten erschien das deutsche Monopolkapital nach der Stabilisierung mit großen Kredit- und Anleihegesuchen. So trat beispiels-weise das Deutsche Kalisyndikat 1925 in Berlin mit einem großen Anleihe-gesuch an amerikanische, Schweizer, schwedische und holländische Banken heran. Mitte 1926 wurde von den Vereinigten Stahlwerken eine Anleihe von sechzig Millionen Dollar aufgenommen, die zur Hälfte in den USA und zur anderen Hälfte in Holland, Schweden, der Schweiz und Deutschland aufgelegt wurde.²⁵ Später nahm Siemens eine 150-Millionen-Dollar-Anleihe in den USA auf.²⁶ Neben Anleihen und Krediten des Auslandes, vor allem amerikanischer, englischer, holländischer, belgischer und Schweizer Banken an die deutschen Industriekonzerne, Städte und Gemeinden spielten die Käufe von Aktien führender deutscher Großunternehmen und die Gründung ausländischer Unter-nehmen in Deutschland eine große Rolle. „General Motors“ kaufte den Rüssels-heimer Opelbetrieb, die italienische Autofirma Fiat kaufte die deutsche Auto-mobilfirma NSU, die AEG verkaufte dreißig Millionen ihrer Aktien an den „General Electric“-Trust, die IG Farben schloß ein Abkommen mit Standard Oil, die Vereinigten Glanzstoffabriken verschmolzen mit den holländischen Kunstseidenwerken, der Schweizerische Schokoladenkonzern Nestle-Cailler er-warb die Sarotti AG usw.²⁷ Zahlreiche deutsche Unternehmen bewarben sich um ausländische Beteiligungen. So wurde 1925 in Zürich die „Kaufkredit AG“ gegründet zu dem Zweck, das Abzahlungsgeschäft von vierzehn großen deut-schen Warenhäusern zu finanzieren. Als Gegenleistung für die Bereitstellung

²³ Ebenda.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 154.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 147 u. 154.

²⁶ Kellerberger, *Eduard*, Kapitalexport und Zahlungsbilanz, Bd 2, Berlin 1942, S. 206 u. 224.

²⁷ *21 Monate Herrmann Müller Regierung*, Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, 1928–1930, hg. im Auftrag des ZK der KPD, verantwortl. für den Inhalt: Walter Stoecker, Berlin 1930, S. 158/159.

schweizerischen Kapitals für ihre Warenhäuser verpflichtete sich die Firma Herrmann Tietz in Berlin, jährlich für mindestens zehn Millionen Franken Waren durch die „Kaufkredit AG“ aus der Schweiz zu beziehen.²⁸ Viele deutsche Konzerne beschritten den Weg, ausländische Beteiligungen über die Einbringung in Holdinggesellschaften zu mobilisieren.

Nach der Währungsstabilisierung in Deutschland war international an die Stelle einer Kapitalflucht in die währungsstarken Länder der Kapitalexport nach Deutschland getreten. Insbesondere während der Aufschwungs- und Hochkonjunkturphase stiegen die deutschen Kapitalimporte gewaltig. 1929 war Deutschland mit 217 Millionen Dollar unter den entwickelten kapitalistischen Schuldnerländern das Hauptanlagegebiet für amerikanische Direktinvestitionen.²⁹

Für 1930 werden die langfristigen Anlagen des Auslandes in Deutschland auf achtzehn Milliarden Reichsmark und die kurzfristigen Anlagen auf fünfzehn Milliarden Reichsmark geschätzt. Von den langfristigen Anlagen stammten fünfzig Prozent aus den USA, zwölf Prozent aus Großbritannien, fünf Prozent aus Frankreich und der Rest aus der Schweiz, aus Holland und Schweden.³⁰

Deutschland bot durch die hohen Profite, die in seiner Industrie zu erzielen waren, einen starken ökonomischen Anreiz für Investitionen. Es war zu einer außerordentlich profitablen Anlagesphäre für das deutsche und ausländische Monopolkapital geworden, auf der Grundlage der rücksichtslosen Auspowerung der deutschen Arbeiter und der Mittelschichten. Die ökonomischen und finanziellen Lasten aus dem Dawesplan mußten die deutschen Werk-tätigen, insbesondere die Arbeiter, tragen, während das Finanzkapital mit Hilfe des nach Deutschland einströmenden Auslandskapitals Riesenprofite erzielte. Durch die Rationalisierung und die Steigerung der Massensteuern und durch andere staatsmonopolistische Methoden wurden die Mittel zur Zahlung der Reparationen, zur Bedienung der Anleihe und zur Zahlung der Zinsen und Profite für die übrigen Anlagen des Auslandes in Deutschland aus den Werk-tätigen herausgepreßt.

1929 wurde der Dawesplan durch den Youngplan abgelöst, der dem Wunsch der deutschen Monopole und der Pariser Sachverständigenkonferenz nach Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen Rechnung trug. Seitens des deutschen Imperialismus ging es vor allem darum, eine Herabsetzung der Tributzahlungen und ihre Befristung zu erlangen sowie die Produktions- und Bankenkontrolle und andere beschränkende Verpflichtungen des Dawesplans loszuwerden. Das internationale Finanzkapital war bereit, dem deutschen Finanzkapital diese Konzessionen zu machen, nicht nur weil es an einer

²⁸ Kellerberger, *Eduard*, a. a. O., S. 224.

²⁹ U. N. International Capital Movements during the Inter-War-Period, New York 1949.

³⁰ Ebenda.

Regelung interessiert war, die die Zahlung der Reparationen seitens Deutschlands besser gewährleistete als der Dawesplan, sondern auch weil es bestrebt war, Deutschland in die wirtschaftliche, finanzielle und militärische Blockbildung gegen die Sowjetunion einzubeziehen. Darauf wies die kommunistische Reichstagsfraktion in der Sitzung vor der Endabstimmung über das Younggesetz hin. Ihr Redner, Stoecker, erklärte: „Die durch den Young-Pakt hervorgerufene immer engere finanzielle und wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit dem Dollarimperialismus und den kapitalistischen Westmächten verkettet die deutsche Außenpolitik immer stärker mit den sowjetfeindlichen Plänen dieser Mächte.“³¹

Den Massen wurden die finanziellen Erleichterungen des Youngplans gegenüber dem Dawesplan von den der Regierung nahestehenden rechten Parteien und den rechten Sozialdemokraten als eine große nationale und soziale Errungenschaft dargestellt. Faktisch bedeutete der Youngplan jedoch für die Werktätigen eine noch schwerere Belastung als der Dawesplan. Tatsächlich wurden die sowieso nicht sehr ins Gewicht fallenden finanziellen Erleichterungen des Youngplans von den Monopolen dazu benutzt, erneut erhebliche Steuer geschenke zu fordern, die das Mehrfache der Erleichterungen betrug, und den Werktätigen zusätzliche Massensteuern aufzubürden. Ökonomisch erlangte der Youngplan keine große Bedeutung, da bald nach seinem Inkrafttreten die Weltfinanzkrise ausbrach und Deutschland die Reparationszahlungen einstellte. Um so größer war seine politische Bedeutung insofern, als die Deutschnationalen und die Nazis die Erbitterung der Massen gegen den Young-Pakt ausnutzten, um breite Bevölkerungsschichten in das faschistische Fahrwasser zu lenken.

Die Kapitalexporte des Auslandes nach Deutschland hielten auch 1931 noch an. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, die 1929 zur Abwicklung aller mit den deutschen Reparationszahlungen verbundenen Transaktionen gegründet worden war, vermittelte in den Jahren 1930 und 1931 mehrere hundert Millionen Dollar Stabilisierungskredite von holländischen, amerikanischen und schwedischen Banken an Deutschland.

Im Mai 1931 löste der zu erwartende Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt eine Bankenkrise aus, die sich bald in ganz Mitteleuropa, vor allem aber in Deutschland ausbreitete. Das internationale Finanzkapital zog seine kurzfristigen Guthaben zurück, und die Reichsbank mußte in kurzer Zeit über eine Milliarde Gold abgeben. Der Kurs der Reichsmark sank rasch. Im Juni 1931 gewährten die Notenbanken Englands, der USA und Frankreichs und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einen 100-Millionen-Dollarkredit an die Deutsche Reichsbank. Der Kredit konnte jedoch die Verschärfung der deutschen Finanzkrise nicht verhindern. Die Regierung traf verschiedene kredit- und währungspolitische Maßnahmen, um den Geldmarkt zu stützen, und leitete mit den ausländischen Gläubigern Verhandlungen über

³¹ 21 Monate Herrmann Müller Regierung, a. a. O., S. 70.

Stillhalteabkommen bezüglich der kurzfristigen Valutaschulden deutscher Firmen und Banken gegenüber ausländischen Banken und über die kurzfristige Verschuldung deutscher öffentlicher Schuldner ein. Die Laufzeit der Abkommen erstreckte sich jeweils über ein Jahr. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurden sie von Jahr zu Jahr, von unwesentlichen Änderungen abgesehen, automatisch erneuert. Bei Kriegsausbruch kündigten die englischen und französischen Stillhaltegläubiger diese Abkommen. Mit den vier neutralen Gläubigern Holland, Belgien, Schweiz und USA wurden sie auf Grund von Einzelabmachungen fortgesetzt.

Nach 1933 gab es infolge der Auswirkungen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise auf die internationalen Kapitalmärkte im allgemeinen und infolge der von den Faschisten im Zuge der forcierten Aufrüstung und Rüstungsfinanzierung betriebenen Politik gegenüber den ausländischen Gläubigern im besonderen keine größeren Kapitalimporte mehr. Bereits am 9. Juni 1933 wurde ein allgemeines Transfermoratorium für alle mittel- und langfristigen Auslandsschulden erlassen, das die Zahlung von Tilgungsbeträgen, Zinsen und Profiten weitgehend unterband. Im Juni folgte ein Vollmoratorium für sämtliche mittel- und langfristigen deutschen Auslandsschulden, und im September 1934 trat eine Devisenverordnung in Kraft, die alle Zahlungen mit dem Ausland von der Zustimmung der Devisenbehörden abhängig machte.

Unter diesen Umständen traten an die Stelle der regulären Kapitalimporte in Form von ausländischen Beteiligungen und Anleihen in den Jahren nach 1933 als Hauptformen des Kapitalimports die Stillhaltecredite und die sich aus den Stillhalteabkommen, dem Transfermoratorium und den Devisenbestimmungen ergebenden mehr oder weniger erzwungenen ausländischen Kapitalanlagen und Zahlungsaufschübe. So sahen die Stillhalteabkommen vor, daß der deutsche Schuldner mit Zustimmung der Reichsbank und des Gläubigers freiwillig höhere als die festgesetzten Mindestbeträge in Reichsmark zurückzahlen konnte. Durch solche Zahlungen entstanden die sogenannten Sperrmarkguthaben, die ihrerseits von den Gläubigern in Deutschland als Kapital angelegt werden konnten. Die so entstandenen Auslandsanlagen erreichten 1939 einen Gesamtbetrag von 1,3 Milliarden Reichsmark.³² Auf die gleiche Weise fand ein Teil der unter das Moratorium und die Transferbeschränkungen fallenden Zinsen und Profite für langfristige Auslandsschulden Verwendung. Noch größer war, unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Unterstützung der faschistischen Rüstungswirtschaft durch das Ausland, die Bedeutung der Stillhaltecredite als Instrumente der Außenhandelsfinanzierung. Die Faschisten benutzten sie, um ihre gewaltigen rüstungswichtigen Importe zu finanzieren.

Die großen Kapitalimporte der Zwischenkriegsperiode, insbesondere der Jahre von 1924 bis zur Weltfinanzkrise, ermöglichten es dem deutschen Imperialismus, sein Produktions- und Rüstungspotential wieder auf- und auszubauen, die

³² Kellerberger, *Eduvad*, Bd 2, a. a. O., S. 79.

Ausbeutung der deutschen Werktätigen zu verschärfen und die ökonomische und politische Macht des reaktionärsten und aggressivsten Teils der deutschen Finanzoligarchie zu stärken. Das internationale Finanzkapital half so, die materiellen Voraussetzungen für den Faschismus in Deutschland und für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges zu schaffen. In den großen amerikanischen, englischen und französischen Kapitalanlagen in der deutschen Schwerindustrie liegt auch eine wichtige materielle Ursache für die westliche Kriegsführung während des zweiten Weltkrieges, die die großen Industrieanlagen im Westen Deutschlands schonte und die Wohnviertel bombardierte, sowie auch für die „Entflechtungs“-Komödie zur Hintertreibung des Potsdamer Abkommens. Wenn auch reguläre größere Kapitalimporte in den Jahren von 1933 bis 1945 nicht mehr erfolgten, so wurden doch die internationalen Verbindungen, die das deutsche Monopolkapital in der Zeit der relativen Stabilisierung hauptsächlich auf der Basis des Kapitalimports angeknüpft hatte, in anderen Formen aufrechterhalten.

Mit der politischen und finanziellen Hilfe des ausländischen Kapitals gelang es den deutschen Monopolen, nicht nur ihre ökonomischen und politischen Positionen im Innern des Landes wieder herzustellen und auszubauen, sondern auch schon bald nach dem ersten Weltkrieg wieder ihre imperialistische Expansion nach außen zu betreiben.

Bereits mit der Annahme des Dawespaktes und der dann einsetzenden Locarnopolitik konnte der deutsche Imperialismus wieder offiziell Kolonien fordern. In ihrem Memorandum vom 29. September 1924, in dem sie den Westmächten die Bedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mitteilte, erklärte die deutsche Regierung: „Im Artikel 22 der Völkerbundssatzung heißt es, daß die Vormundschaft über unselbständige Völker denjenigen fortgeschrittenen Nationen übertragen werden soll, die sich auf Grund ihrer Hilfsmittel und ihrer Erfahrungen am besten dazu eignen. Seit dem verlorenen Krieg von jeder kolonialen Betätigung ausgeschlossen, erwartet Deutschland zu gegebener Zeit, aktiv an dem Mandatsystem des Völkerbundes beteiligt zu werden.“³³

In seiner Rede vom 25. November 1925, in der er die Annahme des Locarnopaktes begründete, konnte der damalige Reichskanzler Luther verkünden: „Wegen der Kolonialfrage ist das Recht Deutschlands auf Kolonien anerkannt worden.“³⁴ Blieben die Kolonialansprüche der deutschen Imperialisten auch unerfüllt, so waren sie dafür in der Anwendung anderer Formen der imperialistischen Expansion, vor allem in der Anwendung ökonomischer Formen, erfolgreich.

Für die Zwischenkriegsperiode nach der Währungsstabilisierung war die Aktivität des deutschen Finanzkapitals beim Kapitalexport ziemlich beachtlich, wie die folgenden Schätzungen zeigen.

³³ *Der Reichstag 1924—1928*, a. a. O., S. 77.

³⁴ *Ebenda*, S. 78.

Über die deutschen Kapitalexporte während der Zwischenkriegsperiode liegen im Vergleich zu denen der Vorkriegszeit wenig Informationen vor. Für 1924 wird der Stand der deutschen Kapitalexporte auf 5 Milliarden Reichsmark geschätzt.³⁵

Für 1938 ergaben eine Umfrage der Studiengesellschaft für Privatrechtliche Auslandsinteressen e. V., Bremen, aus dem Jahre 1952 und Berechnungen anderer Stellen einen wahrscheinlichen Betrag von 15 bis 20 Milliarden Reichsmark für Auslandsanlagen, deren Eigentümer in der Bundesrepublik ansässig sind.³⁶

Das nach dem zweiten Weltkrieg für Reparationszwecke beschlagnahmte Auslandsvermögen (Sachvermögen) beträgt nach den offiziellen Bonner Schätzungen 20 Milliarden Reichsmark (worin allerdings auch Vermögenswerte enthalten sind, die keinen Kapitalexport darstellen), dazu kommen noch 1,8 bis 2,5 Milliarden Reichsmark in ausländischen Wertpapieren.³⁷

Der sowjetische Ökonom Faingar schätzt den Stand der deutschen Auslandsanlagen unter Berücksichtigung der getarnten Kapitalexporte gegen Ende des zweiten Weltkrieges auf 6,2 Milliarden Dollar, das sind 26,4 Milliarden Reichsmark.³⁸

Alle diese Schätzungen liegen erheblich unter den Schätzungen für den Stand der deutschen Auslandsanlagen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges. Man muß annehmen, daß der deutsche Imperialismus in der Zwischenkriegsperiode seine Position als Kapitalexporteur, die er vor dem ersten Weltkrieg, als er nach England und Frankreich den dritten Platz innehatte, nicht wieder erreicht hat.

Gleichzeitig kann man aus diesen Schätzungen schließen, daß in der Zeit zwischen 1924 und 1938 die deutschen Auslandsinvestitionen um mindestens 10 bis 15 Milliarden Reichsmark anwuchsen, was eine Aktivität des deutschen Finanzkapitals hinsichtlich des Kapitalexports in diesem Zeitraum voraussetzt, die annähernd der in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg gleichkommt oder diese, absolut gesehen, noch übertrifft.

Trotz der sehr unvollständigen Information über Charakter und Formen dieser Kapitalexporte kann man annehmen, daß es sich in der Hauptsache um Direktinvestitionen in Industrieanlagen, in Rohstoffquellen, in Handelsniederlassungen und in Banken handelte. Bereits 1919 konnten die deutschen Banken in Lateinamerika ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Während der Inflation waren die südamerikanischen Niederlassungen der deutschen Auslandsbanken Kanäle für die Kapitalflucht der Großbanken, indem die Banken, wie

³⁵ Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd 1, Frankfurt a. M. 1957, S. 119ff.

³⁶ Ebenda.

³⁷ *Die wirtschaftliche Belastung Westdeutschlands durch das Besatzungsregime der Westmächte*, hg. v. Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1955, S. 17.

³⁸ *Faingar, J. M.*, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1959, S. 139.

zum Beispiel die Deutsche Überseeische Bank, ihr Kapital und ihre Reserven als Betriebsmittel an die Niederlassungen transferierten.³⁹

Die Hauptanlagegebiete für deutsche direkte Kapitalexporte waren die USA und Kanada, Südamerika, die Schweiz, Schweden, Österreich, Holland, die Südafrikanische Union, Italien, Spanien, Portugal, die Türkei und die südosteuropäischen Länder.

Die deutschen Montankonzerne besaßen Zweigwerke und Beteiligungen an der Hüttenindustrie in Lateinamerika, in den USA, in Kanada, in Holland, in der Schweiz, in Polen, Jugoslawien und im Saargebiet. Betriebe oder Beteiligungen besaßen die deutschen Elektrokonzerne in Spanien, Japan, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Polen, der Tschechoslowakei, der Schweiz und in Norwegen. Die IG Farbenindustrie hatte Tochtergesellschaften in 93 Ländern und zahlreiche Beteiligungen, unter anderem an Dolomit- und Schwefelgruben in Italien, an belgischen Steinkohlenbergwerken, an der Sodaproduktion des Solvaykonzerns, an der Produktion von Superphosphaten in Dänemark usw. Die deutschen Industrie- und Bankkonzerne beteiligten sich an ausländischen Bauunternehmen, Transportunternehmen und Versicherungsanstalten, Hotels, landwirtschaftlichen Betrieben und Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte⁴⁰, oder sie kontrollierten derartige Unternehmen.

Der reguläre Export von Leihkapital, der vor dem ersten Weltkrieg eine große Rolle beim deutschen Kapitalexport gespielt hatte, war in der Zwischenkriegsperiode unbedeutend. Offensichtlich waren die deutschen Monopole einerseits bestrebt, ihr Kapital im Ausland in direkter Form zu investieren und andererseits durch die massenweise Aufnahme ausländischen Leihkapitals zur Finanzierung der deutschen Industrie und ihrer direkten Anlagen im Ausland die Differenz zwischen dem niedrigeren Zinsfuß für Leihkapital und dem sehr hohen industriellen Profit zur Steigerung ihrer Monopolprofite auszunutzen. Das erscheint besonders einleuchtend angesichts der hohen Unternehmergewinne, die die kapitalistische Rationalisierung und die Hochkonjunktur den deutschen Monopolen brachten.

Mit dem Inkrafttreten des Dawesplans erhielt das deutsche Finanzkapital die Möglichkeit, an vielen internationalen Finanztransaktionen teilzunehmen und durch Beteiligung an großen internationalen Holding- und Investmentgesellschaften nicht nur ausländisches Kapital für die Anlage in Deutschland zu mobilisieren, sondern ebenfalls auf diesem Wege deutsches Kapital zu exportieren bzw. ausländisches Kapital für Zwecke des deutschen Kapitalexports heranzuziehen. So wurde schweizerisches Kapital über Holdinggesellschaften, die in der Schweiz von deutschen Banken errichtet worden waren, für deutsche Kapitalanlagen in Südamerika gewonnen. Im November 1925 beteiligten sich Berliner Banken an dem unter der Führung von englischen und amerikanischen Banken gegründeten sogenannten ABC-Trust, der

³⁹ Vgl. *50 Jahre Deutsche Überseeische Bank*, Jubiläumsschrift, Berlin 1936, S. 43.

⁴⁰ Vgl. *Faingar, J. M.*, a. a. O., S. 140/141.

„American, British and Continental Corporation“, deren Aufgabe es sein sollte, „die verschiedenen günstigen Gelegenheiten, die sich in der ganzen Welt für die Anlage von Kapitalien in Wertpapieren bieten, ausnützen“.⁴¹ Am Aktienkapital dieser Gesellschaft, das 14 Millionen Dollar betrug, waren außer amerikanischen, englischen und deutschen Banken Banken aus Belgien, Holland, Schweden, der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn und der Schweiz beteiligt. Für die Methode, zum Zwecke des eigenen Kapitalexports Anleihen im Ausland aufzunehmen, und für die enge Verflechtung der deutschen Kapitalexporte mit den Kapitalimporten während der Zwischenkriegsperiode ist die Gründung der Klingauer Elektrizitätswerke ein anschauliches Beispiel. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, Essen, eines der größten deutschen Elektrizitätsunternehmen, interessierten sich für die Ausbeutung der Klingauer Wasserkraft, die nach schweizerischer Auffassung nicht besonders ergiebig war. Deutscherseits beabsichtigte man, sich vom Strombezug aus der Schweiz unabhängig zu machen und den Strom für die expandierende deutsche Industrie durch den Bezug aus einem eigenen Werk zu verbilligen. Gleichzeitig hoffte man, auf diese Weise in der Schweiz Fuß zu fassen und die Eroberung des Schweizer Marktes und der Schweizer Produktion zu erleichtern. Den Ausbau des Werkes und der Stromleitung wollte man aus einer Anleihe von 50 Millionen Franken, die in der Schweiz und Holland aufgelegt werden sollte, finanzieren. Die schweizerischen Elektrizität exportierenden Unternehmen setzten diesen Plänen den größten Widerstand entgegen, da sie fürchteten, von den deutschen Energiemärkten verdrängt zu werden, so daß die Deutschen immerhin nur eine dreißigprozentige Beteiligung an den „Klingauer Elektrizitätswerken“ erreichen konnten.⁴²

Im gleichen Jahr, 1927, versuchte eine Berliner Bank, auf dem Umweg über eine in Zürich zu gründende neue Elektrobank, die österreichische Elektrifizierung zugunsten der deutschen Industrie zu finanzieren.⁴³

So versuchten die deutschen Konzerne über ihre internationalen Verbindungen, in den angeführten Fällen über ihre Verbindungen zu Schweizer Banken, die Besitzergreifung wichtiger Schlüsselpositionen in fremden Volkswirtschaften mit Hilfe ausländischen Kapitals zu finanzieren.

Eine andere für die Zwischenkriegsperiode typische Form der Verflechtung von Kapitalexporten und Kapitalimporten war die Wiederranlage deutschen Fluchtkapitals oder seine Umwandlung in Kapitalimporte. Aus Gründen der Steuerhinterziehung wurden vor allem in den Jahren 1927 bis 1929 und 1931 große Kapitalien, die sich auf mehrere Milliarden Reichsmark⁴⁴ beliefen, von den Monopolen im Ausland angelegt, während die Massen der Werktätigen im Interesse der sogenannten „Kapitalbildung“ mit stets wachsenden Steuern

⁴¹ Kellerberger, Eduard, a. a. O., Bd 1, S. 224/225.

⁴² Vgl. ebenda, S. 267.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schätzte diese Kapitalexporte für 1929 auf 8 Milliarden RM. Vgl. 21 Jahre Herrmann Müller Regierung, a. a. O., S. 158.

belastet wurden. So übertrugen zum Beispiel die Kapitalisten und die Monopole ihre Bankdepots ins Ausland oder legten den Erlös aus verkauften deutschen Effekten in ausländischen Wertpapieren an. Die ausländischen Banken ihrerseits leiteten diese Kapitalien zu einem großen Teil in Form von Krediten und Beteiligungen nach Deutschland zurück. Die Zinsen auf dieses ausländische Leihkapital waren steuerfrei.⁴⁵

Im März 1931, noch vor Ausbruch der Finanzkrise, flüchteten große Mengen deutschen Kapitals in die Schweiz, über die Gründung von Holdinggesellschaften wurden sie den deutschen Konzernen wieder zugänglich gemacht.⁴⁶

Von der Weltfinanzkrise bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges waren die internationalen kapitalistischen Kreditbeziehungen desorganisiert und die Voraussetzungen für größere Leihkapitalexporte nicht mehr gegeben. In der Zeit des Faschismus legten die Monopole ihr Kapital in der Rüstungsfinanzierung an. Jedoch stellten die Faschisten 1938 beispielsweise der Türkei einen Kredit in Höhe von 150 Millionen Reichsmark zur Verfügung, der zum Einkauf von industriellen und militärischen Ausrüstungen, von Eisenbahnmaterial usw. verwandt werden sollte. Diese Kreditgewährung hatte hauptsächlich politische Motive. Man wollte die Politik der Expansion in die südosteuropäischen Länder finanziell untermauern und ein Gegengewicht schaffen gegen die Versuche Englands und Frankreichs, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten enger zu gestalten.⁴⁷

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Deutschland in der Zwischenkriegsperiode trotz seiner – den vorhandenen Schätzungen nach zu urteilen – nicht unbedeutenden Kapitalexporte zu einem imperialistischen Schuldnerland wurde, hauptsächlich weil es mehr Kapital importierte, als es selbst exportierte. Gleichzeitig waren diese Kapitalimporte eng mit seinen Kapitalexporten verflochten. Dieser Prozeß – eine Erscheinungsform der internationalen Konzentration und Zentralisation des Monopolkapitals – sollte sich nach dem zweiten Weltkrieg noch verstärken.

DIE KAPITALEXPORTE DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS IN DER ZWEITEN UND DRITTEN ETAPPE DER ALLGEMEINEN KRISE DES KAPITALISMUS

Von 1945 bis 1950 waren Kapitalimporte und Kapitalexporte in Westdeutschland zunächst durch Vorschriften der Alliierten verboten. Seit Mitte 1950 wurden die Verbote für Kapitalimporte schrittweise gelockert und ab 1952 diejenigen für Kapitalexporte.

⁴⁵ Vgl. ebenda.

⁴⁶ Vgl. *Kellerberger, Eduard*, a. a. O., Bd. 2, S. 45 ff.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 327.

Während der fünfziger Jahre, 1952 bis 1960, exportierten die westdeutschen Monopole und der von ihnen beherrschte Bonner Staat schätzungsweise etwa netto 36 Milliarden Deutsche Mark Kapital. Hinsichtlich ihrer Struktur und Richtung unterschieden sich diese Kapitalexporte sehr stark von denen des deutschen Imperialismus vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg. Von den statistisch ausgewiesenen bzw. schätzbaren Kapitalexporten nach dem zweiten Weltkrieg entfielen nur 5 bis $5\frac{1}{2}$ Milliarden Deutsche Mark auf Kapitalexporte in den klassischen Formen⁴⁸, nämlich in Form von Anleihen und Krediten des deutschen Finanzkapitals an ausländische Regierungen oder Unternehmen (Portefeuille-Investitionen) oder in Form der Errichtung ausländischer Industrie-, Bank- und Handelsunternehmen durch die deutschen Monopole – beziehungsweise des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen dieser Art (direkte Auslandsinvestitionen). Der Rest, das heißt über 30 Milliarden Deutsche Mark, waren staatliche Leihkapitalexporte und langfristige Lieferantenkredite. Die wichtigsten Formen der staatlichen Leihkapitalexporte waren in den Jahren bis 1958 die Kredite an die Europäische Zahlungsunion, Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken, Kredite an internationale staatsmonopolistische Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Tochtergesellschaften) oder Beteiligungen an ihnen und die sogenannten Umschuldungskredite, bei denen der Bonner Haushalt oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau die Verpflichtungen ausländischer Schuldner gegenüber den westdeutschen Industriekonzernen aus Lieferungen von Anlagen und Ausrüstungen übernahmen. Nach 1958 expandierten die staatlichen Leihkapitalexporte auf Grund verstärkter Umschuldungskredite, erhöhter Beteiligungen an den internationalen staatsmonopolistischen Finanzinstitutionen bzw. erhöhter Kredite an sie und der Beteiligung der Bonner Regierung an großen internationalen Kredittransaktionen der Weltbank.⁴⁹

Sowohl volumenmäßig als auch ökonomisch waren die Kapitalexporte in Form der staatsmonopolistischen langfristigen Lieferantenkredite für die Außen-

⁴⁸ Bis 1958 entfielen auf die klassischen Kapitalexporte sogar nur 2,876 Milliarden DM, wovon 0,514 Milliarden DM Portefeuille-Investitionen und 2,362 Milliarden DM direkte Auslandsinvestitionen darstellten.

⁴⁹ Bei den staatlichen Leihkapitalexporten wird der Staat unmittelbar zum Kapitalexporteur. Die Finanzierungsquellen seiner Kapitalexporte sind der Staatshaushalt, Mittel der Notenbank oder die Erhöhung der inneren oder äußeren Staatsschulden durch Anleiheaufnahme am nationalen oder internationalen Kapitalmarkt. So war die sog. Auslandshilfe der USA ein wesentlicher Faktor für die Aufblähung der inneren Staatsschuld in der Zeit während des zweiten Weltkrieges und danach. Zum Unterschied von den staatlichen Leihkapitalexporten wird bei staatlich garantierten Anleihen oder bei den durch staatliche Garantien und Bürgschaften gedeckten Lieferantenkrediten nicht der Staat zum Gläubiger des Auslandes, sondern die Bank- bzw. Industriekonzerne. Der Staat übernimmt nur die Garantie oder Bürgschaft für den ausländischen Schuldner.

handelsexpansionen der westdeutschen Industriekonzerne von großer Bedeutung. Bei den Lieferantenkrediten gewährten die westdeutschen Industriekonzerne den ausländischen Bestellern von Anlagen und Ausrüstungen langfristige Zahlungsziele, die von den westdeutschen Banken, insbesondere der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Ausfuhr-Kredit-AG, auf der Grundlage eines staatlichen Bürgschafts- und Garantiesystems finanziert wurden. Das Volumen der ausstehenden langfristigen Lieferantenkredite kann man für 1958 auf 8,5 Milliarden Deutsche Mark und für 1960 auf mindestens 10 Milliarden Deutsche Mark schätzen.⁵⁰

Die verstärkte Aktivität des deutschen Imperialismus auf dem Gebiet des Kapitalexports nach dem zweiten Weltkrieg entfällt somit auf die neuen Formen: die staatlichen Leihkapitalexporte und die langfristigen staatsmonopolistischen Lieferantenkredite. Bei den Kapitalexporten in den klassischen Formen ist seit dem ersten Weltkrieg, mit dem Anbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus, ein langfristiger relativer und periodenweise absoluter Rückgang festzustellen, und zwar – ausgehend von den weiter oben angeführten Schätzungen – von 31 Milliarden Mark 1914 auf 15 bis 20 Milliarden Reichsmark 1938 und auf 5 bis 5,5 Milliarden Deutsche Mark 1960.

Die verstärkte Aktivität des deutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet des Kapitalexports basiert auf den langfristigen staatsmonopolistischen Lieferantenkrediten und auf den staatlichen Leihkapitalexporten. Vor dem ersten Weltkrieg und während der Zwischenkriegsperiode äußerte sich die Hilfe des Staates für die Monopole in erster Linie in diplomatischer Unterstützung und Förderung der Kapitalexportinteressen der Monopole und in zunehmendem Einsatz von Haushaltsmitteln für die Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Finanzkapitals im Ausland. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg dagegen werden diese alten Methoden zwar ausgebaut und verstärkt, aber mehr noch tritt der Staat selbst in sehr hohem Maße als Kapitalexporteur auf oder finanziert direkt auf vielfältige Weise die Kapitalexporte der Monopole. Gab es auch schon vor dem ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegsperiode Fälle, in denen der Staat Auslandsunternehmen des deutschen Finanzkapitals subventionierte oder Kapitalexporte mit staatlichen Mitteln begünstigte, so beruhte das doch nicht auf einem breit ausgebauten System wie in den Jahren nach 1950.

Die entgegengesetzten Entwicklungstendenzen der Kapitalexporte in den klassischen und in den neuen Formen und die Veränderungen, die sich im Vergleich zu den Kapitalexporten des deutschen Imperialismus in der Zeit vor dem ersten und zweiten Weltkrieg ergaben, betreffen nicht nur ihr Volumen,

⁵⁰ Wir bezeichnen die staatsmonopolistischen langfristigen Lieferantenkredite als neue Formen des Kapitalexports, nicht deshalb, weil es sie früher nicht gegeben hätte, sondern wegen ihrer Bedeutung, die ihnen heute im System des internationalen kapitalistischen Kredits zukommt, wo sie weitgehend an die Stelle der „klassischen“ Anleihen und Kredite traten.

sondern auch ihre Richtung und Struktur. Während die Kapitalexporte in den klassischen Formen in der Periode 1952 bis 1960, mit Ausnahme der Jahre 1959 und 1960, zum weit überwiegenden Teil in Form von Direktinvestitionen stattfanden, waren die Kapitalexporte in den neuen Formen fast ausschließlich Leihkapitalexporte. Da die neuen Formen innerhalb der Gesamtkapitalexporte – wie wir feststellten – überwiegen, hat sich somit der Leihkapital-exportcharakter des deutschen Kapitalexports gegenüber der Zeit vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg verstärkt. Vor dem zweiten Weltkrieg bestanden die deutschen Auslandsanlagen zu zwei Dritteln, 1960 zu mehr als neun Zehnteln aus Leihkapital. Auch bei der Untersuchung der Richtungsänderung der westdeutschen Kapitalexporte zeigen sich deutlich entgegengesetzte Tendenzen bei den Kapitalexporten in den klassischen und in den neuen Formen. Vor dem ersten Weltkrieg entfielen mehr als die Hälfte der deutschen Kapitalexporte auf koloniale und abhängige bzw. ökonomisch rückständige Länder. Bei den Gesamtkapitalexporten des deutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg (über die Zwischenkriegsperiode liegen keine entsprechenden Unterlagen vor) erhöhte sich der Anteil des Kapitalexports in ökonomisch schwachentwickelte Länder auf etwa fünf Sechstel der Gesamtkapitalexporte des Standes von 1960.⁵¹ Diese Anteilsverschiebung erfolgte ausschließlich auf Rechnung der neuen Formen, der staatlichen Leihkapitalexporte und der staatsmonopolistischen langfristigen Lieferantenkredite. Die Kapitalexporte in den klassischen Formen gingen dagegen zum überwiegenden Teil in die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer Westeuropas und Nordamerikas. Während vor dem ersten Weltkrieg die Direktinvestitionen und die privaten Leihkapitalexporte, die ökonomisch schwachentwickelte Länder aufsuchten, mehr als die Hälfte der Gesamtkapitalexporte ausmachten, kehrten sich die Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg um. Nach 1952 gingen mehr als die Hälfte der direkten Auslandsinvestitionen der westdeutschen Monopole in die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer in Westeuropa, in die USA und nach Kanada. Bei den klassischen Leihkapitalexporten machte sich diese Tendenz besonders deutlich nach 1958 bemerkbar. Bis 1958 waren die Kapitalexporte in dieser Form sehr gering. Erst ab 1959, nach der Bildung der EWG und der Einführung der Teilkonvertibilität der westeuropäischen Währungen, stiegen die klassischen westdeutschen Leihkapitalexporte sprunghaft an. Dabei konnte man feststellen, daß sie überwiegend in die kapitalistischen Industrieländer, vor allem in die Mitgliedstaaten der EWG gingen.

⁵¹ Vgl. *Nehls, Katja*, Die Bedeutung der Kapitalexporte für den westdeutschen Export, insbesondere den Investitionsgüterexport als einen wichtigen Konjunkturfaktor, in: *Konjunktur und Krise*, 4/1961, 5. Jg., S. 222/223, und *die-selbe*, Zum westdeutschen Kapitalexport in die ökonomisch schwachentwickelten Länder, in: *Probleme der politischen Ökonomie*, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd 4, Berlin 1961, S. 410/411.

Geographisch gesehen fand bei den Direktinvestitionen eine starke Verlagerung der Expansionsrichtung von Europa nach Übersee statt. Das erfolgte vor allem durch verstärkte Anlagen in Südamerika, in den USA und in Kanada. Dabei ist Brasilien, auf das 80 Prozent der westdeutschen Direktinvestitionen entfallen, der größte Einzelimporteur westdeutschen Kapitals in dieser Form. Auch die Direktinvestitionen in Asien und Afrika, obwohl der absoluten Höhe nach noch gering, steigerten ihre Bedeutung gegenüber früheren Perioden.

Die direkten Auslandsinvestitionen der westdeutschen Monopole nach dem zweiten Weltkrieg bestehen hauptsächlich aus dem Export von industriellem Kapital. Wie vor dem ersten Weltkrieg und während der Zwischenkriegsperiode handelt es sich um Auslandsanlagen der Industriezweige, die in der Industriestruktur des deutschen Imperialismus von jeher die führende Rolle spielten und deren Übergewicht sich in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg noch verstärkte. Der Zweigstruktur nach entfiel der überwiegende Teil der 1952 bis 1958 vorgenommenen westdeutschen industriellen Kapitalexporte auf Hütten- und Stahlwerke, Werke der chemischen und pharmazeutischen Industrie, der elektrotechnischen Industrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus. Daneben errichteten die großen Industriekonzerne ein breitangelegtes Netz von ausländischen Handelsniederlassungen und -vertretungen, und die Großbanken bauten ihr ausländisches Filialnetz wieder auf.

Interessant unter dem Gesichtspunkt der entgegengesetzten Entwicklungstendenzen bei den westdeutschen Kapitalexporten in den klassischen und in den neuen Formen ist der Umstand, daß Westdeutschland bis 1960 nur auf Grund der staatlichen Kapitalexporte und der langfristigen staatsmonopolistischen Lieferantenkredite als Kapitalexportland – in dem Sinne, daß es mehr Kapital exportierte als importierte – bezeichnet werden kann. Hinsichtlich der Kapitalexporte in den klassischen Formen war Westdeutschland ein Kapitalimportland, sowohl vom Standpunkt des in Westdeutschland fungierenden ausländischen Kapitals im Vergleich zu dem im Ausland angelegten westdeutschen Kapital als auch vom Standpunkt der jährlichen Neuanlagen:

Der Gesamtumfang der ausländischen Kapitalanlagen in den klassischen Formen in Westdeutschland ist nicht genau feststellbar, wird aber, vorsichtig geschätzt, bereits für 1957 mit 10 Milliarden Deutsche Mark angegeben. Dabei wird angenommen, daß davon 5 bis 6 Milliarden Deutsche Mark neue Kapitalimporte darstellen.⁵²

Direkte ausländische Kapitalanlagen in Westdeutschland, die seit August 1950 wieder zugelassen sind, wurden bereits bis Ende 1956 in Höhe von 3 Milliarden Deutsche Mark genehmigt.

Dem stehen für die Zeit von 1952 bis Ende 1956 nur 1,3 Milliarden Deutsche Mark westdeutsche direkte Auslandsanlagen gegenüber. Kapitalimporte durch Verkäufe deutscher Wertpapiere an Ausländer und durch Aufnahme festverzinslicher Kredite im Ausland betragen nach dem Monatsbericht der

⁵² *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, November 1957.

Bundesbank vom November 1957 in den Jahren 1948 bis 1957 2,5 Milliarden Deutsche Mark. Die westdeutschen Kapitalexporte in Form von Portefeuille-Investitionen dagegen betragen bis 1957 nur 48,2 Millionen Deutsche Mark. Seit Mai 1956, als der Kauf ausländischer Wertpapiere durch Devisenländer freigegeben wurde, bis Ende 1956 wurde netto nur für 16,3 Millionen Deutsche Mark Kapital in dieser Form exportiert. Bis Ende 1957 waren es, wie erwähnt, 48,2 Millionen Deutsche Mark und bis Ende 1958 341 bzw. 514 Millionen Deutsche Mark.⁵³ Dagegen stehen jedoch Kapitalimporte in der Form von Käufen festverzinslicher deutscher Wertpapiere mit liberalisierter Kapitalmark allein für die Zeit vom August 1956 bis September 1957 in Höhe von netto 490 Millionen Deutsche Mark und Aktienkäufe in Höhe von netto 190 Millionen Deutsche Mark.

Man kann auf Grund dieser Einzelangaben annehmen, daß die „privaten“ Kapitalimporte Westdeutschlands stärker waren als die Kapitalexporte. Seit 1960 weist das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik, auf das Jahr 1956 zurückgehend, die Bewegung der langfristigen privaten Kapitalimporte und -exporte aus. Danach übertrafen auch im Zeitraum 1956 bis 1961 die Kapitalimporte die Kapitalexporte, und zwar um brutto 853 Millionen Deutsche Mark. (1958 und besonders 1959 zeigte die westdeutsche Kapitalbilanz ein starkes Passivum, das aus sehr großen Käufen ausländischer Wertpapiere im Zusammenhang mit der Realisierung der Verträge von Rom und aus verstärkter Kreditgewährung an das Ausland auf Grund der Auswirkungen der Krisenerscheinungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt in den Jahren 1957 und 1958 resultierte. 1960 und 1961 stiegen jedoch die Wiederverkäufe schneller als die Käufe ausländischer Wertpapiere, während die Nettokapitalimporte stark zunahmen.)

Nettokapitalimporte (+) bzw. -exporte (-)⁵⁴ 1956 bis 1961 in Mill. DM-West

(Aktien, festverzinsl. Wertpapiere, Geschäftsanteile, Kredite und Darlehen, Grundbesitz)

	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Kapitalimporte	450	1057	710	1033	2537	2039
Kapitalexporte	393	803	1153	2135	1455	1034
Saldo	+57	+254	-443	-1102	+1082	+1005 ⁵⁵

⁵³ Die 514 Millionen DM enthalten 173 Millionen DM Schuldscheine der indischen Regierung, die bis 1958 von westdeutschen Banken übernommen wurden.

⁵⁴ Netto = Kapitalanlagen des Auslandes in der Bundesrepublik abzüglich der Abgänge im Vergleich zu den Kapitalanlagen der Bundesrepublik im Ausland abzüglich der Abgänge.

⁵⁵ Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 391 (für 1956), u. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, S. 407 (für 1957 bis 1961).

An der Spitze der ausländischen Investoren in der Bundesrepublik stehen die USA-Konzerne. Allein die amerikanischen Direktinvestitionen stiegen von 1958 bis 1960 um 340 Millionen Dollar, das sind etwa 1,4 Milliarden Deutsche Mark (von 666 Millionen Dollar 1958 auf 1006 Millionen Dollar 1960). Die westdeutschen Direktinvestitionen betragen dagegen seit 1955 jährlich im Durchschnitt knapp 500 Millionen Deutsche Mark. Nach den USA-Konzernen rangieren die englischen und französischen, dicht gefolgt von holländischen belgischen, Schweizer und schwedischen Monopolen. Als sogenannte überfremdete Industrie oder Industrien mit starkem ausländischen Einfluß im Bereich der Produktionsmittelindustrien gelten die Erdölverarbeitung, die chemische Industrie, der Kohlenbergbau, die elektrotechnische Industrie, der Automobilbau, die Energiewirtschaft, der Maschinenbau und die eisenverarbeitende Industrie.

Die für die Zwischenkriegsperiode festgestellte Entwicklung Deutschlands zu einem imperialistischen Schuldnerland verstärkte sich in den Jahren 1950 bis 1960 im imperialistischen Westdeutschland. In Anbetracht der hohen Vor- und Nachkriegsschulden und der sonstigen finanziellen Leistungen an das Ausland, die Westdeutschland als Preis für seinen Anschluß an die aggressive NATO-Politik bezahlen mußte, und in Anbetracht der großen „privaten“ Kapitalimporte, reichten die hohen westdeutschen Kapitalexporte in den neuen Formen und die hohen Leistungen im Schuldendienst bisher nicht aus, seinen Schuldnerstatus im Vergleich zu der Zeit vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges abzubauen. Das Defizit der westdeutschen Kapitalertragsbilanz betrug im Durchschnitt der letzten Jahre eine Milliarde Deutsche Mark.

Es ergeben sich somit folgende Hauptmerkmale und historische Besonderheiten für den Kapitalexport des wiedererstandenen deutschen Imperialismus:

1. Die verstärkte Aktivität des westdeutschen Imperialismus auf dem Gebiet des Kapitalexports, die in dem vergleichsweise großen Umfang der jährlichen Gesamtkapitalexporte zum Ausdruck kommt.
2. Der verstärkte staatsmonopolistische Charakter der Kapitalexporte, der sich vor allem in der großen quantitativen Bedeutung der staatlichen Kapitalexporte und der staatsmonopolistischen langfristigen Lieferantenkredite zeigt.
3. Der verstärkte Leihkapitalexportcharakter der westdeutschen Gesamtkapitalexporte.
4. Die Vergrößerung des Anteils der ökonomisch schwachentwickelten Länder an den westdeutschen Gesamtkapitalexporten infolge der staatlichen Kapitalexporte und der staatsmonopolistischen langfristigen Lieferantenkredite.
5. Die entgegengesetzten Entwicklungstendenzen betreffend Richtung und Aktivität bei den neuen und den alten Formen des Kapitalexports.
6. Das Überwiegen der Kapitalimporte über die Kapitalexporte bei den klassischen Formen.

Um diese Besonderheiten in ihrem inneren Zusammenhang zu verstehen, muß man von der Situation des westdeutschen Imperialismus in den fünfziger Jahren ausgehen. Seine Wirtschaft war durch die Entwicklung eines hohen Grades der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion charakterisiert, die auf der verschärften Ausbeutung und staatsmonopolistischen Ausplünderung der westdeutschen Werktätigen beruhte. Das führte zu einer starken relativen Verengung des westdeutschen Binnenmarktes bei absoluter Ausdehnung dieses Marktes und zu einer starken Abhängigkeit von den Außenmärkten für die Realisierungsbedürfnisse des westdeutschen Monopolkapitals. Dementsprechend wurde die Exportexpansion forciert, die von ständig hohen westdeutschen Exportüberschüssen begleitet war. Diese Exportüberschüsse stammen nicht nur aus der Ausbeutung der westdeutschen Werktätigen, sondern auch zu einem bedeutenden Teil aus der Ausbeutung ausländischer Werktätiger. Das erfolgte durch die internationalen Umverteilungsprozesse des Mehrwerts über den Mechanismus der Weltmarktpreise, dem der Nichtäquivalentenaustausch zugrunde liegt.

Realisiert wurde der Nichtäquivalentenaustausch durch die besondere Export- und Importstruktur Westdeutschlands. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg veränderte sich im Zusammenhang mit den gleichen Prozessen, die Ausdruck der Verschärfung des Grundwiderspruchs in Westdeutschland sind, die Export- und Importstruktur des deutschen Imperialismus. Während sich in der Exportstruktur die dominierende Rolle der Investitionsgüterindustrie verstärkte, wurde die Importstruktur durch die Vergrößerung des Anteils der Rohstoffe und Halbfabrikate bestimmt. Auf Grund dieser Import- und Exportstruktur war Westdeutschland besonders stark an der Ausbeutung der industriell schwächeren Länder beteiligt, da es am meisten aus der Preisentwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt profitierte, die seit der Koreakrise von der Tendenz zur Verschlechterung der meisten Rohstoffpreise gegenüber den Preisen von Industriewaren, insbesondere Investitionsgütern, beherrscht wird. Infolgedessen war für Westdeutschland die schnellere Entwicklung der Ausfuhrwerte gegenüber den Einfuhrwerten typisch und die entscheidende Ursache für die hohen westdeutschen Überschüsse nicht nur im Handel mit den meisten ökonomisch schwachentwickelten Ländern, sondern auch im Handel mit den kontinental-westeuropäischen Ländern, von denen es in der Hauptsache Lebensmittel und Rohstoffe bezog, während der westdeutsche Export dorthin in der Hauptsache aus Investitionsgütern, mit einem hohen Anteil an Maschinen und Ausrüstungen, bestand.

Die industriell schwächeren Länder sind jedoch als Exportmärkte für die imperialistischen Länder durch den Importbedarf dieser Länder aus den industriell schwächeren Ländern begrenzt, weil dieser infolge des Nichtäquivalentenaustauschs relativ zurückgeht. Dadurch, daß die internationale Ausbeutung über den Nichtäquivalentenaustausch für Westdeutschland eine große Rolle spielte, wurde das Problem der Außenmärkte für Westdeutschland ganz besonders verschärft. Die relative Verengung des westdeutschen Binnen-

marktes und die Verschärfung des Problems der Außenmärkte für die westdeutschen Monopole machten den Kapitalexport immer notwendiger. Im Gegensatz zu der dringenderen Notwendigkeit für den westdeutschen Imperialismus, Kapital zu exportieren, standen jedoch die eingeschränkten Verwertungsmöglichkeiten und gesteigerten Risiken für Kapitalexporte infolge der Bedingung der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die Herausbildung und die schnelle Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, sein wachsender Einfluß auf die Beziehungen der kapitalistischen Länder untereinander, der Aufschwung der nationalen Bewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern und der Zerfall des Kolonialsystems, die zunehmende Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Zerrüttung der kapitalistischen internationalen Valutabeziehungen, das Wettrüsten und die Politik des kalten Krieges, alles das wirkte in der Richtung, die Verwertungsmöglichkeiten für Kapitalexporte einzuschränken und die Risiken zu erhöhen.

Für den deutschen Imperialismus, der sich nach 1945 nicht mehr auf Einflußsphären und Auslandsanlagen stützen konnte, der im Gegenteil ständig das zusätzliche Risiko vor Augen hatte, aus Konkurrenzgründen unter dem Vorwand von Reparations- und Wiedergutmachungsleistungen oder vorfristiger Schuldentrückzahlung enteignet zu werden, entwickelte sich ein besonders scharfer Widerspruch zwischen der zwingenderen Notwendigkeit, Kapital zu exportieren, einerseits und den eingeschränkten Verwertungsmöglichkeiten und gesteigerten Risiken andererseits.

Die westdeutschen Monopole versuchten, diesen Widerspruch durch die intensivere Ausnutzung des Bonner Staates im Interesse ihrer Kapitalexporte und mittels der neuen Formen des Kapitalexports zu lösen. So ergeben sich die ersten beiden historischen Besonderheiten der westdeutschen Kapitalexporte — ihre gestiegene Bedeutung für den Reproduktionsprozeß und ihr verstärkter staatsmonopolistischer Charakter — aus der Verschärfung des Widerspruchs zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit des Kapitalexports für den westdeutschen Imperialismus.

Das dritte historische Merkmal, der verstärkte Leihkapitalexportcharakter der westdeutschen Gesamtkapitalexporte, ergibt sich aus der Verschärfung des Problems der Außenmärkte für Westdeutschland infolge der großen Bedeutung, die der Nichtäquivalentenaustausch für die Bildung der westdeutschen Exportüberschüsse hatte.

Die Tatsache, daß diese Leihkapitalexporte staatliche Kapitalexporte sind beziehungsweise staatlich garantiert werden, erklärt sich aus den hohen Risiken und den verschlechterten Verwertungsmöglichkeiten für Kapitalexporte im allgemeinen und für Leihkapitalexporte im besonderen. Dieser Zusammenhang erhellt auch die Ursache des vierten eingangs festgestellten Hauptmerkmals des westdeutschen Kapitalexports — der Vergrößerung des Anteils der ökonomisch schwachentwickelten Länder an den Gesamtkapitalexporten auf Rechnung der staatlichen Kapitalexporte und der staats-

monopolistischen langfristigen Lieferantenkredite. Die ökonomisch schwachentwickelten Länder waren einerseits in ganz besonders starkem Maße der imperialistischen Ausbeutung über den Nichtäquivalentenaustausch ausgesetzt, so daß die Exportexpansion in diese Länder mit Kapitalexporten finanziert werden mußte. Zum anderen waren gerade in bezug auf diese Länder die wirtschaftlichen und politischen Risiken für Kapitalexporte besonders groß, woraus der staatsmonopolistische Charakter der Leihkapitalexporte resultiert. Daraus ergeben sich auch das fünfte und sechste Merkmal der westdeutschen Kapitalexporte in der untersuchten Periode – die entgegengesetzten Entwicklungstendenzen hinsichtlich Richtung und Aktivität bei den neuen und bei den klassischen Formen des Kapitalexports und das Überwiegen der Kapitalimporte über die Kapitalexporte bei den klassischen Formen.

Die westdeutschen direkten Auslandsinvestitionen gingen überwiegend in die hochentwickelten imperialistischen Industrieländer, nämlich USA, Kanada, und Westeuropa und nach Lateinamerika, der Haupteinflußsphäre der USA, weil dort die politischen und wirtschaftlichen Risiken geringer erschienen im Vergleich zu den Ländern Asiens und Afrikas. Auf der anderen Seite stellte Westdeutschland wegen der anhaltenden Konjunktur, der günstigen Ausbeutungsbedingungen auf Grund seiner politischen Bindungen an die USA und seines reaktionären innenpolitischen Regimes eine besonders profitable Kapitalanlagesphäre für Auslandskapital dar.

Es ergibt sich die Frage nach dem Kapitalexportcharakter der neuen Formen, nämlich der staatlichen Leihkapitalexporte in Gestalt der Kredite an die Europäische Zahlungsunion (EZU), der Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken usw., und der langfristigen Lieferantenkredite. Wenn wir diese Formen als Kapitalexport betrachten und nicht lediglich als Ergebnisse der Weiterentwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs oder der Technik der Exportfinanzierung, so deshalb, weil sie die ökonomischen Funktionen des Kapitalexports für den westdeutschen Imperialismus erfüllten – sie ermöglichten die Akkumulation im Inland und erwiesen sich als Instrumente zur Durchsetzung der imperialistischen neokolonialistischen und aggressiven Ziele des deutschen Imperialismus.

Um den Nachweis zu erbringen, daß die neuen Formen in die Kategorie des Kapitalexports einzuordnen sind, muß man nachweisen, daß sie Ausdruck von relativ überschüssigem Kapital sind. Der relative Kapitalüberschuß ist das Problem der Kapitalanlage, das heißt das Problem der Verwandlung der Ergebnisse der Ausbeutung in neue Bedingungen der Ausbeutung, der Verwandlung des angeeigneten Mehrwerts in zusätzliche Arbeitskräfte und Produktionsmittel. Sofern das für die westdeutsche monopolkapitalistische Wirtschaft durch die neuen Formen in entscheidendem Maße vermittelt wurde, sind diese Ausdruck von relativ überschüssigem Kapital. Die Umwandlung von relativ überschüssigem Kapital in Kapitalexport schob die Schranken der Akkumulation für das westdeutsche Monopolkapital zeitlich und räumlich weiter hinaus.

So beruhten die westdeutsche Binnenkonjunktur und die hohen Investitionen im Inland in entscheidendem Maße darauf, daß sich das westdeutsche Monopolkapital Verwertungsbedingungen durch die Eroberung von Auslandsmärkten schuf. Westdeutschland wies in dem betrachteten Zeitraum unter den kapitalistischen Ländern, nächst Japan, das höchste Entwicklungstempo der Industrieproduktion und die höchste Rate der Binneninvestitionen auf, was beides in entscheidendem Maße auf der Ausdehnung der Exportmärkte basierte.

Der Nachkriegszyklus im kapitalistischen Lager begünstigte insbesondere die westdeutsche Industrie, in der die Investitionsgüter dominierten, und schuf günstige Voraussetzungen für den westdeutschen Export, den entscheidenden Faktor für die Aufrechterhaltung eines schnellen Expansionstempos der Produktion im Inland, denn die Binnennachfrage war in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, auf Grund der gesteigerten Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse und der staatsmonopolistischen Ausplünderung der Bevölkerung, schwächer als in den übrigen westeuropäischen Ländern. Das heißt, in Westdeutschland bestanden zwar günstige „Verwertungsbedingungen für das Kapital in der Produktion“, jedoch waren der „Verwertung des Kapitals in der Zirkulation“ enge Grenzen gesetzt. Um „Verwertungsbedingungen in der Zirkulation“ zu schaffen, war eine entsprechend forcierte Exportexpansion nötig.

Während vor dem ersten Weltkrieg und in der Periode der relativen Stabilisierung das Finanzkapital angesichts des Nichtäquivalentenaustauschs auf dem kapitalistischen Weltmarkt durch internationale Anleihen und Kredite den Warenexport der Monopole finanzierte und den Industriekonzernen durch die Anleihebedingungen Exportmärkte sicherte, schufen die Bedingungen der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise für derartige Kapitalexporte so ungünstige Situationen und so große Risiken, daß die Monopole die Finanzierungsfunktion ihrem Staat übertrugen. Die Kreditierung des Auslandes durch den Bonner Staat erfolgte dabei direkt bei den Krediten an die EZU sowie bei den Konsolidierungskrediten und indirekt bei den Lieferantenkrediten. Hier erfolgte die indirekte staatliche Kreditierung über die Bereitstellung von Rediskontplafonds aus Haushaltsmitteln und Mitteln der Bundesbank bzw. durch Gewährung von Umschuldungskrediten an das Ausland.

Für das westdeutsche Monopolkapital wurden auf diese Weise Verwertungsbedingungen im Inland geschaffen, indem der westdeutsche Staat mit Hilfe seiner Kapitalexporte Realisierungsmöglichkeiten im Ausland schuf. Ohne die Kredite an die Europäische Zahlungsunion wäre unter den Bedingungen der Zerrüttung des Internationalen Zahlungsverkehrs und der chronischen Handelsdefizite der westeuropäischen Länder gegenüber den USA die westdeutsche Exportexpansion in Kontinental-Westeuropa nicht in einem derartigen Umfange möglich gewesen. Das gleiche gilt für die Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken hinsichtlich der westdeutschen Exportexpansion in Übersee, vor allem in Lateinamerika. Durch die Beteiligungen und Kredite der Bonner Regierung an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds konnten die west-

deutschen Monopole in entscheidendem Maße ihre Investitionsgüterexporte in die ökonomisch schwachentwickelten Länder steigern. Von ganz besonderer Bedeutung für die Erschließung der Investitionsgütermärkte der ökonomisch schwachentwickelten Länder im Zusammenhang mit der nationalen Industrialisierung dieser Länder waren die staatsmonopolistischen langfristigen Lieferantenkredite, die für deren nationale Industrialisierung verwandt wurden. Auf die ökonomisch schwachentwickelten Länder entfielen in den fünfziger Jahren durchschnittlich etwa 23 Prozent des westdeutschen Gesamtexports und 30 Prozent des westdeutschen Investitionsgüterexports. Die langfristigen Lieferantenkredite und die staatlichen Leihkapitalexporte waren für die westdeutsche Exportexpansion nicht nur als Instrumente der Exportfinanzierung von Bedeutung, sondern stellten gleichzeitig Methoden der westdeutschen Monopole im Konkurrenzkampf gegen ihre imperialistischen Rivalen dar. So konnte Westdeutschland auf Grund seiner Gläubigerstellung in der EZU die US-amerikanische „Freihandels“-politik, von der es für seine Exportexpansion am meisten profitierte, wirksam gegenüber den OEEC-Partnern durchsetzen und besonders die Positionen Englands und Frankreichs auf den kontinental-westeuropäischen Märkten schwächen.

Frankreich, dessen Wirtschafts- und Finanzlage durch die ständigen Kolonialkriege geschwächt war, geriet in weitgehende finanzielle Abhängigkeit von Westdeutschland, das diese Situation dazu ausnutzte, um in die französische Wirtschaft und die französischen überseeischen Gebiete einzudringen.

Nicht nur als finanzielle und wirtschaftspolitische Instrumente der westdeutschen Exportexpansion spielten die staatlichen Kapitalexporte und das mit den langfristigen Lieferantenkrediten verbundene Bonner Garantie- und Bürgschaftssystem eine große Rolle, sondern auch als Druckmittel gegenüber den Empfangsländern, um Zugeständnisse und Privilegien für direkte Auslandsanlagen der westdeutschen Monopole zu erhalten und den ökonomisch schwachentwickelten Empfängerländern neokolonialistische Bedingungen zu stellen.

Das Akkumulationsbedürfnis des westdeutschen Monopolkapitals ist untrennbar mit dem räuberischen, aggressiven Charakter des westdeutschen Imperialismus verbunden und bildet die ökonomische Wurzel dieser Charakterzüge. Deshalb stellen die Kapitalexporte in ihren verschiedenen Formen gleichzeitig ein System staatsmonopolistischer Instrumente zur Durchsetzung der imperialistischen, kolonialistischen und aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus dar.

Die Kredite Westdeutschlands an die EZU beispielsweise dienten einmal der Expansion des westdeutschen Monopolkapitals auf den westeuropäischen Märkten und der Zurückdrängung Englands und Frankreichs von diesen Märkten. Gleichzeitig aber waren die westdeutschen Kredite an die EZU eine wichtige Finanzierungsquelle des französischen Imperialismus für seinen Kolonialkrieg in Algerien. Diese staatlichen Kapitalexporte Westdeutschlands zur Finanzierung des französischen Kolonialismus erfolgten gleichzeitig im

Interesse der Beteiligungen der westdeutschen Schwerindustrie an den großen Bergbau- und Hüttenprojekten des internationalen Finanzkapitals in Afrika. Bei der außerordentlichen strategischen Bedeutung der afrikanischen Rohstoffvorkommen ist die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung der afrikanischen Völker, an der sich der Bonner Imperialismus aktiv beteiligt, direkt Bestandteil der Kriegsvorbereitungen gegen das sozialistische Lager. Hier zeigt sich, daß die staatlichen Kapitalexporte einerseits im Interesse profitabler Anlagesphären für direkte Auslandsinvestitionen der westdeutschen Monopole vorgenommen wurden und daß andererseits nicht nur die staatlichen Kapitalexporte, sondern auch die direkten Auslandsinvestitionen der westdeutschen Monopole der ökonomischen und politischen Untermauerung der aggressiven und neokolonialistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus dienen, daß ein objektiver Zusammenhang besteht zwischen der Notwendigkeit für das westdeutsche Monopolkapital, Monopolprofite zu realisieren, und seiner Rolle als Hauptkriegsherd in Europa und als Hauptstütze der neokolonialistischen Bestrebungen des internationalen Finanzkapitals.

Die sogenannte Freilassung in merowingischer und karolingischer Zeit.

Ein Beitrag zur frühmittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik

VON SIEGFRIED EPPERLEIN

Schon verhältnismäßig früh erregte das Problem der Freilassung das Interesse der mittelalterlichen Geschichtsforschung in Frankreich und Deutschland, die, wie die letzten Beiträge zu dieser umstrittenen Frage zeigen¹, auch heute noch nicht eine befriedigende Klärung dieser auf das engste mit der Entstehung des Feudalismus in Westeuropa verknüpften, eigenartigen historischen Erscheinung erzielen konnte.

Ein Blick in die Forschung läßt die um 1870 verschiedentlich vertretene Ansicht erkennen, allein dem moralischen Einfluß der Kirche sei es zu verdanken, daß beim Übergang von der Antike zum Mittelalter die Sklaverei milderer Formen der Abhängigkeit wich — eine These, die in Deutschland zunächst E. Loening² angriff und etwas später, 1883, in M. Fournier³ einen scharfsinnigen Kritiker fand. Beide Gelehrten betonten gegenüber der „doctrine de la bienfaisance préméditée du clergé“, daß zwar die Kirche weltliche Grundherren dazu aufrief, ihre Hörigen freizulassen, und solches Handeln als gottwohlgefällig hinstellte⁴, doch

¹ Vgl. Jähel, K., Libertas, Der Begriff der Freiheit in den Germanenrechten der Westgoten, Langobarden und Burgunden, in: Geschichtliche Landeskunde und Universalgeschichte, Festgabe für H. Aubin, Hamburg 1950, S. 55f.; Njeussychin, A. J., Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. bis 8. Jahrhundert, Berlin 1961, S. 370f.; Graus, F., Die Gewalt bei den Anfängen des Feudalismus und die Gefangenenbefreiungen der merowingischen Hagiographie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961, T. 1, Berlin 1961, S. 61; vgl. auch Conrad, H., Deutsche Rechtsgeschichte, Bd 1, Karlsruhe 1954, S. 160f.

² Loening, E., Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Bd 2, Das Kirchenrecht im Reiche der Merowinger, Straßburg 1878, S. 227f.

³ Fournier, M., Les affranchissements du V^e au XIII^e siècle, in: Revue historique, Bd 21, 1883, S. 1f.

⁴ Tatsächlich führen jene schriftlichen Quellen, die über Freilassungen berichten, eingangs an, daß der Herr, welcher freiließ, auf diese Weise himmlische Gnade zu erlangen hoffte. „Noveres, te pro divinitatis intuitu et anime mei remedium vel eterna retributione eatenus ad incum (sc. ab jugo) servitudinis tibi absolvemus . . .“; MGH, FF, Formulae Andecavenses, Nr 23. „Qui debitum sibi nexum relaxat servitium, mercedem in futurum apud dominum sibi retribuere

hütete sich die Kirche selbst, diesem Gotteswerk im eigenen Bereich allzu freien Lauf zu lassen. Kam es tatsächlich zu Freilassungen, so legte die Kirche sehr großen Wert darauf, daß den Freigelassenen weiterhin bestimmte Bande an die geistliche Grundherrschaft fesselten. Keineswegs fielen also durch solche Freilassungen alle Schranken der Hörigkeit mit einem Schlage, und es geschah nicht selten, daß geistliche Würdenträger Freilassungen anfochten und widerriefen, wenn es den grundherrlichen Interessen nützlich schien.

Im Prinzip unternahm die Kirche keinerlei Versuche, die Sklaverei aufzuheben; sie war vielmehr eifrig darauf bedacht zu verhindern, daß die Zahl der Arbeitskräfte abnahm. In der folgenden Zeit wurde die programmatisch angelegte Studie von M. Fournier in ihren schwächeren Partien, die sich mit der Haltung der fränkischen Zentralgewalt zur Freilassung beschäftigten, im Detail präzisiert und teilweise korrigiert. So ging K. Zeumer⁵ den Fragen nach, die sich aus der Beerbung Freigelassener durch den Fiskus nach fränkischem Recht ergeben, und H. Brunner⁶ glückte eine einleuchtende Deutung der sogenannten Freilassung durch Schatzwurf. Lediglich E. Lesne⁷ hob die religiöse Motivation von Freilassungen im frühen Mittelalter erneut hervor, ohne sich indes intensiv mit der Beweisführung von Fournier zu beschäftigen. So blieb die Grund-

confidat. Igitur ego . . . pro remedium anime nostrae vel retubutione aeterna te illo . . . ab omni vinculum servitutis absolvimus . . .“; MGH, FF, Marculfi Formularum liber 2, Nr 32. „Igitur ego enim in Dei nomine ille profiteor, me pro Dei amore, aut pro timore vel aliquid pro peccatis meis minuendis, ut mihi pius Dominus in die tremendi iudicii veniam dignetur prestare: propterea servum iuris mei . . . ingenuum dimitto . . .“; MGH, FF, Formulae Salicae Merkelianae, Nr 14. „Ego in Dei nomine. Tractans pro Dei intuitu vel anime meae remedium, ut servum iuris mei nomine illo ingenuitatem concederem . . .“; MGH, FF, Formulae Augiensis, Coll. B, Nr 34; „In Christi nomine. Ego Demoleus, cogitans vocem apostoli, qua omnes, sive liberos sive servos, in Christo unum esse testatus est, credensque dimittentibus a domino sua dimitti peccata mercisque futurae pro aliorum remissione restitui praemia, quendam servum de propria familia mea . . . ac quandam . . . ancillam . . . dimitto liberos . . .“; MGH, FF, Formulae Sangallenses Miscellaneae, Nr 6.

⁵ Zeumer, K., Über die Beerbung der Freigelassenen durch den Fiskus nach fränkischem Recht, in: Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd 23, 1883, S. 189f.

⁶ Brunner, H., Die Freilassung durch Schatzwurf, in: Historische Aufsätze für G. Waitz, Hannover 1886, S. 55f.

Der Freizulassende hält bei dieser Form der Freilassung auf seiner Hand einen Denar seinem Herrn entgegen. Der Herr schlägt die Münze aus der Hand seines Untergebenen und bekundet damit, daß dieser nun vollfrei, nicht mehr zinspflichtig ist; vgl. auch Winogradoff, P., Über die Freilassung zu voller Unabhängigkeit in den deutschen Volksrechten, in: Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd 16, 1876, S. 599f.

⁷ Lesne, E., Histoire de la propriété ecclésiastique en France, Bd 1, Lille 1910, S. 231f.

substanz der Ausführungen von M. Fournier weithin unangefochten, bis A. Dopsch⁸, wie auf anderen Gebieten so auch hier, als unermüdlicher Kritiker hervortrat.

Gegenüber E. Loening und M. Fournier, die das Gewinninteresse der Kirche betonten – nach ihrer Auffassung ließ die Kirche nur innerhalb bestimmter Grenzen frei, förderte und billigte aber die Übertragung von Freigelassenen –, ist A. Dopsch bemüht, „die ungünstige Beurteilung“ der kirchlichen Haltung zur Freilassung im eigenen Bereich zu entkräften.⁹ Dopsch verweist in diesem Zusammenhang auf die bekannten Beschlüsse des Konzils von Eauze (551), in denen unter anderem bestimmt wird, daß die Hörigen, die auf kirchlichem Landbesitz wohnen, zu weniger Diensten verpflichtet sein und damit besser leben sollen als die Hintersassen weltlicher Grundherrschaften.¹⁰ Dopsch betont, daß die Kirche nicht durchweg eine Art Schutzherrschaft über die Freigelassenen in Anspruch nahm, wurde doch seiner Meinung nach den Freigelassenen vielfach die freie Wahl des Schutzherrn zugestanden und zum Teil volle Freiheit von jeder Schutzgewalt zugesichert.¹¹ Gegen Fournier wendet Dopsch außerdem ein, daß man von einer Bindung Freigelassener an die Scholle durch die Kirche nicht sprechen könne, da in Formeln, die unter kirchlichem Einfluß zustande kamen, nicht selten volle Freizügigkeit zugestanden wurde.¹² Auch waren, nach Dopsch, viele Traditionen, „welche als Hauptquelle für das Anwachsen des großen Grundbesitzes betrachtet worden sind“, mit der Freilassung verbunden. Daraus schließt Dopsch, daß „gerade der Eintritt in den Verband einer Großgrundherrschaft, besonders der geistlichen, den Anlaß zur Besserung der Lage von Unfreien bot“.¹³ Mehr am Rande berührte nach Dopsch erst wieder M. Bloch¹⁴ das Problem der Freilassung, die er weniger als frommes Werk beurteilte. Er maß vielmehr den ökonomischen Triebkräften in diesem Zusammenhang wesentliche Bedeutung bei, ohne indes eine tiefere Analyse vorzunehmen.

⁸ Dopsch, A., Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kultur-entwicklung, T. 2, 2. Aufl., Wien 1924, S. 214f.; derselbe, Die Wirtschafts-entwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland, T. 2, 3. Aufl., Weimar 1962, S. 33f.; derselbe, Freilassung und Wirtschaft im frühen Mittelalter, in: Gesammelte Aufsätze von A. Dopsch, Reihe 2, Wien 1938, S. 93f.

⁹ Derselbe, Freilassung und Wirtschaft im frühen Mittelalter, a. a. O., S. 95f.

¹⁰ MGH, Conc. 1, S. 114, c. 6: „... ut familiae Dei leviorum quam privatorum servi opere teneantur ...“

¹¹ Dopsch, A., Freilassung und Wirtschaft im frühen Mittelalter, a. a. O., S. 97f.

¹² Ebenda, S. 98.

¹³ Derselbe, Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kultur-entwicklung, a. a. O., S. 179.

¹⁴ Bloch, M., Liberté et servitude personnelles au moyen âge, particulièrement en France. Contribution à une étude des classes. Anuario de historia del derecho español, Bd 10, 1933, S. 81f.; derselbe, La société féodale et la formation des liens de dépendance, Paris 1939, S. 394f.

Von einer kirchenfreundlichen Sicht aus suchte dann zuletzt Ch. Verlinden die frühmittelalterlichen Freilassungen zu würdigen.¹⁵ Ohne neue Quellen anzuführen, geht Verlinden indes kaum über das hinaus, was vor ihm bereits an Argumenten für eine im wesentlichen von idealen Motiven angeregte kirchliche Freilassung angeführt wurde.

Es erscheint uns bei dem eben skizzierten Stand der Forschung¹⁶ lohnend zu sein, die bislang vorgebrachten, teilweise sehr kontroversen Gesichtspunkte erneut mit dem Ziel zu überprüfen, das Problem der Freilassung im frühen Mittelalter einer Klärung nahezubringen.

Versuchen wir zunächst, die Stellung der Kirche gegenüber jenen Bevölkerungsschichten zu kennzeichnen, die in der Kirche freigelassen wurden. Befragen wir die schriftlichen Quellen unter diesem Gesichtspunkt, so fällt auf, daß die Kirche danach strebte, diese Freigelassenen weiter abhängig zu halten, die Schutzherrschaft über sie zu beanspruchen und eine Gerichtsbarkeit auszuüben. Bereits die Synode von Mâcon bestimmte 585, daß Sklaven, die in der Kirche freigelassen wurden, von den Bischöfen beschützt werden sollten. Streitigkeiten über die Freiheit der Freigelassenen waren nicht von den weltlichen Richtern, sondern vom Bischof zu entscheiden.¹⁷ Es war zweifellos ein Erfolg der Kirche, daß es ihr gelang, die Anerkennung dieses Rechtssatzes auch in der weltlichen Gesetzgebung durchzusetzen. Das berühmte Edikt Chlothars II. von 614 legte ausdrücklich fest, daß allein geistliche Würdenträger für den Schutz der in der Kirche Freigelassenen zuständig waren.¹⁸ 633 legte die Synode zu Toledo erneut fest, daß Freigelassene der Kirche und die Nachkommen dieser Freigelassenen im „patrocinium“ der Kirche verbleiben und dem Bischof Gehorsam schulden.¹⁹ Wollen sie sich dem kirchlichen „patrocinium“

¹⁵ Verlinden, Ch., *L'esclavage dans l'Europe médiévale*, Bd 1, Brügge 1955, S. 689 f.

¹⁶ Eine spezielle Untersuchung steht zur Zeit noch aus. Jäkel, K., a. a. O., und Njeussychin, A. J., a. a. O., beschäftigten sich besonders mit langobardischen und westgotischen Verhältnissen. N. verglich die Lex Ribuarica mit dem Edikt Rothari und gelangte zu dem Schluß, daß die Lex Ribuarica einen fortgeschritteneren sozialen Differenzierungsprozeß widerspiegelt als das Edikt des Rothari.

¹⁷ Vgl. *Histoire des conciles*, par Hefele, C. J., und Leclercq, H., Bd 3, T. 1, Paris 1909, S. 210, c. 7; MGH, *Concilia*, Bd 1, S. 167, c. 7.

¹⁸ MGH, *Capitularia*, Bd 1, Nr 9 (614), c. 7: „... libertus cuiuscumque ingenuorum a sacerdotibus iuxta textus cartarum ingenuetatis suae continetur, defendendus, nec absque praesentia episcopi aut praepositi ecclesiae esse iudicandus vel ad publicum revocandus...“; Brunner, H., *Deutsche Rechtsgeschichte*, Bd 1, 2. Aufl., Leipzig 1906, S. 355 f., bemerkt dazu, daß im Edikt Chlothars II. das Schutzrecht der Kirche nur soweit anerkannt wird, wie die Freilassungsurkunde es anordnet, und will im Edikt eher eine Beschränkung des kirchlichen Anspruches sehen. Wesentlich scheint mir jedoch zu sein, daß die kirchlichen Forderungen nach Schutzherrschaft und Gerichtsbarkeit 614 in einem bedeutenden Gesetz anerkannt werden. Genau das, was das Edikt dekretierte, wollte ja die Kirche erreichen.

¹⁹ *Histoire des conciles*, a. a. O., S. 275, c. 70.

entziehen, so verlieren sie ihre Freiheit.²⁰ Ebenso verfügt die Lex Ribuarica, daß kirchliche Freigelassene und ihre Kinder „...sub tuitione ecclesiae...“ verbleiben sollen.²¹

Schließlich forderte die Kirche im 9. Jahrhundert, daß jede Freilassung, die dem Seelenheil dienen solle, in der Kirche vorgenommen werden müsse. Der Freigelassene sei in den Schutz der Kirche zu stellen.²² Damit gab die Kirche zu verstehen, daß nur dann eine Freilassung zum Seelenheil reichen könne, wenn die Kirche selbst dabei an irdischen Dingen gewänne. Mit der Freilassung allein war es nicht getan. Sie mußte der Kirche nutzen, sollte sie gottwohlgefällig sein. Sie mußte der Kirche die Abhängigkeit des Freigelassenen bringen.

Nun hat A. Dopsch, ohne allerdings auf die eben gebotenen Quellenbelege, deren Sprache recht eindeutig ist, einzugehen, bemerkt, daß oft den Freigelassenen freie Wahl des Schutzherrn, ja volle Unabhängigkeit von jeder Schutzgewalt zugestanden wurde und die Kirche hier eine gewisse Toleranz zeigte.²³ Betrachtet man die von Dopsch zum Beweis für die Richtigkeit seiner These herangezogenen Quellen etwas genauer, so ist festzustellen, daß nur zwei der sechs von ihm angeführten Formulae tatsächlich eine Freilassung in der Kirche vor Priestern erwähnen.²⁴ Zudem wird in einer dieser Formeln²⁵ ausdrücklich ein „melior status“ genannt, der den Freigelassenen mit der Wahl des Schutzherrn zugebilligt wurde. Die besondere Betonung des besseren Status — ein Umstand, der sonst in den Formeln für Freilassungen nicht erwähnt wird, — deutet darauf hin, daß hier eher die Ausnahme als die Regel gekennzeichnet wird. In den verbleibenden vier Formeln wird nur die Freilassung „pro remedio animae“²⁶ erwähnt. Die von Dopsch zitierten Quellen spiegeln allenfalls eine Ausnahmeerscheinung wider. Angefangen mit den Beschlüssen der Synoden und Konzile der Merowingerzeit bis ins 9. Jahrhundert hinein wird das Ziel deutlich, das die Kirche energisch verfolgte und um dessen Sanktionierung sie auch in der weltlichen Gesetzgebung erfolgreich rang: Alle in der

²⁰ Ebenda, c. 71.

²¹ Lex Ribuarica, tit. 61, c. 1, in: MGH, Leges nationum germanicarum, Bd 3, 2. T., Hannover 1954; vgl. Wattenbach/Levinson, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter, Vorzeit und Karolinger, Beiheft: Die Rechtsquellen, bearb. v. Buchner, R., Weimar 1953, S. 21f.

²² Regino v. Prüm (gest. 915), De ecclesiasticis disciplinis, in Migne, Patrologiae, Bd 132, Paris 1853, Sp. 271. „Non solum autem, qui ad clericatus ordinem promovendis sunt, in ecclesia manumittendi sunt, verum etiam hi quos quisque pro remedio animae suae emancipare vult, secundum legem mundanam in ecclesia absolvi debent et ejusdem ecclesiae patrocinio commendari. Scriptum quippe est in Pacto Francorum.“

²³ Dopsch, A., Freilassung und Wirtschaft im frühen Mittelalter, a. a. O., S. 97f.

²⁴ MGH, FF, Formulae Turonenses, a. a. O., Nr 12; MGH, FF, Formulae Arvernenses, Nr 3.

²⁵ MGH, FF, Formulae Arvernenses, Nr 3.

²⁶ MGH, FF, Marculfi Formularum, liber 2, Nr 32; Cartae Senonicae, a. a. O., Nr 1; Formulae Salicae Lindenbrogianae, a. a. O., Nr 10, 20.

Kirche Freigelassenen sollten in der Kirche ihren natürlichen Schutzherrn und die allein legitime gerichtliche Instanz erblicken.

Wie sehr die Kirche darauf achtete, daß bei Freilassungen im kirchlichen Bereich ihre Interessen nicht geschmälert wurden, geht indes nicht nur aus den bisher gebotenen Beweisen hervor. So charakterisierte die Kirche bereits im 6. Jahrhundert selbst den Standpunkt, den sie gegenüber der problematischen Frage der Freilassung einzunehmen gedachte. Auf der Synode zu Agde wird es dem Abt des Klosters untersagt, die den Mönchen geschenkten „mancia“ freizulassen. „Wir halten es für unrecht, daß die Mönche die tägliche Arbeit der Bauern (cotidianum rurale opus) verrichten, indessen die ‚servi‘ ihre Freiheit genießen.“²⁷ Vielleicht übertrieb man etwas; so weit wird es schwerlich in einem Kloster gekommen sein, daß die Mönche die Arbeit der Bauern übernahmen. Das war aber auch nicht das Entscheidende. Die Kirche wollte an dieser Stelle lediglich ein Exempel, wenn auch in zugespitzten Worten, statuieren und ihr Prinzip bekräftigen: Die sogenannte Freilassung sollte in keiner Weise die Zahl der Arbeitskräfte²⁸ verringern und damit die Einkünfte schmälern.

Schon im 6. Jahrhundert bestand die Kirche darauf, daß die Freilassung von Kirchensklaven nur dann erlaubt war, wenn zum Ersatz Grund und Boden oder eine Person zur Verfügung gestellt wurde. Wer dagegen verstieß, mußte damit rechnen, daß die Kirche entsprechende Maßnahmen ergriff. Als der Vorfahre des Suffraganbischofs Pegasus von Astigis (heute Ecija bei Sevilla), Gaudentius, verschiedene „servi“ freiließ, erklärte die Provinzialsynode zu Sevilla 590 diese Freilassungen für ungültig, es sei denn, Gaudentius gab der Kirche ein angemessenes Äquivalent.²⁹ Auch die Synode von Toledo 633 geht auf diese Fragen ein. Nachdem gerügt wird, daß Bischöfe aus Habsucht etwas für sich nehmen, was für Kirchen gestiftet ist³⁰, wendet sich die Synode dem Problem der

²⁷ Synode von Agde (506); vgl. *Histoire des conciles*, a. a. O., Bd 2, T. 2, Paris 1908, S. 1001, c. 56; Synode von Epaon (517); vgl. ebenda, S. 1037, c. 8; MGH, Conc. 1, S. 21, c. 8.

²⁸ Vgl. auch *Fehr, H.*, Staat und Kirche im fränkischen Reich bis auf Karl den Großen, Wien 1869, S. 543f. F. bemerkt, daß die Kirche „die Knechtschaft nicht aufheben konnte und auch auf ihren Gütern keineswegs aufhob; denn“, und das scheint uns das Wesentliche zu sein, „auch sie mußte auf Wahrung ihrer eigenen materiellen Interessen, auf Erhaltung der nötigen Arbeitskräfte für Landbau und Handwerke der verschiedensten Art so gut als andere Grundbesitzer bedacht sein“. Manchmal mußten die Geistlichen ermahnt werden, den Dingen dieser Welt nicht allzu eifrig nachzugehen. Entrüstet wird in „*Capitula de presbyteris ammonendis*“ festgestellt: „Viele arbeiten Tag und Nacht daran, weltliches Gut zu erwerben, Habe, Unfreie, Wein, Getreide mit Wucherzins.“ Es werden schließlich Personen erwähnt, die vor der Priesterweihe arm waren, sich aber nach der Weihe mit den Mitteln, die zum Kirchendienst bestimmt sind, Eigengut, Knechte und anderen Besitz kaufen. MGH, Cap. 1, Nr 120, c. 2,6.

²⁹ *Histoire des conciles*, a. a. O., Bd 3, T. 1, S. 233f.

³⁰ Ebenda, S. 217, c. 33.

Freilassung zu. Danach dürfen Bischöfe „servi“ der Kirche nur dann freilassen, wenn sie dieselbe aus dem bischöflichen Vermögen entschädigen.³¹ 666 berichtet die Provinzialsynode zu Emerita empört von Bischöfen, die nichts besitzen (?), es aber trotzdem wagen freizulassen. Solche Freilassungen, heißt es, sind ungültig. Dagegen bleiben jene Freilassungen in Kraft, für die die Bischöfe der Kirche etwas gegeben haben. Auch ein Volksrecht, die *Lex Ribuaria*, nahm einen entsprechenden Passus in seine Bestimmungen auf: Niemand wage es, so wird kategorisch erklärt, einen Kirchenknecht (*servus ecclesiasticus*) ohne Stellvertreter zum Freigelassenen zu machen.³² Schließlich erreichte die Kirche, daß auch von weltlicher Seite der Rechtssatz sanktioniert wurde, wonach ein Höriger der Kirche nicht freigelassen werden dürfte, wenn der Kirche nicht ein anderer Höriger gleichsam ersatzweise gegeben wurde. Ein 853 zu Soissons für Königsboten erlassenes Kapitular vertritt deutlich den kirchlichen Standpunkt.³³

Auch die Eheschließung der Freigelassenen versuchte die Kirche zu beeinflussen. Sie wollte verhindern, daß durch eine entsprechende Partnerwahl die Freigelassenen bzw. ihre Nachkommen bestimmte Verpflichtungen allmählich abschüttelten. Das Konzil von Toledo bestimmte 655, daß freigelassene Kirchenknechte und deren Nachkommen sich nie mit Freigeborenen verehelichen dürften.³⁴ Geschah es doch, so blieben ihre Abkömmlinge weiterhin im „patrocinium“ der Kirche und waren ihr gegenüber zum „obsequium“ verpflichtet.³⁵

Für die Ausübung der Schutzbefugnis durch die Kirche hatte der Freigelassene einen bestimmten Zins zu entrichten. Am geringsten belastete es den Freigelassenen, wenn er einen sogenannten Wachszins leisten mußte.³⁶ Die Zahlung eines Zinses, in den Quellen ganz allgemein ohne besondere Größenangabe mit „*redditus*“ umschrieben, wog dagegen schon schwerer. Daß die Forderung eines solchen Zinses nichts Ungewöhnliches war, sondern offenbar eine geläufige Erscheinung darstellte, wird in einer „Formula“ angedeutet. Die Erhebung von „*redditus*“ wird als „*mos*“, als Brauch bezeichnet, der für die Freigelassenen

³¹ Ebenda, S. 275, c. 67.

³² Ebenda, S. 306, c. 20. *Lex Ribuaria*, a. a. O., tit. 61, c. 3.

³³ MGH, Cap. 2, Nr 259 (853), c. 12: „... neque mancipia ecclesiastica quisquam nisi ad libertatem commutet, videlicet ut mancipia, quae pro ecclesiastico dabuntur, in ecclesiae servitute permaneant, et ecclesiasticus homo, qui commutatus fuerit, perpetua libertate fruatur.“

³⁴ *Histoire des conciles*, a. a. O., Bd 3, T. 1, S. 293, c. 13.

³⁵ Ebenda, c. 14; vgl. auch *Lex Ribuaria*, a. a. O., tit. 61, c. 1, wo über den „*tabularius*“ verfügt wird, daß er und seine Nachkommen „*sub tuitione ecclesiae*“ bleiben. Der „*tabularius*“ bezeichnete einen in der Kirche Freigelassenen, der ihr zins- und gerichtspflichtig war. Er war nicht freizügig; vgl. *Brunner, H.*, *Deutsche Rechtsgeschichte*, a. a. O., S. 362f.

³⁶ Vgl. MGH, FF, *Formulae Augienses*, coll. B, Nr 21; Nr 34; *Formulae extravagantes 1*, a. a. O., Nr 20.

verbindlich war.³⁷ Nur manchmal wird die Höhe des Zinses näher beschrieben: Als St. Gallen etwa fünfzig „mancia“ freiließ, mußten diese jährlich zwei Denare dem Kloster abgeben.³⁸ Dabei ist zu berücksichtigen, daß alle diese Abgaben gleichsam einen Kopfzins darstellen, der verhältnismäßig geringfügig war. Wenn nun die Freigelassenen nicht gerade Kaufleute waren oder Geistliche wurden, sondern der ländlichen Bevölkerung angehörten, dann tritt zu den obenerwähnten Abgaben noch der durchaus nicht unbeträchtliche Grundzins hinzu. Erst wenn wir uns diese bisher nicht immer klar ausgesprochene Tatsache vor Augen halten, wird die soziale Lage der Freigelassenen klar erkennbar.

Aus den bisher gebotenen Quellenbelegen könnte man den Schluß ziehen, daß zwar theoretisch mit hinreichender Klarheit die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Kirche und Freigelassenen hervortreten — so, wie sie sich aus den Bestimmungen von Synoden, Konzilien, aber auch von weltlichen Gesetzen ergeben, die naturgemäß Empfehlungen, Anordnungen, Befehle enthalten. Entsprach aber die geschichtliche Wirklichkeit tatsächlich diesen Bestimmungen? Den Beweis dafür können nur die zeitgenössischen Urkunden erbringen — eine niederrheinische Urkunde aus dem 9. Jahrhundert soll ihn uns liefern: Evervin und seine Schwester Lantswind entlassen zu ihrem und ihrer Verwandten Seelenheil Hörige aus der Dienstbarkeit (a iugo servitutis). Zugunsten der Kirche, in deren Schutzherrschaft (mundaburden, patrocinium) sich die Freigelassenen befinden, müssen sie jährlich einen Wachsziens entrichten. Nach dem Tode jedes der Freigelassenen muß zudem das Besthaupt abgegeben werden, das in Pferden, Schweinen oder Ochsen zu leisten war.³⁹ Zumindest in diesem einen Fall wird eindeutig bestätigt, was wir bereits maßgeblichen Zeugnissen der kirchlichen Gesetzgebung entnehmen konnten: Die Kirche suchte die Freigelassenen abhängig zu halten und der kirchlichen Schutzherrschaft zu unterstellen.

Wie wenig der Kirche daran gelegen war, den durch Freilassung gewissermaßen halbfrei gewordenen Personen die volle Freiheit zu gewähren — was man, wäre es geschehen, tatsächlich als Akt der Uneigennützigkeit und des Edelmuten werten könnte —, zeigt recht klar die Lex Ribuaria. Ausdrücklich wird der kirchliche Freigelassene, der „tabularius“, verpflichtet, „... omnem redditum“ der Kirche weiterhin zu leisten.⁴⁰ Gleichzeitig wird es untersagt, einen „tabularius“ durch Schatzwurf vollfrei zu machen. Wer das dennoch tat, mußte als Strafe zweihundert Schillinge zahlen. Starb ein „tabularius“ kinderlos, so beerbte ihn niemand anders als die Kirche.⁴¹ Mit dieser allgemeinen Anordnung begnügte

³⁷ Vgl. MGH, FF, Marculfi Formularum, liber 2, Nr 29:

„... redditus terre, ut mos est, pro ingenuis annis singulis desolvant . . .“

³⁸ MGH, FF, Collectio Sangallensis, Nr 16.

³⁹ *Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins*, Bd 1, Düsseldorf 1840, Nr 73 (882).

⁴⁰ Lex Ribuaria, a. a. O., tit 61, c. 1.

⁴¹ Ebenda, c. 4.

sich die Kirche jedoch nicht. Wenn jene durch Freilassung zu Halbfreien (coloni) aufgestiegenen Bevölkerungsschichten versuchten, sich der kirchlichen Abhängigkeit zu entziehen, und die Unabhängigkeit anstrebten, reagierte die Kirche sehr energisch⁴² und versuchte, in Freiheitsprozessen die bäuerliche Resistenz zu bezwingen. Das zeigen „Formulae“⁴³ wie Gerichtsurkunden aus ostfränkischem und westfränkischem Gebiet. Aus St. Emmeram wird berichtet⁴⁴, daß dem Kloster hörige Kolonen sich „malo ordine“ der klösterlichen Hörigkeit entzogen und säumig (negligens) geworden sind. Befragt, was sie dagegen zu sagen hätten, konnten sie jedoch nichts antworten und keine Beweise vorlegen, die ihr Vorgehen gerechtfertigt hätten. Daher mußten sie vor dem Vikar des Klosters und anderen Herren ihre Abhängigkeit anerkennen.

Im westfränkischen Reich wird in einer „notitia de colonitio“ aus dem Gebiete von Sens⁴⁵ ein Muster, eine Formel für die Behandlung von Rechtsfällen, vorgeführt, die Fragen der Hörigkeit betreffen. Es wird von einem „homo“ gesprochen, der vor dem öffentlichen Gericht (mallus publicus) in Gegenwart des Grafen und anderer „bonis hominibus“, die die Formel unterzeichnet haben, von einem anderen verklagt wird. Der Kläger betont, daß Vater und Mutter des Beklagten seine „coloni“ gewesen seien. Der Beklagte sei deshalb sein „colonus“. Widerrechtlich habe dieser sich jedoch dem „Kolonat“ entzogen und das Abhängigkeitsverhältnis nicht eingehalten. Befragt, ob er Höriger sei, lehnt er ab. „Und derselbe konnte keineswegs etwas sagen, noch etwas vorlegen, noch einen Rechtsgrund, einen Beweis (ratio) geltend machen, durch den er sich dem

⁴² Daß „coloni“ sich vielfach gegen ihre feudalen Verpflichtungen auflehnten, spricht wohl weniger dafür, daß, wie A. Dopsch meinte, die mit dem Eintritt in die Grundherrschaft verbundenen Freilassungen günstige Wirkungen hatten, als dafür, daß die bäuerliche Resistenz nach der sogenannten Freilassung weiter andauerte.

⁴³ Bereits *Caro, G.*, Die Landgüter in den fränkischen Formelsammlungen, in: Historische Vierteljahresschrift, N. F., 6/1903, S. 309 f., schätzte die Aussagekraft der Formeln hoch ein. „Urkunden“, so schrieb er, „legen immer nur für den Einzelfall Zeugnis ab, die Formeln dagegen bieten das Allgemeingültige. Bestimmt, den Rahmen zu bilden, in den sich die Besonderheiten des Einzelfalls einfügen lassen, müssen sie auf Verhältnisse Bezug nehmen, die als die regelmäßigen gelten konnten in den Gebieten, aus denen sie stammen, und zu den Zeiten ihrer Entstehung.“ Vgl. auch *Wattenbach-Levison*, a. a. O., S. 49 ff.

⁴⁴ MGH, FF, Bd 1, Formularum codicis S. Emmerami Fragmenta, Nr 1; *Buchner, R.*, a. a. O., datiert die Abfassung dieser Formulae in die erste Hälfte des 9. Jahrhunderts; MGH, FF, Formularum codicis S. Emmerami Fragmenta, Nr 2, heißt es: Ein „homo“ kam in „mallo publico“ und erhob gegen einen anderen „homo“ Einspruch; dieser habe sich seinem „servitium“ entzogen. Nach Beweisen befragt, die ihm erlaubt hätten, sich der Hörigkeit zu entziehen, konnte er nichts vorweisen. Schließlich mußte er die Leistung des „servitium“ anerkennen.

⁴⁵ MGH, FF, Bd 1, Cartae Senonicae, Nr 20; vgl. *Buchner, R.*, a. a. O., S. 49 ff., der ihre Aufzeichnung in die zweite Hälfte des 8. Jahrhunderts datiert.

„colonitium“ entziehen konnte.“ Schließlich habe er sich als „colonus“ bekannt. Es wurde entschieden, daß dem Kläger der verklagte „colonus“ zustehe. Aus der Umgegend von Sens werden weitere Einzelfälle geschildert. Eine „notitia de colono evindicato“ berichtet von einem Klostervogt⁴⁶, der einen „homo“ als Hörigen beansprucht. Dieser gelobte früher, seine Freiheit zu beweisen; er blieb diesen Beweis aber schuldig, wurde also beweisfällig. Graf und „rachimbures“⁴⁷ sollen den Fall sorgfältig untersuchen und den „legibus“ gemäß entscheiden. Schließlich wird der „homo“ als „colonus“ dem Kloster zugesprochen; darüber wird eine von „boni homines“ bekräftigte „notitia“ angefertigt.

Bei anderer Gelegenheit verklagt der Vogt eines Klosters einen „homo“, der mütterlicherseits „legitimo colonitio“ zu einer klösterlichen „villa“ gehöre.⁴⁸ Dieser „homo“ habe sich aber seiner Abhängigkeit zu entziehen versucht. Der Verklagte konnte nichts ableugnen und bekannte sich „ad ipsum colonitium“. „Pro firmitatem“ wird von den königlichen „missi“, Grafen und „rachimbures“ beschlossen, daß für alle Zeiten das „colonitium“ des „homo“ bestehen bleiben soll. Der „homo“ bleibt also Höriger des klösterlichen Dorfes.⁴⁹

Eine „femina“ wird von Abt und Vogt verklagt, sie sei „ipso colonitio malo ordine de ipsa casa Dei effugeret . . .“ Die Kläger betonen demgegenüber, daß sie „colona“ sei, da schon ihr Vater und ihr Großvater einst klösterliche „coloni“ gewesen seien. Die Klagesache wird vor Gericht ausgetragen, wo jedoch die Verklagte alles entschieden abstreitet: Weder Vater noch Großvater seien „coloni“ des Klosters gewesen und hätten auch kein „colonitium“ geleistet. Die „femina“ sei vielmehr freigeborn. Daraufhin wird bestimmt, daß sie mit vier Zeugen mütterlicherseits und acht Zeugen väterlicherseits ihre Freiheit beschwören soll. Kann sie das, so wird sie frei sein; ist sie dazu nicht in der Lage, so wird sie hörig.⁵⁰

Wie nachdrücklich die Kirche sich allgemein Versuchen ihrer Hörigen widersetze, der kirchlichen Abhängigkeit zu entweichen und die schuldigen Leistungen zu verweigern, beweisen westfränkische und ostfränkische Urkunden. 868 beansprucht Electradus, Vogt von St. Denis, vor einem von König Karl dem Kahlen abgehaltenen Gericht einen gewissen Ingelvinus. Dieser sei mütterlicherseits dem Kloster ein „servitium“ schuldig, das er jedoch vernachlässigt habe. Befragt, erklärt der Beklagte, daß er tatsächlich „servus“ des Klosters sei. Daraufhin dekretiert das Gericht dessen Hörigkeit.⁵¹

⁴⁶ MGH, FF, Bd 1, Formulae Senonenses recentiores, Nr 1.

⁴⁷ Seit dem 6. Jahrhundert kannten die Franken Urteilsfinder, die Ramchimbürgen (Rechenbürgen, Pfandschätzer), die vom Richter bestellt wurden. Im Gegensatz dazu waren die unter Karl dem Großen eingeführten Schöffen ständige Urteilsfinder; vgl. *Conrad, H.*, a. a. O., Bd 1, S. 43 f. u. 191 f.

⁴⁸ MGH, FF, Bd 1, Formulae Senonenses recentiores, Nr 4.

⁴⁹ Über „rachimbures“ s. o.

⁵⁰ MGH, FF, Formulae Senonenses recentiores, Nr 5.

⁵¹ Vgl. *Recueil des actes de Charles de Chauve, Roi de France*, Bd 2 (G. Tessier), Paris 1952, Nr 314, I; in gleicher Weise wird gegen Angalvinus entschieden,

In der Bourgogne können wir Ähnliches beobachten. In „Luptiaco villa“ im öffentlichen Gericht (*mallus publicus*) fordert der Vogt des Grafen Hildebrannus, Fredelnus, die „femina Adalberta“ als Hörige des Fiskus an. Acht Zeugen des Vogtes werden vernommen und beweisen den Grund der Klage. Daraufhin wird Adalberta zur Hörigen erklärt.⁵²

Im Gebiet von Sens verweigert ein „servus“ das schuldige „servitium“ — „malo ordine“ —, wie es heißt.⁵³ Abt und Kloster behaupten dagegen, daß sie Anspruch auf den „servus“ hätten, und können schließlich durchsetzen, daß der Beklagte in das „servitium“ zurückgeführt wird.

Aus Freising wird folgendes überliefert: 818 beanspruchten Bischof Hitto von Freising und sein Vogt Reginperht einen gewissen Waldpertus als Hörigen. Drei Geschworene bezeugen, daß schon der Vater von Waldpertus Höriger war. Graf Liutpald und drei weitere Personen sagen das gleiche aus. Waldpertus muß sich fügen; es wird entschieden, daß Waldpertus hörig ist.⁵⁴

Diese Quellenzeugnisse verdeutlichen recht sinnfällig das Besitzstreben der Kirche und die Haltung, die sie gegenüber den auf kirchlichem Grundbesitz wohnenden Arbeitskräften im 8. und 9. Jahrhundert einnahm. Nicht uneigennützig Benevolenz, sondern sehr reale Überlegungen waren es, von denen sich die Kirche schon im frühen Mittelalter als angehende größte Grundbesitzerin der Zeit leiten ließ. Das Problem der Freilassung, so vielschichtig es ist, wird im wesentlichen von dieser Seite zu verstehen sein. Zudem gilt es zu beachten, daß selbst dann, wenn es zur sogenannten Freilassung gekommen war, die Lage der davon Betroffenen alles andere als sicher war. Schon im 5. Jahrhundert drohte die Kirche jenen mit strengen Strafen, die Freigelassene wieder zu verknechten suchten und damit möglicherweise dem kirchlichen Einflußbereich entfremdeten. Entsprechende Beschlüsse faßten die Synoden zu Orange (441), Agde (506) und Orleans (549).⁵⁵ Aufschlußreich für den Kreis jener Personen, von denen den Freigelassenen Gefahr drohen konnte, ist eine Bestimmung der Provinzialsynode zu Saragossa von 691.⁵⁶ Hat ein Bischof „servi“ einer Kirche freigelassen, so müssen sie nach dem Tode des Freilassers seinem Nachfolger „cartulae libertatis“ vorzeigen. Tun sie das nicht, so werden sie „in servitutis

der ebenso von dem Vogt Electradus des Klosters Denis beklagt wird; der Verklagte sei mütterlicherseits dem Kloster zum „servitium“ verpflichtet. Ebenda, Nr 314, II (868).

⁵² Hübner, R., Gerichtsurkunden aus fränkischer Zeit, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung (im folgenden: ZRG, GA), Bd 12, 1891, 1. Abt., Nr 234 (821).

⁵³ MGH, FF, *Formulae Senonenses recentiores*, Nr 3; vgl. weiter *Formulae Salicae Bignonianae*, a. a. O., Nr 7; *Formulae Visigothicae*, a. a. O., Nr 43.

⁵⁴ Hübner, R., a. a. O., Nr. 219 c (818).

⁵⁵ *Histoire des conciles*, a. a. O., Bd 2, T. 1, S. 439, c. 7; a. a. O., T. 2, S. 991, c. 29; Bd 3, T. 1, S. 160, c. 7 und MGH, *Concilia*, Bd 1, S. 102, c. 7.

⁵⁶ *Histoire des conciles*, a. a. O., Bd 3, T. 1, S. 557, c. 4; Fournier, M., a. a. O., S. 21.

conditionem“ zurückgeführt. Als Grund für den Freilassungsnachweis durch Vorzeigen einer „cartula“ wird angegeben, daß auf diese Weise der Habgier der Geistlichkeit begegnet werden sollte. Daraus ergibt sich, daß innerhalb des Klerus selbst Tendenzen auftraten, die auf eine Anfechtung der Unabhängigkeit Freigelassener hinausliefen, die einzelne Geistliche ihrem Machtbereich eingliedern wollten.

Überblicken wir unsere bisherigen Ausführungen, so ist deutlich zu erkennen, in welchem Maße die Kirche im frühen Mittelalter die sogenannte Freilassung mit Bedingungen verknüpfte, die es der Kirche ermöglichten, den Freigelassenen weiterhin abhängig zu halten. Ganz anders verhielt sich die Kirche, wenn etwa weltliche Feudalherren beabsichtigten freizulassen. Sie zögerte nicht, solche Handlungsweise als gottwohlgefälliges Tun hinzustellen, wenn auch zuweilen die einschränkende Bemerkung nicht fehlte, daß nur der des vollen himmlischen Lohnes teilhaftig werde, der den Freigelassenen auch einer geistlichen Grundherrschaft unterstellen würde.⁵⁷

Überschritten jedoch diese einer kirchlichen Institution gewidmeten Freilassungen ein bestimmtes Maß, so sah die davon betroffene weltliche Feudalgewalt dem nicht tatenlos zu. Damit kommen wir zu einer weiteren wichtigen Frage: Wie stellten sich die weltlichen Feudalherren zur Freilassung? Dabei ist naturgemäß zu berücksichtigen, daß hier die Quellen spärlicher fließen als innerhalb der geistlichen Grundherrschaft, wo die Schriftlichkeit im Vergleich zum weltlichen Machtbereich viel verbreiteter war. Trotzdem läßt sich die Haltung der fränkischen Herrscher zum Problem der Freilassung einigermaßen deutlich kennzeichnen. Wie reagierte die Zentralgewalt auf die namentlich von kirchlicher Seite angeregte Freilassung, die beispielsweise dann nötig war, wenn jemand in den Priesterstand aufzusteigen gedachte?

Ein unter Kaiser Karl dem Großen 805 in Dietenhofen abgefaßtes, für Königsboten bestimmtes Kapitular beschäftigt sich unter anderem mit jenen „servi“ und „ancillae“ auf Königsgut, die Mönche werden wollen.⁵⁸ Es wird verfügt, daß dabei ein gewisser, nicht näher beschriebener Umfang nicht überschritten werden sollte.⁵⁹ Der Grund, der angegeben wird, ist recht aufschlußreich: Die „villae“ sollen nicht veröden (*villae non sint desolatae*). Daraus kann man schließen, daß offenbar die Tendenz, sich ordinieren zu lassen, unter weiten Bevölkerungskreisen verbreitet war, so daß die Zentralgewalt eingriff und Königsboten entsprechende Aufträge erteilt. Ob lediglich der Wunsch, Priester zu werden, das entscheidende Motiv für die Fluktuation zwischen weltlichen

⁵⁷ Vgl. unsere Studie S. 99.

⁵⁸ MGH, Cap. 1, Nr 43 (805), c. 11; Boretius, der die Ausgabe der Kapitularien in den *Monumenta Germaniae Historica* besorgte, verweist a. a. O., S. 122, Anm. 5, darauf, daß es sich um „servi, ancillae regis“ handelt.

⁵⁹ Es heißt lediglich „secundum mensuram“. Wer Geistlicher werden wollte und als „servus“ einem weltlichen Herrn unterstellt war, mußte vorher freigelassen werden; vgl. MGH, FF, *Formulae imperiales*, Nr 33, 35; *Formulae extravagantes*, Nr 16, 18; MGH, Cap. 1, Nr 138 (818/19), c. 6.

und geistlichen Institutionen war, wissen wir nicht eindeutig. Es ist ebenso möglich, daß ein solcher angeblicher Wunsch nur Vorwand war, tatsächlich aber das Streben nach einer Verbesserung der eigenen Lage den Ausschlag gab. Von hier aus gesehen, kann die bereits auf dem Konzil von Eauze 551 gegebene Empfehlung, die Hörigen auf geistlichem Grundbesitz besser als die Hinterlassen weltlicher Grundherren leben zu lassen, als Anreiz zum Übersiedeln für ländliche Bevölkerungsschichten gedeutet werden.⁶⁰

Die Hauptform der von der Zentralgewalt vorgenommenen, von kirchlichem Einfluß unberührten Freilassung ist die sogenannte Freilassung durch Schatzwurf.⁶¹ Über die Freilassung wurde dem Freigelassenen eine Königsurkunde ausgestellt (preceptum denariale, carta denarialis), in der der königliche Freiheitsbefehl enthalten ist. Versuchte jemand, einen solchen Freigelassenen, der freizügig war, wieder zu vernechten, so mußte er dem König zweihundert Schillinge zahlen.⁶² Dagegen mußten „servi“, die unrechtmäßig freigelassen wurden, wieder restituiert werden.⁶³

Doch selbst bei solchen Freilassungen zur „Vollfreiheit“⁶⁴, die schon P. Winogradoff mit Recht als Ausnahmen charakterisierte⁶⁵, war die Zentralgewalt

⁶⁰ MGH, Concilia, Bd 1, S. 114, c. 6; später, im 10. Jahrhundert etwa, übten verschiedene Klöster, die im Zuge einer Reformbewegung zu Zentren geordneter Wirtschaftsführung geworden waren, auf die ländliche Bevölkerung eine beträchtliche Anziehungskraft aus. Vgl. *Töpfer, B.*, Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich, in: *Neue Beiträge zur Geschichtswissenschaft*, Nr 1, Berlin 1956, S. 34.

⁶¹ Die für das gesamte „regnum“ angeordnete Freilassung anlässlich der Geburt eines königlichen Sohnes war allenfalls eine Geste, die für die sonst geübte Praxis der Freilassung durch fränkische Herrscher nicht maßgeblich war. Vgl. MGH, FF, *Formulae Marculfi*, liber I, Nr 39; vgl. allgemein *Brunner, H.*, Die Freilassung durch Schatzwurf, a. a. O., S. 55 f. Anschaulich wird der Vorgang dieser Freilassung in MGH, FF, *Formulae imperiales*, Nr 1, geschildert. Vgl. auch *Lex Ribuarica*, a. a. O., tit. 60, c. 1; vgl. weiter MGH, FF, *Marculfi Formularum*, liber 2, Nr 22; ebenda, *Cartae Senonicae*, Nr 12; ebenda, *Formulae Salicae Bignonianae*, Nr 1.

⁶² *Lex Ribuarica*, a. a. O., tit. 60, c. 3.

⁶³ MGH, Cap. 1, Nr 142 (819), c. 2; offenbar kam diese Bestimmung erst nach Überwindung von Meinungsverschiedenheiten zustande, denn es heißt unter anderem: „... quia dixerunt aliqui, quod idem servus, qui ingenuus dimissus fuerat, denuo ad servitium redire non debeat: sed pristino domino et servitio restitutus fiat, iudicaverent.“ Es scheint, daß bei der Abfassung des das salische Volksrecht ergänzenden Kapitulars Stimmen zu Worte kamen, die generell für die unanfechtbare Freiheit von Freigelassenen eintraten. Vgl. auch MGH, Cap. 1, Nr 53 (808), (*Capitulare missorum*), c. 4; ebenda, Nr 58 (801/14), (*Responsa misso cuidam data*), c. 3; es werden „cartae falsae“ erwähnt, mit denen sich „servi“ widerrechtlich befreien wollen.

⁶⁴ *Winogradoff, P.*, a. a. O., S. 599 f.

⁶⁵ Gerade weil diese Form der Freilassung den Freigelassenen weitgehend unabhängig machte und grundherrlicher Abhängigkeit entzog, wandte sich die

bemüht, ihre Interessen zu wahren. So wurde im Volksrecht der ribuarischen Franken bestimmt, daß dann, wenn ein „homo dinariatus“ ohne Kinder starb, der königliche Fiskus den durch Schatzwurf Freigelassenen beerbte.⁶⁶ Doch begnügte sich die Zentralgewalt damit nicht, sondern sie suchte auch dann, wenn der Freigelassene Nachkommen hatte, deren Erbrecht zu beschränken. Ein das ribuarische Volksrecht ergänzendes Kapitular von 803 untersagt den „denariales“, ihr Gut auf ihre Kinder zu vererben; erst der dritten Generation, den Enkeln des Freigelassenen, wird es erlaubt, ihre Väter zu beerben.⁶⁷ Ein Kapitular Karls des Großen, das zwischen 801 und 813 entstand, geht noch einen Schritt weiter.⁶⁸ Konnte bisher der durch Schatzwurf Freigelassene innerhalb bestimmter Grenzen über seinen Besitz erbrechtlich verfügen, so besteht Karl der Große zugunsten einer Mehrung des Reichsgutes⁶⁹ darauf, daß der Fiskus jeden „intestatus“⁷⁰ verstorbenen Freigelassenen beerbt. Die Beschränkung der fiskalischen Ansprüche auf kinderlos verstorbene Freigelassene, entsprechend dem ribuarischen Volksrecht, ist damit aufgegeben worden. Offenbar wirkte sich hier die sonst auch auf anderen Gebieten bemerkbare Aktivität Karls des Großen im Bereich der Wirtschaftspolitik aus, die auch auf eine Stabilisierung des Reichsgutes als Basis der Zentralgewalt hinwirkte.

Daß diese im ribuarischen Volksrecht und in Kapitularien zunächst nur in theoretischer Form enthaltenen Forderungen auch verwirklicht wurden, bestätigen zeitgenössische Urkunden. Es wird deutlich, daß der Fiskus von seinem Erbrecht Gebrauch machte. Dafür ein Beispiel. Ein gewisser Fulquin war gegen die Slawen gezogen und hatte sein Eigengut dem kaiserlichen „cartularius“⁷¹ Teuthard unter folgenden Bedingungen übergeben: Kehre Fulquin vom Feldzug zurück, so hatte Teuthard das Gut zurückzugeben. Starb Fulquin, so sollte Teuthard den Besitz zum Seelenheil des Verstorbenen vergeben. Als nun Fulquin von dem Feldzuge zurückkam, war inzwischen Teuthard gestorben, und der Fiskus hatte dessen gesamtes Vermögen eingezogen. Daraufhin beklagte sich Fulquin und forderte Inquisition. Nachdem diese

Kirche dagegen, daß kirchlich Freigelassene, Halbfreie (tabularii) durch Schatzwurf zu Vollfreien wurden; vgl. *Lex Ribuaria*, tit. 61, c. 1: „... Et nullus tabularium aut servum tabularii dinariare ante rege praesumat...“

⁶⁶ *Lex Ribuaria*, a. a. O., tit. 60, c. 4.

⁶⁷ MGH, Cap. 1, Nr 41 (803), c. 9; vgl. *Zeumer, K.*, a. a. O., S. 189 f.

⁶⁸ MGH, Cap. 1, Nr 77 (801/13), c. 6; vgl. auch MGH, FF, *Formulae imperiales*, Nr 38: „... nemini putamus esse incognitum, eorum videlicet, quos aliquam juris Francorum constat habere noticiam; quod omnes manumissi, qui liberti vocantur, si intestati decesserint, non alium quam fiscum nostrum rerum heredem sunt relicturi...“

⁶⁹ Diesen Gesichtspunkt hat *Metz, W.*, *Das karolingische Reichsgut*, Berlin 1960, nicht berücksichtigt.

⁷⁰ Das heißt, ohne in rechtsgültiger Form über seinen Nachlaß verfügt zu haben.

⁷¹ „cartularius“ bezeichnet eine durch Schatzwurf freigelassene Person.

durch kaiserliche Vasallen vorgenommen worden war, die die Richtigkeit von Fulquins Angaben bestätigten, ordnete Ludwig der Fromme 821 an, Fulquins Besitz zurückzuerstatten.⁷² Aus dieser Urkunde wird einmal deutlich, wie zielstrebig die Zentralgewalt ihre Interessen verfolgte und die Hinterlassenschaft eines verstorbenen, durch Schatzwurf Freigelassenen sofort einzog. Wurden Reklamationen geltend gemacht, so erklärten sich, wie das erwähnte Quellenbeispiel zeigt, die fränkischen Herrscher erst nach eingehender gerichtlicher Untersuchung des Sachverhalts bereit, das unrechtmäßig dem Fiskus einverleibte Gut wieder herauszugeben.

Von hier aus fällt auch Licht zumindest auf ein Motiv, das die Zentralgewalt veranlaßte, einer Freilassung durch Schatzwurf nichts in den Weg zu stellen und sie teilweise zu begünstigen. Bei der im allgemeinen recht spärlichen Quellenüberlieferung aus dem weltlichen Bereich sind solche Hinweise, wie sie Kapitularien, Volksrechte und Urkunden enthalten, um so wertvoller. Sie zeigen, daß praktisch jede Freilassung durch Schatzwurf, die ein Feudalherr vor dem König oder Kaiser vornahm, einen künftigen Besitzzuwachs für das Reichsgut in Aussicht stellte, wenn der Freigelassene verschied. Da die Zentralgewalt an einer Stärkung des Reichsgutes gerade im 8. und 9. Jahrhundert in karolingischer Zeit interessiert war, wird es verständlich, daß die fränkischen Herrscher solche Freilassungen förderten. Besonders Karl der Große versuchte, wie Müller-Mertens⁷³ überzeugend ausführt, durch die Übernahme der Kaiserkrone, die Entsendung von Königsboten, die Forderung des erweiterten Fidelitätseides und die Revision der Volksrechte die Position der Zentralgewalt gegenüber der in zunehmendem Maße sich emanzipierenden Feudalaristokratie zu festigen. Der Stabilisierung und Erweiterung des Reichsgutes kam dabei große Bedeutung zu. Die Kapitularien von 803 und 801/13, die die Beerbung von Freigelassenen durch den Fiskus regelten, zeigen, daß Karl der Große auf diesem Wege zielbewußt voranschritt. Die Kirche jedoch wehrte sich gegen eine Freilassung von „tabularii“, also kirchlichen Freigelassenen durch Schatzwurf, um zu verhindern, daß sie dem kirchlichen Einflußbereich entfremdet wurden und ihr Erbe an den Fiskus fiel.

Wie sehr die Kirche im frühen Mittelalter an der Abhängigkeit der kirchlichen Freigelassenen interessiert war, konnten wir deutlich aus jenen Quellen entnehmen, die die Haltung der Kirche gegenüber den Freigelassenen kennzeichnen. Das Streben der Kirche nach einer Ausbreitung der Hörigkeit im 8. und 9. Jahrhundert innerhalb der entstehenden feudalen Gesellschaftsordnung, durch physischen und psychischen Druck entscheidend vorangetrieben, kommt ganz

⁷² Die Regesten des Kaiserreiches unter den Karolingern, Bd 1, 2. Aufl., neu bearb. v. E. Mühlbacher, Wien 1908, Nr 739 (821, Juli 16).

⁷³ Damit erhält die jüngst von Müller-Mertens, E., Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien, Berlin 1963, S. 103, ausgesprochene Vermutung, daß Zusammenhänge zwischen der durch die Freilassung bewirkten Verbesserung der bäuerlichen Lage und der Flucht bzw. der starken Fluktuationstendenz innerhalb der ländlichen Bevölkerung bestehen, eine gewisse Stütze.

allgemein auch in anderen Quellen in sehr charakteristischer Art zum Ausdruck. Wir verweisen hier auf einzelne Partien der frühmittelalterlichen Kunst, beispielsweise auf Kalenderillustrationen und Monatsbilder. Wir wissen, daß etwa seit der Völkerwanderung⁷⁴ Chronisten und Miniaturen bzw. Illuminatoren, von der zusammen mit der Feudalisierung Westeuropas sich ausbreitenden christlichen Religion erfaßt, Anstoß an der heidnischen Tradition⁷⁵ nahmen, an die der mittelalterliche Monatszyklus mit seinen bildlichen Darstellungen anknüpfte. Planeten, Tierkreiszeichen, Monatsbilder mit heidnischen Symbolen wurden weggelassen. Wesentlich ist, daß der Anstoß zu neuer künstlerischer Darstellung weniger vom hohen Klerus als vielmehr von den Mönchen, namentlich den Benediktinern, ausging.

Immer mehr rückt jetzt die in den einzelnen Jahreszeiten unterschiedliche Tätigkeit der ländlichen Bevölkerung in den Mittelpunkt der Betrachtung.⁷⁶ Gerade in das frühe Mittelalter, wo wir diese bedeutsamen Vorgänge auf dem Gebiete der Kalenderillustration beobachten können, fällt ja auch die erste große Rodungsperiode, eine der entscheidenden Abschnitte des mittelalterlichen Landesausbaus, in dem die Bauern, durch einzelne Zugeständnisse an ihre materielle Lage im Rahmen der Freilassung angeregt, das Gesicht der späteren deutschen Landschaft in wichtigen Zügen prägten. Gerade den Benediktinerklöstern, die am Ausbau und an der Organisation der frühmittelalterlichen Grundherrschaft wesentlichen Anteil hatten, wurde die grundlegende Bedeutung

⁷⁴ Vgl. zum folgenden besonders *Brandt, P.*, Schaffende Arbeit und bildende Kunst, Bd 1, Leipzig 1927, S. 18 f., S. 145 f. B. arbeitet jedoch zu wenig die gesellschaftlichen Zusammenhänge des künstlerischen Schaffens im frühen Mittelalter heraus.

⁷⁵ In den im Auftrag Karls des Großen zwischen 789 und 791 entstandenen *Libri Carolini* wird von dem Gegensatz gesprochen, der zwischen antikeidnischer Personifikation und der Heiligen Schrift besteht. Vgl. *MGH, Concilia, Suppl., Libri-Carolini, III, S. 151, c. 23*: „... Nonne, cum solem et lunam et caetera caeli ornamenta figuras hominum et capita radiis succincta habere fingunt, sanctis scripturis modi omnibus contrae sunt?“ Vgl. *Bastgen, H.*, Die *Capitularia* Karls des Großen über die Bilder oder die sogenannten *Libri Carolini*, *Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde*, Bd 36, 1911, S. 645; Bd 37, 1912, S. 13 ff.

⁷⁶ Daß gerade auf dem Gebiete der Kalenderillustration, das einen verhältnismäßig kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Kunstschaffen der Zeit bildet, relativ früh die Lösung von antiken Symbolen und Vorbildern vollzogen wurde, wird verständlich, wenn wir bedenken, daß der Kalender mit seinen Bildern in inniger Beziehung zum Leben des Bauern stand. Traten im bäuerlichen Schaffen Veränderungen auf, wie wir sie beim Übergang von der Antike zum Mittelalter beobachten, so reagierte der Miniator der Kalenderillustration viel eher darauf als jene Künstler, die sich mehr an Adelskreise richteten und von da auch ihre Aufträge erhielten. Vgl. auch *Riegl, A.*, Die mittelalterliche Kalenderillustration, in: *Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung*, Bd 10, 1889, S. 1 ff.

bäuerlicher Arbeit in jener Zeit gleichsam täglich vor Augen geführt. Es verwundert daher nicht, wenn die in jenen Klöstern wirkenden Mönche und Miniatoren Wert darauf legten, daß an Stelle heidnischer Symbole einer vergangenen Epoche die Zeichen ihrer Zeit traten. Sie aber wurde von den Merkmalen der sich immer weiter ausbreitenden Feudalordnung geprägt, deren Grundstock die bäuerliche Arbeit bildete. Diese in den entstehenden Feudalismus einzuordnen und den Feudalherren dienstbar zu machen, setzte sich auch das Arbeitsbild in der mittelalterlichen Bibelillustration zum Ziel. Neben der kalendarischen Überlieferung können wir auch in verschiedenen Einzelheiten des Kirchenbaus erkennen, wie hier die bildliche Darstellung, der künstlerische Schmuck der Gotteshäuser die „illiterati“, die Masse des Volkes, die weder lesen noch schreiben konnte, in den Bannkreis des kirchlichen Dogmas schlagen sollten. Mosaikfußböden, Türpfosten, Portale und Fensterrosen stellen die in den einzelnen Jahreszeiten wiederkehrenden ländlichen Arbeiten dar. Damit wird dem Bauern ein fester Platz in der nach christlicher, feudaler Weise gedeuteten Welt zugewiesen.⁷⁷ Er wird zum feudalen Hörigen, der im Gegensatz etwa zum antiken Sklaven ein gewisses Interesse auch an der Bewältigung von schweren Arbeiten hatte, flossen doch die Früchte der bäuerlichen Produktion nicht mehr uneingeschränkt dem jeweiligen Herrn zu. In bestimmtem Umfang kamen sie dem Bauern selbst zugute, da ihm jetzt verschiedentlich die Verfügung über seinen Arbeitsertrag innerhalb gewisser Grenzen zugestanden wurde. Einen Schritt auf diesem Wege vollzog die kirchliche Freilassung, die dem Freigelassenen eben dieses „peculium“ zugestand⁷⁸, oft mit der zusätzlichen Bemerkung, der Freigelassene könne nicht nur über den gegenwärtigen, sondern auch über den zu erwartenden künftigen Arbeitsertrag verfügen.⁷⁹ Natürlich mußte eine solche Bestimmung die bäuerliche Initiative zur Verrichtung aller Arbeiten, die der Landesausbau⁸⁰ ganz allgemein er-

⁷⁷ Vgl. Brandt, P., a. a. O., S. 159.

⁷⁸ MGH, FF, Formulae Sangallenses Miscellaneae, Nr 6; ebenda, Formulae Visigothicae, Nr 5.

⁷⁹ MGH, FF, Marculfi Formularum, liber 2, Nr 32, 34: „... peculiare concessio, quod habes aut deinceps elaborare potueris...“; ebenda, Formulae Andecavenses, Nr 23; ebenda, Formulae Augienses, B, Nr 34.

⁸⁰ Namentlich Rodungen werden im 8. und 9. Jh. häufig erwähnt; vgl. Capitulare de villis (ed. K. Gareis, Berlin 1895), c. 36; „Daß unsere Waldungen (silvae) und Forsten (forestes) unter gute Aufsicht genommen werden. Wo eine Fläche gerodet werden kann, soll sie gerodet werden. Es ist zu verhindern, daß die Felder mit Gestrüpp überzogen werden.“ Der Wald soll sich also nicht auf Kosten des Ackerlandes ausdehnen. Gleichzeitig sollte man aber darauf sehen, daß die Wälder nicht zu stark ausgeholzt und damit geschädigt wurden. Für Bayern vgl. Sturm, J., Der Wald in den Freisinger Traditionen, in: Zeitschrift für bayrische Landesgeschichte, Bd 10, 1937, S. 359 f. In Worten wie „exstirpare, colere, excolere“ spiegelt sich das Rodungswerk deutlich wider. Vgl. weiter Dollinger, Ph., L' évolution des classes rurales en Bavière depuis la fin de l'époque carolingienne-jusqu' au milieu du XIII^e siècle, Paris 1949, S. 78 f.;

forderte, beträchtlich anregen — ein Prozeß, der auch der Kirche manchen Vorteil, besonders eine Erhöhung ihrer Einkünfte versprach. Gerade daran war sie ja in hohem Maße interessiert, begegnet doch zum Beispiel bei der Verleihung von Prekarien immer wieder die Klausel, daß nach dem Tode des Prekaristen das „beneficium“ „cum omne rem emeliorata“ an den Schenker zurückfällt.⁸¹ Auf diese Weise sicherten sich die Klöster einen beträchtlichen Zuwachs an gerodetem Land.⁸² Hier liegen meines Erachtens auch die Wurzeln der kirchlichen Freilassung. Die Kirche paßte sich auf diese Weise einer gesellschaftlichen Entwicklung an, die im 8. und 9. Jahrhundert zum

für das gesamte Frankenreich vgl. *Imbart de la Tour*, Les colonies agricoles et l'occupation des terres désertes à l'époque carolingienne, Mélanges P. Fabre, Paris 1902, S. 146 f.; danach förderte besonders Karl der Große die allgemeine Rodungstätigkeit; oft wurde Ödland mit der Verpflichtung zu Bebauung verliehen (adpriso); *Grand, R.*, L'agriculture au moyen-âge de la fin de l'empire Romain au XVI^e siècle, Paris 1950, S. 242, hebt hervor, daß die Heiligenviten der karolingischen Ära viele Schilderungen über Rodungstätigkeit enthalten. Auch in der frühmittelalterlichen Kunst (Buchmalerei, Monatsbilder usw.) finden wir das Fällen von Bäumen, das Pflügen der Böden und Grabarbeiten häufig dargestellt. Vgl. *Riegl, A.*, a. a. O., S. 33 f.; vgl. auch *Duby, G.*, La société aux XI^e et XII^e siècles dans la région maconnaise, Paris 1953, S. 9 f.

⁸¹ Vgl. MGH, FF, Marculfi Formularum, liber 2, Nr 5; ebenda, Addimenta e codicibus Formularum Turonensium, Nr 3; ebenda, Cartae Senonicae, Nr 15; Nr 32; ebenda, Formulae Senonenses recentiores Addimenta, Nr 20.

⁸² Die seit der Merowingerzeit bemerkbare Aktivität der Mönche, etwa der Benediktiner im Landesausbau, wird man im Zusammenhang mit der sich anbahnenden gesellschaftlichen Entwicklung zum Feudalismus sehen müssen. Rodung innerhalb der entstehenden klösterlichen Grundherrschaft wurde zur Quelle reicher Einkünfte. Kontemplatives Eremitendasein hätte die Kirche, rein wirtschaftlich gesehen, hoffnungslos hinter die übrigen rasch aufsteigenden Feudalgewalten zurückfallen lassen und von der bäuerlichen Bevölkerung isoliert, die für tatenlose Askese wenig Verständnis hatte. Der Übergang vom weltabgewandten, asketischen Klosterbruder zum in der Welt stehenden und wirkenden Mönch — ein Prozeß, der sich in den Heiligenviten deutlich verfolgen läßt —, zeigt uns, daß die Mönche den Wandel der Zeiten gut begriffen hatten. Die auf wirtschaftlichem Gebiet sehr rührigen Mönche brachten den Klöstern nicht nur materiellen Gewinn, sondern wirkten auch auf die Bauern als Vorbilder. Die Mönche warben durch ihr Beispiel für den christlichen Glauben, der an der Feudalisierung der Bauern wesentlichen Anteil hatte. Von hier aus erklärt sich auch die Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit, die jetzt in den gegenüber antiken Vorlagen und Mustern veränderten Darstellungen bäuerlicher Wirtschaftsweise in den Monatsbildern und in der Buchmalerei zum Ausdruck kommt. *Weber, K.*, Kulturgeschichtliche Probleme der Merowingerzeit im Spiegel frühmittelalterlicher Heiligenleben. Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens, Bd 48, 1930, S. 347 ff., geht leider auf diese wichtigen Fragen zu wenig ein. Vgl. *Dubled, H.*, La notion de propriété en Alsace du VIII^e au X^e siècle, Le moyen âge, Bd 65, 1959, S. 429 ff.

feudalen Hörigen hinstrebte – eine Tatsache, die weder M. Fournier noch A. Dopsch als die ausschlaggebenden Kontrahenten in der Auseinandersetzung um das Wesen der frühmittelalterlichen Freilassung genügend klar erkannten und berücksichtigten. Weder trifft es zu, daß die Kirche voll uneigennützigem Edelmutem der ländlichen Bevölkerung in merowingischer und karolingischer Zeit gegenüberstand⁸³ und deshalb Freilassungen vornahm, noch reicht es aus, sich lediglich darauf zu beschränken, das kirchliche Wirken auf diesem Gebiete schwarz in schwarz zu schildern.

Wenn die Kirche im frühen Mittelalter freiließe, so handelte sie durchaus als Besitzerin von ausgedehnten Ländereien im eigenen Interesse. Doch indem sie dem Freigelassenen eine gewisse Verfügungsgewalt über seinen Arbeitsertrag zugestand, regte sie ihn dazu an, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und den Landesausbau zu intensivieren. Gleichzeitig achtete die Kirche sorgsam darauf, daß der Freigelassene abhängig blieb, die kirchliche Schutzherrschaft und Gerichtsbarkeit anerkannte und im Todesfall seine Hinterlassenschaft der Kirche vermachte. Die Kirche widersetzte sich entschieden der Entlassung ihrer Hörigen zur Vollfreiheit, weil sie auf diese Weise die Verfügungsgewalt über die von ihr so dringend benötigten Arbeitskräfte verloren hätte. Ursache und Wirkung, aber auch die Grenzen der frühmittelalterlichen Freilassung durch die Kirche zeichnen sich auf diese Weise deutlich ab.

⁸³ Für die wirkliche Lage der Hörigen im kirchlichen Bereich ist eine Äußerung Alkuins bezeichnend: Als der heilige Richarius nach Britannien reist, um Heiden zu bekehren und Kriegsgefangene zu befreien, kommen ihm folgende Gedanken: „Wie widersinnig ist es, in der Fremde Gefangene zu befreien, während die ‚servi‘ unserer eigenen Kirche in Unfreiheit schmachten.“ MGH, Script. rer. Merowing., Bd 4, S. 393, c. 8. Vgl. auch *Fichtenau, H.*, Das karolingische Imperium, Zürich 1949, S. 157; er bemerkt zutreffend: „Allerdings änderte dieses gottgefällige Werk der Entlassung aus der Knechtschaft kaum die soziale Lage der Betroffenen. In der Bezeichnung als ‚Kirchenleute‘ oder ‚Königsleute‘ wurden Freie und Unfreie voneinander nicht geschieden.“

Zur Aufgabenstellung und Problematik der Geographischen Wirtschaftsgeschichte

– meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Reinhard Junge,
zu seinem 75. Geburtstag –

VON WILFRIED STRENZ

In einer Zeit, in der die Werktätigen unserer Republik auf der Grundlage des vom VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Januar 1963 beschlossenen Programms in ihren Betrieben mit ganzer Kraft an der weiteren ökonomischen Stärkung unserer Republik arbeiten, um damit ihren Beitrag zum umfassenden Aufbau des Sozialismus, einer von Ausbeutung befreiten Gesellschaftsordnung, zu leisten, muß es ein Anliegen aller nicht unmittelbar im ökonomischen Bereich der Gesellschaft tätigen Wissenschaftler sein, ihre Wissenschaftszweige dahingehend zu überprüfen, inwieweit die Resultate ihrer Untersuchungen zur Lösung dieser großen geschichtlichen Aufgabe unseres Volkes beitragen. Diese Forderung ist um so notwendiger, als sich in Westdeutschland in allen Lebensbereichen die klerikal-militaristische Reaktion immer deutlicher durchsetzt. Eine sehr wesentliche Aufgabe der Historiker ist die Mithilfe beim ideologischen Wandlungsprozeß unseres Volkes. Sie erfordert sowohl eine parteiliche Auseinandersetzung mit reaktionär-bürgerlichen Geschichtsanschauungen als auch die Erarbeitung eines nationalen, vom Geist des Marxismus-Leninismus geformten Geschichtsbildes, das frei ist von jeder irreführenden europa- oder gar germanozentrischen Betrachtungsweise. In diesem Sinn sind auch die Gedanken des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, aufzufassen, die er auf dem 16. Plenum des ZK der SED über die Situation der Geschichtswissenschaft in der DDR aussprach: „Es ist die Zeit gekommen, auch eine Einschätzung der Entwicklung der Geschichtswissenschaft zu geben . . . Es ist an der Zeit, sich systematisch mit den Verfälschungen der deutschen Geschichte durch reaktionäre Historiker, von den Geschichtsschreibern des kaiserlich-deutschen Imperialismus bis zu den Historikern des faschistischen deutschen Imperialismus und des militaristisch-kerikalischen Staates in Westdeutschland, auseinanderzusetzen und die geschichtliche Wahrheit wieder herzustellen.“¹

¹ *Neues Deutschland* v. 10. 7. 1962, Ausg. B, S. 5. — In verallgemeinerter Form finden sich die gleichen Gedanken auch im vom VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Programm, T. II, Abschn. V, der sich u. a. mit den Aufgaben auf dem Gebiet der Ideologie beschäftigt (*Neues Deutschland* v. 25. 1. 1963, Ausg. B, Sonderbeilage, S. 29).

Diese mit vollem Recht geforderte geschichtliche Wahrheit, die jedoch nicht Selbstzweck, sondern eine Anleitung zum Handeln sein soll, muß von den Erkenntnissen des dialektischen und historischen Materialismus, der Weltanschauung der Arbeiterklasse, ausgehen und, wenn sie ihre Aufgaben wirklich erfüllen soll, umfassend sein. Das Bemühen, die historische Wahrheit aufzudecken, darf sich also nicht allein auf historische Teildisziplinen (wie zum Beispiel die politische Geschichte) beschränken, sondern es muß vielmehr gefordert werden, daß bei historischen Untersuchungen künftig die gesellschaftliche Totalität des jeweiligen Objektes erfaßt und umfassend interpretiert wird. Dabei sollte die Betrachtung der Entwicklung der materiellen Produktion das Kernstück jedweder Geschichtsbetrachtung sein, weil sie „die grundlegende und entscheidende Kraft der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft . . . ist“².

*

Damit gewinnen speziell die wirtschaftshistorischen Untersuchungen für die allgemeine Geschichtsbetrachtung eine überragende Bedeutung. Der Wissenszweig der Wirtschaftsgeschichte, den wir zur Unterscheidung zur Geographischen Wirtschaftsgeschichte im folgenden als allgemeine Wirtschaftsgeschichte bezeichnen wollen, beschäftigt sich auf Grund seiner bisherigen, spezifischen Aufgabenstellung jedoch nur mit einer, wenn auch sehr wichtigen Seite der materiellen Produktion der Gesellschaft, mit der historischen Herausbildung bestimmter Produktionsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens der Produktivkräfte, insbesondere der Volksmassen.³ Der Forschungsgegenstand der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte konzentriert sich also, in enger Wechselbeziehung zu demjenigen der Politischen Ökonomie, auf die Erforschung der geschichtlichen Differenzierungen und der sich in ihnen zeigenden historischen Gesetzmäßigkeiten der verschiedenen Produktionsweisen, die im Zusammenhang mit dem aktiven Wirken der Volksmassen in den verschiedensten gesellschaftlichen Territorien entstanden und entstehen. Nicht oder nur andeutungsweise mit herangezogen werden die geschichtlichen Differenzierungen und die sich in ihnen zeigenden Gesetzmäßigkeiten der vielfältigen Beziehungen der Wirtschaft zur geographischen Natur, zur geographischen Umwelt (trotz der Hinweise Lenins⁴), obwohl gerade sie der Schauplatz der Herausbildung der Produktionsverhältnisse ist. Das heißt, es werden von der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte nicht untersucht, da es zu einem anderen Forschungsgebiet innerhalb der Wirtschaftsgeschichte gehört, die Entstehungsursachen und Gegebenheiten der besonderen räumlichen Lage, der territorialen

² *Grundlagen der marxistischen Philosophie*, Berlin 1960, S. 411.

³ *Robbe, Waltraud*, Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1962, T. 1, Berlin 1962, S. 110.

⁴ Vgl. hierzu *Lenin, W. I.*, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: *Werke*, Bd 3, Berlin 1956.

Verteilung, der räumlichen Massierung oder Nichtmassierung, der Schwerpunkthaftigkeit der vorhandenen oder vorhanden gewesenen Wirtschaftsstandorte⁵, vor allem derjenigen der materiellen Produktion, bestimmter Produktivkräfte und bestimmter Produktionsprozesse und Produktionsleistungen. Uns scheint, daß gerade diese räumliche, geographisch bezogene Komponente der historischen Wirtschaftsbetrachtung für das Verständnis der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion als solcher und damit für das volle Verständnis der Gesellschaftsgeschichte überhaupt außerordentlich wichtig ist. Die Gesellschaft muß ihre Produktions- und Reproduktionsprozesse ständig in engem Kontakt mit den unmittelbaren oder weiter entfernt liegenden natürlichen Bedingungen realisieren. Alle Arbeitsgegenstände, die im Produktionsprozeß verwendet werden, entstammen ursprünglich der geographischen Umwelt.⁶ Die Gesellschaft ist deshalb gezwungen, sich bei „Strafe des eigenen Untergangs“ aktiv mit dieser auseinanderzusetzen. Die ersten Entwicklungsetappen der Gesellschaft (Herausbildung der historisch frühesten Wirtschaftsstandorte) waren dabei lediglich durch ein passives Anpassen an das geographische Milieu gekennzeichnet. Je weiter sich aber die Produktivkräfte entwickelten, desto größer wurde die Möglichkeit, die vorhandenen natürlichen Bedingungen zu nutzen. Jedoch ließ das Bestehen antagonistischer Klassengegensätze in der Gesellschaft nicht zu, daß diese dem Stand der Produktivkräfte entsprechend, vorhandenen realen Möglichkeiten der Ausnutzung des geographischen Milieus voll ausgeschöpft wurden. Erst unter sozialistischen Bedingungen ist die Gesellschaft in der Lage, entsprechend ihren Bedürfnissen, die Natur unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte aktiv umzugestalten.⁷

Eben dadurch, daß die Beziehungen, die zwischen der Gesellschaft und der geographischen Umwelt bestehen, im Verlauf des historischen Prozesses, insbesondere in der Sphäre der materiellen Produktion, einen durchaus differenzierten Charakter tragen, bleibt schon die Entwicklung der Wirtschaft ohne die Erforschung der Gründe und Erscheinungen ihrer Standortverteilung und -verknüpfung im geographischen Milieu nur unvollständig erfaßt. Darüber hinaus aber können auch andere Zweige der Gesellschaftsgeschichte nicht voll geklärt werden. Denn die Art und Weise der Ausbildung und räumlichen Verteilung bestimmter Wirtschaftsstandorte wirkte sich immer wieder sehr entscheidend auch in der politischen Geschichte aus, zum Beispiel mit zahllosen um

⁵ Wirtschaftsstandorte (zu denen auch die Verkehrsrouten gehören) sind konkrete Örtlichkeiten auf der Erdoberfläche, die von der Gesellschaft eine ökonomische Funktion erhalten haben, wobei die ökonomischen Bedürfnisse der Gesellschaft die Auswahl der Standorte und ihre folgende wirtschaftliche Entwicklung bestimmen. Um ein Beispiel anzuführen: Steinkohlenlagerstätten werden erst dann zu einem Wirtschaftsstandort, wenn sie von der Gesellschaft für die Entwicklung ihrer Produktion benötigt und, das ist das Entscheidende, auch ausgebeutet werden.

⁶ *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd 1, Berlin 1953, S. 186, 189 u. 537.

⁷ Ebenda, S. 185 u. 540.

solche Standorte entfesselten und durch sie mitbestimmten Kriegen, und vielfältig in der Kulturentwicklung. Somit ergab sich in den bisherigen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus durchgeführten wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen eine fühlbare Lücke. In der bürgerlichen Wissenschaft wurde und wird diese Lücke mit dem entsprechend ideologisch unterbauten und den imperialistischen Interessen bedeutsam dienenden Wissenszweig der „Historischen Geographie“ verdeckt, während in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft die Erforschung des genannten Gebiets trotz der hohen Bedeutung für die Erkenntnis der geschichtlichen Wahrheit und für die Zerschlagung imperialistischer Ideologie zunächst gar nicht oder nur völlig vereinzelt betrieben wurde.

In dem endlich der Wahrheit voll gerecht werdenden wirklichen Ausfüllen jener Lücke, das heißt in der historisch richtigen Interpretation der Beziehungen, die zwischen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion und dem geographischen Milieu, besonders bei der Herausbildung von Wirtschaftsstandorten, dann auch während der Existenz dieser Standorte, bestehen, sieht die junge marxistisch-leninistische „Geographische Wirtschaftsgeschichte“ ihren Forschungsgegenstand. Sie untersucht also Grund und Erscheinung der Standorte der Wirtschaft weltgeschichtlich hinsichtlich Entwicklung, Verbreitung und ökonomischer Verknüpfung auf lokaler, territorialer und überterritorialer Ebene, einschließlich ihrer Beziehungen zwischen Produktion und produktiver und individueller Konsumtion unter den historischen Bedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen. Sie bezieht mithin bewußt und zugleich als Hauptuntersuchungsglied die geographische, das heißt räumliche Komponente in ihre Forschungen ein. Sie beschäftigt sich in ihren Untersuchungen also mit dem Gebiet, das von der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte nicht als ein eigentlicher Forschungsgegenstand betrachtet wird, sondern nur aus anderen Untersuchungen übernommen werden kann, eben mit der in der Geschichte möglicherweise wechselnden, in jedem Fall sich aber entwickelnden geographischen Verbreitung und gegenseitigen Verknüpfung der Wirtschaftsstandorte, vor allem derjenigen der materiellen Produktion. Die Geographische Wirtschaftsgeschichte betrachtet die Standorte der Wirtschaft und ihre Verknüpfungen aber nicht schlechthin, sozusagen in einem abstrakten Raum, sondern auf Grund der Tatsache, daß der zu untersuchende Wirtschaftsstandort bzw. das zu untersuchende Wirtschaftsgefüge mit seinen spezifischen Standortfixierungen, hervorgerufen durch bestimmte gesellschaftliche Erscheinungen, in jedem Fall in Beziehungen zu einer sehr konkreten, allein schon durch Entfernungen von anderen Punkten wirksamen geographischen Umwelt steht. Das geographische Milieu mit seinen differenzierten natürlichen Ressourcen bietet vielfältige Möglichkeiten, Wirtschaftsstandorte entstehen zu lassen. Inwieweit diese Möglichkeiten aber genutzt und damit zur Wirklichkeit, das heißt zur gesellschaftlichen Realität, werden, hängt stets von dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte bzw. vom Charakter der Produktionsverhältnisse ab. So werden einerseits durch den Entwicklungsstand der Pro-

duktivkräfte zwar die objektiven Voraussetzungen zur Errichtung von Wirtschaftsstandorten geschaffen. Andererseits aber ist der Charakter der Produktionsverhältnisse maßgebend dafür, inwieweit diese objektiven Voraussetzungen von der Gesellschaft voll genutzt, das heißt zur objektiven Realität werden, bzw., sofern antagonistische Klassengegensätze bestehen, es der jeweils herrschenden Klasse gelingt, diese Möglichkeiten der Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten entsprechend ihren subjektiven Interessen zu modulieren. Bei diesen Untersuchungen muß es zu gewissen Überschneidungen mit dem Gegenstand der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte kommen, weil allein schon die geographische, das heißt räumliche Verankerung der zu untersuchenden Wirtschaftskomplexe immer sowohl gesellschaftliche (aus der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte zu entnehmende) wie auch geographische Bedingungen enthält.⁸

In minutiöser analytischer Kleinarbeit und in umfassenden Synthesen hat die Geographische Wirtschaftsgeschichte, bevor überhaupt Gesetzmäßigkeiten der historischen Standortentwicklung, -verteilung und -verknüpfung der Wirtschaft in den verschiedenen Produktionsweisen aufgedeckt werden können, als erstes klarzulegen, „was“ an wirtschaftlicher Erscheinung (vor allem der arbeitende und konsumierende Mensch in Zahl und Verteilung, bestimmte Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände, bestimmte Produktionsprozesse, Produktionsgrößen in Quantität und Qualität, Produkte der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, des Bergbaus, des verarbeitenden Gewerbes und des Verkehrs), „wo“ innerhalb der geographischen Totalität, „wann“ in der Gesellschaftsgeschichte, „warum“ so und nicht anders (unter welchen gesellschaftlichen und geographischen Bedingungen) seinen Standort einnahm, und

⁸ Man denke hierbei z. B. an die Verlagerung der Haupthandelswege in großen Teilen Europas im Zuge der sog. Geographischen Entdeckungen. Gesellschaftliche Gründe, wie die Suche eines nicht von den Osmanen bzw. Mameluken kontrollierten von Europa ausgehenden Handelsweges nach den südasiatischen Gewürzgebieten, bzw. der Versuch, den durch die Kaufleute der oberitalienischen Städte Venedig und Genua aufgebauten Monopolverkehr zwischen Europa und Vorderasien (und damit auch nach Südasien) auszuschalten, und schließlich die Suche nach neuen Edelmetallfundstätten, um die geforderten Monopolpreise der oberitalienischen Handelskapitalisten, dann der Portugiesen bezahlen zu können, führten schließlich zu einer weitgehenden Verlagerung der Haupthandelswege im europäischen Bereich. Dabei büßte die bisherige wichtigste Verkehrsrouten von Europa über das Mittelmeer in Richtung Osten fast völlig an Bedeutung ein, und an ihre Stelle traten neue Verkehrswege, vor allem zunächst um Südafrika, die wiederum, weil sie von neuen europäischen Hafenstandorten (nunmehr von der Westküste Europas anstatt wie bisher von Oberitalien) ausgingen, auch auf dem europäischen Festland eine Verlagerung der Landverkehrswege nach sich zogen, was sich in der Folgezeit dann auch auf die wirtschaftliche Entwicklung zahlreicher Städte auswirken mußte und tatsächlich auswirkte.

welche ökonomischen Verknüpfungen die Standorte aufwiesen.⁹ Das Untersuchungsgebiet, mit dem sich die Geographische Wirtschaftsgeschichte beschäftigt, erstreckt sich zeitlich über die gesamten Jahrtausende seit der Herausbildung der menschlichen Gesellschaft und reicht bis in die Gegenwart (mit Einschluß der sozialistischen Produktionsweise). Und es erstreckt sich räumlich über alle Gebiete gesellschaftlichen Einflusses auf der gesamten Erde. Das bedeutet, daß die Geographische Wirtschaftsgeschichte als ein wesentlicher Teil des wirtschaftsgeschichtlichen Kernstückes der marxistischen Geschichtsbetrachtung einerseits in alle zeitlich begrenzten Zweige der allgemeinen Geschichte (Alte Geschichte, Geschichte des Mittelalters, der neueren Zeit und Neuzeit), andererseits in alle räumlich begrenzten Zweige (zum Beispiel deutsche, vorderasiatische, indische, chinesische, afrikanische Geschichte) mit hineingehört und besonders in den Forschungen und dann auch in den Lehrveranstaltungen, zumindest der ersteren, in Zukunft einen breiten Platz einnehmen muß. Diese Forschung enthüllt historisch eine wesentliche Seite der Wirtschaft, ohne welche diese überhaupt nicht zu denken ist. Ihre Ergebnisse eröffnen aber erst eine volle reale Einschätzung aller anderen historischen Ereignisse der Gesellschaft, für deren Aufbau, Ausbau und Weiterentwicklung die an jeweils bestimmte Wirtschaftsstandorte gebundene materielle Produktion mit allen ihren Erscheinungen von der Produktivkraft bis zum Produkt das wichtigste Element, sozusagen das materielle Gerüst der Menschheitsgeschichte, darstellt. Die Forschung der Geographischen Wirtschaftsgeschichte geht daher alle Disziplinen der Geschichtswissenschaft an und kann von ihnen nicht entbehrt werden.¹⁰

Die Geographische Wirtschaftsgeschichte vermittelt mit ihren Untersuchungsergebnissen, eben auf Grund ihrer räumlich-historischen Betrachtungsweise, äußerst wichtige Fakten der menschlichen Wirtschaftsentwicklung und ihrer Zusammenhänge, deren Kenntnis wiederum zum Verständnis aller politischen Ereignisse und der Geschichte der Produktionsweisen unentbehrlich ist. Das zeigt sich in größter Vielfältigkeit und in außerordentlichem Umfang bereits bei der Lösung der einen Hauptaufgabe: mit der Beantwortung der Fragen „was“, „wo“ und „wann“ überhaupt erst einmal ein wirklich der historischen Wahrheit entsprechendes Weltbild des bloßen Bestandes der jeweiligen konkreten Standortverteilung und -verknüpfung der Wirtschaft und ihrer Potenzen zu schaffen. Die Geographische Wirtschaftsgeschichte deckt hierbei zahl-

⁹ Ein instruktives Beispiel für die Methode derartiger Untersuchungen bietet der erste Band des Handbuches von *Junge, R.*, Weltgeschichte der Standortentwicklung der Wirtschaft in der Klassengesellschaft, Berlin 1961.

¹⁰ Wirtschaftsgeschichtliche Forschungen auf der Basis der geographischen Totalität werden bereits in größerem Umfang von historischen Forschungsinstituten in verschiedenen Volksdemokratien (u. a. Ungarn, ČSSR und Bulgarien) betrieben, wie auf der II. internationalen Tagung der Sektion Alte Geschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft (4. bis 8. September 1962, Stralsund) deutlich wurde.

lose unwiderlegliche Fakten auf, die von der bürgerlichen Historischen Geographie völlig verschwiegen oder wenigstens verzerrt dargestellt werden mußten, weil sie sich nicht in ihre Ideologie fügten.¹¹ Was solche Fakten lehren, welche politische Bedeutung ihre Kenntnis heute besitzt, wenn man nunmehr auch die Frage „warum“ wahrheitsgemäß beantwortet, sei an wenigen Beispielen aus der unermeßlichen Fülle gezeigt.

Ein Blick in die Geschichte erweist, daß es nicht immer die heute in der materiellen Produktion führenden Völker und Gebiete waren, die wirtschaftlich die dominierende Rolle gespielt haben. So wiesen etwa in sehr früher Zeit die Gebiete des Niltales, des mesopotamischen Tieflandes, der nordindischen Tiefebene, der chinesischen Regionen am Hoangho und später die Gebiete auf der Iberischen Halbinsel (zur Zeit der arabischen Staaten) einen Entwicklungsstand der Produktion auf, der bei weitem den der damaligen und noch viel späteren Vorfahren der heute produktionsintensivsten Völker übertraf. Die Kenntnis derartiger wirtschaftlicher Wandlungsprozesse in der konkreten Abfolge ihrer Standorte hat aber für die Gegenwart, insbesondere für die im politischen und ökonomischen Befreiungskampf stehenden Völker, eine große Bedeutung. Sie führt unter anderem die oft gebrauchte These der imperialistischen Ideologen ad absurdum, die Völker der vom Imperialismus abhängigen und kolonial ausgebeuteten Länder seien nicht fähig, eine eigene Wirtschaft aufzubauen. Dabei verschweigen die Imperialisten aber geflissentlich, daß sie es sind, die diesen Völkern allein wegen ihrer Profitinteressen das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Entwicklung einer nationalen Wirtschaft vorenthalten. Und die Verkünder dieser pseudowissenschaftlichen Theorie verschweigen, daß erst durch das Eindringen der kapitalistischen Produktionsweise die frühere, teilweise auf recht beachtlicher Stufe stehende Wirtschaft jener Völker und Staaten vernichtet bzw. zumindest in ihrer Struktur verändert wurde.

Ein Beispiel hierfür bieten die Auswirkungen der englischen Kolonisationspolitik auf die Standortverteilung und -verknüpfung der Wirtschaft in Indien am Ende des 18. und im Verlauf des 19. Jahrhunderts, die unter anderem zur Ruinierung des bis dahin ausgedehnten und überterritorial (unter anderem gerade auch in Europa) berühmten indischen Baumwollgewerbes führte. Ursache für diese Entwicklung war die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England einsetzende industrielle Revolution, die dazu führte, daß sich in England das Produktionsvolumen zunächst in der Leichtindustrie, und hier besonders im Textilgewerbe, mit der Erfindung der Spinn- und Webmaschinen enorm vergrößerte. Auf Grund der damaligen infolge der herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen begrenzten Aufnahmefähigkeit des einheimischen Marktes mußte diese Entwicklung zu einer Ausweitung des englischen Außen-

¹¹ Erinnert sei in diesem Zusammenhang z. B. an die schier unglaubliche Fälschung der polnischen Wirtschaftsgeschichte durch eine deutsche „Geschichtsschreibung“!

marktes führen. Noch während des 18. Jahrhunderts erfolgte durch Vermittlung der englischen Ostindischen Kompanie eine bedeutende Einfuhr indischer Baumwollwaren, die vielfach noch mit Handmalerei verziert waren. Aber mit der Benutzung von Maschinen setzte nun eine Ausdehnung der bislang in England manufaktuell betriebenen und nur lokal bedeutsamen Baumwollwarenerzeugung ein, und der Import der indischen Baumwollwaren hörte auf. Statt dessen begannen die englischen Baumwollwarenproduzenten ihre Erzeugnisse in steigendem Umfang auszuführen. Diese Baumwolltextilien erschienen in der Folgezeit nicht nur auf dem gesamten europäischen Markt, sondern wurden auch in die englische Kolonie Indien transportiert, wodurch die einheimischen handgewebten Erzeugnisse erbarmungslos niederkonkurriert wurden. „Es war der britische Eindringling, der den indischen Handwebstuhl zerstörte und das Spinnrad zerbrach. England begann damit, daß es den indischen Kattun vom europäischen Markt verdrängte; dann führte es Maschinengarn nach Hindustan ein und überschwemmte schließlich das eigentliche Mutterland des Kattuns mit Kattunwaren.“¹²

Diese von außen hereingetragene und der indischen Wirtschaft aufgezwungene ökonomische Entwicklung führte zur Ruinierung bzw. zur Umstrukturierung des jahrtausendealten Baumwollgewerbes, sowohl hinsichtlich seiner Standorte als auch seiner Produktionsformen, und schließlich zum Aufbau eines neuen, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepaßten Standortgefüges der Wirtschaft. Vor dem Eindringen des englischen Handelskapitals lagen in Indien die baumwollverarbeitenden Standorte, damals noch Handspinnerei und -weberei, nahezu über das gesamte Land verstreut. Sie waren noch in einem beträchtlichen Umfang integrierender Bestandteil der Dorfgemeinschaften, wengleich sich auch die Zentren der Verarbeitung in den größeren Städten, zumeist im Landesinnern (unter anderem im Flußgebiet des Ganges) gelegen, befanden, in denen ein ausgebildetes, manufaktuell betriebenes Gewerbe existierte. Die seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert mit der wachsenden englischen Einflußnahme zunehmenden Zwangsimporte an Baumwollwaren führten zu einer Niederkonkurrierung dieser manufaktuellen Produktionsstätten, und die Folge war, daß der Umfang der indischen Baumwollwarenproduktion abnahm. Gleichmaßen wurde auch der bodenständige Baumwollanbau stark in Mitleidenschaft gezogen. Das ruinierte einheimische Baumwollverarbeitungsgewerbe schied weitestgehend als Abnehmer aus. Die englische Baumwollwarenindustrie aber produzierte nahezu ausschließlich auf der Basis der im Süden der USA, im sogenannten „cotton-belt“, angebauten Baumwolle¹³, da sich in der damaligen Zeit die indische Baumwolle wegen ihrer Kurzstapligkeit für die Verarbeitung auf englischen Maschinen nur wenig eignete. Nach der Zerstörung des indischen Baumwollgewerbes, mit der

¹² *Marx, Karl*, Die britische Herrschaft in Indien, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in 2 Bänden, Bd 1, Berlin 1953, S. 322.

¹³ *Pahl, W.*, Rohstoffe. Der Kampf um die Güter der Erde, München 1952, S. 200.

gleichzeitig auf dem Weltmarkt ein nicht unbedeutender Konkurrent für den entsprechenden englischen Industriezweig ausgeschaltet war, versuchte die englische Bourgeoisie, indem sie die in ihrer nunmehrigen Kolonie Indien zur Verfügung stehenden billigen Arbeitskräfte ausnutzte, dort selbst eine Baumwollverarbeitungsindustrie zu entwickeln, was in der Folgezeit zu nicht unbeträchtlichen Standortverlagerungen im internationalen Verkehr mit Baumwollwaren führte. Die Anfänge einer derartigen Industrie lagen im Jahre 1856 mit der Gründung der ersten Baumwollverarbeitungsfabrik in der an der indischen Westküste südlich des Golfs von Kambay gelegenen Hafenstadt (Verkehr!) Bombay.¹⁴ Dieser unter kolonialistischem Einfluß und unter kapitalistischen Bedingungen einsetzende Neuaufbau der indischen Industrie zur Herstellung von Baumwollwaren vollzog sich, entsprechend den neuen gesellschaftlichen und produktionstechnischen Bedingungen, unter neuen Standortgesetzen. Die Fabriken entstanden ausschließlich an verkehrsgünstig gelegenen Standorten, zumeist in Hafenstädten, und möglichst gleichzeitig auch in unmittelbarer Nähe der Baumwollanbaugebiete, die sich vor allem in Nordwestindien befanden. Bombay und das angrenzende Gebiet wurden in der Folgezeit zum Zentrum der indischen Baumwollindustrie. Dieser Bezirk erzeugte bereits wenige Jahrzehnte später (1889) 71 Prozent der in Indien hergestellten Baumwollgarne und 83 Prozent aller dort gefertigten Baumwollstoffe.¹⁵ Selbst 1951, also wenige Jahre nach der Befreiung vom Kolonialjoch, waren hier, als Folge der im 19. Jahrhundert eingeleiteten Entwicklung, noch 30 Prozent der indischen Baumwollwarenerzeugung konzentriert.¹⁶

Somit läßt sich feststellen, daß durch die Einflußnahme des englischen Kolonialimperialismus die indische Baumwollverarbeitung eine völlige Standortveränderung erfuhr. So verschwanden die vormals in den Dorfgemeinschaften vorhanden gewesenen zahlreichen dezentralisierten Standorte der Produktion. Desgleichen waren auch die ehemaligen, zumeist im Landesinnern bestehenden Baumwollverarbeitungszentren, zumindest hinsichtlich ihrer Produktionsgröße, weitgehend an Bedeutung zurückgegangen. Statt dessen aber entstanden an Plätzen, die im Rahmen des Weltmarktes verkehrsgünstig lagen, zentralisierte Produktionsstätten mit einer großen Kapazität. Nach dieser Umstrukturierung und neuen Standortverteilung der Produktionsstätten entsprach dieser Gewerbezweig in keiner Weise mehr den Bedürfnissen des inneren Marktes und damit der Bedürfnisbefriedigung der einheimischen Bevölkerung. Die auf indischem Boden angelegten Fabriken waren allein dem kolonialistischen Profitstreben der fremden herrschenden Klasse untergeordnet.

¹⁴ *Geschichte Indiens*, Große Sowjet-Enzyklopädie, Reihe Geschichte und Philosophie, H. 44, Berlin 1954, S. 45.

¹⁵ *Oppel, A.*, Die Baumwolle, Bremen 1902, S. 513.

¹⁶ *Eggert, K./Kohl, H./Kramer, H./Sanke, H./Zimm, A.*, Politische und Ökonomische Geographie. Einführung, unter der Redaktion v. H. Sanke, Berlin 1956, S. 512.

Auch auf dem afrikanischen Kontinent zeigte sich der gleiche Prozeß. Mit dem Eindringen der europäischen Kolonialimperialisten wurden nahezu überall die vielfach in autochthoner Entwicklung entstandenen bodenständigen jahrhundertalten Gewerbe der einheimischen Völker in den Hintergrund gedrängt oder sogar vernichtet, so daß auch hier eine Überformung bzw. Ruinierung des bisherigen Wirtschaftsgefüges eintrat, wobei bei diesem Prozeß die vorhandenen naturgeographischen Gegebenheiten nur insofern beachtet wurden, als sie den Profitinteressen der eindringenden Kolonialisten entsprachen. An die Stelle der bisherigen Hauptwirtschaftszweige traten entweder für die Kapitalisten profitable landwirtschaftliche Monokulturen oder aber Bergwerksanlagen und im Anschluß hieran erste Aufbereitungsstätten, meistens für strategische Mineralien. Diese nunmehr unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen entstehenden Standorte der Produktion besaßen zum geographischen Milieu und zur gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion nicht nur neue Beziehungen, sondern beeinflussten darüber hinaus durch ihre Mißachtung der vorgefundenen ökonomischen Struktur auch sehr stark das bisherige Standortgefüge der einheimischen Wirtschaft, das allein auf die Lebensbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung abgestimmt gewesen war.

Am Beispiel der ehemaligen Kolonie Belgisch-Kongo läßt sich dieser Strukturwandel des Standortgefüges der Wirtschaft besonders gut verdeutlichen. 1955 betrug die Gesamtausfuhr dieser Kolonie wertmäßig 23,4 Milliarden bfrcs; davon entfielen auf landwirtschaftliche Rohprodukte und Halbfabrikate mindestens 7,9 Milliarden bfrcs (33,8 Prozent) und auf mineralische Rohprodukte und Halbfabrikate wenigstens 14 Milliarden bfrcs (59,8 Prozent).¹⁷ Das bedeutet, daß wertmäßig etwa 93,6 Prozent (!) der Exportgüter Rohmaterialien waren, die in die verschiedensten kapitalistischen Länder ausgeführt wurden. Gegenüber dieser allein schon aus der Exportquote ersichtlichen enormen Rohmaterialproduktion war andererseits ein verarbeitendes Gewerbe mit seinen Standorten nur schwach entwickelt. Allein die Gewerbebezüge der Erstbearbeitung mineralischer und der Aufbereitung landwirtschaftlicher Rohstoffe wiesen entsprechend den Interessen ausländischer Konzerne einige bedeutendere Standorte der Produktion auf, die sich jedoch ausschließlich an Plätzen befanden, die für den Export verkehrsgünstig lagen. Zum Beispiel existierten die Fabrikanlagen zur Herstellung von Pflanzenfetten vor allem in den Städten längs des Kongo-Flusses, der eine ausreichende Verkehrsverbindung zur Küste und weiter zum Weltmarkt gewährleistete, wobei die Stromschnellen vor der Mündung mit einer Eisenbahnlinie umgangen wurden. Das Textilgewerbe, das auf der Grundlage der von den Kolonialisten eingeführten und anschließend angebauten Baumwolle vorhanden war, deckte 1955 nur 50 Prozent des Bedarfs des inneren Marktes. Es existierte zu jener

¹⁷ Harms *Handbuch der Erdkunde*, Bd 4 (Afrika), Frankfurt, Berlin, Hamburg u. München 1957, S. 276.

Zeit lediglich eine größere Textilfabrik in Leopoldville.¹⁸ Auch in der Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte bestand, soweit diese zur Bedürfnisbefriedigung der einheimischen Bevölkerung bestimmt waren, eine ähnliche Situation.¹⁹ Diese derartig krasse einseitige Entwicklung der Wirtschaft vollzog sich in einem Gebiet, in dem vor dem Eindringen der Europäer in eigenständiger Entwicklung bereits eine verbreitete gesellschaftliche Arbeitsteilung entstanden war. Neben einem ausgedehnten Ackerbau existierten damals unter anderem ein ausreichendes Metallgewerbe und ausreichende Töpferei. Die Textilverarbeitung verwendete als Produktionsgrundlage unter anderem die Fasern der einheimischen Raphia-Palme, aus denen die notwendigen Gewebe zur Bekleidung hergestellt wurden. Ein Beweis für den damaligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in den westafrikanischen Völkerstämmen war unter anderem auch die Kultivierung einer wichtigen fettliefernden Pflanze, der Ölpalme.²⁰ Welche Bedeutung diese Palmenart in der Gegenwart besitzt, geht daraus hervor, daß 1951 annähernd 45 Prozent der im Weltverkehr auftretenden pflanzlichen Fettrohstoffe Öle der Ölpalme waren. Ein nicht unbeträchtlicher Teil stammte davon aus der Kolonie Belgisch-Kongo.²¹

Gerade dieses Beispiel macht deutlich, daß die Kolonialimperialisten zwar das vorgefundene Wirtschaftsgefüge zerstören, unter Umständen aber nicht alle Wirtschaftszweige ruinieren, sondern nur die, welche ihnen nicht profitabel genug erscheinen, daß sie sogar manche Produktionszweige, wenn sie ihren Profitinteressen entsprechen, für ihre Zwecke ausbauen, wobei in erster Linie ökonomische Gründe, dann aber auch naturgeographische Momente eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Auf diese Weise errichten sie ein neues, ihren gesellschaftlichen Bedingungen angepaßtes Wirtschaftsgefüge, in dem zumeist die Monokulturen (die neben anderem ein typisches Kennzeichen einer kolonialen Wirtschaft sind) die dominierende Rolle spielen.

Die Folge des gewaltsamen Eindringens der europäischen Eroberer, besonders aber die Ausdehnung ihrer kapitalistischen Profitwirtschaft, war, daß in den Kolonialgebieten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die gesellschaftliche Entwicklung und damit auch die Entwicklung der Produktivkräfte der einheimischen

¹⁸ Länder der Erde. Politisch-ökonomisches Handbuch. Gesamtdredaktion A. I. Denissow, D. I. Ignatjew, N. G. Palgunow, Berlin 1959, S. 486.

¹⁹ Vgl. zum Vorstehenden Harms Handbuch der Erdkunde, Bd 4, a. a. O., S. 272 u. 276.

²⁰ Sowohl die Ölpalme als auch der gleichfalls kultivierte Sesam lieferten für die Ernährung wichtige Pflanzenfette, wodurch der in diesen Gebieten herrschende Mangel an tierischen Fetten gewissermaßen ausgeglichen werden konnte. Die Völker Westafrikas besaßen kein tierisches Fett, weil sie keine Großviehzucht betrieben. Diese war auf Grund der damaligen Entwicklung der Produktivkräfte nicht möglich, da ganze Gegenden von der Tsetse-Fliege verseucht waren, deren Stiche bekanntlich für das Großhornvieh tödlich sind. (Die Völker Afrikas, hg. v. D. A. Olderooge u. I. I. Potechin, Bd 2, Berlin 1961, S. 578–580).

²¹ Pahl, W., a. a. O., S. 245 u. 249. (Fortsetzung der Anm. s. S. 136).

Bevölkerung, die schließlich nur noch Objekt kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung war, trotz der gleichbleibenden naturgeographischen Gegebenheiten, immer mehr zurückging, während die Kolonialprofite der Imperialisten kontinuierlich stiegen.

Mit der Ausdehnung kapitalistischer Produktionsmethoden entstanden jedoch unter den kolonial unterdrückten Volksmassen die Kräfte, die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges im Zusammenhang mit der in der Welt vor sich gegangenen Verschiebung des allgemeinen Kräfteverhältnisses zugunsten des Fortschritts stark genug geworden waren, um eine Liquidierung der kolonialen Abhängigkeit zu fordern. In den vergangenen Jahren konnten auf Grund des Befreiungskampfes der Volksmassen in den abhängigen Ländern allein auf dem afrikanischen Kontinent mehr als dreißig ehemalige Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangen, dank der Unterstützung des sozialistischen Lagers unter Führung des ersten sozialistischen Staates der Welt, der Sowjetunion, deren Völker als erste gezeigt hatten, daß die Fesseln der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen beseitigt werden können. Die Imperialisten, die sehr wohl das Ende ihrer Herrschaft herannahen sehen, versuchen nun mit Hilfe ihrer Apologeten, diese historisch gesetzmäßige Entwicklung zu vertuschen: „Eine breite und tiefe Spalte klapft also zwischen den Auffassungen der Afrikaner und der der Europäer über Wirtschaft und Erwerb jeder Art. Die Kolonisatoren, auf Privatwirtschaft, rationelles Erwerbsstreben, Marktwirtschaft und Gelddenken eingestellt, haben – in bester Absicht – Veränderungen und Verbesserungen von Ackerbau und Viehzucht der Eingeborenen herbeigeführt und gleichzeitig ‚weißes Wirtschaftsdenken‘ importiert. Bei diesem Vorgang handelt es sich aber für die Schwarzen vor allem um eine Form des Kulturkontaktes, um den Einbruch in eine festgefügte, zwar, mit dem Auge des Europäers gesehen, teilweise primitive, aber rein im Geistigen verankerte Wirtschaftswelt. Unkenntnis, Mißverständnisse und Gleichgültigkeit seitens der Weißen, am Anfang und noch bis in die Gegenwart hinein, sodann der nicht mehr aufzuhaltende ‚Fortschritt‘ zeitigten Bewegungen im Gefüge der Eingeborenenwelt, deren Tiefgang und Ablauf im einzelnen nicht zu übersehen, deren Endstadium nicht einmal zu erahnen sind.“²²

An beiden Beispielen (Britisch-Indien und Belgisch-Kongo) wird deutlich, daß in jedem Fall die gesellschaftlichen (von der Geographischen Wirtschaftsgeschichte aus der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte zu entnehmenden) Bedingungen die maßgebenden Ursachen für die Umformung bzw. Ruinierung eines Wirtschaftszweiges bzw. eines gesamten Wirtschaftsgefüges waren. Sofern allerdings veränderte gesellschaftliche Produktionsbedingungen eine Modifizierung der gesellschaftlich notwendigen Produktions- und Reproduktionsprozesse bedingten, erfuhr auch das geographische Milieu eine diesen veränderten Bedingungen angepaßte Ausnutzung. Das bedeutet einerseits, daß, wenn man nach dem „Warum“ der wechselnden geographischen

²² Harms *Handbuch der Erdkunde*, Bd 4, a. a. O., S. 53.

Verbreitung der Standortverteilung und -verknüpfung der Wirtschaft fragt, in jedem Fall den gesellschaftlichen Erscheinungen unter Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte die maßgebende Rolle zukommt, während die naturgeographischen Gegebenheiten durch ihre im allgemeinen gleichbleibende²³ Situation nur eine sekundäre Rolle spielen und ihr Einfluß auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft nur ein modifizierender ist, der jedoch so weit gehen kann, daß ein völliger Wechsel in der Art der Produktion eintritt. Andererseits bedeutet das Ergebnis aus jenen gesellschaftlichen Bedingungen aber, daß nunmehr eine ganz neue Standortverteilung der Wirtschaft mit veränderten geographisch-ökonomischen Beziehungen eingetreten ist, die ihrerseits wirksam (zum Beispiel hinsichtlich des Verkehrs) in Erscheinung tritt.

*

In engstem Zusammenhang mit der einen Hauptaufgabe, die das Wissensgebiet der Geographischen Wirtschaftsgeschichte mit seinen speziell geographisch, das heißt räumlich orientierten wirtschaftshistorischen Untersuchungen bei der Herausbildung eines wissenschaftlich fundierten Geschichtsbildes besitzt, nämlich der Erarbeitung einer der historischen Wahrheit entsprechenden Weltbildes vom bloßen Bestand der jeweiligen konkreten Standortverteilung und -verknüpfung der Wirtschaft und ihrer Potenzen, steht eine zweite, nicht minder bedeutende, die speziell die Beantwortung der Frage „warum“ mit betrifft. Wie bereits betont, hat sich die bürgerliche Geschichtsbetrachtung mit der Historischen Geographie einen Zweig geschaffen, der sich

²³ Eine Ausnahme dürften in diesem Zusammenhang lediglich die Naturkatastrophen bilden, die jedoch nur so lange die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gesellschaft beeinflussen können, wie die Gesellschaft noch nicht die Gesetze ihres Wirkens kennt und die Gesellschaftsform noch nicht geeignet ist, die Naturkräfte oder mindestens das Ausmaß ihrer Auswirkungen zu bändigen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die in bestimmten Zonen der Erde auftretenden Erdbeben. So waren 1923 bei dem Erdbeben, von dem ein Teil der Ostküste der japanischen Insel Hondo betroffen wurde, in Tokio 100000 Tote und in Yokohama 30000 Tote zu beklagen. In beiden Fällen wurden wirtschaftlich wichtige und dicht besiedelte Gebiete betroffen, die dadurch aufschwerste geschädigt wurden. Oder aber man denke an die verheerenden Vulkanausbrüche. So wurde 1902 die auf der Insel Martinique (Kleine Antillen) gelegene Stadt St. Pierre durch einen Ausbruch einer Glutwolke aus dem Vulkan Mont Pelé innerhalb von zwei Minuten restlos zerstört, wobei ca. 30000 Menschen ums Leben kamen. Oder: Auswirkungen des Ausbruchs des Vulkans Katmai in Alaska im Jahre 1912 machten sich durch einen säurehaltigen Regen noch in einer Entfernung bis zu 600 km bemerkbar, wodurch in den betroffenen Gebieten u. a. alle Gartenpflanzen zerstört wurden. (Lütgens, R., Die geographischen Grundlagen und Probleme des Wirtschaftslebens, in: Erde und Weltwirtschaft, ein Handbuch der allgemeinen Wirtschaftsgeographie, hg. v. R. Lütgens, Bd 1, Stuttgart 1950, S, 104, 107/108.

auf idealistischer Grundlage mit historischen Standortuntersuchungen beschäftigte und auch noch beschäftigt. Das Ergebnis war und ist eine Flut reaktionärer Anschauungen von den Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft, die vom einfachen Geographischen Determinismus über die Hervorkehrung der sogenannten Kulturlandschaft bis hin zur Geopolitik reicht. Hat die bürgerliche Historische Geographie durch Verbreitung historischer Unwahrheit dem Imperialismus große Dienste geleistet, so ist andererseits ein Wissenschaftszweig, der Geschichte, Geographie und speziell Ökonomie miteinander verbindet, um mit marxistisch-leninistischer Methode die Wahrheit zu finden, von ebenso großer Bedeutung als Waffe in unserem ideologischen Kampf wie für unser Wissen um die Entwicklung der Gesellschaft überhaupt. Damit hat die Geographische Wirtschaftsgeschichte eine zweite wichtige Aufgabe. Es gilt, die reaktionären Anschauungen in ihren vielschichtigen Ausdrucksformen zu überwinden und an ihre Stelle die richtige Auffassung unter anderem vom Einfluß des geographischen Milieus auf die Entwicklung der materiellen Produktion und ihrer Standorte zu setzen. So stellt die Geographische Wirtschaftsgeschichte auf Grund dieser Aufgabenstellung eine neue Wissenschaftsschule dar. Ausgehend von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, betrachtet sie die dialektische Wechselbeziehung zwischen geographischem Milieu und Gesellschaft, speziell in der Sphäre der materiellen Produktion, und füllt auf diese Weise die geographisch-wirtschaftshistorischen Untersuchungen mit neuem Inhalt, der den Erfordernissen eines wahrhaftigen Geschichtsbildes Rechnung trägt.

Bereits seit mindestens dreihundert Jahren werden sowohl von Historikern, Geographen, aber auch von Philosophen, unter anderem von J. Bodin (einem französischen Staatsrechtler aus dem 16. Jahrhundert), Ch. Montesquieu, J. G. Herder, C. A. Helvetius und J. Ch. L. Sismondi, um die älteren Hauptvertreter zu nennen, bestimmte historische Erscheinungen der Gesellschaft unter den Bedingungen der Einwirkung der umgebenden Natur interpretiert. Die dabei erzielten Ergebnisse können schon dem Fachgebiet der sogenannten Historischen Geographie zugeordnet werden.²⁴ Bis in die Gegenwart besteht aber in der Literatur bzw. in den Auffassungen der Verfechter der Historischen Geographie keine Einigkeit darüber, welchen Gegenstand und welche Aufgaben die Historische Geographie hat. So berichtet W. Jazunski²⁵ unter anderem von einem russischen Professor, der im Jahre 1908 seine Vorlesung über Historische Geographie mit der Erklärung begann, daß der Umfang dieser Wissenschaft gänzlich unbestimmt und selbst ihre Auffassung im höchsten

²⁴ Unter anderem beschäftigte man sich auch an der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin bis 1945 mit derartigen Fragen, so an der Philosophischen Fakultät im „Seminar für Historische Geographie und Staatenkunde“.

²⁵ Язунски, В., Историческая география как научная дисциплина, in: Вопросы географии, 20/1950, S. 13, zit. nach: Junge, R., Karl Marx und die Historische Geographie, Berlin 1953. (MS)

Grad unklar sei. Und M. Bloch²⁶ schrieb 1937 in einer Buchbesprechung, daß der Titel des Buches „Historische Geographie“ das Nichtvorhandensein einer genauen Vorstellung über ihren Inhalt zulasse. Die Richtigkeit dieser Auffassungen spiegelt sich wider in den Themenkomplexen, die unter der Bezeichnung Historische Geographie abgehandelt wurden. Im Vordergrund standen zunächst Veröffentlichungen über die historische Verbreitung von Volksstämmen, von Sprachen und Mundarten; man untersuchte ferner die Orte von Schlachten unter strategischen Gesichtspunkten sowie die verschiedenen Kultureinflüsse in städtischen Siedlungen; man beschäftigte sich mit den Veränderungen von Staats- und Verwaltungsgrenzen und auch mit den Veränderungen des geographischen Milieus in der Vergangenheit. Aber bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts hinein war nur selten einmal eine spezielle Standortentwicklung der materiellen Produktion, von der Wirtschaft ganz zu schweigen, Gegenstand einer entsprechenden Untersuchung. Dieses Nebeneinander der verschiedensten Betrachtungsgegenstände in einem Fachgebiet – eben bedingt durch das Fehlen eines einheitlichen Gegenstandes – hatte zur Folge, daß trotz der Vielzahl der schließlich vorliegenden Arbeiten keine Verallgemeinerung in der Aussage getroffen werden konnte.

Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Stadium änderte sich im Zusammenhang mit dem gesteigerten Profitstreben der Kapitalisten zwangsläufig auch der Charakter der historisch-geographischen Untersuchungen. Im Gegensatz zur bisherigen rein empirischen Untersuchungsmethode entstanden jetzt bestimmte Schulen, die aus taktischen Erwägungen, um eine Anerkennung als tatsächliche Wissenschaft zu erlangen, eine Vereinheitlichung des ungeklärten Gegenstandes der Historischen Geographie²⁷ mit Hilfe willkürlich zusammengebauter Konstruktionen anstrebten. Infolge der Nichtanwendung der wissenschaftlichen Theorie von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, des historischen Materialismus, hatten diese Konstruktionen sämtlich pseudowissenschaftliche Ergebnisse, sobald die

²⁶ Vgl. *Annales d'histoire économique et sociale*, 44/1937.

²⁷ So spricht J. Partsch (und W. Götz identifiziert sich hiermit) von einer „historischen Länderkunde“, die die Aufgabe habe, „das Natur- und Kulturbild eines Landes für eine Epoche seiner Vergangenheit in derselben lebendigen Wechselwirkung zwischen Land und Leuten darzustellen, wie es von einer wissenschaftlichen Landeskunde der Gegenwart verlangt wird“. (Götz, *W.*, Historische Geographie, Leipzig u. Wien 1904, S. 2.)

Abgesehen davon, daß es in einer historischen Untersuchung niemals die Genauigkeit geben kann, wie sie für eine gegenwartsbezogene Darstellung gefordert werden muß und kann, wird also die Aufgabe gestellt, Entwicklungserscheinungen des geographischen Milieus und der Gesellschaft in einem Wissenszweig, eben in der Historischen Geographie, gleichermaßen zu behandeln, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die Erforschung dieser beiden Komplexe zwei verschiedene Methoden verlangt, die dem unterschiedlichen Charakter der Natur- und Gesellschaftsgesetze entsprechen.

besonderen Entwicklungsbedingungen der menschlichen Gesellschaft in direkte Beziehung zur umgebenden Natur gesetzt wurden. Die von diesen Schulen „erzielten“ Untersuchungsergebnisse unterstützten weitgehend das imperialistische Profitstreben, indem durch sie die Standorte der materiellen Produktion den jeweiligen natürlichen Bedingungen, das heißt also die spezifisch historischen Gesetze der Gesellschaft den unveränderlich wirkenden Naturgesetzen, nachdrücklich untergeordnet erschienen. Die Historische Geographie wurde dadurch zu einem der wichtigsten Eckpfeiler der verbrecherischen Thesen der imperialistischen Geopolitik. Ihre Vertreter stellten sich also bedingungslos in den Dienst der Monopolisten, Bankherren und Junker, um in ihrem Auftrag mit Hilfe historischer Untersuchungen „die Diktatur der Finanzgewaltigen in der Innenpolitik und den Anspruch auf Weltherrschaft in der Außenpolitik zu begründen und zu rechtfertigen“.²⁸

Die Vorbereitung dieser Apologie des Imperialismus wurde durch die Veröffentlichungen von Fr. Ratzel²⁹, dem ersten deutschen Geopolitiker, geschaffen, die einen dominierenden Einfluß des geographischen Milieus auf das Leben der Gesellschaft allgemein zum Gegenstand hatten. Ratzel postulierte eine Überbewertung des geographischen Milieus im Sinn eines geographischen Determinismus³⁰ unter gleichzeitiger Hinzuziehung von biologischen Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung der politischen Entwicklung gesellschaftlicher Territorien. Vielfach stützen sich die Historischen Geographen bei ihren Untersuchungen auch auf die von dem deutschen Geographen A. Hettner³¹ im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts entwickelte Landschaftstheorie, in der die natürlichen Gegebenheiten eines bestimmten, willkürlich abgegrenzten Gebietes mit den Erscheinungsformen der menschlichen Gesellschaft in eben diesem Gebiet in direkte Beziehung und Abhängigkeit gebracht werden, wobei fälschlicherweise den natürlichen Bedingungen auch hier die dominierende Rolle zugesprochen wird. Ja, man ging noch weiter. Nachdem die bürgerliche Historische Geographie die These von der sogenannten Landschaft, insbesondere von der Kulturlandschaft³², in ihre Betrachtung eingeführt hatte, versuchte sie des

²⁸ Heyden, G., Kritik der deutschen Geopolitik, Berlin 1959, S. 76.

²⁹ Ratzel, Fr., Antropogeographie, 2 Bde, Stuttgart 1882 u. 1891; *derselbe*, Politische Geographie, München u. Leipzig 1897.

³⁰ Der geographische Determinismus geht davon aus, daß die Natur mit allen ihren Bedingungen, Erscheinungsformen und Gesetzmäßigkeiten, speziell also das geographische Milieu, den dominierenden Einfluß auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ausübt. Auf Grund dieses Ausgangspunktes steht der geographische Determinismus in diametralem Gegensatz zu den Erkenntnissen des historischen Materialismus.

³¹ Hettner, A., Das Wesen und die Methoden der Geographie, in: Geographische Zeitschrift, 10/1905, S. 545 ff.

³² Unter einer Kulturlandschaft versteht man das Erscheinungsbild eines durch natürliche Gegebenheiten abgegrenzten Areals der Erdoberfläche, das durch die Tätigkeit der Menschen bereits eine Umwandlung im Gegensatz zur

weiteren, auf der Grundlage dieses Betrachtungskomplexes Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu ermitteln. Das führte schließlich dazu, daß man der Entwicklung der „Kulturlandschaft“ eine Eigengesetzlichkeit zuschrieb, wobei die spezifischen Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft in dem jeweiligen Untersuchungsgebiet völlig negiert wurden. Bei der Darstellung dieser Pseudogesetze handelte es sich um eine mystische Vermischung von Faktoren des geographischen Milieus mit denen der menschlichen Gesellschaft, die zudem mit idealistischen Konstruktionen und rassistischen Ideen durchsetzt ist. Letztlich werden diese Pseudogesetze bei allen möglichen Abstufungen und Varianten aber zusammengehalten durch eine geographisch-deterministische These. Durch diese Vermischung der natürlichen Faktoren mit den jeweiligen Erscheinungsformen der Gesellschaft entstanden willkürlich Kombinationen, die „geographisch-deterministisch“ und „biologisch-rassistisch“ erklärt wurden und somit der faschistischen Ideologie vom „Blut und Boden“ einen pseudowissenschaftlichen Hintergrund gaben. Die Überbewertung des Einflusses der natürlichen Bedingungen, die völlige Nichtbeachtung der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, die oftmalige Verwendung idealistischer Konstruktionen, das Zugrundelegen rassistischer Gedankengänge führten zu Resultaten, die mit der Realität nicht mehr das Entfernteste zu tun hatten bzw. lediglich zufällig richtige Teilwahrheiten waren, die aber dann im Rahmen der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung nicht richtig interpretiert wurden. Sie bringen insbesondere auch den „wissenschaftlichen“ Nachweis, daß in riesigen Gebieten der Erde die Völker durch die unveränderbare Natur „ewig“ minderwertig, faul, unfähig sein müssen und naturgeboten der „Hilfe“ und strengen Gängelung der Imperialisten zu ihrem

Naturlandschaft, d. h. der noch von der Gesellschaft unberührten Natur, erfahren hat. Natur- und Kulturlandschaft sind physisch-geographische Kategorien, da sie in jedem Fall die Natur zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtung machen, und unterliegen demzufolge naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. Gegen eine Verwendung dieser Begriffe in der physischen Geographie ist also nichts einzuwenden. Es muß jedoch dagegen gesprochen werden, daß diese Kategorien die räumliche Basis für Forschungen bilden, die gesellschaftswissenschaftliche Untersuchungsmethoden erfordern (z. B. Analyse von Wirtschaftskomplexen). Beachtet man diese verschiedenen Ausgangspunkte nicht, so kommt man z. B. zu folgenden pseudowissenschaftlichen Ergebnissen: „Nordhausen (Stadt am Südharz — W. S.) liegt an einem kultur-geographisch bemerkenswerten Grenzgürtel, an dem Übergang von waldreichen Mittelgebirgen zur offenen Kultursteppe der Fruchtniederung. Derartige Nähte im Landschaftsgefüge der Erde bergen immer besondere Anregungen, besondere Wachstumskräfte in sich . . . Solche Lage gewährt ewige Gunst, die sich nur zeitlich abschattiert durch den Entwicklungsstand der beiden aneinander grenzenden Kulturlandschaftsbereiche und durch etwaige wirtschaftspolitische Erschwerung ihres Austausches . . .“ (Schultze, J. H., Die Stadt Nordhausen. Eine Strukturuntersuchung ihrer Geographie, ihrer Lebens- und Umweltbedingungen, Jena 1947, S. 31, MS.)

eigenen Vorteil bedürfen und immer bedürfen werden. Insgesamt läßt sich also feststellen, daß die Untersuchungen der Historischen Geographen im allgemeinen eine treffliche Apologie der imperialistischen Ausbeutung darstellen.

Als Ergänzung zu diesen Betrachtungen sollen einige Zitate folgen, die aus Veröffentlichungen stammen, welche die Vertreter der sogenannten historischen Kulturlandschaftsforschung als ihre „wissenschaftlichen Arbeiten“ publizierten. Die Zitate sollen zeigen, mit welchen völlig haltlosen Konstruktionen versucht wurde und wird, die Ewigkeit und Richtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beweisen bzw. die örtlichen natürlichen Gegebenheiten als den entscheidenden Faktor für die betreffende gesellschaftliche Entwicklung hinzustellen, um auf diese Weise die gesetzmäßige Eigenentwicklung der menschlichen Gesellschaft abzuleugnen. Dieses geschieht auch in der Form, daß man bei verschiedenen „Forschungen“ den Menschen zwar in den Mittelpunkt der Betrachtung der Kulturlandschaft stellt, ihn sogar für die Entwicklung dieser „geformten“ Landschaft verantwortlich macht, dabei jedoch den Menschen, und das ist der entscheidende Fehler, nicht als ein in der materiellen Produktion tätiges und über die materielle Produktion auf die Natur einwirkendes Wesen behandelt, sondern einzelne Merkmale des Menschen, wie zum Beispiel Rasse, Volk, Psyche etc., herauslöst und diese als das entscheidende Kriterium für die Entwicklung der Landschaft hinstellt.

Von dieser falschen Voraussetzung geht zum Beispiel S. Passarge aus, wenn er feststellt: „Die Begabung der Menschen, einzelner großer Männer und bestimmter Völker bedingt einen sehr großen Teil der kulturellen, wirtschaftlichen, geistigen und staatlichen Entwicklung, allein daneben wirkt dauernd der Raum (die „Landschaft“ — W. S.), und deshalb muß man den Raum kennen, wenn man die Kultur und Wirtschaft, die staatlichen und sozialen Verhältnisse und die Geschichte der Völker innerhalb eines gegebenen Raumes verstehen will.“³³ In einer weiteren Veröffentlichung sagt er: „Der Mensch läßt die Raub- und Kulturlandschaften entstehen, und diese müssen, da sie wirkliche Landschaften sind, auf ihn genauso einwirken, wie jede andere Landschaft. Daß diese Beeinflussung sich auf seine Wirtschaft, auf Siedlungen und Verkehr bezieht, ist selbstverständlich, sie erstreckt sich aber auch auf die Psyche . . . , auf seine geistige und körperliche Entwicklung, auf soziale und staatliche Einrichtungen.“³⁴ So spricht er von „Anmut und Lieblichkeit fruchtbarer Gegenden mit Wald und Wiese, Feld und Garten, Höfen, Burgen, Mühlen oder Häßlichkeit von Fabriken, Arbeiterdörfern u. a. m.“³⁵ Je dichter die Menschen (also zum Beispiel in Arbeiterdörfern) zusammenwohnen, um so stärker wird „der Einfluß, den die Menschen aufeinander ausüben. Der Kampf mit der Natur wird durch den Kampf gegen den Menschen . . . verdrängt . . .“³⁶ Dabei

³³ Passarge, S., Die Grundlagen der Landschaftskunde, Bd 1, Hamburg 1919, S. 2.

³⁴ Derselbe, Vergleichende Landschaftskunde, H. 1, Berlin 1921, S. 50.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda.

werden „Menschen mit anderen geistigen und körperlichen Fähigkeiten herangezüchtet“³⁷. Finden sich hier nicht schon Anklänge an die während des Nazismus zur Staatsdoktrin erhobenen Rassentheorie? Des weiteren wendet sich Passarge gegen die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte entstehenden Großstadtballungen, indem er sie als kulturlandschaftliches Element ablehnt, weil derartige Städte angeblich in hohem Maße demoralisierend auf die Menschen einwirken.³⁸ Hier zeigt sich zwar eine Teilwahrheit, die jedoch auf Grund der unwissenschaftlichen Ausgangsbasis nicht richtig interpretiert wird, da sich derartige negative Erscheinungen nur in den Städten finden, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Wie eindeutig dieser Apologet bei seinen Betrachtungen von der idealistischen Konzeption ausgeht, zeigt folgendes Zitat: „Niemals bildet Materialismus die Grundlage der Kultur und des Fortschritts, sondern ausschließlich Idealismus.“³⁹

W. Behrmann⁴⁰ ist mit einer der ersten Vertreter, der die faschistische „Blut- und Boden-Theorie“ in die Historische Geographie übernimmt. Ihm erscheint der deutsche Kulturboden im Vergleich zu dem der Nachbarvölker als etwas Besseres und Höheres. Die Ausdehnung der deutschen Kulturlandschaft begründet er damit, daß sich ihre Bewohner ständig vermehrt hätten und deshalb auf Grund der an ihren Wohnplätzen herrschenden ungünstigen naturgeographischen Bedingungen als ein „Volk ohne Raum“ stets gezwungen waren, neue Gebiete, auch die der Nachbarvölker, zu erobern.

Als ein potenziertes Vertreter und Apologet der faschistischen Rassentheorie in der Historischen Geographie ist aber H. Schrepfer anzusehen. Seine „Beweis“-führungen gipfeln in der Heranziehung von Zitaten aus Hitlers Machwerk „Mein Kampf“ und von Äußerungen des damaligen faschistischen Kriegsministers v. Blomberg. So schreibt er unter anderem: „Was der noraische Mensch beweglich, dynamisch, aktiv in kühnem Angriffsgeist eroberte, hat der fälische und ostische Mensch, stabil verharrend, festgehalten.“⁴¹ Über die unwissenschaftliche Behauptung, daß Rasse und Volk in Deutschland identisch seien, gleitet er in den sogenannten „völkischen Ausleseprozeß“ über und stellt fest, daß nicht jede Rasse für jeden Raum taugt.⁴² Die sogenannte „aktive Rolle der nordischen Rasse“ in Deutschland, das heißt die räuberische Expansionspolitik des deutschen Imperialismus, führt Schrepfer darauf zurück, daß der karge Boden und der (angeblich) zu enge Raum immer wieder zur Arbeit zwangen, wobei das wechselvolle Klima anregend und anspornend mitwirkte.⁴³

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda, S. 51 ff.

³⁹ Ebenda, H. 2, S. 103.

⁴⁰ Behrmann, W., Das Werden der deutschen Kulturlandschaft, in: Geographischer Anzeiger, 7/8/1933, S. 223 ff.

⁴¹ Schrepfer, H., Landschaft und Mensch im deutschen Lebensraum, in: Zeitschrift für Erdkunde, 4/1936, S. 146.

⁴² Ebenda, S. 147.

⁴³ Ebenda.

Und es ist ganz natürlich, daß Schrepfer schließlich zu derartigen Ergebnissen kommt, wie: „Der . . . Grundzug unserer Landschaft (die „deutsche Landschaft“ – W. S.) ist ihr kämpferischer Ausdruck, . . . ist ihr wehrhaftes Gepräge . . ., bedingt durch die soldatische Grundhaltung des deutschen Menschen . . .“⁴⁴ Des weiteren beschäftigt er sich in seinem Pamphlet mit einer Wertung der verschiedenen deutschen Landschaften und mit ihren Einflüssen auf die gesellschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes. Er geht davon aus, daß die einzelnen Landschaften unterschiedliche „sittliche Kräfte“ besitzen und dadurch maßgebend an der Gestaltung der deutschen Stammeseigentümlichkeiten mitgewirkt haben. Als Beispiel führt er an, daß die Alemannen Bewohner einer „gekammerten“ Landschaft seien (er meint damit ein Gebiet, das sich durch starke morphologische Unterschiede auszeichnet) und deshalb zu einer Eigenbrötlerei neigen, was in der Geschichte folgerichtig zur Herausbildung der Kleinstaaterei geführt habe. Thüringen dagegen, weil im Innern Deutschlands gelegen, sei der „Schmelztiegel des deutschen Volkes“ geworden, und deshalb hätte sich dort auf Grund der verschiedenartigen Vermischungen der ehemaligen Völkerstämme der weiche, gesellige Mensch entwickelt.⁴⁵ Kann man diese „Äußerungen“ noch als ernst zu nehmende wissenschaftliche Aussagen betrachten?⁴⁶

Mit der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Rote Armee und der anschließenden internationalen Verurteilung der menscheitsfeindlichen Ideen des Rassismus hörte die Propagierung besonders rassistischer Gedankengänge in den historisch-geographischen Untersuchungen auf. Bestehen blieb jedoch die bürgerliche Schule der Historischen Geographie mit ihrer idealistischen Konzeption. Das drohende gänzliche Auseinanderfallen des kapitalistischen Weltsystems infolge des als ein Ergebnis des zweiten Weltkrieges verstärkt vorhandenen Strebens nach politischer und sozialer Befreiung der noch unter kapitalistischer Ausbeutung lebenden Volksmassen gab der Historischen Geographie eine neue Akzentuierung. Als treue Dienerin des Monopolkapitals sah sie nunmehr, zusammen mit anderen Wissenszweigen der Gesellschaftswissenschaft, ihre Hauptaufgabe vor allem darin, der gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft entgegenzuwirken und die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise generell zu verteidigen und zu rechtfertigen.

So vertritt entsprechend der Neuorientierung F. Braudél folgende Meinung:

⁴⁴ Ebenda, S. 151/152.

⁴⁵ Ebenda, S. 149.

⁴⁶ Man möchte meinen, daß diese Gedankengänge lediglich ein Ausdruck der faschistischen Ideologie der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts waren, d. h. einer Epoche angehören, die bereits Geschichte geworden und demzufolge nur unter dem Gesichtswinkel der Historie zu sehen ist. Die Entwicklung in Westdeutschland mit ihren zahlreichen Erscheinungen der gesellschaftlichen Reaktion, zu denen auch der Prozeß der Refaschisierung gezählt werden muß, macht es aber notwendig, sich mit dieser Ideologie auseinanderzusetzen und ihre pseudowissenschaftliche Grundlage zu entlarven.

„Die Zeit . . . ist auch oft ein schlafender Faktor . . . Das Mittelmeer ist eine Sammlung von Museen der Menschen, des Menschen vergangener Zeiten, der aber auch der Mensch von heute ist und bleibt.“⁴⁷ Diese antihumanistische Aussage, gegründet auf der jahrtausendealten Unterdrückung der arbeitenden Menschen, spricht den Volksmassen zum Beispiel in den nordafrikanischen Gebieten jede erfolversprechende Möglichkeit und jede vorhandene Notwendigkeit eines Befreiungskampfes mit dem Ziel einer politischen und ökonomischen Unabhängigkeit ab. Demgegenüber hat aber die historische Entwicklung bewiesen, daß die Menschen Nordafrikas doch nicht so „museal“ sein dürften, wie sie Braudél hinstellen sucht. Man denke nur an die Entwicklung des ägyptischen Volkes seit den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts bzw. an den 1962 erfochtenen Sieg der algerischen Befreiungsfront über die französische Kolonialarmee.

Auch die historisch-geographischen Untersuchungen, die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in Westdeutschland erschienen, gehen von der genannten neuen Akzentuierung⁴⁸ aus. So schreibt W. Brepohl in einer Untersuchung über das Ruhrgebiet: „Kohle ist die erste und ausschlaggebende Kraft, die der Landschaft, der Siedlung, dem Menschenschlag eine Art Gesetz gibt . . . Je nach der Wirtschaftsstruktur sind auch die Menschen verschieden; denn die Kohle hat eine bestimmte Affinität zu bestimmten Menschentypen, nach Temperamenten und geistiger Haltung.“⁴⁹ Natürlich, während die Ruhrindustriellen die Kohle als ihre natürliche Profitquelle ansehen, betrachten die Bergarbeiter die Kohle unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise als das Objekt, über das sie ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen. Aber das meint Brepohl mit seinen Worten selbstverständlich nicht. Er kommt nämlich zu der Schlußfolgerung, daß auf Grund der, wie er sagt, „Affinität der Kohle zu bestimmten Menschentypen“ das Denken in einer großdeutschen Form zwar bei den mittleren Bevölkerungsschichten vorhanden sei (die sogenannten unteren Bevölkerungsschichten, die Arbeiterklasse,

⁴⁷ Braudél, F., *La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II.* (Das Mittelmeer und die Welt des Mittelmeeres zur Zeit Philipp II.), Paris 1949, S. 298.

⁴⁸ Es fehlte nicht an Versuchen, die bürgerliche Historische Geographie auch in der DDR wieder einzuführen. Veröffentlichungen, wie *Lehmann, E.*, Der soziogeographische Faktor in der landeskundlichen Darstellung Sachsens, in: *Wissenschaftliche Veröffentlichungen des deutschen Instituts für Länderkunde*, Neue Folge, H. 11, Leipzig 1952, S. 1 ff; *Passarge, S.*, Betrachtungen über das geschichtsgographische Wesen der Mittelmeerländer Europas, in: *Forschungen und Fortschritte*. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik, 7/1955, S. 199; *Lehmann, E./Weisse, H.*, Historisch-geographisches Kartenwerk. Indien, Entwicklung seiner Wirtschaft und Kultur, Leipzig 1958, sind hierfür ein sichtbarer Ausdruck.

⁴⁹ *Brepohl, W.*, Das Ruhrvolk, in: *Geographische Rundschau Braunschweig*, 11/1952, S. 448.

erwähnt er gar nicht), dieses Großraumdenken jedoch in den oberen Schichten (er meint damit die Klasse der Kapitalisten) sogar als wesenseigentümlich ausgeprägt erscheine.⁵⁰ Was ist das anderes als eine Verteidigung der Interessen der Ruhrindustriellen und ihrer Expansionsgelüste!

Selbst die faschistische Geopolitik feierte infolge der Restauration des westdeutschen Imperialismus auch in der Historischen Geographie wieder Auferstehung, was folgendes Zitat aus einem Schulbuch (!) beweist: „In doppelter Weise zeigen sich die geopolitischen Wirkungen der Vielgestaltigkeit des deutschen Bodens. Einerseits trug seine Verkastelung . . . mit zur Bildung vieler, manchmal sehr selbständiger und sehr kleiner Einzelländer . . . bei, deren Machtwille der Verwirklichung des deutschen Reichsgedankens oft entgegenstand. Andererseits förderte die Durchgängigkeit der deutschen Mittelgebirgslandschaften und des Norddeutschen Tieflandes das Wachstum politischer Machtbereiche, so daß wir hier Gebiete reicher raumpolitischer Bewegungen und entscheidender Kämpfe finden.“⁵¹ Sind das nicht die gleichen Gedankengänge, die Schrepfer (siehe oben) in Verfolgung der faschistischen Ziele bereits propagierte?

Zur Bemäntelung und Unterstützung der imperialistischen Raubpolitik führen also die Ideologen der herrschenden Klasse, wie wohl eindeutig bewiesen wurde, gern Naturgegebenheiten in allen möglichen Variationen an. So sagen sie⁵² unter anderem auch, um ein letztes Beispiel zu erwähnen, daß das Klima und überhaupt das gesamte geographische Milieu schuld an dem jeweils vorhandenen materiellen und geistigen Entwicklungsstand der in diesen Gebieten wohnenden Völker habe, wie zum Beispiel an dem der Neger, die auf Grund der üppigen tropischen Vegetation angeblich geistlos und schwerfällig seien und sich darum nicht zur Führung einer selbständigen Wirtschaft eignen würden. Man sieht, daß alle diese Konstruktionen auf eines hinauslaufen, auf die Unterstützung der Verfechter der kapitalistischen Produktionsweise bei ihrer Unterdrückung und Ausbeutung der Volksmassen zum Nutzen des Profits einiger weniger.

Diese wenigen Beispiele sollen genügen. Unzählige weitere könnten noch angeführt werden. Der Zweck sollte jedoch sein, die politische Gefährlichkeit einer Forschung zu zeigen, wie sie im Rahmen der bürgerlichen Historischen Geographie betrieben wurde und wird. Das Wissen um die Gefährlichkeit dieser Aussage birgt aber andererseits die unbedingte Notwendigkeit in sich, auf der Grundlage der einzig wissenschaftlichen Weltanschauung, des dialektischen und historischen Materialismus, die tatsächlich wirkenden Entwicklungsprinzipien und Standortgesetzmäßigkeiten der Wirtschaft allgemein, insbesondere aber der materiellen Produktion, hinsichtlich Lokalisierung, Verteilung und gegenseitiger Verknüpfung zu untersuchen und aufzudecken. Integrierender Be-

⁵⁰ Ebenda, S. 451.

⁵¹ Harms *Handbuch der Erdkunde*, Bd 1 (Deutschland), a. a. O., S. 27.

⁵² U. a. Ch. Eliot (entnommen aus: *Die Völker Afrikas*, Bd 1, a. a. O., S. 7).

standteil muß bei diesen Untersuchungen die richtige Beachtung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft und ihre gegenseitige Beeinflussung über die Prozesse der materiellen Produktion sein.

*

Die marxistisch-leninistische Wissenschaft geht von der Erkenntnis aus, daß in Natur und Gesellschaft objektive Gesetze existieren, deren Wirkungsgrad und Aktionsradius richtig erkannt werden müssen, damit die Bewegungs- und Entwicklungsvorgänge in Natur und Gesellschaft wissenschaftlich exakt gedeutet werden können. So dürfen zum Beispiel spezifische Gesetze der Natur nicht mit denen der Gesellschaft vermengt oder durch einander ersetzt werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, zu einer wissenschaftsfeindlichen Interpretation der zu untersuchenden Erscheinungen zu gelangen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß das geographische Milieu, das heißt die Natur, ein ständiger Begleiter im Leben der Gesellschaft ist und daß es über die materielle Produktion seinen Einfluß auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ausübt. So benutzt zum Beispiel die Gesellschaft auf allen ihren Entwicklungsstufen das geographische Milieu zur Gewinnung der materiellen Güter, werden unter Beachtung der geographischen Umwelt bestimmte Produktionsinstrumente herausgebildet, und auch die Formen des kulturellen Überbaues sind nicht frei von diesen Einflüssen. Doch, und das ist das Entscheidende, sind diese Einflüsse nicht die bestimmenden im Rahmen der Entwicklung der Gesellschaft. Der historische Materialismus sagt, daß „das geographische Milieu die Entwicklung der Produktion beschleunigen oder verlangsamen, daß es aber nicht die bestimmende Ursache für die Veränderung des gesellschaftlichen Lebens“⁵³ und damit auch für die Produktion sein kann. Und Karl Marx schrieb, daß „die Gunst der Naturbedingungen immer nur die Möglichkeit, niemals aber die Wirklichkeit der Mehrarbeit . . . liefert“⁵⁴.

Somit ist bei der Betrachtung eines gesellschaftlichen Territoriums auch ein Unterschied zu machen zwischen der natürlichen, das heißt der absoluten, nur eine Möglichkeit bietenden, und der ökonomischen, das heißt der von der Gesellschaft für ihre Interessen und entsprechend ihren Fähigkeiten⁵⁵ tatsächlich ausgenutzten Fruchtbarkeit eines bestimmten Gebietes.⁵⁶ Auf den ersten Entwicklungsstufen der Gesellschaft gab dabei der natürliche Reichtum an Lebensmitteln (Bodenfruchtbarkeit, fischreiche Gewässer etc.) infolge der noch relativ primitiven Entwicklung der Produktivkräfte den Ausschlag für

⁵³ *Grundlagen der marxistischen Philosophie*, a. a. O., S. 417.

⁵⁴ *Marx, Karl*, Das Kapital, a. a. O., S. 540.

⁵⁵ Ist die Gesellschaft zum Beispiel noch nicht fähig, tief zu graben, so ist das gewaltigste tiefe Erzlager für sie ökonomisch nicht existent.

⁵⁶ Beide Arten der Fruchtbarkeit können sehr stark divergieren. Man vergleiche zum Beispiel auf der Iberischen Halbinsel die materielle Produktion zur Zeit des arabischen Kalifats mit der zur Zeit der spanischen Habsburger.

die Nutzung der jeweiligen Naturbedingungen. Erst auf den höheren Entwicklungsstufen der Gesellschaft, das heißt mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte, nahm der natürliche Reichtum an Arbeitsmitteln (schiffbare Flüsse, Holz, Metalle, Kohle etc.) den dominierenden Platz ein.⁵⁷ Werden auch diese Arbeitsmittel, wie bereits betont, ursprünglich der Natur entnommen bzw. als natürliche Gegebenheiten ausgenutzt, so zeigt doch die Geschichte, daß in keinem Fall das geographische Milieu (trotz des Standortes der ursprünglichen Arbeitsmittel!) der Ausgangspunkt der sozialen Veränderungen im Verlauf der Entwicklung der Gesellschaft war. In jedem Fall waren es die ökonomischen Bedingungen, das heißt Bedingungen, die sich die Gesellschaft jeweils auf Grund ihrer Produktionsverhältnisse schuf, die die Veränderungen herbeiführten, die wiederum die gesetzmäßige Weiterentwicklung der Gesellschaft bewirkten. Da also die gesellschaftlichen Bedingungen die dominierenden Elemente im Leben und in der Entwicklung der Gesellschaft sind, kann man bei der Untersuchung wirtschaftlicher Erscheinungen – auch der Standortentwicklung – nicht von den natürlichen Gegebenheiten eines bestimmten Gebietes ausgehen. Die durch das geographische Milieu möglicherweise vorgezeichneten natürlichen Grenzen, wie zum Beispiel Flüsse, Gebirge, Täler etc., kann man nicht zur Grundlage der Betrachtung machen, eben weil die natürlichen Gegebenheiten anderen Gesetzen als die der gesellschaftlichen Entwicklung unterworfen sind. Der Ausgangspunkt bei derartigen Untersuchungen muß vielmehr in jedem Fall das gesellschaftlich abgegrenzte Territorium sein.

Dementsprechend muß die Geographische Wirtschaftsgeschichte bei der Untersuchung der Entstehung und Entwicklung der Wirtschaftsstandorte sowie ihrer ökonomischen Verknüpfung untereinander im Rahmen der gesellschaftlichen Produktion von den konkret historischen gesellschaftlichen Bedingungen des jeweiligen gesellschaftlichen Territoriums ausgehen. In den meisten Fällen müssen diese allerdings als Forschungsergebnisse von der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte bzw. von den einzelnen Fachgebieten der allgemeinen Geschichte übernommen werden. Wie die räumliche Begrenzung der zu untersuchenden Territorien, so muß auch die Begrenzung von Zeitabschnitten unter gesellschaftlichem Gesichtspunkt erfolgen: Im ganz Großen bieten sich hierzu die Unterschiede der grundlegenden Gesellschaftsformationen. Für engere Abgrenzungen, die jeweils bestimmte Epochen der gesellschaftlichen Entwicklung umschließen, können Unterstufen zu Hilfe genommen werden wie zum Beispiel die für die Herausbildung der Klassenorganisation so wichtige gesellschaftliche Entwicklungsstufe der militärischen Demokratie, weiter der Frühfeudalismus, der Kapitalismus der freien Konkurrenz oder der Monopolkapitalismus. Aber auch andere wichtige gesellschaftliche Wendepunkte kommen in Betracht. Innerhalb jeder Epoche jedoch muß als gesellschaftliche, einen Wirtschaftsstandort, einen Wirtschafts-

⁵⁷ *Marx, Karl*, Das Kapital, a. a. O., S. 537/538.

zweig oder die gesamte Wirtschaft schlechthin bestimmende Bedingung jeweils die konkrete gesellschaftliche Totalität herangezogen werden, das heißt, es müssen betrachtet werden der jeweilige Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe in den zu untersuchenden Territorien, die internationalen Beziehungen und entscheidenden außenpolitischen Ereignisse, die politischen Grenzen sowie die Eigenarten der Ideologie, des Staates und anderer Teile des Überbaues.

Es wurde bereits festgestellt, daß sich die Geographische Wirtschaftsgeschichte das Ziel stellt, die Standortentwicklung der Wirtschaft einschließlich ihrer Beziehungen zwischen Produktion und produktiver und individueller Konsumtion unter den Bedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen darzulegen. Im Rahmen ihrer notwendigen Untersuchungen, „warum“ die wirtschaftliche Standortbildung, die Standortverteilung und regionale Verknüpfung der arbeitenden Menschen, bestimmter Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände, bestimmter Produktionsprozesse, der vielfältigen Produkte der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei, des Bergbaues und verarbeitenden Gewerbes und im Verkehr so und nicht anders erfolgte, hat die Geographische Wirtschaftsgeschichte wahrheitsgemäß – im Gegensatz zur bürgerlichen Historischen Geographie – die objektiv bestehenden ökonomischen Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Natur zu erfassen. Hierbei muß sie beide Kategorien untersuchen, inwieweit diese einen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auf die Standortentwicklung der materiellen Produktion, haben. Sie hat durch diese Untersuchungen zu ergründen und darzulegen, inwieweit das geographische Milieu für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt ausgenutzt wird.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Geographische Wirtschaftsgeschichte im Rahmen der von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR gestellten Aufgabe, ein exaktes, wissenschaftlich einwandfreies, nationales Geschichtsbild zu erarbeiten, ein großes Betätigungsfeld erhalten hat. Durch die Anwendung der marxistisch-leninistischen Betrachtungsweise in ihren wirtschaftshistorischen Untersuchungen ist sie in der Lage, die tatsächlichen Einwirkungen aus der geographischen und der gesellschaftlichen Totalität zu analysieren, die zur Herausbildung bestimmter Wirtschaftskomplexe im Verlauf der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geführt haben. Sie liefert durch ihre Untersuchungen einen nicht geringen Beitrag zum Verständnis der früher und heute existierenden Wirtschaftszweige hinsichtlich ihrer Bedeutung, Verbreitung und territorialen Verknüpfung. Damit vermittelt sie die für die historische Forschung und Lehre notwendige Kenntnis vom materiellen Gerüst der wichtigsten historischen Erscheinung im Leben der Gesellschaft, der Produktion, in ihrer gesetzmäßigen territorialen Verteilung und ökonomischen Verknüpfung. Dadurch, daß die Geographische Wirtschaftsgeschichte die gesamte Erdoberfläche in den Bereich der Erforschung einbezieht, ist sie in der Lage, frei von jeder europa- oder gar germanozentrischen Betrachtungsweise, die in der Vergangenheit oftmals Ausgangspunkt eines

von der herrschenden Ausbeuterklasse Deutschlands verbreiteten chauvinistischen Denkens war, die spezifische wirtschaftliche Entwicklung und Stellung Deutschlands in die Weltwirtschaft richtig einzuordnen. Weiter wirkt die Geographische Wirtschaftsgeschichte bei der Widerlegung reaktionärer, wissenschaftsfeindlicher Ideologien mit, indem sie in ihren wirtschaftshistorischen Untersuchungen von dem richtigen Verhältnis von Natur und Gesellschaft ausgeht. Schließlich leistet dieser Wissenszweig auch seinen Beitrag zur sozialistischen Allgemeinbildung, dessen auch die allgemeinbildende Schule im Geschichtsunterricht nicht entbehren kann. So erfordert die Neuorientierung der Ausbildung der Schüler in den allgemeinbildenden Schulen der DDR auf den polytechnischen Unterricht unter anderem auch eine entsprechende Ausrichtung des Geschichtsunterrichts auf wirtschaftshistorische Probleme. Auf die Dauer ist es unseres Erachtens untragbar, daß ein Geschichtslehrer, dessen Schüler den polytechnischen Unterricht genießen, so gut wie nichts von der Verteilung und den Leistungen der materiellen Produktion im Verlauf der Geschichte vermitteln kann, obwohl im entsprechenden methodischen Handbuch⁵⁸ speziell auch die Darbietung derartiger Probleme ausdrücklich gefordert wird.

Aus allen diesen Gründen kann sich die Geographische Wirtschaftsgeschichte mit vollem Recht als eine neue Wissenschaftsschule bezeichnen.

⁵⁸ *Geschichtsunterricht*. Methodisches Handbuch für den Lehrer, Berlin 1961, S. 151, 158/159, 187ff. u. 203/204.

Fortsetzung der Anm. 21:

Dieses Territorium steht in der Gesamtproduktion von Palmkernen bzw. von Palmöl nach Nigeria an zweiter Stelle und hat in den letzten Jahren diese Erzeugung noch ständig gesteigert. Betrug der Anteil an der Weltproduktion z. B. 1954 noch 14,6 Prozent (Nigeria 42,7 Prozent), war er demgegenüber 1959 auf 18,7 Prozent (Nigeria 40,0 Prozent) angestiegen. (Welthandbuch, Internationaler politischer und wirtschaftlicher Almanach, bearb. v. S. Radó, Budapest 1962, dtsh., S. 1530 u. 1562.)

ERFAHRUNGEN UND METHODOLOGISCHE PROBLEME
AUS DER BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG

Durch den engen Kontakt des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte, der sich direkt und über die Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte zu einer Reihe von Kommissionen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und zu vielen Betriebsgeschichtskollektiven entwickelt hat, bekam die Redaktion die Anregung, noch stärker durch Veröffentlichungen methodologischer Anleitungen und Vermittlung wertvoller Erfahrungen den forschenden und schreibenden Kollektiven in den Betrieben zu helfen. Diesem Wunsch kommen wir gern nach, und wir werden künftig laufend solche methodologischen Anleitungen geben. Gleichzeitig möchten wir alle Leser zur Mitarbeit auffordern, indem sie der Redaktion wertvolle Erfahrungen aus ihrer Forschungsarbeit mitteilen oder auch Anregungen geben, welche methodologischen Probleme besonders behandelt werden sollten. Anfragen, jedoch die speziellen Charakter haben und nur für das jeweilige Betriebsgeschichtskollektiv von Wichtigkeit sind, bitten wir an die Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte zu richten.*

- * Für die Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Cottbus: Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Abt. Wirtschaftsgeschichte, Außenstelle Leipzig, Leipzig C 1, Markgrafenstr. 10; Stützpunkte der Konsultationsstelle Leipzig für den Bezirk Cottbus: Institut für sorbische Volksforschung in Bautzen, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bautzen, Ernst-Thälmann-Str. 6, für den Bezirk Dresden: Institut für Geschichte der Technik und Naturwissenschaften, TU Dresden, Dresden A 27, Mommsenstr. 13; für die Bezirke Berlin, Potsdam, Frankfurt a. d. O.: Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Abt. Wirtschaftsgeschichte, Berlin W 8, Clara-Zetkin-Str. 26; für die Bezirke Halle und Magdeburg: Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle a. d. S., Emil-Abderhalden-Str. 33.

Schriftwechsel mit Arbeitgeberverbänden – Quelle zur Betriebsgeschichtsschreibung über die Zeit des Kapitalismus

VON HANS RADANDT

Bei dem in den Betriebsarchiven vorhandenen, für die Zeit bis 1945 aussagekräftigen Archivgut handelt es sich fast ausschließlich um die Korrespondenz der Firma bzw. um persönliche Korrespondenz der Inhaber oder der leitenden Angestellten, die von den früheren kapitalistischen Unternehmern oder ihren Angestellten für ihre Zwecke und nach ihrem Gutdünken unter Berücksichtigung gesetzlicher Aufbewahrungsvorschriften gesammelt wurde.¹ Dazu gehören auch die im innerbetrieblichen Verkehr angefallenen schriftlichen Unterlagen sowie Werkszeitungen, Betriebszeitungen der KPD, aber auch außerbetrieblich entstandenes Schriftgut wie zum Beispiel Flugblätter von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, Sammlungen von Zeitungsausschnitten usw.

Im wesentlichen stammt das Schriftgut der Zeit vor 1945 von Firmen- bzw. Unternehmerseite und läßt in seiner Gesamtheit sowohl die Vertretung allgemeiner kapitalistischer Klassenstandpunkte als auch die jeweils speziellen Firmen- und Unternehmerinteressen erkennen. Damit bietet dieses Schriftgut viele Quellen zur Analyse der Strategie und Taktik der Bourgeoisie – zugeschnitten auf die speziellen Interessen und Maßnahmen in dem jeweiligen Betrieb.

Ein in seiner Bedeutung hierfür sehr hoch einzuschätzender Teil des Schriftgutes ist der Schriftwechsel mit Arbeitgeberverbänden. Arbeitgeberverbände sind gegen die Werk tätigen und die Gewerkschaften gerichtete kapitalistische Klassenkampforganisationen zur Durchsetzung besonders drückender Arbeitsbedingungen. Sie treten im Kapitalismus als Tarifpartner der Gewerkschaften auf. Ihr Entstehen reicht zum Teil in das letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts,

¹ Ausnahmen bilden lediglich die nach 1945 gesammelten Erlebnisberichte von Betriebsangehörigen, aus der Erinnerung wiedergegebene Angaben zur Betriebsentwicklung (z. B. produktionstechnischer Art), die nach 1945 von früheren leitenden Angestellten gemacht wurden, Personalfragebogen und nach 1945 aus Privatbesitz gesammelte Originaldokumente bzw. deren Abschriften, soweit diese Schriftgutkategorien sich auf die Zeit vor 1945 beziehen. Verschiedentlich sind auch schriftliche Unterlagen von Arbeiter- und Angestelltenvertretungen bzw. Betriebsräten aufbewahrt worden.

besonders in die achtziger und neunziger Jahre zurück. Die Organisation erfolgte zunächst regional nach Industriezweigen und mündete schließlich in Spitzenverbände, wie zum Beispiel in die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.² Mitglied der Arbeitgeberverbände waren die meisten Firmen mit über fünfzig Beschäftigten.

Für das Auffinden des Schriftwechsels im Betriebsarchiv ist wichtig zu wissen, daß nur ein Teil der Zusammenschlüsse dieser Art, wie zum Beispiel der „Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz“ oder der „Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie für Dresden“, die Bezeichnung „Arbeitgeberverband“ in ihrem Namen führte; viele legten sich auch Namen zu, auf Grund deren allein sie für den Uneingeweihten oft nicht gleich als Arbeitgeberverbände zu erkennen sind, wie zum Beispiel „Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V.“ und „Verband der Zentralheizungs-Industrie, E. V., Ortsgruppe Leipzig“.

Jede Mitgliedsfirma erhielt die meist hektographierten und in der Regel in jedem Kalenderjahr von 1 angefangen fortlaufend nummerierten Rundschreiben des Verbandes. Diese Numerierung erleichtert es uns auch heute festzustellen, ob die Rundschreiben in einem Betriebsarchiv vollständig vorhanden sind. Fehlende Exemplare sollten in Archiven anderer Betriebe eingesehen werden, deren kapitalistische Vorgängerfirmen Mitglied desselben Arbeitgeberverbandes waren.

Regelmäßig werden in diesen Rundschreiben folgende Angelegenheiten erwähnt, die für die Betriebsgeschichtsschreibung von Interesse sein können:

1. Einladungen zu Mitgliederversammlungen des Verbandes. Aus der dazu angegebenen Tagesordnung können bereits Hinweise auf die Wichtigkeit von in einem Betriebsarchiv eventuell fehlenden späteren Rundschreiben entnommen werden, welche einen Bericht von dieser Mitgliederversammlung enthalten.

Den Einladungsschreiben zu Mitgliederversammlungen sind verschiedentlich Abschriften von Briefen der Gewerkschaften an die Arbeitgeberverbände mit ihren Forderungen, Vorschlägen und Stellungnahmen beigelegt, deren Inhalt auf den Mitgliederversammlungen des Arbeitgeberverbandes behandelt werden soll. Da kaum ein Schriftwechselbestand der Gewerkschaften aus der Zeit vor 1933 erhalten geblieben ist, sind diese Abschriften, an deren Verfälschung der Arbeitgeberverband höchstens in der dazu gegebenen Interpretation ein Interesse haben konnte, von äußerster Wichtigkeit für die Einschätzung der Strategie und Taktik der einzelnen Gewerkschafts-

² Vgl. *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd 1: Monopole und Unternehmerverbände, 2. verb. Aufl., Berlin 1952, S. 190ff. — Kuczynski gibt hier eine eingehende Betrachtung der allgemeinen Entwicklung der Arbeitgeberverbände und eine Analyse ihres Kampfes gegen die deutsche Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften.

verbände im ökonomischen Kampf. Für letzteres müssen als Quellen neben den Dokumenten der revolutionären Arbeiterparteien und den Werken revolutionärer Arbeiterführer unter anderem auch die großen Bestände an Gewerkschaftsliteratur (Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Protokolle) herangezogen werden. In besonders großem Umfang findet sich Literatur der KPD und der SPD in der Zentralbibliothek der Gewerkschaften und in der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus.

Andererseits ermöglichen diese Abschriften im Zusammenhang mit dem Schriftwechsel des Arbeitgeberverbandes – unter anderem mit den Abschriften von Antwortbriefen der Arbeitgeberverbände an die Gewerkschaften, die manchmal den Einladungen zu Mitgliederversammlungen beigelegt oder in den Rundschreiben der Arbeitgeberverbände wiedergegeben sind – eine genauere Analyse der ökonomischen Teilspäre des Klassenkampfes überhaupt.

2. Einladungen zu Mitgliederversammlungen der übergeordneten regionalen Verbände oder des Spitzenverbandes. Die Tagesordnungen hierzu können für den einen oder anderen Betrieb insofern von Bedeutung sein, als in der Regel mindestens ein Vortrag eines Generaldirektors, Vorstandsmitgliedes oder Geschäftsführers eines Konzerns bzw. eines größeren Unternehmens vorgesehen ist. Das kann vielfach für den Betrieb, dem der Vortragende seinerzeit angehörte, ein Hinweis sein, in der Zeitung bzw. den Rundschreiben des betreffenden Verbandes (evtl. in einem anderen Betriebsarchiv) oder auch in der damaligen Tagespresse nach dem Inhalt des Vortrags oder nach Äußerungen darüber zu forschen.

Mit einem im Vortrag vertretenen Standpunkt kann sich die Betriebsgeschichte auseinandersetzen, die Art des Vortrages kann zur Charakterisierung des Vortragenden dienen, oder aber der Vortrag selbst kann sogar neue Fakten und Probleme zur Betriebsgeschichte bieten. Letzteres ist nicht ausgeschlossen, da die Unternehmer und ihre Vertreter in solchen Vorträgen sehr häufig Beispiele aus ihren Firmen aufführten.

3. Berichte über stattgefundene Mitgliederversammlungen des Verbandes. Ihnen können die wichtigsten der in der Mitgliederversammlung behandelten Punkte und die hierzu gefaßten Beschlüsse entnommen werden, die oftmals nicht nur Aussperrungsbeschlüsse gegen die Arbeiter, allgemeine Tarifangelegenheiten oder Stellungnahmen gegen die Gewerkschaften umfassen, sondern viele einzelne Betriebe betreffen. Hieraus, wie auch aus anderen Punkten der Rundschreiben, sind oftmals Erklärungen für die unterschiedliche Entwicklung der Lage und des Kampfes der Arbeiter eines Industriezweiges in verschiedenen Betrieben des gleichen Ortes herzuleiten. Es werden zum Beispiel Betriebe namentlich genannt, die mit Bußen belegt oder aus dem Verband ausgeschlossen wurden, weil sie einen Aussperrungsbeschluß des Arbeitgeberverbandes nicht einhielten oder über-tarifliche Löhne und Gehälter zahlten.

Gleichzeitig dienen diese und andere Angaben, wie zum Beispiel solche über das Wegengagieren von Arbeitern, über Verlagerung von Aufträgen bei Streiks in andere Orte usw., einer Analyse der aus dem Konkurrenzkampf erwachsenden Widersprüche zwischen den Kapitalisten, besonders der Groß- und Kleinindustrie bzw. der monopolisierten und nichtmonopolisierten Industrie oder zwischen den Unternehmen einzelner Industriezweige.

Besonders wichtig sind die Berichte der Jahreshauptversammlungen der Unternehmervverbände. Sie gewähren nicht nur einen zusammengefaßten Einblick in die rastlose Tätigkeit des Verbandes zur Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter, sondern enthalten meist auch ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder sowie der Mitglieder der verschiedenen Kommissionen und Ausschüsse, eventuell sogar Verzeichnisse aller Mitglieder des Verbandes. Auf Grund dieser Aufstellungen kann heute geschlußfolgert werden, in welchen Betriebsarchiven Schriftwechsel mit dem Arbeitgeberverband vorhanden sein müßte, wodurch sich hier und da fehlende Teile dieser Quellen für die Betriebsgeschichtsschreibung erschließen lassen.

4. Berichte über Verhandlungen des Verbandsvorstandes oder einzelner Kommissionen mit den Gewerkschaften und Bekanntgaben von Schiedssprüchen. Diesen sind in der Regel Anlagen über die durch Verhandlung vereinbarten oder durch Schiedsspruch festgesetzten Arbeitsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit, Urlaub usw.) beigefügt. Diese ergeben zusammengestellt ein Bild der Grundentwicklung der Tariffragen des Industriezweigs eines Bezirks. Sie ermöglichen – wenn entsprechende Unterlagen im Betriebsarchiv vorhanden sind – einen Vergleich mit der Lage in einem einzelnen Betrieb oder auch – anhand von Gewerkschafts- und amtlichen Statistiken – mit der Lage im Industriezweig insgesamt bzw. mit der Lage aller Arbeiter in Deutschland.³
5. Bekanntgaben von „streng vertraulich“ zu behandelnden Leistungsstaffeln, mit denen die vom Verbandsvorstand festgesetzten bzw. für zulässig erklärten Lohnzuschläge nach einzelnen Arbeitergruppen und Altersstufen gestaffelt aufgeführt sind. Hieraus ergeben sich Anhaltspunkte, die es, zusammen mit anderen Unterlagen des jeweiligen Betriebes, ermöglichen, den Entwicklungsprozeß der Arbeiteraristokratie im Betrieb zu analysieren. In den Tätigkeitsmerkmalen zu den Leistungsstaffeln des „Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V.“, die ab 16. November 1922 gültig waren, heißt es unter anderem: „Leistungsstaffel E umfaßt besonders tüchtige Spezial-Arbeiter, welche in den Betrieben vereinzelt vorkommen

³ Als Vergleichsquelle für die Lage der Arbeiter in Deutschland ist zu benutzen: *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Akademie-Ausgabe Berlin 1960ff. bzw. für die noch nicht neu erschienenen Bände (vgl. Berichte über den Stand der Veröffentlichungen dieses Werkes auf der jeweils letzten Seite des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte) die Tribüne-Ausgabe 1952ff.

und lediglich im Stundenlohn beschäftigt werden können, wie besonders tüchtige und hervorragende Werkzeugschlosser, Werkzeugdreher, Anreißer, Vorzeichner, Kontrolleure, Kolonnenführer, Einrichter, erste Elektriker, besonders tüchtige Reparaturschlosser und ähnliche Leute.

Leistungsstaffel F umfaßt Leute, welche im allgemeinen eine gehobene Stellung einnehmen oder regelmäßig Vorgesetzten-Funktionen ausüben und als solche gewissermaßen nicht mehr zur allgemeinen Arbeiterschaft gehören, sich vielmehr der Beamtschaft nähern.

Die Auswahl von Leuten der Belegschaft für diese Leistungsstaffeln E und F darf nur von dem Gesichtspunkt aus erfolgen, daß in diese Leistungsstaffeln nur solche Leute einzureihen sind, welche für den Betrieb wirklich etwas Besonderes bedeuten. Schon aus diesem Grund ist es selbstverständlich, daß den Leistungsstaffeln E und F nur ein gewisser Prozentsatz der gesamten Belegschaft angehören kann. Eine vorherige Prüfung durch die Lohnkommission soll bezüglich der Einreihung in diese Leistungsstaffeln nicht stattfinden. Um aber eine grundsätzliche Gewähr dafür zu haben, daß streng im beabsichtigten Sinne gehandelt wird, werden die Mitgliedsfirmen verpflichtet, der Verbandsgeschäftsstelle Meldung über Namen und die Hervorhebung begründete (begründende — H. R.) Tätigkeit der diesen beiden Staffeln zugeteilten Personen zu erstatten. Diese Meldungen sind regelmäßig zu ergänzen, sobald Veränderungen vorkommen . . .

Folgende früher festgesetzte Bestimmung bleibt nebenher weiter in Gültigkeit:

Facharbeiter, die als Kolonnenführer oder in ähnlicher Stellung dauernd Akkordarbeitern vorstehen, können soviel als Stundenlohn erhalten, wie der Durchschnittsverdienst der ihnen unterstellten Akkordarbeiter beträgt.“⁴ Unter anderem wird in dieser Mitteilung auch eine Tabelle der Höchstlöhne für die Leistungsstaffeln E und F wiedergegeben und dazu gesagt: „Diese Sätze dürfen keinesfalls überschritten werden und sind als Verbandsbeschluß zu behandeln.“⁵

An dieser Anmerkung — wie an vielen anderen Praktiken des Arbeitgeberverbandes — ist, verbunden mit der Tatsache, daß das Stimmrecht im Verband nach der Belegschaftsstärke gestaffelt war und damit den größten Firmen die Entscheidungsgewalt gab, unter anderem auch die Diktatur der großindustriellen Firmen gegenüber den kleineren Unternehmen zu erkennen. Die Großbetriebe hatten immer die Möglichkeit, sich zum Beispiel durch gewisse soziale Einrichtungen, die sie, pro Kopf des Arbeiters gesehen, wenig kosteten und zu einem Teil von der Steuer abgesetzt wurden, den Anschein besserer Arbeitsbedingungen zu geben und auch damit die besten Facharbeiter an sich zu ziehen. Gleichzeitig aber banden diese Großbetriebe, deren Vertreter meist in den Vorständen und Kommissionen der Arbeit-

⁴ Betriebsarchiv des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, Akte Nr XX/20.

⁵ Ebenda.

geberverbände saßen, den kleineren Unternehmern, die in Zeiten guter Konjunktur geneigt und in der Lage gewesen wären, höhere Löhne zu zahlen, die Hände, um selbst durch bessere Arbeitskräfte zu höheren Profiten zu gelangen.

6. Angaben über dem Verband neu beigetretene oder ausgeschiedene Mitglieder, die der Betriebsgeschichtsschreibung wiederum dazu dienen können, weiteren Verbandsschriftwechsel aufzufinden.
7. Mitteilungen über von Arbeitern gestellte Forderungen und über Streiks in einzelnen Betrieben des Verbandes, Mitteilungen über die ökonomische Klassenkampfsituation in anderen Verbänden, Industriezweigen, Bezirken oder Staaten. Wenn diese für die Betriebsgeschichtsschreibung wie auch für die Geschichte der Arbeiterbewegung so wichtigen Detailfragen am Schluß der regelmäßig in Rundschreiben auftauchenden Punkte genannt werden, dann deshalb, weil es in vielen Verbänden üblich ist, bestimmte Angaben über Aussperrungen, Streiks und Lohnkämpfe (zum Beispiel Anfang und Beendigung) in gesonderten, von den allgemeinen Rundschreiben getrennt nummerierten Mitteilungen zu machen. Das sind die „Schwarzen Listen“, mit denen streikende oder ausgesperrte Arbeiter en bloc für die Einstellung bei Verbandsmitgliedern gesperrt werden. Hier ein Beispiel dafür vom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V., datiert mit dem 1. Juli 1922:

„Mitteilung über Streiks bezw. Differenzen Nr. 3

1. *Neue Meldungen:*

- a) Bei unserer Mitgliedsfirma Stöcker & Co, Telephon- und Telegraphenwerke, L.-Plagwitz, ist die gesamte Belegschaft heute wegen nicht-bewilligter außertariflicher Forderungen in Streik getreten. Wir bitten dies zu beachten.
- b) Der Verband Leipziger Maßstabfabrikanten teilt uns mit, daß in seinen Mitgliedsbetrieben Leistner-Werke, Paul Otto und Otto Rheinwald, Leipzig, wegen gescheiterter Lohnverhandlungen ein Streik ausgebrochen ist. Wir bitten, hiervon Kenntnis zu nehmen.
- c) Der Gesamtverband Deutscher Metallind. teilt uns mit, daß bei d. Fa. Franz Hetzheim i. Greiz die gesamte Belegschaft am 26. Juni in den Ausstand getreten ist, weil sich drei christlich-sozial organisierte Metallarbeiter weigern, dem Metallarbeiterverband beizutreten. Der Verband Thür. Metallind. teilt mit, daß mit Bestimmtheit mit Abwanderung zu rechnen ist, weshalb gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß keine streikenden Arbeiter eingestellt werden.“⁶

⁶ Ebenda.

Ein weiteres Beispiel, datiert vom 19. August 1922:

„Mitteilung über Streiks und Differenzen Nr. 21

1. Neue Meldungen

- a) Gemäß einstimmig gefaßtem Beschluß sperren heute sämtliche Firmen der Gruppe 6a (Metallwaren- und Armaturenfabriken) wegen des Streiks bei der Firma Max Singewald & Co. aus. Wir bitten unsere Mitglieder, dies zu beachten und bis auf weiteres keine von den fraglichen Firmen kommenden Leute (siehe Mitgliederverzeichnis) einzustellen.
- b) Die gesamte Belegschaft der Dux-Automobil-Werke AG L.-Wahren, ist in Streik getreten.
- c) Bei der Firma Schmidt & Steinbach, Dahlen streiken die Former. Wir ersuchen unsere Mitglieder, diese streikenden Leute nicht einzustellen.

2. Erledigte Meldungen:

Erledigt sind die Differenzen bei nachstehenden Firmen:

Adolf Weidner, Eisengießerei, L.-Lindenau	gemeldet	17. 8
Erfordia Maschinenbau AG, Erfurt	„	22. 6.
Mitglieder der Schlosserinnung in Berlin	„	26. 6. ⁷

Durch diese Mitteilungen der Arbeitgeberverbände wird es möglich sein, über die in Publikationen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien enthaltenen Angaben hinaus eine Anzahl von Fakten zu ermitteln, welche ein abgerundeteres Bild des Klassenkampfes in den einzelnen Betrieben ergeben. Eine wichtige Hilfe – besonders zur eingehenderen Charakterisierung des Arbeitgeberstandpunktes – werden die zum Teil in den Verbandsrundschriften enthaltenen, zum Teil als Anlage beigefügten Stellungnahmen bestreikter Unternehmen sein. Dem Rundschriften Nr. 85 vom 30. August 1922 des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V., ist zum Beispiel eine Stellungnahme des Aufsichtsratsmitglieds Dr. Blume über den Streik bei der Firma Max Singewald & Co, L.-Leutzsch beigefügt.⁸ Ist das aber nicht nur „Unternehmergewäsch“, kann das überhaupt verwertet werden, was ist daran glaubhaft? Diese Zweifel sind gut, wenn sie uns veranlassen, eine Quelle parteilich auszuwerten, aber schlecht, wenn sie dazu führen, daß eine Quelle abgelehnt wird. Hier ein paar Beispiele für die Auswertung. Der Stellungnahme des Aufsichtsratsmitglieds Blume sind Verhandlungstermine und -punkte, Forderungen des Betriebsrats und der Gewerkschaften sowie die Gegenvorschläge der Aktiengesellschaft als Fakten zu entnehmen, wobei für die Arbeiter- und Gewerkschaftsseite

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

selbstverständlich zu berücksichtigen ist, daß es sich um eine Unternehmerstellungnahme handelt. Andererseits ist das Loblied, das Dr. Blume dabei dem Generaldirektor Singwald über eine Seite lang singt, nichts als ein heuchlerischer Rechtfertigungsversuch. Der ist natürlich auch nicht uninteressant für eine Betriebsgeschichte, zumal hier zusätzlich vermerkt werden kann, daß Singewald selbst nach kapitalistischer Auffassung keine gute Behandlung der Arbeiter zugetraut wurde. Wodurch hätte Blume sonst veranlaßt sein können, an die Adresse des Arbeitgeberverbandes zu schreiben: „Ich kann Ihnen nur nochmals die Versicherung geben, wie ich dies bereits bei einer Gruppensitzung des Verbandes getan habe, daß Herr Generaldirektor Singewald persönlich sogar geneigt ist, der Arbeitnehmerschaft weiter entgegenzukommen, als dies vom Arbeitgeberstandpunkt aus in den jetzigen Zeiten als gerechtfertigt angesehen werden konnte.“⁹ Ja, und dann sagt Singewald es nicht durch die, sondern durch den Blume: die Arbeiter waren selbst schuld, bitte sehr:

„Offenbar sind Fälle der Mißstimmung unter der Arbeitnehmerschaft darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Arbeitnehmer selbst nicht ihre Rechte bei vorkommenden Versehen wahrgenommen haben und auch seitens des Betriebsrates, sei es aus Unkenntnis dieser Fälle, sei es aus anderen Gründen, nicht für Richtigstellung gesorgt worden ist.“¹⁰

Das ist der wichtige Kernpunkt dieses Briefes: Zur Rechtlosmachung der Arbeiter tritt hier noch ihre Verhöhnung! So etwas gehört unbedingt in eine Betriebsgeschichte.

Über die bisher gegebenen Beispiele hinaus sind in den Akten oftmals auch Kopien von Schreiben der betreffenden Firma an den Arbeitgeberverband enthalten. Diese lassen häufig Widersprüche in der kapitalistischen Klasse erkennen und kennzeichnen oft den Standpunkt eines Unternehmers zu bestimmten Fragen, mit dem es sich in der Betriebsgeschichte auseinanderzusetzen gilt.

So schreibt zum Beispiel die Firma Karl Krause, Leipzig, an den Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig am 2. Mai 1924: „Während der Kämpfe der letzten Zeit (Aussperrung und Streik) wurde im Vorstand des Verbandes die Ansicht von verschiedensten Seiten vertreten, daß man wohl bei dieser Gelegenheit eine Auflösung des Metallarbeiterverbandes herbeiführen könnte. Ich halte diese Ansicht mit für den Grund dafür, daß oft verhältnismäßig nichtige Unterschiede zu langwierigen Stilllegungen führten, deren Schaden in gar keinem Verhältnis stand zu dem letzten Endes erzielten Ergebnis. Solange die Gewerkschaften rechtlich durch Gesetzbestimmung anerkannt sind, halte ich diesen Wunsch ohne sie auszukommen zum mindesten für verfrüht, auf jeden Fall aber für außerordentlich gefährlich im Hinblick auf die bei wirtschaftlichen Differenzen zu fassenden Entschlüsse. Gerade das Vorhandensein der starken Gegenorganisation ist meiner Ansicht nach der Grund für die Daseinsberechtigung unseres Verbandes, der in möglichster Geschlossenheit und

⁹ Ebenda.¹⁰ Ebenda.

im Verein mit der übrigen deutschen Industrie gegen unerträgliche Forderungen der Gewerkschaften Stellung zu nehmen hat, sobald es sich um wichtige Fragen handelt. Ein einfaches Ignorieren der Gegenseite in der Theorie hat um so weniger Zweck, als praktisch bisher immer der Einfluß der Gegenseite wirkungsvoll wurde.

Dadurch, daß ein mit der Gegenseite abzuschließender Tarifvertrag von vornherein abgelehnt wird und dadurch, daß vorherige Besprechungen mit den Vertretern der Gegenorganisation ausgeschaltet werden sollen, sind meiner Ansicht nach auch in Zukunft wirtschaftliche Kämpfe unvermeidlich, die weit größeren Schaden bringen, als es oft die Lohndifferenzen allein getan hätten.

Es ist unbedingt nötig, in diese Fragen eine prinzipielle Klärung zu bringen, da ein großer Teil der Firmen sonst, als Mitglied des Verbandes von einem Lohnkampf in den anderen getrieben, aus gesundem Egoismus in ihrer Verbandstreue wankend werden könnten.“¹¹

Die Firma Karl Krause war also durchaus auf echt kapitalistische Weise gegen die Gewerkschaften, sie hielt den Wunsch, sie aufzulösen, nur für „verfrüht“. Andererseits trat diese Firma aber für eine sehr reale Politik ein: Da die Gewerkschaften nun einmal bestehen und gesetzlich anerkannt sind, muß man mit ihnen verhandeln und darf sie nicht ignorieren. Diese Tatsache mit einem entsprechenden Kommentar und einer Analyse des Klassenkampfes in der Firma Karl Krause gehört unter anderem in die Betriebsgeschichte des heutigen VEB Buchbindereimaschinenwerk Leipzig.

Die Arbeitgeberverbände befaßten sich auch sehr angelegentlich mit der Vermittlung von zuverlässigen Unternehmerbütteln, die in den Firmen als Spitzel und sonstige Hilfsorgane im Kampf gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften, besonders gegen revolutionäre Arbeiter der KPD und der SPD eingesetzt wurden. Meist wurden diese in gesonderten Rundschreiben den Mitgliedsfirmen angeboten. In diesen Angeboten heißt es zum Beispiel:

„M 12) Reichwehr-Feldwebel, 29 J. alt, kinderlos, verheiratet, unbedingt zuverlässig und pflichttreu, sucht nach 12jährig. Heeresdienst irgendwelche *Vertrauensstellung*.

M 13) Reichwehr-Feldwebel ehem. Bataillonsschreiber, 29 J. alt, kinderl. verheir. mit bestand. Prüfung für Oberrealschul-Obersekunda, mehrjähr. Handelsunterricht d. Handelsfachschule, mit glänzenden Zeugnissen, energisch, unbedingt vertrauenswürdig u. verschwiegen, federgewandt u. firm auf *Schreibmaschine* wird für *Vertrauensposten* empfohlen.“¹²

Diese Angaben können – in Verbindung mit entsprechenden Schreiben einzelner Firmen, welche diese Bewerber einstellten, und eventuell vorhandenen

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda, Akte Nr XX/22, Abteilung Eigentumsschutz des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V., Rundschreiben E. 9. vom 30. März 1926.

Personalunterlagen — dazu dienen, manche Geschehnisse im Betrieb aufzuhehlen, und gewisse Fakten für eine soziologische Studie über die Inhaber solcher „Vertrauensstellungen“ liefern. Das um so mehr, als von verschiedenen Firmen allein innerhalb eines Jahres bis zu sechs solcher Bewerber eingestellt wurden. Dazu lesen wir in einem Jahresbericht:

„Betr.: Vermittlung von Werkssicherheitsbeamten und Bewerbern für Vertrauensposten (z. B. Lagerverwalter, Fabrikhausmann). Über 850 Bewerber um derartige Posten hat die Abt. E eingehende Recherchen angestellt und davon die zuverlässigsten an Verbandsfirmen empfohlen. Im ersten Jahre haben bereits 35 Verbandsfirmen, einzelne bis zu 6 von uns empfohlene Bewerber eingestellt, und durchweg gute Erfahrungen damit gemacht.

Den Verbandsfirmen wird auch in Zukunft im eigenen Interesse empfohlen, sich im Bedarfsfalle an die Abt. E. zum Vorschlag geeigneter Bewerber zu wenden. Neuerdings ist die Abt. E. auch in der Lage, den Verbandsfirmen zuverlässige ehem. Reichswehr-Angehörige — auch für andere Posten — zu empfehlen.“¹³ Besonders wichtig sind die Aktenbestände, die bei den Direktoren oder Inhabern einzelner Firmen in ihrer Eigenschaft als Vorstands- oder Kommissionsmitglied der Arbeitgeberverbände entstanden sind, vor allem die Niederschriften über die Vorstandssitzungen bzw. handschriftliche Notizen, Gedächtnisprotokolle und ähnliches.

In diesen Unterlagen lassen sich viele Details für die Strategie und Taktik der Arbeitgeberverbände und der in ihnen führenden Großfirmen in ihrer Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiter und in ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften finden, die in den allgemeinen Rundschreiben nicht enthalten sind.

Wir lesen zum Beispiel in einer solchen Niederschrift:

„Nachforderungen der Arbeiter für die zweite Oktober-Hälfte: Der Metallarbeiterverband hat gefordert, daß für die zweite Oktober-Hälfte in Leipzig dieselben Löhne gezahlt werden möchten wie in den übrigen sächsischen Bezirken (ca. M 115.—), obgleich der Schiedsspruch, der die Oktober-Löhne regelte, von beiden Seiten angenommen worden ist.

Es wird beschlossen, die Forderung abzulehnen, dem Metallarbeiterverband aber anheimzugeben, auf die 48stündige Arbeitszeit zuzukommen, um dadurch Gelegenheit zu haben, mehr zu verdienen.

Da damit zu rechnen ist, daß der Metallarbeiterverband hierauf nicht zukommen wird, soll die Antwort bis zum 30. Oktober gefordert und im verneinenden Falle der Tarifmantel gekündigt werden.

Es kommt hieran anschließend zur Sprache, daß Schwierigkeiten dadurch entstehen könnten, daß der Tarifvertrag für die Angestellten ebenfalls nur eine 46stündige Arbeitszeit vorsieht, die auch von den Meistern und Betriebsbeamten nicht überschritten werden darf. — Man ist der Ansicht, daß größere Schwierigkeiten mit den Angestelltenverbänden hierdurch nicht entstehen

¹³ Ebenda, Akte Nr XX/21, 1. Jahresbericht der Abteilung Eigentumsschutz des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V., vom 14. April 1924.

werden und will deshalb vorläufig auf eine Kündigung des Angestellten-Tarifmantels noch nicht zukommen, um zunächst die Arbeitszeitfrage bei der Arbeiterschaft durchzuführen.“¹⁴

Während in dem Rundschreiben Nr. 106 an die Mitglieder des Verbandes vom 27. Oktober 1922 die ersten beiden Absätze des zitierten Abschnittes sinngemäß wiedergegeben werden, erscheint darin nichts vom Inhalt der beiden letzten Absätze.

Aus diesen Niederschriften gehen auch weitere Einzelheiten über aufgenommene Firmen bzw. über solche, deren Aufnahmegesuche abgelehnt wurden, hervor. In vielen Fällen wird dabei auch die Zahl der Beschäftigten zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Verband genannt. So wurden zum Beispiel am 25. Oktober 1922 die Firmen Christian Müller, Eythra und die Leipziger Blech- und Metallwarenfabrik Josef Westermann, Leipzig-Lindenau, die je etwa 25 Arbeiter beschäftigten und Tariflöhne zahlten, durch Vorstandsbeschluß aufgenommen, während die Aufnahme der Firma Gebr. Umlauf abgelehnt wurde, „da die Auskünfte, die von einzelnen Herren gegeben wurden, nicht gut“ waren.¹⁵

Weiterhin lassen diese Niederschriften oftmals Differenzen zwischen den Mitgliedern des Verbandes erkennen, die sich aus dem Konkurrenzkampf ergaben. In der bereits zitierten Niederschrift heißt es zum Beispiel:

„10. *Vorschußangelegenheit der Atlas-Werke*: Die Atlas-Werke hatten seinerzeit einen Vorschuß gegeben ohne ihn abzuziehen und hatten gebeten, noch einige Zeit mit dem Abzug zu warten. Nachdem nun längere Zeit verstrichen ist, soll der Firma aufgegeben werden, die Angelegenheit bis mit Ablauf November zu regeln, andernfalls sieht sich der Verband gezwungen die Folgerungen aus der Ablehnung zu ziehen.

11. *Akkordausgleich bei der Firma Becker*: Herr de Vroe teilt mit, daß die Firma Becker & Co. ihren Akkordhandformern eine zeitlang einen Akkordausgleich gewährt habe in Höhe von M 600,— u. M 500,—. Die Angelegenheit wird durch den Gruppenvorsitzenden, Herrn Schönbrodt, vorgetragen u. da die Fa. Becker inzwischen diese Zulage in die Akkorde verrechnet hat, soll ihr angedroht werden, daß sie bei ähnlichen Vergehen in Zukunft bestraft werden müßte, da es sich hier zweifellos um eine Überschreitung der Verbandsbeschlüsse handelt.

12. *Dreckzulage bei Reform-Motoren-Fabrik*: Die Reform-Motoren-Fabrik hat ihren ungel. Arbeitern eine sogenannte Dreckzulage in Höhe v. M. 230 p. Woche gewährt. Die Gruppensitzung hat die Firma bereits beauftragt, diese zu beseitigen u. der Herr Gruppenführer wird gebeten, nach der nächsten Gruppensitzung über die Angelegenheit zu berichten.“¹⁶

Diese drei Firmen hatten also die Verbandsbeschlüsse übertreten — nicht etwa, um den Arbeitern „etwas zukommen zu lassen“, sondern um in ihrem Betrieb

¹⁴ Ebenda, Akte XX/20, Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V., Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und der Lohnkommission am 25. Oktober 1922.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

Ruhe zu haben vor Arbeiterforderungen, um die Arbeiter besser antreiben zu können, um bessere Facharbeiter zu bekommen – damit sich ihr Profit erhöhe. Da sich aber höhere Lohnzahlungen in einem Betrieb auch unter den Arbeitern anderer Betriebe schnell herumsprachen und diese nun ihrerseits mit Forderungen kamen, zogen sich die drei Betriebe den gegen die Arbeiter und die Gewerkschaften gerichteten Zorn der Arbeitgeberverbände in doppelter Form zu. Einmal, weil sie die Arbeiter über das vom Arbeitgeberverband gestattete Maß hinaus bezahlten oder korrumpierten, zum anderen, weil sie sich dadurch höhere Profite auf Kosten anderer Firmen aneigneten.

Von Interesse für die Betriebsgeschichtsschreibung ist unter anderem, ob und wie es die Gewerkschaften in solchen Situationen verstanden, die Differenzen zwischen den Kapitalisten im Kampf gegen die Arbeitgeberverbände auszunutzen. Mindestens aber enthalten solche Verbandsmaßnahmen gegen einzelne Firmen – in vielen Niederschriften über Vorstandssitzungen werden eine ganze Reihe davon erwähnt – Angaben über Löhne, die zu einer bestimmten Zeit für eine bestimmte Arbeitergruppe in einem Betrieb gezahlt wurden, Angaben, die aus anderen Akten des Betriebsarchivs vielleicht nicht mehr zu ermitteln sind.

Aus dem Schriftwechsel mit Arbeitgeberverbänden gehen auch viele Einzelheiten über die Haltung einzelner Firmen, ihrer Inhaber oder Vorstandsmitglieder zur Politik und zu politischen Parteien hervor. Ein Beschluß einer Vorstandssitzung lautet zum Beispiel:

„Auf Anregung der Firma Schelter & Giesecke, die Wahlarbeit der Parteien zu unterstützen, wird beschlossen, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und dem Leipziger Bürgerbund je M 1000,— zur Verfügung zu stellen.“¹⁷

Darüber hinaus forderte der Verband seine Mitglieder vor jeder Wahl auf, den bürgerlichen Parteien Geld zur Führung des Wahlkampfes zur Verfügung zu stellen. So heißt es zum Beispiel im Rundschreiben Nr. 43 vom 12. Juni 1930:

„Die demnächst stattfindende Landtagswahl ist für die gesamte sächsische Industrie von allergrößter Bedeutung. Um sich ein Bild davon zu machen, welche Zustände bei einem Landtage, dessen Mehrheit nach links eingestellt ist, entstehen könnten, brauchen wir uns nur die Zeiten, wie wir sie unter der Zeigner-Regierung hatten, in die Erinnerung zurückzurufen . . .

Wir wissen recht wohl, in welcher Lage sich unsere Mitgliedsfirmen befinden, aber trotzdem und gerade deshalb rufen wir unsere Mitglieder auf, Geldmittel zur Führung des Wahlkampfes zur Verfügung zu stellen. Jeder möge einen seinen Kräften entsprechenden Betrag entweder an den Zentralausschuß Leipziger Arbeitgeberverbände oder unmittelbar an die politische Partei, der er ihn zuführen will, senden. Auch bei den Zahlungen an den Zentralausschuß kann angegeben werden, welcher Partei die Summe zur Verfügung gestellt werden soll . . .“¹⁸

¹⁷ Ebenda, Niederschrift über die Vorstandssitzung am 24. März 1924.

¹⁸ Ebenda, Akte Nr XX/25/26.

Einer besonderen Gedankenakrobatik befließigte sich der Vorsitzende des „Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, E. V.“, Gustav Köllmann, in einem Schreiben an den Aufsichtsratsvorsitzenden der IG Farbenindustrie AG und Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, vom 3. Juni 1930:

„Unter Wahrung des Grundsatzes, daß die Verbände keine Parteipolitik treiben sollen, halte ich es für unbedingt notwendig, daß sie sich in rechtsgerichteter Politik kräftig betätigen müssen. In dieser Hinsicht muß noch unendlich viel geschehen.“¹⁹

Für die Betriebsgeschichte der früheren Köllmann-Werke AG ist es durchaus wichtig zu wissen, daß Köllmann weiter in diesem Schreiben erklärt:

„Aus diesem Gedanken heraus habe ich hier einen Verein der Freunde und Förderer des Stahlhelms gegründet und zahlreiche Mitglieder für diesen Verein geworben. Mir erscheint diese Organisation für einen solchen Zusammenschluß aller in der Politik rechts Eingestellten ganz besonders gut geeignet, sie arbeitet in guter Form und umfaßt, was ich für besonders bedeutungsvoll erachte, außerordentlich viele Arbeitnehmer.“²⁰

Es ist anzunehmen, daß auf Grund dieser rechtsgerichteten politischen Aktivität des Verbandsvorsitzenden viele Mitglieder des Arbeitgeberverbandes dieser Förderergesellschaft des Stahlhelms beigetreten sind und in ihren Firmen weitere Mitglieder geworben haben.

Auch das gehört zu den Untersuchungsgebieten der Betriebsgeschichte. Eine Abschrift des Briefes von Köllmann wurde vom Arbeitgeberverband den Vorstandsmitgliedern zugeleitet und gelangte dadurch in den Verbandschriftwechsel.²¹

Im November 1932 verschickte der „Zentralausschuß Leipziger Arbeitgeberverbände, E. V.“ an die Mitglieder der ihm angeschlossenen Verbände ein Flugblatt zur Stadtverordnetenwahl 1932, das folgende Losungen enthielt:

„Für freie Wirtschaft. Gegen den Sozialismus! Die nationale Bürgerliste allein und keine andere hilft der Wirtschaft! *Wählen ist Bürgerpflicht!* Wer nicht wählt, macht sich schuldig und unterstützt den Sozialismus! Am 13. November 1932 wählt der Leipziger Bürger Liste 1.“²²

In der Anlage befand sich noch ein anderes Flugblatt, auf dem unter anderem die vierzig Kandidaten der nationalen Bürgerliste aufgeführt sind: zwölf Beamte, sieben Handwerksmeister, sechs Angehörige freier Berufe, zwei Hausfrauen, ein Angestellter, ein Straßenbahnschaffner und elf Unternehmer bzw. Unternehmervertreter. Zu den letzteren gehörte zum Beispiel Paul Heinrich Kunath, Mitbesitzer d. Fa. Kunath & Klotzsch, Leipzig N 21, Vorstandsmitglied des „Zentralausschusses Leipziger Arbeitgeberverbände, E. V.“ und Vorstandsmitglied des Ortsvereins Leipzig der Deutschen Volkspartei.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda, Anlage zum Schreiben vom 26. Juni 1930.

²² Ebenda, Akte Nr XX/27/28.

Wie wir sehen, geht die Bedeutung des in Betriebsarchiven vorhandenen Schriftwechsels mit Arbeitgeberverbänden weit darüber hinaus, daß er dem einzelnen Betrieb als Quelle für seine Geschichtsschreibung dient. Jeder Betrieb, der solchen Schriftwechsel selber nicht besitzt, sollte sich umtun, ob ein anderer Betrieb des gleichen Industriezweigs, dessen kapitalistische Vorgängerfirma Mitglied eines Arbeitgeberverbandes war, derartiges Archivgut besitzt.

Darüber hinaus aber besitzt dieser Schriftwechsel auch allgemeine Bedeutung als Quelle für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und für die Geschichte des deutschen Volkes. Deshalb wäre es zweckmäßig, wenn die Staatliche Archivverwaltung eine Umfrage bei den Betriebsarchiven nach Aktenbeständen, die Schriftwechsel mit Arbeitgeberverbänden oder auch überhaupt mit Unternehmerverbänden enthalten, einleitete und das Ergebnis gesammelt veröffentlichte.

Wissenschaftliche Probleme der Erforschung der Geschichte des sowjetischen Betriebes (Geschichte der Fabriken und Werke)

VON B. I. SCHABALIN*

ZUR SPEZIFIK DER BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG

Der Initiator, Inspirator und Organisator des Studiums der Geschichte der Fabriken und Werke, A. M. Gorki, vertrat die Ansicht, daß über die Geschichte wichtiger Betriebe nicht gewöhnliche, wissenschaftliche Abhandlungen, sondern wissenschaftlich-künstlerische Monographien geschrieben werden müßten, das heißt Bücher, die dem Inhalt nach wissenschaftlich und klar und der Form nach künstlerisch sind. Am 6. April 1935 schrieb er an die Leningrader Redaktion „Geschichte der Werke“: „Wir müssen danach streben, wissenschaftlich-künstlerische Bücher über die Geschichte der Werke zu schaffen. Das ist unser Ziel. Es geht nicht an, diese beiden Eigenschaften voneinander zu trennen.“ Bei der Begründung dieser These unterstrich Gorki, daß „grundlegende Bücher, die wahrhaft wissenschaftlich und dabei wahrhaft künstlerisch sind“¹, durch keinerlei sonstige „behelfsmäßige“ Veröffentlichungen (Sammelbände von Erinnerungen, Dokumente, Akten usw.) ersetzt werden können.

So stand die Frage in den dreißiger Jahren, als derartige Bücher von Historikern, Schriftstellern und gesellschaftlichen Organen in den Betrieben erarbeitet wurden. Eben dieser Aufgabe widmete sich die Hauptredaktion „Geschichte der Werke“. Jetzt, da die Arbeit über die Betriebsgeschichte in vielen Betrieben des Landes mit neuem Schwung entfaltet wird, müssen sich die Historiker offensichtlich über ihre Einstellung zu diesem Gedanken Gorkis klarwerden. Kann man von diesem Gedanken abrücken?

Methodologisch läßt sich die Aufgabe der Schaffung wissenschaftlich-künstlerischer Bücher über die Geschichte der Fabriken und Werke fundiert begründen. Wissenschaftliche und künstlerische Erkenntnis stehen sich nicht gegenüber, sondern erwachsen sozusagen aus einer Wurzel; ebenso wie die Wissenschaft, analysiert und verallgemeinert auch die Kunst Erscheinungen der lebendigen Wirklichkeit; beide spiegeln die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Vergangenen und des Gegenwärtigen wider. Doch Kunst und Wissenschaft

* Übersetzung aus dem Sammelband Из истории рабочего класса СССР (Aus der Geschichte der Arbeiterklasse der UdSSR), [Leningrad] 1962.

¹ Der Brief wurde erstmalig veröffentlicht in: Вопросы литературы 7/1957, S. 120/121.

tun dies mit verschiedenen Mitteln. Es gibt keine undurchdringlichen Trennwände zwischen diesen beiden Methoden der Erkenntnis und Widerspiegelung. Deshalb ist es vom Standpunkt der Theorie her durchaus möglich, wissenschaftlich-künstlerische Monographien zu schaffen, in denen sich die Kraft logischer, wissenschaftlicher Argumentation mit der Kraft emotioneller Einwirkung verbindet, die dem künstlerischen Bild und der Kunst des Wortes eigen ist. Viele Historiker haben sich auch schon früher der künstlerischen Methode bei der Wiedergabe von Bildnissen und Bildern der Vergangenheit bedient. Man braucht sich nur „Die Geschichte des Russischen Reiches“ von N. M. Karamsin, „Die Öffentlichen Lesungen über Peter den Großen“ von S. M. Solowjow, die meisterhaften Porträts und Charakteristiken von W. O. Klutschewski in seiner „Geschichte Rußlands“, einige Arbeiten von J. W. Tarlé und eine ganze Reihe von Büchern aus der Reihe „Das Leben hervorragender Menschen“ zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, in welchem großem Maße Historiker das Verfahren des „bildhaften“ Schreibens anwandten und wie sehr geschichtliche Arbeiten dadurch gewinnen.

Andererseits unterziehen sich alle ernstzunehmenden Schriftsteller, die im geschichtlichen Genre arbeiten, einem gründlichen Geschichtsstudium; sie ziehen Dokumente und Erinnerungen von Zeitgenossen heran, beschäftigen sich mit Volkskunst (Folklore), arbeiten mit Zahlen, Schemata und Karten (L. Tolstoi in „Krieg und Frieden“) – mit einem Wort, sie gehen wie Historiker vor, wobei sie nicht bei „rein“ historischen Exkursen und Erklärungen über den Sinn der darzustellenden Ereignisse stehenbleiben.

Die betriebsgeschichtlichen Erfahrungen lehren, daß es zwar recht schwierig ist, wissenschaftlich-künstlerische Werke zu schaffen, daß dieses Ziel aber doch zu erreichen ist; davon zeugen Bücher wie „Geschichte des ‚Putilow‘-Werkes“ (von einem Autorenkollektiv), „Geschichte des ‚Ishora‘-Werkes“ von S. Sawjalow, „Die vom ‚Obuchow‘-Werk“ von M. Rosanow, „Weber von der Wolga“ – eine zweibändige Geschichte der Weberei „Krasny Perekop“ (Roter Perekop) in Jaroslawl – von zwei Autoren, N. Pajalin (Band I) und W. Fedorowitsch (Band II), „Das alte ‚Jusow‘-Werk“ von I. Gonimow, „Das Nördlichste“ von B. Rjabinin (Geschichte des Werkes von Nadeshdino, dem jetzigen metallurgischen „A. K. Serow“-Werk) und eine ganze Reihe mehr oder weniger erfolgreicher Bücher und Kapitel aus Büchern über die Geschichte einzelner Betriebe in Moskau, Leningrad, dem Ural, Sibirien und der Ukrainischen SSR.² So ist also die Idee Gorkis als durchaus real anzusehen, und seine Schlußfolgerung: „nicht alle von der Redaktion ‚Geschichte der Werke‘ herausgegebenen Bücher können als wissenschaftlich-künstlerisch bezeichnet werden. Doch jedes dieser Bücher bringt uns auf seine Weise einer Lösung der Aufgabe

² Eine grundlegende Bibliographie der bis 1958 erschienenen Literatur über die Geschichte der Fabriken und Werke findet sich in dem Sammelband *А. М. Горький и создание истории фабрик и заводов* (A. M. Gorki und die Schaffung der Geschichte der Fabriken und Werke), Moskau 1959, S. 348–358.

näher“³ klingt heute besonders überzeugend. Jetzt gibt es, verglichen mit den dreißiger Jahren, bei uns wesentlich mehr begabte Schriftsteller, Journalisten, Historiker und fähige Autoren in den Betrieben selbst, die man zur Arbeit an Büchern über die Geschichte der Fabriken und Werke heranziehen kann und muß, und es sind alle Möglichkeiten gegeben, klare, lebendige und interessant geschriebene Arbeiten zu schaffen.

Jedoch ist das ideologisch-theoretische und wissenschaftliche Niveau der meisten in den letzten Jahren herausgegebenen Bücher (seit 1955 sind es über hundert) nicht sehr hoch.

Im vorliegenden Artikel werden keine künstlerischen Probleme der Betriebsgeschichtsschreibung behandelt; das ist ein Thema für sich. Doch ganz allgemein muß man sich über seine Einstellung zu dieser Frage klarwerden.

Unter allen Bedingungen, unabhängig von der *Form* der Darstellung der Betriebsgeschichte, gebührt der Wissenschaft das *Primat*. Es muß eine *wissenschaftliche Geschichte* des Werkes geschrieben werden und nicht ein literarisches Werk, das vom historischen Material des Betriebes ausgeht.

Novellen, Romane und andere literarische Formen stellen keine Betriebsgeschichte dar und können diese nicht ersetzen. Deshalb haben zum Beispiel die Herausgeber der Zweiten Ausgabe des Sammelbandes „Bastionen der Revolution“, die der Beteiligung einer Anzahl Petersburger Betriebe am Bürgerkrieg gewidmet ist, zu Unrecht Teile des früher erschienenen Romans von S. Marwitsch, „Die Söhne schreiten weiter“, in diesen Band aufgenommen. Für den Roman sind zwar Materialien der Geschichte des „Ishora“-Werkes benutzt worden, aber der Verfasser hat sogar den Namen des Betriebes geändert, alle seine Helden sind erfundene Personen, und es gibt darunter nicht einen wirklichen Teilnehmer an den Ereignissen.⁴

Wenn man Betriebsgeschichte im Sinne der Gorkischen Tradition schreibt, dann ist darin kein Platz für erfundene Namen und Ereignisse. Alle Geschehnisse müssen absolut wahr, überprüft und durch Quellen belegt sein. Ist der Autor zu Mutmaßungen gezwungen (was zuweilen unumgänglich ist), so muß der Leser auf irgendeine Weise darüber informiert werden. Abweichungen von diesen für jede historische Untersuchung unabdingbaren Forderungen sind unzulässig, da dies die wissenschaftliche Grundlage der Betriebsgeschichtsschreibung untergräbt.

In der Praxis gibt es recht lehrreiche Beispiele hierfür. Die Schriftstellerin E. Wygodska bekam den Auftrag, über die Vergiftung von Arbeiterinnen im „Treugolnik“-Werk im Jahre 1914 zu schreiben (abgedruckt im Sammelband „Sechzehn Werke“ und außerdem als Einzelbroschüre erschienen)⁵. Bei E. Wygodska erwiesen sich alle Namen und auch einige Episoden und Szenen

³ *Вопросы литературы*, 7/1957, S. 120.

⁴ Sammelband *Бастиины революции* (Bastionen der Revolution), Ausg. II, o. O. 1959, S. 131–182.

⁵ *Шестнадцать заводов* (Sechzehn Werke), Sammelband von „Probekapiteln“ über die Geschichte der Werke, Moskau 1933. Die Broschüre erschien im

als erfunden, obwohl ihr ausführliche Erinnerungen von alten Bolschewiki, von Teilnehmern an den dargestellten Ereignissen, weiter Aktenmaterial und gedruckte Quellen in mehr als genügendem Umfange zur Verfügung standen. Eine derartige „Geschichte“ hat keinerlei wissenschaftliche Bedeutung; sie ist auch nicht geeignet, heroische revolutionäre Traditionen zu propagieren.

Ein weiteres Beispiel. Dem erfahrenen Leningrader Schriftsteller P. Jewstafjew wurde Gelegenheit gegeben, von der Biographie einer Arbeiterin ausgehend, als Versuch die Geschichte der Weberei und Spinnerei „Oktober“ (ehemalige Manufaktur von Staro-Sampsonijewsk) zu schreiben. Das Buch erschien in der Reihe „Geschichte der Werke“ mit dem Titel „Eine Frau aus der Fabrik“. Obgleich sich der Autor sehr bemüht hat, die Betriebsgeschichte in die Lebensgeschichte einer Arbeiterin „hineinzuzwängen“ – wobei er sich oft zu Erfindungen und Mutmaßungen hinreißen ließ –, entstand dennoch keine Geschichte, sondern eine Novelle, die auch so genannt werden muß. Literarisch ist das Buch gut geschrieben, aber die Geschichte des Betriebes muß neu geschrieben werden.

Gorki wies übrigens mahrend darauf hin, daß in der Betriebsgeschichte „die Arbeitsweise der Belletristik überhaupt maßvoll anzuwenden“ ist. In dieser Beziehung ist folgender Hinweis Gorkis im Vorwort zu dem Buch „Sagen vom Hohen Berge“ von prinzipieller Bedeutung: „Die Eigenart der Arbeit an der Geschichte der Werke ergibt sich aus der Aufgabe selbst: Es ist nicht nur die Geschichte des Gestern zu schreiben, sondern man muß auch an das Material des Heute herantreten wie an die zu schaffende Geschichte, wobei alle Bedeutung des Geschehenen und die Gesetze *seiner Bewegung* eingeschätzt und die Entwicklungsrichtung gezeigt wird.“ (Hervorhebung vom Autor – B. Sch.)⁶ Alles dies bedeutet, daß vollwertige Bücher über die Betriebsgeschichte nur geschaffen werden können, wenn man von ernsthaften Untersuchungen der wichtigsten Probleme ausgeht; ohne eine solche wissenschaftliche Grundlage können weder wissenschaftlich-künstlerische Monographien noch populäre Broschüren oder Sammelbände von Dokumenten und Erinnerungen mit dem notwendigen Niveau geschrieben werden.

Für Historiker können diese Behauptungen nicht zum Gegenstand von Diskussionen werden, sie sind nicht anzufechten. Jedoch stellen einige Schriftsteller, zum Beispiel in Leningrad, von neuem die Frage nach dem „Recht auf dichterische Freiheit“; sie sprechen davon, daß die Historiker sie durch ihre Forderung behindern und stören, daß „der Schriftsteller das Material über die Geschichte des Werkes nach eigenem Ermessen verwenden will“ und daß er „niemandem Rechenschaft schuldig ist“ im Sinne der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kontrolle, sondern „vor dem Volke mit seinen Büchern Rechenschaft ablegt“ und anderes mehr von dieser Art.

gleichen Jahr im Verlag der Gesellschaft der politischen Emigranten mit dem Titel *Стачка на заводе „Треугольник“* (Streik im „Dreieck“-Werk).

⁶ Zit. nach: A. M. Горький и создание истории фабрик и заводов, а. а. О., S. 246.

Derartige Ansprüche sind unbedingt zurückzuweisen, da die wissenschaftlichen Forderungen an die Betriebsgeschichtsschreibung unabdingbar sind. Die Geschichte jedes beliebigen Betriebes bietet mehr als genug Material für Inspiration und Weite, für schöpferisches Suchen und literarische Lösungen, ohne daß die wissenschaftliche Grundlage, die Wahrhaftigkeit des historischen Prozesses zerstört wird. Man muß sich nur in das Studium der Materialien vertiefen, und schon steht man nicht vor der Frage des Erfindens, sondern vor der Frage der Auswahl des Typischen aus dem unermesslichen, klaren und aufwühlenden Material. Dies trifft in besonderem Maße auf die Sowjetepoche zu. Die Geschichte einzelner Betriebe muß unabhängig davon, ob wissenschaftlich-künstlerische Monographien geschaffen werden oder nicht, wissenschaftlich untersucht werden. Historiker müssen die Probleme der Geschichte der Fabriken und Werke untersuchen und die Ergebnisse in Form von Monographien, wissenschaftlichen Zeitschriftenaufsätzen, „Wissenschaftlichen Anmerkungen“ und thematisch geordneten Sammelbänden veröffentlichen.

DIE WISSENSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICH-POLITISCHE BEDEUTUNG DES STUDIUMS DER GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

Für die sowjetische Geschichtswissenschaft gibt es keine wichtigere Aufgabe als die Untersuchung der beim sozialistischen Aufbau gemachten Erfahrungen, die Verallgemeinerung der Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und zu seiner höheren Phase, zum Kommunismus. Solche Verallgemeinerungen sind ohne gründliches Studium der Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse, die zum ersten Male in der Geschichte unter Führung der Leninschen Partei für die gesamte Menschheit den Weg zum Kommunismus bahnt, unmöglich. Das Studium der Geschichte der Fabriken und Werke ist sozusagen ein Hauptbestandteil dieses Kardinalproblems.

Ohne ernsthafte Ausarbeitung der Geschichte, zum mindesten

1. *der führenden Betriebe,*
2. *der für die verschiedenen Produktionszweige typischen Betriebe,*
3. *derjenigen Betriebe, die sich in den hauptsächlichen Industriegebieten der UdSSR befinden, und*
4. *unter unabdingbarer Berücksichtigung aller Verschiedenheit nicht nur der professionellen, sondern auch der geographischen und nationalen Besonderheiten ihrer Entwicklung – ohne ein solches Studium, das nach einem einheitlichen Plan und nach einem einheitlichen Programm durchzuführen ist, kann weder eine wissenschaftliche Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse noch die gründliche, „adäquate“ Geschichte der Sowjetgesellschaft erarbeitet werden.*

Jedoch ist die Bedeutung der Geschichte der Fabriken und Werke überhaupt nicht nur dadurch bestimmt, daß sie „Material“ sein soll für breitere, verallgemeinernde Arbeiten über die Geschichte der Arbeiterklasse und für historisch-soziologische Verallgemeinerungen. Sie hat eine selbständige wissenschaftliche und gesellschaftlich-politische Bedeutung.

Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung im Leben der Gesellschaft zeigen sich in Einzelercheinungen mit allem Reichtum ihres konkreten Inhalts; oftmals erscheinen sie in recht eigenartiger, spezifischer Form. Die Erscheinung ist reicher als das Gesetz, unterstreicht Lenin, da das Gesetz nur das abstrahiert, was allen Erscheinungen ohne Ausnahme eigen ist. Die Verbindung des Studiums der Geschichte des einzelnen sowjetischen Betriebes mit allgemeinen Problemen der Geschichte der gesamten sowjetischen Arbeiterklasse — das ist die Verbindung des Allgemeinen mit dem Besonderen, des Gesetzes mit der Erscheinung. Das Gesetz ist die Abstraktion, die historische Erscheinung, ein Stück lebendiger, sich entwickelnder Wirklichkeit mit all ihren Farben, zufälligen, eigenartigen und unwiederholbaren Zügen.

Der Bereich der Erkenntnis ist unbegrenzt, und je besser und vielseitiger das Studium der konkreten geschichtlichen Tatsachen, Ereignisse und das Leben der handelnden Personen, desto umfassender, vielseitiger, inhaltsreicher wird das historische Gesetz selbst.

Die Entwicklung der sowjetischen Betriebe ist selbstverständlich den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der sowjetischen Arbeiterklasse unterworfen. Jedoch wieviel Eigenartiges, Spezifisches, Unwiederholbares besitzt die Geschichte von Betrieben verschiedener Produktionszweige, von verschiedenen Betrieben ein und desselben Produktionszweiges, die sich in verschiedenen Gebieten und Republiken befinden! Wie vielgestaltig sind die „Biographien“ einzelner Abteilungen der Arbeiterklasse, je nachdem, um welche Etappe des sozialistischen Aufbaus es sich handelt, ob das Kollektiv in einem alten Betrieb oder in einem in den Jahren der Sowjetmacht erbauten arbeitet. Die Vielgestaltigkeit der Entwicklung verschiedener Abteilungen von Arbeitern hängt auch von vielen anderen Bedingungen ab: Der Typ des urwüchsigen Arbeiters vom Ural und sein Alltag, die ehemaligen staatlichen Betriebe, Betriebe der Admiralität und der Armee („Ishora“-Werk, „Obuchow“-Werk und andere) sind sehr verschieden, und diese verschiedenen Bedingungen und historischen Traditionen mußten sich auch in der Sowjetepoche zeigen. Besondere Züge weisen die Bergleute vom Donbass, die Erdölarbeiter von Baku und Grosny auf. Unter spezifischen Bedingungen entstand und entwickelte sich in der Sowjetzeit in den Republiken Mittelasiens und anderen zurückgebliebenen Gebieten die Industrie und formten sich die Kader nationaler Arbeiter. Noch mehr Besonderheiten, die sich in keinerlei Schema einfügen lassen, enthält die Geschichte solcher Betriebe, wie des Wasserkraftwerks am Dnepr, Dneproges, mit seinem ganzen Komplex von Industriebetrieben, der Wasserkraftwerke und Industriegiganten der Nachkriegszeit und der neuen

Anlagen im Hohen Norden. Einzigartige Seiten in der Geschichte der Entwicklung unserer Industrie gestalteten Betriebskollektive, die während des Großen Vaterländischen Krieges in die östlichen Bezirke des Landes evakuiert wurden, wo die meisten von ihnen eine Art „Tochterbetriebe“ schufen, Facharbeiter heranzubilden und anderes mehr.

Schon aus diesem kurzen Überblick geht hervor, wieviel Neues die Untersuchung der Geschichte einzelner typischer Betriebe für das Studium der Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse ergeben kann, wenn diese Untersuchungen nicht primitiv, nicht oberflächlich, sondern tieferschürfend und ernsthaft nach einem einheitlichen Programm und Gesamtplan geführt werden, damit man als Ergebnis *vergleichbare* Kennziffern für umfassendere Verallgemeinerungen erhält. Man kann sogar noch weitergehen: Solange keine solche Untersuchung geführt wird, solange wird die Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse, die nur aus den vorhandenen Quellen schöpft und sich auf die vorhandenen, sehr allgemeinen Vorstellungen von den Entwicklungsetappen der Sowjetgesellschaft gründet, unvermeidlich an Schematismus leiden, dessen Züge in dem von A. W. Mitrofanowa vorgeschlagenen Schema so deutlich hervortreten.⁷ Man wird die Verfasserin kaum für diesen Mangel tadeln können, weil die Quelle dieses Mangels – mag es auch wie ein Wortspiel klingen – eben der Mangel an untersuchten Quellen, insbesondere und vor allem der Mangel an Untersuchungen der konkreten Geschichte einzelner Betriebe, der Mangel an kollektiven „Biographien“ typischer Abteilungen der Arbeiterklasse ist. Trotz weitgehender Aufgliederung umfaßt dieses Schema doch viele wesentliche Erscheinungen und Prozesse nicht, die weiter oben schon teilweise erwähnt wurden.

Das Studium der Betriebsgeschichte kann viel Neues für die Ausarbeitung allgemeiner Probleme der heroischen Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse ergeben.

Gorki verstand ausgezeichnet, welche Bedeutung die Betriebsgeschichte für die Geschichtswissenschaft hat; in dem Artikel „Geschichte der Fabriken und Werke“, der programmatischen Charakter hat, schrieb er: „Man muß die Rolle der typischsten Werke, jedes Produktionszweiges kennen, die Rolle des Werkes als Motor der Industrie, als Schule von Technikern und Schule von Revolutionären, die Rolle des Werkes als Erzieher des klassenbewußten, revolutionären Selbstbewußtseins der Arbeiter und als Organisator, als Teilnehmer am Bürgerkrieg. Man muß das Werk in seiner gegenwärtigen Bedeutung als Organisator des sozialistischen Bewußtseins und der sozialistischen Produktion kennen.“⁸

⁷ Siehe *Научная сессия по истории советского рабочего класса* (22–25 декабря 1959 г.) (Wissenschaftliche Tagung über die Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse, 22. bis 25. Dezember 1959), Vortragsthesen von A. W. Mitrofanowa. Über die Hauptetappen in der Entwicklung der sowjetischen Arbeiterklasse, Leningrad 1959, S. 4–10.

⁸ *Горький, А. М., Собрание сочинений* (Gesammelte Werke), Bd 26, Moskau 1954, S. 141–146.

Durch das Studium der Geschichte typischer Betriebe muß sich, nach Gorki, „so etwas wie eine Enzyklopädie unseres Aufbaus in seiner allmählichen Entwicklung von der Gründung des Werkes bis zu unseren Tagen“ ergeben.⁹ Gorki unterstrich insbesondere die pädagogische und erzieherische Bedeutung der Betriebsgeschichte.

Was die gesellschaftlich-politische Bedeutung der Geschichte der Fabriken und Werke betrifft, so braucht hierauf nicht näher eingegangen zu werden, da sie von A. M. Gorki in einer ganzen Reihe seiner Reden und Publikationen kraftvoll, klar und überzeugend dargelegt worden ist. In Verbindung mit der in großem Umfang wieder aufgenommenen Arbeit an der Geschichte einzelner Betriebe sind diese Gedanken gesammelt und in letzter Zeit in zwei Sammelbänden veröffentlicht worden, die in Leningrad und Moskau erschienen sind.¹⁰ Außerdem sind in der Presse eine ganze Reihe von Artikeln erschienen, die die Bedeutung der Betriebsgeschichte für die kommunistische Erziehung der Werktätigen ausführlich und vollständig genug behandeln.¹¹

Gorki sah in der Betriebsgeschichte ein machtvolles Mittel der kommunistischen Erziehung aller Werktätigen, die von der Tradition der heroischen Arbeiterklasse ausgeht. Die gründlichen Betrachtungen über diese Frage, die sich in seinen Artikeln, in Briefen an Arbeiter, Schriftsteller, Partei- und Regierungsfunktionäre, in Stellungnahmen zu einer ganzen Reihe von Manuskripten und Büchern¹² finden, sind auch in unseren Tagen von bleibendem Interesse und von außerordentlich großer Bedeutung. Gorki lag vor allem die Erziehung unserer Jugend am Herzen. Er schrieb: „Das Wissen entwickelt sich durch den Vergleich, aber unsere Jugend hat nichts, womit sie das vergleichen kann, was ihr gegeben wurde, was sie besitzt. Eben deshalb und aus dem großen Verlangen nach einem guten Leben gibt es unter der Jugend nicht selten Jungen und Mädchen, die all das, was für sie erkämpft wurde, nicht zu schätzen wissen; man findet übermütige Adler, die allzufrüh von einem gemütlichen Hühnerstall träumen. Das Wissen um das Vergangene würde sie von dem übereilten

⁹ Ebenda.

¹⁰ Sammelband *Создадим историю заводов Ленинграда* (Schaffen wir die Geschichte der Werke Leningrads), o. O. 1958. Außer Artikeln und Stellungnahmen zu Manuskripten, Büchern und Briefen von A. M. Gorki enthält der Sammelband eine Reihe von Artikeln, die die Erfahrungen der bisherigen Arbeit verallgemeinern und die Aufgaben der Betriebsgeschichte in der gegenwärtigen Etappe umreißen. Vgl. ferner: A. M. Горький и создание истории фабрик и заводов, а. а. О. — einiges Material wird in dem Sammelband erstmalig veröffentlicht.

¹¹ Vgl. die Zeitschriften *Ленинградский альманах* 11/1956, *Наши современники*, 1/1957, *Пропагандист*, 6/1958, *В помощь политическому самообразованию*, 10/1959, u. a.

¹² Siehe die Sammelbände *Создадим историю заводов Ленинграда*, а. а. О., u. *А. М. Горький и создание истории фабрик и заводов*, а. а. О., in denen beinahe alle Äußerungen Gorkis zu dieser Frage gesammelt sind.

Streben heilen, die Errungenschaften des Gegenwärtigen zu genießen, ohne an die Zukunft zu denken und ohne sich zu bemühen, das nicht von ihnen errungene und erarbeitete Gute unserer herrlichen, doch noch nicht leichten Tage zu vertiefen und zu mehren.“¹³

Gerade hiervon sprach N. S. Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU: „Unsere junge Generation ist nicht durch solch eine harte Schule des Lebens und des Kampfes gegangen wie die alte Generation. Die jungen Menschen kennen nicht die Schrecken und Nöte der vorrevolutionären Zeit, und nur aus Büchern können sie sich ein Bild von der Ausbeutung der Werktätigen machen. Es ist deshalb äußerst wichtig, daß unsere junge Generation die Geschichte des Landes, den Kampf der Werktätigen für ihre Befreiung, die heroische Geschichte der Kommunistischen Partei kennt . . .“¹⁴

In unserer Zeit sind alle Voraussetzungen (vor allem die wissenschaftlichen Kader) dafür vorhanden, daß in breiter Front und auf hohem wissenschaftlichen Niveau solche Arbeiten über die Geschichte der Fabriken und Werke geschaffen werden, die gleichermaßen dem Aufschwung der Geschichtswissenschaft und der Sache der kommunistischen Erziehung dienen.

GRUNDPROBLEME DER SOWJETISCHEN BETRIEBSGESCHICHTE

Die Geschichte des Sowjetbetriebes zu schaffen ist eine Aufgabe recht schwieriger Natur; sie ist schwierig in der Ausführung und politisch außerordentlich verantwortungsvoll. Während sich die Autoren sowohl hinsichtlich der Methodologie des Studiums der Betriebsgeschichte als auch hinsichtlich der Methodik der Materialsammlung und der Auswertung der Quellen auf recht reiche Erfahrungen der dreißiger Jahre und der Nachkriegsjahre stützen können, müssen sie bei der Behandlung der Betriebsgeschichte der Sowjetperiode beinahe Neuland beschreiten.

Die Betriebsgeschichte der Sowjetepoche darstellen heißt die bewußte Tätigkeit der Arbeitermassen, die unter Führung der Kommunistischen Partei den Kommunismus aufbauen, und die so tiefgreifenden sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen beschreiben, die während der Jahre der Sowjetmacht in der Arbeiterklasse vor sich gingen. Hierbei ist es unumgänglich, die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des sowjetischen sozialistischen Betriebes zu studieren, und zwar nicht nur als „Produktionseinheit“ (das ist ein sehr wichtiger, doch auch der am wenigsten schwierige Teil der Aufgabe), sondern

¹³ Горький, А. М., Собрание сочинения, а. а. О., Bd 27, S. 406.

¹⁴ Chruschtschow, N. S., Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965. Rede und Schlußwort auf dem Außerordentlichen XXI. Parteitag der KPdSU, 27. Januar bis 5. Februar 1959, Berlin 1959, S. 66.

als neuen sozialen Organismus mit recht komplizierten, mannigfaltigen Funktionen im Leben der gesamten Sowjetgesellschaft, und dabei die Gesetze seiner Herausbildung und Entwicklung in allen Zusammenhängen und seine „Mittlerrolle“ aufzeigen.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution verändert sich der Inhalt der Betriebsgeschichte grundlegend: Es verändert sich das innerbetriebliche Leben, es verändert sich die *soziale Funktion* des Betriebes im Leben der Gesellschaft. Die sozialistische Revolution beseitigte den grundlegenden Antagonismus der kapitalistischen Gesellschaft: Die Arbeiterklasse wurde zum Herrn der Produktion. Während der Jahre der Sowjetmacht verwandelte sich der Betrieb in einen sozialistischen Betrieb, in ein Bollwerk der Diktatur des Proletariats, in ein Zentrum des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens des Landes. Nach dem Siege der sozialistischen Revolution wandelte sich prinzipiell der Inhalt der Arbeit, die zu einer zielstrebigem, bewußten und schöpferischen Arbeit wurde.

Dem Betriebshistoriker obliegt es zu untersuchen, wie die Partei konkret in jedem Betrieb auf mannigfaltigem Wege – über Gewerkschaften, Komsomol, Frauenabteilungen, das verzweigte Netz von kulturellen und bildenden Einrichtungen – die eigentlichen Erbauer des Sozialismus, des Kommunismus erzog und erzieht, wobei sie eine neue Disziplin, eine neue Einstellung zur Arbeit und neue Stimuli für eine höhere Arbeitsproduktivität entwickelte; dadurch allein konnten solche in der Weltgeschichte neuen Erscheinungen wie Stoßarbeitertum, Massenwettbewerb, Bewegung der Rationalisatoren und Erfinder, Neuererbewegung, Brigaden der kommunistischen Arbeit und die Gaganowa-Bewegung entstehen und sich entwickeln.

Diese Wandlungen gingen nicht plötzlich, nicht einfach und nicht leicht vor sich. Man muß wahrheitsgemäß, ohne Simplifizierung und Beschönigung zeigen, wie unter den Voraussetzungen des entsprechenden Betriebes im harten Kampf mit Menschewiki, Sozialrevolutionären, Anarchisten, Schädlingen, Nationalisten, rückständigen Elementen, mit rechten und „linken“ Opportunisten Kader neuer Produktionsleiter und gesellschaftlicher Organisationen heranwachsen und gestählt wurden, wie sich die produktionstechnische und politische Aktivität der Massen entwickelte, die sich im Kampf um die Verwirklichung der Generallinie der Partei um die Kommunisten scharten, wie sich die Arbeitsbedingungen veränderten, wie sich das materielle und kulturelle Niveau der Massen hob, wie die alte Lebensweise der Arbeiter zerbrach und eine neue sich herausbildete, wie sich das geistige Antlitz des wahren Herrn des Landes formte, wie unsere ruhmvolle Jugend, geführt vom Komsomol und angeleitet von der Kommunistischen Partei, wuchs und erzogen wurde.

Eine der schwierigsten Aufgaben der proletarischen Diktatur war die Heranbildung einer eigenen produktionstechnischen Intelligenz, das Problem der Heranbildung neuer Ingenieure und Techniker und die Umerziehung alter Fachleute. Diese Aufgabe wurde in den Betrieben unter den Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes gelöst, der verschiedenste, zuweilen völlig uner-

wartete Formen (bis hin zur direkten Sabotage) annahm. Die überwiegende Mehrheit der Autoren der bisher geschriebenen Bücher umgeht diese scharfe Frage, wodurch ungewollt die wahren Erfolge der Partei und der betrieblichen gesellschaftlichen Organisationen beim Sieg über den Klassenfeind in diesem schwersten und kompliziertesten Teil des sozialistischen Aufbaus verkleinert werden. Die gründliche Erforschung der Formen des Klassenkampfes im Betrieb, ihre Verbindung zum Klassenkampf im Lande, zur Tätigkeit von parteifeindlichen Elementen, das alles sind Probleme, die unbedingt untersucht werden müssen.

Ein sehr wichtiges, von den Forschern fast unbeachtetes Problem ist die Untersuchung der Strukturentwicklung der Arbeiterschaft nach verschiedenen Kriterien, wie Berufsjahren, Alter, Geschlecht, nationaler Zugehörigkeit, Ausbildungsgrad, Parteizugehörigkeit und anderem mehr. In den Berichten der Partei und Gewerkschaftsorganisationen aus den zwanziger und dreißiger Jahren wurde diesen Fragen große Aufmerksamkeit gewidmet, und die Forscher werden in den entsprechenden Akten wertvolles Material für die Analyse und Auswertung finden. In Verbindung mit der Untersuchung der Struktur der Belegschaft müßte gesondert die Frage der Fluktuation in den Betrieben, die während des Ersten und Zweiten Fünfjahrplanes besonders groß war, untersucht werden. In die Statistik über die Fluktuation wurden formal alle einbezogen, die den Betrieb verließen, darunter auch die Hunderte und Tausende, die Jahr für Jahr von Großbetrieben an die Arbeiter- und Bauernfakultäten, an die Fach- und Hochschulen¹⁵, zur Arbeit an Großbauten und in Kolchosen oder auch in den Staatsapparat und in wirtschaftliche Organe delegiert wurden, so daß die Vorstellung von dieser „katastrophalen Lage“ übertrieben erscheint.

Nicht weniger wichtig ist das Studium der Methoden der Erziehung neuer Arbeiter und der Rolle eines gestählten, proletarischen Kerns in diesem Prozeß.

Themen für selbständige Untersuchungen sind Probleme der Heranbildung neuer qualifizierter Arbeiter, die Umerziehung alter Kader in Verbindung mit dem technischen Fortschritt des Betriebes und die Heranbildung von Ingenieuren und Technikern im Werk.

Große Möglichkeiten bestehen für eine Untersuchung der Bewegung der Rationalisatoren und Erfinder mit einer *qualitativen* Charakteristik der für die verschiedenen Etappen typischen Erscheinungen in Verbindung mit dem technischen Fortschritt und der kulturellen Entwicklung der Kader.

Völlig ungenügende Aufmerksamkeit widmen die meisten Autoren dem Studium der Quellen und der Formen des Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung.

¹⁵ So delegierte z. B. das „Krasny Treugolnik“-Werk innerhalb weniger Jahre im Ersten und Zweiten Fünfjahrplan über 1000 Menschen allein zur Weiterbildung.

Diese hervorragenden Seiten der Geschichte der Arbeiterklasse werden gewöhnlich jede für sich und ohne Zusammenhang mit dem allgemeinen Problem der Beseitigung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit behandelt.

Unbedingt muß die Aufmerksamkeit der Ökonomen auf die historische Untersuchung von Problemen gelenkt werden, wie der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Entwicklung der Selbstkosten, der Bewegung des Reallohnes und einer Reihe anderer wichtiger Fragen der konkreten Betriebsökonomik, damit stichhaltige Daten für Schlußfolgerungen gewonnen werden und man sich nicht auf einzelne Beispiele zu beschränken braucht.

Von großer Bedeutung ist die gründliche Untersuchung der Entwicklung der Sowjetdemokratie in der Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen, der Produktionsberatungen, der Abgeordnetengruppen, der Betriebszeitungen, der Kameradschaftsgerichte und der Kontrollkommissionen der Partei. Die Untersuchung des Problems der Entwicklung verschiedener Formen der Sowjetdemokratie hat nicht nur wissenschaftliche, sondern auch außerordentlich große politische Bedeutung im Kampf mit der bourgeoisen Propaganda. Man muß überzeugend die Überlegenheit der echten sowjetischen Demokratie des Volkes gegenüber der vielgepriesenen bürgerlichen Demokratie zeigen, und die Geschichte eines jeden Betriebes bietet hierfür eine Fülle von Material.

Aufschlußreiches Material über die Veränderungen im Wesen der sowjetischen Arbeiterklasse ergibt sich beim Studium der Tätigkeit des gesamten Netzes der bildenden und kulturellen Institutionen der einzelnen Betriebe, wenn man von den Aufgaben der kulturellen Revolution als eines integrierenden Bestandteils des Aufbaus des Kommunismus ausgeht. Dieses Problem ist nicht kompliziert, es gibt in der Regel genügend Material darüber, das sogar in Betriebszeitungen veröffentlicht ist. Diese Seite im Leben eines Betriebskollektivs wird – wohl zum ersten Male – in gelungener Weise in dem Sammelband „Ruhmreiche Traditionen“ dargestellt, der dem hundertjährigen Bestehen der Moskauer Werkzeugmaschinenfabrik „Krasny Proletari“ gewidmet ist.

Die Probleme, von denen weiter oben die Rede war, betreffen sozusagen das „innere Leben“ des Betriebes und des Betriebskollektivs. Doch hierin erschöpft sich die Betriebsgeschichte nicht. Nicht minder wichtig ist die Untersuchung von Problemen, die mit der Veränderung der sozialen Funktion des sozialistischen Betriebes als Grundlage der Diktatur des Proletariats, als Bollwerk des proletarischen Staates zum Schutze des Landes und beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus verbunden sind. Als die Arbeiter die Macht in ihre Hände nahmen, legten sie eine derartige schöpferische Energie, Entschlossenheit, Initiative und Selbstaufopferung im Namen der hohen Ideale des Aufbaus des Kommunismus an den Tag, daß die Vermittlung ihrer fruchtbaren Tätigkeit, ihrer Erfahrungen den Proletariern aller Länder bei der Verwirklichung der historischen Mission des Proletariats als Ansporn dienen wird.

Von den ersten Tagen der Revolution an wurden die proletarischen Bastionen zu einer mächtigen Kraft, die das rückständige Land auf sozialistische Art umwandelte. Von ihnen gingen entscheidende Impulse auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Lebens des Sowjetvolkes aus. Große Betriebe stellten Hunderte ihrer Besten zum Schutze der Errungenschaften der Revolution, für den Aufbau eines neuen Staatsapparates, für alle Bereiche des sozialistischen Aufbaus zur Verfügung. Aus dieser unversiegbaren Quelle des Volkes schöpfte die Partei der Bolschewiki die Kraft für die Lösung aller grundlegenden Aufgaben bei der Schaffung des Fundaments der neuen Gesellschaftsordnung.

Die Arbeiterklasse schuf die Rote Garde, die zum Fundament für den Aufbau der bewaffneten Kräfte der Sowjetrepublik wurde. Mit dem Blut der besten Söhne der Arbeiterklasse wurden die Errungenschaften der ersten Jahre der Revolution besiegelt. Kennt man aber in vielen Betrieben die Namen der eigenen Helden des Bürgerkriegs? Sind die Namen vieler Helden wenigstens durch Gedenktafeln verewigt worden? An wen von ihnen erinnern sich die Propagandisten in den Zirkeln über die Geschichte der Partei, wenn das Thema des Bürgerkrieges behandelt wird? Werten viele Komsomol-Organisationen der Betriebe diese Traditionen bei der Erziehung der Jugend aus? Wie ist es mit den Helden, die sich in den Kämpfen gegen die japanischen Eindringlinge und die finnischen Weißgardisten mit Ruhm bedeckten und ihr Leben gaben? Selbst die Heldentaten, die Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche während des Großen Vaterländischen Krieges an der Front, im Hinterland und bei der Arbeit vollbrachten, werden in vielen Betrieben völlig ungenügend popularisiert und gewürdigt; Materialien über diese Heldentaten gehen vielfach verloren (Briefwechsel mit Frontkämpfern, Tagebücher, Frontzeitungen usw.), Namen von Helden werden vergessen, Erinnerungen werden entweder überhaupt nicht oder nur sporadisch im Laufe irgendeiner Kampagne gesammelt und dann nicht aufbewahrt. Wenn noch einmal ein Zeitraum von fünfzehn Jahren vergangen ist, wird derartiges Material ebenso schwierig zu finden sein wie solches über die Geschichte des Bürgerkrieges. Die Wissenschaftler würden sich um die Gesellschaft sehr verdient machen, wenn sie den betrieblichen Organisationen helfen würden, diese Materialien nicht nur zu sammeln, sondern auch zu systematisieren, wenn sie sie für die Agitation und Propaganda heranziehen und sie in der Massenarbeit auswerten würden – und das gilt nicht nur für Materialien zu diesem Problem! Was in dieser Beziehung beispielsweise im „Kirow“-Werk (dem ehemaligen Putilow-Werk) und im „Ishora“-Werk getan worden ist, zeigt, welche kostbaren Auskünfte und Materialien die Historiker von unmittelbaren Teilnehmern an den Ereignissen erhalten können.

Das Studium und die Propagierung der Kampftraditionen, des Heldentums der Söhne und Töchter der sowjetischen Arbeiterklasse und die Erziehung der Jugend im Geiste dieser Taten muß von den Betriebshistorikern mit viel größerer Aufmerksamkeit verfolgt werden, als dies bisher geschehen ist.

Mit an erster Stelle unter anderen Problemen, die die organisatorische und erzieherische Funktion der Diktatur des Proletariats und die führende Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus betreffen, steht die Untersuchung der Tätigkeit betrieblicher gesellschaftlicher Organisationen, die mit der sozialistischen Umwandlung in der Landwirtschaft verbunden sind.

Mit dieser Arbeit wurde in den ersten Tagen der proletarischen Revolution begonnen, wobei sich ihre Formen während der verschiedenen Etappen des Aufbaus veränderten, doch sie wurde nicht einen Tag unterbrochen: Abgesandte der Werke halfen in den Dörfern die Sowjetmacht aufzurichten, sie bildeten Komitees der Dorfarmut; Arbeiterformationen kämpften mit der Konterrevolution, und selbst in den schwersten Jahren des Bürgerkrieges erwiesen viele Betriebe der werktätigen Bauernschaft Produktionshilfe; Arbeiter waren nicht selten Organisatoren der ersten Kolchosen und Kommunen.

In Werken und Fabriken entstanden neue Formen der Verbindung mit dem Dorfe – die Patenschaft, die sich von einfachsten Formen kultureller Verbindung in den folgenden Jahren zu allseitiger Hilfe für die werktätigen Bauern entwickelte. Während der Kollektivierung schickte das Putilow-Werk einige Tausend Arbeiter aufs Land, das Werk „Krasny Treugolnik“ mit einem Schlag dreihundert Aktivisten von insgesamt 25000 Beschäftigten usw.

Nach dem Großen Vaterländischen Krieg, in der Periode des steilen Aufstiegs der Landwirtschaft nach dem Septemberplenium des ZK der KPdSU im Jahre 1953 entwickelten sich neue Formen der Hilfe des Betriebes für die Landwirtschaft: die Entsendung von 30000 Fachleuten in die Landwirtschaft, die Erschließung von Neuland durch den Komsomol usw.

Ein gründliches Studium dieser Fragen wird eine Menge neuer, wichtiger und interessanter Momente in der Betriebstätigkeit aufdecken; besonders interessant wäre es zu untersuchen, was aus den 25000 Aktivisten der Kollektivierung wurde, wieviele von ihnen für immer auf dem Land geblieben sind, welche Rolle sie später gespielt haben usw. Wenn unsere Jugend durch die Gestalt des Dawydow vom „Putilow“-Werk aus Scholochows Roman „Neuland unterm Pflug“ eine Vorstellung von den „25000“ gewinnt, so hat zum Beispiel doch noch niemand die Frage nach der Rolle jener Tausende Komsomolzen untersucht, die mit einem Komsomolauftrag aufs Land gingen, um als Mitarbeiter in den Politischen Abteilungen der MTS oder in ländlichen Kreiskomitees des Komsomol usw. zu arbeiten.

Der Leningrader Gebietsverlag hat drei Sammelbände mit dem Titel „Bastionen der Revolution“ herausgegeben. Einer dieser Bände ist der Beteiligung einiger Leningrader Werke an der revolutionären Umgestaltung des Dorfes gewidmet. Wir wollen hoffen, daß solche Sammelbände (zu diesem Thema und auch zu anderen Problemen) auch in anderen Gebieten erscheinen werden.

Viele Kräfte stellten die Arbeiterkollektive für den Aufbau des neuen Staatsapparates, für die Sowjet- und Wirtschaftsorgane, für den Partei- und den Gewerkschaftsapparat zur Verfügung. Später übernahmen Betriebe die

Patenschaft über Sowjetinstitutionen, in die sie ihre besten Kollegen delegierten; sie übernahmen Patenschaften über die Rote Armee und die Flotte, über Schulen und Hochschulen und über Großbauten – und überall leistete der Klassenhegemon seinen Beitrag zum Aufbau des neuen Lebens und zur Erziehung der Werktätigen.

In allen geschichtlichen Etappen nahmen die internationalen Beziehungen der Arbeiterkollektive zu den ausländischen Klassenbrüdern und zu den Werktätigen der unterdrückten Länder im Leben des sowjetischen Betriebes einen wichtigen Platz ein. Die Tätigkeit der Internationalen Organisation zur Unterstützung von Kämpfern der Revolution (MOPR), der Briefwechsel mit ausländischen Kollegen, die materielle Hilfe für Gefangene des Kapitals, für Streikende und Opfer von Naturkatastrophen, der Austausch von Delegationen, die festen, nach dem Krieg immer weiter ausgebauten Verbindungen zu verwandten Betrieben in den Ländern des sozialistischen Lagers, die freundschaftlichen Beziehungen zu den zurückgebliebenen und schwachentwickelten Ländern, die Beteiligung am Bau von Industrieanlagen und an der Heranbildung von Fachleuten für diese Länder, die Teilnahme am Kampf für den Frieden und an verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen – dies alles zeugt von dem hohen Bewußtsein der sowjetischen Arbeiterklasse, von dem tiefen Verständnis für ihre internationale Pflicht und ihre historische Rolle im Kampf um den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt.

Die Betriebsgeschichte ist nicht die Geschichte der Parteiorganisation, sie ist ihrem Material nach umfassender. Doch Kern und Herzstück der Geschichte des sowjetischen Betriebes ist in jeder Periode die Tätigkeit der Parteiorganisation als einer Kraft, die die Energie der Massen auf die Lösung konkreter Aufgaben und auf die Verwirklichung der Generallinie der Partei hinlenkt.

Die führende Rolle der Partei ist die allgemeinste, objektive und entscheidende Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung des sowjetischen Betriebes und der gesamten Sowjetgesellschaft, sie muß gründlich studiert werden und sich in allen Aspekten der Entwicklung des Betriebes und des Betriebskollektivs deutlich widerspiegeln. Ohne dies ist die Betriebsgeschichte nicht wissenschaftlich, nicht objektiv und nicht notwendig.

Einer der Hauptfehler der meisten bisher geschriebenen Bücher besteht in dem mangelnden Verständnis für diese Gesetzmäßigkeit, in der ungenügenden Widerspiegelung der ständig wachsenden Rolle der Parteiorganisation und der Kommunisten als der Avantgarde bei der Darstellung der ganzen Vielfalt des Lebens des Betriebskollektivs in allen Etappen der Geschichte des Werkes.

Es gibt merkwürdige Tatsachen.

Eine Autorengruppe, die an der Geschichte eines der berühmten Leningrader Betriebe arbeitete, brachte es fertig, das Entstehen und das Wachstum der Stachanowbewegung ohne jede Berücksichtigung der Parteiorganisation zu behandeln. Ein solcher „falscher politischer Zungenschlag“ (Gorki) zeigt,

wohin ein journalistisches „Vorpreschen“ anstelle gründlicher, sachkundiger Quellenforschung führt.

Viele Autoren umgehen in der Betriebsgeschichte solche Fragen wie den Kampf der Partei mit parteifeindlichen Elementen, mit der trotzkistisch-sinowjewistischen Opposition und den rechten Abweichungen völlig und behandeln die politische Arbeit der Partei unter den Massen überhaupt nicht. Dabei hat die Masse der parteilosen Arbeiter nicht nur stets die Generallinie der Partei unterstützt, sondern sogar aktiv für sie gekämpft. Die 16000 Mitglieder des Betriebskollektivs des Werkes „Krasny Treugolnik“ schickten eine Delegation zum XV. Parteitag, und die parteilose Arbeiterin Basajewa erklärte von der Tribüne dieses Parteitages herab: „Unser ‚Krasny Treugolnik‘ hat uns beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß wir es niemals gestatten werden, unsere Leninsche Partei zu spalten. Ein für allemal – nieder mit der Opposition, es lebe die Partei Lenins. Festigt noch mehr die stählerne Einheit, ihre Kraft . . .“¹⁶

Man kann keine wissenschaftliche Geschichte schreiben, ohne dieses Ringen zu beschreiben, das von der lebenswichtigen, unzerstörbaren Verbindung der Partei mit dem Volk zeugt. Das Studium des Kampfes der Partei gegen „linke“ und „rechte“ Opportunisten, die Darstellung der sozialen Basis dieser Abweichungen in den Betrieben, die zweifellos die Stimmung der verschiedenartigen Schichten neuer Arbeiter widerspiegeln, ist eine wichtige Aufgabe der Erforscher und Verfasser von Betriebsgeschichten.

Die Tätigkeit des Betriebes und der betrieblichen Organisationen wird durch übergeordnete Organe der Partei, der Gewerkschaft, des Staatsapparats, der Wirtschaft und anderer Institutionen angeleitet. Die Werkleitungen erhalten stetige Hilfe von den Kreis- und Stadtleitungen der Partei, vom ZK der Partei, von Ministerien und Volkswirtschaftsräten. Man muß auch diese Seite in der Geschichte des Werkes beleuchten.

Ein Mangel vieler Bücher besteht auch darin, daß man darin zu wenig leitenden Wirtschaftsfunktionären gesellschaftlicher Organisationen begegnet. In allen Etappen des Kampfes und des Aufbaus haben die Volksmassen unter den Bedingungen der Sowjetdemokratie führende, der Partei ergebene Menschen hervorgebracht, die sie auf ihrem Weg anspornten; viele von ihnen sind zu Unrecht vergessen, man muß ihre Namen finden. Die Volksmassen machen Geschichte, doch die Massen werden von konkreten Menschen geführt. Man darf die Rolle der Massen nicht verkleinern, aber auch nicht die Rolle der Führer. In den verschiedenen Etappen haben verschiedene Menschen als Anführer gewirkt; es wuchs die Masse, es wuchsen auch die Führer, und die Partei stellte immer höhere Anforderungen an sie; einige der leitenden Funktionäre blieben hinter dem Leben zurück, sie gerieten in den Hintergrund, und

¹⁶ XV съезд Всесоюзной Коммунистической партии (б). Стенографический отчет (XV. Parteitag der KPdSU (B). Stenographischer Bericht), Moskau u. Leningrad 1928, S. 22.

an ihre Stelle traten neue Führer, die aus der Masse hervorgewachsen waren und durch richtige Leitungstätigkeit den Erfolg der Sache gewährleisteten. Man muß sie darstellen. Lenin lehrte die Historiker, geschichtliche Persönlichkeiten nicht nach dem zu beurteilen, was sie nicht getan haben, sondern nach dem, was sie getan haben.

Die führende Rolle der Partei soll, gleichsam wie das Sonnenlicht, die gesamte Geschichte des sowjetischen Betriebes erleuchten. Dabei geht es nicht um deklamatorische, schablonenhafte Phrasen von der führenden, organisierenden, mobilisierenden Rolle der Parteiorganisationen und der Kommunisten, sondern um die klare überzeugende Darstellung dieser Rolle. Die Fehler, die sich bei der Behandlung der Rolle der Parteiorganisationen in der Betriebsgeschichte zeigen, ergeben sich daraus, daß die Autoren es nicht verstehen, die Tatsachen ihrer Bedeutung nach richtig einzuschätzen, daß sie den Zusammenhang zwischen den Erscheinungen und Ereignissen und ihre wissenschaftliche und politische Bedeutung nicht richtig erkennen.

Bei der Ausarbeitung der Geschichte eines jeden Betriebes muß das Problem der Periodisierung richtig gelöst werden. Grundlage hierfür ist die marxistische allgemeinhistorische Periodisierung nach gesellschaftsökonomischen Formationen. Innerhalb dieser allgemeinen Periodisierung der Geschichte der Sowjetgesellschaft gibt es eine weitere Unterteilung: die Große Sozialistische Oktoberrevolution, den Bürgerkrieg, die Wiederherstellungsperiode, die Fünfjahrpläne, den Großen Vaterländischen Krieg, die Fünfjahrpläne der Nachkriegszeit, den Eintritt des Landes in die Periode des entfalteten Aufbaus des Kommunismus. Oftmals übertragen Autoren jedoch mechanisch die allgemeinhistorische Periodisierung auf die Geschichte des betreffenden Betriebes, ohne die Besonderheiten seiner Entwicklung zu berücksichtigen, was zu Schablonenhaftigkeit, zur „Standardisierung“ des historischen Prozesses führt. Sie wandeln die Geschichte des gegebenen Betriebes zur Illustration der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Geschichte des Landes ab.

Dabei weist die Geschichte einzelner Betriebe oftmals derartige Besonderheiten auf, daß sie sich einfach nicht in das Prokrustesbett allgemeiner Schemata einfügen läßt. Die allgemeine Periodisierung muß in bezug auf die Geschichte des jeweiligen Betriebes konkretisiert werden, was allerdings erst dann möglich ist, wenn die grundlegenden Materialien erforscht sind.

So war beispielsweise die Periode der Wiederherstellung in den verschiedenen Betrieben nicht zur gleichen Zeit zu Ende; der Erste und Zweite Fünfjahrplan wurden nicht überall zur gleichen Zeit erfüllt, und der Vierte Fünfjahrplan war für viele Betriebe, die durch den Krieg keinen Schaden nahmen (im Ural, im Fernen Osten, in den mittelasiatischen Republiken) keine Wiederherstellungsperiode. Sehr spezifisch ist die Periodisierung vieler Großbauten (Wasserkraftwerk am Wolchow, Großbauten der Kriegs- und Nachkriegszeit usw.). Die Befürchtung einiger Historiker und Schriftsteller, daß sich „alle Geschichten ähneln, nur die Namen der Menschen unterschieden werden“, muß im wesentlichen hinfällig sein, wenn man unter Berücksichtigung aller Besonderheiten

der Entwicklung des jeweiligen Betriebes und unter Hervorhebung der Hauptmomente seiner Geschichte, die in den Mittelpunkt des Buches gestellt werden, richtig an die konkrete Periodisierung herangeht. Man muß darauf verzichten, in der Geschichte jedes einzelnen Betriebes unbedingt alle Perioden gleich ausführlich zu behandeln. Ein solches Herangehen führt nicht zur Bereicherung der Geschichtswissenschaft, sondern zu langweiligen Büchern und zwingt die Autoren, die Lücken mit Allgemeinheiten oder wenig aussagekräftigem Material zu füllen.

In der Betriebsgeschichte der Sowjetepoche können auch solche Ereignisse und Tatsachen zu Marksteinen werden, wie das Unabhängigwerden von Importen wichtiger Erzeugnisse, die Ausführung besonders wichtiger Aufträge, die Gestaltung des Produktionsprogramms entsprechend der Produktionsplanung, Überführungen aus der Gruppe „B“ in die Gruppe „A“, Evakuierung und Rückführung, Einrichtung neuer Betriebe am Ort der Evakuierung, weitgehende Rekonstruktion, Einführung neuer Technologie, Automatisierung usw. Feststeht jedenfalls, daß die Befürchtung, alle Bücher könnten sich gleichen und nach einem Schema geschrieben sein, bei schöpferischem Herangehen an die wissenschaftliche Ausarbeitung des Materials unbegründet ist und von selbst entfällt.

Das Leben selbst ist reicher als alle Schemata, und Denkschablonen können und müssen überwunden werden. Selbstverständlich halten sich alle Besonderheiten im Rahmen der allgemeinen historischen Perioden, doch die konkrete Periodisierung der Geschichte des jeweiligen Betriebes darf durch einen solchen Rahmen nicht beengt werden. Dies ist keine Formfrage, sondern dadurch werden in wesentlichem Maße der Inhalt des künftigen Buches, seine Struktur und die Proportion in der Behandlung der einzelnen Zeitabschnitte, Tatsachen und Ereignisse bestimmt. Das Wichtigste im Leben des Betriebes, des Arbeiterkollektivs soll zum Mittelpunkt des Buches werden.

Dies ist der Kreis der Grundprobleme, deren Studium es ermöglichen wird, den Reichtum des historischen Inhalts des einzelnen sowjetischen Betriebes zu erschließen, die Produktionsarbeit und die politische und kulturelle Tätigkeit des von Kommunisten geführten Betriebskollektivs zu beschreiben und seine Rolle bei den sozialistischen Umgestaltungen des Landes, bei der Entwicklung neuer Formen des staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, bei der Gestaltung des neuen Alltags, bei der Verteidigung der Heimat darzustellen. Nicht alle Probleme sind von gleicher Bedeutung und von gleichem Interesse für die verschiedenen Betriebe in den verschiedenen Etappen ihrer Entwicklung. Nicht alle sind in diesem Überblick erwähnt worden. So waren zum Beispiel für die neuen Betriebe, die unter der Sowjetmacht in den ehemaligen Randgebieten errichtet wurden, das Problem der Entwicklung nationaler Kader und die dabei geleistete Hilfe der russischen Arbeiterklasse, der Kampf gegen Abweichungen in der nationalen Frage usw. von besonderem Interesse. Auf der Grundlage einer eingehenden Untersuchung der Hauptprobleme der Geschichte des betreffenden Betriebes muß konkret gezeigt werden, wie sich die

Arbeiterklasse in eine neue Klasse der sozialistischen Gesellschaft verwandelte, die sich grundsätzlich vom Proletariat der kapitalistischen Länder unterscheidet, welchen Beitrag dieses Kollektiv beim Aufbau des Sozialismus leistete und leistet, worin sich in dem jeweiligen Zeitabschnitt die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Bewegung der Massen zum Kommunismus hin ausdrückten und welches die Besonderheiten, die den verschiedenen Bedingungen und Faktoren entsprechenden Eigentümlichkeiten dieser Bewegung waren.

Welch interessante und dankbare Aufgabe für Historiker – und welch große Verpflichtung der sowjetischen Geschichtswissenschaft gegenüber der sowjetischen Arbeiterklasse! Gibt es denn für die sowjetische Geschichtswissenschaft eine andere, wichtigere Aufgabe als die Ausarbeitung der Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse? Kaum! Doch bei der gegenwärtig herrschenden Handwerkelei auf diesem Gebiet ist ein hohes Qualitätsniveau der Betriebsgeschichtsschreibung nicht gewährleistet. Die gesellschaftlichen Organisationen der Betriebe können bei weitem nicht überall und immer dieses Ziel erreichen.

GEGEN HANDWERKELEI IN DER ARBEIT AN DER GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

Die auf Initiative von Betriebsparteiorganisationen, von Kreis- und Stadtleitungen der Partei entfaltete Massenbewegung zur Schaffung der Geschichte der Fabriken und Werke hat noch nicht die entsprechende Beachtung und auch nicht die notwendige Unterstützung der Wissenschaftler gefunden. Führende wissenschaftliche Institutionen, Lehrstühle für Geschichte und Sozialökonomik an Hochschulen und Technischen Hochschulen und führende Zeitschriften beschäftigen sich nicht mit den Problemen der Methodologie und der Methodik der Arbeit an der Geschichte einzelner Betriebe. In vielen Betrieben wird diese Arbeit ohne Beteiligung von wissenschaftlichen Mitarbeitern in Angriff genommen. Als Autoren werden häufig, wie es der Zufall gerade will, unvorgebildete Personen gewonnen, und dem entspricht dann auch die Qualität.

Die Mehrzahl der betriebsgeschichtlichen Arbeiten erscheint in Gebiets- und Behördenverlagen, häufig als „gebundene Auflage“, und in einer so geringen Zahl von Exemplaren – zuweilen sind es nur 500 bis 1000 –, daß die Bücher nicht nur nicht auf das Bücherbrett von Historikern gelangen, sondern nicht einmal die großen Bibliotheken erreichen. Die wissenschaftlichen Zeitschriften bringen in der Regel keine Besprechungen dieser Literatur, und in den wissenschaftlichen Kreisen bleiben derartige Veröffentlichungen nahezu unbekannt. Besonders oberflächlich und verantwortungslos wird gerade die Sowjetperiode behandelt. Ohne ernsthafte Unterstützung der Betriebe durch Wissenschaftler, ohne Hinzuziehung von Historikern, Ökonomen, Mitarbeitern von Archiven und wissenschaftlichen Bibliotheken, ohne die Einführung einer bestimmten

Ordnung und Planmäßigkeit auf diesem Gebiet ist es unmöglich, betriebsgeschichtliche Werke von hoher Qualität zu schaffen, die dem gegenwärtigen Stand der Geschichtswissenschaft entsprechen.

Bekanntlich war die Arbeit an der Geschichte der Fabriken und Werke vor dem Krieg zentralisiert. Für die Anleitung wurde entsprechend einem Beschluß des ZK der KPdSU (B) vom 10. Oktober 1931 die Hauptredaktion „Geschichte der Werke“ geschaffen, an deren Arbeit sich wissenschaftliche Institutionen aktiv beteiligten – so das Institut für Geschichte der Kommunistischen Akademie, das Institut für Technikgeschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Archive, Staatliche Bibliotheken, Gewerkschaften, Komsomolorganisationen und die Gesellschaft „Alte Bolschewiki“. Die Hauptredaktion stellte ein Verzeichnis der Betriebe zusammen, deren Geschichte in erster Linie dargestellt werden sollte. Zuerst war vorgesehen, die Geschichte von über hundert Betrieben auszuarbeiten, jedoch wurde aus Mangel an qualifizierten Kräften eine Auswahl von sechsundzwanzig der größten Betriebe getroffen.

Jetzt wird die Arbeit im Unions- oder Republikmaßstab überhaupt nicht angeleitet. Es existieren keinerlei Plan und keine vereinbarte Reihenfolge für die Erarbeitung von Betriebsgeschichten. Die Autoren erhalten keinerlei organisierte Hilfe durch wissenschaftliche Institutionen. Die Arbeit an Lehrstühlen der Hochschulen, die sich in diese Sache eingeschaltet haben, wird weder koordiniert noch angeleitet.

Wer kann und soll heute nun die wissenschaftliche Leitung der Arbeit an der Geschichte der Fabriken und Werke übernehmen? Es besteht keine Notwendigkeit, zu alten Organisationsformen (Hauptredaktion und ein ihr angeschlossener Spezialverlag, „Geschichte der Werke“) zurückzukehren. Heute muß das Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit seinen Filialen die wissenschaftliche Leitung dieses großen Vorhabens übernehmen, und in den Unionsrepubliken ist dies Sache der analogen Institutionen und ihrer Filialen im Republikmaßstab. Bei den Sektionen dieser Institute für das Studium der Geschichte der Sowjetgesellschaft müssen Gruppen von Mitarbeitern gebildet werden, die sich speziell mit diesem Gebiet beschäftigen.¹⁷ Die Schaffung *literarischer* Werke über die Betriebsgeschichte ist Sache des Schriftstellerverbandes. Seine örtlichen Organisationen müssen sich in Verbindung mit Historikern und unter deren wissenschaftlicher Anleitung mit dieser Aufgabe befassen.

Die Betriebsgeschichte wird, wie A. M. Gorki richtig bemerkte, nicht in der Art akademischer Ausgrabungen geschrieben, sondern als Kampf um den Kom-

¹⁷ Inzwischen sind in der sowjetischen Betriebsgeschichtsschreibung, vor allem auf Grund der Beschlüsse des XXII. Parteitages der KPdSU, wesentliche Fortschritte erzielt worden. Über den derzeitigen Stand und die Perspektiven der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet informiert ein Artikel von L. S. Rogatschewskaja in: *Вопросы истории*, 3/1963, den wir im nächsten Band unseres Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 1, in deutscher Übersetzung abdrucken (d. Red.).

munismus. „Es ist durch die Praxis erwiesen“, schrieb A. M. Gorki an Sergo Ordshonikidse, „daß sich das Schreiben der ‚Geschichte der Werke‘ als eine Waffe im Kampf um die Erfüllung der Produktions- und Finanzpläne und um den erfolgreichen Verlauf des Aufbaus erweist“¹⁸.

Auf dem XXI. Parteitag der KPdSU unterstrich N. S. Chruschtschow, „daß die Verbindungen zwischen wissenschaftlichen Institutionen und der Praxis stetig gefestigt werden sollen“. Einiges wird auch in dieser Richtung von den Historikern getan, doch es geschieht, vor allem an den Lehrstühlen der Hochschulen, vorläufig noch in ungenügendem Maße. Die Beteiligung der wissenschaftlichen Institutionen, der wissenschaftlichen Mitarbeiter an der betriebsgeschichtlichen Arbeit bildet eine wichtige und fruchtbare Möglichkeit zur Festigung der Verbindung von Wissenschaft und Produktion, wozu uns die Partei so dringend aufruft.

Die Partei hat jetzt alle Bedingungen dafür geschaffen, daß die Gesellschaftswissenschaften auf die Höhe der Aufgaben gehoben werden, vor denen das Sowjetvolk in der Periode des Übergangs zum Kommunismus steht. Das Zurückbleiben der Geschichtswissenschaft auf dem Gebiet der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte, die eine große Bedeutung für die von den heroischen Traditionen der sowjetischen Arbeiterklasse ausgehende kommunistische Erziehung des Volkes, insbesondere der Jugend, hat, muß beseitigt werden.

Dem Inhalt nach tiefgründige, der Form nach klare kämpferische und parteiliche Bücher braucht nicht nur das Sowjetvolk: Unsere Erfahrungen sind eine außerordentlich kostbare Schatzkammer für die Völker aller Länder. Das, was für uns schon Geschichte ist, ist für andere Länder das Heute oder Morgen. Unsere Erfahrungen helfen den Bruderparteien in jeder Beziehung unmittelbar, den Sozialismus zu erbauen. Unsere betriebsgeschichtlichen Erfahrungen wurden von ausländischen Kollegen nicht ignoriert: In der ČSSR, in der DDR und in der Volksrepublik China wurde mit analoger Arbeit begonnen; man blickt auf das von uns Geleistete, und wir müssen unsere Aufgaben in vollem Bewußtsein ihrer Bedeutung und unserer Verantwortung erfüllen.

Die Geschichte eines jeden sowjetischen Betriebes bietet große Möglichkeiten, konkret, überzeugend und klar die großen Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung darzustellen und der bourgeoisen und revisionistischen Ideologie von diesem Abschnitt aus Schläge zu versetzen. Die Geschichte der sowjetischen Fabriken und Werke kann zur „Schlacht der Ideologien“ einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Direktiven des XXII. Parteitages, die die Gesellschaftswissenschaftler verpflichten, grundlegende Arbeiten zu schreiben, in denen die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und die Praxis des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus verallgemeinert werden, gelten in vollem Umfange auch für die Betriebsgeschichtsschreibung.

¹⁸ A. M. Горький и создание истории фабрик и заводов, а. а. О., S. 225 (wird in diesem Sammelband erstmalig veröffentlicht).

Carl Zeiss Jena einst und jetzt

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von WOLFGANG SCHUMANN

Rütten & Loening, Berlin 1962, 941 S., DM 22,80.

Rund 250 betriebsgeschichtliche Arbeiten sind nach bisher vorliegenden Untersuchungen in der DDR erschienen. Viele von ihnen sind nur kleinere Broschüren, die Teilprobleme einer Betriebsgeschichte behandeln. Eines zeichnet sie jedoch fast alle aus: Sie sind unter der Mitarbeit der jeweiligen Werkkollektive entstanden, und je erfolgreicher die sozialistische Revolution in der DDR zum Siege geführt wurde, desto umfassender wurde diese Mitarbeit. Die meisten betriebsgeschichtlichen Schriften erschienen in den Jahren 1958 bis 1962, oft aus allgemein-historischen Anlässen wie dem 40. Jahrestag der Novemberrevolution (1958)¹ oder dem 10. Jahrestag der Gründung der DDR (1959)², öfter noch aus Anlaß betrieblicher Jahrestage wie zehn Jahre VEB³ oder vierzig⁴, fünfzig⁵ oder hundertjähriges⁶ Bestehen des Betriebes und ähnlicher Daten.⁷

- ¹ *Zimmer, Horst*, Der heroische Kampf der ‚Recenia‘-Arbeiter in Hartmannsdorf unter Führung der KPD zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929–1933. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der deutschen Novemberrevolution, 1958. (Bei diesem Hinweis und den folgenden in den Anm. 2–7 vermerken wir nur Beispiele aus den letzten Jahren.)
- ² *Gerhardt, Hans*, Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen und seine Verwirklichung, hg. aus Anlaß des 10. Jahrestages der DDR von der BPO des VEB Fahrzeug- und Getriebewerkes „Joliot-Curie“, Leipzig (1959).
- ³ *10 Jahre VEB Bau (K), Annaberg*. Bericht des Betriebsleiters Otto Seydel, (1961); *10 Jahre Eisen aus Calbe*, hg. von der Werkdirektion des VEB Niederschachtofenwerk Calbe (Saale), (1961); *10 Jahre VEB Röhrenwerk Mühlhausen in Thüringen*. Festschrift, (1962); *10 Jahre VEB Werkstoffprüfmaschinen Leipzig*. 1952–1962, (1962).
- ⁴ *40 Jahre Kraftwerk Finkenheerd. 1921–1961*. Vom MEW-Konzern zum volkseigenen Betrieb, verf. v. Heinz Ain, Hans Wulff, Fritz Kracheel u. Werner Mrosan, 1961.
- ⁵ *Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Kaliwerkes Bleicherode 1899–1949*, hg. v. der Staatlichen AG für Düngemittel–Kainit, Zweigniederlassung Erfurt, Kaliwerke Bleicherode, Bleicherode 1949.
- ⁶ *Von den Brückenbergschächten zum Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau. 1859–1959*, hg. v. der Leitung der BPO und der Werkleitung des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau, (1961).

Neben all diesen Arbeiten, deren Bedeutung und propagandistische Wirkung häufig noch unterschätzt werden, wurde eine Reihe von Werken verfaßt, die wir als wissenschaftliche Betriebsgeschichten bezeichnen können. Wenn wir uns hier einem solchen Werk zuwenden, sei jedoch von vornherein festgestellt, daß jede betriebsgeschichtliche Arbeit in der dialektischen Einheit von Wissenschaft und Propaganda betrachtet werden muß. Die Wissenschaftlichkeit der von uns „wissenschaftlich“ genannten Werke besteht nicht in einer größeren historischen Wahrhaftigkeit – diese wird auch in den kleinsten Propagandaschriften vorausgesetzt –, sondern in ihrer umfassenderen Verallgemeinerung und theoretischen Durchdringung, ihrer größeren Gründlichkeit, ihrer breiteren Quellengrundlage und ihres exakteren wissenschaftlichen Apparates, von den Quellennachweisen bis hin zu Statistiken, Tabellen und sonstigen Übersichten. Gerade von dieser Art gab es in den letzten Jahren einige bemerkenswerte Arbeiten, von denen vor allem die Arbeiten über den Mansfeld-Konzern⁸, das dreibändige Geschichtswerk über den Chemiegiganten in Leuna⁹, die Arbeit über das Stahl- und Walzwerk Riesa¹⁰ und die Betriebsgeschichte des Steinkohlenwerkes „Karl Marx“ in Zwickau¹¹ erwähnt seien. Jede dieser Arbeiten ist ein gelungener Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter einem ihrer entscheidendsten Aspekte, dem der Betriebsgeschichte. Dabei wurde nicht nur wissenschaftliches Neuland erforscht, sondern verschiedentlich wurden auch neue, unkonventionelle Wege bei der Ausarbeitung eingeschlagen. Die Geschichte des Leuna-Werkes „Walter Ulbricht“ schrieb ein größeres

⁷ *275 Jahre Hüttenwerke Thale 1686–1961*, hg. v. der Werkleitung des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale, bearb. v. Bert Brennecke u. einem Werkkollektiv, (1961).

⁸ *Jonas, Wolfgang*, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924–1945, Berlin 1957; *Radandt, Hans*, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld. Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1957; *Robbe, Waltraud*, Die Knappschaftsfessel von Mansfeld. Ein Beitrag zur Geschichte der Lage und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit von 1850 bis 1900, Berlin 1958; *Imig, Werner*, Streik bei Mansfeld. Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930 und seine Unterdrückung mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik, Berlin 1958; *Paterna, Erich*, Da stunden die Bergkleute auff. Die Klassenkämpfe im Mansfeldschen Kupferschieferbergbau von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis 1622 und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen, 2 Bde, Berlin 1960; *Lärmer, Karl*, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961.

⁹ *Kämpfendes Leuna (1916–1945)*. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, T. 1, 2 Halbbde, Berlin 1961; *Befreites Leuna (1945–1950)*. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, T. 2, Berlin 1959.

¹⁰ *Müller, Heinz*, Geschichte des Stahl- und Walzwerkes Riesa, 1843–1945, Berlin 1961.

¹¹ *Von den Brückenbergschächten zum Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau. 1859–1959*, a. a. O.,

Autorenkollektiv, das sich aus Vertretern des Werkes und verschiedener wissenschaftlicher Institute zusammensetzte. Die Geschichte des Karl-Marx-Werkes in Zwickau verfaßte ein Werkkollektiv, das sich von Fachhistorikern beraten ließ.¹² Zum erstenmal wurde hier eine gelungene Werkgeschichte, die wir auch im strengen Sinne zu den wissenschaftlichen rechnen können, vornehmlich von Produktionsarbeitern geschrieben. Zum erstenmal wurde damit auch die Bitterfelder Losung vom forschenden und schreibenden Arbeiter auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte verwirklicht.

*

In die Reihe der wissenschaftlichen Betriebsgeschichten muß auch die vorliegende Geschichte des Zeiss-Werkes in Jena eingeordnet werden. Auch sie entstand durch die Arbeit eines größeren Mitarbeiterkreises. Von den zwölf im Vorwort aufgeführten Autoren gehörten neun zur Friedrich-Schiller-Universität in Jena und drei zum VEB Carl Zeiss. Daraus wird nicht nur eine starke Beteiligung von wissenschaftlichen Fachkräften ersichtlich, sondern das zeugt auch von der Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Institutionen und Produktionsbetrieben auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften.

Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle die Rolle der Werkleitung und der zentralen Parteileitung im VEB Carl Zeiss. Leider ist es in vielen Großbetrieben noch so, daß diese beiden entscheidenden Instanzen die betriebsgeschichtliche Forschung für eine überflüssige oder zumindest nicht gerade vorrangige Aufgabe ansehen. Im VEB Carl Zeiss haben sowohl Werk- als auch Parteileitung die Arbeit organisatorisch und durch politische Ratschläge unterstützt. Nicht umsonst nennen die Verfasser einige Namen, stellvertretend für eine größere Zahl von Freunden und Genossen, die ihnen hilfreich zur Seite standen; genannt werden: das Mitglied des ZK der SED und damals erster Stellvertreter des Werkleiters, Herbert Weiz, der Sekretär der Parteileitung des VEB Carl Zeiss, Ingenieur Helmuth Schmidt, die Frau eines der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes, Lydia Poser, der erste Sekretär der Bezirksleitung Gera, Paul Roscher, und das Mitglied der Bezirksleitung Gera, Günter Müller.

Das Autorenkollektiv unter Leitung von Dr. Wolfgang Schumann, damals noch am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität, hat eine immense Arbeit geleistet. Rund 10000 Aktenbände wurden durchgesehen, um die Geschichte eines der größten feinmechanisch-optischen Betriebe der Welt lebendig werden zu lassen. Hinzu kam noch die Verarbeitung einer umfangreichen Literatur, vor allem der richtungweisenden Dokumente und Beschlüsse

¹² *Wanschaaf, Georg*, Erarbeitung einer Betriebsgeschichte im VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“, Zwickau, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961*, T. 2, Berlin 1961, S. 93–95.

der Partei der Arbeiterklasse, aber auch speziellerer Literatur, verschiedener Zeitschriften und Zeitungsartikel u. ä. Auf 941 Seiten wurde eine beinahe erdrückende Fülle von Material zusammengetragen. Es ist unmöglich, im Rahmen einer Rezension auf alle Einzelfragen einzugehen. Wir werden uns daher auf einige Hauptfragen beschränken, insbesondere auch deshalb, weil diese mehr oder weniger für alle betriebsgeschichtlichen Forschungen zutreffen.

*

Eine wichtige Problematik ist in jeder Betriebsgeschichte das Verhältnis vom Allgemeinen zum Besonderen, die Verbindung der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung mit den betriebsgeschichtlichen Vorgängen. Die Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena kann in dieser Hinsicht für viele Betriebsgeschichten als mustergültig bezeichnet werden. Ungeachtet dessen wollen wir auf einige Punkte hinweisen, die bei zukünftigen Vorhaben noch verbessert werden können.

Von dem durchaus richtigen Gedanken ausgehend, an den Beginn eines jeden Kapitels einen allgemeinen Überblick über die jeweilige politische Situation zu stellen, haben die Verfasser verschiedentlich zu weit ausgeholt. Welchen unmittelbaren Zusammenhang gibt es zum Beispiel zwischen dem Abriß der internationalen Politik eingangs des siebenten Kapitels, der vom XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) über das Scheitern der Konterrevolution in Ungarn (Oktober 1956) bis zur Liquidierung des Kolonialsystems in einer Reihe von afrikanischen und asiatischen Ländern reicht, und der hier behandelten Geschichte des VEB Carl Zeiss im zweiten Fünfjahrplan und in den ersten Jahren des Siebenjahrplans (1956–1961)? Allgemeine Exkurse über die weltpolitische Entwicklung gibt es an anderer Stelle in großer Zahl und ohne Zweifel auch tiefgründiger. In diesem Werk hat die Weltpolitik nur dann ihren Platz, wenn ihr unmittelbarer Einfluß auf die Entwicklung des VEB Carl Zeiss nachgewiesen wird. Ähnliches gilt auch für die historischen Daten aus der Entwicklung der DDR. Eine Betriebsgeschichte gewinnt nicht an Überzeugungskraft, wenn der V. Parteitag der SED (Juli 1958) oder die Staatsratserklärung vom Oktober 1960 nur erwähnt wird. Die betriebsgeschichtliche Forschung muß sich hier die Aufgabe stellen, den Zusammenhang der politischen (mitunter auch weltpolitischen) Ereignisse mit dem betriebsgeschichtlichen Geschehen zu zeigen – und diesen Zusammenhang gibt es selbstverständlich – und das für die Betriebsgeschichte Wesentliche herauszuschälen.

Die Problematik Allgemeines-Besonderes tritt auch in dem Verhältnis der vielfältigen Fakten und der Faktenauswahl zutage. Die Masse der Fakten verlangt nicht nur bestimmte Konzeptionen für das Gesamtwerk oder die größeren Abschnitte, sondern für jeden Unterabschnitt. Nur unter dieser Voraussetzung kann die notwendige Beschränkung auf das Wesentliche durchgesetzt werden. Gerade das ist jedoch nicht immer gelungen. Verschiedentlich

scheint der eine oder andere Autor in der Menge der Details seine Konzeption zu verlieren. Aus der Fülle der Fakten wird kaum noch der eigentliche betriebsgeschichtliche Verlauf ersichtlich. Einzelne Abschnitte verlieren dadurch an Übersichtlichkeit (siehe hierzu unter anderem Kapitel 3, insbesondere Abschnitt 3 und 4)¹³. Derartige Schwächen hätten vermieden werden können, wenn man die klare Entwicklungslinie, die das gesamte Buch durchzieht und die von den Autoren selbst in der Analyse der Klassenkräfte in den einzelnen historischen Perioden gesehen wird (S. 5), konsequenter auf die einzelnen Abschnitte aufgegliedert hätte. Sicher hätten auch Zusammenfassungen am Ende der einzelnen Abschnitte zu einer besseren Orientierung beigetragen.

*

Auch von der methodischen Seite her ergeben sich einige prinzipielle Fragen. Wie soll die Gliederung in einem so umfänglichen Werk vorgenommen werden? Soll sie chronologisch oder systematisch konzipiert sein? Die Zeiss-Geschichte behandelt den betriebsgeschichtlich großen Zeitraum von 1846 bis 1961, also einhundertfünfzehn Jahre. Dadurch bietet sich das chronologische Ordnungsprinzip an. Gleichzeitig enthält die Betriebsgeschichte verschiedene systematische Schwerpunkte. Einmal ergeben sie sich aus dem Charakter der Betriebsgeschichte – werden doch eine Reihe von gesellschaftlichen Bereichen erfaßt, die von verschiedenen historischen Disziplinen untersucht werden, insbesondere politische Geschichte, Geschichte der Arbeiterbewegung, Lokalgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Geschichte der Technik –, zum anderen ergeben sie sich aus der spezifischen Geschichte des jeweiligen Betriebes – standen die Autoren der Zeiss-Geschichte doch vor der Aufgabe, für den Betrieb im Brennpunkt stehende Probleme zu behandeln wie den Charakter der Zeiss-Legende, die wissenschaftlichen Traditionen, insbesondere die Abbésche Schule, die Beziehungen zur Universität in Jena und Lohn- und Akkordfragen des Zeiss-Betriebes in der kapitalistischen Ära.

Die Autoren haben sich dieser schwierigen Aufgabe mit viel Geschick angenommen. Sie sind hier nach der einzig möglichen Methode verfahren, Chronologie und Systematik zu verbinden, die Geschichte zunächst chronologisch zu unterteilen und innerhalb der einzelnen, bestimmte Zeitepochen behandelnden Abschnitte ausführliche Erörterungen über die systematischen Schwerpunkte zu bringen. Da wir diese Art der Darstellung auch für andere Betriebsgeschichten als vorbildlich ansehen, wollen wir noch etwas näher darauf eingehen.

Eine der unklarsten und lange Zeit am meisten diskutierten Fragen in der Zeiss-Belegschaft war die sogennante Stiftungslegende. Jahrzehntlang wurde

¹³ Alle weiteren Kapitel- und Seitenangaben ohne Titel im laufenden Text beziehen sich auf das besprochene Werk.

sie von den Zeiss-Managern zur ideologischen Beeinflussung der Arbeiter und Angestellten benutzt. Auch nachdem der Zeiss-Konzern in die Hände des Volkes übergegangen war, trat sie in der einen oder anderen Variante auf und hemmte die sozialistische Bewußtseinsentwicklung. Sie spielte vom Jahre der Stiftungsgründung an (1889) bis in die Gegenwart hinein eine verhängnisvolle Rolle. Die Autoren setzen sich im ersten Kapitel, das den Zeitraum von 1846 bis 1905 umfaßt, in einem speziellen Abschnitt gründlich mit dieser Legende auseinander und weisen ihre Unhaltbarkeit nach (Kapitel 1, Abschnitt 4). Zunächst geben sie einen Überblick über die Entwicklung der Persönlichkeit Abbés. Sie zeigen seinen Bildungsweg und seine soziale Entwicklung. Klar kommt die doppelte Rolle dieses Mannes als Wissenschaftler und Kapitalist zum Ausdruck. Abbé entscheidet in bezug auf das Zeiss-Werk stets als Kapitalist. Unverhüllt bringt er das Recht auf das kapitalistische Eigentum zum Ausdruck (S. 124): „Die Unantastbarkeit des Eigentums, als strenge Rechtsforderung, gebietet, den Mantel der Verjährung über die Wege zu decken, auf welchen eine Hauptursache der jetzigen sozialen Übel, die exorbitante Größe vieler Einzelvermögen, entstanden ist. Soweit einmal diese Wege außerhalb des Gesichtskreises der lebenden Generation liegen, darf also nicht mehr untersucht werden, wieviel von solchen großen Vermögen durch redlichen Erwerb irgendeiner Art, wieviel durch blutige Gewalttat, durch ‚Bauernlegen‘, durch Arglist und Betrug oder durch schnöden Wucher zusammengebracht sein mag. Alles muß als jetzt unanfechtbares Eigentum der jetzigen Besitzer anerkannt werden.“

1887 legt Abbé zum erstenmal den Gedanken eines Stiftungsbetriebes in einer Denkschrift nieder. Es ist das Resümee einer zehnjährigen Erfahrung als kapitalistischer Unternehmer. Er sieht die sich anbahnenden Veränderungen in der Wirtschaft, den Übergang zum monopolkapitalistischen Stadium und sucht nach Sicherungsmöglichkeiten für die weitere Entwicklung des von ihm geleiteten Werkes. Gefährdet werden konnte es nur dann, wenn auch andere feinmechanische und optische Werke wissenschaftlich-technische Arbeitsmethoden in der Produktion anwandten. Die überragende, auf ein Monopol hinzielende Stellung des Zeiss-Werkes konnte nach Meinung Abbés nur gewahrt werden, wenn eine ständige enge Verbindung zwischen wissenschaftlicher Forschung und Praxis, das hieß zwischen dem Zeiss-Werk und der Universität Jena, bestand und wenn eine feste, hochqualifizierte Stammbesellschaft herangebildet wurde (S. 124f.).

Den Arbeiterfragen widmete Abbé einen Großteil seines Lebenswerkes. Er sah die sozialen Mißstände und wollte sie beseitigen, um den Bestand der bürgerlichen Ordnung zu retten. Er war darin sicherlich einer Reihe anderer Kapitalisten seiner Zeit voraus, wie auch die Auseinandersetzung mit dem Zeiss-Erben Roderich Zeiss verriet (S. 130). Das konnte jedoch nicht verdecken, daß die Umwandlung des Zeiss-Unternehmens in eine Stiftung einen eindeutigen Klassencharakter trug. Sie „entpersonifizierte“ (ebenda) gewissermaßen den Unternehmer. Doch die Macht der Zeiss-Manager blieb nahezu unbegrenzt. Die nach § 94 des Stiftungsstatuts festgelegte Höhe der Einkommen für die

leitenden Kräfte wurde bereits 1905 durchlöchert (S. 135). Das System der Sozialleistungen diente im wesentlichen als Anreizsystem und Lohndruckmittel (S. 146f.).

In seinem Charakter unterschied es sich nicht von ähnlichen sozialen Privilegierungsmaßnahmen anderer Monopole. Im Zeitalter des Monopolkapitalismus tauchten bei allen großen Monopolen besondere Soziallegenden auf, so bei Siemens die Legende vom „sozialen Haus Siemens“, bei IG Farben die Legende von der „großen IG Farben-Familie“ oder bei Krupp die Legende von der „Gemeinschaft der Kruppianer“.

In allen Fällen diente diese Theorie dem Ziel, bei der Belegschaft die Vorstellung einer „Gemeinschaft“ zwischen Monopolherren und Arbeitern zu wecken.

Da die Stiftungslegende nicht nur die Anfänge des Stiftungsunternehmens betrifft, sondern in sehr starkem Maße mit der späteren Geschichte verknüpft ist, muß sie trotz der geschlossenen Darstellung im ersten Kapitel in anderen Zusammenhängen Erwähnung finden. Die Autoren können jedoch auf ihrer ausführlichen Abhandlung aufbauen, wenn sie im dritten Kapitel die Novemberrevolution, die revolutionären Kämpfe in der Nachkriegszeit und die Zeit der relativen Stabilisierung behandeln. Zahlreich sind die Varianten, in denen in den einzelnen Zeiträumen die Zeiss-Legende verbreitet wurde. Schomerus, einer der Zeiss-Manager, brachte die Legende vom bereits sozialisierten Betrieb in Umlauf (S. 256). Der Tübinger Professor Robert Wilbrandt schlug vor, alle Betriebe nach dem Zeiss-Vorbild zu sozialisieren — eine Sozialisierung ohne Enteignung, die sogenannte Abbésierung (S. 258). Der Leiter der zum Zeiss-Konzern gehörenden Firma Schott & Gen., Dr. Zschimmer, wollte wenigstens die optische Industrie im Sinne Wilbrandts abbésieren (ebenda). Der Jenaer Nationalökonom Karl Muhs behauptete, Sozialisierung sei zwar notwendig, aber nicht bei Betrieben, die wie Zeiss vorwiegend exportierten (S. 256).

Nachdem das deutsche Monopolkapital die revolutionären Nachkriegsjahre überstanden hatte und nicht mehr gezwungen war, über Sozialisierung zu sprechen, wandelte sich die Demagogie, die mit der Stiftungslegende betrieben wurde. In den Vordergrund rückten die rechtssozialistischen Konzeptionen von der „Arbeitsgemeinschaft“ und der „Wirtschafts- und Betriebsdemokratie“ (S. 384) — unmittelbare Vorläufer der faschistischen „Betriebsgemeinschaft von Führer und Gefolgschaft“. Abbé-Mythos und Stiftungslegende verschmolzen schließlich mit den faschistischen Propagandathesen „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ (angeblich schon von Abbé geprägt) und „Gemeinsamkeit der Arbeiter der Stirn und der Faust“ (S. 488f.).

Die Darlegungen über die Stiftungslegende sind eine wissenschaftliche Sonderstudie für sich. Anschaulich zeigen sie, wie über einen längeren Zeitraum und eine umfangreiche Darstellung hinweg die geschichtliche Kontinuität von Einzelfakten sichtbar gemacht werden kann.

Auch die wissenschaftlichen Traditionen¹⁴ werden in einem besonderen Abschnitt behandelt (Kapitel 1, Abschnitt 3). Das Zeiss-Werk ist mit dem Lebenswerk mehrerer Generationen von Wissenschaftlern verbunden. Die Darstellung dieser geschichtlichen Leistung kann nicht von den gesellschaftlichen Hintergründen losgelöst werden. Sie muß Größe und Grenzen deutlich machen. Die Verfasser schildern in übersichtlicher Form die Entwicklung der Warengruppen bis 1945. Zahlreiche Namen treten uns entgegen. Die bekanntesten Wissenschaftler werden in einer Kurzbiographie vorgestellt. Zweifellos wird in diesem Abschnitt mit einem zeitlichen Vorgriff gearbeitet. Wir halten ihn jedoch in diesem Fall für berechtigt, weil das starre Festhalten an einer streng chronologischen Ordnung zu überflüssigen Wiederholungen geführt hätte, ganz abgesehen davon, daß die Elastizität der Darstellung gewahrt bleiben muß.

Die Arbeit an der Betriebsgeschichte erfordert nicht nur, daß ein richtiges Verhältnis zwischen Chronologie und Systematik gewahrt wird, sondern auch, daß die einzelnen historischen Disziplinen in einem entsprechenden Verhältnis zueinander erscheinen. Die Betriebshistoriker sind sich einig darüber, daß im Mittelpunkt die Bewegung der Arbeiterklasse stehen muß.¹⁵ Andere wichtige Abschnitte der Betriebsgeschichte sollen die ökonomische Entwicklung und die Geschichte der technisch-sachlichen Produktivkräfte enthalten. Die Betriebsgeschichte des VEB Carl Zeiss erscheint auch in dieser Hinsicht ziemlich ausgewogen. Die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse durchzieht das gesamte Werk als Leitgedanke. In der Regel wird das betriebliche Geschehen mit der örtlichen Geschichte und der Gesamtentwicklung in Deutschland verbunden. Nur vereinzelt bleiben Ausführungen über die allgemeine politische Situation von den betrieblichen Vorgängen isoliert, oder es fehlt die Verbindung zwischen den betrieblichen Ereignissen und der Gesamtpolitik.

Ein besonderes Verdienst der Autoren ist es, daß sie die Herausbildung einer linken Gruppe in Jena unter der Führung des späteren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Emil Höllein (S. 206) und das Wachstum der proletarischen Jugendbewegung unter der Leitung des 1945 von den Faschisten ermordeten Widerstandskämpfers Georg Schumann (S. 207) schildern. Auch dem illegalen Widerstandskampf in der Zeit des Faschismus ist ein besonderer Abschnitt gewidmet (S. 569 ff.). Die lokalhistorischen Daten setzen die betrieblichen Ereignisse in einen größeren Zusammenhang und verleihen ihnen erst die richtigen Proportionen. Es wird allerdings nicht immer wünschenswert sein, die Grenzen so weit zu ziehen, wie es die Autoren in dem Abschnitt „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ (S. 227 ff.) tun. Die ausführliche Be-

¹⁴ Vgl. *Ulbricht, Walter*, Ansprache auf dem Festakt anlässlich des 15. Jahrestages der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität in Jena am 20. 10. 1960, in: *Neues Deutschland* v. 21. 10. 1960, Aug. B.

¹⁵ Siehe vor allem *Lucas, Werner*, Aufgabe und Bedeutung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1961, T. 2, a. a. O., S. 21–41, besonders S. 26; *Gladewitz, Richard*, Unsere Erfahrungen bei der Schaffung der Betriebsgeschichten, in: ebenda, S. 61–65.

handlung der Geschichte der Jenaer Sozialdemokratie in den kritischen Jahren 1914—1917 ist eine äußerst nützliche Arbeit, die jedoch den Betriebsrahmen bereits weit überschreitet. Selbst wenn wir voraussetzen, daß in einer Stadt wie Jena die proletarische Bewegung im wesentlichen von den Arbeitern des Zeiss-Werkes getragen wurde, führen solche Sonderabhandlungen zu einem unverhältnismäßig großen Umfang der Arbeit. Als günstigste Lösung wäre anzustreben, daß sich die betriebsgeschichtliche Forschung auf das Ergebnis von Einzelarbeiten über die örtliche Arbeiterbewegung stützen kann.

Die ökonomische Entwicklung des Konzerns ist in weiten Passagen in die Gesamtbetriebsgeschichte eingeordnet. Sicher hätte es einer größeren Anschaulichkeit gedient, wenn die rein betrieblichen Daten stärker in der Gliederung, vor allem in der Untergliederung, zum Ausdruck gekommen wären. Beispielsweise gehen die vier entdeckten Expansionswellen des Konzerns, die doch betriebshistorisch gesehen von außerordentlicher Bedeutung sind, fast völlig in dem allgemeinen Geschehen unter. Als Mangel muß es auch empfunden werden, daß keine Einschätzung der Rolle und Bedeutung des Konzerns im Weltmaßstab erfolgt. Das Werk wird zwar als größter feinmechanisch-optischer Betrieb der Welt bezeichnet (S. 5), nirgendwo erscheint jedoch ein Beweis für diese Behauptung. Fast völlig außerhalb der Betrachtung bleibt der amerikanische Feinmechanik-Optik-Markt. Außer dem Abkommen zwischen Zeiss und Eastman-Kodak in den Jahren 1927/28 findet sich kaum ein Hinweis darauf (S. 366 f.).

Zur ökonomischen Entwicklung des Konzerns gehört die Rolle der Zeiss-Manager bei der Rüstungsproduktion und der Kriegsvorbereitung, bei der Unterstützung rechtsextremistischer Kreise und der faschistischen Bewegung. Eindeutig widerlegen die Autoren die weitverbreiteten Legenden von der angeblichen Friedensliebe und antifaschistischen Einstellung der Monopolherren von Zeiss. Aufstellungen über den Anteil der Militärabteilung am Gesamtumsatz zeigen, in welchem hohem Maße selbst in Friedenszeiten Produktionsergebnisse in den militärischen Sektor flossen; in den Jahren von 1895 bis 1914 stieg dieser Umsatz von 7,3% (1895/96) auf 57,9% (1913/14) (S. 181). Im Krisenjahr 1930 betrug der Anteil der reinen Rüstungsproduktion immerhin 23,4%, und bis 1938, dem letzten Jahr vor dem zweiten Weltkrieg, kletterte er auf 61,8% (S. 510). Noch weit größer waren die Rüstungsgeschäfte in den Kriegsjahren.

Aufschlußreich sind auch die vielfältigen Beziehungen zu militaristischen und nationalistischen Organisationen in der Weimarer Republik, so zu dem Putschisten Kapp (S. 271), der Organisation Escherich (Orgesch) (S. 272) und der Geheimorganisation Consul (S. 273). Bereits vor der faschistischen Machtübernahme begeisterten sich die Zeiss-Manager und ihre Handlanger für die faschistische Bewegung. Der Zeiss-Statthalter in der niederländischen Zeiss-Metropole Venlo, Schreiber, pries den Duce und wünschte, daß man auch in Deutschland die Fragen „à la Mussolini“ löse (S. 410). Die an die Macht gebrachte faschistische Clique ermöglichte die vierte Expansionswelle des

Konzerns (S. 500ff.). Mit Hilfe der Wehrmacht und des faschistischen Staates wurde der Konzern stark erweitert, bis er im zweiten Weltkrieg einen vorläufigen Höhepunkt seiner Macht erreichte.

Bei der Behandlung der Geschichte der Technik sind die Autoren glücklicherweise nicht der Gefahr erlegen, Einzelheiten zu stark in den Vordergrund zu rücken, obwohl dies bei den hervorragenden wissenschaftlichen und technischen Leistungen des Zeiss-Kollektivs nahegelegen hätte. An die Autoren bleibt lediglich die Frage zu richten, warum sie nicht ebenso wie für die Zeit vor 1945 für die wesentlich kürzere Periode danach einen geschlossenen Überblick über die wichtigsten technischen Leistungen gebracht haben. Die Materialien zur Geschichte der Technik finden sich für diesen Zeitraum, der sechzehn Jahre umfaßt, nur sehr verstreut und für den Leser wenig übersichtlich angeordnet (vgl. S. 728, 815ff., 838 u. 869).

Ein Bestandteil der Gesamtgeschichte scheint uns zu knapp behandelt zu sein: Das ist die Lage der Arbeiterklasse. So wird beispielsweise über die Lage der ausländischen Zwangsarbeiter in der Zeit des Faschismus nicht einmal eine Seite geschrieben (S. 568). Selbst wenn man einräumt, daß in einem Betrieb wie dem Zeiss-Werk, der sehr stark auf intelligenzintensive und hochqualifizierte Arbeit ausgerichtet ist, die Rolle der ausländischen Zwangsarbeiter geringer war als in anderen Konzernen¹⁶, ist bei dem Umfang des Buches eine so schwache Berücksichtigung nicht zu rechtfertigen.

Die schwierige und bisher wenig beachtete sozialhistorische bzw. sozial-ökonomische Seite der Geschichte, die für die Darstellung der Produktionsverhältnisse so wichtige Frage der sozialen Beziehungen innerhalb des Betriebes hätte vor allem unter dem Gesichtspunkt mehr Beachtung finden können, daß sich das Kollektiv auf einen bewährten Kreis qualifizierter Wissenschaftler stützen konnte. Eine Reihe von Möglichkeiten, die, wären sie genutzt worden, anderen Betriebsforschern Anregungen hätten geben können, blieben unbeachtet. So beschränkt sich die Darstellung der Entwicklung von Leitbildern eines neuen „geselligen“ Lebens (S. 857), der Rolle der Frauen und Jugendlichen (S. 785) oder der zentralen ökonomischen Konferenzen (S. 722 f., 819 u. 870) auf allgemeine Feststellungen und Zahlenhinweise. Völlig vergessen wurden Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der Belegschaft und ihren strukturellen Wandel.

Die Richtung, in der auf sozialhistorischem Gebiet geforscht werden muß, zeigen einige andere Beispiele, so die Schilderung des Besuchs des sowjetischen Neuerers und Ingenieurs Prof. Dr. Mitrofanow und die Einführung der Gruppenbearbeitungsmethode (S. 871ff.) (auf diesem Gebiet liegt auch eine bemerkens-

¹⁶ Siehe z. B. *Piskol, Joachim*, Bestrebungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei der Entstehung und Entwicklung des Gustloff-Konzerns, Diplomarbeit, Humboldt-Universität Berlin, Fernstudium Geschichte, 1962. Hier wird auch auf Verbindungen der Zeiss-Manager zu der Gruppe um den faschistischen Reichsstatthalter und Gauleiter in Thüringen, Sauckel, hingewiesen.

werte Arbeit des ehemaligen stellvertretenden Werkleiters Herbert Weiz vor¹⁷), die Ausführungen über die Arbeiterforscher und Arbeitertechnologen (S. 880 f.) oder die angeführten Beispiele für Delegationen zum Studium (S. 744 f.).

*

Die Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe zerfällt in der Regel in zwei Hauptteile: in den Teil, der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse untersucht, und in den Teil, der den Übergang zu sozialistischen Verhältnissen und deren Darstellung zur Grundlage hat. Die Behandlung beider Abschnitte besitzt gleichermaßen große Bedeutung. Trotzdem orientieren wir unsere Betriebsforschung vor allem auf die jüngste Geschichte.¹⁸ Die Gründe dafür liegen im wesentlichen darin, daß dieser Zeitraum, der die größte revolutionäre Umwälzung in der deutschen Geschichte umfaßt, den Zeitgenossen bewußt gemacht werden muß. Vielen sind diese Vorgänge kaum in ihrer ganzen Größe gegenwärtig, da sie sie ständig als unmittelbare Gegenwart erleben und sie sich nicht gleichsam in historischer Distanz mit ihnen auseinandergesetzt haben. In der DDR entstand trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge das wirkliche Wirtschaftswunder in Deutschland, und neben dieses Wirtschaftswunder trat noch ein ideologisches Wunder. Unter den Bedingungen der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR konnten die verhängnisvollen ideologischen Auswirkungen der faschistischen Vergangenheit bewältigt und überwunden werden.

Der jüngste Abschnitt unserer Geschichte ist aber nicht nur von großem propagandistischem Wert, weil er unseren wirtschaftlichen Aufstieg und die geistige Wandlung der letzten achtzehn Jahre zeigt. Höher noch einzuschätzen ist der unmittelbare Erkenntniswert. Die Erfolge und Mißerfolge dieser Periode kennzeichnen unsere Stärken und Schwächen; sie lehren uns, Fehler zu vermeiden; sie geben Richtungen an, in denen wir weiter vorangehen müssen.

Die Autoren der Zeiss-Geschichte haben durchaus richtig der neuesten Geschichte viel Aufmerksamkeit geschenkt. Rein quantitativ steht den 580 Seiten über die kapitalistische Zeit eine Seitenzahl von 338 über die Jahre nach 1945 gegenüber. Wichtiger als eine quantitative Gegenüberstellung ist jedoch ein Vergleich der Qualitäten. Als 1960 auf der Konferenz „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ ein erstes Fazit unserer Betriebsgeschichts-

¹⁷ Weiz, Herbert, Methoden und ökonomischer Nutzen der Gruppenbearbeitung, Berlin 1962.

¹⁸ Siehe vor allem die Materialien der Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“, darunter Radandt, Hans, Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, Berlin 1960, S. 153–199, insbesondere S. 186 ff., u. Böhmer, Martin, Die Bedeutung der Betriebsgeschichte von 1945 bis heute für die Erziehung unserer Menschen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961, T. 2, a. a. O., S. 51–53.

forschung gezogen wurde, stellte einer der Referenten, H. Radandt, fest, daß in vielen Betriebsgeschichten „ein falscher Bruch in der Darstellung zwischen der kapitalistischen Zeit und zwischen der Zeit des sozialistischen Aufbaus unverkennbar ist“. Weiter führte er aus: „Während die revolutionären Kämpfe der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb, beim Kapp-Putsch, bei Massenstreiks, beim illegalen Kampf gegen den Faschismus oftmals bis in einzelne Details ausgeführt und mit gewiß mühsam gesammelten Dokumenten belegt sind, werden die großen Taten beim sozialistischen Aufbau nur als nackte Tatsachen gewürdigt. Immer bleibt die Frage offen, wie hat dieser verdiente Aktivist, oder wie hat jene ausgezeichnete Brigade die geschilderten Leistungen vollbracht. In einer Zeit wie unserer, in der es von so besonderer Wichtigkeit ist, daß die Arbeitsproduktivität gesteigert wird, müßte gerade die Beantwortung der Frage des Wie auch in den Betriebsgeschichten einen entscheidenden Platz erhalten.“¹⁹

Trifft diese Aussage auch für die vorliegende Geschichte des VEB Carl Zeiss zu? Die beiden geschichtlichen Hauptabschnitte sind sehr gründlich und fundiert dargestellt. Es besteht kein „falscher“ Bruch mehr zwischen den beiden Hauptteilen; trotzdem sind in beiden Teilen entsprechende Einzeldarstellungen qualitativ unterschiedlich. Jede historische Epoche besitzt ihre besondere Problematik und erfordert eine eigene Spezifik der Darstellung. H. Radandt hat diese Fragen in seinem gedruckt vorliegenden Referat zur Betriebsgeschichtskonferenz für den Bereich der Betriebsgeschichtsforschung zu untersuchen begonnen. Aufgabe muß es sein, diese Gedanken weiterzuverfolgen und zu präzisieren. Wir wollen anhand der Geschichte des Zeiss-Werkes einige dieser Gesichtspunkte näher betrachten.

Die Entwicklung der Betriebe unter kapitalistischen Bedingungen vollzog sich vor allem unter fortgesetzten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Die Betriebsgeschichtsschreibung muß deshalb den Kampf der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt rücken und das Geheimnis des Profits enthüllen. Die Geschichte des VEB Carl Zeiss weist die allgemeinen Grundzüge der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an vielen Einzelbeispielen nach. Besonders aufschlußreich sind die Dokumente, die die aktive Teilnahme der Zeiss-Manager an der Kriegsvorbereitung zeigen. Lange vor Ausbruch des ersten Weltkrieges berieten die Geschäftsleitung und Stiftungsverwaltung über die Möglichkeiten kriegsrischer Verwicklungen (S. 209). Im Hinblick darauf versuchten sie, Filialen in Riga und Petersburg in russische Aktiengesellschaften umzuwandeln (ebenda). Im Mai 1914, vier Wochen vor dem Attentat in Sarajewo, nahm der Zeiss-Manager Max Fischer an einer Beratung im Reichsamt des Inneren teil, die die Wirtschaft im kommenden Krieg und die dafür vorzubereitenden Maßnahmen zum Gegenstand hatte (ebenda). Fischer, der während des Krieges dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie angehörte, erklärte in einem Vor-

¹⁹ Radandt, Hans, Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 192.

trag im Jahre 1915 über die deutschen Kriegsziele unter anderem: „Was wir an Ländern, Kriegsschädigungen, Kolonien, Konzessionen usw. bei Friedensschluß erreichen können und was in dieser Beziehung zur Stärkung der politischen Macht Deutschlands dient, soll man ohne Erbarmen nehmen. Ich kenne nach dieser Richtung hin keine Bescheidenheit“ (S. 211). Fischer schloß den Vortrag mit den Worten: „Um das vorgezeichnete Ziel zu erreichen, dürfen wir natürlich keinen faulen Frieden schließen. Ich bin mir bewußt, daß wir nur mit äußerster Anstrengung einen dauerhaften, auch wirtschaftlich genügenden Frieden erreichen, und den wollen wir anstreben unter der Parole: Durchhalten.“ (S. 213).

Als sich die Niederlage abzuzeichnen begann, dachten die Zeiss-Konzernherren bereits an die Vorbereitung eines Revanchekrieges. Prokurist Nußpickel, engster Mitarbeiter von Fischer, schrieb im Oktober 1917 in einer Denkschrift: „Es ist notwendig, schon im Frieden eine ständig tagende Kommission einzusetzen, welche für die Zwecke der wirtschaftlichen Bereitschaft von Rohstoffen, Nahrungsmitteln usw. in einem künftigen Krieg die organischen Vorbereitungen dazu trifft.“ (S. 217).

Am unverhülltesten sprachen die Zeiss-Konzernherren ihre Kriegsziele in einem Memorandum aus, das während des zweiten Weltkrieges, im Juli 1940, entworfen wurde (S. 548 ff.).²⁰ Für die Erringung der endgültigen Vorherrschaft über die feinmechanisch-optische Industrie der Welt sah man zwei Etappen vor: Zunächst sollte die Herrschaft über diesen Industriezweig in Europa errungen werden; als nächstes Ziel war dann die Niederringung der überseeischen Konkurrenz, vor allem der amerikanischen, aber auch der des japanischen Verbündeten, vorgesehen (S. 549). Die Konzernherren in Jena schlugen detaillierte Maßnahmen vor, um ihre Machtstellung auszubauen und zu sichern. „Wenn durch eine solche Überlegenheit der optischen und feinmechanischen Industrie Deutschlands im europäischen Raum eine Rückbildung der übrigen optischen und feinmechanischen Industrie eintritt, so liegt eine solche Entwicklung durchaus in der Richtung einer wünschenswerten Arbeitsteilung in der europäischen Industriewirtschaft.“ (S. 551).

Nicht immer werden die Betriebsarchive derartige Funde enthalten. In jedem Fall werden sie aber die einen oder anderen Mosaiksteine liefern, aus denen sich das Gesamtbild der deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten ergibt.

Im Mittelpunkt der Betriebsgeschichte nach 1945 steht nicht mehr der antagonistische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Durch den Befehl Nr. 234 (Sequestrierung der Kriegsverbrecher- und Monopolbetriebe) und die Volks-

²⁰ Weitere Ausführungen dazu finden sich bei *Schumann, Wolfgang*, Der Zeiss-Konzern im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des Faschismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 4, Berlin 1962, u. *derselbe*, Die Beteiligung des Zeiss-Konzerns an der Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges, Habilitationsschrift, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1961.

entscheide in Sachsen und den übrigen Ländern der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (Enteignung der Kriegsverbrecher- und Monopolbetriebe und deren Überführung in Volkseigentum) wurden die reaktionärsten Kräfte der deutschen Bourgeoisie ihrer Machtpositionen beraubt. Gerade das Verschwinden dieses Hauptgegensatzes verleitet jedoch eine Reihe von Betriebshistorikern dazu, die Widersprüchlichkeit der Entwicklung zwar allgemein zu formulieren, aber im praktischen Einzelfall zu negieren. Statt die Kompliziertheit des sozialistischen Aufbaus zu schildern, statt das ständige Ringen des Alten mit dem Neuen wiederzugeben, wird die Geschichte nach 1945 als eine Kette ununterbrochener Erfolge beschrieben.

Die Schwierigkeit der Geschichtsschreibung über die neueste Zeit liegt darin, daß auf der einen Seite das sich herausbildende Neue, das Zukunftsträchtige, erkannt und hervorgehoben werden muß und auf der anderen Seite die Hemmnisse und die Art und Weise ihrer Überwindung beschrieben werden müssen. Dabei kommt es darauf an, nicht allein zu zeigen, *was* erreicht wurde, sondern in viel stärkerem Maße, *wie* es erreicht wurde.

Von diesen Schwächen ist auch die Geschichte des VEB Carl Zeiss nicht völlig frei. Im sechsten Kapitel wird zum Beispiel von der unbefriedigenden Lage im VEB Carl Zeiss im Jahre 1954 gesprochen (S. 722). Außer dem Hinweis auf die Ausschuß- und Nacharbeitkosten finden wir keine weiteren Anhaltspunkte für die bestehenden Schwierigkeiten – weder dafür, wodurch sie hervorgerufen wurden, noch dafür, wie sie sich im einzelnen auswirkten.

Auch die ökonomischen Konferenzen werden sehr allgemein behandelt. Über die erste zentrale ökonomische Konferenz im Werk (21. 6. 1955) heißt es beispielsweise: „Der Bericht der Werkleitung war eine offene Darlegung aller Fehler und Mängel. In der Diskussion sprachen 20 Delegierte, vor allem Arbeiter aus den Produktionsabteilungen. Sie deckten kritisch jene Mängel und Schwächen auf, die der weiteren Verbesserung der Rentabilität des Werkes im Wege standen, und gaben wertvolle Anregungen zu ihrer Überwindung.“ (S. 722f.). Im Anschluß daran werden noch einige Vorschläge erwähnt, die auf dieser Konferenz gemacht wurden: sämtliche Teile termingemäß auszuliefern, den Werkzeugbestand in allen Bereichen auf den notwendigen Umfang zu reduzieren und die übrigen Werkzeuge der allgemeinen Verwendung zuzuführen, die Ausfallstunden einzuschränken und die Normenarbeit zu verbessern. Einem solchen Bericht fehlt jede Lebendigkeit. Welche Schwächen und Mängel wurden kritisch dargelegt? Wer sprach in der Diskussion? Was wurde von dem einen oder anderen Diskussionsredner gesagt? Gab es kein Protokoll über diese erste zentrale ökonomische Konferenz, so daß man einige Auszüge in wörtlicher Rede hätte bringen können? Gewiß zwang die Fülle des Quellenmaterials die Autoren zu einer gedrängten Wiedergabe; doch die Zusammendrängung darf nicht zu einer allgemeingehalteneren, trockenen Aufzählung führen, sondern sie muß das Wesentliche herausarbeiten und es anschaulich darstellen. Im siebenten Kapitel gingen die Autoren auf die Aufgaben ein, die der V. Parteitag dem Zeiss-Kollektiv stellte: die rationelle Umgestaltung und „Bereinigung“

des Produktionsprogramms. Doch wie wurde das Produktionsprogramm „bereinigt“? Wie wurde die Produktion spezialisiert? Wie verlief der Erfahrungsaustausch mit den anderen Betrieben der Werkgruppe Optik? Wie war die Zusammenarbeit? Welche Produkte erzielten einen besonderen Gewinn? Welche Produkte kosteten Zuschüsse? (Kapitel 7, Abschnitt 2a, Die Auswertung des V. Parteitages: Der VEB Carl Zeiss in Aktion, S. 847–855). Auf viele dieser Fragen findet sich kaum eine befriedigende Antwort. Selbst dort, wo einmal ein Name genannt wird, nämlich die Arbeitsgruppe Dr. Lucas, bleibt der Rekonstruktionsplan ein Schemen (S. 852).

Trotz einer Reihe solcher Mängel überwiegen die nachahmenswerten Beispiele. Die Kollektive, die Betriebsgeschichtsforschung betreiben, werden gerade aus der Darstellung der Geschichte nach 1945 viele praktische Anregungen schöpfen können. In dem Abschnitt „Arbeiterklasse und Intelligenz“ werden beispielhaft die Lebensbilder einiger bekannter Zeiss-Wissenschaftler (Hans Boegehold, Hans Harting, Fritz Löwe) skizziert (S. 733 ff.). In dem Abschnitt „Sozialistischer Betrieb und Universität“ wird der Weg einiger Zeiss-Arbeiter zum Studium geschildert (S. 742 ff.). Diese Ausführungen wirken interessant und überzeugend, weil sie den einzelnen, individuellen Fall herausgreifen und dadurch Wandlungen in den Produktionsverhältnissen sichtbar machen.

Durch Gegenüberstellungen mit dem Gestern lassen sich soziale Veränderungen besonders eindrucksvoll wiedergeben. In der „Bilanz des wachsenden Wohlstandes“ (Zeitraum des 1. Fünfjahrplans 1951–1955) werden die sozialen Leistungen des VEB Carl Zeiss und die des früheren Konzerns verglichen (S. 791). Die Zeiss-Manager, die die Stiftung stets als einmalige soziale Einrichtung rühmten, zahlten nur einen Bruchteil von dem, was der volkseigene Betrieb seinen Angehörigen gewährt.

Zu den wichtigsten Kategorien der jüngsten Geschichte unserer Betriebe gehören Begriffe wie Wettbewerb, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Rentabilität usw. Wie können wir diese ihrer Natur nach abstrakten Begriffe konkret-sinnlich darstellen, mit ihnen nicht nur das Denken, sondern auch das Fühlen ansprechen? Die Verfasser der Zeiss-Geschichte zeigen den Kampf um die Rentabilität beispielsweise an der Umwandlung der Verlust- in Gewinngeräte (Theo 030) (S. 838). Konkret sind auch die Verpflichtungsbeispiele zu Ehren des V. Parteitages. So schreiben die Verfasser über die Abteilung GSkal²¹: „Neun Kollegen der Abt. GSkal, in einer Brigade unter Leitung des Brigadiers Fritz Höfer zusammengeschlossen, verpflichteten sich zu Ehren des V. Parteitages, zur Sicherung der benötigten Stückzahlen für die Planaufgaben 1958 den Engpaß an Teilkreisen durch breite Anwendung des Präzisionskopierverfahrens

²¹ An manchen Stellen häufen sich Abkürzungen, die für einen Betriebsfremden nicht ohne weiteres zu entziffern sind, so auf S. 810 GBL, ABL, ZBL, PBL, PhoBL, MBL, weitere auf den S. 824, 842, 843. Wer wird sofort hinter PhoBL Photobetriebsleitung vermuten? Sofern die Geschichte des Zeiss-Werkes nicht nur für den eingeweihten Kreis der Zeiss-Belegschaft gedacht war, wäre eine Übersetzung der Betriebssprache am Platze gewesen.

zu überwinden. Mit tatkräftiger Unterstützung des Abteilungsleiters Müller gelang es ihnen, in Selbstkontrolle die anfängliche Ausbeute von 150 auf das gesteckte Ziel, 250 Teilkreise pro Monat, zu steigern.“ (S. 842f.). Ohne Zweifel handelt es sich hier um gute Beispiele, Beispiele, die im einzelnen zeigen, wie die Rentabilität gesteigert wurde und wie die Planaufgaben erfüllt wurden. Sicher werden wir in vielen Fällen auch schon zufrieden sein, wenn wir überhaupt solche Darlegungen bringen können. Gleichzeitig muß aber gesagt werden, daß die Darstellung wirkungsvoller wäre, wenn zum Beispiel eine Verpflichtung nicht nur als nüchterne Tatsache erwähnt, sondern das Wesentliche über die Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten bei ihrer Erfüllung berichtet würde. Dieses Material wird nicht immer aus den Akten ersichtlich sein, desto mehr sollte das Augenmerk der Betriebsgeschichtsforscher auf mündliche Berichte, oder, wenn es die letzten Jahre betrifft, auf Brigadetagebücher gerichtet sein.

Zu den Problemen der Betriebsgeschichtsschreibung nach 1945 gehört auch die Geschichte der westdeutschen Konzerne und Firmen. Nicht immer wird es notwendig oder möglich sein, die zeitlich parallele Entwicklung der alten Konzernbetriebe in Westdeutschland zu untersuchen. In der Zeiss-Geschichte mußte diese Aufgabe jedoch gelöst werden, weil sich die Neuformierung der Konzernkräfte im Westen besonders stark auf die Entwicklung des VEB in Jena auswirkte. Die Geschichte des Aufbaus des VEB Carl Zeiss ist zugleich die Geschichte der Überwindung der Hemmnisse, die die alten Konzernherren der Entwicklung in den Weg legten. Die Ausraubung des Werkes begann bereits im April 1945, nachdem die amerikanischen Truppen in Jena einmarschiert waren. Etwa 180000 Patentschriften und Gebrauchsmusterabschriften sowie über 3500 Patentakten wurden verschleppt (S. 592). Gleichzeitig wurde eine Reihe von Wissenschaftlern, das sogenannte Gehirn, evakuiert (S. 593 u. 599f.). Als die amerikanischen Truppen im Juni 1945 abgezogen wurden, ließen die Zeiss-Manager einen Stab von Vertrauenspersonen zurück, der für sie retten sollte, was zu retten war, und der immer mehr den Aufbau hemmte und sabotierte. Diese Gruppe inszenierte Manöver gegen die Sequestrierung (S. 622f.) und das Mitbestimmungsrecht (S. 628). Als sich in Westdeutschland der Aufbau einer neuen Stiftung abzuzeichnen begann, leistete sie vielfältige praktische Hilfe. Sie lieferte gefälschte Unterlagen für die Entnazifizierung der braunen Manager (S. 661). Sie stellte Geld des Stammwerkes in Jena für den Aufbau des Konzerns im Westen zur Verfügung. Sie schickte Geräte und rechnerische Unterlagen. Sie händigte Patente aus. Sie zog Fachkräfte aus Jena ab, indem sie günstige Angebote der westdeutschen Zweigstellen offerierte (S. 663). In der zweiten Hälfte des Jahres 1953, als die Gruppe um Sandmann, Wönne, Schreiber und Birkenbeil in Jena entlarvt war, gingen die westdeutschen Manager zum offenen Kampf gegen den VEB über. Sie ließen durch willfähige Gerichte die Benutzung des Warenzeichens durch den rechtmäßigen Betrieb in Jena verbieten und drohten allen Auslandsvertretern Prozesse an, falls sie weiterhin Waren aus Jena bezögen (S. 766). Auch in anderen Ländern des kapitalistischen

Lagers versuchten sie, Erpressermethoden gegenüber dem VEB anzuwenden, ohne allerdings überall zum Zuge zu kommen (S. 722). Raub, Betrug und Rechtsbruch waren die Grundlagen, auf denen der Zeiss-Konzern in Westdeutschland neu erstand und auf denen er sich in ungeahnter Weise ausdehnen konnte (Kapitel 6, Abschnitt 4: Die Restaurierung des Konzerns in Westdeutschland, S. 773–780). Durch die Darstellung dieser Entwicklung wird das Kapitel der Betriebsgeschichte nach 1945 abgerundet.

*

Die Beurteilung eines so umfassenden Werkes wie des vorliegenden wirft einige abschließende Fragen auf: Hat sich der Aufwand gelohnt? Wurden Ziel und Zweck erreicht? Waren die eingesetzten Mittel die richtigen, um dem Inhalt die notwendige Geltung zu verschaffen? Die Leser des Buches werden sich wohl hauptsächlich aus der Belegschaft des Zeiss-Werkes zusammensetzen, sind also weniger in den relativ kleinen Kreisen von Fachwissenschaftlern zu suchen. Günstig wird sich hierbei ohne Zweifel auswirken, daß es den Autoren gelungen ist, in der Darstellung einen Mittelweg zwischen wissenschaftlicher Monographie und populärer Darstellung zu finden, ein Problem, das am Anfang einer jeden Betriebsgeschichte auftaucht. Daß die wissenschaftliche Zielsetzung nicht einer verflachten Auffassung von Popularität untergeordnet wurde, ist den Verfassern hoch anzurechnen.

Erwägenswert ist, ob bei Unternehmen ähnlicher Art einem so umfänglichen und unhandlichen Bande nicht mehrere kleinere Bände vorzuziehen sind, etwa in Form von Einzelstudien (siehe die Arbeiten zur Geschichte des Mansfeldkonzerns) oder von chronologisch unterteilten Einzelbänden (siehe die Geschichte der Leunawerke „Walter Ulbricht“). Hier wird jedoch von Fall zu Fall eine Entscheidung getroffen werden müssen, denn dem Nachteil der Unhandlichkeit steht der Vorteil des geschlossenen Zusammenhangs gegenüber. Ob ein Buch gelesen wird oder nicht, hängt auch weniger von seiner Quantität ab als von seiner Qualität. Zur Qualität gehört aber nicht nur eine richtige wissenschaftliche Darstellung, sondern auch eine ansprechende äußere Gestaltung. Die Geschichte des VEB Carl Zeiss nimmt auch in dieser Hinsicht in der Reihe unserer Betriebsgeschichten einen vorderen Platz ein. Sie ist reich illustriert und enthält neben zahlreichen Schwarz-Weiß-Photographien zwölf farbige Bilder und eine farbige Beilage über den Aufbau des Konzerns im Jahre 1941. Schon äußerlich bietet das Buch ein erfreuliches Bild. Die auf weite Strecken erschöpfende Darlegung, nicht zuletzt die beiden Namenregister im Anhang (ein Personen- und ein Firmenverzeichnis) machen es überdies zu einem ständigen Nachschlagewerk über die Geschichte des Zeiss-Werkes und teilweise über die Geschichte der feinmechanisch-optischen Industrie. Wenn allerdings wegen der großen zusätzlichen Arbeit auf ein Sachregister verzichtet wurde, so bleibt es doch unverständlich, warum nicht ein Literaturverzeichnis beigefügt wurde. Jede Arbeit, die

Standardcharakter trägt, enthält zugleich eine versteckte wissenschaftliche Bibliographie, und wenn man auch einwenden könnte, daß die Zeiss-Geschichte sich vorwiegend auf bisher unerschlossenes Aktenmaterial stützt, so wird in den Fußnoten eine Reihe von Titeln angeführt, die für den Leser von allgemeinem Interesse sind und durch ein Literaturverzeichnis leichter zugänglich würden. Insgesamt betrachtet stellt die Arbeit einen bedeutsamen Einschnitt in der wissenschaftlichen Betriebsgeschichtsforschung der DDR dar. Sie setzt neue, anspruchsvolle Maßstäbe, verlangt tiefgründige, wissenschaftliche Durchdringung des Stoffes, gründliche Beherrschung der Materie und vielseitige Kenntnis der historischen und gesellschaftlichen Gesetze. Doch das insgesamt zustimmende Urteil schließt Bedenken und Einwände nicht aus. Gerade weil die Arbeit ausgezeichnet ist und für viele Betriebsgeschichtsforscher als praktische Orientierungshilfe dienen kann, haben wir es für notwendig erachtet, prinzipiell zu einigen wichtigen inhaltlichen und methodischen Fragen, die nicht nur diese eine Betriebsgeschichte, sondern die Betriebsgeschichte überhaupt betreffen, Stellung zu nehmen. Der eine oder andere Hinweis kann somit bei weiteren Betriebsgeschichten beachtet werden, die hoffentlich von der Qualität der Geschichte des VEB Carl Zeiss oder noch besser sein werden.

HORST HANDKE

Quellen
und Materialien

Literaturberichte
und Rezensionen

Die Rolle des preußischen Staates bei der Ausrüstung der Eisenbahnen mit elektrischen Telegraphen in der Mitte des 19. Jahrhunderts

VON WOLFGANG LÖSER

Die gewaltige Steigerung der Transportleistung im Güter- und Personenverkehr und die Steigerung des allgemeinen Geschwindigkeitsniveaus durch die Inbetriebnahme von Eisenbahnen im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts führten in den damals am weitesten fortgeschrittenen Ländern bald dazu, daß elektrische Telegraphen als Schnellnachrichtennittel sowohl für den allgemeinen Verkehr als auch für den Betrieb der Eisenbahnen eingeführt wurden. Den Fortschritten im Güter- und Personenverkehr folgte zwangsläufig die Verbesserung der Nachrichtenmittel. Nur die elektrischen Telegraphen konnten der Forderung nach Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und relativ geringem materiellem Aufwand genügen, die der moderne Verkehr an die Nachrichtenübertragung stellte.

Der erste Eisenbahntelegraph wurde 1838 in England gebaut. Weitere Anlagen entstanden in den folgenden Jahren. Ab 1845 kann man von einer durchgängigen Einführung elektrischer Telegraphen in England sprechen. Im März 1848 bestanden bereits Telegraphenlinien in einer Länge von 3700 Kilometern. Auch in den USA wurden ab 1844/45 in schnellem Tempo Telegraphenlinien errichtet. 1848 hatten sie eine Länge von 16650 Kilometern.

In den deutschen Ländern hingegen waren nur wenige kurze Eisenbahnstrecken mit elektrischen Telegraphen ausgerüstet worden. M. M. v. Weber, der das Eisenbahnsignalwesen der damaligen Zeit einer eingehenden Analyse unterzogen hatte, kam zu dem Schluß, daß die „Verbreitung des elektrischen Telegraphen auf den Eisenbahnen . . . verhältnismäßig langsam“ erfolgte, und zwar besonders in Deutschland, wo „Ende der vierziger Jahre“ erst „wenige Linien damit versehen waren“¹.

Die besonders langsame Ausbreitung von Eisenbahntelegraphenanlagen in Deutschland ist meines Erachtens vor allem in folgendem begründet: Im Gegensatz zu England, dem Land der klassischen Entwicklung des Kapitalismus, in dem sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Produktivkräfte stürmisch entwickeln konnten, hatte in Preußen der Staatsapparat einen besonders in bezug auf die Entwicklung der Produktivkräfte widerspruchsvollen halbfeudalen Charakter. In anderen Arbeiten² wurde bereits nachgewiesen, daß die preußische Regierung auf die Entwicklung der kapitalistischen Produktions-

¹ Weber, M. M. v., Das Telegraphen- und Signalwesen der Eisenbahnen, Weimar 1867, S. 40.

² Vgl. Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 34–36; Eichholtz, Dietrich, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962.

weise objektiv hemmend einwirkte (in den übrigen deutschen Ländern herrschten analoge Verhältnisse). Hinsichtlich des Baues von Eisenbahntelegraphen zeigte sich das besonders in folgendem:

1. Der Bau von Eisenbahnen erfolgte in den deutschen Ländern später als in England. Während in England 1840 bereits 2308 Kilometer Eisenbahnlinien bestanden, waren es in den deutschen Ländern erst 518 Kilometer.³ Erst in dem folgenden Jahrzehnt erfolgte ein schneller Ausbau, der den Abstand zu England verkleinerte, ohne daß die Streckenlänge schon hätte eingeholt werden können.

Der Bedarf an telegraphischer Nachrichtenübermittlung bei der Eisenbahn wächst jedoch unter anderem mit der Streckenlänge und der dichteren Zugfolge. Daraus ergibt sich, daß in den deutschen Ländern das Bedürfnis nach Eisenbahntelegraphen später auftrat als in England.

2. Die Regierungen der einzelnen Länder verhielten sich sehr unterschiedlich zum Bau von Eisenbahntelegraphenanlagen. Die englische Regierung förderte deren Bau, indem sie zum Beispiel anordnete: „Jede Bahn, auf der mehr als eine Maschine auf einmal im Dienst sei, solle damit versehen werden.“⁴

Auch die Regierung der USA beschleunigte den Bau von Telegraphenlinien, indem sie die Gesellschaften materiell und durch entsprechende Gesetze unterstützte.

In den deutschen Ländern gab es dagegen keine derartige Unterstützung, sondern die preußische Regierung hemmte die Einführung von Eisenbahntelegraphen zum Beispiel durch eine Konzessionspflicht mit stark einschränkenden Bestimmungen.

Der Zusammenhang zwischen dem Wirken des preußischen Staates und der Entwicklung der Wirtschaft im allgemeinen und der Eisenbahnen im besonderen ist bekannt. Wir können uns deshalb auf die Untersuchung der Rolle des preußischen Staates bei der Ausrüstung der Eisenbahnen mit elektrischen Telegraphen beschränken.

Betrachten wir dazu die Maßnahmen der preußischen Regierung zur Regelung der Konzessionsbestimmungen.

Der erste Schritt zu einer gesetzlichen Regelung scheint, soweit das aus den noch vorhandenen Akten hervorgeht, ein Schreiben von Friedrich Wilhelm vom 12. Juni 1846 an den Staats- und Finanzminister Flottwell zu sein. Es hat folgenden Wortlaut:

„Der Umstand, daß gegenwärtig auf mehreren Eisenbahnen Versuche mit elektro-magnetischen Telegraphen gemacht werden, veranlaßt mich, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß diese Zeichensprache ebenso wichtig in der Hand der Regierung, als gefährlich in den Händen von Privatpersonen erscheint und daher der Privatindustrie nicht unbedingt überlassen werden darf. Sollten die angestellten Versuche diesen Telegraphen als im Großen ausführbar und in Beziehung auf den Kostenpunkt nicht so schwierig darstellen, so wäre deren Einführung auf den großen, sich in Berlin konzentrierenden Eisenbahnen sehr

³ Die Zahlen vgl. bei: *Nordmann, Hans*, Die Frühgeschichte der Eisenbahnen, Berlin 1948, S. 24. Über den Einfluß des preußischen Staates auf den Bau von Eisenbahnen vgl. *Eichholtz, Dietrich*, a. a. O.

⁴ Vgl. *Weber, M. M. v.*, a. a. O., S. 70.

wünschenswert; sie würden aber von Staatsbeamten bedient werden müssen und könnten den Eisenbahnen selbst nur für die eigentliche Bahnkorrespondenz, welche jetzt durch die optischen Telegraphen besorgt wird, überlassen werden und zwar unter solchen Vorsichtsmaßregeln, welche gegen jeden Mißbrauch dieser Konzession sichern. — Ich beauftrage Sie, den Gegenstand unter diesem Gesichtspunkt zu verfolgen, sich eintretenden Falles mit dem Kriegsministerio in Verbindung zu setzen und, bevor auf irgendeiner Bahn eine entsprechende Konzession erteilt wird, Meine Entscheidung einzuholen.“⁵

Bevor wir den weiteren Gang der Entwicklung verfolgen, ist es notwendig, kurz darauf einzugehen, wieso Vertreter der herrschenden Schicht in den privaten Telegraphen eine Gefahr für den Staat sahen. Bekanntlich hatte sich der preußische Staat mit Hilfe des Postregals ein Nachrichtenmonopol geschaffen. Für den privaten Nachrichtenaustausch gab es staatliche Postdienste, und für den Bedarf des Staates existierte zusätzlich eine optisch-mechanische Telegraphenlinie Berlin—Magdeburg—Köln—Koblenz. Die Organe des preußischen Staates konnten somit eine Kontrolle darüber ausüben, wer von wem Post erhielt. Bei bestimmten Postsendungen wurde auch in großem Umfang mit Hilfe der „schwarzen Kabinette“ der Inhalt der Briefe ermittelt.⁶

Bei einer Benutzung der elektrischen Bahntelegraphen für den allgemeinen Nachrichtenverkehr wäre erstens in das System der genannten Kontrollmöglichkeiten und Informationsquellen eine Lücke gerissen worden; zweitens wäre der Staat in seinem Postregal empfindlich getroffen worden, denn da die elektrischen Telegraphen allen staatlichen Nachrichtennitteln an Schnelligkeit weit überlegen waren, hätten private Gesellschaften und nicht mehr der Staat die schnellste Nachrichtenverbindung besessen.

Außerdem befürchteten die Vertreter des preußischen Staates, daß durch die Telegraphen die Einnahmen der staatlichen Post zurückgehen würden — eine Befürchtung, die sich in der Folgezeit nicht als stichhaltig erwies, da der Briefwechsel, trotz der Existenz der Telegraphen, ständig in starkem Maße zunahm. Daß indessen nicht nur die Eisenbahntelegraphen, sondern auch die Eisenbahnen selbst eine Gefahr für das staatliche Nachrichtenmonopol waren, sollte sich wenige Jahre später zeigen.

Vor der Abfassung des Schreibens hatte sich der König am 22. Mai 1846 von der „Königl. Kommission zur Anstellung von Versuchen mit elektromagnetischen Telegraphen“ Bericht erstatten lassen; die Kommission machte den Vorschlag, die Eisenbahntelegraphen durch königliche Telegraphenbeamte bedienen zu lassen, und dies war von Friedrich Wilhelm sowohl in dem zitierten Schreiben als auch durch die „hohe Verfügung“ vom 27. August 1846 gebilligt worden — wohl die einschneidendste Bedingung, die je für die Anlage von Eisenbahntelegraphen gestellt worden ist.

Die Kommission hatte die Aufgabe, durch Begutachtung und praktische Versuche festzustellen, inwieweit elektromagnetische Telegraphen für die Anlage von Staatstelegraphenlinien geeignet waren. Nachdem sie Versuche mit dem Telegraphen der thüringischen Eisenbahn angestellt hatte, mußte sie selbst fest-

⁵ Deutsches Zentralarchiv Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 1, Bl. 34 a u. 34 b.

⁶ Vgl. *Mayr, Josef Karl*, Metternichs geheimer Briefdienst, Postlogen und Postkurse, in: *Inventare Österreichischer staatlicher Archive*, V. Inventare des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs, T. 3, Wien 1935.

stellen, daß die geforderte Beschränkung zu weit ging, und in ihrem Bericht vom 22. Februar 1847 schlug sie vor, diesen Passus fallenzulassen. Sie war zu der Ansicht gekommen, daß unter bestimmten Voraussetzungen ein Mißbrauch der Telegraphen verhindert werden könnte, ohne daß der Staat die bedeutenden Kosten für die Besoldung der Telegraphenbeamten übernehmen müßte. Sie begründete ihren Standpunkt außerdem wie folgt:

„Die meisten Eisenbahnverwaltungen würden aber darin, daß die Telegraphendienste auf ihren Bahnen zu ihren Zwecken von ihnen nicht untergeordneten Beamten verrichtet werden sollten, eine große Beschränkung finden. Auch würden gewiß dadurch vielfache Kollisionen entstehen und der Staatsverwaltung würde dadurch ohne Not große Verantwortung aufgebürdet werden.“⁷

Die Bedingungen für die Genehmigung von Eisenbahntelegraphen wurden in der „Denkschrift über die Anlage und Benutzung elektro-magnetischer Telegraphen auf Eisenbahnen“ vom 5. Juni 1847 präzisiert; sie hatten folgenden Wortlaut:

1. Jede Eisenbahndirektion, welche die Anlage eines elektrischen Telegraphen auf ihrer Bahn zur Ausführung bringen will, hat die Erlaubnis dazu unter Einreichung einer genauen Beschreibung der beabsichtigten Konstruktion und Einrichtung der Telegraphen bei dem Finanzminister nachzusuchen.
2. Die Erlaubnis zur Anlage wird nur unter der Bedingung erteilt, daß die Eisenbahngesellschaft sich verpflichtet, auf oder an ihrer Eisenbahn auch die Anlage eines elektrischen Telegraphen auf Staatskosten für den königlichen Dienst und zur öffentlichen Korrespondenz unentgeltlich zu gestatten, und die Drahtleitungen des Staats nebst allem Zubehör ebenso überwachen zu lassen, als die eigenen Anlagen der Gesellschaft, ohne dafür eine Vergütung verlangen zu können.
3. Wählt die Eisenbahngesellschaft Drahtleitungen über der Erde, so müssen die Stangen oder Bäume dazu von Dimensionen genommen werden, welche der Finanzminister vorschreibt. Die Eisenbahngesellschaft ist verpflichtet, daran die Anbringung von Drahtleitungen für die Telegraphen des Staats unentgeltlich zu gestatten, auch diese Stangen oder Bäume allein auf ihre Kosten zu unterhalten, und so oft es nöthig ist, zu erneuern.
4. Sollte der Staat eine Drahtleitung in der Erde wählen, so muß die Eisenbahngesellschaft die Fertigung der dazu erforderlichen, nächst dem wieder zu verfüllenden Graben auf Kosten des Staats gestatten.
5. Falls sowohl vom Staat als von der Eisenbahngesellschaft Drahtleitungen in der Erde gewählt werden, so werden, soweit die Kosten der Isolierung durch Hinzufügen eines Drahtes sich steigern, die daraus entstehenden Mehrkosten vom Staat getragen.
6. Die Eisenbahngesellschaft ist verpflichtet, dem Staat die zur Aufstellung und Bedienung seiner Telegraphenapparate erforderlichen Lokale auf den Bahnstationen gegen billigmäßige Entschädigung zu beschaffen.
7. Die Bedienung der elektrischen Telegraphen für den Eisenbahndienst wird durch Beamte der Eisenbahngesellschaft bewerkstelligt. Es dürfen jedoch von der Eisenbahndirektion hierzu nur völlig zuverlässige Personen gewählt, und solche nur mit Genehmigung des Staatskommissarius der Bahn angestellt werden.

⁷ DZA Merseburg, Rep. 89 H, XXV, 24, Bd 1, Bl. 68 a.

8. Diese Bahntelegraphenbeamten dürfen nur solche Depeschen befördern, die ihnen von ihren Vorgesetzten aufgegeben werden und sich ausschließlich auf den Eisenbahndienst beziehen; sie werden auf die gewissenhafte Erfüllung dieser Verpflichtung und ihrer sonstigen durch besondere vom Finanzminister zu genehmigende Instruktion zu bestimmende Pflichten vereidigt.
9. Über die angekommenen, sowie über die weiterbeförderten Depeschen müssen genaue Journale geführt und nach monatlichem Abschlusse dem Staatskommissarius eingereicht werden.⁸

Da gegen die Punkte 7 bis 9 vom Kriegsminister Bedenken geäußert wurden, „indem sie zu Mißbräuchen umso mehr Veranlassung geben könnten, als die Bahnbeamten nicht Staatsdiener seien“⁹, sollten noch zwei Punkte aufgenommen werden:

- „10. Die Bahntelegraphenbeamten dürfen nur mit Vorwissen und unter Zustimmung des Staatskommissarius entlassen werden; sie müssen auf Verlangen des Staatskommissarius sofort von ihrem Posten beim Eisenbahntelegraphendienst entfernt werden.
11. Endlich könnte — dringenden Falls — den Eisenbahngesellschaften unter sagt werden, solche Einrichtungen zu treffen, durch welche die Möglichkeit erlangt wird, mit beliebiger Überspringung von Zwischenstationen direkt nach entfernteren oder nach den Endstationen zu korrespondieren. Bei den Staatstelegraphen wird es nämlich von wesentlichem Interesse sein, dergleichen Einrichtungen zu treffen, während der Eisenbahndienst durch die Beschränkung immer nur nach der nächsten Station und von dieser event. weiterschreiben zu können, wenig beeinträchtigt wird. Die Sicherheit gegen Mißbräuche wird aber durch diese Beschränkung insofern erhöht, als die Nachrichten dabei durch mehrere Beamte und Journale gehen und also einer mehrfachen Kontrolle unterliegen müssen.“¹⁰

Zur Begründung für ihren Standpunkt, daß die Eisenbahntelegraphen nicht durch Staatsbeamte bedient werden sollten, führte die Kommission aus:

„Es ist sehr zu bezweifeln, ob die Eisenbahngesellschaften, wenn ihnen diese Erlaubnis nicht erteilt wird, auf ihre Kosten für den Eisenbahndienst elektromagnetische Telegraphen einrichten werden; unterbleibt deren Einrichtung von seiten der Gesellschaften, so wird auch die Einrichtung solcher Telegraphen für die Staats- und öffentliche Korrespondenz schwerlich zu stande kommen, da den Eisenbahngesellschaften eine Verpflichtung, dem Staate die Einrichtung von Telegraphen an den Bahnen zu gestatten, nicht obliegt, dieselbe daher diese Einrichtung nur gegen lästige Bedingungen zugeben werden, wodurch solche unter Hinzurechnung der Kosten, welche durch die Ausführung bloß für Staatsrechnung entstehen, auf eine Weise verteuert werden würde, daß davon ganz abgesehen werden müßte. — Dies wäre aber bei der anerkannten Wichtigkeit und Nützlichkeit jener Telegraphen sehr zu beklagen.“¹¹

Außerdem machte die Kommission darauf aufmerksam, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen genügen müßten, um einen Mißbrauch der Bahntelegraphen zu verhindern. Weiter hieß es: „Die Maßregel erscheint aber auch nicht rätlich, weil sie der Staatsverwaltung durch Übernahme des Telegraphendienstes für den

⁸ Ebenda, Bl. 54 a u. 54 b.

⁹ Ebenda, Bl. 55 a.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, Bl. 55 b.

Eisenbahnbetrieb eine große Verantwortung aufbürdet, wenn durch das Geben eines unrichtigen Zeichens irgend ein Nachteil auf der Eisenbahn herbeigeführt würde“¹²

Dem preußischen Staat sollte also die volle Kontrolle der Telegraphenanlagen gesichert werden, ohne daß er dafür eine Verantwortung gegenüber den Eisenbahngesellschaften zu übernehmen brauchte, und außerdem sollte durch den Bau der Bahntelegraphen kostenlos die Einrichtung von Staatstelegraphenlinien vorbereitet werden.

Die Kommission, die bei ihren Untersuchungen die Nützlichkeit der elektrischen Telegraphen für den Eisenbahnbetrieb erkannt hatte und deren Einführung in Berichten und Denkschriften mehrmals befürwortete, setzte der praktischen Verwirklichung durch ihren 11-Punkte-Vorschlag sehr enge Grenzen. Aus der genannten Denkschrift geht weiterhin hervor, daß ein Bedürfnis für den Bau von Eisenbahntelegraphen bestand und sie nur deshalb noch nicht angelegt waren, weil die Konzessionierung nicht geregelt war, denn „... verschiedene Eisenbahngesellschaften, wie namentlich die Niederschlesisch-Märkische, die Berlin-Potsdamer-Magdeburger, die Berlin-Hamburger, die Köln-Mindener, die Stargard-Posener, warten nur auf die Erlaubnis der Staatsbehörde, um mit derartigen Anlagen vorzugehen, indem sie darin ein wirksames Mittel finden, nicht nur die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Eisenbahnbetriebs wesentlich zu erhöhen, sondern zugleich auch die Legung des zweiten Schienengleises, welches andernfalls mehr oder minder als dringendes Bedürfnis erscheint; noch auf längere Zeit entbehrlich zu machen: eine Aussicht, die bei den gegenwärtigen Geldverhältnissen von großer Wichtigkeit ist.“¹³

Selbst die hier zitierten Vorschläge, die die Rechte der Eisenbahngesellschaften außerordentlich stark beschränkten, genügten aber bestimmten Kreisen der preußischen Regierung noch nicht. Am 24. Juni 1847 wandte sich der Minister des königlichen Hauses, Graf zu Stollberg, in einem Schreiben an den Staats- und Finanzminister von Düesberg. Dieses Schreiben zeigt so deutlich das Mißtrauen der preußischen Junker gegenüber der Bourgeoisie, daß es nahezu im vollen Wortlaut folgen soll.

„In der Angelegenheit betreffend die Einrichtung und Benutzung elektromagnetischer Telegraphen auf Eisenbahnen glaube ich mich, in ganz ergebenster Erwiderung auf Euer Exzellenz sehr geehrtes Schreiben vom 5. Juni v., den Bedenken des Herrn Kriegsministers Exzellenz gegen die in der Denkschrift von demselben Tage ad 7, 8 u. 9 aufgestellten Punkte, betr. die Bedienung der elektrischen Telegraphen für den Eisenbahndienst durch Offizianten der Eisenbahngesellschaften, nicht nur anzuschließen, sondern noch weitergehen zu müssen.

Nach der Konstruktion der elektrischen Telegraphen können dieselben zur Korrespondenz *jeder Art* von Station zu Station oder auch mit Überspringung der Zwischenstationen zur Korrespondenz zwischen den Endpunkten der Bahn oder gewissen weiteren Strecken derselben eingerichtet und benutzt werden. Hiernach ist die Wichtigkeit dieser Telegraphen sowohl für die militärischen Verhältnisse und andere Staatszwecke als auch für den ganzen öffentlichen Verkehr, namentlich, wie die Erfahrung in anderen Ländern bewiesen hat, der dadurch auf den Kurs der Papiere zu übende Einfluß gar nicht zu übersehen, und das Gouverne-

¹² Ebenda, Bl. 56 a.

¹³ Ebenda, Bl. 53 b.

ment ist es ebenso sehr sich selbst als dem Publikum schuldig, mit der größten Vorsicht Alles zu beseitigen, was zu Mißbräuchen führen kann. Wenn nun aber immerhin die Möglichkeit bleibt, die nur für den Eisenbahndienst bestimmten Telegraphen doch auch zur Korrespondenz anderer Art zu benutzen, so scheint es in hohem Grade bedenklich, die Bedienung derselben den Beamten der Eisenbahngesellschaften anzuvertrauen. Der Einfluß, welcher dem Staatskommissarius auf die Anstellung und Beibehaltung dieser Beamten eingeräumt werden soll, deren Verpflichtung auf eine ihnen zu erteilende Ministerialinstruktion und zur Führung genauer Depeschenn Journale, — alle diese und ähnliche Vorkehrungen entfernen immerhin nicht die Besorgnis einer möglichen Bestechung solcher Gesellschaftsbeamten oder deren Verleitung zur Beförderung von anderen als den zum Eisenbahndienst gehörigen Depeschen.

Die verschiedenartige Zusammensetzung der Eisenbahndirektionen, auf welche das Gouvernement wenig Einfluß hat und in welchem sich vielfach Männer aus dem Handelsstande befinden, kann nicht unbeachtet bleiben, es dürfte daher kein hinreichendes Sicherungsmittel sein, wenn die Eisenbahntelegraphisten nur solche Depeschen befördern sollen, welche ihnen von ihren Vorgesetzten übergeben werden. Die möglicher Weise durch unzulässige Korrespondenzen zu erzielenden Vorteile stehen mit den Nachteilen, welche den Beamten im Falle der Entdeckung treffen können, in keinem Verhältnisse. Auch die Einrichtung, daß die Eisenbahntelegraphen nur von Station zu Station korrespondieren sollen, scheint mir kein genügendes Auskunftsmittel; denn auch dann können unzulässige Korrespondenzen, wenn auch nicht ganz so rasch, wie bei einer Korrespondenz von den Endpunkten der Bahn, auf den weitesten Strecken befördert werden. Alle diese Besorgnisse liegen um so näher, wo die Eisenbahngesellschaften, wie Euer Exzellenz Selbst hervorheben, höchstwahrscheinlich ihre Telegraphenbeamten nicht sehr reichlich renumerieren sondern dies Geschäft als ein Nebenamt zur Kostenersparnis andren Offizianten übertragen werden. Nach meinen Dafürhalten muß daher der Staat die Einrichtung und Bedienung der elektrischen Telegraphen selbst in die Hand nehmen.

Die, an den Eisenbahnen zu errichtenden Telegraphen, der eine Drahtzug für den Staatsdienst, der andere für den Eisenbahndienst, müssen als Ganzes ein Staatsinstitut sein, von Staatsbeamten beaufsichtigt und resp. bedient, den Eisenbahngesellschaften aber gestattet werden, nur unter Vorwissen und mit Erlaubnis des vom Staate bestellten Telegraphisten die den Eisenbahndienst betreffenden Depeschen aufzugeben, und resp. anzunehmen. Hierbei wird es nicht ausgeschlossen, sondern gerade vorausgesetzt, daß die Eisenbahngesellschaften für ihre Korrespondenz eigene, selbst angestellte Beamten halten; jedoch dürfen dieselben aber *nur unter Kontrolle des Staatstelegraphisten* arbeiten. Dadurch beseitigt der Staat einerseits die Gefahr eines Mißbrauchs des eigentlichen Eisenbahntelegraphen; andererseits trifft ihn auch nicht die Verantwortlichkeit wegen einer unrichtigen Signalisierung bei Eisenbahndepeschen; diese hat vielmehr der Eisenbahntelegraphist, dessen Auswahl und Anstellung denn auch den Eisenbahndirektionen überlassen bleiben kann.¹⁴

Auch der Innenminister wollte noch zusätzliche Bestimmungen aufgenommen haben. In einem Schreiben vom 3. Juli 1847 verlangt er,

¹⁴ Ebenda, Bl. 44 a—45 a.

- „1. daß die Signale auf den Eisenbahnen für deren Betrieb immer nur dergestalt gegeben werden dürfen, daß sie für jede Station verständlich sind, damit das Bekanntwerden jeder Zuwiderhandlung gesichert sei,
2. daß nicht allein die Signal-Beamten, sondern alle Betriebs- und Bahnaufsichtsbeamten in gleicher Weise auf die strenge Aufrechterhaltung der in Bezug auf die Telegraphie zu ertheilenden Instruktionen verpflichtet werden.“¹⁵

Die Vorschläge über die Bedingungen für die Genehmigung von Eisenbahntelegraphen wurden am 20. Juli 1847 im Staatsministerium beraten. Auch hier hatte wieder der Kriegsminister Einwände. Man einigte sich schließlich auf die in der Denkschrift vorgesehenen elf Punkte, jedoch sollte außerdem noch hinzugefügt werden:

„Daß zur möglichsten Vermeidung eines Mißbrauchs durch nachteilige und gefährliche Beförderungen von Börsen- oder politischen Nachrichten auf den von der Staatsbehörde noch näher zu bestimmenden Hauptstationen der betreffenden Eisenbahnen *königl.* Telegraphenbeamten zur Kontrollierung der Eisenbahntelegraphen angestellt werden.

Über diese Hauptstationen dürfen alsdann *gar keine* telegraphische Depeschen — wenn solche auch nur ausschließlich den Eisenbahndienst betreffen — fortgehen, ohne daß die zur Kontrolle angesetzten *königl.* Telegraphenbeamten von solchen Kenntnis erhalten und sich mit der Weiterbeförderung der Depeschen einverstanden erklären.

Diese königlichen Telegraphenbeamten müssen von der Technik der elektromagnetischen Telegraphie die nöthigen Kenntnisse besitzen, sollen ihren Gehalt aus königlichen Kassen beziehen und der königlichen Telegraphendirektion untergeordnet werden.“¹⁶

Weiterhin wurde beschlossen, „daß Kommissarien des Ministers des Krieges, des Innern und der Finanzen ungesäumt zusammentreten sollen, um diejenigen Bedingungen . . . gemeinschaftlich näher in Erwägung zu nehmen und zu entwerfen“¹⁷.

Diese Kommissarien traten am 31. Juli 1847 zusammen. Vom Kriegsministerium Gaertner und Crüsemann (Telegraphendirektion), vom Ministerium des Innern Schroener und vom Ministerium der Finanzen Mellin. Sie berieten Bestimmungen, die zum Teil noch über die in der Denkschrift genannten hinausgingen. Zum Beispiel sollten alle Bahnbeamten auf § 8 vereidigt werden. Auf solchen Stationen, wo Staatstelegraphen eingerichtet waren, sollten alle Telegramme vor der Weiterbeförderung erst dem Staatsbeamten gezeigt werden, und die Staatsbeamten sollten für ihre Kontrolltätigkeit unentgeltlich mit der Eisenbahn befördert werden.¹⁸

Aufschlußreich war ein Meinungswechsel, der bei diesen Beratungen zwischen den Vertretern des Kriegs- und des Finanzministeriums stattfand. In dem Protokoll heißt es:

„Die Militair-Kommissarien beantragten außer vorstehenden Bedingungen auch noch festzustellen:

¹⁵ Ebenda, Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 1, Bl. 42 a u. 42 b.

¹⁶ Ebenda, Rep. §9 H, XXV, 24, Bd 1, Bl. 71 b u. 72 a.

¹⁷ Ebenda, Bl. 72 a u. 72 b.

¹⁸ Ebenda, Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 1, Bl. 48 a—50 b.

daß auf jeder Bahn, auf welcher ein elektro-magnetischer Telegraph eingerichtet wird, gleichzeitig damit auch einen solchen für den Königlichen oder öffentlichen Dienst anzulegen, weil dadurch für die Anlegung des letzteren an Kosten erspart werde, und könnte man den Eisenbahn-Gesellschaften auferlegen, nöthigenfalls die erforderlichen Kosten vorzuschießen.

Der Kommissarius des Herrn Finanz-Ministers bemerkte hierauf: daß zur Zeit noch nicht feststeht, auf welchen Linien Königliche Telegraphen und in welcher Weise, ob mit Drahtleitungen über oder in der Erde, respective mit welchen Apparaten pp anzulegen. Über diese Feststellung und über die Organisation der Königlichen Telegraphen könnte möglicher Weise noch eine längere Zeit vergehen und es sei deshalb §§ 2—7 der obigen Bedingungen der nöthige Vorbehalt gemacht. Jetzt komme es zunächst vor allem darauf an: daß möglichst schnell die Bedingungen der Concession festgesetzt würden, damit die Eisenbahn-Gesellschaften nach dem von mehreren bereits gemachten Ansuchen noch vor Eintritt des Winters die desfallige Einrichtung zur mehreren Sicherheit des Betriebes ausführen könnten.¹⁹

Auf die Verknüpfung von Staats- und Eisenbahntelegraphen kommen wir später noch zurück. Bemerkenswert ist, daß der Vertreter des Finanzministers, zu dessen Ressort die Eisenbahnen gehörten, deren Interessen wenigstens insofern wahrnahm, daß er auf eine schnelle Erledigung drängte und verhinderte, daß durch die Verknüpfung mit den Staatstelegraphen die Konzessionierung von Eisenbahntelegraphen um längere Zeit hinausgeschoben wurde. Die Kommission stellte schließlich aus den vorliegenden Punkten fünfzehn Bedingungen zusammen.

Das Staatsministerium bat am 17. August 1847 den König, dementsprechend die Konzessionen aussprechen zu dürfen. Die Minister des Krieges, des Innern und der Finanzen wollten gemeinsam die Stationen festlegen, wo staatliche Telegraphenbeamte angestellt werden sollten.²⁰

Im Auftrage des Königs gestattete schließlich am 27. August 1847 der Prinz von Preußen die Anlage von Eisenbahntelegraphen nach den fünfzehn Punkten; er ermächtigte den Finanzminister, die Konzessionen auszusprechen:

„Es ist jedoch den betreffenden Gesellschaften noch ausdrücklich zur Pflicht zu machen, auf denjenigen Linien, auf welchen eine Telegrapheneinrichtung für Rechnung des Staats einstweilen nicht ausgeführt wird, Depeschen Meiner Behörden in den Grenzen, in welchen die für den Bahntelegraphendienst ausgeführte Einrichtung es gestattet und soweit dies unbeschadet des Bahndienstes zulässig ist, unentgeltlich zu befördern . . .“²¹

Daraufhin traten die Kommissarien der drei Ministerien nochmals am 31. August 1847 zusammen. Sie berieten über die Organisation der Kontrolle und die Befugnisse der dafür einzusetzenden Staatsbeamten, die dem Telegraphendirektor (unter dem Kriegsministerium) unterstellt werden sollten. Es wurde auch ein Verzeichnis der Bahnhöfe aufgestellt, wo Kontrollbeamte stationiert werden sollten.²²

Auf Grund der Beratungen veröffentlichte der Finanzminister am 5. September 1847 ein Rundschreiben an alle Eisenbahndirektionen, in dem die Bedingungen

¹⁹ Ebenda, Bl. 50 b u. 51 a.

²⁰ Ebenda, Rep. 89 H, XXV, 24, Bd 1, Bl. 57 a—58 b.

²¹ Ebenda, Bl. 73 a.

²² Ebenda, Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 1, Bl. 67—74.

für die Konzession von Telegraphenanlagen in Form von sechzehn Paragraphen angegeben waren.

Aus dem Gang der Verhandlungen lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die Entwicklung der Produktivkraft Eisenbahn war soweit gediehen, daß eine Erhöhung des Profits von der Verbesserung des Nachrichtenwesens abhängig war, das heißt, daß elektrische Telegraphen unentbehrlich wurden. Wollte die preußische Regierung die Telegraphenanlagen nicht völlig den Privatgesellschaften überlassen, so mußte sie den Konzessionszwang einführen und entsprechende Bedingungen festlegen. Sie wählte diesen Weg und beschleunigte ihn weitgehend, so daß die Bestimmungen — trotz erheblicher Differenzen, wie sie im Vorangegangenen nur zum Teil zum Ausdruck kommen konnten — innerhalb eines reichlichen Jahres veröffentlicht werden konnten. Zur Ausarbeitung wurde eine zweite Kommission aus Vertretern des Kriegs-, Finanz- und Innenministeriums gebildet.
2. Der preußische Staat — vertreten durch seine Minister — erkannte, welchen ökonomischen, militärischen und politischen Machtfaktor die neue Form der Nachrichtenübermittlung darstellte. Es war mit den Klasseninteressen des Junkertums unvereinbar, dieses moderne Nachrichtenübermittlungssystem in einer politischen Situation, in der die Stabilität des bestehenden Gesellschaftssystems sichtbar bedroht war, der Bourgeoisie unkontrolliert zu überlassen. Deshalb hemmte der Staat die Einführung und den Ausbau dieses technischen Fortschritts, bzw. suchte er nach Wegen, die den elektrischen Telegraphen politisch für das Junkertum ungefährlich machten, ja sogar in ein Instrument zur Stützung seiner politischen Macht verwandelten.
3. Die Herausarbeitung von Bedingungen für die Konzessionierung von Eisenbahntelegraphenanlagen läßt deutlich das Mißtrauen der herrschenden Feudal-klasse gegen die Entwicklung der Technik und ihre kapitalistische Anwendung erkennen. Sie spürte, daß sowohl durch die Klasse der Bourgeois als auch durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ihre Macht unterhöhlt wurde. Da es nicht möglich war, diese Entwicklung aufzuhalten, versuchten die Junker, sie auch ökonomisch für sich auszunutzen. Ihr Denken wurde dabei weitgehend von den Verhältnissen im 18. Jahrhundert bestimmt, als die Produktion noch im einzelnen staatlich reglementiert wurde. So versuchten sie nun, die elektrische Telegraphie durch ein System des bürokratischen Reglementierens für sich zu sichern.

Es zeigt sich hier also eine ganz ähnliche Erscheinung, wie sie Mottek allgemein für das Verhältnis des preußischen Staates zum Industriekapitalismus kennzeichnet: Einerseits unterstützt der Staat die Entwicklung der Industrie, andererseits hemmt er sie, weil er die feudalistischen Verhältnisse zu langsam beseitigt.²³ Die Vertreter der Regierung mußten immer wieder die Notwendigkeit von Telegraphenanlagen für den Eisenbahnbetrieb anerkennen und betonten auch mehrfach die Nützlichkeit solcher Einrichtungen für die Allgemeinheit. Weil die Junker in der kapitalistischen Entwicklung eine Gefahr für sich sahen, miß-

²³ Vgl. *Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker*, a. a. O., S. 34–36.

trauten sie auch den technischen Neuerungen im Verkehrswesen. So sprachen sie sich zwar nie gegen die Einrichtung von elektrischen Telegraphenanlagen aus, sie wollten aber die unbedingte Kontrolle über sie haben. Die übersteigerten Kontrollbestrebungen legten den Eisenbahngesellschaften alle nur erdenklichen Erschwernisse in den Weg und hemmten objektiv die Entwicklung dieser „für das Wohl der Allgemeinheit“ so nützlichen Einrichtung.

Das ist ein konkretes Beispiel dafür, wie veraltete Produktionsverhältnisse mit ihrem Überbau die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen können. Es zeigt aber auch die Schwäche des deutschen Bürgertums im Vergleich zum englischen oder amerikanischen. Denn in England und in den USA, wo das Bürgertum die politische Macht hatte, standen Konzessionen mit solchen Bedingungen überhaupt nicht zur Diskussion.

Zu beachten ist noch, daß die preußische Regierung mit diesen Konzessionierungsbestimmungen kein Gesetz schuf. Während in Österreich schon 1847 durch ein Hofkanzleidekret²⁴ eine gesetzliche Grundlage geschaffen wurde, erfolgte in Preußen die Konzessionierung von Telegraphenanlagen im Rahmen der polizeilichen Genehmigung von gewerblichen Anlagen.

„... in der Praxis genügte die staatliche Polizeihohheit, um jeden ähnlichen, unliebsamen Versuch (Einrichtung von Privattelegraphenanlagen zur allgemeinen Benutzung — W. L.) zu verhindern; weil es undenkbar ist, eine Telegraphenanlage für nur irgend nennenswerthe Entfernungen auf die Benutzung von Privatterrain zu beschränken und weil die Inanspruchnahme öffentlicher Wege nicht ohne Genehmigung des Fiskus, als Eigenthümers und der Staatspolizei, als Aufsichtsbehörde über die öffentliche Ordnung, erfolgen konnte.“²⁵

Wie wir feststellten, bezog sich die Konzessionspflicht nicht nur auf Telegraphenanlagen zur allgemeinen Benutzung, sondern auch auf Eisenbahntelegraphenanlagen. Es ist deshalb falsch, wenn Ludewig schreibt:

„In Bezug auf die Privat-Eisenbahnen hat sich in Preußen eine andere Praxis herausgebildet, indem weder die ältern beim Erscheinen der Telegraphen schon bestehenden Gesellschaften zur Errichtung derselben besondere Concessionen nachgesucht haben, noch auch für die neuen Gesellschaften in den allgemeinen Concessionsurkunden irgend eine Andeutung enthalten ist, daß es zur Herstellung solcher Anlagen einer besonderen Concession bedürfe . . .

Den Eisenbahnen gegenüber hat also der Staat indirekt anerkannt, daß er das Monopol der Telegraphen nicht besitzt.“²⁶

In der Praxis dehnte der preußische Staat die Konzessionspflicht auf alle Telegraphenanlagen aus. Er stützte sich dabei auf sein Postregal. Gegenüber den Eisenbahnen konnte er jedoch die genannten Beschränkungen nur kurze Zeit in vollem Maße aufrechterhalten. Auch hier schuf die Revolution von 1848 eine Veränderung.

Bekanntlich blieb die bürgerliche Revolution von 1848 unvollendet. Die deutsche Bourgeoisie konnte weder die politische Herrschaft erringen, noch wurde die

²⁴ „Bei der Wichtigkeit welche telegraphische Verbindungen für die öffentliche Verwaltung haben, finden sich seine K. K. Majestät laut a. h. Cabinetschreibens vom 16. Januar 1847 zur Anordnung bestimmt, daß von nun an, ohne vorher von Sr. Majestät selbst erwirkter Erlaubniß, keinem Privaten, weder einem einzelnen noch einer Gesellschaft, gestattet sein soll, Telegraphen zu errichten.“ (Ludewig, Julius, Die Telegraphie in staats- und privatrechtlicher Beziehung vom Standpunkt der Praxis des geltenden Rechts, Leipzig 1872, S. 13.)

²⁵ Ebenda, S. 19/20.

²⁶ Ebenda, S. 20/21.

Einheit Deutschlands als Nationalstaat erreicht. Wenn im wesentlichen auch der gleiche feudal-militaristische Klüngel weiter in Preußen herrschte, so mußte die preußische Regierung im Ergebnis der revolutionären Volksbewegung doch der Großbourgeoisie Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet machen. In den Jahren nach 1848 wurden Schritt für Schritt die feudal-bürokratischen Hemmnisse für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt.

Am 16. März 1848, also zwei Tage vor Ausbruch der Barrikadenkämpfe in Berlin, wandte sich der Finanzminister von Duesberg mit einem Schreiben an den König, in dem er berichtete, daß die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahngesellschaft ihn ersucht habe, die Benutzung der Eisenbahntelegraphen zu gestatten, ohne daß alle Bedingungen angewandt werden sollten. Der Finanzminister befürwortete das Gesuch unter anderem mit der Begründung, daß es nützlich wäre, weitere Erfahrungen mit elektrischen Telegraphen zu sammeln; „andererseits erscheint bei den eingetretenen Verhältnissen, welche so zahlreiche außergewöhnliche Bahnzüge herbeiführen, zur Beschleunigung und Sicherung derselben auf der nur eingleisigen Bahn die Benutzung der elektro-magnetischen Telegraphen besonders wünschenswert“.²⁷

Deshalb sollte der Eisenbahngesellschaft die Benutzung des Telegraphen vorläufig gestattet werden, „ohne daß sämtliche Bedingungen der Allerhöchsten Order vom 27. August v. J. erfüllt werden“.²⁸

Wenige Tage später wurde ebenso wie die übrigen Minister auch von Duesberg seines Amtes enthoben. Nach einer Übergangsregierung unter Graf von Arnim-Boitzenburg wurde der rheinische Liberale Ludolf Camphausen am 29. März Ministerpräsident und bildete ein aus bürgerlichen und feudalen Kräften bestehendes Ministerium. Durch den Verrat der Bourgeoisie und die Unentschlossenheit der demokratischen Bewegung konnten die feudalen Kräfte im November einen reaktionären Staatsstreich durchführen. Ein Vertreter der reaktionärsten Junkerclique, Graf von Brandenburg, wurde Ministerpräsident, und die Konterrevolution trat offen ihre Herrschaft an.

Unter diesen Verhältnissen erfolgte dann die Regelung der Genehmigung von Eisenbahntelegraphenanlagen. Am 8. Februar 1849 berichtet das Staatsministerium dem König, daß die meisten Eisenbahngesellschaften gegen die Bedingungen für die Zulassung von Eisenbahntelegraphen Widerspruch erhoben hatten. Die Gesellschaften wären „gleichmäßig davon ausgegangen, daß die Regierung, welche den Nutzen des elektrischen Telegraphen für die Sicherheit und Ordnung des Eisenbahnbetriebs anerkennen mußte, nicht in der Lage sei, die Anlage derselben an lästige und erschwerende Vorbehalte und Bedingungen zu knüpfen. Insbesondere seien die den Eisenbahngesellschaften unter Nr. 2 bis 7 auferlegten Verpflichtungen und die außerdem noch ausgesprochene Verbindlichkeit, Depeschen des Staates unentgeltlich zu befördern, schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht zu rechtfertigen, und die unter 8—14 vorgeschriebenen Kontrollmaßregeln größtenteils weder notwendig, noch in dem Aufsichtsrecht des Staates über die Eisenbahngesellschaften und deren Betrieb begründet.“²⁹

Das Staatsministerium erkannte nun die Einwände an und schlug vor, mit den Eisenbahngesellschaften Verträge über die Benutzung der Bahnanlagen zur Er-

²⁷ DZA Merseburg, Rep. 89 H, XXV, 24, Bd 1, Bl. 75 b.

²⁸ Ebenda, Bl. 76 a.

²⁹ Ebenda, Bl. 82 a und 82 b.

richtung von Staatstelegraphen abzuschließen, wie es bereits auf einigen Linien geschehen war. Das heißt, daß nun nicht mehr die patriarchalisch verkleidete Willkür des feudalen Staates, sondern bürgerliche Rechtsgrundlagen als geltend anerkannt wurden. Davon ausgehend sprach sich das Staatsministerium dafür aus, allen Bahngesellschaften die Anlage von Telegraphen unter folgenden Bedingungen zu gestatten:

- „1. Die Eisenbahngesellschaft muß von der beabsichtigten Konstruktion und Einrichtung des anzulegenden Telegraphen eine genaue Beschreibung nebst Zeichnung dem Handelsministerium einreichen und ist verpflichtet, die Einrichtung nach der Festsetzung desselben auszuführen.
2. Alle zu befördernden Nachrichten und Mitteilungen müssen entweder in allgemeinverständlichen, oder in solchen Zeichen gegeben werden, von deren Bedeutung der Staatskommissarius der Bahn vorher in Kenntnis gesetzt ist.
3. Jede durch den Telegraphen zu befördernde Nachricht und Mitteilung muß mindestens am Aufgabe- und am Empfangsort in ein Tagebuch eingetragen werden.
4. Nur diejenigen Personen, welche zur Beaufsichtigung und Bedienung der Telegraphen bestellt und vereidigt sind, dürfen die telegraphischen Zeichengeber in Bewegung setzen.

Außerdem wäre noch ausdrücklich auszusprechen, daß die von den Eisenbahngesellschaften anzulegenden Telegraphen nur für den Eisenbahndienst zu benutzen, eine anderweite Benutzung nur mit Genehmigung des Staats und nach den zu erteilenden besonderen Konzessionsbedingungen eintreten dürfe, sowie daß die elektrischen Eisenbahntelegraphen der gewöhnlichen Aufsicht der Staatskommissarien unterworfen seien.“³⁰

Damit entfiel der größte Teil der einschneidenden Beschränkungen für die Anlage von Eisenbahntelegraphen, die sich hemmend auf ihre Entwicklung ausgewirkt hatten, das heißt, die preußischen Junker mußten nunmehr auch in dieser Hinsicht Zugeständnisse an die Bourgeoisie machen. Die preußische Regierung gestattete aber nicht nur die Anlage von Eisenbahntelegraphen, sondern baute selbst auch ein umfangreiches Netz von Staatstelegraphenlinien auf. Die preußische Regierung war dazu durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise gezwungen worden. Die Ausdehnung der Produktion der materiellen Güter führte zu einem ungeheuren Wachstum des Verkehrswesens, das seinen sichtbarsten Ausdruck im Bau von Eisenbahnlinien fand.

1850	1855	1860	1865	1870	<i>Länge der Eisenbahnlinien in Deutschland³¹</i>
5822	7781	11026	13821	18560 km	

Die Eisenbahnen konnten Nachrichten oft schneller befördern als die bestehende optische Staatstelegraphenlinie zwischen Berlin und den Rheinprovinzen. Der preußische Staat konnte zwar durch sein Postregal auch die offizielle Post per

³⁰ Ebenda, Bl. 84 a und 84 b.

³¹ Vgl. *Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert*, Berlin 1903, S. 579.

Eisenbahn beherrschen, er konnte aber weder den Briefschmuggel völlig unterbinden noch verhindern, daß ein Bote mit der Eisenbahn schneller da war als das staatliche Telegramm. So war zum Beispiel die Bevölkerung von Frankfurt a. d. O. am 27. April 1849 früher als der Regierungspräsident davon informiert, daß die zweite Kammer aufgelöst worden war, weil das Personal eines Güterzuges die Nachricht mitgebracht hatte.³² Damit war das Postregal in seinem Kern getroffen, wollte der Staat doch immer die schnellste Nachrichtenverbindung für sich monopolisieren.

Die demokratische Volksbewegung, zu deren Niederhaltung der preußische Staat unter anderem auch Telegraphen benötigte, war ebenfalls durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise entstanden.

Aus diesen Gründen und als Zugeständnis an die Großbourgeoisie baute der preußische Staat nach der Revolution von 1848 in sehr raschem Tempo elektrische Staatstelegraphenlinien auf. Obwohl erhebliche Geldmittel dafür aufgewendet wurden, konnten die Bedürfnisse der Staatsorgane nicht schnell genug befriedigt werden. Sie mußten sich deshalb oft der Eisenbahntelegraphen bedienen. Zur Förderung des Baues von Bahntelegraphen hatte die preußische Regierung 1850 ein „Rescript“ erlassen, nach dem die Eisenbahngesellschaften verpflichtet waren, elektrische Telegraphen anzulegen.³³ Das Handelsministerium hatte 1850 den Staatsorganen erlaubt, in dringenden Fällen die Eisenbahntelegraphen für Staatsdepeschen zu benutzen.³⁴ Diese Erlaubnis war mehrfach gegeben und widerrufen worden, da sich die Eisenbahngesellschaften immer wieder beschwerten, daß die Eisenbahntelegraphen besonders von Polizeibeamten zu unrecht benutzt würden — sei es, daß die Mitteilungen zu langsam abgefaßt waren oder nicht im „reinen“ Staatsinteresse lagen.

Das bedeutet: Nachdem die preußischen Staatsorgane den Nutzen elektrischer Telegraphen für ihre Zwecke erkannt hatten, ließen sie nicht nur selbst Staatstelegraphenlinien anlegen, sondern änderten auch ihre Haltung gegenüber der Ausrüstung von Eisenbahnstrecken mit elektrischen Telegraphen grundlegend.

Die Eisenbahngesellschaften, denen zuerst die Beförderung von Nachrichten, die nicht den Eisenbahnbetrieb betrafen, streng untersagt worden war, sollten nun möglichst viele staatliche Telegramme mit befördern. Nach wenigen Jahren wurde ihre Befugnis sogar auf die Beförderung von Privatdepeschen ausgedehnt. Am 18. März 1858 schrieb der Handelsminister v. d. Heydt, daß trotz der großen Ausdehnung der Staatstelegraphie viele Orte noch unberücksichtigt seien. Eine entsprechende Erweiterung des Staatstelegraphennetzes erschien aus finanziellen Gründen nicht rätlich, statt dessen sollten die Eisenbahngesellschaften ermächtigt werden, mit ihren Telegraphen den allgemeinen Verkehr mit zu übernehmen.³⁵ Vorerst dienten dazu die Telegraphen der Staatsbahnen und der staatlich verwalteten Bahnen. Im Juli 1858 war diese Regelung für eine Bahnlänge von 178 preußischen Meilen in Kraft getreten und für weitere 137 Meilen in Vorbereitung.³⁶

In Vertretung des Handelsministers schrieb am 3. August 1858 Pommer Esche: „Zur Erhöhung der Nutzbarkeit der electromagnetischen Telegraphie ist der

³² Vgl. DZA Merseburg, Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 1, Bl. 201.

³³ Vgl. Schötle, Gustav, Der Telegraph in administrativer und finanzieller Hinsicht, Stuttgart 1883, S. 52.

³⁴ Vgl. DZA Merseburg, Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 2, Bl 28–30.

³⁵ Vgl. DZA Merseburg, Rep. 89 H, XXV, Nr 25, Bd 1, Bl. 140.

³⁶ Ebenda, Bl. 160.

Versuch gemacht worden, die Betriebstelegraphen sowohl der Staats- als auch der Privat-Eisenbahnen zur Depeschenbeförderung für den allgemeinen Verkehr heranzuziehen.³⁷

Daß diese Maßnahme vor allem im Interesse des preußischen Staates lag, geht daraus hervor, daß in dem gleichen Schreiben an die staatlichen Dienststellen appelliert wird, unentgeltliche Telegramme nur in den dringendsten Fällen abzusenden, damit die Eisenbahngesellschaften, die nur versuchsweise dieser Regelung zugestimmt hatten, nicht wieder davon zurückträten, weil sie glaubten, daß die unentgeltliche Beförderung der Staatsdepeschen für sie eine zu große Belastung wäre und den Vorteil der Beförderung von Privatdepeschen nicht aufheben könnte.

In der Folgezeit wurden die meisten Bahngesellschaften für die Regelung gewonnen. Da sich jedoch verschiedene hartnäckig weigerten, Privattelegramme befördern zu lassen, wurde in Preußen ab 1863 den neukonzessionierten Eisenbahngesellschaften eine entsprechende Verpflichtung ausdrücklich auferlegt.³⁸ Die Bahntelegraphenanlagen dienten vor allem als Zubringerlinien für das Staatstelegraphennetz. Ihr Dienstreglement entsprach im wesentlichen dem des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereins.

Wenn wir zurückschauen, erkennen wir eine grundlegende Veränderung in der Einstellung des preußischen Staates zur Ausrüstung der Eisenbahnen mit elektrischen Telegraphen. Zuerst wollte er ihren Bau verhindern, da er in ihnen eine Gefahr für sich sah. Nachdem die Entwicklung der Produktivkräfte in Gestalt der Eisenbahnstrecken so weit fortgeschritten war, daß eine Regelung unumgänglich erschien, wurde der Bau von Eisenbahntelegraphenanlagen gestattet, jedoch an so einschränkende Bedingungen geknüpft, daß der Staat als ausgesprochen hemmender Faktor in Erscheinung trat. Nach der Revolution von 1848 verfolgte der preußische Staat eine Wirtschaftspolitik, die allmählich eine immer schnellere Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zuließ. Die Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs verlangte auch entsprechende Einrichtungen des Nachrichtenwesens. Der preußische Staat ließ elektrische Staatstelegraphenlinien anlegen. Gleichzeitig ließ er die einschränkenden Bestimmungen für die Konzessionierung der Eisenbahntelegraphenanlagen fallen, die er zusätzlich für seinen eigenen Bedarf benötigte, und förderte ihre Anlage. Indem er sie schließlich für die allgemeine Benutzung freigab, wurden sie teilweise ein Bestandteil des Staatstelegraphennetzes. Das heißt, der preußische Staat war nun an einer Förderung der Eisenbahntelegraphenanlagen interessiert. Er ging jedoch nicht so weit wie der nordamerikanische Staat, der den Telegraphengesellschaften unmittelbare materielle Vorteile bot.

Die Ursache für den Wechsel in der Einstellung des preußischen Staates zur Ausrüstung der Eisenbahnstrecken mit Telegraphen war nicht die Änderung der Staatsform von der absoluten zur scheinverfassungsmäßigen Monarchie, sondern die fortschreitende Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn der preußische Staat seine Existenz erhalten wollte, konnte er die neue Produktionsweise nicht wie vor der Revolution weiter hemmen, sondern er mußte ihr ent-

³⁷ Ebenda, Rep. 77, tit. 813, Nr 1, Bd 3, Bl. 77.

³⁸ Vgl. Schötle, Gustav, a. a. O., S. 55.

sprechende Entwicklungsbedingungen gewährleisten, die in Preußen in Form eines Kompromisses zwischen dem Feudaladel und der liberalen Bourgeoisie realisiert wurden.

Die Revolution hatte außerdem — und das ist nicht minder wichtig — gezeigt, daß die Erhaltung der bestehenden politischen Machtverhältnisse besser gesichert werden konnte, wenn die staatlichen Instanzen rasch und zuverlässig über innerpolitische Vorgänge informiert wurden. Dadurch wurde es möglich, den Machtapparat des Staates in kürzester Zeit dort einzusetzen, wo die Situation am kritischsten war.

Haupttriebkraft für die Entwicklung elektrischer Bahntelegraphen blieb während des gesamten untersuchten Zeitraumes das Profitstreben. Durch die Anlage elektrischer Telegraphen konnten die Sicherheit des Bahnbetriebes und die Durchlaßfähigkeit der Strecken zum Teil soweit gesteigert werden, daß sich der Bau des zweiten Gleises um mehrere Jahre verzögern ließ, so daß eine günstigere Verwertung des aufgewandten Kapitals erreicht wurde.

Zweifellos hat sich die Haltung der preußischen Regierung in ähnlicher Weise auch auf andere Gebiete der Entwicklung der Produktivkräfte ausgewirkt. Um verallgemeinernde Aussagen treffen zu können, um den Einfluß des preußischen Staates auf die Gesamtheit der Entwicklung der Produktivkräfte charakterisieren zu können, muß man ihn am konkreten Objekt untersuchen. Dabei gilt es, auch die übrigen Faktoren, die hemmend oder fördernd in Erscheinung traten, näher zu betrachten, damit man zu einer allseitigen Analyse kommt. Erst aus der Auswertung solcher Untersuchungsergebnisse wird man Aufschluß über die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte erhalten, die es gestatten, tiefer in die Problematik einzudringen.

Die Entwicklung der Familie von Alvensleben zu Junkerindustriellen

VON HERBERT SEIFFERT

1. Kapitalistische Betätigung der Alvensleben in industriellen Nebenwirtschaften
2. Von der Unternehmertätigkeit zur Kapitalbeteiligung in der Zuckerindustrie
3. Der Gundbesitzer Hans Bodo von Alvensleben als Aufsichtsratsmitglied im Maizena-Konzern

Das Geschlecht Alvensleben ist schon im neunten Jahrhundert nachweisbar und zählte zu dem ältesten altmärkischen Adel.¹ Die Mehrzahl seiner Besitzungen befanden sich in der Altmark und weiter im Magdeburger Raum bis an den Harz. Als Stammsitz wird der Ort Alvensleben, Kreis Haldensleben², angegeben.

Das Alvenslebensche Geschlecht teilte sich in drei Hauptlinien: die rote, die weiße und die schwarze. Die ehemaligen Besitzer von Neugattersleben, mit denen sich die vorliegende Arbeit beschäftigt, gehörten zur schwarzen Linie.

1573 hatte die Stadt Magdeburg für 93000 Taler Schloß und Gut Neugattersleben an den Rat und Oberhofmeister des Administrators von Magdeburg, Ludolf von Alvensleben, verkauft, um Kriegs- und Belagerungsschulden decken zu können. Magdeburg behielt die Lehensherrlichkeit bis 1869.

Nachdem seit dem siebzehnten Jahrhundert Neugattersleben ständig von zwei Alvenslebener Besitzern verwaltet worden war, übernahm es 1831 Werner Ludwig Eduard von Alvensleben (1805 bis 1869) als alleiniger Besitzer. Sein Nachfolger, Werner Ludwig Alvo (1840 bis 1928), war der einzige Sohn und Erbe des Gutes. Er hatte engste Beziehungen zum deutschen Kaiserhaus und ist Neugatterslebener Einwohnern noch bekannt als der Organisator der Kaiserjagden. 1880 wurde er von Wilhelm I. zum Kammerherrn³ ernannt. Bei den Hofchargen

¹ Landeshauptarchiv Magdeburg: Geschichtliche Nachrichten von dem Geschlecht von Alvensleben seit 1880, hg. v. Familienverband Alvensleben; 1930 A XXIX a Urkundensammlung zur Geschichte des Geschlechts von Alvensleben (Codex Diplomaticus Alvenslebenianus), hg. v. Aderlbert Mülverstedt, 4 Bände von 814 bis 1798 A XXIX a.

² Eine Aufstellung der hauptsächlichen Besitzungen der Familie v. Alvensleben findet sich auch in der Chronik und Ortsgeschichte von Neugattersleben, Dorfarchiv Neugattersleben, Kreis Bernburg, S. 75. Die Chronik wurde bis 1901 vom Oberpfarrer Kamlah, Hohendorf, das jetzt in Neugattersleben eingemeindet ist, geschrieben und als Fortsetzungsreihe in den kirchlichen Mitteilungsblättern veröffentlicht. Seit 1951 wird sie von Herrn Willi Rosemeier, Neugattersleben, fortgesetzt.

³ Handbuch über den königlich-preußischen Hof und Staat für das Jahr 1912, R. v. Deckers-Verlag, Berlin 1911, S. 14.

war er unter den Schloßhauptleuten zu finden.⁴ 1901 erhob ihn Wilhelm II. in den Grafenstand⁵, und 1913 erhielt er den Titel „Exzellenz“⁶.

Nach dem Tode seines Vaters trat 1929 der 1882 geborene Hans Bodo von Alvensleben, der letzte gräfliche Besitzer in Neugattersleben, das Erbe an. Er war selbstverständlich im preußischen Sinne erzogen worden. Als Student gehörte er der Studentenverbindung der Bonner Borussen⁷ an. Die Borussia (Bonn) war mehr als hundert Jahre die schlagende Verbindung, in der sich die „Elite“ Preußens⁸, an der Spitze die preußischen Kronprinzen, zusammenfanden. Hans Bodo von Alvensleben hatte sich in allen „Ehren“ die Sporen als aktives Korpsmitglied verdient. Darüber ist folgendes überliefert:

„Zu vermerken ist, daß in diesem Semester (1908/09 – H. S.) unser lieber... CB Hans Bodo von Alvensleben, Neugattersleben, seine 9. Säbelpartie focht und seinen Gegner mit vier Blutigen und zehn Nadeln abstach.“⁹

Später förderte er als „Alter Herr“ diese Tradition bei der heranwachsenden Jugend. 1932 übernahm er den Vorsitz der „Alten Herren“ (A. H.)¹⁰

Den preußisch-militaristischen Traditionen entsprechend fand er sein politisches Betätigungsfeld im Stahlhelm, dessen Bundesvorstandsmitglied er war. In dieser Funktion setzte er sich für das Bündnis des Stahlhelms mit Adolf Hitler ein. Es entspricht seiner Geisteshaltung, daß er für die Hitlerpartei eintrat, in Neugattersleben aber durch Flüsterpropaganda dafür sorgte, dort als Gegner dieser Partei angesehen zu werden.¹¹ Überhaupt hatte er es verstanden, sich im Dorf den Ruf eines am Althergebrachten festhaltenden, den Dorfbewohnern verbundenen, freundlichen und hilfsbereiten Mannes zu erwerben.¹² Von der ihn wirklich charakterisierenden Betätigung wußte man in Neugattersleben wohl kaum etwas. Sie spielte sich vielmehr in Berlin im Herrenklub ab, im Landbund, im Stahlhelm und schließlich in Hamburg im Maizena-Konzern.

Mit dem Großvater des letzten Besitzers von Neugattersleben begann die Entwicklung dieses Zweiges der Familie Alvensleben zu Junkerindustriellen.

1. KAPITALISTISCHE BETÄTIGUNG DER ALVENSLEBENS IN INDUSTRIELLEN NEBENWIRTSCHAFTEN

Für die Entwicklung zum Kapitalismus in der Landwirtschaft ist in großen Gebieten Preußens die Errichtung industrieller Nebenwirtschaften durch die Gutsherren ein typisches Kennzeichen. Der ausgedehnte Landbesitz bot die ver-

⁴ Ebenda, S. 12.

⁵ Landeshauptarchiv Magdeburg: Geschichtliche Nachrichten von dem Geschlecht von Alvensleben seit 1880, hg. v. Familienverband Alvensleben, 1930, S. 65.

⁶ Ebenda.

⁷ Landeshauptarchiv Magdeburg, Rep. H, Gutsarchiv Neugattersleben (v. Alvensleben) (im folgenden: LHA Magdeburg, a. a. O.), Corpsgeschichte 1821 bis 1935.

⁸ Ebenda, S. 12/13.

⁹ Ebenda, Corpsannalen 1908 und 1909, S. 2. Ein Blutiger ist ein Korpsstudent, der durch einen Säbelhieb eine Wunde erhalten hat, aus deren Rändern Blut fließt. Eine Nadel ist erzielt, wenn eine geschlagene Wunde genäht werden muß.

¹⁰ Ebenda, C. G.-Post 1932, Wintersemester 1931/32. Die „A. H.“ waren eine Art leitende Körperschaft für das Korps.

¹¹ Aussagen des Herrn Willi Rosemeier, Neugattersleben, Kreis Bernburg.

¹² Daß Hans Bodo v. Alvensleben zum Beispiel die Gepflogenheit seines Vaters und Großvaters beibehielt, den Posten des Inspektors auf dem Gut vom Vater auf den Sohn zu vererben, trug sicherlich mit dazu bei, sein Bild mit gewissen patriarchalischen Zügen auszustatten.

schiedensten Möglichkeiten für die Einrichtung solcher Betriebe, sei es, daß Bodenschätze Ausgangspunkt für Industrieunternehmen der Gutsbesitzer waren, sei es, daß landwirtschaftliche Produkte in eigenen Fabriken verarbeitet wurden. Es ist bekannt, daß Schnapsbrennereien und Zuckerfabriken eine große Rolle bei der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande spielten.

Die Neugatterslebener Gutsbesitzer konnten von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen. Im Laufe der Zeit nahmen sie zum Beispiel eine Kiesgrube und einen Steinbruch in Betrieb und hatten durch den Verkauf von Kies und Steinen ansehnliche Einnahmen. Auch ein Kalkwerk gehörte zu ihren industriellen Nebenbetrieben. Der älteste Betrieb dieser Art war eine Braunkohlengrube.

Auf sie soll in diesem Abschnitt näher eingegangen werden, denn die in Neugattersleben vorgefundenen Akten zeigen deutlich, wie gut es die Junker verstanden, ihre abhängige Landarbeiterschaft als kapitalistische Industriearbeiter auszuheuten.

Die Gewerkschaft¹³ der Vereinigten Braunkohlenzeche Luise Hedwig bei Neugattersleben, einer verhältnismäßig kleinen Grube, gehörte zum Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat, in dem insgesamt 89 Gruben zusammengeschlossen waren.¹⁴

Zur Grube gehörten im Jahre 1910 eine 5100 Meter lange Schienenbahn, eine 1750 Meter lange Drahtseilbahn, 111 Wagen, 4 Dampfmaschinen, 2 Naßpressen mit einer Preßleistung von 90000 Stück pro Tag und Trockenschuppen für die Preßlinge mit einer Kapazität von 300000 Stück.¹⁵

Im Betrieb arbeiteten

1916 im Jahresdurchschnitt ca. 57 Arbeitskräfte

1917 „ „ „ ca. 69 „

1918 „ „ „ ca. 75 „

1919 „ „ „ ca. 90 „

, davon waren in den Jahren 1916/17 ein Drittel Frauen.

Die Kohle wurde schwerpunktmäßig im Sommer, monatlich 3000 bis 4000 Tonnen, gefördert¹⁶, im Winter lief fast nur der Abraumbetrieb. Wie ehemalige Bergarbeiter berichten, war die eigentliche Kohlenförderung auf Handarbeit eingestellt. Mit Hacke und Schaufel wurde die Kohle gewonnen und mit der Bahn zur Preßfabrik hochgezogen. Bemerkenswert ist, daß dieser ausgesprochene Junkerbetrieb die niedrigsten Löhne im Vergleich zu den anderen kapitalistischen Braunkohlengruben zahlte.

Nach Aussagen des Neugatterslebener Bergmannes, Herrn Naumanns, der vor dem ersten Weltkrieg sechs Jahre im Tagebau gearbeitet hatte, verdienten die Bergleute in den Jahren kurz vor dem ersten Weltkrieg pro Tag und Schicht ca. 2,75 RM, zuzüglich eines Deputats pro Schicht, das in Geld umgerechnet ca. 0,55 RM betrug. Diesem mittleren Schichtlohn von insgesamt 3,30 RM standen im ersten Viertel 1914 folgende Hauerdurchschnittslöhne gegenüber:

¹³ Gewerkschaft ist hier eine kapitalistische Vereinigung von Grubenbesitzern, die je nach ihren Anteilen (Kuxen) entsprechenden Einfluß auf den Betrieb hatten. An der Grube Luise Hedwig besaßen die Neugatterslebener Alvensleben die meisten Anteile.

¹⁴ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Gewerkschaft Luise Hedwig, Schriftverkehr 1924 bis 1927.

¹⁵ Ebenda, Akte Grube Luise Hedwig, 1928—1930.

¹⁶ Ebenda, Akte Grube Luise Hedwig, Statistik.

in Niederschlesien	3,93 RM	in Halle	4,17 RM
in Oberschlesien	4,87 RM	im Ruhrgebiet	6,19 RM. ¹⁷

Wie war es möglich, daß die Junker in Neugattersleben nur 84 Prozent des in Niederschlesien üblichen, besonders niedrigen Lohnsatzes zahlten, nur 79 Prozent der Löhne im halleschen Stadtgebiet und nur 53 Prozent der Löhne im Ruhrgebiet?

Der Hauptgrund dafür ist, daß in Neugattersleben die Arbeiter nicht organisiert waren, während sich in den von Arbeitern dicht besiedelten Bezirken die Klassensolidarität schneller entwickelte. Dadurch konnten die Arbeiter einen zielstrebigem Kampf gegen die Unternehmer führen und ihnen höhere Löhne abtrotzen. Für die Arbeiter in Neugattersleben war vor und während des ersten Weltkrieges jede gewerkschaftliche Betätigung untersagt. Wer dieses Verbot nicht respektierte, wurde auf die Straße gesetzt. Trotzdem aber und trotz der Prügel, die die Vorarbeiter gegenüber Widerspenstigen anwendeten, lehnten sich junge Bergarbeiter gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen auf¹⁸, denn sie waren besonders benachteiligt; sie bekamen weniger Lohn für gleiche Arbeit und kein Deputat. Ihr vorwiegend individueller Kampf führte in der Kaiserzeit noch nicht zu sichtbaren Erfolgen. Die Rückständigkeit des Dorfes war zu groß, und Alvensleben hielt die dörfliche Abgeschlossenheit und Rückständigkeit tunlichst aufrecht. Als zum Beispiel in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Eisenbahn Güssen-Berlin gebaut wurde, ließ er nicht zu, daß der an dieser Strecke liegende Bahnhof Neugattersleben im Dorf errichtet wurde. Wenn die Einwohner von Neugattersleben noch heute 2,5 Kilometer laufen müssen, bevor sie einen Zug besteigen können, so haben sie das Alvensleben zu „verdanken“¹⁹.

Diese künstlich bewahrte Abgeschlossenheit des Dorfes mußte sich natürlich nachteilig auf die Mentalität der Bergarbeiter auswirken, zumal ihnen in ihrer Kindheit nur der schlechte, im preußischen Sinn durchgeführte Dorfschulunterricht geboten worden war und die Kirche die Erziehungspolitik der Schule unterstützte und bei den Erwachsenen fortsetzte. Täglich wurden vor Schichtbeginn die Arbeiter zu gemeinsamem Gebet versammelt, täglich wurde so in ihnen die Vorstellung genährt, daß ihr Leben nur beeinflussbar sei durch den von der Kirche verkündeten Willen Gottes.²⁰

Die Bergarbeiter blieben, auch wenn sie Arbeit industriellen Charakters leisteten, in den gleichen Wohn-, Lohn- und anderen Abhängigkeitsverhältnissen, wie sie es als Landarbeiter gewesen waren. Wie die Landarbeiter waren die Bergarbeiter einer halbfeudalen Naturalentlohnung unterworfen, wie das der Lohnnachweis für das letzte Vierteljahr 1917 in der Grube Luise Hedwig zeigt.²¹

¹⁷ Protokoll der 23. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom 29. Mai bis 4. Juni 1921 zu Gießen. Broschüre im Juni 1921, Selbstverlag des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, S. 134.

¹⁸ Nach Aussagen des Herrn Naumann, Neugattersleben, Kreis Bernburg.

¹⁹ Nach Aussagen des Herrn Spinn, Neugattersleben, Kreis Bernburg.

²⁰ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Kirche durchaus an einem guten Verhältnis zu dem Hauptbesitzer der Grube interessiert war. Werner Ludwig Alvo v. Alvensleben hatte dafür gesorgt, daß die Kirche Kuxe von der Grube Luise Hedwig in die Hand bekam. Die Dividenden, im Kassenjournal als Freikuxgeld geführt, waren für die Kirche nicht unerheblich; unter anderem wurden vereinnahmt (Kassenjournal für die Kirchenkasse zu Hohendorf, April 1873 bis April 1894, S. 107):

am 8. 4. 1884 von der Grube Luise Hedwig	1,440 Reichstaler
am 7. 4. 1885 von der Grube Luise Hedwig Freikuxgeld	1,306 „
am 13. 4. 1886 von der Grube Luise Hedwig Freikuxgeld	1,120 „
	49 Silbergroschen.

²¹ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Grube Luise Hedwig, Statistik.

	Dauer der Schicht	Lohn der Schicht bar	einschließlich Deputat
Tagebau-Bergarbeiter	11 $\frac{1}{2}$ Std.	4,66 RM	5,20 RM
Tagebau-Zimmerleute	11 $\frac{1}{2}$ Std.	5,33 RM	5,84 RM
übrige Tagebauarbeiter	11 $\frac{1}{2}$ Std.	4,49 RM	5,03 RM
jugendliche Arbeiter	11 $\frac{1}{2}$ Std.	2,93 RM	kein Deputat
Arbeiterinnen	11 $\frac{1}{2}$ Std.	3,20 RM	kein Deputat

Wenn, wie aus der Tabelle zu ersehen ist, das Deputat, das nach uns nicht bekannter Methode berechnet wurde, den Arbeitern keine nennenswerte Verbesserung ihrer Lebenslage bringen konnte, so erfüllte es dennoch für die Junker einen bedeutungsvollen sozialpolitischen und ökonomischen Zweck. Das Deputat erschien als eine zusätzliche Leistung des Unternehmers zum Lohn, durch die er sich bei den Arbeitern in besonders günstiges Licht zu setzen hoffte. Der sozialpolitische Zweck des Deputats zeigt sich aber auch noch auf andere Art und Weise.

Jeder Deputant erhielt nämlich nicht nur landwirtschaftliche Produkte, sondern als Deputat auch ein Stück Land (etwa einen viertel Hektar) zur eigenen Bearbeitung. Damit erreichte der Junker einmal eine noch festere Bindung des Arbeiters an den Arbeitsplatz, und zum anderen gelang eine besondere Verschleierung der erhöhten Ausbeutung, denn der Form nach war die Deputatlandbestellung Arbeit für den Deputanten, dem Inhalt nach aber ein Teil der Mehrwertproduktion für den Junker, die durch eine „freiwillige“ Arbeitszeitverkürzung erzielt wurde.

Mit dem Deputatland verband der Junker noch einen weiteren Vorteil, der sich für ihn sozusagen „von selbst“ einstellte. Den Arbeitern wurden jährlich neue Ackerstücke zugewiesen, das Deputatland des Vorjahres wurde wieder zum Gutsland zugeschlagen. Als Deputatland war es besonders gründlich gedüngt und gepflegt worden, denn der Deputant war ja an einem möglichst hohen Ertrag persönlich interessiert. Für den Junker aber wurde auf diese Weise ohne sein Zutun ein großer Teil seiner Felder kultiviert, und er hatte Einnahmen, wo dem Schein nach Ausgaben vorhanden waren.

Die Frauen und Jugendlichen unterlagen einer noch höheren Ausbeutung. Sie erhielten, wie aus der Tabelle ersichtlich, bei gleicher Arbeit weniger Lohn und überhaupt kein Deputat. Dadurch wurde Zwietracht unter die Arbeiter gesät. Junge Arbeiter zum Beispiel, die, wie schon angeführt, sich auflehnten, erhielten von den Stamarbeitern keine solidarische Hilfe, weil diese um ihre relativ höheren Löhne und das Deputat bangten.

Während des ersten Weltkrieges erhöhte sich der Geldlohn auch in der Neugatterslebener Grube. Die Lohnentwicklung in der Grube Luise Hedwig von der Zeit vor dem Kriege bis 1917 zeigt ein Ansteigen des Nominallohnes. Der gesteigerte Kohlebedarf kurz vor und während des ersten Weltkrieges und die eingetretene Kriegsteuerung erklären diese Erscheinung.²² Besonders deutlich wurde das An-

²² *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1880 bis in die Gegenwart, Bd 1, T. 2, 6. Aufl., Berlin 1957, S. 94–101. — K. weist nach, daß in der gesamten Wirtschaft die durchschnittlichen Bruttolöhne gestiegen sind. Der Lohnindex ist von 1914 = 132 auf 292 1918 angestiegen. In

steigen des Nominallohnes im Jahre 1917, als der Schichtlohn von 3,84 RM im ersten Vierteljahr auf 4,66 RM im letzten Vierteljahr anstieg.²³

Mit steigendem Nominallohn wurde jedoch keineswegs die Lebenslage der Bergarbeiter gebessert. Infolge Rüstung und Kriegs wuchsen, wie das Statistische Reichsamts für die Zeit von 1900 bis 1918 berechnete, die Lebenshaltungskosten auf reichlich das Vierfache. Daraus ergibt sich ein erheblicher Abfall der Real-löhne und damit ein sinkender Lebensstandard.²⁴ Auf diese Weise setzt sich über die erhöhte Ausbeutung der Arbeiter, die verstärkte Antreiberei und die steigenden Preise, die bei Mangelwaren ins Unermeßliche gingen, die absolute Verelendung der Arbeiterklasse durch. Die Ungenauigkeit der Unterlagen für die Zeit nach 1918 macht weitere Angaben über die Lohnentwicklung unmöglich.

1923 wurde die Grube Luise Hedwig geschlossen²⁵, weil die vorhandene Kohle abgebaut war. Die Abrechnung von 1923 ergab einen Endbestand von 265130853043,00 Papiermark. In aufgewertetem Geld waren das 347,73 RM.²⁶

Auf die Geschichte der Liquidierung des Betriebes sei hier näher eingegangen. Einmal zeigt sie, welche Schwierigkeiten sich daraus ergaben, daß hier eine Finanzierungsform aus einer Zeit vorlag, in der zur Finanzierung einer Kohlenzeche noch die Kapitalkraft einer Familie ausreichte und der gewisse patriarchalische Züge anhafteten. Die Hauptschwierigkeit bei der Liquidierung resultierte aus der durch die altherkömmliche junkerliche Erbteilung entstandene außerordentliche Zersplitterung des Anteilbesitzes und der Verstreuung der Kuxe. Außerdem bietet die Geschichte der Verteilung der lächerlichen Summe von 347,73 RM das Bild einer geradezu grotesken Kleinlichkeit einiger der adligen Kuxbesitzer. Im einzelnen ist darüber folgendes zu berichten:

Am 30. August 1924 fand unter Beisein eines Notars eine Gewerkenversammlung statt. Der Repräsentant der Grube, der Grubendirektor Hahn, legte sein Amt nieder. Die Gewerkschaft der geschlossenen Grube konnte aber wegen mangelnder Beteiligung der Kuxbesitzer an der Gewerkenversammlung nicht aufgelöst werden, da nur drei Gewerkenvertreter anwesend waren, die allerdings 52 Kuxe vertraten.²⁷ Zum neuen Repräsentanten wurde Dr. Henke bestellt. Er übernahm diese Position gleichzeitig im Auftrage der Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener-Bergbau-Vereins Halle, die offenbar mit einer späteren Fortführung der geschlossenen Grube rechnete, denn Dr. Henke sollte sämtliche hundert Kuxe für sie aufkaufen, und zwar zu 5,00 RM pro Stück.

Die Kuxinhaber Bodo von Alvensleben, von Platen und von Kriegshain boten Dr. Henke ihre jeweils zwanzig Kuxe an. Dieser wollte aber nur alle hundert zugleich nehmen. Im November 1924 legte er seinen Plan zur Verteilung des restlichen Vermögens vor. Nach Abzug von 119,45 RM für eine Einzäunung des Tagebaus blieb zu dieser Zeit ein Restvermögen von 228,28 RM. Da noch eine Klage gegen die Gewerkschaft Luise Hedwig wegen des verkauften Restgrundstückes zu erwarten war²⁸ und man nicht voraussehen konnte, wieviel Geld für

den einzelnen Industriezweigen ist diese Entwicklung je nach Kriegswichtigkeit unterschiedlich. Die Brutto-reallöhne sind in dieser Zeit aber gefallen. Betrug 1914 der Index 96, so war er 1918 auf 72 gesunken.

²³ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Grube Luise Hedwig, Statistik.

²⁴ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 293.

²⁵ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Gewerkschaft Luise Hedwig, 1930 bis 1933.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Es handelt sich dabei um Ansprüche, die infolge widerspruchsvoller Grundbucheintragungen beim Ankauf

diese Angelegenheit benötigt werden würde, schlug der Repräsentant vor, 200,00 RM zu verteilen.²⁹

Da die Kuxstämme von Alvensleben, von Platen und von Oertzen 1923 abgefunden worden waren, das heißt, diese Kuxinhaber einen bestimmten Geldanteil erhalten hatten, blieben noch die restlichen vierzig Kuxe zur Abfindung, so daß auf jeden dieser Kuxe 5,00 RM kamen. Gleichzeitig mit der Akzeptierung dieses Verteilungsplanes empfahl Dr. Henke, die Kuxe sofort abzustoßen, weil nichts mehr zu erhalten, eher noch mit Belastungen zu rechnen sei.³⁰ Einige Kuxbesitzer, unter ihnen Hans Bodo von Alvensleben, waren bereit, die Kuxe abzugeben. Andere hingegen glaubten wohl nicht an die Wertlosigkeit ihrer Kuxe. So zum Beispiel der Generalmajor a. D. Gustav von Oertzen, der folgendes schrieb: „Ob die Kuxe noch einen positiven Wert haben, ist allerdings fraglich. Es ist aber gut möglich, daß moderne Tiefbohrungen umfangreiche Kohlenlager in dem Nutzungsgelände der Zeche feststellen können.“³¹

Außerdem war der General nicht damit einverstanden, daß die Umzäunung des Zechengeländes noch auf Rechnung der Zeche ginge, da das Gelände doch bereits verkauft sei. Zum anderen könnten die 200,00 RM auch nicht schematisch auf die vierzig Kuxbesitzer verteilt werden, weil einige von ihnen ebenfalls schon 1923 abgefunden worden seien. In diesem letzten Einwand klingt das Thema an, das zum Hauptthema der umfangreichen Korrespondenz wurde, die Dr. Henke mit den Kuxbesitzern um die Abfindung führen mußte.

Frau von Oertzen, Ballenstedt, schrieb im Laufe der Jahre ca. zehn bis fünfzehn Briefe und Karten, in denen sie einerseits gegen die zu niedrige Abfindungssumme und andererseits gegen die jahrelange Hinauszögerung der Auszahlung protestierte. In einem ihrer Briefe vom Mai 1925 heißt es: „Es bleibt nun schließlich wirklich nichts anderes übrig, als wie das Geld einzuklagen.“³² In anderen Briefen führte sie aus, daß andere Kuxinhaber 1923 abgefunden wurden, sie aber nur 0,65 RM erhalten habe mit der Versicherung, das Vermögen würde sicher aufbewahrt und später verteilt, sie sehe nicht ein, daß gerade sie zugunsten anderer verzichten solle. Damit ihre Kinder endlich zu ihrem Recht kämen, wolle sie das Vormundschaftsgericht zu Hilfe rufen usw. Auf diese Drohung entgegnete Dr. Henke: „Was Ihre Bemerkung betr. Vormundschaftsgericht angeht, dürften diese Schritte zwecklos sein, da Sie allein als Gewerkin im Gewerkenbuch eingetragen sind und nicht die Kinder.“³³

Anette von Krosigk aus Ellrich erhob ebenfalls Einspruch gegen den Verteilungsplan. „Ich bin weder in der Lage noch Willens, zugunsten der anderen Erben auf meine berechtigten Ansprüche zu verzichten.“³⁴ An anderer Stelle schrieb sie, daß sie bereit sei, die Kuxe zu verkaufen, aber für einen höheren Preis. Falls sie nicht zu ihrem Recht käme, würde sie auch die gerichtliche Aufklärung nicht scheuen. Aber auch sie beließ es bei der Drohung mit Gerichten. Für eine gerichtliche Auseinandersetzung war die Rechtslage zu verworren, außerdem bestand die Möglichkeit, daß weitere Unkosten zu übernehmen waren, worauf Dr. Henke im Oktober 1926 nachdrücklich hinwies: „Der Käufer der Grube, Förster in Leipzig, hat die Grundstücke gekauft, der sie wieder an einen Eichhorn in Leipzig

und späteren Verkauf eines Teilgrundstückes nunmehr an die Grube Luise Hedwig gestellt wurden. Die endgültige Klärung dieses Falles zog sich noch bis 1927 hin.

²⁹ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Gewerkschaft Grube Luise Hedwig, Schriftwechsel 1924 bis 1927, Bl. 36.

³⁰ Ebenda, Schriftwechsel 1924 bis 1927.

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda.

abgetreten hatte. Jetzt droht eine Aufwertungsangelegenheit vom hiesigen Amtsgericht, so daß es möglich ist, daß aus dem früheren Verkauf noch Aufwertungsgelder gezahlt werden müssen.“³⁵

Außer den von Henke erwähnten Aufwertungsleistungen tauchten noch Forderungen von anderer Seite auf. Im Februar 1925 verlangte zum Beispiel die Knappschafts-Berufs-Genossenschaft eine Nachzahlung von 258,81 RM aus dem Jahre 1923.³⁶ Dann wieder entstanden Kosten durch die Notwendigkeit, die im Laufe der Zeit entstandenen Unfallherde zu beseitigen, die durch eingestürzte Stollen verursacht worden waren. Derartige Forderungen blieben durch jahrelange Verzögerungstaktik des Repräsentanten in der Schwebe. Bezeichnenderweise wurde lediglich das Gesuch des 75jährigen Berginvaliden Emil Schwabe schnell beantwortet.

Schwabe war 22 Jahre als Bergarbeiter in der Grube Neugattersleben tätig gewesen. 1924 bat er die Gewerkschaft Luise Hedwig um Unterstützung. Neben der Knappschaftspension hatte er noch eine Unterstützung in bar und in Naturalien von der Gewerkschaft Luise Hedwig bezogen, die mit der Schließung der Grube die Unterstützungszahlung eingestellt hatte. Die Knappschaftskasse hatte die Pension um 45 Prozent gekürzt, und da der alte Berginvalid durch die Inflation auch noch seiner Ersparnisse beraubt worden war, wußte er nicht mehr, woher er das Nötigste zum Leben nehmen sollte. Das konnte aber die um den letzten Barbestand streitenden Adligen nicht rühren. Das Gesuch wurde abgelehnt.³⁷

Nach dreieinhalb Jahren vorbereitender Arbeit glaubte Dr. Henke, endlich zu der nächsten Gewerkschaftsversammlung für Januar 1928 einladen zu können.³⁸

Auf der Tagesordnung stand unter anderem:

1. die Auflösung der Gewerkschaft,
2. der Verkauf der Kuxe im ganzen,
3. die Wahl eines neuen Repräsentanten.

Dr. Henke wollte sich dieses Postens entledigen.

Die Reaktion der Kuxinhaber auf die Einladung versprach wenig Erfolg für den Verlauf der Versammlung. Generalmajor von Oertzen schickte eine detaillierte Aufschlüsselung, nach welchen Gesichtspunkten die Endauszahlung erfolgen sollte, er bot seine Unterstützung an.³⁹ Gisela von Krosigk forderte lediglich ihr Geld. Herr von Platen schrieb, er habe auf die Kuxe verzichtet, das weitere gehe ihn nichts mehr an. Ludwig Werner von Alvensleben, Berlin, ein Bruder Hans Bodo von Alvenslebens, schrieb im Januar 1928 an Henke unter anderem: „Leider ist es mir aus geschäftlichen Gründen nicht möglich, derselben (der Versammlung — H. S.) persönlich beiwohnen zu können. Einen Vertreter zu stellen, ist mir gleichfalls nicht möglich und muß mich daher darauf beschränken, Ihnen hierdurch mitzuteilen, daß ich gegen den Verkauf der Kuxe im ganzen protestiere und nicht geneigt bin, meinen Anteil zu verkaufen.“

Bei dem seinerzeitigen Verkauf des Inventars sowie der Gebäude und des Kohlenbestandes habe ich großen Schaden erlitten, um mich nicht noch deutlicher

³⁵ Ebenda, Schriftwechsel 1924 bis 1927, Bl. 83.

³⁶ Ebenda, Schriftwechsel 1924 bis 1927.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda, Akte Grube Luise Hedwig, 1928 bis 1930.

³⁹ Ebenda.

auszudrücken, und ist damals außerordentlich unfair gehandelt worden; ich erinnere nur an den Verkauf in Papiermark statt Dollar.“⁴⁰

Die Gewerkenversammlung war wieder beschlußunfähig. Zwar hatten einige nicht erschienene Gewerkenmitglieder Vollmachten geschickt, aber dieses Verfahren half auch nicht weiter, denn „die Prüfung der verschiedenen Vollmachten“, so führte Dr. Henke aus, „die zum großen Teil aus Erbgemeinschaften stammen, verursacht erhebliche Kosten. Auch sind innerhalb der einzelnen Erbgemeinschaften Veränderungen eingetreten, die auch automatische Änderungen der Vollmachten und Kuxanteile mit sich bringen“. Als weitere Gründe, weshalb die Gewerkenversammlung zu keinem Resultat kam, führte Dr. Henke an: „Schließlich ist auch das Gewerkenbuch, auf das sich im wesentlichen Herr Rechtsanwalt Peters stützt, unvollständig und muß nachgetragen werden . . . Nach sorgfältiger Durchsicht aller Akten mußte ich feststellen, daß der von verschiedenen Seiten als vorhanden behauptete Verteilungsschlüssel nicht existiert.“⁴¹

Dr. Henke beschloß, für August 1928 eine neue Gewerkenversammlung anzuberaumen. Er behauptete in den Einladungen, daß laut Berggesetz die Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Kuxe beschlußfähig sei. Er beabsichtigte, die sechzig schon zur Verfügung gestellten Kuxe selbst zu vertreten, mußte sich jedoch von Rechtsanwalt Peters belehren lassen, daß er als Repräsentant die Vertretung nicht übernehmen dürfe.

Auch diese Gewerkenversammlung war wiederum nicht beschlußfähig. Sie brachte dem Repräsentanten nur neuen Ärger. Die Einladungen seien nicht ordnungsgemäß erfolgt, behauptete der Vertreter der Kuxinhaberin Frau von Krosigk (Lüne). Tatsächlich hatte Dr. Henke immer noch nicht restlos feststellen können, in wessen Händen sich die infolge der vielen Erbteilungen verstreuten Kuxe befanden. Zudem waren ihm nicht alle Adressen der Kuxbesitzer bekannt. Und von Platen beschwerte sich, daß er überhaupt eingeladen worden sei, er habe mit der Angelegenheit nichts mehr zu tun. In für Dr. Henke recht unfreundlichem Ton schrieb er: „Wenn ich in der konsequenten Nichtachtung einer wiederholt ausgesprochenen Bitte bisher nur eine mir erstaunliche Handhabung Ihrer Geschäftsführung sah, so empfinde ich diese Nichtachtung auf die Dauer doch als eine Rücksichtslosigkeit, die ich mir entschieden verbitten muß.“⁴²

Welcher Art weitere Unannehmlichkeiten waren, die Dr. Henke aus dieser Gewerkenversammlung entstanden, zeigt zum Beispiel die Korrespondenz, die er wegen Frau von Krosigk (Lüne) zu führen hatte und die gleichzeitig die Kleinlichkeit der Leute dokumentiert, mit denen Dr. Henke zu tun hatte. Der Vertreter, den Frau von Krosigk entsandt hatte, wollte für Fahrt- und Übernachtungskosten 148,00 RM liquidieren. Dr. Henke antwortete, es hätte genügt, wenn Frau von Krosigk in Calbe einen Vertreter beauftragt hätte, dann wären die Spesen nicht entstanden. Außerdem zahle er höchstens 70,00 RM, eine Summe, die die Spesen vollauf decken würde. Darauf wurde ihm folgendes erwidert: „Gerade in Anbetracht dessen, daß die Verhältnisse der Gewerken Grube Luise Hedwig völlig ungeklärt sind und die widersprechendsten Gutachten über das Kohlevorkommen vorliegen, auch über im Jahre 1924 vorhandene Gelder keine Rechnung vorgelegt werden konnte, hat meine Mandantin veranlaßt, da sie zu einer persönlichen Rücksprache mit einem Anwalt in Calbe keine Gelegenheit hatte, mit mir Rücksprache zu nehmen, zumal eine eingehende Information bei den ver-

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Ebenda.

worrenen Verhältnissen notwendig war. Auf jeden Fall haben Sie zu ersetzen, was zu einer zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig war.“⁴³ Der Ton dieses Briefes korrespondiert durchaus mit dem überheblichen Ton, den Platen dem Repräsentanten gegenüber anschlug. Dazu kam, daß auf der Gewerkschaftsversammlung mehrfach Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Mitteilung, die Tiefenbohrungen hätten keinen Kohlenunterflöz mehr ergeben, geäußert wurden, wodurch Dr. Henke diskreditiert wurde. Es ist also nicht verwunderlich, daß er im Juni 1929 den Repräsentantenposten niederlegte. „Ich habe noch nie in meiner Dienstzeit einen solchen verworrenen gordischen Knoten zu lösen gehabt, wie hier bei der Gewerkschaft Luise Hedwig“, so heißt es in einem Brief an Frau von Oertzen, Ballenstedt.⁴⁴

Es erwies sich als sehr schwierig für Dr. Henke, einen Nachfolger für sich zu finden. Zunächst hatte er den Bergwerksbeamten Hasse als neuen Repräsentanten vorgesehen. Hasse lehnte aber mit der Begründung ab, daß Wechsel zurückgekommen und auch sonstige Belastungen vorhanden seien. Dr. Henke sei, auch wenn er seinen Posten niedergelegt habe, weiter verantwortlich.⁴⁵ Dabei hätte Hasse wenigstens hinsichtlich der Abrechnungen und auch des Kassenbestandes eine andere Situation vorgefunden als seinerzeit Dr. Henke. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger hinterließ Dr. Henke eine Abrechnung über die Geldbewegung von September 1924 bis Juli 1929.

Der Aktivsaldo hatte sich nach größeren Ausgaben wieder auf den alten Stand von 1923 erhöht:

	im Dezember 1926	betrug er	100,79	RM
„	1927	„	239,60	„
„	1928	„	299,00	„
„	1929	„	330,00	„ ⁴⁶

Die Einnahmen setzten sich im wesentlichen aus Zinsen und Einzahlungen von der Firma Eichhorn, Leipzig, an die das Grubengelände verkauft worden war, zusammen. Die Ausgaben entstanden im Laufe der Jahre aus Rechtsanwaltskosten, Steuern, Berufs- und Kammerbeiträgen, Spesen und anderem.

Den nächsten Versuch, einen Repräsentanten für die Gewerkschaft zu gewinnen, unternahm Dr. Henke bei Ludwig Werner von Alvensleben, Berlin. Er schickte ihm eine Kiste mit den Gewerkschaftsunterlagen und schrieb unter anderem folgendes: „Da Sie zur Zeit besonderes Interesse für die Gewerkschaft zum Ausdruck brachten, erlaube ich mir, Ihnen Abrechnung zu übersenden . . . Der eine Wechsel des Eichhorn ging zu Protest, ich lege ihn bei und bitte, Wechselklage zu erheben.“⁴⁷ Werner von Alvensleben aber antwortete: „Ich habe deshalb Ihre Sendung (Kiste) zurückgehen lassen und sende Ihnen heute auch die mir freundlichst zugestellten Abrechnungen nebst Kontoauszug, desgleichen den Wechsel zur weiteren Erledigung zurück. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß das Amt eines Repräsentanten der Grube Luise Hedwig keine reine Freude bedeutet.“⁴⁸ Im übrigen lud er Dr. Henke ein, mit entsprechenden Unterlagen nach Berlin zu kommen, weil einige Posten in der Abrechnung unverständlich wären. Schließlich versuchte Dr. Henke, Hans Bodo von Alvensleben, Neugattersleben, zum Repräsentanten zu machen. Dieser lehnte ebenfalls „freundschaftlich“ ab.

⁴³ Ebenda.⁴⁴ Ebenda.⁴⁵ Ebenda.⁴⁶ Ebenda.⁴⁷ Ebenda.⁴⁸ Ebenda, Akte Grube Luise Hedwig, 1930 bis 1933.

Daraufhin setzte die Bergwerkbehörde im März 1930 Diplomingenieur Vorsatz, Calbe, als interimistischen Repräsentanten ein.⁴⁹ Vorsatz begann seine Arbeit mit der Vorbereitung der Wahl eines Repräsentanten durch eine ordnungsgemäße Gewerkenversammlung. Darum wollte er vor allem die Nachtragungen in das Gewerkenbuch vornehmen lassen. Das war ein schwieriges Unterfangen. Um die Besitzer der weitverstreuten Kuxe auffindig zu machen, mußte Vorsatz bei den Familien der im Gewerkenbuch eingetragenen Kuxbesitzer Testamente oder Kuxbevollmächtigungsunterlagen anfordern, denn zumeist hatten die Erben es nicht für nötig befunden, rechtmäßige Eintragungen in das Gewerkenbuch vornehmen zu lassen. Ihnen hatte es genügt, die Anteildividende zu kassieren. Sodann galt es, von den ermittelten Kuxbesitzern Verzichtserklärungen zu erhalten, wobei sich herausstellte, daß oft die Kuxscheine, die zur Rechtsgültigkeit der Verzichtserklärung abgegeben werden mußten, nicht auffindbar waren und deshalb aufgeboden werden mußten. Für einige der zum Verzicht bereiten Kuxbesitzer mußte Vorsatz sogar die Formulierung der Verzichtserklärung selbst abfassen. Andere weigerten sich nach wie vor zu verzichten, zu diesen gehörte der Bruder von Hans Bodo von Alvensleben. Die Schreiben, die Vorsatz an ihn richtete, ließ er unbeantwortet.⁵⁰

Erwähnt sei noch die Korrespondenz mit Werner von Platen, der verzichtet hatte, dessen Verzichtserklärung aber nicht rechtsgültig war, da er keinen Nachweis über die Rückgabe der Kuxscheine an die Gewerkschaft bringen konnte oder wollte. Er gab eine Erklärung ab, seine Kuxscheine seien ungültig. Jedoch sandte er nach mehrmaligem Schriftverkehr mit Vorsatz die Kuxscheine, die er doch noch im Besitz hatte, so daß offensichtlich wurde, daß er zweigleisig verfuhr. Im Falle von Belastungen hätte er seinen Verzicht vorgewiesen. Hätten aber die Kuxe durch neue Kohlenvorkommen an Wert gewonnen, dann hätte er den Trumpf, das heißt die Kuxe, in der Hand gehabt.⁵¹

Die Akten der Grube Luise Hedwig lassen erkennen, daß Vorsatz mit großem Eifer und Fleiß an seiner Aufgabe arbeitete, den Dschungel der Schwierigkeiten aber konnte auch er nicht durchstoßen. Am 26. August 1932 schickte er einen detaillierten Bericht an den Bergrevierbeamten des Bergreviers Magdeburg-Halberstadt: „Wie Ihnen aus meinen Zwischenberichten bekannt ist, war es jedoch bisher nicht möglich, eine Gewerkenversammlung zu berufen, da die Besitzerverhältnisse der einzelnen Gewerken, die größtenteils nicht rechtsgültig verzichtet hatten, so wenig geklärt und bereinigt waren, daß eine beschlußfähige Gewerkenversammlung nicht hätte stattfinden können . . . Noch nicht endgültig geklärten Kuxbesitz: Stamm L. v. Alvensleben, Berlin, in noch ungeteilter Erbengemeinschaft, ohne Bevollmächtigten zusammen 16 Kuxe . . . davon bisher nicht verzichtet: Dorothea von Funke geborene von Alvensleben . . ., Werner von Alvensleben . . . Durch die unendlichen langwierigen Verhandlungen mit den einzelnen Kuxenbesitzern, die sich bisher über 1½ Jahre hingezogen haben und auch jetzt noch nicht vollständig abgeschlossen sind, ist der vorhandene Kassenbestand von 162,00 RM so gut wie aufgebraucht . . . Ich bin also nicht in der Lage, in der Angelegenheit Luise Hedwig weiteres zu unternehmen, da der Gewerkschaft Luise Hedwig die Geldmittel dazu fehlen. Ich habe als Repräsentant auch nicht die Möglichkeit, von mir aus Gelder zu beschaffen. Ich bin auch nicht befugt, eine Gewerkenversammlung mit der Tagesordnung ‚Zubeußen‘ einzuberufen.“⁵²

⁴⁹ Ebenda.⁵⁰ Ebenda.⁵¹ Ebenda.⁵² Ebenda.

Das war die Bankrotterklärung des Repräsentanten. Die Bergwerksbehörde zog den Repräsentanten Vorsatz zurück und überließ das weitere den junkerlichen Gewerkenmitgliedern, die in der weiteren Folge erst recht nicht in der Lage waren, eine Gewerkenversammlung einzuberufen.

2. VON DER UNTERNEHMERTÄTIGKEIT ZUR KAPITALBETEILIGUNG IN DER ZUCKERINDUSTRIE

Wie schon erwähnt, nutzten die Neugatterslebener Gutsherren auch die Möglichkeit, Agrarprodukte in eigenen industriellen Betrieben zu verarbeiten. Schon 1846 ließ Werner Ludwig Eduard von Alvensleben eine Zuckerfabrik bauen; es folgten — allerdings sehr viel später — eine Kartoffelflockenfabrik (1910), eine mit modernen Apparaten versehene Anlage zum Zerkleinern und Trocknen von Rübenblättern (1916) und schließlich eine Gefrierkonservenfabrik (1944), in der vor allem Erbsen und feldmäßig angebauter Spinat zum Verkauf eingefroren wurden.

Der für die Lieferung an die Gefrierkonservenfabrik erweiterte Erbsenanbau wirkte sich günstig auf den landwirtschaftlichen Gutsbetrieb aus, denn als Vorfrucht angebaut, trug die Erbsenpflanze zur Bodenverbesserung bei, ein weiterer Beweis dafür, daß die Alvenslebens mit dem Übergang zum industriellen Unternehmen gleichzeitig ihre alte ökonomische Basis, die Agrarwirtschaft, stärkten. Einen relativ hohen Profit erzielten die Alvenslebens aus diesen Betrieben, weil sie auch hier die wenig oder gar nicht organisierten, an das Dorf gebundenen Arbeiter beschäftigten und ausbeuteten. Für die Lohnverhältnisse der Arbeiter, die zum Beispiel in der Alvenslebenschens Zuckerfabrik arbeiteten, gibt die Chronik von Neugattersleben in den Aufzeichnungen für das Jahr 1879 bemerkenswerte Aufschlüsse.

Zuckerfabriken des Kreises Calbe 1879⁵³

Namen	Verarbeitete Rüben	Zahl der Beschäf- tigten		Durchschn. tägl. Arbeitsverdienst in RM	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1. Brumby	311740 Ztr.	116	28	1,90	1,00
2. Biese	335000 Ztr.	110	35	1,80	1,00
3. Aken	135288 Ztr.	86	4	1,75	1,00
4. Calbe	346585 Ztr.	150	40	1,70	1,10
5. Gr.-Rosenburg	169855 Ztr.	110	32	1,70	1,00
6. Bennecke- Staßfurt	474529 Ztr.	340	120	1,65	1,05
7. Barby	278785 Ztr.	101	12	1,50	1,20
8. Gottesgnaden	151296 Ztr.	80	20	1,50	1,20
9. Atzendorf	491735 Ztr.	149	17	1,40	1,00
10. Neugatters- leben	218435 Ztr.	78	77	1,35	—,90

⁵³ Chronik und Ortsgeschichte von Neugattersleben, Dorfarchiv Neugattersleben, Kreis Bernburg, S. 70.

Alvensleben preßte, obgleich in den anderen, ebenfalls von Junkerkapitalisten betriebenen Zuckerfabriken mehr oder weniger die gleichen Ausbeutungsmethoden angewandt wurden, den höchsten Profit aus den Landarbeitern heraus. Er zahlte einen niedrigeren Lohnsatz, als in allen anderen Fabriken gezahlt wurde. Dieser lag bei den männlichen Arbeitskräften im Durchschnitt um 18,4 Prozent und bei den weiblichen Beschäftigten im Durchschnitt um 15,1 Prozent unter dem der anderen Fabriken. Und in der Zuckerfabrik Alvenslebens wurden mehr Frauen, also billigere Arbeitskräfte, beschäftigt als in den anderen Fabriken. In den in der Tabelle aufgeführten neun Vergleichsfabriken des Kreises Calbe arbeiteten im Durchschnitt 25,2 Prozent Frauen. Bei Alvensleben waren dagegen 49,6 Prozent weibliche Arbeitskräfte beschäftigt.

Auf einen weiteren Vorteil, den die Nebenbetriebe den Junkern brachten, sei noch hingewiesen. Während der in der Landwirtschaft jahreszeitlich bedingten arbeitsarmen Perioden konnten die Landarbeiter in den industriellen Betrieben eingesetzt werden; andererseits bildeten die Arbeiter dieser Betriebe ein Reservoir, aus dem zur Bewältigung der Arbeitsspitzen in der Landwirtschaft geschöpft werden konnte. Diese Methode der Arbeitskräftelenkung wirkte sich günstig auf den Ablauf der landwirtschaftlichen Produktion aus. Sie war aber auch günstig für die junkerlichen Industriebetriebe, weil ein größerer Kreis von Stamarbeitern zur Verfügung stand. Der Vorteil dieser Methode galt allerdings nur für die Industriebetriebe, die ihrerseits saisonbedingte Arbeitsspitzen aufwiesen. Andernfalls konnte ein kampagnemäßiger Einsatz der Arbeitskräfte zum Untergang im Konkurrenzkampf führen. Diese Erfahrung machten die Alvenslebens mit ihrem Kalkwerk. Gegenüber dem ständig arbeitenden Krosigkschen Kalkwerk und besonders gegenüber dem Solvay-Konzern in Bernburg konnte Alvenslebens Kalkwerk, in dem kampagnemäßig gearbeitet wurde, nicht konkurrenzfähig bleiben und wurde deshalb 1912 stillgelegt.

Die industriellen Nebenbetriebe, in denen die Neugatterslebener Herren ihre Agrarprodukte verarbeiten ließen, waren Saisonbetriebe, die sowohl die Ausbeutung ländlicher billiger Arbeitskräfte als auch die erwähnte profitable Arbeitskräftelenkung gestatteten.

In diesem Abschnitt soll nur die Beteiligung der Alvenslebens an der Zuckerindustrie dargestellt werden, nicht weil die Zuckerfabrik der erste Industriebetrieb dieser Junkerfamilie war, sondern weil die Unternehmertätigkeit der Alvenslebens in diesem Industriezweig illustriert, wie der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß, der sich während des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus vollzog, auf junkerlich-industrielle Betriebe übergriff und wie sich eine Junkerfamilie dieser kapitalistischen Entwicklung anpaßte.

Die 1846 gegründete Zuckerfabrik erwies sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts als veraltet und wurde geschlossen. Alvensleben errichtete daraufhin mit noch zwei „Standesgenossen“ eine Zuckerfabrik in Hohenerxleben, die als Zuckerrübensozietät eingetragen wurde. Sie bestand von 1880 bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Hauptgesellschafter waren Graf von Alvensleben, Kammerherr von Krosigk (Hohenerxleben) und Schloßhauptmann E. von Krosigk (Rathmannsdorf).⁵⁴ Diese drei Gesellschafter waren zugleich Besitzer und Zuckerrüben-

⁵⁴ LHA Magdeburg, a. a. O., Jahrgewinnauflistung der Zuckerfabrik Hohenerxleben von 1885 bis 1917/18.

lieferanten der Fabrik und führten in jährlichem Wechsel den Vorsitz, was laut mündlicher Überlieferung nicht ohne Reibereien vor sich ging. Alvensleben und Krosigk (Hohenerxleben) arbeiteten wohl geschäftlich zusammen, jedoch waren ihre persönlichen Beziehungen stets gespannt. Einer der Gründe dafür war, daß sich Krosigk als geschäftsführender Vorsitzender im kapitalistischen Konkurrenzkampf nicht richtig durchzusetzen verstand.

Eine Reingewinnaufstellung⁵⁵ für die Jahre 1885 bis 1917/18 ergibt einen jährlichen durchschnittlichen Reingewinn von 82642,99 RM, obwohl die Fabrik in acht verschiedenen Jahren mit Verlust abschloß. Der Gewinn steigerte sich besonders im Krieg. Der Reingewinn von 177096,09 RM⁵⁶, den die Generalbilanz für das Jahr 1916/17 ausweist, war aber den junkerlichen Profitjägern noch zu wenig. Der Jahresbericht der Sozietät über die Zuckerrübenkampagne vom Jahre 1916/17 enthält folgende Klage: „Die Arbeitsverhältnisse waren wesentlich schlechter als im Jahre vorher. Die Löhne bedeutend höher.

Durch 40 Gefangene und mehrere Frauen wurden die Lücken, die der Krieg in unsere Arbeiterschaft gerissen, notdürftig ausgefüllt. Die Gefangenen, zumal die 30 Franzosen, taugten wenig, leisteten passiven Widerstand, waren faul und sogar frech gegen die Bewachungsmannschaften, die sich ihren Aufgaben durchaus nicht gewachsen zeigten.“⁵⁷

Die Auflehnung der Gefangenen gegen die Unterdrückung bedeutete für die Zuckerrübenfabrikbesitzer weniger Profit, daher die Wut auf die Gefangenen und die Beschimpfung.

Im übrigen beweist der Reingewinn des Kriegsjahres 1916/17, daß nicht nur die großen Rüstungsindustriellen am Krieg verdienten, sondern auch die „kleinen“ Zuckerrübenkönige.

Wegen Überalterung mußte in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts der Hohenerxlebener Betrieb geschlossen werden. Oberamtmann Wentzel, Teutschenthal, Aufsichtsratsvorsitzender und Mitbesitzer der Zuckerraffinerie Halle und der Zuckervertriebsgesellschaft Halle AG und Vorsitzender des Haupt- und Arbeitsausschusses der Vereinigung der Mitteldeutschen Rohzuckerfabriken (Vemiro), zu der die Zuckerfabrik Dröbel, Kreis Bernburg, gehörte, übernahm sämtliche Rechte der Zuckerfabrik Hohenerxleben für die Zuckerfabrik Dröbel.

Alvensleben junior leitete nun, da die Alvenslebens keine Zuckerfabrik mehr besaßen, Verhandlungen ein, um gewinnbringende Einnahmen aus dem Rübenverkauf zu erzielen. Bei einem „persönlichen Besuch mit seiner Gattin“ bei Oberamtmann Wentzel in Teutschenthal im Jahre 1926 ließ er sich die Bedingungen für Zuckerrübenlieferungen geben.⁵⁸ Zur gleichen Zeit wandte er sich schriftlich mit der Bitte um ein Vertragsangebot an den Kommerzienrat Dr. Zscheye, Zuckerfabrik Biendorf. Das Vertragsangebot von Wentzel war günstiger trotz des längeren Transportweges für die Zuckerrüben. Hans Bodo von Alvensleben setzte Dr. Zscheye in Biendorf unverblümt von diesem Tatbestand in Kenntnis, um von ihm ein noch besseres Angebot zu erhalten. Doch diese Verhandlungen scheiterten, und Alvensleben schloß 1926 einen fünfjährigen Anbau- und Liefervertrag bei Wentzel ab.⁵⁹

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Ebenda, Abschluß der Zuckerfabrik Hohenerxleben, Kampagne 1916/17.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Ebenda, Generalbilanz der Zuckerfabrik Hohenerxleben für das Jahr 1916/17.

⁵⁹ Ebenda, Akte Zuckerrübenabschlüsse mit Langenbogen.

Laut Vertrag hatte Alvensleben die Ernte von sechshundert Morgen Zuckerrüben an die Wentzelsche Zuckerfabrik Langenbogen zu liefern. Er erhielt denselben Preis, den Wentzel für die eigenen Rüben berechnete, die in seiner Zuckerfabrik Langenbogen verarbeitet wurden, abzüglich 0,10 RM pro Zentner als Verzinsung und Gewinn für die Fabrik Langenbogen. Die Kosten für den Rübentransport wurden von Langenbogen übernommen, zehn Prozent Schmutz nicht berechnet und fünf Prozent des Rübengewichts als Trockenschnitzel bis zur Bahnstation Neugattersleben frei zurückgeliefert. Des weiteren übernahm Wentzel die Lieferung von Rübensamen in Höhe von fünfzehn Pfund pro Morgen. Hans Bodo von Alvensleben behielt sich vor, zwölftausend Zentner Zuckerrüben zur Selbsttrocknung für die Fütterung seiner Gespanne zu verwenden.

Trotz der für ihn günstigen Vertragsbedingungen ließ Hans Bodo von Alvensleben nichts unversucht, noch mehr Vorteile zu erzielen, als ihm vertraglich zugesichert waren. Im Juli 1928 fragte er an, wann er die Restzahlung erhalte.⁶⁰ 1,65 RM pro Zentner seien ihm erst gezahlt worden, andere Fabriken hätten erheblich mehr ausgeschüttet. Wentzel entgegnete, die versprochenen 1,90 RM pro Zentner könne er nicht zahlen, da auf dem Weltzuckermarkt ein völliger Zusammenbruch eingetreten sei.⁶¹ Er zahle sowieso 1,80 RM statt 1,60 RM, wie Alvensleben laut Vertrag zuständen, um damit zu zeigen, daß er stets seinen Freunden helfen wolle. Die anderen Fabriken hätten den Rückgang nicht vorausgesehen und daher überzahlt, sie träten mit Verlustbeträgen in die neue Kampagne.

Diese Begründung hielt Alvensleben für durchaus nicht stichhaltig, und er schrieb deshalb an Wentzel folgendes: „Bei unseren damaligen Verhandlungen habe ich mich auf den von Ihnen vorgeschlagenen Modus, meine Rüben mit den Ihrigen abzüglich 10 Pfennig/Zentner zu verrechnen, eingelassen, da Sie mir eine bessere Verrechnung in Aussicht stellten, als wenn ich als reiner Verkaufsrüben-Lieferant⁶² mit Ihnen abschlosse. Sie werden zugeben, daß die Auszahlung des letzten Jahres minimal war. Rechnerisch ist sie selbstverständlich richtig und ich kann dagegen nichts einwenden. Andererseits aber ist doch für mich dadurch, daß ich Ihren Vorschlägen seiner Zeit folgte, ein Verlust entstanden, der mir bei jährlichem Abschluß auf Basis reiner Verkaufsrüben-Lieferantenbedingungen nie geworden wäre. Sie werden mir zugeben müssen, daß andere Herren, die ihre Rüben als Kaufrüben abschließen, ganz andere Preise auch in den letzten Jahren erzielt haben. Sie werden verstehen, wenn es mir nicht ganz gerecht erscheinen will, wenn ich pro Zentner ungefähr im Jahr wenigstens 20 Pfennig weniger erhalte, wie andere Kaufrüben-Lieferanten . . . Wäre es wohl möglich, daß Sie mich aus Ihrem Anbau-Vertrag entließen, denn ich nehme an, daß Sie mir für die kommenden Jahre auch keine bessere Verrechnung geben können.“⁶³

Wentzel wiederholte noch einmal, was er schon dargelegt hatte, und äußerte sich weiter, daß man vom Jahr 1928/29 keine Rückschlüsse auf andere Jahre ziehen dürfe.⁶⁴ Er selbst könne sich gut vorstellen, daß man Alvensleben als einem der größten Zuckerrübenlieferanten große Versprechungen mache; Versprechungen

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Verkaufsrübenlieferanten waren die Rübenverkäufer, die keinen langfristigen Rübenlieferungsvertrag abgeschlossen hatten und jährlich nach dem Stand von Angebot und Nachfrage ihr Geschäft tätigten.

⁶³ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Zuckerrübenabschlüsse mit Langenbogen.

⁶⁴ Ebenda.

zu machen sei jedoch leicht, sie aber zu halten, entschieden schwerer. Er wisse aus seinen vertraulichen Ermittlungen, daß Dröbel aus der Kampagne 1928/29 einen durchschnittlichen Preis von 1,45 RM pro Zentner gezahlt habe, und er selbst sei sehr großzügig mit den Schmutzprozenten verfahren und gebe Alvensleben jederzeit die Möglichkeit, seine Bücher zu kontrollieren. Da er auf Grund des Vertrages seine Fabrik erweitert habe und ihre Kapazität bei Lösung des Abkommens nicht voll ausgelastet sei, könne er auf Vertragslösung nicht eingehen. Wenn die vertragsmäßige Bindung nicht günstiger erschienen wäre bzw. frühere Erfahrungen nicht den Vorteil vertragsmäßiger Bindung gezeigt hätten, hätte Alvensleben sicherlich nicht freiwillig einen fünfjährigen Vertrag unterschrieben. Das einzige, worauf sich Wentzel noch einlassen könne, sei der dauernde Verzicht auf die zehn Pfennig Nutzen pro Zentner.

Während dieses Schriftverkehrs hatte Alvensleben bereits seine Fühler nach der Zuckerfabrik Dröbel ausgestreckt und ohne Wentzels Wissen im Jahr 1931 perfekt gemacht, daß er dort als Teilhaber einsteigen würde. Da Dröbel zu der Vereinigung der Mitteldeutschen Rohzuckerfabriken gehörte, mußte diese und damit auch Wentzel natürlich sehr bald von Alvenslebens Machenschaften erfahren. Lesen wir dazu einen Ausschnitt des Briefes, den er daraufhin an Alvensleben richtete: „Bei den freundschaftlichen Beziehungen, die uns verbinden, war ich allerdings sehr überrascht, daß Sie ohne irgendwelche vorherige Rücksprache mit mir den Abschluß an Dröbel betrieben haben und sogar, wie mir Herr Leuthold (Generaldirektor der Zuckerfabrik Dröbel — H. S.) versicherte, ihm Vertraulichkeit mir gegenüber auferlegt hatten. Ich hatte mir im vorigen Jahr erlaubt, bei einer telefonischen Rücksprache mit Ihnen darauf hinzuweisen, daß ich Sie selbst im Falle einer Kontingentierung⁶⁵ der Zuckerfabriken unter keinen Umständen kontingentieren lassen würde und auch bereit sein würde, Ihre Rüben im bisherigen Umfange aufzunehmen.“⁶⁶

Weiter führte er aus, daß er den Wünschen Alvenslebens weitgehend Rechnung getragen und selbst im Jahre 1930 wieder eine Vorauszahlung von 60000 RM für Rüben geleistet habe, obwohl sein Wechselkontingent, bedingt durch die Krise, sehr angespannt sei.

Alvensleben erwiderte in sehr besänftigendem Ton, daß er sehr bedaure, wenn Wentzel im Geschehenen eine gegen ihn persönlich gerichtete Maßnahme sehen würde. Er habe in erster Linie beabsichtigt, sich während der Zeit der Rübenkontingentierung ein eigenes Kontingent zu schaffen, was ihm als Teilhaber einer Fabrik leichter möglich sei. Ihm sei nicht in Erinnerung gewesen, daß Wentzel trotz Kontingentierung alle Rüben von ihm übernehmen würde. Auch habe er angenommen, daß die Zahlung des Frachtpreises von 16 Pfennig pro Zentner für

⁶⁵ Worum es sich bei der Kontingentierung handelt, ist aus einem Rundschreiben des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie zu ersehen, das der Akte Zuckerrübenabschlüsse mit Langenbogen beiliegt. Es heißt darin, auf Grund der trostlosen Lage des Zuckerweltmarktes müsse die Zuckererzeugung für das Jahr 1931/32 eingeschränkt werden. Die Verringerung sei notwendig, um die großen Verluste bei der Ausfuhr (Weltmarktpreis der Rüben lag unter Gestehungskosten in Deutschland) zu meiden und durch Verschleuderung von Werten im Ausland die deutsche Volkswirtschaft nicht zu stören.

Weil von dem Reichsverband Deutscher Rübenbauern mit den Zuckerfabriken keine Einigung erzielt werden konnte, mußte sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einschalten, um über das Reichskabinett und den Reichsrat eine zwangsweise Regelung zu schaffen. Demnach sollte das Inlandkontingent an Rüben nur 82% von dem Grundkontingent betragen und die Kontingentierung im Anbau und in der Lieferung grundsätzlich im gleichen Ausmaß auf die Gesamtheit der Beteiligten verteilt werden.

⁶⁶ LHA Magdeburg, a. a. O., Akte Zuckerrübenabschlüsse mit Langenbogen.

Wentzel mit der Zeit nicht tragbar sei. Was die Vertraulichkeit anbelange, so habe er sie nicht wegen Wentzels, sondern vielmehr gegenüber dem Magdeburger Rübeninteressentenkreis auserbeten, der ihn schon ständig um seinen Anschluß ersucht habe.⁶⁷ Wentzel solle es doch als eine freundschaftliche Geste ansehen, daß er mit seinem Anschluß an Dröbel in seinem Konzern verbleibe. Am Schluß des Schreibens brachte Alvensleben noch einen weiteren Grund seiner Manipulation zum Ausdruck: „Allerdings muß ich offen hinzusetzen, daß ich mich auch bei Ihrer Zusage, mich nicht unter die Kontingentierung aufzunehmen, nicht entschlossen hätte, weiter an Sie zu liefern, sondern bei meinem Vorsatz geblieben wäre. Sie wollen das nicht als gegen sich gerichtet aufnehmen, sehr verehrter Herr Wentzel, aber Sie werden mir zugeben, daß diese Abmachung zwischen Ihnen und mir doch immer nur persönlich hätte bleiben können und später einmal der Augenblick gekommen wäre, wo vielleicht meine Erben mit Ihren Erben evtl. nicht so günstig zum Abschluß gelangten. Aus diesem Grunde war für mich ausschlaggebend, Anteile an einer Fabrik zu erwerben.“⁶⁸

Alvensleben steuerte also auf eine feste Position in der Zuckerproduktion zu und hat sie sich auch später, sogar mehr oder weniger mit Wentzels Hilfe, gesichert, denn trotz ständiger Versuche, sich gegenseitig zu übervorteilen, handelten die beiden Geschäftspartner gemeinsam, wenn es darum ging, Lasten auf wirtschaftlich Schwächere abzuwälzen. Alvensleben wollte durch Beteiligung an der Zuckerfabrik Dröbel die durch die Wirtschaftskrise „notwendig“ gewordene Kontingentierung umgehen und seine gesamte Rübenernte auf Kosten der kleineren Lieferanten unterbringen. Aber auch Wentzel wäre, um einen seiner größten Lieferanten zu halten, bereit gewesen, die Rüben von Alvensleben nicht zu kontingentieren und die kleinen Lieferer entsprechend mehr zu belasten, das heißt, sie zu einer einschneidenden Kürzung ihres Rübenanbaues zu zwingen.

Alvensleben versicherte Wentzel, er sähe „mit großer Freude“, daß in ihrem Verhältnis zueinander kein Schatten zurückgeblieben sei, aber bald begann die Auseinandersetzung von neuem. Die zyklische Krise näherte sich ihrem Tiefpunkt. Die Wirtschaftslage wurde immer katastrophaler, und Wentzel sah sich veranlaßt, auch für Alvensleben ein Rübenkontingent in Höhe von 80000 Zentnern festzulegen.⁶⁹ Er rechnete Alvensleben genau vor, daß dieser im Durchschnitt der Jahre 1926/30 von 613 Morgen Anbaufläche jährlich 95000 Zentner geliefert habe. Das ihm zugestandene Soll von fünfhundert Morgen gleich 80000 Zentner Rüben jährlich würde eine Einschränkung des Rübenanbaus um elf Prozent bedeuten, wohingegen die anderen Gesellschafter und er selbst, Wentzel, die Anbaufläche um zwanzig Prozent verringert hätten. Weitere Zugeständnisse an Alvensleben seien nicht mehr möglich.

Alvensleben mußte sich damit zunächst zufrieden geben; aber ein Jahr später, 1932, tauchte eine neue Differenz auf. Alvensleben war der Ansicht, daß die 80000 Zentner Rüben, die ihm abgenommen werden sollten, auf Inlandkontingent gesetzt würden.⁷⁰ Er mußte jedoch von Wentzel erfahren, daß das Inlandkontingent auf nur 65 Prozent des Grundkontingents festgelegt worden war. Die überschüssigen Rüben sollten über Auslandskontingent verrechnet werden, das heißt faktisch überhaupt unbezahlt bleiben, da der Weltmarktpreis für Rohzucker nicht einmal die Kosten der Rübenverarbeitung in den Zuckerfabriken gedeckt hätte. Da Alvensleben anscheinend mit diesem Sachverhalt nicht ver-

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda.

traut war, wandte er sich zunächst um Auskunft an Generaldirektor Leuthold, Dröbel.

Leuthold schrieb ihm, daß ein klarer Vertrag über die Verwertung der Zuckerrüben zwischen Wentzel und Alvensleben nicht bestehe, er schlage deshalb Alvensleben vor, das sofort nachzuholen, denn „... es scheint, als ob die Zuckerfabrik Langenbogen in der Weise mit Ihnen abrechnen will, daß 65 % der 80000 Zentner zum Inlandpreis bezahlt werden, für 35% würden Sie nichts erhalten, obwohl die Zuckerfabrik die 35% durch die Überlagerung im nächsten Jahr auf dem Inlandmarkt absetzen wird und dadurch einen großen Gewinn zu Ihrem Nachteil erreichen würde...“

Ich darf Sie zum Schluß meiner Zeilen bitten, Langenbogen gegenüber nicht erkennen zu geben, daß ich Ihnen diese Ausführungen gemacht habe und stehe Ihnen zu einer evtl. Rücksprache in der Angelegenheit nach vorherigem Anruf jederzeit zur Verfügung.“⁷¹ Hans Bodo von Alvensleben, so hinter Wentzels Schliche gekommen, protestierte entschieden dagegen, daß über 18000 Zentner seiner Rübenlieferungen über das sogenannte Auslandskontingent verwertet werden sollten. Wentzel versuchte sich mit viel freundschaftlichen Gesten zu rechtfertigen und sicherte Alvensleben schließlich zu, daß dessen Rüben durchweg zum Inlandpreis, die fraglichen 35 Prozent jedoch erst im folgenden Jahr vergütet würden.⁷²

So wurde zunächst die „Übereinstimmung“ der beiden Konkurrenten vorübergehend wiederhergestellt bis zum nächsten Beschwerdebrief von Hans Bodo von Alvensleben, der sich erneut darüber beklagte, daß er trotz des vielversprechenden Vertrages, den er als ein „gentleman's agreement“ aufgefaßt habe, schließlich nicht besser abgolgten worden sei als ein Kaufrübenlieferant. Wentzel beeilte sich, Hans Bodo von Alvensleben rechnerisch zu beweisen, daß dieser im Verlaufe der letzten Jahre durch die Vorteile des Vertrages, verglichen mit den Preisen von Dröbel, 42209,26 RM mehr erhalten habe. Ihm, Wentzel, gehe es aber nicht so sehr um die Rübenpreise als vielmehr darum, daß er mangelndes Vertrauen verspüre, was sich ganz besonders darin zeige, daß Hans Bodo von Alvensleben, ohne sich mit ihm zu beraten und trotz Vertrages den Weg eingeschlagen habe, in Dröbel Gesellschafter zu werden. Die Meinung des einen Konkurrenten über den anderen wird natürlich mit den im Umgang üblichen Redensarten von Freundschaft und Harmonie übertüncht.

Das Jahr 1933 war für den Grafen Hans Bodo von Alvensleben ein Jahr der Festigung seiner ökonomischen Position. Er erhielt für die Zuckerfabrik Dröbel fünfzig Prozent des Zuckerrübenkontingents von Langenbogen übertragen. Wentzel hatte diese Übertragung bei der wirtschaftlichen Vereinigung der Deutschen Zuckerindustrie Berlin veranlaßt, und 1934 fungierte Alvensleben bereits als Aufsichtsratsvorsitzender in der Zuckerfabrik Dröbel. Auch hier hat Wentzel fördernd eingegriffen. Somit war der Schritt Alvenslebens vom Zuckerlieferanten zum Hauptverantwortlichen einer Fabrik getan.

1934 wurde die vertragliche Bindung zwischen Alvensleben und Wentzel neu gestaltet.⁷³ Dazu schrieb Alvensleben an Wentzel: „Da unser Vertrag betreffend Rübenlieferung in diesem Jahr abläuft (der 1926 abgeschlossene fünfjährige Vertrag war verlängert worden — H. S.), haben wir verabredet, daß ich mit Ihnen neu vereinbare. Ich erlaube mir, Ihnen beiliegend einen Vertragsentwurf zuzu-

⁷¹ Ebenda.⁷² Ebenda.⁷³ Ebenda.

senden, den ich analog dem zwischen den Gesellschaftern und Dröbel geschlossenen Vertrag gestellt habe. Ich habe den Vertrag nur auf 2 Jahre bemessen, weil ich als Gesellschafter von Dröbel und außerdem noch als Vorsitzender des Aufsichtsrates von Dröbel meine Rüben nur vorenthalten kann, solange die gesetzlichen Bestimmungen der Kontingentierung bestehen. Ich nehme an, daß Sie dies verstehen werden, denn wenn erst wieder Freiheit, werde ich garnicht anders können, als Dröbel meine Rüben zu liefern.“⁷⁴

Darüber konnte es in der Folgezeit keinen Streit geben, denn Wentzel vertrat als Vorsitzender des Haupt- und Arbeitsausschusses der Vereinigung der Mitteldeutschen Rohzuckerfabriken, zu denen die Zuckerfabrik Dröbel gehörte, die Forderung, daß die Aktionäre der Zuckerindustrie zugleich als Zuckerlieferanten für ihre Fabriken fungierten. Und Alvensleben handelte auch in diesem Sinne, als er 1942 das Aufsichtsratsmitglied Carl Braune aufforderte, den Aufsichtsratsposten niederzulegen, da er seine Rüben an eine Fabrik geliefert hatte, die nicht zum Mitteldeutschen Zuckerrübenverband gehörte.

Die Verschmelzung des Großgrundbesitzes mit der Zuckerindustrie war noch fester, als bisher dargelegt werden konnte. Zu dem Gesellschaftsvertrag der Zuckerfabrik Dröbel heißt es in den Akten, „... daß man durch diesen Vertrag sicherstellen wollte, daß Geschäftsanteile auf die Dauer immer nur in der Hand von Rübenlieferanten bleiben. Gesellschafter, die keinen Grund und Boden mehr bewirtschafteten, aus welchem sie Rüben liefern konnten, sollten genötigt sein, ihre Geschäftsanteile an den Nachfolger in Besitz oder an die Zuckerfabrik selbst abzugeben.“⁷⁵ Wie Generaldirektor Leuthold vor dem Aufsichtsrat ausführte, ist ausnahmslos auf die Einhaltung dieses Passus Wert gelegt worden. Die Angestellten in der Verwaltung, die Anteile besaßen, wurden „ersucht“, sie anzubieten, und gegen diejenigen, die nicht „freiwillig“ dazu bereit waren, wurden Repressalien eingeleitet. Die Gesellschaft hat selbst Anteilseignern, die während der Zwangswirtschaft 1941 durch die Hauptvereinigung der Deutschen Zuckerwirtschaft unter Androhung des Klageweges gezwungen wurden, ihre Rüben in andere Fabriken zu liefern, die Anteile entzogen.⁷⁶

Auf diese Weise haben die Junker ihre gute ökonomische Position in der Zuckerindustrie bis in die jüngste Zeit des Imperialismus erhalten. Ihren Einfluß machten sie besonders gegenüber den werktätigen Bauern geltend. Die kleinen Bauern waren für sie Kaufrübenlieferanten, die Aufsichtsratsmitglieder waren die Lieferanten von „Gesellschafterrüben“. Die Fabrik konnte während der Zuckerrübenkampagne nicht alle Rüben kontinuierlich abnehmen. Ein Teil der Lieferanten war gezwungen, die Rüben an den Wegrand zu fahren und sie dann ein zweites Mal aufzuladen, wenn die Fabrik sie aufnehmen konnte. Neben der Mehrarbeit hatten die Betroffenen den Schaden zu tragen, der durch den erheblichen Rübenschwund während der Lagerzeit entstand. Es ist erklärlich, daß unter den Rübenlieferanten ein ständiger Streit um die besten Lieferzeitbedingungen entbrannte.

Wie in der Zuckerfabrik Dröbel solche Streitereien „geschlichtet“ wurden, zeigt folgender Vorgang: M. Lucke, Besitzer des Klostersgutes Zackmünde und Aufsichtsratsmitglied in der Zuckerfabrik Dröbel, beschwerte sich bei Alvensleben

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Ebenda, Akte Zuckerfabrik Bernburg-Dröbel, Aufsichtsrat.

⁷⁶ Ebenda.

darüber, daß ein großer Teil seiner Rüben erst am Ende der Kampagne von der Fabrik abgenommen worden sei. Diese außerordentliche Belastung für die Wirtschaft (Rüben an den Wegrand zu fahren und den eintretenden Rübenschwund) könne man doch einem Gesellschafter nicht aufbürden. „Eine derartige Abnahme der Gesellschaftsrüben zum Vorteil der Kaufrüben ist wirtschaftlich nicht angängig.“⁷⁷ Alvensleben nahm sich dieser Sache an und antwortete: „Ich bin gern erbötig, bei der nächsten Aufsichtsratssitzung die Angelegenheit noch einmal mit Herrn Generaldirektor Leuthold zu besprechen und die berechtigten Wünsche Ihrerseits auch meinerseits zu vertreten.“⁷⁸ Die „berechtigten“ Wünsche der Großgrundbesitzer wurden auf Kosten der Klein- und Mittelbauern erfüllt. Die Belastungen, die man den Gesellschaftern nicht aufbürden wollte, wurden durch Anordnung des Generaldirektors im Namen der Aufsichtsratsmitglieder und Großgrundbesitzer von Alvensleben, von Krosigk (Hohenerleben), Weibezahl (Ilberstedt), Rose (Gerbitz), Schmidt (Giersleben) und Lucke den Kaufrübenlieferanten, und das waren die mittleren und kleinen Bauern, auferlegt. Das „Recht“ auf ständige Steigerung ihrer Profite ließen sich die Großgrundbesitzer nicht nehmen.

Aus den Akten der Zuckerfabrik Dröbel ist nicht ersichtlich, wieviel Anteilbesitzer es gab. Einige Gewinn- und Verlustrechnungen sind erhalten und sagen aus, daß in einer Reihe von Jahren acht Prozent Dividende ausgeschüttet wurden. Für das Jahr 1939 wurde die Dividendenausschüttung auf fünf Prozent beschränkt. Auf Grund der begrenzten Gewinnausschüttung wurde das Stammkapital im Jahre 1942 von 1 800 000,00 RM auf 2 340 000,00 RM erhöht.

Wenn auch die Gesellschafter eine zeitweilige Einschränkung ihrer Dividenden hinnehmen mußten, so gedachten sie doch, durch den Krieg Geschäfte zu machen, die sie für diese Einschränkung um ein Vielfaches entschädigen sollten. Die Herren Leuthold und Wentzel entfalteten zu diesem Zweck 1942 eine besondere Aktivität. Leuthold reiste im November 1942 im Auftrage des „Wirtschaftsstabes Ost“ in die Ukraine, um dort die Situation in der Zuckerindustrie zu erkunden. Er gelangte zu der Auffassung, die auch der des Wirtschaftsstabes entsprach, daß die Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken (Vemiro) nicht geeignet sei, die ukrainischen Zuckerfabriken der deutschen Wirtschaft dienstbar zu machen, „da bei der Ungewißheit der künftigen Entwicklung der Zuckerindustrie der Ostgebiete unter Umständen erhebliche Risiken damit verbunden sind, die die Vemiro nach ihren Satzungen und nach ihrer Zweckbestimmung nicht übernehmen kann . . . Zur Zeit kommt es dem Reich in erster Linie darauf an, die Treuhänderschaft durch geeignete Unternehmerpersönlichkeiten übernehmen zu lassen . . . Um dem dringenden Wunsche der Reichsstelle Rechnung zu tragen, ist der Arbeitsausschuß in seiner Sitzung vom 30. November 1942 unter diesen Umständen zu der Überzeugung gekommen, anstelle der Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken, die Firma C. Wentzel zu bitten, als Einsatzfirma aufzutreten. Es soll jedoch trotz der Ungewißheit der zukünftigen Entwicklung den an unseren Mitgliederfabriken Beteiligten die Möglichkeit gegeben werden, sich an einer späteren Reprivatisierung zu interessieren.“⁷⁹

Dementsprechend heißt es in einem Schreiben der Zuckerfabrik Dröbel vom 12. Dezember 1942 an alle Gesellschafter: „Sollten unter den Gesellschaftern Herren sein, die die Absicht haben, sich später finanziell bei einer evtl. Reprivatisierung

⁷⁷ Ebenda.⁷⁸ Ebenda.⁷⁹ Ebenda.

von Zuckerfabriken in der Ukraine zu beteiligen, so bitten wir darum, uns bis zum 28. Dezember 1942 davon in Kenntnis zu setzen.“⁸⁰

Die beutegierigen Räuber nicht nur der Stahl-, Öl- und Kohlenkonzerne, sondern auch der Zuckerindustrie glaubten, die großen sozialistischen Errungenschaften des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt durch die Reprivatisierung vernichten zu können. Die historischen Siege der Sowjetarmee haben den wirtschaftlichen Ostlandritt und die Restaurationsbestrebungen derer von Alvensleben vereitelt. Mit Hilfe der Sowjetunion wurden im östlichen Teil Deutschlands die Junker samt ihrem Einfluß auf die Zuckerindustrie liquidiert und Boden und Fabriken in die Hände des Volkes als des einzig rechtmäßigen Erben übergeben.

3. DER GRUNDBESITZER HANS BODO VON ALVENSLEBEN ALS AUFSICHTSRATSMITGLIED IM MAIZENA-KONZERN

Mit dem Aufsichtsratsposten in einem Zuckerkonzern war die „Karriere“ des Grundbesitzers Alvensleben in der Industrie noch nicht beendet. Im Juni 1933 erhielt er die Stellung eines Verwaltungsrates in der Deutschen Maisanbaugesellschaft m. b. H. Diese Gesellschaft war 1933 von der Deutschen Maizena-Werke AG gegründet worden, um den Maisanbau in Deutschland zu organisieren und zu verstärken. Vor allem war man daran interessiert, daß mehr Mais in den Gebieten angebaut wurde, die zu Barby frachtgünstig lagen, wo sich der wichtigste diesen Rohstoff verarbeitende Betrieb der Deutschen Maizena-Werke AG befand. Alvensleben konnte der Maisanbaugesellschaft wertvolle Dienste leisten. Barby gehörte zu dem Gebiet, in dem Alvensleben beheimatet war. Er kannte Land und Leute und beriet die Gesellschaft beim Saatguteinkauf und dessen Verteilung. Dem Maizena-Konzern konnte er Hinweise für den Ankauf von Gütern für Maisanbau und -züchtung geben. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Maisanbaugesellschaft und den Maizena-Konzern aber war, daß Alvensleben als Abkömmling eines alten Adelsgeschlechtes und auch als Besitzer eines Mustergrundbesitzes bei den Großgrundbesitzern in seiner näheren und fernerer Nachbarschaft Ansehen genoß und seinen Einfluß geltend machte, so daß mehr Mais angebaut und nach Barby geliefert wurde. Als bezahlter Verwaltungsrat war Alvensleben bis 1935 im Verwaltungsbeirat der Maisanbaugesellschaft tätig. Von diesem Zeitpunkt an wurden die Organisation des Maisanbaus, der Saatguteinkauf und die Saatgutverteilung den „Landesbauernführern“ der Provinzen übertragen. Alvensleben stand mit ihnen in Verbindung, erteilte Ratschläge und erhielt Informationen, was zweifellos dem Maizena-Konzern zugute kam, denn inzwischen hatte der Konzern feste Beziehungen zu Alvensleben geknüpft.

Am 18. November 1933 schrieb der Generaldirektor der Deutschen Maizena-Werke AG, Erwin Dircks, an Alvensleben:

„... Wir haben die Absicht, angesichts der heutigen politischen Verhältnisse eine Umbildung des Aufsichtsrates der Deutschen Maizena-Werke AG, denen bekanntlich das Werk Barby gehört, vorzunehmen, indem einige ausländische Herren, die dem Aufsichtsrat bisher angehört haben, aus demselben ausscheiden. Es würde sich dadurch für einige deutsche Herren die Möglichkeit bieten, im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, die das bedeutendste Werk unter der gleichen

⁸⁰ Ebenda.

Firmenbezeichnung DMW AG ihrer Art in Europa besitzt, mit tätig zu sein an der Lösung der vielen, heute besonders interessierenden wirtschaftlichen und politischen Fragen. Bevor ich an andere Herren herantrete, möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob Sie bereit sein würden, uns auch bei diesem Unternehmen als Aufsichtsratsmitglied Ihre wertvolle Mitarbeit zu geben, zumal das Werk Barby als der Hauptabnehmer der durch den Maisanbau zu beschaffenden Menge Mais zu gelten hat.“⁸¹

Alvensleben war zur Mitarbeit bereit und wurde noch im November 1933 in den Aufsichtsrat der Deutschen Maizena-Werke AG gewählt.

In dem Brief, mit dem Generaldirektor Dircks den Aufsichtsratsposten Alvensleben antrug, wird als erste Begründung dieses Angebots die „angesichts der heutigen politischen Verhältnisse“ notwendige Umbildung des Aufsichtsrats der Deutschen Maizena-Werke AG angegeben. Um diesen Passus besser verständlich zu machen und um die Bedeutung der Mitarbeit Alvenslebens in diesem Konzern ins rechte Licht zu setzen, ist ein Rückblick auf die Geschichte der Maizena-Werke nützlich.

Sie waren eine Gründung der Corn Products Refining Co. New York, deren Einfluß auf den Nahrungsmittelsektor der deutschen Wirtschaft schon aus dem Jahr 1905 datiert, als die New Yorker Firma eine Verkaufsorganisation unter der Firmenbezeichnung Corn Products Co. m. b. H. zum Absatz amerikanischer Maizenastärke und Futtermittel in Europa schuf. Infolge des ersten Weltkrieges wurde die Firma vorübergehend stillgelegt, nahm aber bald danach ihre Tätigkeit wieder auf und stellte sich gleichzeitig auf die Erzeugung von Stärke um. Zu diesem Zweck erwarb sie vier kleine Fabriken (Nierstein, Steutz, Gräfenhainichen, Halle). 1922 gründete sie die Deutsche Maizena-Werke AG, deren Hauptbetrieb das während der Inflation gebaute moderne, leistungsfähige Werk in Barby war. Die Verwaltung der Deutschen Maizena-Werke AG (DMW AG) war im Maizena-Haus in Hamburg (Spaldingstraße) untergebracht, das die Corn Products Co. m. b. H. 1921 käuflich erworben und zu einem modernen Geschäftshaus umgebaut hatte. 1928 gründete die Deutsche Maizena-Werke AG ihrerseits eine Verkaufsgesellschaft, die Deutsche Maizena Gesellschaft m. b. H. Die Deutsche Maizena-Werke AG bildete also einen Konzern, in dem amerikanisches Kapital und amerikanische Interessen vorherrschten. Die Direktion hielt es für opportun, diesen Tatbestand den Augen der Öffentlichkeit etwas zu entrücken, als Hitler an die Regierung gebracht worden war und ein großer Teil seiner Anhänger erwartete, daß er Ernst machen werde mit dem laut verkündeten Kampf gegen das ausländische Kapital, das die Deutschen versklave. Darum sollten „einige ausländische Herren“ aus dem Aufsichtsrat ausscheiden und durch „einige deutsche Herren“ ersetzt werden. Die Umbildung des Aufsichtsrates bedeutete aber mehr als nur eine Konzession an die demagogische Propaganda der Hitlerpartei. Indem man Leute wie Alvensleben in den Aufsichtsrat wählte, konnte man hoffen, mit den Mitgliedern der neuen Regierung in gute Beziehung zu kommen. Schließlich war Hans Bodo von Alvensleben Präsident des „Herrenclubs“, des Klubs, in dem einige Wegbereiter Hitlers prominente Mitglieder waren und auch im faschistischen Staatsapparat einflußreiche Stellungen behielten.

In der Tat erwies es sich in der Folgezeit für die Deutsche Maizena-Werke AG als recht vorteilhaft, Alvensleben mit seinem großen Bekanntenkreis zur Mitarbeit

⁸¹ Ebenda, Maizena-Akte I.

gewonnen zu haben, wie etwa aus einem Brief zu ersehen ist, den Alvensleben im Juli 1936 an Dircks schrieb und in dem es unter anderem heißt: „Nun wollte ich Ihnen noch mitteilen, daß ich vor einigen Tagen mit einem alten, sehr guten Bekannten von mir, Herrn Dr. Burchhardt, dem z. Z. die Betreuung der Stärkeindustrie obliegt, zusammen war. Dieser sagte zu mir, als ich ihm mitteilte, daß ich Aufsichtsrat der Maizena wäre, daß er uns natürlich auf diesem Gebiete, falls wir irgendwelche Wünsche oder Schwierigkeiten hätten, jederzeit gern zur Verfügung stehen würde.“⁸²

Als Dircks nach Holland, Belgien und Frankreich fahren sollte, um nach der Besetzung dieser Länder durch die faschistische Wehrmacht für den Konzern Verbindungen mit den dortigen gleichartigen Gesellschaften aufzunehmen, schrieb er im Juli 1940 an Alvensleben: „Wenn man auch vielleicht ganz gut nach Holland und auch vielleicht nach Belgien kommen kann, so kann ich mir keinen Begriff davon machen, wie ich in Frankreich weiterkommen soll. Haben Sie irgendwelche Beziehungen zu den militärischen Stellen, insbesondere in Lille und Paris, an die ich mich zur Not wenden könnte, wenn die Weiterreise mit privaten Mitteln nicht möglich ist? Ich werde selbstredend auch versuchen, vom Reichsernährungsministerium bzw. der Reichsgetreidestelle sowie der Hauptvereinigung der Deutschen Kartoffelgesellschaft Empfehlungsbriefe zu beschaffen, da ich auch in deren Auftrage Feststellung machen muß, über die in diesen Ländern befindlichen erheblichen Vorräte an unseren Produkten bzw. Mais.“⁸³ Und Alvensleben antwortete darauf: „Nun arbeitet in Paris mein Schwager, Herr von Oertzen, Rostock, und gebe ich Ihnen seine Adresse. Er wird, wenn Sie ihm diesen Brief zeigen, sicherlich gern bereit sein, wenn es möglich ist, Ihnen zu helfen.“⁸⁴

Bei Auseinandersetzungen zwischen der Deutschen Maizena-Werke AG und dem Staat waren Alvenslebens Verbindungen zu hohen und höchsten Staatsbeamten eine Hilfe, günstige Entscheidungen für den Konzern zu erwirken. Diese Tatsache wird an folgendem Beispiel besonders deutlich. Im Jahre 1937 hatte der Betrieb Barby der Deutschen Maizena-Werke AG in zwölf Monaten insgesamt 71323 Tonnen ausländischen Mais vermahlen. Dabei fielen für das Werk 21408 Tonnen Futtermittel und 2404 Tonnen Rohöl aus den Maiskeimen an. Diese Mengen entsprachen einem Devisenaufkommen von 2681843,00 RM, dessen Ausgabe dem Staat durch den Betrieb eingespart wurde. Da das Werk für die Verarbeitung von ausländischem Mais aber keine zollamtliche Genehmigung besaß, erhielt Dircks im Sommer 1937 vom Hauptzollamt Magdeburg einen Strafbescheid. Die Strafe und Zollschuld beliefen sich auf „... insgesamt 737308,85 RM sowie eine gegen den Betriebsleiter, Herrn Erwin Dircks und einen Angestellten verhängte Steuerstrafe von 90000,00 RM bzw. 10000,00 RM nebst Kosten in Höhe von 10090,27 RM wegen Steuergefährdung, also eine Gesamtbelastung von etwa 850000,00 RM sind den Deutschen Maizena Werken AG erwachsen“.⁸⁵ Dircks ersuchte das Hauptzollamt Magdeburg um gnadenweisen Erlaß mit dem Hinweis, daß doch dem Staat beachtliche Devisensummen erspart geblieben seien. Da diese Verhandlungen mit der Magdeburger Behörde erfolglos blieben, nahm sich Alvensleben der Angelegenheit an und schrieb an den Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk: „Lieber Lutz, verzeih, wenn ich Dich in Deiner Urlaubszeit mit einer geschäftlichen Sache belästige. Es geschieht, weil ich sichergehen möchte, daß die Angelegenheit durch Deine Hände geht. Ich

⁸² Ebenda.⁸³ Ebenda.⁸⁴ Ebenda.⁸⁵ Ebenda, Akte Zollangelegenheit.

hörte, daß Du Anfang August wieder in Dein Amt zurückkehrst und da ich vor Mitte August nicht nach Berlin kommen kann, möchte ich Dir schon heute den beiliegenden Antrag der Deutschen Maizena-Werke AG zur Kenntnis geben . . . , Dir dies persönlich vorzutragen, vor allem die Gefahr, daß die Ausländer die Lohnveredelungsverträge nach England oder woanders hin verlegen . . . Auch kenne ich Generaldirektor Dircks sehr genug, um zu wissen, daß bei der ganzen Angelegenheit absichtlich von ihm nichts vernachlässigt worden ist. Ich wäre Dir nun dankbar, wenn Du mich in Begleitung von Herrn Oberregierungsrat a. D. Baumann, Deutsche Maizena-Werke AG, einmal empfangen würdest.“⁸⁶

Trotz dieses Briefes wurde der Strafbescheid rechtskräftig. Es erfolgte lediglich eine Herabsetzung der Gesamthöhe von Strafe und Zollschuld, die nunmehr auf 563361,15 RM festgesetzt wurden.⁸⁷ Mit diesem Beschluß unzufrieden, bat Alvensleben den Finanzminister, Dircks oder ihn zu empfangen, um ihnen, wenn der Gnadenbeweis nicht gewährt werden könnte, zumindest einen Billigkeitsantrag zu bestätigen, durch den das Rechtsdelikt bagatellisiert und dem Urteil seine juristischen Folgen genommen werden sollten, insofern als es dann nicht als Vorstrafe angesehen werden konnte. Alvensleben setzte diesen Zweck bei Schwerin von Krosigk durch, was folgende Aktennotiz besagt: „Heute, den 13. Dezember 1937, ließ mich Herr Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk kommen und erklärte mir als Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Maizena-Werke folgendes: In der Angelegenheit betreffs Zollamt Barby—Deutsche Maizena-AG, über die am 10. Dezember 1937 betr. Schreiben des Oberfinanzpräsidenten in Magdeburg, Aktenzeichen Z 1270—2076, entschieden worden ist, gebe ich die Erklärung ab, daß weder für Herrn Generaldirektor Dircks noch für die Deutschen Maizena-Werke hieraus für die Zukunft Folgen gezogen werden sollen. Das bedeutet, daß wenn zwischen dem Finanzamt und Herrn Generaldirektor Dircks und den Maizena-Werken AG Differenzen entstehen, daß o. g. Urteil nicht als vorbestraft oder vorbelastend angesehen werden soll.“ Doch diese Aktennotiz genügte Dircks noch nicht, wie er Oberregierungsrat Baumann gegenüber zum Ausdruck brachte. „Man muß sich jedoch sagen, daß in einem zukünftigen Falle, zu einem Zeitpunkt, wo der jetzige Finanzminister nicht am Ruder ist, dann vielleicht doch seitens der Behörden über die von uns jetzt abgegebene Erklärung hinweggegangen wird, wenn dieselbe nicht auch aktenkundig im Finanzministerium mit dem ganzen Vorfall festgelegt wurde.“⁸⁸ Angesichts dieser Befürchtungen, die Dircks hegte, setzte sich Alvensleben noch einmal persönlich ein und erreichte, daß die Entscheidungen mit eigenhändigem Vermerk des Ministers in den Akten eingetragen wurde.⁸⁹ Nach Erledigung des gesamten Vorganges schrieb Dircks an Alvensleben: „Ich möchte Ihnen nochmals aufrichtig danken, für Ihre vielen Bemühungen in dieser für uns und insbesondere auch für mich so peinlichen Zollangelegenheit. Es ist mir eine große Beruhigung gewesen, daß ich Ihren guten Rat sowie Ihre Hilfe und Beziehungen zu Hilfe hatte, die uns zweifellos eine große Erleichterung in der Herbeiführung der jetzigen Lösung gegeben haben.“⁹⁰

Die Möglichkeit, den Staatsapparat für die Interessen des Konzerns einzuspannen, wurde noch erweitert — wenn auch nicht auf höchster Ebene —, als Alvensleben während des zweiten Weltkrieges Landrat im Kreis Calbe wurde. Das Aufsichts-

⁸⁶ Ebenda.⁸⁷ Ebenda.⁸⁸ Ebenda, Brief v. 21. 12. 1937.⁸⁹ Ebenda.⁹⁰ Ebenda.

ratsmitglied Alvensleben hatte selbstverständlich ein offenes Ohr für die verschiedensten Wünsche seiner Konzerndirektion, und so verhandelte der Landrat Alvensleben zum Beispiel mit den entsprechenden Stellen, damit die Deutsche Maizena-Werke AG den für die Erweiterung der Gleis- und Hafenanlagen in Barby notwendigen Grund und Boden erwerben konnte.⁹¹ Oder er unterstützte den Konzern bei der Beschaffung von Arbeitskräften. „Nach längerer Bearbeitung“, so schrieb Alvensleben, „habe ich den Referenten in Erfurt soweit bekommen, daß er mir fest versprochen hat, von den demnächst eintreffenden Kriegsgefangenen mindestens 25 bevorzugt nach Barby zu schicken . . . Ich werde jedenfalls alles tun, was möglich ist, um Barby Leute zu verschaffen und verbleibe mit besten Grüßen. Heil Hitler! Ihr sehr aufrichtig ergebener . . .“⁹²

Und als die Arbeiter in Barby der steigenden Arbeitsintensität und verstärkten Ausbeutung passiven Widerstand entgegensetzten, wandte sich Dircks an sein Aufsichtsratsmitglied mit folgenden Ausführungen: „Eine große Schwierigkeit bildet bei uns der Arbeitseinsatz, da insbesondere die Frauen sehr häufig ohne Grund fehlen, so daß wir unsere Verpackungsanlagen nicht voll besetzen können. Wir haben zwar Polizei, Arbeitsfront usw. in Barby in Anspruch genommen, die aber so gut wie gar nichts erreicht haben oder auch vielleicht nichts tun wollen. Dürfen wir uns nicht mit einer Eingabe an den Landrat als die höchste Polizeigewalt wenden und von dort Unterstützung erbitten, um eine Besserung des kaum tragbaren Zustandes herbeizuführen?“⁹³ Auf diese persönliche Information antwortete Alvensleben: „Sie wollen durch Ihr Werk in Barby an mich als Landrat bitte eine Eingabe richten unter der Schilderung der Zustände, mit der Bitte dafür zu sorgen, daß eine Besserung eintritt. Ich werde dann das weitere veranlassen.“⁹⁴

Schließlich war es für den Konzern hinsichtlich der Ausnutzung der Alvenslebenschon Verbindungen zwecks Einflußnahme auf staatliche Behörden nicht unwesentlich, daß Alvensleben Mitglied der NSDAP geworden war, in der SA im Rang eines Brigadeführers stand und persönliche Kontakte zu den Spitzen der Partei pflegte, wie das aus einer Einladung zu einem Essen „nur im engsten Kreise gemeinsam mit dem Stabschef Lutze“⁹⁵ zu ersehen ist oder auch aus der Bemerkung Alvenslebens, daß er bedaure, Dircks nicht beim Essen „mit dem Herrn Reichsführer Himmler“⁹⁶ getroffen zu haben.

Die guten Verbindungen Alvenslebens zu einflußreichen Persönlichkeiten wurden für den Maizena-Konzern besonders wichtig, als er sich zu Beginn des zweiten Weltkriegs erneut verstärkten Angriffen auf amerikanische Monopolfilialen ausgesetzt sah, denen der Konzern durch Umstellung des Aktienbesitzes und des Verhältnisses der beiden Hauptgesellschaften, der Deutschen Maizena-Werke AG und der Deutschen Maizena Gesellschaft m. b. H., zueinander zu begegnen suchte.

In der gegenseitigen Beziehung dieser beiden Gesellschaften war insofern schon eine Änderung eingetreten, als sich seit 1935 die als Verkaufsorganisation ge-

⁹¹ Ebenda, Maizena-Akte I.

⁹² Ebenda, Brief Alvenslebens an Dircks v. Juli 1940.

⁹³ Ebenda, Maizena-Akte II, Brief von Dircks an Alvensleben v. 10. 2. 1943.

⁹⁴ Ebenda, Brief Alvenslebens an Dircks v. März 1943.

⁹⁵ Ebenda, Akte Diverses, Juli 1938 bis 31. 12. 1939, Einladung des Gauleiters Eggeling an Alvensleben zum 23. 2. 1939.

⁹⁶ Ebenda, Maizena-Akte I.

gründete Deutsche Maizena Gesellschaft m. b. H. in erster Linie zur Finanzgesellschaft des Konzerns entwickelte und die Deutsche Maizena-Werke AG selbst den Verkauf übernommen hatte. 1940 wurde der Name der Deutschen Maizena Gesellschaft m. b. H. in „Gesellschaft für Industriebeteiligung m. b. H.“ (Gesfürin) umgewandelt. Diese Firmenbezeichnung wurde dem Aufbau des Konzerns gerechter als der alte Name, denn im Laufe der Zeit hatte sich der Maizena-Konzern durch die Finanzgesellschaft an zahlreichen Betrieben, die mit der Branche zusammenhingen, aber auch an völlig branchenfremden Betrieben beteiligt.

Aus dem Jahr 1943 liegt eine Aufstellung vor, die interessante Aufschlüsse über die Beteiligung amerikanischen Kapitals an der deutschen Wirtschaft gibt. Danach war der gesamte Maizena-Konzern in sechzehn Unternehmungen gegliedert. Die Muttergesellschaften, die Gesfürin und die Deutsche Maizena-Werke AG, waren an allen anderen Unternehmungen mit 25 Prozent und mehr Kapital beteiligt. Der Generaldirektor der Deutschen Maizena-Werke AG, Erwin Dircks, war auch Generaldirektor der Gesfürin. Zugleich waren alle Vorstandsmitglieder dieser beiden Gesellschaften als Aufsichtsratsmitglieder und Vorsitzende zur Kontrolle auf die anderen vierzehn Unternehmungen verteilt.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates beider Gesellschaften bringt sehr deutlich die Personal-Union zwischen Bank und Industrie zum Ausdruck. Vorsitzender des Aufsichtsrates bei Maizena war zum Beispiel Hans Pilder, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, Berlin. Stellvertretender Vorsitzender war Joachim De la Camp, Präses der Gauwirtschaftskammer Hamburg. Andererseits saß Generaldirektor Erwin Dircks im Aufsichtsrat der Dresdner Bank. Außer Graf von Alvensleben war noch E. B. Kruse, stellvertretender Präses der Gauwirtschaftskammer Hamburg, vertreten.

Über die Personalverbindungen mit der Dresdner Bank und der Nahrungsmittelindustrie hinaus besaßen die Deutschen Maizena-Werke AG und die Gesfürin Aktien von fünfzehn anderen Gesellschaften, vornehmlich der Schwerindustrie, aber auch von den IG Farben, von Siemens & Halske, von der Deutschen Erdöl-A.-G. und anderen.

1940 faßte der Aufsichtsrat der Deutschen Maizena-Werke AG den Beschluß, in den beiden Hauptgesellschaften des Maizena-Konzerns eine deutsche Aktienmajorität zu schaffen. Man begründete diesen Beschluß mit folgendem Argument: „Die Gesellschaften, an denen die DMW interessiert ist, legen ihrerseits natürlich großen Wert auf die Tatsache, daß die Gesellschaft für Industriebeteiligung als Aktionär eine deutsche Gesellschaft und mit der Majorität in deutschen Händen darstellt, so daß der Hinweis auf ausländische Kontrolle, der sehr häufig gemacht wird, zukünftig nicht mehr gerechtfertigt sein würde.“⁹⁸

Über die „Nationalisierung“ der ausländischen Anteile an der DMW AG und der Gesfürin war schon des öfteren verhandelt worden, zuletzt 1939 beim Besuch der Herren Moffet und Coggan von der Corn Products Refining Co., New York. Man kam damals jedoch zu keiner endgültigen Klärung, weil keine „Basis für die Bewertung der Interessen in den verschiedenen Ländern gefunden werden konnte“, wie es in dem Schreiben heißt, in dem Generaldirektor Dircks dem Vizepräsidenten der Corn Products Refining Co. in New York, Mahana, von dem Beschluß, den der Auf-

⁹⁷ Diese Fußnote entfällt.

⁹⁸ LHA Magdeburg, a. a. O., Maizena-Akte I.

sichtsrat 1940 faßte, Mitteilung machte.⁹⁹ Aus dem gleichen Schreiben erfährt man auch, worin tatsächlich die Schwierigkeiten bestanden, schon 1939 eine „Nationalisierung“ durchzuführen. Dircks schreibt: „Ich habe diese Frage immer wieder mit . . . unseren Sachverständigen, die finanzjuristische und Steuerfragen behandeln, besprochen, es konnte indessen kein Weg gefunden werden, der nicht für Sie mit der Zahlung von ungeheuerlichen Steuern verbunden gewesen wäre, wenn Sie sich entschlossen hätten, sich von dem größten Teil Ihres Aktienbesitzes in den beiden Hauptgesellschaften, nämlich Deutsche Maizena-AG und Deutsche Maizena-Gesellschaft m. b. H. (Gesfürin) zu trennen. Es muß berücksichtigt werden, daß selbst, wenn wir Käufer für die Aktien bzw. Anteile gefunden hätten, der Verkaufswert der Aktien von den Steuerbehörden kritisiert worden wäre. Es sei denn, daß der Verkaufspreis der Aktien dem inneren Wert der Gesellschaft entsprochen hätte, einschließlich aller offenen und stillen Reserven, was gleichbedeutend sein würde mit einer Neubewertung aller Investitionen und überdies unter Berücksichtigung der Verdienstkraft des Unternehmens — nicht der ausgezahlten Dividende. Dieses würde z. B. bedeuten, daß für die Deutsche Maizena-Gesellschaft m. b. H. wenigstens der zehnfache Pariwert die Basis für den Verkauf der Aktien darzustellen hätte, und da New York die Steuern auf den Unterschied zwischen dem Pariwert und dem Verkaufswert zu zahlen gehabt hätte, können Sie sich wohl vorstellen, wieviel Millionen Mark für Steuern aufzubringen gewesen wären, wenn die Transaktion durchgeführt werden müßte, durch Verkauf der Aktien in der Form, wie sie heute existieren.“

Nun hatte der Aufsichtsrat unter aktiver Anteilnahme Alvenslebens einen Weg gefunden, wie man formalrechtlich zu einer deutschen Aktienmajorität kommen könnte, ohne die amerikanischen Einflußbefugnisse ernstlich anzutasten. Folgendes schlug man den Amerikanern vor: „ . . . zwei Sorten von Aktien zu schaffen, nämlich Vorzugs- und Stammaktien, mit der gleichen Stimmzahl, aber in der Weise, daß die Vorzugsaktien in dem Gesamtbesitz der Gesellschaft nur bis zum Pariwert teilnehmen, während die überschießenden Werte den Stammaktien verbleiben würden. Der Zinssatz, der auf diesen Vorzugsaktien bezahlt werden mußte, sollte 6 % und akkumulativ, während der überschießende Nutzen den Stammaktien zufällt. Die Vorzugsaktien könnten nach 10 Jahren zu irgendeiner Art wieder eingezogen werden mit 10 % über den Pariwert. Es können diese Vorzugsaktien auch früher zurückgekauft werden, wenn 75 % der Aktionäre einverstanden sind.“¹⁰⁰

Die Corn Products Refining Co. stimmte diesem Vorschlag zu, und der Beschluß des Aufsichtsrats der Deutschen Maizena-Werke AG wurde folgendermaßen durchgeführt: Die Gesfürin wurde an die Spitze des Konzerns gestellt. Dabei handelte es sich nicht nur um einen formellen Akt, sondern die DMW AG und eine Reihe anderer Tochtergesellschaften wurden der Gesfürin durch Abschluß von Gewinnausschließungsverträgen¹⁰¹ direkt unterstellt. Mit den durch die Gewinnaus-

⁹⁹ Ebenda, Maizena-Akte I, Schreiben des Generaldirektors Dircks an Mahana.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ In der Begriffsdefinition für Gewinnausschließungsverträge wird folgendes vermerkt (ebenda, Maizena-Akte I, Mappe Gewinnausschließungsvertrag): „Bei Gewinnausschließungsverträgen dagegen erfolgen die Ausschüttungen auf gesellschaftlicher Grundlage. Durch die wirtschaftliche, finanzielle und organisatorische Eingliederung ist ein Handeln auf eigene Rechnung und Gefahr im Innenverhältnis nicht möglich, wenn auch nach außen rechtliche Selbständigkeit besteht. Zu der Befolgung von Weisungen der Obergesellschaft kann die Untergesellschaft rechtlich gezwungen werden.“ In § 17 ist das Unterstellungsverhältnis ver-

schließungsverträge herbeigeführten Transaktionen waren eine Reihe von Vorteilen verbunden:

- a) Die bisherigen Verbindungsformen im Monopol, wie Kontrolle, Geldeinfluß und Interessengemeinschaftsverträge, wurden verstärkt.
- b) Die Dividendenauszahlung innerhalb der Gesellschaften, die der Versteuerung unterlagen, fielen weg.
- c) Die genannten Transaktionen verhinderten, daß die laut Vertrag von der DMW AG an die Gesfürin abgelieferten Gewinne der Versteuerung unterlagen. „Bei diesen Beträgen handelt es sich bisher um Zahlungen von einer Schwes-tergesellschaft an die andere. Ein findiger Steuerprüfer könnte immerhin die Beträge daraufhin untersuchen, ob es sich nicht um verdeckte Gewinnausschüttungen handelt, denn Inhaberin der DMW und Gesfürin war die Corn Products Refining Co.“¹⁰²
- d) Der Hortung der Kapitalien für die USA-Imperialisten bis zu einem Zeitpunkt, da sie wieder darüber verfügen konnten, wurde nichts in den Weg gelegt. „Bei einem Gewinnauslieferungsvertrag würde vor allem hinsichtlich Verwendung der Gewinne durch Reservestellung volle Freiheit gegeben. Das trifft zu sowohl für die Bildung stiller Reserven durch erhöhte Abschreibungen oder Niederbewertungen als auch für offene Reserven auf der Passivseite.“¹⁰³

Hinsichtlich der Transaktionen des Aktienkapitals verfuhr man so, daß von 7 Millionen der Deutschen-Maizena-Werke AG Vorzugsaktien im Werte von 4 Millionen mit 6 Prozent Dividende geschaffen wurden. Die restlichen 3 Millionen RM blieben als Stammaktien im Besitz der Corn Products Refining Co. Beide Sorten von Aktien bekamen gleiches Stimmrecht, so daß beim Übergang der 4 Millionen Vorzugsaktien in deutsche Hände die Majorität der Amerikaner gesichert war.¹⁰⁴ Dadurch wurde nach außen hin die Leitung rein deutsch. Jedoch hinter dieser stand der bestimmende Einfluß der amerikanischen Monopolisten.

Die 3 Millionen Kapital der Gesfürin wollte man zunächst nicht aufteilen, weil der Umfang dieses Kapitals für eine Aufteilung zu gering war. Hier wollte man eine Kapitalerhöhung von 3,5 Millionen, die als Vorzugsaktien nominiert werden sollten, durchführen, so daß auch dabei über 50 Prozent aller Aktien in deutsche Hände gelangten.

ankert. Reservebildung durch Abschreibung und anderes ist nur auf Weisung der Muttergesellschaft möglich. Dividenden zahlt nur ebengenannte. Alle Geldüberschüsse sind an die Obergesellschaft abzuführen u. a.

¹⁰² LHA Magdeburg, a. a. O., Maizena-Akte.

¹⁰³ Ebenda, Maizena-Akte I, Gewinnausschließungsvertrag.

¹⁰⁴ Die Majorität der Vorzugsaktien wurde bereits 1941 durch Kapitalerhöhung für beide Aktiensorten aufgehoben. Folgende Kapitalerhöhungen wurden seit der Teilung der 7 Millionen RM in Stamm- und Vorzugsaktien vorgenommen: Im März 1941 4 Millionen RM Stammaktien, im März 1942 3,5 Millionen RM Vorzugsaktien, im April 1942 fand für 5,5 Millionen eine weitere Kapitalberichtigung für beide Aktiensorten statt, so daß insgesamt 20 Millionen RM Kapital in der DMW AG festgelegt waren mit der Aufschlüsselung von 4,5 Millionen Stammaktien = 22,5% Corn Products Refining Co.; 6 Millionen Stammaktien = 30% Gesfürin und 9,5 Millionen Vorzugsaktien = 47,5% Gesfürin. Also waren die Stammaktien ab 1942 mit 52,5% in der Majorität. In der Gesfürin wurde anders verfahren, als es 1940 vorgesehen war. Man verwandelte die 3 Millionen Stammanteil in 1,4 Millionen Stammaktien und 1,6 Millionen Vorzugsaktien. Im Mai 1941 wurde das Kapital um 1 Million Stammaktien und 8 Millionen Vorzugsaktien erhöht, so daß von den 12 Millionen Gesamtkapital folgende Verteilung zu verzeichnen war:

1,4 Millionen Stammaktien = 11,67% Corn Products Refining Co.,

1,0 Millionen Stammaktien = 8,33% DMW AG Hamburg,

9,6 Millionen Vorzugsaktien = 80,00% E. Dircks, Hamburg.

Mit dieser Regelung konnte die Corn Products Refining Co. aus folgenden Gründen einverstanden sein:

1. Die Herren aus Übersee hatten durch die dargelegten Transaktionen keinerlei Verluste, denn die Summe der in zehn Jahren zu zahlenden 6 Prozent Dividende nach dem Nennwert war wesentlich geringer als die Summe der Gelder, die für Steuern und Dividenden nach dem zehnfachen Wert hätten aufgebracht werden müssen, wenn der Verkauf der Aktien nach eben diesem Wert erfolgt wäre.
2. Die Einrichtung von Vorzugsaktien und deren Teilnahme nur bis zum festgesetzten Nennwert ermöglichte dem Maizena-Konzern, die vielen über den Nennwert hinaus erzielten Gewinne auf das Sperrkonto¹⁰⁵ der Corn Products Refining Co. zu buchen.
3. Die faktische Majorität der USA-Imperialisten, ja überhaupt deren voller Besitz an beiden Zweigesellschaften in Deutschland, der DMW AG und der Gesfürin, wurde nicht beseitigt, sondern nur zeitbedingt verschleiert. Diese Verschleierung zeigt sich darin, daß die Vorzugsaktien sozusagen innerhalb der „Familie“ ausgetauscht wurden.

Die Gesfürin besaß die Vorzugsaktien der DMW AG, die DMW AG verwaltete einen Teil der Stammaktien der Gesfürin, und der Generaldirektor dieser Unternehmen, Dircks, betreute die Vorzugsaktien der Gesfürin.

Daß die faktische Majorität der USA-Monopolisten in Wirklichkeit nach wie vor erhalten blieb, zeigt sich vor allem daran, daß „... für wichtigste Fragen, wie Änderung der Satzungen, Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals, 75 % der Aktionäre notwendig sind...“¹⁰⁶

Die Deutschen erreichten niemals den Besitz von 75 Prozent der Aktien. Durch den gegenseitigen Vorzugsaktien austausch erhielten sich die Konzernbesitzer stets die 75 Prozent Aktienmehrheit und damit den entscheidenden Einfluß und konnten zur gegebenen Zeit auch wieder nach außen hin die faktische USA-Majorität herstellen.

Die Verhandlungen mit den für die Genehmigung der dargelegten Maßnahmen zuständigen Dienststellen, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsernährungsministerium und dem Kommissar für feindliche Vermögen, übernahm die Deutsche Maizena-Werke AG. Zu dem Verlauf dieser Verhandlungen stellten die Herren vom Aufsichtsrat fest: „Sowohl mit dem Reichsernährungsministerium (REM) als auch mit dem Feindkommissar haben seit langen Monaten von Zeit zu Zeit Aussprachen über die Behandlung des Maizena-Konzerns unter der Feindvermögensordnung stattgefunden. Diese obersten Behörden haben bis zum 25. August dieses Jahres Herrn Dircks und Herrn Dr. Pilder immer nur freundliche Erklärungen abgegeben, obwohl sie in Wirklichkeit über diese Dinge bereits seit längerer Zeit anders gedacht haben.“¹⁰⁷

¹⁰⁵ Während des zweiten Weltkrieges setzten die Faschisten zur Kontrolle ausländischer Kapitalien in Deutschland den „Feindkommissar“ Ernst ein. Die Gelder der ausländischen Monopole wurden auf ein Sperrkonto gebucht. Dieses Verfahren hatte man bereits im ersten Weltkrieg angewandt. Es war ein „Feindverwalter“ bestellt worden, der nach Eintritt der USA in den Krieg auch die amerikanischen Gesellschaften kontrollierte, ohne daß die Kapitalien liquidiert worden waren. Nach dem Krieg waren diese Gelder dann wieder flüssig geworden.

¹⁰⁶ LHA Magdeburg, a. a. O., Maizena-Akte I.

¹⁰⁷ Ebenda, Maizena-Akte II, Protokoll der Aufsichtsratssitzung im September 1942.

Am 25. August 1942 hatte eine Unterredung im Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, in der der Generaldirektor Dircks darüber informiert wurde, wie man „in Wirklichkeit über diese Dinge“ dachte. Eine Aktennotiz von Dircks besagt dazu:

„Herr Dr. Saager als Referent im Reichswirtschaftsministerium sprach mir gegenüber folgendes aus:

I. Zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsernährungsministerium und dem Kommissar für das feindliche Vermögen besteht in der Beurteilung der Situation bei der Deutschen Maizena-Werke AG Einmütigkeit in folgender Beziehung:

- a) daß die bisher getroffenen Regelungen im Aktienbesitz der Stamm- und Vorzugsaktien kein Endstadium darstellen können,
- b) daß die bisher getroffenen Regelungen den Eindruck einer Tarnung zur Erhaltung des Besitzstandes der Amerikaner an Aktien der Deutschen Maizena-Werke A.-G. bzw. der Gesfürin sich in seiner wirklichen Größe nicht verändert hat, da durch die vorgenommenen Transaktionen der Substanzwert der den Amerikanern verbliebenen Aktien sich entsprechend erhöht hat. (Komprimierung)¹⁰⁸

Die deutschen Dienststellen durchschauten also das „Verdeutschungsmanöver“ und bewerteten es 1942 anders als zu Beginn der Verhandlungen. Die Gründe für die bis zum August abgegebenen „freundlichen Erklärungen“ fand der Aufsichtsrat in einer Bemerkung des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium: „Besonders bemerkenswert ist, daß in der am 25. August 1942 im RWM stattgefundenen Unterredung Herr Dr. Landried darauf hinwies, daß ein Führererlaß vorlag, wonach vor Eintritt Amerikas in den Krieg amerikanische Wirtschaftsinteressen rücksichtsvoll zu behandeln seien.¹⁰⁹ Von dieser rücksichtsvollen Behandlung konnte 1942 nicht mehr die Rede sein. Vielmehr wollte Göring, wie folgende Aktennotiz aussagt, feindliche Patente und Lizenzen liquidieren: „... wird das kommende deutsche Patentgesetz über amerikanische Patente und Lizenzen die Handhabe geben, jedes amerikanische industrielle Eigentum zum Erliegen zu bringen, oder praktisch aus der Hand der Amerikaner zu nehmen.“¹¹⁰

Die drei Dienststellen wünschten daher, daß folgende Maßnahmen zur Durchführung kämen:

1. Einsatz eines Verwalters bei der Maizena unter Ausschaltung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
2. Erwerb der von Generaldirektor Dircks verwalteten Vorzugsaktien der Gesfürin im Werte von 9,6 Millionen RM durch die DMW AG, damit diese an die Spitze des Konzerns komme.
3. Plazierung dieser Vorzugsaktien in einem Konsortium; Erhöhung der bis dahin bestehenden 10000-Mark-Aktien zu Einzelpaketen von 50000 bis 100000 Mark.

¹⁰⁸ Ebenda, Aktennotiz von Dircks, v. 25. 8. 1942.

¹⁰⁹ Ebenda, Protokoll der Aufsichtsratssitzung im September 1942.

¹¹⁰ Ebenda, Maizena-Akte II. — Aktennotiz von Dircks nach einer Unterredung mit Dr. Saager (RWM) v. 25. 8. 1942.

Die der Gesellschaft nahestehenden Herren (Vorstand und Aufsichtsrat) sollten sich daran beteiligen können. Federführend für die Aktienplazierung sollte das Reichswirtschaftsministerium sein.

4. Verkauf der Gesfürin-Stammaktien an einen größeren deutschen Käuferkreis.
5. Erweiterung des Aufsichtsrates durch Vertreter der neuen Vorzugs- und Stammaktienbesitzer. Die neuen Aufsichtsratsmitglieder sollten vom REM vorgeschlagen werden. Das Gesamtziel war die Schaffung einer 76prozentigen Majorität durch weitverstreute Aktien in deutscher Hand.

Das war ein massierter Angriff auf die amerikanischen Konkurrenten. Ihn konnte Generaldirektor Dircks nicht mehr mit seinen Geschäftstricks abwehren. Hier konnte nur ein geschlossenes Auftreten aller Monopolbeteiligten und für die USA-Interessen eintretenden Herren Erfolg haben. Die kluge Voraussicht bei der Auswahl der Mitglieder des Aufsichtsrats bewährte sich in diesem Falle aufs neue. Neben einer Reihe von Argumenten, die der schnell zusammengerufene Aufsichtsrat gegen diesen Plan vorbrachte, war für die Abwehr des Vorstoßes der drei Reichsstellen das unmittelbare Eingreifen Alvenslebens entscheidend. Vorerst die persönliche Stellungnahme des Grafen, die zeigt, wie der in Neugattersleben so patriarchalisch auftretende Gutsherr in Wirklichkeit den Standpunkt großer Monopolherren vertrat: „Die mir gleichzeitig zugesandte Aktennotiz habe ich mit Interesse gelesen. Offen gesagt bin ich einigermaßen erstaunt über den Standpunkt, der hier von staatlichen Stellen eingenommen wird. Weshalb muß eine Majorität in weitverstreute deutsche Hand gegeben werden. Gerade bei einem Werk von der Bedeutung, wie Sie es aufgebaut haben, sollte man klare Majoritätsverhältnisse verlangen und nicht die Majorität in Hände von Leuten geben, die, wie die Erfahrung lehrte, dann von einigen schönen Rednern im ungünstigen Augenblick zusammengetrommelt und schon oft für gute Werke dann verhängnisvoll geworden ist. Ich hoffe, daß sich gerade über diesen Punkt mit Herrn Dr. Landfried reden läßt. Vor allem aber sehe ich nicht ein, weshalb man Ihnen, der Sie das ganze Werk aufgebaut haben, die Macht nehmen will, anstatt daß man im Gegenteil in diesem Augenblick Ihnen dankbar für das aufgebaute Werk ist. Denn gerade der Krieg hat doch bewiesen, wie wertvoll sich Ihre Arbeit für das gesamte Vaterland ausgewirkt hat.“¹¹¹

Alvensleben bat Staatssekretär Dr. Landfried im Reichswirtschaftsministerium um eine Aussprache. Sie hatte folgendes Ergebnis: „Die mit der vom Reichswirtschaftsministerium geäußerten Annahme des Vorliegens einer Tarnung bei der Umstellung der Kapitalverhältnisse der DMW und Gesfürin im Zusammenhang stehenden Fragen wurden eingehend erörtert. Herr v. Alvensleben legte dar, daß die für die Kapitalumwandlung in beiden Gesellschaften zugrundeliegenden Beschlüsse gemeinsam vom Vorstand bzw. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der Gesellschaften gefaßt worden seien. Die dem Aufsichtsrat der Gesellschaft angehörenden Herren wurden Herrn Dr. Landfried namentlich genannt . . . Herr Dr. Landfried erklärte Herrn v. Alvensleben, daß er nicht gewußt habe, daß die der Kapitalumwandlung zugrundeliegenden Beschlüsse von der Verwaltung der Gesellschaften gemeinsam gefaßt wären. Die dem Aufsichtsrat der Gesellschaft angehörenden Persönlichkeiten wären ihm Gewähr dafür, daß die von Herrn Dircks übernommenen Anteile auf keinem Wege wieder in die

¹¹¹ Ebenda, Brief Alvenslebens an Dircks.

Hände der Amerikaner zurückgeführt würden. Vom REM sei nachdrücklich betont worden, daß der Leitung der Maizena vollstes Vertrauen entgegengebracht werde und man die Persönlichkeit des Herrn Dircks uneingeschränkt positiv beurteile. Das REM lege Wert darauf, in der Leitung der Maizena keine Änderungen eintreten zu lassen. Er lasse daher nach den Darlegungen von Herrn v. Alvensleben den geäußerten Verdacht vollen Umfangs fallen.“¹¹²

Es war Alvensleben gelungen, dem Vorstoß der deutschen Dienststellen die gefährlichste Spitze zu nehmen. Mit der Äußerung Landfrieds, die Zusammensetzung des Aufsichtsrats sei ihm Gewähr dafür, daß der Konzern nicht die Interessen der Amerikaner vertrete, war die Basis für weitere Verhandlungen und persönliche Gespräche geschaffen. Für diesen, dem Konzern so wichtigen Erfolg findet Dircks denn auch gebührende Worte der Anerkennung: „Ich bin zunächst jedenfalls aber sehr erfreut darüber, daß wir jetzt anscheinend doch grundsätzlich wenigstens in Berücksichtigung der zur Zeit bestehenden Lage zu einer Verständigung gekommen sind. Hierbei hat ohne Zweifel Ihre so tatkräftige und weitgehende Unterstützung in einem sehr erheblichen Maße mitgeholfen, wofür ich ihnen nochmals meinen aufrichtigen Dank sagen möchte.“¹¹³

Dr. Landfried hatte in seiner Unterredung mit Alvensleben darauf hingewiesen, das Ministerium erwarte eine Korrektur des unmittelbar für die Amerikaner sprechenden Passus einer Rückübertragung der Aktien nach Ablauf von zehn Jahren. Weiterhin würde er es als eine freundliche Geste werten, wenn sich Dircks bereit erkläre, einen Teil seiner Anteile an einen bestimmten Personenkreis zu übertragen. Zu beraten war auch noch über die Forderung der deutschen Dienststellen, statt der Gesfürin die Deutsche Maizena-Werke AG an die Spitze des Konzerns zu stellen. Demzufolge erarbeitete der Konzern eine ausführliche Stellungnahme, in der er zu beweisen suchte, daß nach wie vor die Gesfürin Spitzengesellschaft bleiben müsse, weil die DMW AG durch den Gewinnausschließungsvertrag an sie gebunden sei, weil weiterhin sonst die Untergesellschaften einer klaren Führung beraubt würden und die Verantwortungsübertragung ungeheure steuerliche Verpflichtungen auslösen würde.

Die an Dr. Landfried gerichteten Vorschläge, die von Alvensleben persönlich begründet wurden, waren unter anderem:

1. Die DMW AG und die Gesfürin räumen für die in ihrem Besitz befindlichen Aktien dem Reichswirtschaftsministerium für zwanzig Jahre nach Beendigung des Krieges das Vorkaufsrecht ein. Aktienverkäufe bedürfen der Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums.
2. Das Rückkaufsrecht der Amerikaner nach Ablauf von zehn Jahren wird aufgehoben.
3. Weitere Ansammlung von Gewinnen zugunsten des ausländischen Besitzers wird durch eine beträchtliche Steigerung der Rohstoffkosten bei gleichbleibenden Fertigproduktlerlösen vermindert.
Steigen die Reingewinne trotzdem noch zuviel, soll der Aufsichtsrat beschließen, daß während des Krieges beträchtliche Summen gemeinnützigen sozialen Zwecken zugeführt werden.

¹¹² Ebenda, Aktennotiz von Alvensleben.

¹¹³ Ebenda, Schreiben von Dircks an Alvensleben.

4. Dircks ist bereit, 26 Prozent vom Kapital der Gesfürin aus den in seinem Besitz befindlichen Vorzugsaktien abzugeben. De la Camp, Präses der Industrie- und Handelskammer Hamburg und Aufsichtsratsmitglied der Gesfürin, soll für die Unterbringung der Anteile sorgen.
5. Falls für die im Besitz der Corn Products Refining Co. befindlichen Aktien ein Beteiligungsverwalter notwendig ist, wird De la Camp für diesen Posten vorgesehen.

Herr Dr. Landfried war im wesentlichen mit diesen Vorschlägen einverstanden. Er beantragte noch einige Veränderungen, und der Konzern ging darauf ein, daß es anstelle „zwanzig Jahre nach Beendigung des Krieges“ „nach Ratifizierung des Friedensvertrages mit den USA“ heißen und daß die Plazierung der 26 Prozent Vorzugsaktien aus der Verwaltung von Dircks nur an einen beschränkten Personenkreis erfolgen sollte. Die Übernehmer der Anteile sollten sich zu einem Pool zusammenschließen, um ihr Stimmrecht nur einheitlich gegenüber der Gesellschaft auszuüben.

Der Maizena-Konzern unterbreitete daraufhin weitere konkrete Vorschläge. Von besonderem Interesse ist, daß die Maizena-Aktionäre den Vorschlag der Bildung eines Pools sofort in ihrem Interesse präzisierten. Der Pool sollte von Dircks 26 Prozent seines Besitzes an Vorzugsaktien der Gesfürin oder 3120000 RM durch Vermittlung der Dresdner Bank übernehmen: „Es sind für die Bildung dieses Pools zunächst in Aussicht genommen: Graf Bodo v. Alvensleben, dessen Besitz an RM 50000 Vorzugsaktien der DMW-AG in Geschäftsanteile der Gesfürin umgetauscht wird, Süddeutsche Zucker-AG, Chemische Fabrik v. Heyden AG, C. H. Knorr-AG, P. Beiersdorf & Co., AG, Diamalt AG, Dr. Aug. Oetker.“¹¹⁴

Die nähere Betrachtung des Vorschlags läßt erkennen, daß dieser Pool, der das deutsche Gegengewicht im Konzern darstellen sollte, durchaus auch als Block für die USA-Interessen fungieren konnte. Die Diamalt AG gehörte direkt zum Konzern. Mit den anderen Firmen waren die Gesfürin bzw. die DMW AG durch Aktienbeteiligungen verbunden. Alvensleben hatte seine Treue zur Sache schon bewiesen.

Ein in sieben Paragraphen abgefaßter Konsortional-Vertrag wurde ausgearbeitet, der die Tätigkeit des Pools oder Konsortiums festlegte. Das Wesentliche war, daß der Pool das Stimmrecht einheitlich ausüben sollte, insbesondere für Beschlüsse über Einziehung der Vorzugsanteile der Gesfürin, über Kapitalveränderungen und über die Besetzung des Aufsichtsrates. „Es wird vorgesehen, daß Graf Bodo v. Alvensleben, Neugattersleben, der dem Aufsichtsrat der Deutschen Maizena-Werke AG bereits seit langen Jahren angehört, als Vertreter des Konsortiums in den Aufsichtsrat der Gesfürin eintritt.“¹¹⁵

Der klangvolle Name an der Spitze dieses Pools genügte Dr. Landfried (RWM), um diesen und alle anderen Vorschläge des Konzerns zu unterschreiben.

Im November 1942 fand sich der Kopf des Konzerns zusammen, um in einer außerordentlichen Hauptversammlung die Satzungen zu verändern. Zur Bildung des Pools kam es allerdings nicht mehr. Die Vereinbarungen zwischen dem Konzern und Dr. Landfried (RWM) blieben monatelang im REM unbearbeitet liegen oder besser gesagt, das REM war weder mit den Vereinbarungen zwischen

¹¹⁴ Ebenda, Maizena-Akte.

¹¹⁵ Ebenda.

dem Konzern und Dr. Landfried noch mit den Satzungsänderungen und der Zusammensetzung des Pools einverstanden.¹¹⁶ Ein Vorschlag des Reichsernährungsministeriums, die 26 Prozent Aktien, die für den Pool bestimmt waren, durch die Rentenbank-Kreditanstalt, die Hausbank des Reichsernährungsministeriums, übernehmen zu lassen, wurde wiederum vom Reichswirtschaftsministerium nicht gebilligt.

Der Reichskommissar für feindliche Vermögen, Ernst, der als dritter im Bunde mit den Ministerien den Vorstoß zur Verdeutschung des Monopols mit aller Konsequenz vertrat, legte nach den Vorschlägen des Aufsichtsrats, besonders nach den Besprechungen Alvenslebens mit dem Reichswirtschaftsministerium, ein „gemäßigtes Verhalten“ an den Tag. Er war nur noch bemüht, einem Verwalter die Verantwortlichkeit für die Kapitalien der Corn Products Refining Co. zu übertragen. In voller Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Konzernvertreter ließ er im September 1943 Joachim De la Camp, Präses der Gauwirtschaftskammer Hamburg und Aufsichtsratsmitglied der Gesfürin, durch das Hanseatische Oberlandgericht zum Verwalter bestellen.¹¹⁷ De la Camp wurde verpflichtet, vierteljährlich über die Geschäftstätigkeit zu berichten und entscheidende Veränderungen hinsichtlich der USA-Kapitalien nur in Übereinstimmung mit dem Reichskommissar vornehmen zu lassen. Er erhielt keine Verfügungsgewalt über den Konzern, hatte auch nicht den Auftrag, Verdeutschungsmaßnahmen voranzutreiben.

Der Konzernaufbau und die faktische Vorherrschaft der amerikanischen Muttergesellschaft blieben erhalten. Alvensleben hatte die Erwartungen erfüllt, die man in ihn gesetzt hatte.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf die Auswertung der im Gutshaus Neugattersleben gefundenen Akten, die im wesentlichen die Tätigkeit der Besitzer von Neugattersleben betreffen und nicht die Entwicklung der Familie Alvensleben zu Junkerindustriellen insgesamt. Außerdem erscheint Hans Bodo von Alvensleben nur als Aufsichtsrat der Zuckerfabrik Dröbel und der Deutschen Maizena-Werke AG. Daher bedarf die Arbeit noch einiger Ergänzungen.

Die Entwicklung der Neugatterslebener Gutsherren zu kapitalistischen Unternehmern nahm ihren Anfang mit der Eröffnung kapitalistischer Nebenbetriebe durch Werner Ludwig Eduard von Alvensleben. Verstärkt wurde sie durch seinen einzigen Sohn und Erben Werner Ludwig Alvo von Alvensleben. Von dessen fünf Söhnen wanderte einer schon 1908 nach Kanada aus, zwei fielen im ersten Weltkrieg, übrigblieben Werner Ulrich und Hans Bodo von Alvensleben.¹¹⁸

Das Gothaische Genealogische Taschenbuch gibt für Werner Ulrich als Beruf kurz Kaufmann an. Wie eine Bemerkung Hans Bodo von Alvenslebens Erwin Dircks gegenüber erkennen läßt, beschäftigte sich der Kaufmann Werner Ulrich mit Grundstücksvermittlung.¹¹⁹ Darüber hinaus war er Mitglied des Aufsichtsrates der Victoria zu Berlin Allgemeine Versicherungs AG, der Victoria Feuerversicherung AG und der Eyacher Kohlensäure Industrie AG Berlin.¹²⁰ Diese

¹¹⁶ Ebenda, Aktennotiz v. 31. 8. 1943, von Dircks nach einer Unterredung mit Dr. van Hess (RWM).

¹¹⁷ Ebenda, Maizena-Akte.

¹¹⁸ Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, Gotha 1938.

¹¹⁹ LHA Magdeburg, a. a. O., Maizena-Akte I.

¹²⁰ Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, 1936.

Angaben genügen für die Feststellung, daß auch Werner Ulrich von Alvensleben in der Industrie Fuß gefaßt hatte.

Zur Tätigkeit Hans Bodo von Alvenslebens sei noch erwähnt, daß er Vorsitzender des Aufsichtsrates war bei der Hilgers AG, Rheinbrohl, bei der Hein, Lehmann und Co. AG Eisenkonstruktionen, Berlin-Düsseldorf, und bei der Zuckerfabrik Dröbel GmbH. Die Aktiengesellschaft für Kohlensäureindustrie, Berlin, die Braunkohlenwerke Bruckdorf AG, Halle, die Deutsche Centralbodenkredit AG, die Deutsche Maizena-Werke AG und die Union, Allgemeine Hagel-Versicherungs-Gesellschaft Weimar, zählten ihn zu den Mitgliedern ihres Aufsichtsrates.¹²¹

Man sieht, daß er bei einer ganzen Reihe von Industrieunternehmen verschiedener Art engagiert war. Auffallend ist, daß Hans Bodo von Alvensleben zu den meisten dieser Aufsichtsräte erst nach 1933 Zugang fand. Auch für den Beginn der Aufsichtsrätstätigkeit Werner Ulrich von Alvenslebens trifft dieses Datum zu. Das legt den Gedanken nahe, daß auch diese Unternehmen das gleiche Interesse wie der Maizena-Konzern hatten, ihre Aufsichtsräte mit Trägern „klangvoller“ Namen aufzufüllen, mit Vertretern jener Schicht, die von jeher den Anspruch erhoben hatte, allein die besten Traditionen der Nation zu verkörpern. Tatsächlich aber — das zeigt das Beispiel Hans Bodo von Alvensleben — hatten sie sich immer enger mit dem Finanzkapital verbunden. Ihre aktive Teilnahme an dessen Expansions- und Katastrophenpolitik entlarvt sie als Feinde der Nation. Ihrem Wirken wurde durch die Entmachtung des Imperialismus-Militarismus und des Junkertums in der DDR und durch die Errichtung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in diesem Teile Deutschlands ein Ende gesetzt, und es wurde damit ein Beispiel geschaffen für ganz Deutschland.

¹²¹ Ebenda.

Eine bäuerliche Preisschrift

VON HANS-HEINRICH MÜLLER

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann in Deutschland eine Umwälzung in der Landwirtschaft. Unter dem Einfluß bürgerlicher Länder — Englands und der Niederlande — vollzog sich allmählich die Ablösung der alten starren Dreifelderwirtschaft. Es wurden in zunehmendem Maße Futterkräuter, Hackfrüchte, Gespinstpflanzen, Tabak, Farbpflanzen und andere neue Kulturen angebaut. Neue Bodennutzungssysteme kamen auf, wie die verbesserte Dreifelderwirtschaft, Mecklenburgische Schlagwirtschaft, Englische Wirtschaft, Märkische Koppelwirtschaft, Fruchtwechselwirtschaft und andere. Die Viehzucht wurde verbessert und die Dungproduktion gesteigert. Beachtliche Meliorationen wurden durchgeführt. Die Getreideerträge stiegen nicht unerheblich. Es zeigte sich überall eine Intensivierung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden.

Nach der Darstellung der bürgerlichen Wirtschafts- und Agrargeschichtsschreibung, besonders in Standardwerken, blieb diese Entwicklung vor den Reformen des 19. Jahrhunderts ausschließlich auf die Rittergüter und Domänen beschränkt, während die bäuerlichen Betriebe in althergebrachter Weise, im „alten Schlendrian“ weiterwirtschafteten. Die bürgerliche Forschung erklärte die bäuerliche Rückständigkeit, vor allem in Ostelbien, neben den ungünstigen bäuerlichen Rechtsverhältnissen sehr häufig aus den negativen charakterlichen Eigenschaften der Bauern. Sie wurden als ungebildet, störrisch, hinterhältig, boshaft, mißtrauisch, dumpf, indolent, stupid, widerspenstig, tückisch, träge, fortschrittsfeindlich usw. charakterisiert. Mit solchen Redewendungen, die letzten Endes dem Sprachschatz der damaligen feudalen Obrigkeiten entnommen sind, legen die bürgerlichen Historiker nicht nur Zeugnis von einer unkritischen Untersuchung der Lage der Bauern im Spätfeudalismus und von ihrem mangelnden Verständnis für den objektiv antifeudalen Klassenkampf der Bauern ab, sondern sie repräsentieren damit auch gewollt oder ungewollt den Standpunkt der herrschenden bürgerlichen Klasse gegenüber den kapitalistisch ausgebeuteten Bauern.

Aber auch die marxistische Geschichtsschreibung vertrat bisher die allgemein verbreitete Auffassung, daß die Bauern im 18. Jahrhundert keinen Anteil am Fortschritt in der Agrikultur hatten. Wenn unsere Historiker auch eindeutig Partei für die Bauern ergreifen und sie mehr oder weniger zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen nehmen, so begründen sie die Rückständigkeit der Bauern mit den hemmenden, „alles erstickenden“, überlebten feudalen Ausbeutungsverhältnissen. Zu dieser Einschätzung mußte man zwangsläufig kommen, weil

sich die bisherige marxistische Agrargeschichtsschreibung fast ausschließlich im Bereich der Produktionsverhältnisse bewegte und die Untersuchung der Produktivkräfte völlig vernachlässigte. Durch die — teilweise subjektive — Überbewertung der feudalen Produktionsverhältnisse und das Außerachtlassen der Produktivkräfte, deren Entwicklung im ausgehenden Feudalismus nicht selten geleugnet wurde, entstand sehr oft ein unrichtiges Bild von den tatsächlichen Verhältnissen in jener Zeit. Vielfach war es daher auch nicht möglich, den Widerspruch zwischen den hemmenden feudalen Produktionsverhältnissen und den vorwärtsdrängenden Produktivkräften einwandfrei nachzuweisen und die wahren Triebkräfte des bäuerlichen Klassenkampfes aufzuzeigen.

In jüngster Zeit wurden nunmehr von einigen marxistischen Historikern Untersuchungsergebnisse vorgelegt, in denen die Bauern des ausgehenden Feudalismus in einem anderen Licht als bisher erscheinen. In diesen Arbeiten wird vor allem nachgewiesen, daß die Arbeit der Volksmassen die wichtigste Sphäre historischen Schöpfertums ist. So stellt zum Beispiel Günter Vogler in seiner materialreichen Arbeit, die jedoch die Entwicklung der agraren Produktivkräfte nicht berücksichtigt, fest, daß die Bauern im Zeitalter des Spätfeudalismus keinesfalls willenlose Geschöpfe waren, sondern vielmehr den „Willen der herrschenden Klasse mißachteten“ und mit ihrem Klassenkampf, der mitunter recht bewußt geführt wurde, schon lange vor den Agrarreformen die feudale Gesellschaftsordnung untergruben.¹ Damit nahmen die Bauern beträchtlichen Einfluß auf die Reformen. Besonderes Interesse verdienen die bemerkenswerten Ausführungen von Rudolf Berthold.² In seiner Studie, die eine Vorarbeit für eine größere Monographie darstellt, setzt er sich kritisch mit den Einschätzungen der Bauern im Feudalismus sowohl in der bürgerlichen als auch in der marxistischen Literatur auseinander und weist nach, daß die Bauern an der produktionstechnischen Entwicklung gemäß ihren ökonomischen Kräften und den waltenden historischen Bedingungen entsprechend beteiligt waren. Die Thesen Bertholds werden in einer vom Autor der vorliegenden Veröffentlichung angefertigten Arbeit über die Entwicklung der Produktivkräfte anhand zahlreicher Beispiele voll unterstützt.³ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Reinhard Deutsch in einer anregenden Studie über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in der damaligen Zeit.⁴ In Zukunft dürften weitere wichtige Resultate über die Entwicklung der Agrikultur in den bäuerlichen Betrieben zu erwarten sein.

Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, alle jene Quellen sorgfältig zu erfassen und für die Geschichtswissenschaft gründlich auszuwerten, die aus bäuerlicher Feder stammen. Mit dem Abdruck einer solchen Quelle wollen wir dieser Forderung nachkommen. Dem Leser bringen wir erstmals eine bäuerliche Schrift zur Kenntnis, die nicht nur wegen ihrer Seltenheit wert ist, veröffentlicht zu werden, sondern uns auch einen interessanten Aufschluß über den damaligen Stand der

¹ *Vogler, Günter*, Probleme der feudalen Arbeitsrente und des bäuerlichen Widerstandes im 18. Jahrhundert — dargestellt am Beispiel des kurmärkischen Domänenamtes Badingen, phil. Diss. Berlin 1961. (MS)

² *Berthold, Rudolf*, Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaues vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962.

³ *Müller, Hans-Heinrich*, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, wirtschaftsw. Diss. Berlin 1962. (MS)

⁴ *Deutsch, Reinhard*, Untersuchungen zur Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktion im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, landwirtschaftsw. Diss. Berlin 1962. (MS)

landwirtschaftlichen Produktionstechnik aus bäuerlicher Sicht und die bäuerliche Einstellung über den landwirtschaftlichen Fortschritt vermittelt. Es handelt sich um eine Preisschrift, um die Beantwortung von Preisfragen über die Einführung der Stallfütterung, die die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin um das Jahr 1786⁵ stellte. Derartige Preisschriften, aufbewahrt im Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, sind von der Forschung bisher kaum benutzt und bearbeitet worden. Sie bieten wertvolles Material über den Stand und die Entwicklung der agraren Produktivkräfte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland. Zugleich gestatten sie uns einen Überblick über die beginnende Herausbildung der Agrarwissenschaften und ihren Einfluß auf die damalige Landwirtschaft.

Unter den eingegangenen Preisschriften über die Stallfütterung, die im allgemeinen von Pächtern, Pfarrern, Inspektoren und Amtsräten verfaßt wurden, dürfte die vorliegende, von einem Bauern verfaßte Schrift großes Erstaunen erregt haben, als die Jury gewahr wurde, daß sich auch „ungebildete oder dumme Bauern“ mit gelehrten Fragen beschäftigten. Zugegeben, solch eine bäuerliche Preisschrift ist einmalig. Aber diese Einmaligkeit sollte nicht zu sehr als eine Zufälligkeit gewertet werden, sondern vielmehr als ein Ausdruck der bäuerlichen Bestrebungen zur Verbesserung der Landwirtschaft, die ein viel größeres Ausmaß hatten, als man bisher anzunehmen pflegte.

Es gibt keine exakten Angaben über den Namen, den Wohnort und die soziale Herkunft des Verfassers, weil die Preisermittlung anonym vorgenommen wurde. In den übrigen Akten sind entsprechende Angaben nicht auffindbar. Daß es sich aber um einen Vertreter des bäuerlichen Standes handelt, kann man erstens daraus entnehmen, daß der Verfasser um gütige Nachsicht wegen seiner schlechten Schreibart, die ihm in einer primitiven Dorfschule beigebracht wurde, bittet, und zweitens aus der Mitteilung, daß er Besitzer von nur sechs Morgen Ackerland und einiger Morgen Wiesen sei. Nach diesen Angaben war der Verfasser vermutlich Kleinbauer. Seine Wirtschaft lag in einem Gebirgsdorf, außerhalb, aber an der Grenze des preußischen Staates. Möglicherweise stammte er aus der Lausitz; seine vergleichenden Hinweise auf Sachsen lassen darauf schließen. Es könnte aber auch der Harz oder das an Schlesien angrenzende böhmische Gebiet in Betracht kommen.

Betrachten wir nun kurz den Inhalt der Preisschrift. Wenn der bäuerliche Verfasser auf die von der Akademie gestellten Fragen nicht immer logisch und wissenschaftlich begründet antwortet — woher sollte er es auch bei dem relativ niedrigen Bildungsniveau und der gerade beginnenden Herausbildung der Agrarwissenschaften — und in Wiederholungen verfällt, ist doch ohne weiteres zu erkennen, daß er in jedem Falle den Fortschritt bejaht. Mehr noch: Er hat selbst neue Produktionsmethoden in seiner kleinen Wirtschaft eingeführt, ebenso wie das in anderen bäuerlichen Wirtschaften geschah. Außer Getreide wurden Kartoffeln, Rüben, Kohl und Futterkräuter angebaut. Die Sommerstallfütterung führte man ein. Der Verfasser erkannte sehr richtig, daß die Verbesserung der Landwirtschaft in jener Zeit nur über die Düngervermehrung erreicht werden konnte und diese nur über die Sommerstallfütterung. Voraussetzung der Stallfütterung war der Anbau von Futtergewächsen. Mit der Einführung der neuen

⁵ Die Preisverteilung erfolgte im Jahre 1788.

Produktionsmethoden sei der Ertrag seiner Wirtschaft um das Dreifache gestiegen, schrieb er. Diese und andere Ausführungen bestätigen erneut, daß in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Entwicklung der Produktivkräfte sich überall Bahn brach und ein Teil bäuerlicher Wirtschaften an dieser Entwicklung teilhatte. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Warenproduktion die Bauern mehr und mehr erfaßte und die Naturalwirtschaft schneller als bisher zurückging. Das geht eindeutig aus der Preisschrift hervor.

Was unseren bäuerlichen Verfasser weiterhin auszeichnet, ist seine erstaunliche Belesenheit. Ihm war nicht nur die Landwirtschaft seiner engeren Umgebung vertraut, sondern er wußte Bescheid über die Fortschritte in England, im angrenzenden Preußen, in Hinterpommern und in Sachsen. Er kannte die agrarökonomischen Schriften von Karl Friedrich von Benekendorf⁶, die weniger bekannte Abhandlung des Grafen A. von Borcke⁷ und vermochte ökonomisch zu denken und Zusammenhänge in der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen. Zum Beispiel sah er im Wachstum der Bevölkerung eine Triebkraft für die Entwicklung der Produktivkräfte. Andererseits erkannte er gesellschaftliche und produktionstechnische Hemmnisse, die der Entwicklung im Wege standen, wie die Hut- und Triftgerechtigkeit und die Spann- und Handdienste, und forderte deren Beseitigung. Und bedeutete es nicht geradezu einen Angriff auf die feudale Eigentumsordnung, wenn der Verfasser feststellte, daß der Boden „in übler Proportion unter die Privatpersonen verteilt ist“? Ganz klar forderte er, daß das Land denjenigen gehören solle, die es bebauen. Diese demokratische Forderung war zweifellos gegen den parasitären Adel gerichtet. Hier wird faktisch das Vorhandensein des Klassenkampfes, das bürgerliche Historiker gern zu leugnen versuchen, von einem Bauern bestätigt, der die damaligen Verhältnisse kannte. Zu der folgenden naiven Fragestellung, daß wohl niemand etwas gegen dieses Ansinnen einzuwenden habe, ist nur hinzuzufügen, daß die herrschende

⁶ Benekendorf (auch Beneckendorff oder Benkendorf), Karl Friedrich v., fortschrittlicher Agrarökonom. Seit 1742 Präsident des Schlesischen Gerichtshofes in Breslau. Wegen Unterschleife 1752 zu zehnjähriger Festungshaft verurteilt; nach 7 Jahren freigelassen. Er zog sich dann auf sein Gut Blumenfelde im Kreis Friedeberg (Neumark) zurück und widmete sich der eigenen Landwirtschaft. Er war Separationskommissar und verpachtete später sein Gut an seine Bauern. Seit 1775 fruchtbare agrarökonomische Schriftstellerei. Die meisten Schriften erschienen anonym. Er schrieb: *Einleitung zu einer vernünftigen Sparsamkeit in allen Teilen der Landwirtschaft*, Breslau und Leipzig 1764; *Oeconomica Forensis oder kurzer Inbegriff derjenigen Landwirtschaftlichen Wahrheiten, welche allen sowohl hohen als niedrigen Gerichts-Personen zu wissen nötig*, 8 Bde, Berlin 1775 bis 1784; *Acker-Katechismus*, Breslau und Küstrin 1778 bis 1784; *Die Landwirtschaft in und nach dem Kriege*, Berlin 1779; *Kleine Oekonomische Schriften*, Küstrin 1784 bis 1786; *Kleine Oekonomische Reisen*, 2 Bde, Züllichau 1785 bis 1786; *Zufällige Gedanken über die Frage: Warum der heutige Landmann, ob gleich die Landgüter gegen die Zeiten unserer Vorfahren eine weit stärkere Einnahme gewähren, dennoch bei deren Bewirtschaftung mehr arm als reich wird. Von dem Verfasser der Oeconomica Forensis*, Halle 1786; *Systematisch-Praktische Abhandlung der Lehre von richtiger Bedüngung der Felder nebst einem genauen Verzeichnis aller Düngerarten*, Küstrin 1784; *Gesetzbuch der Natur*, Halle 1786; *Vergleichung der märkischen und pommerschen Landwirtschaft mit der schlesischen*, Halle 1788, *Erfahrungsmäßige Abhandlung von den verschiedenen Seuchen und Krankheiten des Rindviehes*, Berlin 1790; *Abhandlungen von Baumschulen*, Berlin 1791. Er war Herausgeber der Berliner Beiträge zur Landwirtschaftswissenschaft, 8 Bde, Berlin 1774 bis 1791 und der *Zuverlässigen Nachrichten über wichtige Landes- und Wirtschaftsverbesserungen*, 3 Bde, Berlin 1778 bis 1784. Er gilt als Herausgeber der *Charakterzüge aus dem Leben Friedrich Wilhelm I.*, 1787 bis 1788.

⁷ Borcke, Heinrich Adrian Graf v., Beschreibung der Stargordtischen Wirthschaft in Hinterpommern, nebst G.M.L. von Wedells Königl. Preuß. Oberforstmeisters in Schlesien Vorlesung in der patriotischen Gesellschaft in Breßlau über den Gegenstand auf Verlangen der Gesellschaft herausgegeben; nebst einigen Anmerkungen des Grafen von Borcke über dieselbe; und v. Eckstädt's Beschreibung der Hohenholzischen Wirthschaft in Vorpommern, nebst beygefügtten Plans, 1779 auf Kosten des Verfassers.

adlige Klasse sehr wohl etwas dagegen einzuwenden hatte. In der Reformgesetzgebung von 1807 und später in Preußen und in anderen deutschen Ländern sah der Adel eine tödliche Bedrohung seiner Existenz, und er setzte alle Hebel in Bewegung, um diese Entwicklung abzuwenden.

Das hier veröffentlichte Dokument will als ein Ausdruck des Kampfes der Bauern um die Verbesserung ihrer Lage verstanden sein. Auf die abwertenden Einschätzungen bürgerlicher Historiker können wir hier mit einem Zeitgenossen des bedeutenden Albrecht Thaer antworten, der am Beginn des 19. Jahrhunderts schrieb: „Der Bauer ist, im Ganzen genommen, so dumm nicht, wie man gewöhnlich von ihm glaubt“.⁸

PREISSCHRIFT ÜBER DIE STALLFÜTTERUNG⁹

Ein par nötige vorläufige Anmerkungen

Der Verfasser dieses Aufsazes ist nur ausübender Landwirth. Er hat in seiner Jugend nur einen geringen Unterricht in einer Dorfschule haben können, daher es ihm an der nötigen Wissenschaft mangelt, seine Gedanken andern auf die gehörige Weise mitzuteilen. Er bittet daher, daß mann mit seiner schlechten Schreibart Nachsicht haben möge. Übrigens hat er sich viele Mühe gegeben von der Landwirthschaft eine gründliche Kenntniss zu erlangen. Und bloß der Wunsch, zur Vereinigung der Meinungen der Landwirte über die Stallfütterung etwas mit beizutragen, ist die Ursache, daß ich demselben, einer Erleuchteten Gesellschaft zur Beurteilung mit der größten Ehrerbietung vor Augen lege.

1 Beantwortung der Fragen:

- 1) Ob mann allenthalben die Stall-Fütterung des Hornviehes, der Schafe und der Pferde einführen und natürliche Hütungen und Weiden aufgeben könne, oder ob solches unmöglich?
- 2) Durch welche Wahrnehmungen und Grundsätze kann man beweisen, daß im Fall der Bejahung der Ertrag der Länderei der vorteilhafteste sei, ohne daß solches andern Bedürfnissen des Staats abbruch thun?
- 3) Welche Beobachtungen kann mann der Stallfütterung entgegensetzen, und welche nachtheilige Folgen lassen sich befürchten?

Glücklich ist das Land, dessen Regent ein wahrer Beförderer der Landwirtschaft ist!

Es ist gewiß eine unumstößliche Wahrheit, daß die „verschiedenen Local-Umstände es verhindern, daß man in der Viehfütterung und dem Ackerbau allenthalben gleich wahre und dauerhafte Vorteile aus einerlei Einrichtung ziehe.“ / So wie die Lage der Länderei, die Beschaffenheit des Bodens und das Klima, die

⁸ Annalen des Ackerbaues, hg. von Albrecht Thaer, Bd 1, Berlin 1805, S. 180, 189f.

⁹ Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Ellersches Legat, Preisschrift über die Stallfütterung, Nr 20. Der Abdruck erfolgt in der Originalschreibweise. Nur die Zeichensetzung wurde teilweise verbessert. Unleserliche Stellen sind durch . . . und nicht eindeutig entzifferte Worte sind mit (?) gekennzeichnet worden. Originalanmerkungen sind mit * versehen. Die Zahlen am Rande und die / im Satz zeigen Ende bzw. Beginn der Originalseite an.

Bedürfnisse der Ackerbesizer und der Werth und Absatz der Landwirthschaftlichen Produkte u. a. U. m. nicht allenthalben gleich sind, so müssen auch notwendig die Landwirthschafts-Einrichtungen verschieden sein, wenn allenthalben aus der Länderei der möglichst größte Nutzen gezogen werden soll.

Ein Landeigentum besteht in einem bestimmten Umfang Länderei. Die Absicht des Besizers muß dahin gerichtet sein, jährlich aus allen Grundstücken den möglichst größten Nutzen zu ziehen, und selbige dabei nicht nur in guten Stande erhalten, sondern noch immer mehr zu verbessern und zu einen größern Ertrag fähig zu machen. Um diese Absicht zu erreichen, müssen die Mittel, welche er sich dazu bedient, zweckmäßig und mithin auf guten Grundsätzen gebaut sein.

Seine Pflichten gegen den Staat und gegen sich selbst, und die Local-Umstände, worunter ich hauptsächlich die Lage der Länderei, die Beschaffenheit der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens und die Mittel zur dauerhaften Verbesserung derselben; die Beschaffenheit des Klima oder der Witterung, die Größe der Länderei und das Verhältnis zwischen dem Ackerlande und den natürlichen Wiesen, / den Werth und Absatz der verschiedenen Landwirthschaftlichen Produkte . . . , müssen ihm in der Benutzungsart seiner Länderei zur Richtschnur dienen. 3

Die Vermehrung der Fruchtbarkeit der Länderei ist ein unumgänglich nötiges Erfordernis zur möglichst höchsten Benutzung derselben; Und hierzu wird viel Dünger und zur Vermehrung des Düngers ein guter Viehstand und hinlängliche Einstreue erfordert.

Um diese Zwecke zu erreichen, hat man in einigen Gegenden und in einigen Örtern die Sommerstallfütterung eingeführt, wodurch nicht nur viel Dünger gewonnen, sondern auch von dem Hornvieh mehr Milch und von den Schafen mehr und bessere Wolle erhalten wird. Rechnet man also nur den einzigen Vorteil, nemlich die Düngervermehrung, so leidet es keinen Zweifel, daß die Sommerstallfütterung als ein Mittel zur größern Benutzung der Länderei angesehen werden kann. Ja es scheint keinen Zweifel unterworfen zu sein, daß ein Landeigentümer seine Grundstücke nicht ohne derselben, und ohne die Aufgebung oder wenigstens starke Einschränkung der natürlichen Viehweiden auf den Getreidefeldern, aufs vollkommenste nutzen / könne; denn zur möglichst höchsten Benutzung der Länderei wird unter andern unstreitig erfordert, daß jährlich auf allen Grundstücken solche Gewächse gebauet werden, welche den Böden und der Witterung angemessen, und in den Haußhaltungen zum Teil unentberlich sind, den Ertrag am meisten vermehren, den kleinsten Raum einnehmen, viele Menschen Hände beschäftigen und daß merste Geld in Umlauf bringen und erhalten. Dieses kann aber da, wo man das Vieh im Sommer auf einen Teil der Getreidefelder weiden lässet, unmöglich stattfinden, weil bei bloß natürlichen Weiden ein oft mehr als einmal so großen Raume erfordert wird einen verhältnismäßigen Viehstand zu unterhalten, als wenn man zu dem Ende auf ein dazu zubereites Land Futterkreuter angebauet werden, und das Vieh damit im Stalle gefüttert wird. Die Stallfütterung ist aber verschiedener Art. Man füttert entweder das sämtliche zur Wirtschaft nötige und nützliche Vieh beständig im Stalle, und nimt weiter auf keine natürlichen Weiden Rücksicht, als etwa zum Gedeien des Viehes erforderlich sind, oder bei deren Nichtbenutzung man sich wahre Vorteile entziehen würde. Oder man füttert nur bloß die milchgebenden Kühe und die Pferde beständig im Stalle und / lässet dasjenige Hornvieh und die Schafe auf natürl. Weide hüten. Oder aber man läßt nur bloß die Pferde be- 4 5

ständig im Stalle füttern und das übrige Vieh nur des Mittags und Abends, und läßt solches etwa die halbe Zeit auf natürliche Weiden seine Nahrung suchen. Zu der ersten Art Stallfütterung sind noch zur Zeit die Umstände nicht allenthalben reif genug.

Die Bevölkerung muß schon einen ziemlich hohen Grad erreicht haben. Der Landmann muß auf der Betreibung der Ackerwirthschaft recht eifrig und davon unterrichtet sein, wie er jedes Stück seiner Länderei am vorteilhaftesten nutzen könne, wie er mit einem Wort alle oekonomischen Vorteile von dem größten bis zum Kleinsten sich recht zu nutzen machen könne. Die Länderei Besizungen müssen von zweckmäßiger Größe sein und einem jeden die Länderei so viel als möglich gelegen liegen und die Wohn- und Wirtschafts-Gebäude die gehörige Lage und Einrichtung haben. Huth und Trift-Gerechtigkeiten und andere wiedrige Verfassungen müssen gar nicht mehr finden, sondern ein jeder Herr über seine Länderei sein. „Die Gewerbe in den Städten müssen von den Beschäftigungen des Landmanns abgesondert / sein.“ Die Abgaben müssen bestimmt sein, und nicht in Hand- und Spanndiensten p. bestehen, und der Handel muß durch schifbar gemachte Flüsse oder gemachte Kanäle und durch Ausbesserung der Wege durch zweckmäßige Abgaben pp. nach aller Möglichkeit erleichtert sein. Es muß nicht an guten und hinlänglichen Wiesen mangeln; oder es muß in deren Ermangelung der Boden von Natur ziemlich fruchtbar; oder wenn auch dieses nicht ist, die nötigen Erdarten vorhanden sein, wodurch derselbe auf eine dauerhafte Art verbessert werden kann, und der Gebrauch derselben muß nicht zu kostbar sein und auch verhältnismäßigen Nutzen bringen. Die Forsten müssen die gehörige Lage haben und an dem nötigen Bau und Brennholze kein Mangel sein etc. In Ländern, in Gegenden oder an Orten wo die Sachen so stehen, kann gewiß die Stallfütterung im Ganzen und im Großen mit Nutzen eingeführt werden und in kurzen Jahren völlig zu Stande kommen, und es müssen daselbst weiter keine Weiden beibehalten werden, als etwa zum bessern Gedeihen des Viehes durchaus nötig sein mögten oder etwa gute Weide in den Holzungen, welche ohne Nachteil des Holzanwachses genutzt werden könnte. /

7 Daß aber die Umstände noch zur Zeit nicht allenthalben von der erwehnten Beschaffenheit sind, wird keinen weitläufigen Beweis bedürfen. Allein wenn ich bedenke, daß vielleicht mehr Oekonomen so denken als ein berühmter Landwirtschaftsverständiger* von dem ich übrigens die größte Hochachtung habe; so glaube ich mit Recht den Einwurf vermuten zu können, daß es solcher Umstände nicht bedürfe um die Stallfütterung des Hornviehes, der Schafe und der Pferde einzuführen und natürliche Hütungen und Weiden aufzugeben. Denn er sagt in seiner Systematisch-Praktischen Abhandlung der Lehre von richtiger Bedüngung der Felder Seite „die in unsern Tagen so berühmte Sommerstallfütterung die auch selbst an den Orten wo sonst ein wahrer Futtermangel herrschen würde, möglich ist, setzet den Landmann in den Stand sich so viel Mist als er nur immer braucht und nötig hat, und zwar von der besten Art zu verschaffen. Diese Art Düngervermehrung erfordert zwar eine doppelte Menge von Stroh und Einstreue, woran es in den meisten Landwirtschaften fehle; und dieses vielen der hauptsächlichste 8 Umstand were, warum sie sich zur / Stallfütterung zu entschließen, abgehalten würden“.

* Benkendorf (Vgl. hierzu Fußnote 6 — H.-H. M.)

Es were freilich zu wünschen, daß solches möglich wäre, es könnten alsdenn gewiß noch viele oede Heid-Gegenden angebaut werden, allein ich getraue es mir nicht zu beweisen.

Ich lebe in einem Lande gebirgiger Lage, Boden und Witterung sind dem Getreidebau nicht zuträglich. Der Boden ist kalt und mager und hat außerdem verschiedene üble Eigenschaften. Es fehlt an den erforderlichen Erdarten, wodurch derselbe auf eine dauerhafte Art verbessert werden kann. Rocken, Haber und Buchweizen sind das Getreide, welches hier mit Nutzen gebauet werden kann. Rocken wird indessen nur wenig gebauet, weil er leicht mißbräth und nur schlecht Mehl und Brodt gibt. Haber ist das vorzüglichste Produkt, weil er die rauhe Witterung am besten vertragen kann.

Das Land ist sehr stark bevölkert. Viele Landbesitzungen sind von zweckmäßiger Größe und viele sind zu klein, eine mäßige Familie zu ernähren. / Viele Einwohner haben nur soviel Land, daß sie kaum ein oder ein paar Kühe darauf halten können. Natürliche Wiesen sind nur wenig. Ihre Morgenzahl verhält sich im Durchschnitt gegen das Ackerland ohngefähr wie 1 zu 10 und die wenigen Wiesen, welche vorhanden sind, sind größtenteils in schlechten Stande, die mehrsten aber sehr große Verbesserungen fähig, welches aber viel Zeit und Kostenaufwand erfordert. Die Nahrungsgewerbe der Einwohner bestehen in Handlungsbewerks-Schmelz- und Fabrikwesen, in Holz-Getreide-Handelskreuterbau und der Viehzucht. Ganze Familien, welche keine liegenden Gründe besitzen, ernähren sich vom Baumwollspinnen, und viele welche Land haben, treiben solches als ein Untergewerb. Der Bauer kann außer der Zeit des Ackerbaues mit verschiedenen Nebengewerben, hauptsächlich mit dem Fuhrwerk Geld verdienen. Zwei Stunden von meinem Wohnorte gegen Südwesten ist im Thale an einen ziemlich starken Fluß, eine Strecke Land gelegen, welches nicht nur wegen seiner natürlichen Fruchtbarkeit bei gleicher Bedüngung und Bearbeitung weit ergiebiger ist als die hiesige Länderei, sondern es werden daselbst auch wegen der vorteilhafteren Lage die Früchte wenigstens 14 Tage früher reif. / Zwei Stunden von meinem Wohnorte gegen Osten, wo die Länderei noch merklich höher liegt wie hier, und der Boden noch schlechter ist, werden die Früchte 8 bis 10 Tage später reif wie hier. Man sieht hieraus, was Lage und Boden für Wirkung thun.

Der Ackerbau wird noch zur Zeit von den mersten auf folgende Art getrieben. Es wird jährlich ohngefähr die Hälfte der Länderei eines Hofes zum Getreidebau kultiviert und mit wenig Rocken, größtenteils mit Haber und wenig Buchweizen besaet. Kle, Rüben, Kartoffeln und Kohl wird nach Möglichkeit mit angebauet und damit das Vieh des Mittags und des Abends im Stalle gefüttert. Das übrige Land bleibt einige Jahre zu natürlicher Viehweide liegen.

Es sind hierselbst verschiedene Versuche gemacht worden, den Ertrag der Länderei dadurch zu erhöhen, daß man den Futter Kreuterbau erweitern, daß Vieh länger im Stall füttern um mehr Dünger zu erhalten, und durch die stärkere Düngung die Fruchtbarkeit der Länderei zu vermehren mithin den Getreidebau zu erweitern und mit der Zeit die natürlichen Weiden / ganz abzuschaffen. Allein wir sind durch überzeugende Beispiele belehret worden, daß zu einer solchen Einrichtung, wenn sie mit Nutzen allgemein werden und übers Ganze sich verbreiten soll, andere Grund-Einrichtungen erfordert werden, und daß erst eine andere Ackerwirtschaft und Bearbeitung des Bodens etc. voran gehen müsse, ehe wir im ganzen zu jener Höhe der Kultur gelangen können.

Die hauptsächlichsten Hindernisse, welche noch zur Zeit im Wege stehen sind folgende:

- 1) Es fehlt dem Boden zu sehr an natürlicher Fruchtbarkeit und an den erforderlichen Erdarten, wodurch derselbe auf eine dauerhafte Art zu verbessern. Zudem hat der Boden verschiedene üble Eigenschaften. Daher ist es unmöglich mit dem Vieh so viel Dünger zu machen als zur nötigen Bedüngung der Felder erfordert wird. Wenn man auf dem sämtlichen Ackerlande jährlich abwechselnde Früchte bauen will, wie bei der beständigen Stallfütterung notwendig geschehen muß, so müßten in jedem Morgen Land wenigstens alle 3 Jahre 35–40 Karren guten Dünger eingebracht werden. Ein so getüngter Morgen liefert in mittelmäßigen Jahren $2\frac{1}{2}$ Karren Stroh und $1\frac{1}{4}$ Morgen zur Noth soviel Futterkreuter als zur Unterhaltung einer Kuh im Sommer erforderlich ist. Bei einem Hofe von 24 Morgen / Ackerland sind pp. 2 Morgen natürliche Wiesen und $\frac{3}{4}$ bis 1 Morgen Küchengarten. Da der hiesige Bauer seine Ackerbestellung am vorteilhaftesten mit Ochsen verrichtet und daß nötige Vieh selbst anziehen muß, so müßten auf einen solchen Hof wenigstens 10 große Stück Hornvieh und einige Schafe und Schweine gehalten werden. Es müßten also wenigstens 12 Morgen mit Klee und 3 Morgen mit Kartoffeln, Rüben und Kohl angebauet werden. Es bleiben also nur 9 Morgen zum Getreidebau übrig, wovon $22\frac{1}{2}$ Karren Stroh erfolgen. Von den natürlichen Wiesen erfolgen höchstens 10 Karren Heu. Dieses gegen 10 Karren Stroh geschnitten und mit den angebaueten Rüben und Kohl vermischt, ist höchst notwendig das Hornvieh 9 Herbst und Wintermonate zu unterhalten. Es bleiben also nur $12\frac{1}{2}$ Karren Stroh zur Einstreue übrig, wovon höchstens das Jahr hindurch 100 Karren Dünger gemacht werden können. Hier von müßten zur Bedüngung des Küchengartens und der Wiesen 30 Karren angewendet werden; es bleiben also zur Bedüngung des Feldes nur 70 Karren Dünger übrig. Da nun hierzu wenigstens jährlich 280 Karren erforderlich, so folget daß man jährlich 210 Karren Dünge zu kurz kommen. Diesen Mangel durch / den Strohankauf zu ersetzen, würde eine Ausgabe erfordern, welche beinahe den ganzen Wehrt der Länderei übersteigen würde. Denn weil das Stroh 5 Meilen von hier außer Landes angekauft werden müßte, so würde jede Karre bei 6 Rthlr zu stehen kommen. Überhaupt ist der Strohverkauf und Ankauf nur in dem Falle zu gestatten und ratsam, wenn dadurch dauerhafte Verbesserungen an dem Orte, wo es angekauft wird, gemacht werden können, und daß die Unkosten, welche Käufer sich dadurch verursachen, und den unstreitigen Schaden, welche Käufer sich dadurch veranlassen, in der Folge wieder heraus kommen. Mann bedient sich hier, statt dem Stroh, der Heide, des Laubes und Farnkrauts, welches aus den Hölzern genommen wird. Allein was mann hirvon ohne Schaden des Holzes wegnehmen kann, ist bei weitem nicht hinlänglich. Mann hat vormals in den Hölzern wo der Boden gut war, viele Plaggen ausgehoben, und solche mit den Excrementen des Viehes versetzt und zu Dünger zubereitet. Mann hat dadurch eine gute Wirkung auf dem Felde hervorgebracht, aber einen unersetzlichen Schaden am Holze verursacht, so daß jetzt an einigen Örtern ein wahrer Holz-mangel herrscht, und da, wo noch Holz für Geld zu haben ist, übersteigen die Preise den Kräften vieler Einwohner. Die Fabriquen haben nicht ab, sondern zu genommen, man hat kein Holz angebauet als etwa hin und wieder eine elende / Anpflanzung gemacht, allenthalben gehaket und gescharrret, um nur vielen Dünger zu machen und viel Getreide zu bauen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen,

daß ein Holz-Mangel entstehen, und solcher üble Folgen haben könnte. Jetzt da es zu spät ist, bereuet man sein Verfahren und sieht es nun deutlich ein, daß das Wohl des Landes von einem guten Holzvorrath hauptsächlich mit abhänge. Daß es also törigt sei den Getreidebau auf Unkosten des Holzes zu vergrößern, daß alle Nahrungszweige eines Landes verhältnismäßig ohnbeschadet der zur Erhaltung und Verbesserung des Ganzen nötige Kräfte, genuzet werden müßten.

Wir können uns zwar auch den Kalk als ein natürlich Düngungsmittel bedienen. Er ist unter gewissen Bedingungen brauchbar. Allein die außerordentlich hohen Holzpreise verursachen, daß er zu teuer ist, vor der Hand einen starken Gebrauch davon zu machen.

2) Es hält schwer die nötigen Futterkreuter zu erzeugen, nicht bloß aus der Ursache, weil der Boden von Natur zu mager ist und es an den nötigen Dünger fehlt, sondern weil er die üble Eigenschaft hat, daß er stark in die Höhe friehrt. Man hat mit verschiedenen Futtergewächsen Versuche gemacht. Der rote spanische Klee und eine Art Rüben sind die einzigen, welche mit / Nuzen gebauet werden können. Der Klee erfordert ein mürbes und guth gedüngtes Land, wenn man ihn zweimal mähen will. Und weil das mürbe Land außerordentlich vom Froste getrennt wird, so kann man ohnerachtet aller Vorkehrungen nicht verhüten, daß jährlich ein ansehnlicher Teil verlohren geht. Durch das starke Ausdehnen der Erde reißen die Wurzeln ab, und wenn nachgehends die Erde wieder zusammen geht, so liegen die Pflanzen oft auf die Erde.* Das beste Mittel hiergegen, ist Oberdüngung mit Dünger, welcher mit kurzgehakten Plaggen von guten Holzboden vermischt ist. Auch der Rocken muß obgedüngt oder mit Dünger

* Ich besamte im Früjar 1785 ein Stück Land, welches Getreideland gewesen war, mit Nadelholzsamen. Weil mir die schädlichen Wirkungen des Frostes bekannt waren, so mußte ich diese so viel als möglich zu verhüten suchen und durfte daher keine künstliche Zubereitung vornehmen. Ich ließ denselben also nur so viel zubereiten, daß der Saamen frische Erde fassen konnte. Im Herbst des nemlichen Jars standen die jungen Pflanzen in den schon wieder brangerten (?) Boden recht guth. Auf einen kleinen Platz ließ ich die Oberfläche der Erde etwas mürbe machen, und vom Grase ziemlich reinigen und besamte denselben mit Fichten und . . . samen. Auch auf diesem Platze standen im folgenden Herbst die jungen Pflanzen recht guth. Der Boden brangerte (?) sich aber vor dem Winter nicht wieder, und im Früjar d. J. lagen sie fast sämtlich auf die Erde, und diejenigen welche noch in der Erde standen, waren ganz wurzellos. Die auf dem andern Stücke Land standen zwischen dem verwesten Grase recht guth, und sind auch noch in sehr gutem Wachstum. Das Gras ist ihnen zwar am Wachstum hinderlich, allein es schützt sie auch für Kälte und Dürre, und nach einigen jaren wenn die jungen Pflanzen anfangen Schüsse zu tun, und die Zweige sich ausbreiten, erstickt das Gras, verfaulet und gibt ihnen Nahrung. Weil bekanntlich die Wurzeln den jungen Nadelholzpflanzen in den ersten Jahren nur sehr geringe in der Oberfläche sich ausbreiten, so war es mir eben nicht wunderbar, das die Pflanzen auf dem mürbe gemachten Lande, vom Froste aus der Erde gehoben worden. Auffallender aber war mir eine ähnliche Wahrnehmung an . . . das Jahr vorher gemachte Eichen und Ahornbesamung. Ich fand nemlich nach Abgang des Schnees im März d. J. auf verschiedenen Plätzen, daß junge Ahorn und Eichenpflanzen, welche schon respective 5—6 und mehrere Zoll lange Wurzeln hatten, ebenfalls vom Frost aus der Erde die Wurzeln abgerissen waren. Ich ließ die aus der Erde gehobenen Pflanzen wieder einpflanzen, und die wurzellos gewordenen, wieder befestigen. Er erfolgte nachher noch ein ziemlich starker Frost, und die Wirkung desselben veranlaßte, daß die nemliche Arbeit noch einmal geschehen mußte. Viele Pflanzen habe ich gerettet, und viele sind verlohren gegangen. Man hieraus abnehmen, daß es nicht zu verwundern ist, daß das Korn und die Futterkreuter leicht verfrieren. An den Orten, wo der Boden ziemlich mit Sand vermischt ist, wird er vom Frost nicht sonderlich getrennt. Die Ursache des starken Auffröhrens ist, weil der rothgelbliche Lehm welcher die Grundmischung ausmacht, das Wasser zu sehr aufhält und das Wasser indem es friehrt, sich ausdehnet und die Erde trennt. Wenn es vor dem Frost stark geregnet hat, so sind diese Wirkungen am schlimmsten. Man kann alsdann wenn eine Nacht ziemlich gefroren hat, von einem umgepflügten und geeigten Lande, Stücke Erde von $\frac{1}{2}$ bis 1 Fuß \square ausnehmen, und dadurch sehen wie durch ein Sieb.

bedeckt werden, wenn er geraten soll, allein er verfriert dem ohnerachtet leider oft genug!

3) Die nötigen Dienstboden und Tagelöhner sind rahr und kostbar, welches daher rühret, daß die Fabriquen und das Baumwollespinnen auf einem den Ganzen sehr nachteiligen Fuß getrieben werden, und weil die Länderei nicht gehörig verteilt ist pp. Die Länderei liegt wegen der Berge zur Bestellung ungelegen. Weil der Schnee fast immer spät weg geht, so ist die Zeit zur Bestellung der Sommerfelder sehr kurz. Dieses und mehr Umstände verursachen, daß die Bestellungskosten sehr hoch kommen./ Dieses sind die vornehmsten Hindernisse, welche der Einführung der Stallfütterung im Großen entgegenstehen.

Es wird wohl wenig Länder in Teutschland geben, in welchem der Einführung der Stallfütterung und Aufgebung der natürlichen Viehweiden so viele Hindernisse im Wege stehen, als in den hiesigen und in einem angrenzenden beträchtlichen Teile der Königl. Preußischen Lande. Daher glaube ich mit Recht vermuten zu können, daß das, was hier in Ansehung des Ackerbaues und der Viehfütterung möglich gemacht werden könne, fast allenthalben möglich zu machen sei.

Die Stallfütterung und Aufgebung der natürlichen Viehweiden ist eine Veranstaltung, wozu eine starke Bevölkerung veranlaßt. Von dem Lande in welchen eine solche Einrichtung stattfindet, worin weiter keine als die höchst unentberlichen natürlichen Weiden gehalten werden, wo mit einem Worte ein jedes Stück Land jährlich abwechselnde Früchte trägt, von einem solchen Lande kann man sagen, daß es die Kultur auf einem hohen Grad der Vollkommenheit gebracht habe, und in einem solchen Staate muß es recht Wohl um alle Sachen stehen. Ein Land, eine Gegend ja ein Ort ist dem Punkte näher als der andere. Ganze Länder und viele Gegenden sind noch weit davon entfernt z. B. Rußland. Hier muß man sich erst durch andere Einrichtungen und Anstalten mehr brauchbare und dem Staate nützliche / Menschen verschaffen, ehe man an allgemeine Einführungen der Stallfütterung denken kann. Die Beförderung der Ackerkultur muß freilich mit dazu beitragen.

Starke Bevölkerung macht es aber allein noch nicht aus, die beständige Stallfütterung mit Nutzen einzuführen. Denn sonst würde es eine Kleinigkeit sein, solches im hiesigen Lande in kurzer Zeit möglich zu machen, da man hier fast in jedem Dorfe 3 bis 4 Familien in einem Hause findet.

In dem vorher erwehnten Thale wohnt ein fleißiger Wirth, welcher ohngefehr seit 10 Jahren sein Vieh beständig im Stalle füttert. Er hat ppt. 16 Morgen Ackerland und 3 bis 4 Morgen natürl. Wiesen. Er brauet und brennet aber stark und kauft noch jährlich eine Menge Heide und Laub zur Einstreue. Ohne den Ankauf dieser Dünger-Materialien kann er seinen Ackerbau nicht fortsetzen. Seine Länderei ist jährlich sämtlich mit Rocken, Haber, Klee und Rüben p. angebaut und bleibt nicht der geringste Fleck davon unbenutzt.

Ein anderer Landwirth, welcher eine viertel Stunde näher nach meinen Wohnorte her wohnt, hat ebenfalls die Stallfütterung eingeführt, er läßt aber das Vieh sämtlich beinahe die halbe Zeit, wenn die Witterung gut ist, auf natürliche Weiden gehen. Seine Länderei hat auch eine ziemlich vorteilhafte Lage. Weil er kein Bier brauet und keinen Brantwein brennet, so kann er daß nicht möglich machen, was / Jener kann.

Aus der Wirtschaft des ersteren Wirths, die gewiß mit vieler Sorgfalt und Aufmerksamkeit geführt wird, läßt sich ersehen, wie schwer es hält, einen etwas eisen-

schüssigen und sonstige üble Eigenschaften habenden Boden durch dem Dünger vom Vieh zu verbessern. Denn er hat nun schon wenigstens 10 Jare seine Wirthschaft so geführet und für die Vermehrung des Düngers und dessen gehörige Zubereitung auf das sorgfältigste gesorget und auch gewiß sein Land während der Zeit sehr stark gedünget und dem ohnerachtet kann er doch nicht soviel Stroh ziehen als zur Fortsetzung seiner Ackerwirthschaft nötig ist. Wenn der Dünger vom Vieh eine bessere Würkung thun soll, so muß der Boden mit einer Art Erde vermischt werden, welche demselben Wärme gibt, die schädlichen Wirkungen des Frostes abwendet, und die sauren und fressenden Theile dämpfet. Hieran fehlet es aber, wenigstens hat man bisher noch keine entdecken können. Allein es ist noch ein anderes wiewohl etwas langsamer wirkendes und auch etwas kostbar fallendes Mittel vorhanden, dem Boden eine ziemlich dauerhafte Verbesserung zu geben. Ich habe für ein paar Jaren die Probe gemacht, die Oberfläche der Erde in Wälle zusammen bringen zu lassen, damit sie von der Luft und Sonne recht präparirt werden können. Ich habe auf ein solche Stück Land bei der halben Dünung . . . Frucht /gezogen. Auf einigen Plätzen, wo durchaus nichts wachsen wollte, ließ ich die obere Bauerde in Wälle zusammen bringen und den Felsen durchbrechen und nachgehends die Erde wieder auseinander werfen, jezt ist gemeinglich auf diesen Plätzen bessere Frucht als auf dem übrigen Lande. Im verwichenen Jahre im Herbst machte ich einen Versuch mit einem ganz schlechten Boden auf welchen Heide stand. Im verflossenen Sommer hatte ich auch auf demselben statt der Heide, recht gutes Gras.

Das Resultat von diesen und mehreren Versuchen hat mich völlig überzeugt, daß der Boden durch eine besondere Bearbeitung sehr verbessert werden könne. Ja ich getraue mir den allerschlechtesten Boden, wenn er nur einigermaße Erde hat, zur Tragung ein oder anderer Gewächse geschickt zu machen. Eine solche Bearbeitung des Bodens muß also mit vorhergehen, ehe man den Futterkreuterbau dergestalt erweitern kann, daß man daß Vieh beständig im Stalle füttern und auf den jetzigen erbärmlichen Viehweiden mit der Zeit mehr Getreide bauen könne.

Ferner kann das Land sehr verbessert werden, wenn es in gewisse Teile geteilt und jeder Teil mit einer lebendigen Hecke eingefabt wird.

Wenn in dem hiesigen — in dem angrenzenden Preußischen Landen und in allen Ländern und Gegenden, welche mit der hiesigen ohngefahr von einerlei Beschaffenheit sind, der Weg zu jener Höhe der Kultur gebahnet werden soll, wo keine elende Weide auf den Getreidefeldern mehr statt finden / sollen, wo 4 Morgen Land mehr auswerfen sollen als anjetzt 10, so ist mein ohnmaßgeblicher Rat folgender:

Mann lege ein für allemal einen Feldgarten an, dessen Größe dem Viehstand proportionirt ist. Mann lege ihn so viel als möglich an einem nahe beim Hause gelegenen Ort an. Mann wähle einen solchen Plaz dazu, wo die Sonne am ersten und am spätesten scheinert und fasse demselben mit einer lebendigen Hecke ein. Wenn man es ändern kann, so nehme man dazu einen Plaz, der nicht zu naß, aber auch ja nicht zu trocken ist. Einen solchen Garten suche man durch Bearbeitung der Erde auf die vorher erwehnte Art und durch gute Dünung, recht fruchtbar zu machen und baue darin Futter-Kreuter; um das Vieh des Mittags und des Abends damit im Stalle zu füttern. Das übrige Land teile man ebenfalls nach Proportion der Größe des Ganzen in verschiedene Teile und fasse

jeden Teil mit einer lebendigen Hecke ein. Jeden Teil nutze man ein paar Jahre zum Getreidebau und darnächst ein par Jahre zu künstlicher Wiese. Mann Sorge aber jedesmal dafür, daß nie ein Teil ganz ausgesäet werde, sondern noch immer Nahrung darin zurück bleibe und besäe denselben, wenn er zuletzt mit Getreide besamt wird zugleich mit Klee, damit das Vieh gute Nahrung darauf finde. Mann bearbeite den Boden nach und nach auf die vorher beschriebene Weise, nemlich durch Zusammenwerfung und wieder Auseinanderbringung der Erde. Mann breche den Felsen, da, wo / er zu flach steht durch, und Sorge auf die Weise für die Erhöhung der Bauerde. Die natürlichen Wiesen suche man auf alle mögliche Weise zu verbessern und zu erweitern. Mann gebe den Holzungen eine bessere Lage und Sorge für den Anbau des Holzes. Mann bepflanze bei jedem Hof einen dem Umfang der Länderei angemessenen Plaz mit . . .buchen, oder hochstämmige Rothbuchen, damit mann viel Laub zur Einstreue erhalte, weil mann nie zuviel Dünger machen kann. Durch eine solche Einrichtung kann der Ertrag der Länderei nach Verlauf von 10 Jahren um mehr als einmal so hoch sein.

Aber hiermit ist es noch nicht getan. Die vorher erwehnten Verbesserungen muß zwar jeder Landwirth* auf seinem Guthe oder Hofe bewerkstelligen. Er muß fleißig sein seine Grundstücke auf die vorgeschlagene Art zu verbessern — seinen bisher kümmerlich ernährten Vieh bessere Nahrung zu verschaffen. Aber ihn bloß die Sache überlassen, ihn mündlich oder schriftlich die besten Regeln — Anweisungen oder Befehle zu geben, ist vergeblich, seinen Zweck zu erreichen. Er ist noch voll von Vorurteilen — sein Hang an alte Gewohnheiten ist zu groß. Aber dies ist doch im Grunde nach das wenigste, was Schwierigkeiten verursacht seinen eigenen und den Zustand des Staates, dessen Hauptstütze er ist, um ein großes zu verbessern.— Milde Unterstützung durch Belehrung, durch Beispiele, Befreiung aus den schadlichen Menschen, welche umhergehen ihn auszuzehren indem sie ihm 5 Rthlr zu borgen suchen, um über ein Viertel oder ein halb Jahr 20 Rthlr wieder zu bekommen, Abschaffung widriger Verfassungen p. sind Erfordernisse / welche den Weg zur Aufnahme der Ackerkultur bahnen, und ehe dieser Weg nicht durch Hinwegräumen der eben erwehnten Hindernisse eropfert (?) worden, kann die Ackerkultur unmöglich zur Vollkommenheit gelangen. Denn wie kann der gemeine Landmann, der von der rechten Kulturordnung keine Wissenschaft hat, seine Länderei gehörig verbessern und benutzen? Mann sieht es täglich, daß er weit davon entfernt ist. Wie kann er im Stande sein, seine Länderei gehörig zu bearbeiten wenn, er arm und dürftig ist, immer nach die nächsten Groschen langen muß? Wenn ihm die Landverderblichen Menschen entweder schon ganz ausgezogen oder noch in Kontribution haben, so daß er bald unter der Last der Abgaben der ungerechten Zinsen erliegen muß? — Wie kann der Landmann seinen Ackerbau gehörig betreiben, sein Vieh gehörig warten, wenn ihm Dienstboten und Tagewerker nicht treu und fleißig, ja oft nicht einmal für Geld zu haben sind, weil die Fabriken und das Baumwollespinnen ihnen den nötigen Unterhalt mit mehr Gemächlichkeit verschafft. Wie kann er seine Ackerwirthschaft zweckmäßig einrichten, wenn das eine Stück Land hier und das andere dort, und der größte Teil seiner Länderei weit vom Hofe liegt! Dieses sind Hindernisse, welche der Verbesserungen der Ackerkultur im Wege stehen, und es steht nicht in dem Vermögen des Landmannes, diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Daß einzige was er tun kann, ist, daß er sich deßfalls an den Landesherrn

* Ich verstehe hier unter Landwirte die Bauern und Pächter.

wendet. Den Vorstehern der Staatswirthschaft seine Beschwerden zustellet und um eine bessere Polizei — mit einem Wort um die nötigen Veranstaltungen bittet, wodurch er /von den ihm umgebenden Hindernissen befreit werde.*

So lange also nicht in allen Teilen der Staatswirthschaft eine dem Endzweck gemäße Einrichtung stattfindet, in allen Teilen „Licht-Ordnung und Regelmäßigkeit“ herrschet, solange spare man seine Mühe allenthalben die Stallfütterung mit Nutzen einzuführen zu wollen, man würde sich nur vergebliche Mühe und Kosten machen.

Wenn man ein Haus bauen will, so muß Materialien haben, und wenn man Stallfütterung im Ganzen einführen und die elenden Viehweiden wenigstens auf den Getreidefeldern aufgeben will, muß man zuvor die dazu nötigen Anstalten machen. Mann traue den Räten nicht, welche die Sache auf eine leichte Art mit Nutzen allgemein anempfehlen, ohne auf die Local-Umstände gehörig Rücksicht zu nehmen. Solche Ratgeber aus deren Lehren erhellet als wenn es weiter nichts bedürfe, um die Sache auszuführen, als daß man nur Menschen, Vieh, Ackerland, Sämereien und Ackerinstrumente habe, solche Ratgeber sind gefährlich. Es gibt allgemeine Grundsätze, nach welchen allenthalben in der Landwirtschaft verfahren werden kann, aber man pflegt zu sagen, es ist keine Regel ohne Ausnahme. Dies ist kein ganz unwahres Sprichwort. Alle Landwirthschaftl. Einrichtungen müssen den Local-Umständen genau angemessen sein, wenn man seinen Endzweck vollkommen erreichen will. Die Local-Umstände müssen es bei Landwirthschaftlichen Unternehmungen ergeben, in wiefern man nach der von der Sache habenden Theori und den allgemeinen Grundsätzen verfahren könne oder davon abweichen müsse.

In Sachsen hat die Stallfütterung viel Wesen gemacht, welches vermutlich daher rühret, weil der Einführung derselben daselbst die in neheren Betracht nachtheiligen Verfassungen /als Huth- und Trift-Gerechtigkeiten und Gemeinheiten im Wege stehen. Es scheint sonst als wenn ihr daselbst die Umstände sehr günstig sind, und so wie man höret und lieset, ist sie daselbst auch an einigen Orten mit Nutzen eingeführet. Es leidet gewiß auch keinen Zweifel, daß die natürlichen Hutungen auf den Getreidefeldern und die Gemeinheiten mit größtem Vorteil abgeschafft werden können, vielleicht auch die Brache. Allein bei Abschaffung der letztern muß man mit Vorsichtigkeit verfahren und nicht glauben, daß man dadurch viel verliere, wenn man das Land oft umpflüge, damit es von der Luft und Sonne präparirt werden könne.

In einigen Gegenden herrschet eine gewiße Art Unkraut, z. B. der Sand- oder wilde Hafer. Wenn in solchen Gegenden der Boden nicht zu gewissen Zeiten viel gepflüget und gereiniget wird, so können zuletzt die nützlichen Früchte für dem Unkraut nicht mehr fortkommen. Mann kann aber auch statt des Brachens durch Abwechslung der Früchte und durch dem Anbau solcher Gewächse, welche viele Bearbeitung erfordern und von Natur rein Land machen, die Länderei vom Unkraut reinigen.

Eine jede Wirthschaftseinrichtung und Kulturordnung muß so sein, daß die nötige Bearbeitung des Bodens nicht darunter leide — sondern das dieselbe durch gute

* Mir sind auch die Hindernisse welche die höchste Gewalt oft im Wege stehen bekannt. Auch weiß ich daß die höhere Macht der Polizei, welche hierbei das Beste wirken muß, nur allmählig erfolge. Soviel ist aber untrügerbar, daß sich sehr viel ausrichten lasse, wenn es nur gehörig angefangen, und mit genügsamer Standhaftigkeit fortgesetzt werde.

Bearbeitung und Bedüngung immer fruchtbarer gemacht werde. Daher hat man bei Einführung neuer Wirthschaftseinrichtungen mit vieler Vorsichtigkeit zu verfahren. Denn eine merckliche Veränderung in der ganzen Einrichtung, die durch der Veränderung eines einzigen Theils veranlaßt . . . kann /zieht oft eine wichtige Veränderung in der Bearbeitung der Länderei nach sich.

Die Meinungen der Landwirte sind in Ansehung der Wirthschaftseinrichtungen noch verschieden. Besonders über die Stallfütterung hört man viel pro und kontra reden. Die Ursachen davon rühren meines Erachtens mit von der Verschiedenheit der Local-Umstände her. Dem einen sind zur Einführung der Stallfütterung und Aufgebung der natürlichen Viehweiden die Umstände günstig, er führt die Stallfütterung mit Nutzen ein und schafft natürl. Weiden und Brache ab, und rät einen jeden ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Local-Umstände eine solche Einrichtung als nötig und nützlich an, um den Ertrag der Länderei zu erhöhen. Ein anderer macht es nach. Ihm sind zum Unglück die Umstände noch nicht günstig genug, und er muß statt den gehofften Vorteil mit Schaden davon wieder abstehehen, und glaubt nun die Stallfütterung sei überall nicht ratsam. Beide irren sehr. Denn was an einen Orte oft guth und nützlich ist, kann am andern wenigstens unter gewissen Einschränkungen nützlich sein.

Mann vergleiche die in neuern Zeiten in Teutschland und in England gemachten Landwirtschaftsverbesserungen und man wird in der Art und Weise wie selbige gemacht sind, eine große Verschiedenheit finden. Z. B. in England hat man in einigen Gegenden auf die vorher erwehnte Weise, durch Abtheilung und Einfriedigung der Länderei und durch wechselweise Benutzung derselben zu Getreide, Viehweide und Wiesen, die unfruchtbarsten Gegenden in fruchtbare verwandelt. In den Königl. Preußischen Staaten hat man Holzungen ausgerottet und Ackerland und /Wiesen daraus gemacht. Mann hat da Kolonien angelegt, wo vormals Holz stand. Mann hat dabei die Erfahrung gemacht wie nötig und nützlich ein gutes Verhältnis zwischen Ackerland und natürl. Wiesen sei. Daß auf einem mageren Boden, auf welchen zwar gutes Nadelholz gewachsen, der Futterkreuterbau nicht den Mangel an Wiesen ersezen könne, wenn es am Dünger fehle. Mann hat deßfalls Wüsteneien in Wiesen verwandelt um für die Gegenden Heu zu bekommen, denen es an Wiesen mangelt. Auf einem Guth in Hinterpommern hat man durch Einführung der Stallfütterung und den Gebrauch des Mergels große Verbesserungen gemacht. In Sachsen hat man auf einigen Gütern die Stallfütterung des Hornviehes, der Schafe und der Pferde eingeführt und natürl. Hütungen und Weiden und das Brachen abgeschafft. Im Brandenburgischen hat man die Gemeinheiten aufgehoben, Holzungen und Felder gehörig separirt, das Eigenthum an Länderei zusammengebracht p. und die Koppelwirtschaft eingeführt. Fast auf die nemliche Art sind in der Grafschaft Bregandved (?) wichtige Verbesserungen gemacht worden. Kann nun wohl irgend ein Landwirthschaftsverständiger mit Grund sagen, daß alle erwehnten Verbesserungen auf einerlei Weise etwa gleich durch Einführung der Stallfütterung im Ganzen hätten können bewerkstelliget werden? Gewiß niemand dieses gründlich beweisen können. Daß eben alle die erwehnten Verbesserungen gleichsam als die erste Grundlage zu nützlicher Einführung der beständigen Stallfütterung in der Folge angesehen werden können, leidet keinen Zweifel. Schon / die Einführung der Stallfütterung des Hornviehes zieht eine wichtige Veränderung in der Haushaltung nach sich, daher ein jeder Unternehmer, selbst in den Gegenden wo ihr die wenigsten Hinder-

nisse im Wege stehen, mit vieler Vorsichtigkeit und Klugheit verfahren muß. Würde . . . Graf v. Borke¹⁰ auf seinem Guthe, was für dem Antritt der eigenen Wirthschaft schlecht kultiviert worden, die Stallfütterung und Vermehrung des Viehstandes und Ertrag der Ländereien so guth und geschwind zu Stande gebracht haben können, wenn es daselbst an dem Mergel oder sonstigen guten natürlichen Düngungsmittel gefehlt hätte? Gewiß nicht! Die Stallfütterung erfordert eine fleißigere Bearbeitung des Bodens, sorgfältige Wartung des Viehes und daher mehr Menschen Hände und mithin mehr Kostenaufwand. Es werden nicht nur, besonders bei großen Gütern andere Einrichtungen und Veränderungen in Ansehung der Wohn und Wirthschaftsgebäude erfordert, welche einen guten Vorschuß erfordern, sondern die Ausgaben sind auch in der Folge größer. Es ist also natürlich, daß auch der Ertrag der Länderei dergestalt dadurch erhöht werden muß, daß ein angemessener Überschuß bleibe. Hieran ist nun gar nicht zu zweifeln. Es kömt aber hauptsächlich auf die Art und Weise an, wie die Sache eingeführt wird. Ist ein Boden oder die Länderei eines Guthes 50 und mehr Jahre schlecht kultivirt, so mögen doch wohl leicht 30 oder wohl mehr als 50 Jahre hingehen, ehe selbige im gehörigen Stand kömt. Es muß also wohl an den meisten Orten langsam verfahren werden, wenn der Zweck mit dem möglichst geringsten Kostenaufwand erreicht werden soll, zumahl da die meisten Landwirte zu unvernünftig sind, jährlich die nötigen Verbesserungskosten anzuwenden, und zudem oft zu unwissend sind, die Sache auf die vorteilhafteste Art anzufangen.

Betrachtet man also auch die Einführung der Stallfütterung in der Hinsicht, daß dabei auf den möglichst geringsten Kostenaufwand Rücksicht genommen werden muß, so ergibt sich die Notwendigkeit, daß, wie schon Seite 11 gesagt worden, erst andere Einrichtungen und /almähliche Verbesserungen der Länderei vorher gehen müsse, ehe man selbige im Ganzen einführen könne. 28

Wenn die vorliegende Frage so lautet: Ob man in einer bestimmten Zeit, etwa – 3 – oder mehreren Jahren allenthalben die Stallfütterung des Hornviehes pp. einführen und natürliche Hütungen und Weiden aufgeben könne, oder ob solches unmöglich? so behaupte ich, daß darauf keine einzige bejahende Beantwortung erfolgen könnte. Allein so lautet die Frage nicht. Bei dem Ausdruck *Einführen* ist keine gewisse Zeit angenommen.

Nach meinem Begriffe will man durch die aufgegebenen Fragen beantwortet wissen: Ob die Einführung der Stallfütterung des Hornviehes, der Schafe und der Pferde, allenthalben mit Nutzen möglich gemacht werden könne, ob die Einführung der beständigen Stallfütterung des zur Wirthschaft nötigen und nützlichen Viehes (es versteht sich von selbst, daß man da keine Pferde und Schafe haben müßte, wo es nicht ratsam ist), daß einzige wahre Mittel zur möglichst höchsten Benutzung der Länderei sei, ohne das dadurch irgend einem Bedürfnisse des Staats abbruch geschehe, daß vielmehr eine solche Einrichtung zur wahren Wohlfart derselben gereiche. Und hierauf gebe ich eine bejahende Antwort. /Ich behaupte, daß in allen Gegenden Teutschlands, wo der Boden nur einigermaßen zum Getreidebau geschickt ist, die Stallfütterung mit Nutzen eingeführt werden könne. Daß solches aber in einer Gegend und in einem Lande früher, im anderen später, je nachdem die Umstände schon passender sind, zu Stande gebracht werden könne, daß in vielen Gegenden erst andere Einrichtungen und Anstalten, deren ich Seite 5 und 6 und 20 erwehnt habe, vorangehen müßten. Ich behaupte, daß in 29

¹⁰ Vgl. Fußnote 7.

keiner Gegend Teutschlands, wo Boden, Klima nur zur Erzeugung ein oder andern Getreideart geschickt ist, die Länderei aufs vollkommenste genutzt werden könne, wenn große Weideplätze auf den Getreidefeldern stattfinden. Daß also in keiner Gegend von der erwehnten Beschaffenheit mehr natürliche Weiden beibehalten werden müssen, als zum Gedeien des Viehes durchaus notwendig sind, oder etwa gute Holzweide, welche ohne Schaden genutzt werden kann.

Ob man bei den jetzigen Verfassungen und Local-Umständen allenthalben wenigstens in Teutschland die Stallfütterung des sämtlichen zur Fortsetzung der Wirtschaft nötigen und nützlichen Viehes mit Nutzen einführen und die natürl. Hütungen und Weiden aufgeben könne? ist eine Frage, welche kein gründlicher Oekonom mit Ja beantworten wird. Denn es sind noch zur Zeit in vielen Gegenden

30 so viele Hindernisse im Wege, welche die Sache so erschweren /würde, daß bei der beständigen Stallfütterung kein Vorteil herauskommen könnte, wenn auch die Länderei um ein Driteil ergiebiger were.

Ein großer Staatsmann sagt:* „der Ackerbau ist der reichste Fonds ein großes Volk und einen weitläufigen Handel in einem gemäßigten Klima zu unterhalten, und den Nationen den wahren, von der Unbeständigkeit der Einbildung am wenigstens abhängenden Reichthum zu verschaffen. Allein er hat viele Äste, und jeder Ast ist dem Staate nützlich, weil jeder den jährlichen Ertrag vermehret. Billig aber soll der Vorsteher der Staatswirthschaft jene Zweige des Ackerbaues allen anderen vorziehen, welche den Ertrag am meisten vermehren. Unter den Europäern sagt er, habe unstreitig England die Kultur der Erde aufs höchste gebracht, und auch die zweckmäßigsten Mittel dazu angewendet. Allein man würde sehr irren, wenn jemand der Wirthschaft der Engländer unter allen Umständen nachahmen, oder behaupten wollte, daß sie den höchsten Grad der Vollkommenheit erreicht habe. Solange in einem Staate ungebauete Gegenden,

31 Grundstücke, die Gemeinheiten, Viehweiden, die eines erträglicheren /Anbaues fähig, anzutreffen sind, solange kann man auch sagen, daß in gelobtem Staate der Ackerbau noch einer viel größeren Vollkommenheit fähig sei.

Da der hauptsächlichste Grund der Stärke eines Staats auf die bestmögliche Kultur der Erde ankomme, so könne es der Regierung unmöglich gleichgültig sein, ob die Grundstücke der Privatpersonen wohl oder übel genutzt werden. Der gemeine Landmann sei nicht zur Erfindungen, wohl aber zur Nachahmung aufgelegt. Wenn er aber nachahmen, und von wem er schickliche Verbesserungen lernen solle, wenn keine Direktion stattfindet? Wie ferner eine vollkommene Kultur des Erdreichs stattfinden könne, wenn es in übler Proportion unter die Privatpersonen vertheilt ist? Man werde nicht zweifeln, daß beim Ackerbau alles auf ein fleißiges Ackern zur rechten Zeit, auf einen verhältnismäßigen wohl unterhaltenen Viehstand, auf eine vernünftige und den Umständen angemessene Abwechslung mit den Fruchtarten und auf einen leichten und guten Absatz der erzeugten Früchte ankomme. Die Erfahrung bestätigte es, daß ein mäßiger, von geschickten Händen wohl bearbeiteter Acker eben soviel Früchte liefern, als ein

* Verfasser des Lehrb . . . sämtl. . . . und kamerl. Wissensch.

so kleine Teile zerfallen lasse, daß es einer Haushaltung das Jahr hindurch an Beschäftigung mangle. 2) daß die Länderei solcher Eigentümer bedürfen, welche den Endzweck der Landgüter genügend leisten und selbige selbst bewirtschaften können. 3) daß die Länderei in guten Verhältnissen an Acker, Wiesen und Wäldungen zu sezen, wenn jede Benutzungsart, die bestmöglichste Dienste leisten, und es der Gesellschaft weder an einen noch anderen Bedürfnisse mangeln sollte.“

Hiergegen wird doch hoffentlich wohl niemand was zu einzuwenden haben. Mann thue also daß und bringe in der Staatswirthschaft in allen Teilen Ordnung und Regelmäßigkeit, so bin ich guth dafür daß mann allenthalben die Stallfütterung mit Nutzen einführen und mit der Zeit die natürlichen Viehweiden abschaffen könne. Nachteilige Folgen lassen sich durch die Stallfütterung nicht befürchten, wenn es gehörig angefangen wird. /Das Vieh, besonders die Schafe, müssen 33 Bewegung haben. Es ist überhaupt einem jeden Thiere Bewegung höchst zuträglich. Je mehr Bewegung das Vieh hat, desto mehr wird die Verdauung befördert und desto besser frißt es und je besser es frißt, desto mehr Milch gibt es. Das Vieh muß gehörig und immer zu bestimmter Zeit gewartet und reinlich gehalten werden. Die Futterkreuter müssen ja nicht auf Haufen geworfen werden, damit sie sich trennen. Am sichersten ist es, wenn mann den Kle gegen Heu oder Stroh schneiden läßt. Die Ställe müssen luftig sein. Ich lasse meinem Vieh, welches ich die mehrste Zeit im Stalle füttern lasse, zuweilen Salz geben, welches ihnen sehr guth ist. Etwa 3 oder 4 mahl in der Woche, wenn die Witterung guth ist, lasse ich es in einen eingefriedigten Weideplatz treiben, damit es Bewegung hat. Ich hatte anfänglich bei Einführung der Stallfütterung freilich viele Schwierigkeiten, allein ich habe sie schon größtenteils überwunden, und meine Länderei ist beinahe dreimahl so ergiebig als die Länderei meiner Nachbarn. Ich muß aber auch gestehen, daß ich Gelegenheit habe, jährlich eine große Menge Laub zur Einstreue einzusammeln, welches hier noch zur Zeit nicht ein jeder Landwirth thun kann.

Ich habe aber nur wenig Länderei, 6 Morgen Ackerland /und ein par Morgen 34 natürliche Wiesen. Mein Land ist jährlich außer einem Weideplatz von pp. $\frac{3}{4}$ Morgen mit Getreide und Futterkreuter angebauet, und ich kann einem jeden der daran zweifelt, augenscheinlich davon überzeugen, daß eine solche Einrichtung sehr vorteilhaft ist. Der größte Theil der Königl. Preußischen Staaten ist auf der Stufe der Kultur, welche ich zu Einführung der beständigen Stallfütterung vorausgesetzt habe. Wenigstens ist es in diesem Staate am ersten möglich, selbige mit Nutzen allgemein zu machen. In dem angrenzenden Theil des erwehnten Landes wird es wahrscheinlich wohl am längsten dauern, weil daselbst die Umstände von Natur zu ungunstig sind. Eine bessere Forstwirthschaft were hier sehr nötig und nützlich. Einigen Gegenden drohet die Zukunft ein Holzangel, welches wohl den Verfall einiger Fabriken nach sich ziehen könnte. In einigen Gegenden habe ich über Holzangel klagen hören, und doch wahrgenommen, daß in den Forsten Holz genug umherliegt, was verfault und eine Menge alter abgelebter Bäume umherstehen, welche täglich mehr in die Verwesung übergehen und an Güte und Wehr abnehmen. Viel altes abständiges Holz steht dem Aufkommen des jungen Holzes im Wege, und beträchtliche Distrikte Schlaghölzer / werden überständig; abgetriebene Heyden werden vom Vieh 35 verbissen, und an elenden Anpflanzungen Zeit und Kosten verschwendet. Alles

dieses verräth eine äußerst schlechte Forstwirthschaft. Nur demjenigen, der es weiß, wie sehr das Wohl eines Landes von einem guten Vorrath an Bau-Nuz- und Brennholz abhängt, besonders in einem Lande in welchen Fabriken sind, kann eine solche Wahrnehmung empfindlich sein.

Auch auf die Beförderung der Ackerkultur hat ein guter Holzvorrath einen beträchtlichen Einfluß, und eine gute regelmäßige Forstwirthschaft ist in Ländern, in welchen die Viehzucht ein Haupt-Nahrungszweig der Einwohner ist, sehr nötig. Und eine kluge Benutzung der Forsten, vermehrt den Ertrag eines Landes sehr. Sehr viele Forsten sind aber bisher weit unter dem möglichen Ertrag genutzt worden, und werden noch täglich darunter genutzt. Viele werden zu stark angegriffen, wodurch in der Folge Holzangel entstehen, und der gar oft die Folge davon ist, daß das Holz außer Landes angekauft werden muß, wobei der Hauptverlust ist, das das Geld außer Landes geht.

Im Mecklenburgischen hat man aus Ackergeitz (?) das Holz zu unvorsichtig ausgerottet, und es herrscht nun schon wirklich in einigen Gegenden Holzangel, welcher vielen Einwohnern sehr drückend ist, und noch viel drückender werden. Herrscht irgend in einem Lande eine schlechte Forstwirthschaft, so findet solche hier statt. Ich habe in den Herzoglichen Forste viel, sehr viel Holz /
 36 gesehen, was verfaulte. Ein guter Freund von mir wolte einen Herzoglichen Oberförster eine Parti abständige Tanne abkaufen. Er erhielt aber zu Antwort: Wir lassen unser Holz wachsen und kaufen selbst Holz —

(Fortsetzung)

Fleischpreise in Chemnitz

VON RUDOLPH STRAUSS

Da die Chemnitzer Fleischer in der Stadt das Monopol für den Fleischverkauf besaßen, hatte der Rat nach Gehör der Innung die Fleischtaxe festzusetzen. Viertelsmeister und Ausschußpersonen beschwerten sich aber nicht selten darüber, daß die vorgeschriebenen Preise, namentlich für Fleisch minderer Qualität, überschritten würden. Im Jahr 1790, als wegen allgemeiner Futterknappheit massenhaft Rindvieh abgeschlachtet werden mußte und zu befürchten war, daß die unzufriedenen Bürger in den Städten sich den aufständischen Bauern anschließen, bestimmte kurzerhand die Regierung die Fleischpreise. Akten über die Fleischpreise sind fast gar nicht vorhanden. Es konnten lediglich die Ratsakten V IV 5¹ (für 1784, 1786 und 1790) und V II 87² (für 1843 und 1844) ausgewertet werden. Alle übrigen Angaben sind dem „Chemnitzer Anzeiger“ entnommen, sie stützen sich teils auf die Fleischtaxe, teils auf die Marktpreise für Fleisch; denn im März 1843 wurde die Fleischtaxe versuchsweise aufgehoben.

In den amtlichen Bekanntmachungen sind in der Regel je nach der Qualität des Fleisches Mindest- und Höchstpreise für Rind-, Kalb-, Schöpsen- und Schweinefleisch angegeben; zweimal ist nur der Preis für „bestes“ Fleisch aufgeführt. Preise für Kalbfleisch fallen zeitweise aus.

Die Reihe ist nicht lückenlos. Sie umfaßt die Jahre 1784, 1786 und 1790, 1799 bis 1810 sowie 1814 bis 1846. Für andere Jahre waren Fleischpreise nicht aufzufinden.

Innerhalb eines Jahres ist mitunter nur ein Preis genannt, z. B. 1784, 1786, 1790, häufig sind aber Jahre mit mehr Angaben (Höchstfall 41 im Jahre 1845). Wo sich durch sinngemäße Anwendung der Taxen Lücken auffüllen ließen, ist das geschehen.

Tabelle I enthält das Urmaterial. Die aufgeführten Preise für die 4 Fleischsorten sind bereits Durchschnittspreise aus Mindest- und Höchstpreisen.

Tabelle II bietet die jeweiligen Fleischpreise um die Monatsmitte und den Durchschnitt für jedes Jahr. Die Zahlen stellen den Durchschnitt der Durchschnittspreise der einzelnen Fleischsorten dar.

Tabelle III gibt noch einmal die Fleischpreise im Jahresdurchschnitt und daneben den Index (1800 = 100).

Um die Preise vor und nach der Währungsreform des Jahres 1841 vergleichbar zu machen, wurden sie in Pfennige umgerechnet.

¹ Beschwerde der Viertelsmeister und Ausschußpersonen über die zu hohen Fleischpreise 1784–1811.

² Übersichten über Victualien- und Getreidepreise in Chemnitz 1832–1844.

Tabelle I

Preise für ein Pfund Fleisch

	Rind			Kalb			Schöps			Schwein				
	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.		
1784*	—	1	10	—	—	—	—	1	10	„gutes“	—	2	4	„gutes“
1786*	—	1	10	—	1	5	—	1	11		—			
1790*	—	1	7	—			—				—			
1799														
28. 12.	—	2	1	—	1	6	—	2	1		—	2	10	
1800														
2. 8.	—	2	3	—	1	8	—	2	6		—	3	—	
27. 9.	—	2	1	—	2	1	—	2	4		—	3	—	
1801														
3. 1.	—	2	2	—	1	8	—	2	4		—	3	—	
25. 7.	—	2	5	—	1	10	—	2	7		—	3	—	
26. 9.	—	2	6	—	2	1	—	2	5		—	3	—	
7. 11.	—	2	5	—	2	2	—	2	5		—	3	—	
1802														
2. 1.	—	2	6	—	1	11	—	2	8		—	3	—	
28. 8.	—	2	7	—	1	10	—	2	9		—	3	—	
1803														
12. 2.	—	2	7	—	1	9	—	2	8		—	3	—	
28. 5.	—	2	6	—	1	6	—	2	10		—	3	—	
1804														
26. 5.	—	2	6	—	1	7	—	3	—		—	3	—	
27. 10.	—	2	6	—	2	—	—	2	9		—	3	2	
1805														
15. 6.	—	2	8	—	1	7	—	3	—		—	3	2	
1806														
14. 4.	—	2	8	—	1	10	—	3	6		—	4	—	
13. 6.	—	3	2	—	2	1	—	3	6		—	4	—	
26. 9.	—	3	10	—	2	6	—	3	8		—	4	10	(bestes)
1807														
17. 1.	—	3	6	—	2	—	—	3	8		—	4	6	(bestes)
20. 6.	—	3	2	—	1	9	—	4	—		—	4	4	

* Ratsakte V IV 5.

		Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
		tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1808</i>													
28.	3.	—	3	1	—	1	7	—	3	4	—	4	—
11.	6.	—	3	—	—	1	8	—	3	6	—	3	6
<i>1809</i>													
7.	1.	—	2	9	—	1	8	—	3	4	—	3	4
3.	6.	—	2	10	—	1	8	—	3	8	—	3	6
<i>1810</i>													
22.	1.	—	2	6	—	1	7	—	3	—	—	3	6
<i>1814</i>													
22.	1.	—	2	11	—	1	10	—	3	0	—	4	4
<i>1815</i>													
11.	2.	—	3	3	—	2	—	—	3	4	—	4	4
28.	10.	—	3	1	—	2	—	—	3	1	—	3	10
11.	11.	—	3	1	—	2	—	—	3	3	—	3	10
2.	12.	—	3	1	—	2	—	—	3	3	—	3	10
16.	12.	—	3	1	—	2	—	—	3	3	—	3	10
<i>1816</i>													
13.	1.	—	3	1	—	2	—	—	3	5	—	3	10
10.	2.	—	3	1	—	2	—	—	3	5	—	3	10
24.	2.	—	2	11	—	1	9	—	3	2	—	3	8
28.	3.	—	2	11	—	1	7	—	3	3	—	3	6
13.	4.	—	2	10	—	1	7	—	3	3	—	3	6
11.	5.	—	2	17	—	1	6	—	3	5	—	3	6
6.	7.	—	2	17	—	1	9	—	3	5	—	3	6
30.	7.	—	2	17	—	1	9	—	3	2	—	3	—
24.	8.	—	2	10	—	1	9	—	3	1	—	3	6
7.	9.	—	2	11	—	1	10	—	3	1	—	3	6
25.	9.	—	2	11	—	2	—	—	3	1	—	3	6
5.	10.	—	2	11	—	2	—	—	3	1	—	3	6
19.	10.	—	2	11	—	2	—	—	3	1	—	3	6
9.	11.	—	2	11	—	2	—	—	2	11	—	3	9
27.	11.	—	2	11	—	2	—	—	2	11	—	3	9
28.	12.	—	2	11	—	2	—	—	2	11	—	3	9
<i>1817</i>													
18.	1.	—	2	11	—	1	11	—	3	1	—	3	10
8.	2.	—	2	11	—	1	8	—	3	3	—	3	10
22.	2.	—	2	11	—	1	7	—	3	3	—	3	10
8.	3.	—	2	11	—	1	7	—	3	3	—	4	—
5.	4.	—	2	11	—	1	7	—	3	5	—	4	—
19.	4.	—	2	11	—	1	7	—	3	8	—	4	—
3.	5.	—	3	1	—	1	7	—	3	8	—	4	—
17.	5.	—	3	1	—	1	7	—	3	8	—	4	—
14.	6.	—	3	1	—	1	7	—	3	8	—	4	—
5.	7.	—	3	1	—	1	8	—	3	8	—	4	—
21.	7.	—	3	1	—	1	7	—	3	8	—	4	—
9.	8.	—	3	1	—	1	7	—	3	8	—	4	—

		Rind		Kalb		Schöps		Schwein	
		tl.	gr. pf.	tl.	gr. pf.	tl.	gr. pf.	tl.	gr. pf.
<i>1817</i>									
30.	8.	—	3 1	—	1 9	—	3 6	—	4 4
13.	9.	—	3 1	—	1 8	—	3 6	—	4 4
27.	9.	—	3 1	—	1 8	—	3 5	—	4 4
18.	10.	—	3 1	—	2 —	—	3 4	—	4 6
15.	11.	—	3 1	—	2 —	—	3 4	—	4 6
13.	12.	—	3 1	—	2 —	—	3 4	—	4 6
<i>1818</i>									
10.	1.	—	3 1	—	1 11	—	3 4	—	4 6
24.	1.	—	3 1	—	1 10	—	3 4	—	4 6
7.	2.	—	2 10	—	1 9	—	3 4	—	4 4
21.	2.	—	2 10	—	1 7	—	3 4	—	4 4
14.	3.	—	2 10	—	1 7	—	3 4	—	4 4
6.	6.	—	2 10	—	1 6	—	3 6	—	4 —
11.	7.	—	2 10	—	1 6	—	3 6	—	4 —
25.	7.	—	2 10	—	1 6	—	3 6	—	4 —
8.	8.	—	2 10	—	1 6	—	3 6	—	4 —
12.	9.	—	2 10	—	1 8	—	3 5	—	4 —
3.	10.	—	2 10	—	2 —	—	3 4	—	4 —
14.	11.	—	2 10	—	2 —	—	3 2	—	4 —
<i>1819</i>									
2.	1.	—	2 11	—	1 11	—	3 3	—	3 8
20.	2.	—	2 8	—	1 5	—	3 3	—	3 8
14.	5.	—	2 7	—	1 5	—	3 6	—	3 6
29.	5.	—	2 7	—	1 5	—	3 6	—	3 6
31.	7.	—	2 7	—	1 6	—	3 5	—	3 —
28.	8.	—	2 7	—	1 6	—	3 1	—	3 —
11.	9.	—	2 6	—	1 7	—	2 11	—	3 —
20.	11.	—	2 7	—	1 8	—	2 10	—	3 —
4.	12.	—	2 7	—	1 8	—	2 10	—	3 —
<i>1820</i>									
8.	1.	—	2 7	—	1 6	—	2 9	—	3 —
29.	1.	—	2 5	—	1 6	—	2 10	—	3 —
12.	2.	—	2 5	—	1 6	—	2 10	—	3 —
11.	3.	—	2 5	—	1 4	—	2 10	—	3 —
8.	4.	—	2 4	—	1 5	—	2 10	—	3 —
6.	5.	—	2 3	—	1 3	—	2 10	—	3 —
20.	5.	—	2 3	—	1 4	—	2 10	—	2 10
10.	6.	—	2 3	—	1 5	—	3 —	—	2 10
23.	6.	—	2 3	—	1 5	—	2 11	—	2 10
8.	7.	—	2 3	—	1 5	—	3 —	—	2 10
22.	7.	—	2 3	—	1 5	—	3 —	—	2 10
19.	8.	—	2 3	—	1 5	—	2 9	—	2 8
2.	9.	—	2 3	—	1 6	—	2 9	—	2 8
16.	9.	—	2 3	—	1 6	—	2 9	—	2 8
7.	10.	—	2 3	—	1 7	—	2 10	—	2 8
21.	10.	—	2 3	—	1 7	—	2 9	—	2 8
4.	11.	—	2 3	—	1 8	—	2 8	—	2 8
18.	11.	—	2 3	—	1 8	—	2 8	—	2 8
2.	12.	—	2 3	—	1 8	—	2 8	—	2 8
30.	12.	—	2 3	—	1 7	—	2 7	—	2 8

		Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
		tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1821</i>													
13.	1.	—	2	3	—	1	7	—	2	7	—	2	8
3.	2.	—	2	3	—	1	7	—	2	7	—	2	8
17.	2.	—	2	3	—	1	7	—	2	7	—	2	8
3.	3.	—	2	3	—	1	5	—	2	7	—	2	8
17.	3.	—	2	3	—	1	5	—	2	8	—	2	8
31.	3.	—	2	3	—	1	3	—	2	7	—	2	8
14.	4.	—	2	3	—	1	3	—	2	7	—	2	8
28.	4.	—	2	3	—	1	3	—	2	7	—	2	8
12.	5.	—	2	3	—	1	3	—	2	7	—	2	8
26.	5.	—	2	3	—	1	3	—	2	7	—	2	8
9.	6.	—	2	3	—	1	3	—	2	8	—	2	8
23.	6.	—	2	3	—	1	3	—	2	7	—	2	8
7.	7.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	6
98.	7.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	6
11.	8.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	6
25.	8.	—	2	3	—	1	4	—	2	5	—	2	6
8.	9.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	6
22.	9.	—	2	3	—	—	—	—	2	6	—	2	6
6.	10.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	5
20.	10.	—	2	3	—	—	—	—	2	6	—	2	8
3.	11.	—	2	3	—	—	—	—	2	6	—	2	8
17.	11.	—	2	3	—	—	—	—	2	6	—	2	8
1.	12.	—	2	3	—	1	6	—	2	6	—	2	8
29.	12.	—	2	3	—	1	6	—	2	5	—	2	8

1822

12.	1.	—	2	3	—	1	6	—	2	5	—	2	8
1.	2.	—	2	3	—	1	5	—	2	6	—	2	8
2.	3.	—	2	3	—	1	5	—	2	6	—	2	8
16.	3.	—	2	3	—	1	5	—	2	6	—	2	8
30.	3.	—	2	3	—	1	5	—	2	6	—	2	8
13.	4.	—	2	4	—	1	4	—	2	8	—	2	8
27.	4.	—	2	4	—	1	4	—	2	8	—	2	6
11.	5.	—	2	3	—	1	4	—	2	8	—	2	8
25.	5.	—	2	3	—	1	4	—	2	8	—	2	8
8.	6.	—	2	3	—	1	4	—	2	8	—	2	8
22.	6.	—	2	5	—	1	4	—	2	8	—	2	6
6.	7.	—	2	5	—	1	4	—	2	8	—	2	8
20.	7.	—	2	5	—	1	4	—	2	6	—	2	8
10.	8.	—	2	5	—	1	4	—	2	6	—	2	8
24.	8.	—	2	5	—	1	4	—	2	6	—	2	8
7.	9.	—	2	5	—	1	4	—	2	5	—	2	8
21.	9.	—	2	5	—	1	4	—	2	5	—	2	8
5.	10.	—	2	5	—	1	4	—	2	6	—	2	8
19.	10.	—	2	4	—	—	—	—	2	4	—	2	8
2.	11.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
16.	11.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
30.	11.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
21.	12.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8

1823

11.	1.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
25.	1.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8

	Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1823</i>												
8. 2.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
22. 2.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
8. 3.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
22. 3.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
5. 4.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
19. 4.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
24. 5.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
14. 6.	—	2	2	—	1	3	—	2	6	—	2	8
28. 6.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
12. 7.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
2. 8.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
9. 8.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	8
30. 8.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
20. 9.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
11. 10.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
8. 11.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
22. 11.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
6. 12.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
<i>1824</i>												
3. 1.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	8
17. 1.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
14. 2.	—	2	3	—	1	5	—	2	4	—	2	6
28. 2.	—	2	3	—	1	4	—	2	4	—	2	6
13. 3.	—	2	3	—	1	4	—	2	4	—	2	8
27. 3.	—	2	3	—	1	3	—	2	4	—	2	8
17. 4.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	8
1. 5.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	8
15. 5.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	8
29. 5.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	8
12. 6.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	8
26. 6.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	8
10. 7.	—	2	3	—	1	5	—	2	4	—	2	8
28. 8.	—	2	2	—	1	5	—	2	4	—	2	8
11. 9.	—	2	3	—	1	5	—	2	4	—	2	8
25. 9.	—	2	3	—	1	8	—	2	4	—	2	6
9. 10.	—	2	3	—			—	2	4	—	2	6
13. 11.	—	2	2	—	1	6	—	2	2	—	2	6
4. 12.	—	2	2	—	1	6	—	2	2	—	2	6
18. 12.	—	2	2	—	1	6	—	2	2	—	2	6
31. 12.	—	2	2	—	1	6	—	2	2	—	2	6
<i>1825</i>												
15. 1.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
29. 1.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
12. 2.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
26. 2.	—	2	3	—	1	4	—	2	4	—	2	6
12. 3.	—	2	3	—	1	4	—	2	4	—	2	6
9. 4.	—	2	3	—	1	4	—	2	6	—	2	6
23. 4.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	6
7. 5.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	6
21. 5.	—	2	3	—	1	3	—	2	6	—	2	6

			Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
			tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1825</i>														
4.	6.	—	2	3	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
18.	6.	—	2	3	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
9.	7.	—	2	3	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
23.	7.	—	2	3	—	1	4	—	2	4	—	2	6	
6.	8.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6	
3.	9.	—	2	3	—	1	5	—	2	4	—	2	6	
17.	9.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	6	
1.	10.	—	2	3	—	1	6	—	2	4	—	2	6	
15.	10.	—	2	1	—	1	7	—	2	4	—	2	6	
29.	10.	—	2	3	—	1	6	—	2	3	—	2	6	
12.	11.	—	2	2	—	1	6	—	2	3	—	2	6	
26.	11.	—	2	2	—	1	6	—	2	3	—	2	6	
24.	12.	—	2	2	—	1	6	—	2	2	—	2	6	

1826

7.	1.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	6	
21.	1.	—	2	2	—	1	5	—	2	4	—	2	3	
11.	2.	—	2	2	—	1	3	—	2	2	—	2	4	
4.	3.	—	2	2	—	1	3	—	2	3	—	2	4	
18.	3.	—	2	2	—	1	3	—	2	3	—	2	4	
8.	4.	—	2	1	—	1	3	—	2	3	—	2	4	
22.	4.	—	2	1	—	1	3	—	2	3	—	2	4	
20.	5.	—	2	1	—	1	3	—	2	3	—	2	4	
3.	6.	—	2	1	—	1	3	—	2	4	—	2	4	
17.	6.	—	2	1	—	1	3	—	2	2	—	2	4	
8.	7.	—	2	1	—	1	3	—	2	2	—	2	4	
29.	7.	—	2	1	—	1	3	—	2	2	—	2	4	
12.	8.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
2.	9.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
16.	9.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
30.	9.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
14.	10.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
11.	11.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
2.	12.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
9.	12.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
30.	12.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	

1827

13.	1.	—	2	1	—	1	4	—	2	1	—	2	2	
17.	2.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
3.	3.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
31.	3.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
21.	4.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
5.	5.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
26.	5.	—	2	1	—	1	2	—	2	1	—	2	2	
16.	6.	—	2	—	—	1	2	—	2	1	—	2	2	
28.	7.	—	2	1	—	1	2	—	2	1	—	2	2	
11.	8.	—	2	1	—	1	2	—	2	1	—	2	2	
1.	9.	—	2	1	—	1	2	—	2	1	—	2	2	
22.	9.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	2	
3.	11.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	4	
24.	11.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	4	
22.	12.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	4	

	Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1828</i>												
5. 1.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	4
19. 1.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	4
1. 2.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	4
16. 2.	—	2	1	—	1	3	—	2	1	—	2	4
1. 3.	—	2	—	—	1	3	—	2	1	—	2	4
22. 3.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
12. 4.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
26. 4.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
10. 5.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
24. 5.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
7. 6.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
21. 6.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
5. 7.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
19. 7.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
9. 8.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	6
30. 8.	—	2	—	—	1	5	—	2	2	—	2	6
27. 9.	—	2	—	—			—	2	2	—	2	6
11. 10.	—	2	—	—			—	2	1	—	2	6
25. 10.	—	2	—	—			—	2	1	—	2	6
13. 12.	—	2	—	—	1	6	—	2	1	—	2	8
24. 12.	—	2	1	—	1	6	—	2	1	—	2	8

1829

10. 1.	—	2	1	—	1	5	—	2	1	—	2	8
31. 1.	—	2	—	—	1	5	—	2	1	—	2	8
14. 2.	—	2	1	—	1	5	—	2	2	—	2	8
7. 3.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8
21. 3.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8
4. 4.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8
2. 5.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8
16. 5.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8
6. 6.	—	2	—	—	1	3	—	2	3	—	2	8
27. 6.	—	2	—	—	1	3	—	2	2	—	2	8
15. 8.	—	2	1	—	1	3	—	2	2	—	2	8
29. 8.	—	2	—	—	1	5	—	2	2	—	2	8
19. 9.	—	2	1	—	1	6	—	2	2	—	2	8
3. 10.	—	2	—	—	1	6	—	2	2	—	2	8
17. 10.	—	2	—	—			—	2	2	—	2	8
7. 11.	—	2	1	—			—	2	2	—	2	8
21. 11.	—	2	1	—			—	2	2	—	2	8
5. 12.	—	2	1	—			—	2	1	—	2	8

1830

30. 1.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
13. 2.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
20. 3.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
1. 5.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	8
5. 6.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	8
7. 8.	—	2	2	—			—	2	4	—	2	8
21. 8.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	8
4. 9.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8
25. 9.	—	2	3	—			—	2	3	—	2	8

	Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1830</i>												
23. 10.	—	2	3	—	—	—	—	2	3	—	2	8
6. 11.	—	2	2	—	—	—	—	2	3	—	2	8
20. 11.	—	2	2	—	—	—	—	2	3	—	2	8
18. 12.	—	2	2	—	1	6	—	2	3	—	2	8
31. 12.	—	2	2	—	1	6	—	2	3	—	2	8
<i>1831</i>												
15. 1.	—	2	2	—	1	6	—	2	3	—	2	8
29. 1.	—	2	2	—	1	4	—	2	3	—	2	8
12. 2.	—	2	2	—	1	4	—	2	3	—	2	8
5. 3.	—	2	2	—	1	3	—	2	3	—	2	8
19. 3.	—	2	2	—	1	3	—	2	3	—	2	8
2. 4.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	8
21. 5.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	8
4. 6.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	8
18. 6.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	8
23. 7.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6
6. 8.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6
20. 8.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
3. 9.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	6
1. 10.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	6
15. 10.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	6
26. 11.	—	2	2	—	—	—	—	2	4	—	2	6
10. 12.	—	2	2	—	—	—	—	2	4	—	2	6
24. 12.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	6
<i>1832</i>												
21. 1.	—	2	2	—	1	5	—	2	4	—	2	6
4. 2.	—	2	2	—	1	5	—	2	4	—	2	6
11. 2.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
3. 3.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
17. 3.	—	2	2	—	1	4	—	2	4	—	2	6
7. 4.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
28. 4.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
19. 5.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
2. 6.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
16. 6.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
11. 8.	—	2	2	—	1	6	—	2	6	—	2	6
25. 8.	—	2	2	—	1	6	—	2	6	—	2	6
8. 9.	—	2	2	—	1	7	—	2	5	—	2	6
6. 10.	—	2	2	—	1	7	—	2	5	—	2	6
10. 11.	—	2	2	—	1	7	—	2	5	—	2	6
19. 11.	—	2	2	—	1	7	—	—	—	—	2	6
1. 12.	—	2	2	—	1	7	—	2	3	—	2	6
<i>1833</i>												
12. 1.	—	2	2	—	1	6	—	2	6	—	2	6
19. 1.	—	2	2	—	1	6	—	2	6	—	2	6
2. 2.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
16. 2.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
9. 3.	—	2	2	—	1	4	—	2	6	—	2	6
23. 3.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6

			Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
			tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1833</i>														
20.	4.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
4.	5.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
11.	5.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
25.	5.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
15.	6.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
29.	6.	—	2	2	—	1	3	—	2	5	—	2	6	
6.	7.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6	
21.	7.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6	
3.	8.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6	
17.	8.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6	
31.	8.	—	2	2	—	1	3	—	2	4	—	2	6	
28.	9.	—	2	2	—			—	2	4	—	2	6	
12.	10.	—	2	2	—			—	2	4	—	2	8	
26.	10.	—	2	2	—			—	2	4	—	2	8	
9.	11.	—	2	2	—			—	2	4	—	2	8	
23.	11.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8	
21.	12.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8	
<i>1834</i>														
4.	1.	—	2	2	—	1	6	—	2	4	—	2	8	
8.	2.	—	2	1	—	1	3	—	2	6	—	2	8	
22.	3.	—	2	1	—	1	3	—	2	6	—	2	8	
5.	4.	—	2	—	—	1	3	—	2	6	—	2	8	
12.	4.	—	2	—	—	1	3	—	2	6	—	2	8	
20.	4.	—	2	—	—	1	3	—	2	5	—	2	8	
17.	5.	—	2	—	—	1	3	—	2	5	—	2	8	
24.	5.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8	
2.	8.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8	
9.	8.	—	2	—	—	1	3	—	2	4	—	2	8	
6.	9.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
27.	9.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
1.	11.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
8.	11.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
22.	11.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
20.	12.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
20.	12.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
<i>1835</i>														
17.	1.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
28.	2.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
4.	4.	—	2	—	—			—	2	4	—	2	8	
9.	5.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
23.	5.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
13.	6.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
20.	6.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
4.	7.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
25.	7.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
1.	8.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
15.	8.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
12.	9.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
3.	10.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
10.	10.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	
21.	10.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 $\frac{1}{2}$	—	2	5	

	Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1836</i>												
2. 1.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 ¹ / ₂	—	2	5
9. 2.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 ¹ / ₂	—	2	5
13. 2.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 ¹ / ₂	—	2	5
27. 2.	—	1	10	—	1	2	—	2	1 ¹ / ₂	—	2	5
9. 3.	—	2	3 ¹ / ₂	—	1	2	—	2	2	—	2	6
19. 3.	—	2	—	—	1	2	—	2	—	—	2	6
9. 4.	—	2	—	—	1	2	—	2	2	—	2	6
28. 5.	—	2	2	—	1	2	—	2	2	—	2	8
9. 7.	—	2	2	—	1	2	—	2	2	—	2	8
23. 7.	—	2	2	—	1	2	—	2	2	—	2	8
27. 8.	—	2	2	—	1	2	—	2	2	—	2	8
15. 10.	—	2	2	—	1	2	—	2	2	—	2	8
26. 11.	—	2	4	—	1	6	—	2	3	—	3	—
3. 12.	—	2	4	—	1	6	—	2	3	—	3	—

1837

14. 1.	—	2	4	—	1	6	—	2	3	—	3	—
6. 5.	—	2	4	—	1	3	—	2	5	—	3	—
27. 5.	—	2	4	—	1	3	—	2	5	—	3	—
22. 7.	—	2	4	—	1	3	—	2	5	—	3	—
2. 8.	—	2	4	—	1	3	—	2	4	—	2	10
26. 8.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	10
21. 10.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	10
4. 11.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
18. 11.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
2. 12.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
16. 12.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
23. 12.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—

1838

5. 1.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
13. 1.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
27. 1.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
10. 2.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
17. 2.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
24. 2.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
3. 3.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
10. 3.	—	2	6	—	1	5	—	2	3	—	3	—
17. 3.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	8
7. 4.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	8
21. 4.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
28. 4.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
12. 5.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
26. 5.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
9. 6.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
23. 6.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
21. 7.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
4. 8.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
11. 8.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
18. 8.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
1. 9.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7
8. 9.	—	2	4	—	1	5	—	2	4	—	2	7

	Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1838</i>												
15. 9.	—	2	3	—	1	7	—	2	2	—	2	8
22. 9.	—	2	3	—	1	7	—	2	2	—	2	8
29. 9.	—	2	3	—	1	7	—	2	2	—	2	8
6. 10.	—	2	3	—	1	7	—	2	2	—	2	8
13. 10.	—	2	3	—	1	7	—	2	2	—	2	8
20. 10.	—	2	3	—	1	7	—	2	2	—	2	8
10. 11.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
24. 11.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
1. 12.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
8. 12.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10

1839

5. 1.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
12. 1.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
26. 1.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
2. 2.	—	2	3	—	1	7	—	2	3	—	2	10
16. 2.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
16. 3.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
23. 3.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
13. 4.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
20. 4.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
27. 4.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
11. 5.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
18. 5.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
15. 6.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
22. 6.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
29. 6.	—	2	3	—	1	6	—	2	3	—	2	10
6. 7.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
3. 8.	—	2	3	—	1	5	—	2	3	—	2	10
	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
10. 8.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
17. 8.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
7. 9.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
21. 9.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
28. 9.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
12. 10.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
19. 10.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
26. 10.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
9. 11.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
16. 11.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
23. 11.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
30. 11.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
14. 12.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
21. 12.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
28. 12.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8

1840

25. 1.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
8. 2.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
29. 2.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
7. 3.	—	2	1	—	1	7	—	2	3	—	2	8
11. 4.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8

		Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
		tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
<i>1840</i>													
18.	4.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
25.	4.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
6.	6.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
17.	6.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
20.	6.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
4.	7.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
25.	7.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
1.	8.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
15.	8.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
26.	8.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
5.	9.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
26.	9.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
21.	10.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
24.	10.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
4.	11.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
14.	11.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
21.	11.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
28.	11.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8
12.	12.	—	2	1	—	1	5	—	2	3	—	2	8

		Rind			Kalb			Schöps			Schwein		
		tl.	ngr.	pf.	tl.	ngr.	pf.	tl.	ngr.	pf.	tl.	ngr.	pf.
<i>1841</i>													
9.	1.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
9.	1.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
20.	1.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
6.	2.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
3.	3.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
26.	3.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
31.	3.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
17.	4.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
15.	5.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
29.	5.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
5.	6.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
12.	6.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
19.	6.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
17.	7.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
21.	8.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
18.	9.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
2.	10.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
16.	10.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
30.	10.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
20.	11.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
18.	12.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2
31.	12.	—	2	6	—	1	7	—	2	7	—	3	2

	Rind		Kalb		Schöps		Schwein	
	tl.	ngr. pf.	tl.	ngr. pf.	tl.	ngr. pf.	tl.	ngr. pf.
<i>1842</i>								
8. 1.	—	2 6	—	1 7	—	2 7	—	3 2
15. 1.	—	2 6	—	1 7	—	2 7	—	3 2
26. 3.	—	2 6	—	1 7	—	2 7	—	3 2
16. 4.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
23. 4.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
7. 5.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
28. 5.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
4. 6.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
25. 6.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
9. 7.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
23. 7.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
13. 8.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
27. 8.	—	2 6	—	1 6	—	2 7	—	3 2
3. 9.	—	2 4	—	1 6	—	2 6	—	3 2
24. 9.	—	2 4	—	1 6	—	2 6	—	3 2
1. 10.	—	2 4	—	1 6	—	2 6	—	3 2
8. 10.	—	2 4	—	1 6	—	2 6	—	3 2
5. 11.	—	2 4	—	1 6	—	2 6	—	3 2
10. 11.	—	2 4	—	1 6	—	2 6	—	3 2
10. 12.	—	2 4	—	1 8	—	2 6	—	3 6
24. 12.	—	2 4	—	1 8	—	2 6	—	3 6

*1843**

Januar	—	2 4	—	1 8	—	2 6	—	3 6
Februar	—	2 4	—	1 8	—	2 6	—	3 6
März	—	3 1	—	1 9	—	3 5	—	4 2
April	—	3 3	—	2 —	—	3 8	—	5 —
Mai	—	3 5	—	1 9	—	3 9	—	5 —
Juni	—	3 5	—	1 9	—	3 9	—	5 —
Juli	—	3 5	—	1 9	—	3 7	—	4 6
August	—	3 8	—	2 4	—	3 8	—	5 —
September	—	3 8	—	3 —	—	3 8	—	5 —
Oktober	—	3 8	—	3 —	—	3 8	—	5 2
November	—	3 8	—	3 —	—	3 8	—	5 2
Dezember	—	3 6	—	2 5	—	3 6	—	4 6

*1844**

Januar	—	3 8	—	2 5	—	3 6	—	4 6
Februar	—	3 3	—	2 2	—	3 6	—	4 4
März	—	3 3	—	2 —	—	3 4	—	4 —
April	—	3 3	—	2 —	—	3 4	—	4 —
Mai	—	3 1	—	1 8	—	3 6	—	4 —
Juni	—	3 1	—	1 8	—	3 4	—	4 —
Juli	—	3 1	—	1 8	—	3 4	—	4 —
August	—	2 9	—	1 9	—	3 1	—	3 9
September	—	2 9	—	2 1	—	3 2	—	4 —
Oktober	—	2 9	—	2 3	—	3 1	—	4 —
November	—	2 9	—	2 1	—	3 1	—	3 8
Dezember	—	2 9	—	2 1	—	3 1	—	3 6

* Akte V II 87.

		Rind		Kalb		Schöps		Schwein	
		tl.	ngr. pf.	tl.	ngr. pf.	tl.	ngr. pf.	tl.	ngr. pf.
<i>1845</i>									
4.	1.	—	3 3	—	2 1	—	3 1	—	3 6
11.	1.	—	3 3	—	2 1	—	3 1	—	3 6
25.	1.	—	3 3	—	2 1	—	3 1	—	3 6
1.	2.	—	2 9 ¹ / ₃	—	2 1	—	3 1	—	3 6
15.	2.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
22.	2.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
1.	3.	—	2 8 ¹ / ₃	—	1 9	—	3 2	—	3 6
8.	3.	—	3 2	—	1 9	—	3 2	—	3 6
15.	3.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
22.	3.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
29.	3.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
5.	4.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
12.	4.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
26.	4.	—	3 2	—	1 9	—	3 2	—	3 6
3.	5.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
10.	5.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
17.	5.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
24.	5.	—	3 1	—	1 7	—	3 2	—	3 6
14.	6.	—	2 8 ¹ / ₂	—	1 7	—	3 2	—	3 4
28.	6.	—	3 1	—	1 7	—	3 2	—	3 4
12.	7.	—	3 1	—	1 7	—	3 1	—	3 4
19.	7.	—	3 1	—	1 7	—	3 1	—	3 4
26.	7.	—	3 1	—	1 7	—	3 1	—	3 4
16.	8.	—	3 1	—	1 8	—	3 —	—	3 4
23.	8.	—	3 2	—	1 9	—	3 —	—	3 4
30.	8.	—	3 1	—	1 9	—	3 —	—	3 4
6.	9.	—	3 1	—	1 9	—	3 —	—	3 4
13.	9.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
20.	9.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
27.	9.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
4.	10.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
11.	10.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
18.	10.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
25.	10.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
1.	11.	—	3 1	—	2 2	—	3 —	—	3 4
8.	11.	—	3 1	—	2 2	—	3 —	—	3 4
22.	11.	—	3 1	—	2 1	—	3 —	—	3 4
6.	12.	—	3 1	—	2 1	—	3 —	—	3 4
13.	12.	—	3 1	—	2 1	—	3 —	—	3 4
20.	12.	—	3 1	—	2 1	—	3 —	—	3 4
27.	12.	—	3 1	—	2 1	—	3 —	—	3 4

1846

10.	1.	—	3 1	—	2 —	—	3 —	—	3 4
17.	1.	—	3 2	—	2 —	—	3 —	—	3 4
24.	1.	—	2 8 ¹ / ₃	—	2 —	—	3 2	—	3 4
31.	1.	—	2 9	—	2 —	—	3 2	—	3 4
7.	2.	—	2 9	—	2 —	—	3 2	—	3 4
14.	2.	—	3 2	—	2 —	—	3 2	—	3 4
21.	2.	—	2 9	—	2 —	—	3 2	—	3 6
28.	2.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
7.	3.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
14.	3.	—	3 1	—	1 9	—	3 2	—	3 6
21.	3.	—	2 9	—	1 9	—	3 2	—	3 6

Rind			Kalb			Schöps			Schwein				
tl.	ngr.	pf.	tl.	ngr.	pf.	tl.	ngr.	pf.	tl.	ngr.	pf.		
<i>1846</i>													
28.	3.	—	3	1	—	1	9	—	3	2	—	3	6
4.	4.	—	2	9	—	1	9	—	3	2	—	3	6
11.	4.	—	3	—	—	1	9	—	3	2	—	3	6
18.	4.	—	3	1	—	1	9	—	3	2	—	3	6
25.	4.	—	3	2	—	1	9	—	3	2	—	3	6
2.	5.	—	3	1	—	1	8	—	3	2	—	3	6
9.	5.	—	3	2	—	1	8	—	3	2	—	3	6
16.	5.	—	3	1	—	1	8	—	3	2	—	3	6
23.	5.	—	3	1	—	1	8	—	3	2	—	3	6
30.	5.	—	3	2	—	1	8	—	3	2	—	3	6
6.	6.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	6
13.	6.	—	3	2	—	1	8	—	3	2	—	3	6
20.	6.	—	3	2	—	1	8	—	3	2	—	3	6
27.	6.	—	3	2	—	1	8	—	3	2	—	3	6
4.	7.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	6
11.	7.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	6
18.	7.	—	3	4	—	1	8	—	3	2	—	3	6
25.	7.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	6
1.	8.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	6
8.	8.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	6
15.	8.	—	3	3	—	1	8	—	3	2	—	3	8
22.	8.	—	3	3	—	1	9	—	3	2	—	3	8
29.	8.	—	3	4	—	2	—	—	3	2	—	3	8
5.	9.	—	3	4	—	2	—	—	3	2	—	3	8
12.	9.	—	3	3	—	—	—	—	3	1	—	4	—
19.	9.	—	3	3	—	—	—	—	3	1	—	4	—
									3	1	—	4	—

Tabelle II

Preise für ein Pfund Fleisch in Pfenningen

	1800	1801	1802	1803	1804	1805	1806	1807	1808	1809	1810	1814
Januar	25,5	27,5	30,3	30,5	29,5	31,3	31,3	44,5	38,8	33,3	35,0	37,8
Februar	25,5	27,5	30,3	30,0	29,5	31,3	31,3	41,0	38,8	33,3	31,8	37,8
März	25,5	27,5	30,3	30,3	29,5	31,3	31,3	41,0	38,8	33,3	31,8	37,8
April	25,5	27,5	30,3	30,0	29,5	31,3	36,0	41,0	36,0	33,3	31,8	37,8
Mai	25,5	27,5	30,3	30,0	29,5	31,3	36,0	41,0	36,0	33,3	31,8	37,8
Juni	25,5	27,5	30,3	29,5	30,3	31,3	38,3	41,0	35,0	35,0	31,8	37,8
Juli	25,5	27,5	30,3	29,5	30,3	31,3	38,3	38,8	35,0	35,0	31,8	37,8
August	28,3	29,5	30,3	29,5	30,3	31,3	38,3	38,8	35,0	35,0	31,8	37,8
September	28,3	29,5	30,5	29,5	30,3	31,3	38,3	38,8	35,0	35,0	31,8	37,8
Oktober	28,5	30,0	30,5	29,5	30,3	31,3	44,5	38,8	35,0	35,0	31,8	37,8
November	28,5	30,0	30,5	29,5	31,3	31,3	44,5	38,8	35,0	35,0	31,8	37,8
Dezember	28,5	30,0	30,5	29,5	31,3	31,3	44,5	38,8	35,0	35,0	31,8	37,8
Jd.*	26,7	28,5	30,4	29,8	30,1	31,3	37,7	40,2	36,1	34,3	32,1	37,8

* Jahresdurchschnittspreis

	1815	1816	1817	1818	1819	1820	1821	1822	1823	1824	1825	1826
Januar	37,8	37,0	34,8	38,5	35,3	29,5	27,3	26,5	26,3	26,3	25,0	25,3
Februar	38,8	37,0	35,0	36,8	35,3	29,3	27,3	26,5	26,3	25,5	25,0	23,8
März	38,8	34,5	35,3	36,3	33,0	28,8	26,8	26,5	26,0	25,8	25,3	24,0
April	38,8	33,5	35,8	36,3	33,0	28,8	26,3	27,0	26,0	25,5	25,8	23,8
Mai	38,8	35,5	37,0	36,3	33,0	28,0	26,3	26,8	26,0	26,3	25,5	23,8
Juni	38,8	35,5	37,0	35,5	33,0	28,5	26,5	26,8	25,8	26,3	25,3	24,0
Juli	38,8	36,3	37,3	35,5	33,0	28,5	25,5	27,3	26,0	26,0	25,3	23,5
August	38,8	34,0	37,0	35,5	31,5	28,5	25,8	26,8	26,0	26,0	25,0	22,8
September	38,8	34,0	37,8	35,8	33,0	27,5	25,8	26,5	26,3	26,0	25,5	23,0
Oktober	38,8	34,5	38,8	36,5	33,0	28,0	25,5	26,8	26,3	28,3	25,8	23,0
November	36,5	34,8	38,8	36,0	33,0	27,8	29,7	26,3	26,0	25,0	25,3	23,0
Dezember	36,5	34,8	38,8	36,0	30,3	27,8	26,8	26,3	26,3	25,0	25,3	23,0
Jd.	38,3	35,1	37,0	36,3	33,0	28,4	26,6	26,7	26,1	26,0	25,3	23,6

	1827	1828	1829	1830	1831	1832	1833	1834	1835	1836	1837	1838
Januar	23,0	23,0	24,8	27,3	25,8	25,5	26,0	26,0	28,0	22,6	27,3	27,5
Februar	23,0	23,0	25,0	26,0	25,3	25,0	25,5	25,5	28,0	22,6	27,3	27,5
März	22,8	23,0	24,8	26,0	25,0	25,0	25,5	25,5	28,0	24,4	27,3	27,5
April	22,8	23,8	24,8	26,0	25,3	25,5	25,0	25,3	28,0	23,5	27,3	26,3
Mai	22,5	23,8	24,8	25,5	25,3	25,5	25,0	25,0	22,6	23,5	27,0	26,0
Juni	22,5	23,8	24,5	25,5	25,3	25,5	25,0	24,8	22,6	24,5	27,0	26,0
Juli	22,3	23,8	24,3	25,5	25,3	25,5	24,8	24,8	22,6	24,5	27,0	26,0
August	22,5	23,8	24,5	28,7	24,8	26,0	24,8	24,8	22,6	24,5	26,3	26,0
September	22,5	24,3	24,8	26,0	25,5	26,0	24,8	28,0	22,6	24,5	26,8	26,0
Oktober	22,5	26,3	25,0	28,7	25,5	26,0	28,7	28,0	22,6	24,5	26,8	26,0
November	23,0	26,3	27,7	28,3	25,5	26,0	28,7	28,0	22,6	24,5	27,5	26,8
Dezember	23,3	24,8	27,3	25,8	28,0	25,5	26,0	28,0	22,6	27,3	27,5	26,8
Jd.	22,7	24,1	25,2	26,6	25,6	25,6	25,8	26,1	24,4	24,2	27,1	26,5

	1839	1840	1841	1842	1843	1844	1845	1846
Januar	26,8	25,8	25,5	25,5	26,0	36,3	30,3	28,8
Februar	26,8	25,3	25,5	25,5	26,0	33,8	29,4	29,5
März	26,3	25,8	25,5	25,5	31,8	31,5	29,5	29,5
April	26,3	25,3	25,5	25,5	35,3	31,8	29,5	29,3
Mai	26,3	25,3	25,5	25,3	35,8	31,3	29,5	29,5
Juni	26,3	25,3	25,5	25,3	35,8	30,8	27,9	29,5
Juli	26,3	25,3	25,5	25,3	34,3	30,8	28,3	29,8
August	25,3	25,3	25,5	25,3	37,5	29,5	28,3	30,3
September	25,3	25,3	25,5	24,5	39,0	30,5	28,8	34,7
Oktober	25,8	25,3	25,5	24,5	39,5	30,8	28,8	—
November	25,8	25,3	25,5	24,5	39,5	29,8	29,3	—
Dezember	25,8	25,3	25,5	26,0	35,8	29,3	29,0	—
Jd.	26,1	25,4	25,5	25,2	34,7	31,4	29,1	30,1

Tabelle III

Durchschnittspreis für ein Pfund Fleisch in Pfennigen

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1800	26,7	100,0	1824	26,0	97,4
1801	28,5	106,7	1825	25,3	94,8
1802	30,4	113,9	1826	23,6	88,4
1803	29,8	111,6	1827	22,7	85,0
1804	30,1	112,7	1828	24,1	90,3
1805	31,3	117,2	1829	25,2	94,4
1806	37,7	141,2	1830	26,6	99,6
1807	40,2	150,6	1831	25,6	95,9
1808	36,1	135,2	1832	25,6	95,9
1809	34,3	128,5	1833	25,8	96,6
1810	32,1	120,2	1834	26,1	97,8
1811	—	—	1835	24,4	91,4
1812	—	—	1836	24,2	90,6
1813	—	—	1837	27,1	101,5
1814	37,8	141,6	1838	26,5	99,3
1815	38,3	143,4	1839	26,1	97,8
1816	35,1	131,5	1840	25,4	95,1
1817	37,0	138,6	1841	25,5	95,5
1818	36,3	136,0	1842	25,2	94,4
1819	33,0	123,6	1843	34,7	130,0
1820	28,4	106,4	1844	31,4	117,6
1821	26,6	99,6	1845	29,1	109,0
1822	26,7	100,0	1846	30,1	112,7
1823	26,1	97,8			

PAUL PESCHKE

Geschichte der deutschen Sozialversicherung

Verlag Tribüne, Berlin 1962, 501 Seiten, Preis DM 8,—

Zur Geschichte der deutschen Sozialversicherung existiert eine umfangreiche Literatur. Seit die herrschende Klasse in der Sozialpolitik in zunehmendem Maße ein geeignetes Mittel zur Führung des Klassenkampfes erkannte, erhielt auch dieser Teil der Geschichte eine entsprechende Bedeutung. Es hat deshalb seit ihrer Entstehung in den achtziger Jahren noch kaum eine Zeit gegeben, in der diese Thematik von der bürgerlichen Historiographie vernachlässigt worden wäre. Bei der Unterschiedlichkeit der Betrachtung und der Hervorhebung einzelner Teile der sozialen Gesetzgebung, einzelner Zeitabschnitte, Institutionen oder Personen, die in der sozialpolitischen Praxis eine Rolle gespielt haben, findet sich immer der gleiche Tenor: Entstehung und Weiterentwicklung der Sozialversicherung sind das Ergebnis sozialer Einsicht und sozialen Empfindens der herrschenden Klasse, während die Arbeiterklasse nur Objekt, nie aber handelnde historische Kraft im sozialpolitischen Geschehen ist. Erfahren so schon die subjektiven Faktoren in der Entwicklungsgeschichte der Sozialversicherung eine falsche Bewertung, die objektiven Faktoren, nämlich die völlige Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, die Ausbeutung und ihre ständige Intensivierung, die zu den wachsenden sozialen Widersprüchen und zum sozialen Elend führen, unterschlägt man ganz. Aus dem engen Zusammenhang mit dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen gerissen, erscheint die Sozialpolitik und damit auch die Sozialversicherung in der bürgerlichen Geschichtsschreibung einseitig als ein Produkt der Kabinettspolitik, bei dem einzig und allein Staatsklugheit und Wohltätigkeit Pate gestanden haben. So zurechtgemacht, kann die Geschichte der sozialen Gesetzgebung und der sozialen Einrichtungen bequem als „Beweismaterial“ für die diversen Theorien benutzt werden, mit denen die monopolkapitalistischen Apologeten den antagonistischen Charakter ihres Staates verschleiern möchten.

Es ist schon längst an der Zeit, endlich eine marxistische Geschichte der sozialpolitischen Entwicklung in Deutschland zu schreiben. Dies ist notwendig sowohl für die Widerlegung der monopolkapitalistischen Theorien als auch für die Formung des neuen sozialistischen Geschichtsbewußtseins, denn auch auf sozialpolitischem Gebiet war und ist der Kampf der Arbeiterklasse einer der wesentlichen Hebel für die Einführung und Weiterentwicklung sozialer Maßnahmen und Gesetze. Paul Peschke, ein in der Arbeiterbewegung bekannter Funktionär, hat nun mit seiner „Geschichte der deutschen Sozialversicherung“ einen ersten Beitrag zu dieser Aufgabe geleistet. Sein Verdienst ist infolgedessen

außerordentlich groß; es beruht jedoch nicht nur auf der Notwendigkeit solcher Arbeiten, es beruht im gleichen Maße auf der reichen Materialsammlung, die er damit anbietet, denn es handelt sich in überwiegendem Maße um Tatsachematerial über die aktive Rolle der Arbeiterklasse bei der Schaffung und Weiterentwicklung sozialer Einrichtungen, Versicherungskassen etc.

Die Darstellung umfaßt nicht nur die Zeit des Kapitalismus, die natürlich den breitesten Raum einnimmt, sie spannt sich in einem weiten Bogen von der Urgemeinschaft bis zur Gegenwart und ist so ein Stück Geschichte des immerwährenden Kampfes der unterdrückten Klassen um die Sicherung ihrer Existenz. Indem sie aber mit der Übergabe der Sozialversicherung an die Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik endet, werden auch die Erfüllung dieses langen, schweren Kampfes und der Weg in eine glückliche Zukunft gezeigt, wo es keine Sorgen und keinen Kampf um die soziale Sicherheit mehr gibt, weil sie zum selbstverständlichen Bestandteil des Lebens aller geworden ist.

Die Quellen des Buches bestehen im wesentlichen aus bereits vorliegenden Veröffentlichungen, die allerdings zum großen Teil breiteren Kreisen nicht bekannt sein dürften. Archivmaterial wurde nicht herangezogen. Das ist spätestens für die Zeit ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu bedauern, da es im Deutschen Zentralarchiv Potsdam und Merseburg sicher noch sehr viel aufschlußreiches Material zu diesem Thema gibt. Denn wenn auch der Kampf der Arbeiterklasse der wesentlichste Hebel für die sozialpolitische Entwicklung ist, so wäre es doch eine Vereinfachung, wollte man schlechthin alle Maßnahmen auf diesem Gebiet nur als Zugeständnisse der Kapitalisten deuten. Profit- und Konkurrenzinteressen der Unternehmer, das Interesse der herrschenden Klasse an der Minderung oder Vermeidung gefährlicher sozialer Spannungen, die Erfordernisse eines ständig moderner und komplizierter werdenden Produktionsapparates haben ebenfalls zur Förderung der Sozialpolitik beigetragen. Zu dieser Seite der Entwicklung, die natürlich ebenfalls zur Geschichte aller Zweige der Sozialpolitik gehört, gibt es in den Archiven reichlich Material. Im vorliegenden Buch fehlen diese Untersuchungen fast völlig, und das ist sehr bedauerlich. Um so mehr, als Sozialpolitik heute in allen kapitalistischen Ländern eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, angefangen von den Maßnahmen einzelner Konzerne bis zu denen der Regierung, der EWG und des Europarates. Die hier zugrunde liegenden Beziehungen zu untersuchen — und man braucht Klarheit über die historische Entwicklung, um sie deutlich zu erkennen —, darauf kommt es heute mehr denn je an. Auch die Geschichte der Sozialpolitik ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Der Klassenkampf aber wird nicht nur einseitig von der Arbeiterklasse, er wird auch — und zwar mit allen Mitteln — von seiten der Kapitalisten geführt. Die Sozialpolitik ist eines der Mittel, mit denen man bestechen und korrumpieren möchte. Sie ist es in sichtbar zunehmendem Maße seit dem Ausbruch der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, und sie ist es noch weit mehr seit der Existenz des sozialistischen Lagers.

Es hätte den Wert des vorliegenden Buches sehr erhöht, wenn im Rahmen der Thematik die Klassenbeziehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zumindest in großen Zügen etwas umfassender herausgearbeitet worden wären. Der Autor hätte damit viel zu einer besseren Einschätzung der sozialpolitischen Vorgänge, wie wir sie heute in den kapitalistischen Ländern beobachten, beitragen können.

Wer den Titel des Buches liest, vermutet zunächst nicht, daß er darin mehr als die Geschichte der Sozialversicherungsgesetze (Unfall-, Kranken-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, Gesetzgebung ab 1883) findet, die allgemein unter dem Begriff „Deutsche Sozialversicherung“ bekannt geworden sind. Peschke geht, wie bereits gesagt, viel weiter zurück. Er fängt mit der Urgemeinschaft an und versucht, für diese und alle folgenden Gesellschaftsordnungen die Frage nach dem Maß der sozialen Sicherheit zu beantworten, das die Angehörigen der Stammesverbände und später, in den Klassengesellschaften, die unterdrückten Klassen und Schichten genossen haben; und er untersucht weiter, mit welchen Mitteln sie von den Betroffenen in den verschiedenen Zeiten bestmöglich hergestellt bzw. erkämpft wurde. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, schon im Titel diese viel weitergehende Thematik kenntlich zu machen. Wenn man nun allerdings vom Anliegen ausgeht, wie es eben kurz skizziert wurde, dann wird auch klar, warum Peschke weniger Wert auf eine genauere Untersuchung der Beziehungen zwischen den verschiedenen antagonistischen Klassen gelegt hat; obwohl damit keineswegs gesagt werden soll, daß ihre Beachtung hierbei überflüssig ist.

Es ist kein Mangel des Buches, wenn im zweiten Kapitel die urgesellschaftlichen Verhältnisse nur kurz und in ganz großen Zügen dargestellt werden. Wir kennen sie aus Engels' Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ und ausführlicher noch aus L. H. Morgans „Die Urgesellschaft“. Aber eine so allgemeine und einfache Darstellung sollte doch zu etwas mehr Vorsicht in der Schlußfolgerung führen, denn sie läßt diese nur in ebenso allgemeiner Form zu, keinesfalls aber in so spezieller (speziell im Vergleich mit der sehr allgemeinen Darstellung, die der Autor gibt), wie Peschke sie zieht. „Gegenseitige Hilfe war ein Brauch“, heißt es da, „dessen Mißachtung durch einen Gentilgenossen schwere Bestrafung bis zur Ächtung und Ausstoßung aus dem Stamm durch öffentlichen Ratsbeschluß zur Folge hatte . . . Die Alten waren hoch geehrt. Sie wurden von ihrem Stamm oder von ihrer Sippe ernährt, wenn sie selbst nicht mehr an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen konnten . . . Die Ehrung und Pflege der Alten war ein ungeschriebenes Gesetz.

Damit können wir die erste Periode gegenseitiger Hilfe in der Menschheitsgeschichte abschließen. Es ist erstaunlich, daß so viele Forscher bisher an dieser großartigen Solidarität der Gesellschaft vorbeisehen konnten. Vielleicht weil es keine festumrissenen Leistungen, keine Beiträge gab? Aber in dieser Gesellschaft gab es ein soziales Prinzip, durch vieltausendjährigen Gebrauch geheiligt, geschützt und angewandt. Der Lebensunterhalt der erkrankten, invaliden und alten wie hinterbliebenen Gesellschaftsmitglieder, alle mögliche Hilfe, war durch die Gemeinschaft gesichert. Die von den Lobsängern Bismarcks gepriesene ‚Lösung‘ der sozialen Hilfe in Deutschland entpuppt sich dagegen als ein Mammutgebilde an Bürokratie und Zwergleistungen für die Versicherten auf ihre eigenen Kosten“ (S. 21/22).¹

Es hat wenig Sinn, die Bismarckzeit mit der Urgesellschaft zu vergleichen, denn die gesellschaftlichen Bedingungen sind so absolut verschieden, daß ein Vergleich immer schief, unverständlich und in jeder Weise anfechtbar ist. Genausowenig sinnvoll ist es aber auch, die urgesellschaftlichen Verhältnisse auf diese Weise zu idealisieren. Jahrtausende hat die Urgesellschaft auf den verschiedenen Ent-

¹ Alle Seitenangaben ohne Titel im laufenden Text beziehen sich auf das besprochene Buch.

wicklungsstufen existiert, dabei war die gegenseitige Hilfe kein „Brauch“, sondern ein unabdingbares Gesetz der Existenzerhaltung; ihr Ausmaß aber konnte nur abhängig sein vom Stand der Arbeitsproduktivität, der natürlichen Ernährungslage und der Naturbedingungen überhaupt, unter denen die jeweilige Gruppe von Menschen lebte. Aus diesen Voraussetzungen erst ergaben sich Gesetz und Moralprinzipien des Zusammenlebens. Die Verhältnisse, die der Autor — wie zitiert — zusammenfaßt, beschreiben einen für die Urgesellschaft schon sehr hohen Entwicklungsstand. Sie sind deshalb nicht allgemeingültig. Es wäre überhaupt unmöglich, auf so engem Raum die Verhältnisse der gegenseitigen Hilfe in der Urgesellschaft ausführlich darzustellen. Im Sinne des Anliegens, das den Autor veranlaßte, darüber etwas zu sagen, wäre es sinnvoller gewesen zu zeigen, daß die gegenseitige Hilfe — in welchem Ausmaß, in welcher Form sie auch immer geleistet wurde — ein objektiv notwendiges Gesetz des Zusammenlebens und der Existenzerhaltung war. Wer sich selbst ausschloß oder wer ausgeschlossen wurde, der war zum Tode verurteilt, weil er den Kampf um die Existenz gegen die natürlichen Feinde, gegen die Unbilden der Natur nicht allein bestehen konnte.

Hätte Peschke die gegenseitige Hilfe als objektive Notwendigkeit erfaßt und dargestellt, statt als „Brauch“ oder — wie es im übrigen Zitat durchscheint und wie man es in seinem Buch immer wieder findet — als verschwommen-idealisiertes Moralprinzip, so hätte er einen roten Faden gehabt, einen allgemeingültigen Leitgedanken, der seine Arbeit theoretisch sehr viel mehr vertieft hätte. So jedoch zieht sich dieser Mangel, von der Materialfülle zwar etwas verdeckt, durch die ganze Arbeit.

In seinem dritten Kapitel, das die Organisation sozialer Selbsthilfe in der Sklavenhaltergesellschaft behandelt und übrigens sehr interessante Beispiele enthält, wird zwar in der Überschrift zum ersten Absatz richtig gesagt, daß die gegenseitige Hilfe durch das aufkommende Privateigentum zerstört wird, aber dann folgt doch wieder eine ähnlich subjektive Darstellung: „Das soziale Prinzip der Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe, der gesellschaftlichen Hilfe für Kranke, Schwache und Alte, wird von den Mächtigen zerbrochen. An seine Stelle tritt die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen . . .“ (S. 24). Natürlich waren es einzelne Menschen, die da und dort und dann im Laufe der Zeit immer zahlreicher die gültigen urgesellschaftlichen Normen verletzen und das auf Grund ihres Privateigentums an Vieh, an Produktionsmitteln, an Sklaven ohne Gefahr für ihre Existenz, ja, im Gegenteil, höchstwahrscheinlich zum eigenen Vorteil tun konnten. Aber gesellschaftliche Entwicklungsgesetze setzen sich nun einmal durch die Handlungen der Menschen durch, und in diesen Handlungen der „Mächtigen“ setzten sich die objektiven Gesetzmäßigkeiten des aufkommenden Privateigentums durch, sie unterhöhlten die alten Gentilverfassungen und brachten sie *allmählich* ganz zu Fall. Es waren, so subjektiv die Handlungen der einzelnen auch sind, keine Willkürakte, wie es bei Peschke den Anschein hat, sondern es waren objektive Verhältnisse, die über Jahrhunderte wirkten und zur Herausbildung der ersten Klassengesellschaft, der Sklaverei, führten.

Mit der Entstehung des Privateigentums entsteht gleichfalls die Notwendigkeit, es vor den Armen, Besitzlosen und Ausgebeuteten zu schützen. Es entstehen sich ausschließende, das heißt antagonistische Interessen. Die Voraussetzung der

urgesellschaftlichen gegenseitigen Hilfe ist aber das alle umfassende gemeinsame Interesse. Es kann also fortan, solange Klassengesellschaften und Ausbeutung bestehen, nur noch da gegenseitige Hilfe existieren, wo es gemeinsame, nicht-antagonistische Interessen gibt, und wir finden sie auch sowohl auf seiten der Ausbeuter, zum Schutze ihres Eigentums und ihrer Interessen, als auch und vor allem auf seiten der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die Ausbeuter zum Schutze und zur Erhaltung ihrer Existenz. Die gegenseitige Hilfe bleibt — zwar nicht mehr alle erfassend, sondern klassengebunden — auch in den Ausbeuterordnungen eine objektive Notwendigkeit zur Erhaltung der Gesellschaft, das heißt, sie ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. Aber weil sie klassengebunden ist, das heißt nur innerhalb der Klasse wirksam werden kann, ist es eine Utopie zu erwarten oder zu verlangen, daß die herrschende Klasse den Unterdrückten Hilfe im wirklichen Sinne des Wortes leistet, in dem Sinne also, in dem bisher davon gesprochen wurde. Schon hier wird deutlich, daß dieser Begriff sehr vieldeutig ist. Es ist also notwendig, vor allem wenn man soziale Geschichte schreibt, den Begriff genau zu definieren, sehr scharf zu trennen und zu untersuchen, welche Motive in den einzelnen Fällen zugrunde liegen und allein zugrunde liegen können.

Wenn Peschke „die Bereitschaft der preußischen Junker zu sozialer Hilfe“ untersuchen will oder feststellt: „Wenn den Armen geholfen werden sollte, half auch die Order eines Hohenzollern nicht“, und etwas weiter: „Die Sorge der herrschenden Junkerkaste bestand nicht in der Hilfe für die Armen, sondern in der Sicherung ihrer eigenen Herrschaft . . .“ (S. 73 u. 74), dann erhebt sich die Frage: Welche „Hilfe“ wird denn erwartet, und was wird eigentlich unter „sozialer Hilfe“ verstanden? Die Frage ist um so berechtigter, als sich solche und ähnliche Wendungen des öfteren im vorliegenden Buch finden. Natürlich wäre es unsinnig, dem Autor unterstellen zu wollen, er sei so naiv, wirkliche echte Hilfe von der herrschenden Klasse für die Opfer ihrer Ausbeutung zu erwarten. Was er ganz offenbar zeigen will — und auch an vielen Beispielen zeigt —, ist die Erbarmungslosigkeit der Klassengesellschaften. So wie es aber dasteht, erscheint es als moralische Wertung, weil nicht gesagt und vor allem nicht nachgewiesen wird, daß es eine *gesetzmäßige* Erbarmungslosigkeit ist; so wie Marx gezeigt und nachgewiesen hat, daß die Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten im Prinzip kein Betrug, keine unmoralische Handlung, sondern ein durch den Kauf der Arbeitskraft gerechtfertigter Akt ist. „Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.“² Die nicht geleistete „Hilfe“ ist so wenig eine Moralfrage wie die Aneignung des Mehrwerts, denn beiden Vorgängen liegen ökonomische und soziologische Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaftsordnungen zugrunde, weshalb man sie eben nur ändern kann, wenn man ihre Voraussetzungen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, beseitigt.

Überhaupt sollte man mit moralischen Begriffen, wie Hilfsbereitschaft und ähnlichen, in solchen Untersuchungen sehr vorsichtig sein, weil sie in antagonistischen Klassenbeziehungen unterschiedlichen Inhalt haben. Ein Kapitalist,

² Marx, Karl, Das Kapital, Bd 1, Berlin 1951, S. 202.

der irgendwelchen Moralgrundsätzen statt den Bedingungen des Konkurrenzkampfes folgen wollte, würde seine Existenz ruinieren. Seine Moralgrundsätze werden durch die Aufgabe, sein Kapital bestmöglich zu verwerten, ebenso bestimmt wie durch die Überzeugung, daß die Erhaltung und Vergrößerung seines Unternehmens eine erstrangige Pflicht ist, denn nur so ist er Kapitalist, nur so kann er es bleiben, und nur so kann sich die Klasse in ihrer Gesamtheit erhalten.³ Das heißt also, Moralgrundsätze der jeweils herrschenden Ausbeuterklasse werden von den Entwicklungsgesetzen ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer Produktionsverhältnisse bestimmt, die der unterdrückten Klassen und Schichten aber vom Kampf gegen die Ausbeutung und damit vom Kampf gegen die jeweiligen Grundgesetze der Gesellschaftsordnung. Es gehört zu den Klassenkampfaufgaben der herrschenden Klasse, diesen Gegensatz zu verschleiern. Sie tut es, indem sie ihre Moralgrundsätze als „über den Klassen“ stehend etabliert und ihnen zudem eine überirdische Provenienz unterschiebt, um so den Eindruck ewiger Allgemeingültigkeit zu erwecken. Es versteht sich, daß es damit nicht sein Bewenden hat, sondern daß die Bewußtseinsbildung der Unterdrückten mit allen Mitteln in dieser Richtung beeinflußt wird. Gerade deshalb aber wäre es äußerst wichtig gewesen, im vorliegenden Buch nicht nur mit Beispielen (die natürlich äußerst wichtig sind, aber eben nicht allein genügen) zu arbeiten, sondern diese darüber hinaus zu vertiefen, die Allgemeingültigkeit, die Gesetzmäßigkeit herauszukristallisieren. Es mußte gezeigt werden, daß subjektive Neigungen, wie etwa Hilfsbereitschaft, hier nicht maßgebend sind, auch dann nicht, wenn sie da und dort bei Vertretern der herrschenden Klasse vorhanden sind, denn dadurch wird nicht die Entwicklung bestimmt; sie helfen in einzelnen Fällen, aber — und das wird auch gar nicht beabsichtigt — die Zustände können dadurch nicht grundsätzlich verändert werden.

Die Geschichte des Kampfes um soziale Sicherheit ist — wie im vorliegenden Buch an vielen Beispielen gezeigt wird — zu wesentlichen Teilen die Geschichte der sozialen Versicherung. Das aufkommende Privateigentum zerstörte nicht nur die ehemals allgemeingültigen Beziehungen der gegenseitigen Hilfe, es führte auch zu neuen Formen.

In frühen Zeiten schon finden wir Hilfsvereinigungen der Armen und Unterdrückten (vgl. S. 27/28: Kranken- bzw. Sterbekassen der Plebejer im alten Rom, und S. 41—49: Zunft- und Bruderbüchsen der Handwerker, die Knappschaftskassen der Bergleute), die — zwar noch stark vermischt mit Unterstützungselementen — eine neue Form der gegenseitigen Hilfe darstellen. Sie beruhen im wesentlichen auf dem Versicherungsprinzip, das heißt auf der Beitragsleistung (Mitgliedschaft), die Voraussetzung für Unterstützung und Hilfeleistung wird. Damit ist die gegenseitige Hilfe zu einer Sache geworden, zu einer Vertragsangelegenheit, die Pflichten und Rechte einschließt. Der Vorteil gegenüber dem Sparprinzip, das auf der Rücklage einzelner für eigenen Bedarf beruht, liegt auf der Hand: Der Versicherungsfonds wächst sehr viel schneller, und die Hilfeleistung ist früher und umfangreicher möglich. Das Wesen dieser sozialen Versicherung ist die gegenseitige Hilfe, darin liegt ihre Stärke; und dadurch wurde sie sehr bald zu einem wirksamen Mittel für die Sicherung der sozialen Existenz. Sie wurde es aber nicht nur als Hilfsquelle für Krankheits- oder Todesfälle, der

³ Es ist deshalb im Grunde auch nicht richtig, wenn Peschke auf S. 235 von den „selbstsüchtigen Profitinteressen“ der Schwerindustriellen spricht (im Zusammenhang mit der Schutzzollfrage).

gemeinsame Fonds bot auch Hilfe und Rückhalt im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, indem er eine gewisse Unabhängigkeit ermöglichte. So war der Versicherungsfonds auch ein Hilfsfonds im Klassenkampf. Peschke bringt hierzu sehr viele Beispiele, und er zeigt auch, wie schnell die jeweils herrschende Klasse immer Mittel und Wege suchte, um die Verwaltung der Fonds unter ihre Aufsicht, noch lieber aber in ihre Hände zu bekommen. „Von Anfang an suchten die städtischen Obrigkeiten unter dem Vorwand der Besorgnis um die richtige Verwendung der Mitgliedsbeiträge und um die Moral der Gesellen, eine Kontrolle über die Bruderschaften zu erlangen. Vor allem war es ihnen aber um die Bruderbüchse zu tun. Nicht selten ließ der Rat der Stadt dem Büchsenmeister die Büchse wegnehmen und bei einem ihm zuverlässig erscheinenden Zunftmeister verwahren“ (S. 45/46).

Alle diese Vereinigungen, deren Funktion und Aufgabenstellung schon Elemente der späteren Sozialversicherungseinrichtungen und der Gewerkschaften enthalten, waren ausschließlich ohne staatlichen Zwang entstandene Selbsthilfeorganisationen. Während aber die Gesellenverbände als Hilfsvereinigungen allmählich zerfielen, hielten sich die Knappschaftskassen der Bergleute und mündeten letztlich in die Sozialversicherungsgesetze der achtziger Jahre.

Die Besonderheiten des Bergbaus, seine Gefährlichkeit, der notwendige Bedarf an Fachleuten und das damit verbundene Interesse der Berg- und Regalherren, Abwanderungen zu verhüten, begründen unter anderem diese Entwicklung. Den Bergherren selbst war an den Knappschaftskassen als *Hilfseinrichtung* gelegen, gegen ihren Gebrauch als *Kampfkassen* gingen sie dagegen ebenfalls vor. So finden wir im Bergbau nicht nur sehr früh schon die Umwandlung der freiwilligen Abgabe des Büchsenpfennigs in eine Pflichtabgabe, wir finden hier auch erstmals die Verpflichtung der Bergherren zur Beitragsleistung (vgl. S. 51). Wenn dadurch einerseits erstmals die Haftpflicht der Bergherren für entstandene Schäden ausgesprochen und festgesetzt wurde, so gab ihnen der Pflichtbeitrag andererseits eine „rechtliche“ Handhabe, auf der Mitverwaltung der Mittel zu bestehen und über die Verwendung mitzuverfügen (vgl. S. 52). Dadurch mußte die Knappschaftskasse als Rückhalt im Klassenkampf allmählich ihre Bedeutung verlieren und folgerichtig im Laufe der Zeit zur Fessel der Bergleute werden.⁴ Die Knappschaften erhielten durch diese Maßnahmen einen anderen Charakter. Die gegenseitige Hilfe erfolgte unter staatlicher oder bergherrlicher Aufsicht, das heißt, sie wurde da verhindert, wo sie den Interessen der herrschenden Klasse gefährlich wurde, und sie konnte nicht nur, sondern mußte da tätig werden, wo sie *auch* im Interesse der Bergherren lag. Hier zeigt sich schon eine Problematik, die in der Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts, vor allem aber in der zweiten Hälfte, einen ersten Platz einnehmen sollte. Es ist schade, daß Peschke, der eine Fülle von Material über die Entwicklung der Gesellenverbände und Knappschaftsvereine bringt, etwas den durchgehenden, vertiefenden Gedankengang vernachlässigt, der dem Leser mehr Klarheit geben und ihn besser durch den Stoff geleitet hätte.

Mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse wuchs auch die Masse der doppelt freien Lohnarbeiter, das Proletariat; und mit dem Proletariat wuchsen Elend und Not. Die soziale Frage konnte mit christlichen Bettelsuppen und städtischen Spittleinrichtungen nicht mehr bewältigt werden, sie trat

Vgl. dazu: *Robbe, Waltraud*, Die Knappschaftsfessel von Mansfeld, Berlin 1958.

immer stärker in das Licht der Öffentlichkeit und drohte ständig, wie Wagener einmal an Bismarck schrieb, „sich alsbald in eine politische zu verwandeln“⁵. War sie unter feudalen Bedingungen vorwiegend eine lokale Angelegenheit gewesen, unter kapitalistischen Bedingungen wurde sie immer mehr eine den gesamten Staat berührende Frage. Die Legislative mußte sich mit ihr befassen, weil es galt, allgemeine Interessen zu schützen, und weil das junge Proletariat unmißverständliche Forderungen stellte. Die soziale Frage war zur politischen Frage geworden; und wenn bis dahin der Begriff Sozialpolitik noch nicht bestanden haben sollte, in dieser Zeit mußte er zwangsläufig entstehen.

Man kann Peschke nicht folgen, wenn er schreibt: „Der neue Begriff Sozialpolitik war eine sprachliche Ausdrucksform der Auflösung aller alten ökonomischen patriarchalischen Beziehungen der Menschen in das unverhüllte kapitalistische Verhältnis von Warenverkäufern und Warenkäufern.“ Nicht die Auflösung der alten Beziehungen war Sozialpolitik, sondern durch diese Auflösung wurde die Sozialpolitik zwangsläufig — wie bereits schon ausgeführt — eine staatlicherseits nicht mehr zu umgehende Notwendigkeit. Peschke schreibt dann weiter: „Sozialpolitiker wurden solche Leute genannt, die ihr sozialökonomisches Wissen dazu anwandten, um den Machthabern mehr oder weniger wirksame Systeme der sozialen Befriedigung und politischen Beruhigung der an Zahl und politischem Gewicht schnell heranwachsenden Arbeiterklasse zu empfehlen. Keines der ausgedachten Systeme änderte das Ausbeutungsverhältnis. Sie waren in der Regel philanthropischer Art, wenn sie versuchten, die schlimmsten Schäden der Ausbeutung zu mildern. Sie waren aber auch oft mit sozialer Quacksalberei verkleideter Betrug an den Arbeitern. Immer aber versuchten sich die Sozialreformer an der unmöglichen Aufgabe, die Wölfe satt zu machen, ohne daß die Schafe gefressen werden“ (S. 182/183).

Diese Ausführungen, die ja immerhin eine starke Verallgemeinerung der sozialreformerischen Jahrzehnte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts darstellen, enthalten einige Ungenauigkeiten, die sich auch aus der ungenauen Definition des Begriffes Sozialpolitik ergeben. Richtig ist, daß es darum ging, Maßnahmen zur „sozialen Befriedigung“ und zur „politischen Beruhigung“ zu ergreifen. Steigende Unfall- und Krankenziffern führten zu zunehmender Not in den betroffenen Familien, denen oft das Geld für Brot und Kartoffeln fehlte, nicht zu reden von Arzneien und ärztlicher Betreuung, die deshalb in den meisten Fällen fehlte oder nur im alleräußersten Fall notdürftig in Anspruch genommen wurde, was wiederum zu Verkrüppelungen und lebenslänglicher Arbeitsunfähigkeit oder zumindest eingeschränkter Arbeitsfähigkeit und damit zu bitterster Not führte. Bittere Zustände waren oft selbst da, wo der Mann zwölf, vierzehn und mehr Stunden arbeitete, so daß Frauen und Kinder mit für den notwendigen Familienbedarf arbeiten mußten. Wohnungsnot und Wohnungselend griffen in den Städten und Industriebezirken um sich. Die Arbeiterklasse forderte immer lauter und nachdrücklicher die Abänderung dieser Zustände. Der soziale Friede war gefährdet, und seit der Französischen Revolution wußte die herrschende Klasse, daß man solche Zustände nicht sich selbst überlassen konnte; seit der Pariser Kommune aber saß ihnen die Angst vor den Volksmassen im Nacken.

⁵ H. Wagener, ab 1866 Bismarcks Geheimer Vortragender Rat, an Bismarck v. 18. 4. 1863 — Nachlaß Bismarcks im Privatarchiv Friedrichsruh, zit. nach: *Vogel, Walter*, Bismarcks Arbeiterversicherung, Braunschweig 1951, S. 121.

Gefährdet aber war allmählich auch der notwendige Arbeitskräftenachwuchs, zu hoch war der Verschleiß der Arbeitskräfte. Das Kapital gelangte an den Punkt, wo seine Verwertungsbedingungen gefährdet wurden. Der Übergang von der extensiven zur intensiven Ausbeutung, der seit den fünfziger und sechziger Jahren einsetzte, verschärfte alle Probleme nur noch mehr.

In rücksichtsloser Profitgier wurden die Arbeitskräfte, Männer, Frauen und Kinder, dem Kapital geopfert. Die Lebenskraft der Nation war ernsthaft bedroht und machte eine Abhilfe im allgemeinen Interesse immer dringender.⁶ Die Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, bewegte besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Theoretiker und Praktiker in gleichem Maße. Es ging dabei so wenig um Philantropie wie um die Abschaffung der Ausbeutung, es ging um die Änderung der inzwischen unhaltbar gewordenen Zustände. Unhaltbar, weil innen- und außenpolitische Interessen gefährdet wurden, unhaltbar auch, weil — wie der Autor selbst schreibt — „die moderne Industrie . . . zur Anwendung der neuen technischen Produktivkräfte den neuen, höher qualifizierten Arbeiter“ brauchte, „der gegen die Wechselfälle der Arbeit und des Lebens besser geschützt sein mußte, wenn er den neuen technischen Anforderungen gewachsen sein sollte“ (S. 293). So unterschiedlich die empfohlenen „Systeme“ zum Teil waren, es ging allen nur um die Änderung bestimmter Zustände, nicht aber um die Abschaffung der „gottgewollten Ordnung“, es ging um Reformen, um Revolutionen zu vermeiden.

Die Verhältnisse lagen so, daß es im Interesse der herrschenden Klasse liegen mußte, soziale Reformen, das heißt sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen, besonders als es sich zeigte, daß die Kraft der Arbeiterklasse durch das Sozialistengesetz nicht geschwächt, sondern vielmehr gestärkt wurde. Am besten wird die Lage dadurch charakterisiert, daß die Sozialversicherungsgesetze samt und sonders gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen wurden. Die Arbeiterklasse war in der Lage, ihre Forderungen so zu stellen, wie sie ihren wirklichen Bedürfnissen und Interessen entsprachen, weil die herrschende Klasse auf jeden Fall etwas unternehmen mußte. Wenn das, was dann dabei herausgekommen ist, auch weniger war, als die Arbeiter gefordert hatten, es war immer mehr, als vorher war, es war ein grundsätzlich neuer Ausgangspunkt für den weiteren Kampf um die Verbesserung ihres Lebensstandards.

Unverständlich allerdings ist es, wenn der Autor schreibt: „Die Sozialversicherungsgesetze Bismarcks waren keine Schöpfungen sozialer Technik, es wären sonst miserable Techniker gewesen. Ihre Mängel entsprangen vielmehr der von uns dargestellten Politik Bismarcks. Es handelt sich um politische Schöpfungen, um politische Sozialgesetze, die natürlich in sozialtechnischem Gewande erscheinen mußten. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse handelte es sich nicht um eine fortschrittliche Politik“ (S. 284/285).

Was unter „Schöpfungen sozialer Technik“ verstanden wird oder werden soll, ist völlig unklar, wie es ebenso unklar ist, weshalb die „politische“ Schöpfung in völligen Gegensatz dazu gestellt wird. Diese absolute Trennung verweist wieder auf die für eine Klassengesellschaft unklaren, ja, sobald es die Beziehungen antagonistischer Klassen betrifft, geradezu falschen Hilfsvorstellungen, über die bereits gesprochen wurde und die der Autor hier offensichtlich mit dem Begriff „sozial“ verbindet. Was anders soll man sich vorstellen, wenn er von einem

⁶ Vgl. dazu *Marx, Karl*, a. a. O., S. 247.

Gesetzeswerk, das von der herrschenden Klasse formuliert und verabschiedet wird, verlangt, es sollte keine politische, sondern eine sozialtechnische Schöpfung sein. Hier wirkten sich eben doch wieder das ungenaue Durchdenken des Begriffes Sozialpolitik aus und — was damit im Zusammenhang steht — die Vernachlässigung der objektiven Voraussetzungen, der Triebkräfte und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung. Darüber wird zwar immer wieder gesprochen, es werden Feststellungen getroffen, das Material wird in dieser Hinsicht aber nicht verallgemeinert. Es erregt immer wieder tiefste Bewunderung, wenn man sieht, mit welchem Fleiß und in welcher Breite Material gesammelt und nach sachlichen Gesichtspunkten zusammengestellt worden ist, aber es fehlt leider die verbindende theoretische Vertiefung.

So kann man auch nicht einverstanden sein, wenn der Autor den Fortschritt in der Sozialgesetzgebung verneint. Sie war sowohl für die Arbeiterklasse selbst als auch für die allgemeine Entwicklung ein Fortschritt, und der Autor widerspricht sich selbst, wenn er dann in der Zusammenfassung schreibt (wie bereits zitiert), daß die moderne Industrie einen „gegen die Wechselfälle der Arbeit und des Lebens“ besser geschützten Arbeiter brauchte. Wenn die Gesetze „weit hinter den sozialen Bedürfnissen“ (S. 285) zurückblieben, dann heißt das lediglich, daß der Fortschritt, gemessen an den Möglichkeiten oder Notwendigkeiten, erbärmlich war, das kann und darf indessen nicht dazu verleiten, ihn ganz zu negieren. Sollte der Verfasser aber die Tatsache als nicht fortschrittlich bezeichnen, daß die Sozialgesetze politische statt „sozialtechnische“ Schöpfungen waren, so wäre diese Einschätzung aus den bereits ausgeführten Gründen unhaltbar und deshalb ebenfalls nicht richtig.

Es kam in dieser Betrachtung darauf an, auf einige theoretische Mängel des Buches hinzuweisen. Bei dem Umfang der Darlegung und der Fülle des Materials ist es unmöglich, auf Einzelheiten einzugehen. Zuweilen wäre eine straffere Darstellung vorteilhafter gewesen, vor allem da, wo durch Wiederholungen die Aufmerksamkeit nachläßt. Einige der hier erhobenen Einwände hätten sich allerdings bei einer entsprechenden Unterstützung und Anleitung des Autors durch den Verlag erübrigt. Trotz allem aber ist das Buch unbestritten ein wertvolles Hilfsmittel für alle, die praktisch oder historisch auf sozialpolitischem Gebiet arbeiten. Das Verdienst Peschkes, als erster eine zusammenfassende Darstellung vorgelegt zu haben, eine Darstellung, in der die sozialpolitische Entwicklung vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus betrachtet wird, ist ungeschmälert.

Über die Politik des imperialistischen Deutschland gegenüber Jugoslawien bis zum 6. April 1941

Zum Erscheinen eines Buches von Sergije Dimitrijević*

VON MARTIN ZÖLLER

Auf jugoslawischem Boden und auf Kosten der jugoslawischen Völker lieferten sich die Monopole der imperialistischen Länder zwischen beiden Weltkriegen eine große Schlacht. Ende der dreißiger Jahre erreichten hier die Gegensätze zwischen dem deutschen und englischen Kapital, „die ein Teil der riesigen Auseinandersetzungen um die Neuaufteilung der Welt“¹ vor dem zweiten Weltkrieg waren, den Höhepunkt. Der Verlust der Kolonien im ersten Weltkrieg veranlaßte die Imperialisten Deutschlands, sich als Ersatz neue halbkoloniale Interessensphären zu erschließen und auf der Balkanhalbinsel feste ökonomische, politische und später strategische Positionen zu erkämpfen. Dies war ohne einen scharfen Kampf gegen die anderen Imperialisten nicht möglich. Es war auch nicht möglich, solche Gebiete einer Konkurrenzmacht abzujagen, ohne die Unabhängigkeit der betreffenden kleinen Staaten stark zu gefährden und schließlich zu beseitigen.

Da auf dem Balkan die Rohstoffbasis vorhanden war, die dem deutschen Imperialismus fehlte, orientierte er sich auf die dortigen wirtschaftlich zurückgebliebenen Staaten, die große Naturreichtümer aufzuweisen hatten. Hier stieß er aber auf das englische und französische Kapital. Besonders letzteres hatte sich auf dem Balkan schon vor dem ersten Weltkrieg etabliert; es sollte aber von dem deutschen und englischen kurz vor dem zweiten Weltkrieg besonders auf dem Territorium Jugoslawiens mehr und mehr zurückgedrängt werden, so daß sich der englische und deutsche Imperialismus in letzter Entscheidung gegenüberstanden. Die Wirtschaft Jugoslawiens wurde im Verlauf dieses Konkurrenzkampfes, unter Mit Hilfe der Regierungen Stojadinović und Cvetković (von 1935 bis 1941), in die faschistische „Großraumwirtschaft“ einbezogen und das jugoslawische Territorium in strategisches Hinterland der Kriegswirtschaft vornehmlich Hitlerdeutschlands verwandelt. Dieses Resultat sollte, als vorläufiger Abschluß des im Riesenausmaß geführten jahrelangen Kampfes zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus um die definitive wirtschaftliche Unterordnung Jugoslawiens, durch einen politischen Akt bestätigt werden. Die achsenfreundliche jugoslawische Regierung Cvetković hatte, auf ultimatives Drängen Hitlers, am 25. März 1941 den Beitritt zum Dreimächtepakt Berlin-Rom-Tokio vollzogen. Damit sollte auch England in der Hauptsache ausgeschaltet sein.

* *Dimitrijević, Sergije*, Das ausländische Kapital in Jugoslawien vor dem zweiten Weltkrieg, Berlin 1963.

¹ Ebenda, S. 271.

Jugoslawien brauchte, entgegen früheren, gesonderten und auch gemeinsamen Plänen beider Achsenmächte, nach Meinung der Hitlerregierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Waffengewalt erobert zu werden. Es genügte ihr angesichts des für den Frühling des Jahres 1941 geplanten Überfalls auf die Sowjetunion vorläufig die Unterordnung der Wirtschaft durch die deutschen Monopole mit Hilfe der einheimischen sowie der deutschen und italienischen fünften Kolonne. Das jugoslawische, von Deutschland abhängige und durch die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes an die Achsenpolitik gebundene Regime, das im Lande mit der Polizei regierte, galt vorläufig als Garantie für die Wahrung der Interessen des deutschen Imperialismus.

Aber diese Beitrittserklärung der kompromittierten jugoslawischen Regierung zum Dreimächtepakt sollte sich sehr bald als deutscher Pyrrhussieg erweisen. Die Ereignisse auf dem Gebiet Jugoslawiens, die der Unterzeichnung des Paktes im Wiener Schloß Belvedere folgten, die Aktionen der Volksmassen am 27. März 1941, waren für das Land selbst wie auch für den ganzen Verlauf des zweiten Weltkriegs von weittragender Bedeutung. Die Regierung wurde durch explosionsartige Aktionen in Belgrad und in vielen Städten und Gebieten des Landes, in denen die Arbeiterklasse starke Positionen hatte, kaum zwei Tage nach der Unterzeichnung des Paktes durch Cvetković und Außenminister Cincar-Marković, gestürzt. Englandfreundliche Militärkreise um den General Simović übernahmen die Regierung und verhinderten, daß die Unzufriedenheit der Massen zu weiteren Konsequenzen für die herrschenden Kreise führte.

Hitler entschied nach diesen dramatischen Belgrader Ereignissen, gegen Jugoslawien einen „Blitzkrieg“ zu führen und es zu zerschlagen.

Am 6. April, nur zehn Tage danach, wurde Jugoslawien von den Armeen der Achsenmächte ohne Kriegserklärung überfallen. Der Widerstand der schlecht geführten und von der fünften Kolonne durchgesetzten jugoslawischen Armee brach schnell zusammen und wurde nach weiteren dreizehn Tagen ganz aufgegeben. Unter Hinzuziehung der faschistischen Regierungen Ungarns und Bulgariens teilten die Achsenmächte danach das jugoslawische Territorium auf. Nach 22jährigem Bestehen wurde der bürgerliche Einheitsstaat aufgelöst.

Das am 1. Dezember 1918 gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen umfaßte die südslawischen Gebiete der ehemaligen Donaumonarchie und die ehemals selbständigen Staaten Serbien und Montenegro. Diese Gebiete sind reich an Rohstoffen, die lange vor dem ersten Weltkrieg die imperialistischen Kreise der europäischen Mächte anzogen. Durch die imperialistische Politik Österreich-Ungarns wurde vor 1914 in Bosnien und in der Herzegowina, in Kroatien, Slowenien und in der Wojwodina von Wiener und Budapester Finanzkreisen in größerem Umfang Kapital angelegt. In Serbien und Montenegro waren Monopole beinahe aller imperialistischen Staaten ebenfalls mit relativ umfangreichen Kapitalanlagen vertreten. Um dem Leser das Verständnis für die hier behandelte Problematik zu erleichtern, soll im folgenden der historische und, soweit dies hierbei möglich ist, der wirtschaftsgeschichtliche Hintergrund der Entwicklung dieser Gebiete näher beleuchtet werden. Den Angaben über die Verhältnisse in Montenegro liegen zum großen Teil unveröffentlichte Materialien aus den DDR-Archiven zugrunde. Sie können in bescheidenem Maße unser Balkanbild ergänzen. Die Bestrebungen der deutschen Kapitalisten vor dem ersten Weltkrieg in diesem Raum sollen dabei näherer Betrachtung unterzogen

werden. Dimitrijević gibt in einer knappen Einleitung von nur einer Seite einen flüchtigen Überblick über das ausländische Kapital in den Gebieten Jugoslawiens, die vor 1914 zur Doppelmonarchie gehörten oder selbständige Staaten süd-slawischer Völker waren.²

Zwei Jahre vor Beginn des ersten Weltkrieges drängten die Armen der jungen bürgerlichen Nationalstaaten Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro den jahrhundertalten Unterdrücker, die Türkei, im ersten Balkankrieg weit in Richtung Bosphorus zurück. Lenin hat diesem serbisch-bulgarischen Sieg über die feudale Türkei große Bedeutung beigemessen.³ Einen großen Teil der Gebiete Mazedoniens und seiner Bewohner, deretwegen Serbien, Griechenland und Bulgarien im zweiten Balkankrieg in Streit gerieten, schlug die aus beiden Kriegen siegreich hervorgegangene serbische und griechische Bourgeoisie ihrem Staat einfach zu. Dasselbe Schicksal widerfuhr den Montenegrinern nach Beendigung des ersten Weltkrieges im Jahre 1918, als sie, ebenfalls als Serben deklariert, Serbien angegliedert wurden.

Gegenüber den anderen süd-slawischen Völkern, den Kroaten und Slowenen, verfuhr die großserbische herrschende Klasse 1918 und später wie jede führende nationale Bourgeoisie in einem bürgerlichen Nationalitätenstaat. Als politisch stärkste Bourgeoisie unterdrückte sie die übrigen Völker und zum Teil auch deren Bourgeoisie, so daß die werktätige Bevölkerung der nichtserbischen Gebiete einer doppelten Ausbeutung unterworfen war. Damit wurde schon der Keim zu den späteren sozialen und nationalen Erschütterungen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen und nachmaligen Jugoslawien gelegt.

Das 1918 entstandene Staatswesen setzte sich aus wirtschaftlich und politisch heterogenen Territorien zusammen.

Die Türken hinterließen nach ihrem Abzug die wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebensten Gebiete im Südosten des Landes. In der Landwirtschaft hemmte das feudale Čifčijstvo-System bis 1912 die Entwicklung Mazedoniens. Außer einigen Betrieben, in denen primitiv Tabak verarbeitet und zubereitet wurde, gab es hier keine Industrie.

Die von Österreich-Ungarn beherrschten Gebiete waren in sich ebenfalls sehr differenziert. Bosnien und die Herzegowina sind reich an Wäldern und Erzen. Ende des 19. Jahrhunderts, gleich nach der Besetzung dieser Gebiete auf Grund des Berliner Kongresses von 1878, begannen Wiener und Budapester Kapitalisten mit der Ausbeutung der Reichtümer dieses Landesteils. Holzfabriken begannen zu arbeiten, und Bergwerke wurden in Betrieb genommen. Das erste Kohlenbergwerk, Kreka, lieferte ab 1885 Kohle und hatte 1914 über 1000 Arbeiter.⁴ Hinzu kamen die Bergwerke Zenica, Kakanj, Mostar, Banjaluka und andere.

Auch im waldreichen Kroatien entstanden zuerst Holzfabriken und holzverarbeitende Betriebe, in die ebenfalls Wiener und Budapester Kapital floß. Im Süden, an der adriatischen Küste, wurde in die aufblühende Zementindustrie italienisches Kapital investiert. Eine größere Chemiegesellschaft — die Aktienvereinigung für Chemieindustrie — wurde in Mittelkroatien gegründet, an der

² Ebenda, S. 15.

³ Lenin, W. I., Die soziale Bedeutung der serbisch-bulgarischen Siege, in: Werke, Bd 18, 4. Ausg., Berlin 1963, S. 390—392.

⁴ Vgl. Vujatović, Jovan, Husinska buna (Husiner Aufstand), Sarajevo 1955, S. 9.

ebenfalls kein einheimisches kroatisches Kapital beteiligt war. Die kroatische Bourgeoisie mußte sich meist, sofern sie sich nicht mit den österreichischen oder ungarischen Kapitalisten oft unter Aufgabe der Nationalität geschäftlich verbunden hatte, auf kleinere Betriebe beschränken.

Die Wojwodina, der fruchtbarste nordöstliche Landesteil der Pannonischen Ebene, wies die ersten Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, unter anderem Zuckerfabriken, auf. In dieses Gebiet floß in der Hauptsache Budapester Kapital. Die einheimische serbische Bourgeoisie bestand hauptsächlich aus Kaufleuten, die über weitreichende Handelsverbindungen verfügten.

Slowenien, der nordöstlichste Teil des Landes, war ökonomisch am weitesten fortgeschritten. Die Reichtümer dieses Landesteils und die enge Berührung mit Wien und seiner näheren Umgebung führten dazu, daß relativ früh Betriebe verschiedener Industriezweige gegründet wurden.⁵

Vor dem ersten Weltkrieg hatten die Serben und Montenegriner je einen unabhängigen Staat. Die Großbourgeoisie der Habsburger Monarchie betrachtete die südslawischen Gebiete als von Natur aus für Österreich-Ungarn bestimmte Kolonialgebiete. Ein Teil dieser Kreise, die Kriegspartei, betrieb eine Politik der gewaltsamen Okkupation Serbiens. Auf Grund eines Geheimvertrages zwischen der Wiener Regierung und dem serbischen Königshaus der Obrenovići von 1881⁶, dessen Realisierung praktisch einer Auslieferung des Landes gleichkam, beherrschte Österreich-Ungarn das serbische Fürstentum beinahe unumschränkt. In dieser Zeit gingen 9/10 des serbischen Exports in oder über die benachbarte Donaumonarchie.⁷ Nach dem Sturz der Obrenovići im Jahre 1903 setzte sich die Annäherung Serbiens an Rußland durch. Selbst der den Obrenovići ergebene langjährige Ministerpräsident Serbiens Vladan Djordjević kam zur Erkenntnis, daß Österreich-Ungarn immer der Hauptfeind des serbischen Staates gewesen war. Djordjevićs ganze politische Tätigkeit war der Annäherung zwischen Serbien und der Donaumonarchie gewidmet gewesen. 1905 schrieb er, dies sei durch die Unvernunft Österreich-Ungarns nicht möglich gewesen.⁸ Um sich aus der österreich-ungarischen Umklammerung zu lösen und um seinen Export ungehindert von der Donaumonarchie auf den westeuropäischen Markt zu bringen, vereinbarte Serbien mit Bulgarien eine Zollunion, die aber von Österreich-Ungarn bald wieder hintertrieben und vereitelt wurde. Der Zollkrieg⁹, der daraufhin 1906 zwischen Serbien und der Habsburger-Monarchie ausbrach und mehrere Jahre andauerte, veränderte bald die außenpolitische Lage Serbiens grundlegend. Französische und belgische Finanzkreise sprangen sogleich ein, gaben Anleihen, lieferten Waffen und investierten Geld zum Bau von Kühllhäusern für die Lagerung von Fleisch und Obst. Nach den französischen und belgischen

⁵ Slowenien ist auch im heutigen Jugoslawien die ökonomisch am weitesten entwickelte Sozialistische Republik.

⁶ Nach den Geheimklauseln der Konvention war u. a. die serbische Regierung verpflichtet, über jeden außenpolitischen Schritt die österreichische-ungarische Regierung zu konsultieren. Vgl. *Protić, Stojan, Tajna konvencija izmedju Srbije i Austro-Ugarske* (Geheimkonvention zwischen Serbien und Österreich-Ungarn), Beograd 1909.

⁷ Vgl. *Todorović, M., Naša ekonomska politika* (Unsere ökonomische Politik), Beograd 1925, S. 58.

⁸ Vgl. *Djordjević, Vladan, Das Ende der Obrenovitch*, Leipzig 1905.

⁹ Auch „Schweinekrieg“ genannt, weil die Donaumonarchie auf Betreiben der ungarischen Großagrarien die Einfuhr des serbischen Viehs und den Transit für serbische Waren gesperrt hatte. Vgl. *Markov, Walter, Serbien zwischen Österreich und Ungarn 1897–1908*, Stuttgart 1934, S. 68 ff., und *Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914*, Bd 2, München 1951, S. 75–77.

profitierten die deutschen Kapitalisten von den eingetretenen Umständen am meisten. Krupp war vorher schon in Serbien auf den Plan getreten.¹⁰ Der Anteil Österreich-Ungarns am Handel Serbiens ging nach Abschluß des Zollkrieges von 90 Prozent auf 16 Prozent zurück.¹¹ 1909 war der deutsche Anteil an der Ausfuhr bereits von 11,75 Prozent auf etwa 40 Prozent gestiegen.¹² Das deutsche Interesse an dem entwicklungsfähigen Serbien war stark angewachsen.

Serbien hatte sich mit dieser Umorientierung wohl dem Zugriff der Großbourgeoisie Österreich-Ungarns entzogen, wurde aber im gleichen Zuge von den Imperialisten der Entente unterjocht.¹³ Bereits 1912 hatte es, obwohl der Handelsumsatz seit Beginn des Zollkrieges von 61 auf 98 Millionen Golddinar gestiegen war¹⁴, 664 Millionen Franken Staatsschulden¹⁵, wiewohl sich die Zahl der Fabriken um ein Drittel, auf 450, erhöhte und die Zahl der Arbeiter auf das Fünffache anwuchs.

Das Ansehen Serbiens als das „Piemont“ der südslawischen Völker war nach dieser Entwicklung, nach der Hinwendung zu Rußland unter der Dynastie der Kradjordjevići und nach den erfolgreichen Balkankriegen weiter gewachsen. Die Schüsse eines Anhängers des großserbischen Nationalismus in Sarajevo, des Bosniers serbischer Nationalität Gavrilo Princip, waren der Auftakt zum ersten, imperialistischen Weltkrieg, in dessen Ergebnis die Abrechnung mit dem Feind der südslawischen Freiheit, mit Österreich-Ungarn, möglich wurde. Seit dem Berliner Kongreß von 1878 hatte es die Donaumonarchie zu verhindern verstanden, daß Serbien und Montenegro eine gemeinsame Grenze erhielten.¹⁶ Durch einen von beiden Völkern und vom montenegrinischen Fürstenhaus damals erstrebten Einheitsstaat hätte die serbische Bourgeoisie die Möglichkeit erhalten, den montenegrinischen Zugang zum Adriatischen Meer ohne Behinderung für ihre Ein- und Ausfuhr zu nutzen. Eines der Hauptanliegen der österreichisch-ungarischen Außenpolitik auf dem Balkan bestand bis 1914 darin, Serbien von der Adria fernzuhalten.

Das Bergland Montenegro, der zweite freie südslawische Staat, hatte einen schmalen Ausgang zum Adriatischen Meer westlich des Skutarisees¹⁷ und war eines der wirtschaftlich rückständigsten, aber auch interessantesten Länder Europas¹⁸, dessen Geschichte heute noch viele Historiker und Völkerkundler in Jugoslawien wie im Ausland zu immer neuen Studien anregt.¹⁹

¹⁰ Vgl. Deutsches Zentralarchiv Potsdam (im folgenden: DZA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr 3111, Lieferungen der Firma Krupp für die serbische Regierung bis 1912.

¹¹ Vgl. *Sosnoshi, A.*, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, Bd 2, Stuttgart 1914, S. 191.

¹² Ebenda. ¹³ *Новая история*, 1870—1918, Bd 3, Moskau 1960, S. 506 f.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Zwei Drittel davon entfielen auf Frankreich. Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 16983, Bl. 39.

¹⁶ Die herrschenden Kreise in Wien und Budapest bedienten sich dabei des Sandschaks Novi Pazar, den sie seit 1878 als Keil zwischen Serbien und Montenegro getrieben hatten. Nach dem ersten Balkankrieg erhielten beide Staaten eine gemeinsame Grenze, aber die nunmehrige serbienfeindliche Politik des montenegrinischen Königs Nikola kam den diesbezüglichen Bestrebungen der Donaumonarchie entgegen, so daß Serbien, nicht zuletzt durch die Gründung Albanien, von der Adria weiterhin ferngehalten wurde.

¹⁷ Montenegro hatte vor dem ersten Weltkrieg eine Fläche von 9080 km² und etwa 300000 Einwohner; die Bevölkerung beschäftigte sich vornehmlich mit Viehzucht und Landwirtschaft.

¹⁸ Gerhard Gesemann behandelt in einigen Werken die Verhältnisse in Montenegro bis 1914, in denen er mit viel Sachkenntnis und Wärme den montenegrinischen Menschen in seiner geschichtlichen Entwicklung darstellt. Vgl. *Gesemann, Gerhard*, Heroische Lebensform, Berlin 1943; *Der montenegrinische Mensch*, Prag 1934; *Helden, Hirten und Hajduken*, München 1935.

¹⁹ Aus einer langen Reihe von Publikationen seien nur einige montenegrinische Arbeiten genannt, deren Anliegen es ist, Montenegro nicht nur als „ideales Land der Helden“ darzustellen, sondern die gesellschaftlichen

Das kleine Land der schwarzen Berge war in der Periode des Vorkriegs-imperialismus unter die Herrschaft des ausländischen Kapitals geraten. Im Lande selbst wurde außer Agrarprodukten nichts produziert, so daß alle Industriegüter eingeführt werden mußten.²⁰ Der österreichisch-ungarische Hafen Triest war der Umschlagplatz für die montenegrinische Ein- und Ausfuhr, die, ähnlich wie im Falle Serbiens vor dem Zollkrieg von 1906, zu 75 Prozent von österreichischen Gesellschaften und Kaufleuten kontrolliert wurden.

Bereits vor 1900 strömte ausländisches Kapital nach Montenegro, zunächst englisches, dann italienisches. Schon 1894 wurde mit englischem Kapital die Anglo-Montenegrin Trading Co Limited, Podgorica, gegründet.²¹ Einige Jahre später baute die Compagna d'Antivaria, hinter der die Banca Commerciale Italiana stand, nicht ohne politische und strategische Hintergründe, den einzigen montenegrinischen Hafen Antivari aus. Hinter diesem Unternehmen standen die Regierungskreise Italiens, die Montenegro vor dem ersten Weltkrieg dazu benutzen wollten, sich das „mare nostro“ am anderen Ufer zu erschließen. Der Bau einer Eisenbahnlinie von Antivari in das Landesinnere Montenegros, der mit italienischem Kapital erfolgte, verriet ebenfalls strategische Ziele.²²

Eine russische Firma baute aus ähnlichen Erwägungen der zaristischen Regierung eine Eisenbahnlinie, die nach Antivari führte, wo sich russische Schiffe wie in einem Freihafen bewegten. Traditionelle, über zweihundert Jahre alte Beziehungen, dynastische Verbindungen zwischen Rußland und Montenegro und Bindungen der montenegrinischen orthodoxen Kirche an die russische führten bis kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges zu jahrzehntelangen periodischen finanziellen Zuwendungen für das kleine Land auf dem Balkan.²³ Dafür befahl eine russische Militärmission die montenegrinische Armee.

Französisches und belgisches Kapital beutete das Eisenerzlager von Sočina aus. Ein holländisches Syndikat erhielt von der montenegrinischen Regierung das Schürfrecht für Erze auf einer Fläche von 219 Quadratkilometern.²⁴

So waren hier beinahe alle imperialistischen Mächte Europas vertreten, und auf der relativ kleinen Fläche Montenegros widerspiegelten sich vor dem ersten Welt-

Verhältnisse, die Türkennot, das am montenegrinischen Volk begangene Unrecht und den Kampf um die Befreiung richtig zu beleuchten: *Pavičević, Branko*, Stvaranje Crnogorske države (Die Schaffung des montenegrinischen Staates), Beograd 1955; *Durković u. Jakšić*, Istorija Samozvanaca (Geschichte der „Samozvancen“), Cetinje 1958; *Durović, Mirčeta*, Trgovački kapital u Crnoj Gori u 19. i u početku 20. veka (Das Handelskapital in Montenegro im 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh.), Cetinje 1958; *Хитрова, Н. И.*, Социално-економическое развитие Черногории в конце XIX. начале XX века (Sozial-ökonomische Entwicklung Montenegros Ende des 19., Anfang des 20. Jh.), in: Краткие сообщения института славяноведения, Nr 20, Moskau 1956, S. 85–95. — Auch die westdeutsche Südostforschung widmet Montenegro ihre Aufmerksamkeit; vgl. *Konstantinović, Zoran*, Deutsche Reisebeschreibungen über Serbien und Montenegro, München 1960.

²⁰ Nach *Stanojević, St.*, Narodna enciklopedija srpsko-hrvatko-slovenačka (Serbisch-kroatisch-slowenische Volkszyklopädie), Bd 2, Beograd 1924, S. 30, gab es vor 1914 in Montenegro 2 Sägewerke mit Dampftrieb, 1 Bierbrauerei und 10 Sägewerke, die mit Wasserkraft betrieben wurden.

²¹ Vgl. *Durović, Mirčeta*, a. a. O. — Auf die Geschäftstätigkeit dieser Firma wird in einem speziellen Kapitel eingegangen (S. 227–233).

²² Nach der Darstellung des deutschen Gesandten in der montenegrinischen Hauptstadt Cetinje sah die Donaumonarchie darin eine starke Gefährdung ihrer Interessen und Sicherheit, da Antivari in der Nähe des k. u. k. Kriegshafens Cattaro lag und die Eisenbahnlinie auch das Hinterland von Cattaro erschloß. Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 2929, Bl. 16, Bericht des Gesandten Pillgrim-Balzatti im Herbst 1905.

²³ Vgl. *Djordjević, Vladan*, Crna Gora i Rusija (Montenegro und Rußland), Beograd 1914.

²⁴ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 16977, Bl. 32; Nr 2929, Bl. 4–12.

krieg die Widersprüche der Imperialisten verschiedener Gruppen. Die deutschen waren auch in Montenegro zu spät gekommen. Deutschland hatte erst 1907 mit dem Fürstentum ein Handelsabkommen abgeschlossen, kurz bevor der montenegrinisch-österreichisch-ungarische Zollkrieg ausgebrochen war. Dieser Zollkonflikt löste, wie kurz vorher der serbisch-österreichisch-ungarische „Schweinekrieg“, große Aktivität der übrigen imperialistischen Gruppen in Montenegro aus. Besonders die italienischen, aber auch französische und englische Unternehmerkreise sahen darin eine Möglichkeit, den Geschäftsanteil der k. u. k.-Konkurrenten zu übernehmen.²⁵

Aber auch Deutschland sah hier eine Chance, seinem nächsten Bündnispartner Österreich-Ungarn die Kundschaft abzugeben. Ganz in diesem Sinne schrieb 1908 der deutsche Gesandte in der montenegrinischen Hauptstadt Cetinje, es dürfte sich jetzt für das deutsche Kapital die Gelegenheit bieten, „einen Teil dieses Marktes an sich zu bringen“²⁶. Er mahnte zur Eile, da bereits von den Unternehmerkreisen anderer Länder Anstrengungen in derselben Richtung gemacht würden. Wie nach dem österreichisch-ungarischen Zollkrieg veränderte sich auch im Außenhandel mit Montenegro die Lage zugunsten Deutschlands. Unter anderem übernahmen deutsche Exporteure die gesamte Zuckerlieferung für Montenegro von ihren österreichisch-ungarischen Konkurrenten.²⁷ Fürst Nikola, absolutistischer Landesherr Montenegros und einer der gerissensten Kaufleute und Börsenspekulanten unter den Dynasten²⁸, erklärte, er werde auch deutsche Industrieerzeugnisse bevorzugen, die bis dahin von Österreich-Ungarn geliefert werden sollten. Beim deutschen Gesandten ließ er durchblicken, daß er sich zunächst gern einige Dampfpflüge deutscher Herkunft für die neuartige Bewirtschaftung seiner Güter schenken lassen würde.²⁹

Eine weitere günstige Gelegenheit ergab sich für das deutsche Kapital in Montenegro mit der Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch den Diplomat Tatar, der sein Studium in Deutschland, in Halle, absolviert hatte. Der Gesandte Pillgrim schrieb, die deutsche Industrie habe in Tatar einen Verbündeten. In der Tat ließ Tatar in den nachfolgenden Jahren relativ umfangreiche Bestellungen von Industrieerzeugnissen in Deutschland vornehmen, für deren Einfuhr nach Montenegro er Zollfreiheit erwirkte.³⁰

²⁵ Ebenda, Nr 16977, Bl. 18.

²⁶ Ebenda, Reichsamt des Inneren, Nr 4386, Bd 1, Bl. 28.

²⁷ Der deutsche Anteil am montenegrinischen Außenhandel betrug 1905 etwa 1 Prozent (der Österreich-Ungarns im gleichen Jahr 72 Prozent). Das waren Geschäfte mit einem Umsatz von 4614 Kronen. Im Jahre 1910 lieferte Deutschland bereits allein für 514 000 Kronen Zucker, der vorher aus der Donaumonarchie kam. Die Gesamteinfuhr Montenegros im Jahre 1905 betrug 5 648 711 Kronen, die Gesamtausfuhr nur 1 705 139 Kronen. Vgl. DZA Potsdam, Reichsamt des Inneren, Nr 4387 Bd 3, Bl. 5 v.

²⁸ Fürst Nikola (1831–1921), seit 1910 König Nikola (auch Nikita), war nicht nur der Schwiegervater zweier Königinnen (des italienischen und serbischen seit 1903), sondern auch zweier russischer Großfürsten. Nikolai Nikolajewi war Oberster Befehlshaber der zaristischen Armee im ersten Weltkrieg. Über die Töchter Nikolas, die in Rußland verheiratet waren und vor 1914 zum Kriege hetzten, weiß Hallgarten Interessantes zu berichten; vgl. *Hallgarten, George*, Imperialismus vor 1914, Bd 2, S. 255 Anm. 2 u. 3. Außer Hallgarten a. a. O., S. 269, 300, gibt auch W. Markov eine treffende Charakteristik Nikolas, die ahnen läßt, zu welchen Manipulationen dieser Monarch fähig war, wenn es um Geldgewinn ging. (*Markov, Walter*, Akteure der Balkandiplomatie von 1878 bis 1912, in: Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen und Geschichte Ost- und Mitteleuropas, Bd 2, Halle 1958, S. 227 f.)

²⁹ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 2929, Bl. 10.

³⁰ Ebenda, Reichsamt des Inneren, Nr 4386, Bd 1, Bl. 121. Schreiben des Gesandten Pillgrim-Balzatti vom 12. Sept. 1908 an das Auswärtige Amt.

Die Balkankriege von 1912 und 1913 durchkreuzten weitere Pläne deutscher Industrie- und Finanzkreise in Montenegro, und der erste Weltkrieg vereitelte sie dann vollständig. Auch die österreichisch-ungarischen Unternehmerkreise verloren durch den Zerfall der Habsburger-Monarchie ihre Positionen in Montenegro, die nach dem ersten Weltkrieg im jugoslawischen Staat von italienischen und französischen Konkurrenten übernommen wurden.

Seit die Imperialisten in Montenegro erschienen waren, herrschte durch die doppelte Ausbeutung der montenegrinischen Bevölkerung im Lande großes Elend. Sehr spät, erst Ende des 19. Jahrhunderts, hatte sich die Geld- und Warenwirtschaft endgültig durchgesetzt. Parallel damit bildete sich eine Handelsbourgeoisie heraus, die durch einen besonders räuberischen Wucher, die „Vadjevina“, gekennzeichnet war.³¹ Der Fürst und spätere König Nikola befand sich durch die Abkehr von Rußland und durch die Hinwendung zu Österreich-Ungarn auch zum größten Teil der Bourgeoisie im Widerspruch. Er inszenierte Bombenattentate gegen sich, ließ sich nach fünfzigjähriger Herrschaft zum König krönen und versuchte, über seine dynastischen Verbindungen sein Prestige zu retten. Nach dem ersten Weltkrieg starb er, vom Volk vergessen, im Exil.

Das tapfere, intelligente montenegrinische Volk, das in zahlreichen Türkenkriegen große Opfer gebracht hatte, wurde auch im alten Jugoslawien wieder unterdrückt. Daß es mit der Art der Regelung seiner sozialen und nationalen Frage nicht einverstanden war, beweist die Tatsache, daß Montenegro zu den Wahlen 1921 zu 50 Prozent kommunistisch gewählt hatte. Nach dem zweiten Weltkrieg erhielt es seine eigene Volksrepublik in der jugoslawischen Föderation und seine Freiheit, die es sich von 1941 bis 1945 wieder unter großen Opfern gegen den deutschen und italienischen Faschismus erkämpfte.

Nach dem ersten Weltkrieg bauten die Monopole der Entente-Mächte ihre Positionen in Serbien weiter aus. Aber schon in den ersten Jahren nach 1918 floß französisches, englisches, belgisches und USA-Aktienkapital in die Gebiete der ehemaligen Donaumonarchie, wo das von Wiener und Budapester Banken vor 1914 angelegte Kapital nunmehr zur Kategorie des ausländischen Kapitals gehörte. S. Dimitrijević verzichtet auf eine chronologische Übersicht des Eindringens ausländischen Kapitals in das 1918 entstandene Staatswesen und geht in der Hauptsache von dem Stand in der Mitte der dreißiger Jahre aus. Er vermerkt nur, daß nach dem Kriege die Investitionen und die Zahl der Aktien große Ausmaße angenommen hatten, und schreibt weiter: „Die billige Arbeitskraft in Jugoslawien, das heißt die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse und ihr niedriger Lebensstandard ebenso wie das Schutzzollsystem — besonders aber der neue Zolltarif von 1925 —, bot große Möglichkeiten, Extraprofiten auf Kosten der jugoslawischen Arbeiter und Verbraucher zu erzielen. Dieser Umstand spornte viele ausländische Firmen an, in Jugoslawien jene Konsumgüter zu produzieren, die bis dahin . . . eingeführt worden waren.“³² Außerdem bedingten die hohe Marktkonjunktur und der Stand der Auslandswährung gegenüber dem jugoslawischen Dinar in der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise einen Massenzustrom von ausländischem Kapital in alle Wirtschaftszweige. Während der Krisenzeit erhöhte sich der Besitzanteil des ausländischen Kapitals, der ausländischen Betriebe und Firmen noch mehr.

³¹ Die Entwicklung des Kapitalismus untersucht sehr gründlich *Durović, Mirčeta*, a. a. O.

³² *Dimitrijević, Sergej*, a. a. O., S. 16.

Neben dem Kapital traditioneller Herkunft erschien in dieser Zeit auf jugoslawischem Gebiet in größerem Ausmaß, alle Konkurrenten überragend, das englische Kapital. Ihm folgte das schweizerische, und nach 1935 kam das deutsche hinzu. Der Schwerpunkt der Untersuchungen Dimitrijevićs liegt somit in der Zeit von 1935 bis einschließlich 1940.

In der Beweisführung des offenbar etwas in Eile geschriebenen Buches, das besonders im tabellarischen Teil des Originals einige durchaus vermeidbare, rein technische Fehler aufweist³³ (die jedoch soweit wie möglich in der deutschen Fassung behoben wurden³⁴), wird von einem sehr umfangreichen Quellenfonds ausgegangen, der bis 1945 in den Geheimtresoren der Monopole und Firmen verwahrt wurde. Wie der Autor im Vorwort ausführt, handelt es sich dabei um 5000 Aktenbände, die nach der nationalen und sozialen Befreiung des Landes in die Hände des Volkes fielen und über fast alle Betriebe des ehemaligen Jugoslawien Auskunft geben. Das vorliegende Buch stellt somit den Extrakt bisher meist unbenutzter und unveröffentlichter Materialien aus diesen 5000 Bänden dar.

Der Autor, Dr. Sergije Dimitrijević, einer der bekanntesten jugoslawischen Historiker, Mitarbeiter der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad, Verfasser einer Reihe von Büchern recht verschiedener Thematik³⁵, ehemaliger Spanienkämpfer und Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, hat im vorliegenden Buch erschöpfend und analytisch die Positionen dargestellt, die das ausländische Kapital in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Landes einnahm. An zahlreichen Beispielen hat er allseitig den folgenschweren negativen Einfluß gezeigt, den das ausländische Kapital auf die Entwicklung der Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Verhältnisse in Jugoslawien ausübte.

Die umfangreichen Archivmaterialien und die Literatur³⁶, die der Autor zur Fertigstellung der vorliegenden Monographie heranzog, ergeben mit den 67 Tabellen und den 8 graphischen Darstellungen eine solide und umfassende analytisch-synthetische Darstellung der Positionen, des Platzes und der Rolle des ausländischen Kapitals, dessen Expansion um 1940/41 das Maximum in der Wirtschaft des ehemaligen Jugoslawien erreichte.

Im synthetischen Teil des Buches wird dem Herrschaftssystem des ausländischen Kapitals, den Trägern und Organisationen, auf die es sich dabei stützte, um seine Interessen zu realisieren, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Damit wird

³³ Unter anderem handelt es sich um Additionsfehler und Fehler ähnlicher Art; im Original in den Tabellen S. 33, 39, 41; die Tabelle auf S. 150 weist gegenüber dem Text auf S. 149 unterschiedliche Werte auf; beide Werte stimmen nicht, richtig = 126,7; Anm. 107 zeigt falsche Tabelle an (38 nicht 34) u. a. m.

³⁴ Fehler wie u. a. auf S. 137 des Originals und auf S. 135 der deutschen Ausgabe, wonach sich in einer Berechnung 100,3 Prozent ergeben, konnten nicht beseitigt werden. Dasselbe gilt für die Zahl der Aktien auf S. 138 der deutschen Fassung.

³⁵ *Srpska socijalistička prevodna literatura* (Serbische sozialistische Übersetzungsliteratur), Beograd 1958; *Dubrovački karavani u Južnoj Srbiji u 17. veku* (Die Dubrovniker Karawanen in Süderbien im 17. Jh.), Beograd 1958; *Dimitrije Tucović*, Beograd 1956; *Radovan Dragović*, Beograd 1954. Die letztgenannten Arbeiten sind Biographien bedeutender sozialdemokratischer Führer Serbiens vor dem ersten Weltkrieg.

³⁶ Trotz des breiten Raumes, den das deutsche Kapital in der Darstellung einnimmt, sind nicht alle Möglichkeiten der Auswertung deutscher Literatur erschöpft worden. Einige Spezialpublikationen deutscher Wirtschafts- und Wissenschaftskreise zur „Erschließung“ des Balkanraumes von vor 1941 fehlen, z. B. die des „Weltwirtschaftlichen Archivs“ in Jena von 1933 bis 1941. Es handelt sich um die Beiträge in den Heften Nr 37, 39, 48 von Otto Frankeš. Man vermißt besonders im Literaturverzeichnis die Standardpublikation der westdeutschen Südostforschung zu Jugoslawien von *Werner Markert*. (Osteuropa-Handbuch Jugoslawien, Köln 1954).

beleuchtet, wie das Monopolkapital sich mit der einheimischen Bourgeoisie verbindet, um seine Herrschaft in den halbkolonialen und wirtschaftlich abhängigen Gebieten zu errichten und zu erhalten.

Der Autor konstatiert für den Fall Jugoslawiens, daß der entscheidende Einfluß, den das ausländische Kapital auf die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens ausübte, dazu geführt hat, daß sein Land in halbkoloniale Abhängigkeit geriet. Die Richtung, die die wirtschaftliche Entwicklung unter diesen Bedingungen, angesichts der scharfen Widersprüche zwischen dem englischen und deutschen Kapital von 1935 bis 1940 nahm, trug die Gefahr in sich, daß Jugoslawien gänzlich in eine Kolonie verwandelt wurde. Die Aufrechterhaltung der formalen Souveränität Jugoslawiens hätte dabei eine untergeordnete Rolle gespielt.

Eine Untersuchung wie die vorliegende ist nur möglich, wenn die Archive in die Hände der mit dem Volke verbundenen Wissenschaftler gelangen, die die verschleierte Bilanzen, die falschen Statistiken, die getarnten Beteiligungen, die Strohmänner und ihre Manöver aufdecken und entlarven. Insofern hat das Buch Dimitrijevićs auch aktuelle Bedeutung für die Völker, die heute noch kolonial unterdrückt werden. Die vom Kolonialismus befreiten Völker, die vorläufig ausländischer Hilfe bedürfen, finden viele Hinweise darin, die die neokolonialistische Variante und die wahren Absichten der Neokolonialisten offenbaren.³⁷

Dem Leser wird die Arbeit mit dem vorliegenden Buch durch seinen systematischen Aufbau sehr erleichtert. So wie das ganze Buch in einen tabellarischen und einen analytischen Teil zerfällt, so hat auch jedes Kapitel seiner Provenienz nach einen statistischen und einen kommentierenden Textteil. Nach den Vorbemerkungen und der Einleitung werden von Kapitel I bis XV alle Wirtschaftszweige behandelt. Dazu wird zumindest je eine Tabelle über den Anteil des ausländischen Kapitals in dem angeführten Wirtschaftszweig, aufgegliedert nach den Herkunftsländern, gegeben.

Ein größeres Kapitel (XVI) behandelt den ausländischen Kapitalanteil allgemein, wobei die Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige zusammengezogen werden. Besondere Bedeutung kommt hierbei jenem Abschnitt zu, in dem Veränderungen der ausländischen Anteile untersucht werden. Das Kapitel XVII behandelt das Herrschaftssystem des ausländischen Kapitals, wobei besonders die außerordentlich große Rolle der Kartelle im Kampf um das Marktmonopol in der jugoslawischen Vorkriegswirtschaft analysiert wird.³⁸ Im Kapitel XVIII werden die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des ausländischen Kapitals auf das gesamte staatliche und gesellschaftliche Leben Jugoslawiens untersucht.

Die acht graphischen Darstellungen bieten eine instruktive Übersicht über das Anteilnetz und die internationalen Verflechtungen einzelner Finanzkolosse. Die Darstellungen von 1 bis 8 umfassen folgende Komplexe: Živnostenska banka — Prag, General Electric Co — New York, I. G. Farbenindustrie — Frankfurt a. M., STAB — Stockholm, „Bata“ — Zlin; das Anwachsen des prozentualen Anteils Deutschlands am jugoslawischen Gesamthandel; Finanzgruppe Morgan; Verbindungen der großen Weltkonzerne untereinander und ihre Beteiligung an der jugoslawischen Wirtschaft.

³⁷ Vgl. *Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus*. Referate und ausgewählte Beiträge, Berlin 1962.

³⁸ Dimitrijević, *Sergije*, a. a. O., S. 215 ff.

Da für das Jugoslawien der Zwischenkriegsperiode, außer einigen Darstellungen der westdeutschen Ostforschung³⁹, wenig Spezialliteratur vorhanden ist und auch in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien, soweit dem Verfasser bekannt ist, nach 1945 keine bedeutenderen einschlägigen Arbeiten — außer Handbüchern, in denen Jugoslawien als eines der Balkanländer mitbehandelt wird — erschienen sind⁴⁰, dürfte das vorliegende Buch mit seiner Materialfülle für die marxistische Forschung von großem Wert sein. Die Balkanstaaten waren am Vorabend des zweiten Weltkrieges gegenüber dem europäischen Imperialismus im allgemeinen und dem aggressiven deutschen Imperialismus im besonderen in wirtschaftliche Abhängigkeit geraten. Die von S. Dimitrijević dargestellte Abhängigkeit Jugoslawiens vom imperialistischen Deutschland steht gewissermaßen stellvertretend für die der übrigen Staaten Südosteuropas. Der Autor schließt mit seiner instruktiven Darstellung eine Lücke, und darin liegt ein weiteres Verdienst seiner Monographie.

Uns interessierten freilich in erster Linie das Wirken deutscher Monopole und Konzerne, das Wirken der imperialistischen deutschen Politik, das Wirken der fünften Kolonne in Wirtschaft und Politik auf jugoslawischem Boden. In dieser Hinsicht finden wir reichlich Material, so daß eigentlich das Buch in einem Untertitel diesem Umstand Rechnung tragen müßte. Gerade unter diesem Aspekt verdient Dimitrijevićs Monographie so große Beachtung.

S. Dimitrijević setzt sich an mehreren Stellen mit den Vorkriegsapologeten des ausländischen Kapitals in seiner Heimat auseinander, besonders mit den einheimischen Vertretern der fünften Kolonne in der jugoslawischen Wirtschaftswissenschaft, Bajkić und Pliverić, die die Notwendigkeit des ausländischen Kapitals für den Aufbau der Wirtschaft eines ökonomisch zurückgebliebenen Landes propagierten.⁴¹ Leider vermißt man, wie bereits erwähnt, unter anderem im Literaturverzeichnis das von Werner Markert 1954 in Köln herausgegebene Jugoslawien-Handbuch, in dem die wirtschaftliche Expansion des faschistischen Deutschland in Jugoslawien völlig ignoriert wird. In dem Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens zwischen den beiden Weltkriegen findet man bei Markert nur einmal als einzigen Hinweis auf die Teilnahme deutschen Kapitals an der jugoslawischen Wirtschaft den Namen Krupp.⁴² Dem Außenhandel mit Deutschland wird jedoch breiter Raum gegeben, dem man eine günstige Einwirkung auf die Entwicklung der jugoslawischen Gesamtwirtschaft zuschreibt. Interessant ist der Vergleich der Tabellen in beiden Büchern. Auf einer der Tabellen im westdeutschen Jugoslawien-Handbuch rangiert Deutschland unter den imperialistischen Staaten mit seinem in-

³⁹ Piper, Wolfgang, Grundprobleme des wirtschaftlichen Wachstums in einigen südosteuropäischen Ländern in der Zwischenkriegsperiode, Berlin-München 1961; Markert, Werner, Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien, Köln 1954.

⁴⁰ Балканские страны, Moskau 1946.

⁴¹ Vgl. Dimitrijević, Sergej, a. a. O., S. 130; Bajkić tritt hier für den Bata-Konzern ein; auf S. 221 u. 142 verteidigt er das Zementkartell. Bajkić war im Vorkriegs-Jugoslawien einer der bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler, veröffentlichte seine Publikationen im Eigenverlag, in denen er immer deutlicher Partei für das ausländische Kapital ergriffen hat. Seine Zugehörigkeit zur fünften Kolonne bestätigt seine sofortige Kollaboration mit dem deutschen Okkupanten in Serbien nach dem 6. April 1941. Er war Berater des ehemaligen deutschen Chefagenten in Jugoslawien, Neuhausen, der nach dem Überfall auf dieses Land durch die Hitlerwehrmacht Wirtschaftsbevollmächtigter für Serbien wurde.

⁴² Vgl. Markert, Werner, a. a. O., S. 221.

vestierten Kapitalanteil an letzter Stelle. Diese Tabelle geht auf amtliches statistisches Material von 1937 bzw. 1938 zurück, das in Jugoslawien bzw. in Deutschland veröffentlicht wurde. S. Dimitrijević mußte zu anderen Ergebnissen über den deutschen Kapitalanteil kommen als der Autor in Markerts Buch. Dimitrijević wertete das Archivmaterial aus, das in den Geheimtresoren der Monopole und ihrer getarnten Betriebe in Jugoslawien nach 1945 gefunden wurde. Es gibt Auskunft über falsche Bilanzen, mehrstufige Beteiligungen und die wahre Herkunft des Kapitals. Aber Dimitrijević ließ sich die Gelegenheit entgehen, mit seinem Material den apologetischen Charakter der westdeutschen Südostforschung zu entschleiern, indem er diese westdeutsche Standardpublikation nach 1945 nicht zur Kenntnis nahm.

Zu den großen Vier, die in der jugoslawischen Wirtschaft vor dem Kriege geherrscht haben, gehörte, neben dem deutschen, englischen und französischen, das Schweizer Kapital. Mit dem Herannahen des Krieges verwandelte sich die Schweiz in eine wichtige finanzstrategische Basis des internationalen Kapitals, und außerdem war sie seit jeher der Sitz großer europäischer Holding-Gesellschaften. Da sich angesichts der Kriegsgefahr das Kapital vieler Länder auf die Schweiz zurückzog, erhielt dieses Land bei Kapitalinvestitionen eine interessante Vermittlerrolle. Oft war es auf diese Weise nicht möglich, die wahre Herkunft des Kapitals festzustellen. Der Autor gibt in einem Anhang des Buches „Über die Vermittlerrolle der Schweiz bei ausländischen Kapitalinvestitionen“ einen Überblick, der ein weitverzweigtes Netz von Querverbindungen vor unseren Augen entstehen läßt.

Unter Schweizer Flagge segelndes Kapital, das in Wirklichkeit englischer Herkunft war, arbeitete mit dem deutschen Okkupanten, das heißt mit dem Kriegsgegner Englands, in Jugoslawien zusammen. Im konkreten Fall handelte es sich um die Textilfirma Metz AG, Zagreb, die zum Schein der Schweizer Seige AG, Glarus, gehörte; in Wirklichkeit handelte es sich aber um Besitz der I. P. CORTS Ltd, Glasgow, die mit 86,5 Prozent am Aktienkapital der Seige beteiligt war.⁴³

Die deutschen diplomatischen Vertretungen registrierten solche Vorgänge, ohne ihren Hintergrund zu kennen, und meldeten von „Umtrieben“ Schweizer Firmen, die entweder selbst direkt oder über ihre Auslandsstützpunkte durch neutrale Staaten an Feindmächte Lieferungen vornahmen, meist getarnt, um die deutsche Kontrolle zu umgehen.⁴⁴

Außerdem war über die Allgemeine Jugoslawische Bankgesellschaft — ein Bankkoloß, von den deutschen Monopolen gegründet, um die verstreuten deutschen Anlagen in Jugoslawien zusammenzufassen — das deutsche mit dem in Jugoslawien auftretenden Schweizer Kapital verbunden, das seinerseits wieder enge Verbindungen zum englischen und nordamerikanischen unterhielt.

Die Schweiz trat Jugoslawien gegenüber mit 34,9 Prozent auch als der größte Kreditgeber auf. Vor dem klassischen Kreditgeberland Frankreich nahm nach der Schweiz die Tschechoslowakische Republik den zweiten Platz ein. Die tschechoslowakischen Anleihen und ihr Gesamtanteil an der jugoslawischen Wirtschaft waren erstaunlich hoch. Die Živnostenska banka, deren Rolle in der

⁴³ Vgl. Dimitrijević, *Sergije*, a. a. O., S. 92.

⁴⁴ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 61652, Bl. 55—59, Berichte der Gesandtschaft in Bern aus den Jahren 1940/41.

graphischen Darstellung I gezeigt wird, übte eine weitverzweigte Tätigkeit aus.⁴⁵ Besondere Positionen hatte das tschechoslowakische Kapital in der Lederindustrie, im Maschinenbau, in der Lebensmittel- und Chemieindustrie.

Bemerkenswert ist der von S. Dimitrijević registrierte Rückgang des französischen Anteils, der nichts mit der Übernahme französischer Gesellschaften und Betriebe durch das deutsche Kapital nach der Besetzung Frankreichs 1940 zu tun hatte. Bereits 1937 begann das französische Kapital, größere Positionen an Deutschland abzutreten. Später verkauften die Franzosen mit den Bergwerken Bor und Trbovlje und den dazugehörigen Betrieben sehr wichtige Objekte an die deutschen Konkurrenten.⁴⁶

Außer Japan waren alle imperialistischen Länder in Jugoslawien vertreten. Es handelt sich um folgende: Deutschland, England, die Schweiz, Frankreich, die Tschechoslowakei, die USA, Italien, Ungarn, Belgien, Schweden, Holland. Die ersten sechs vereinigten allein schon $\frac{4}{5}$ des gesamten ausländischen Anteils an der jugoslawischen Wirtschaft auf sich. Es war die konkretisierte „Handvoll . . . besonders reicher und mächtiger Staaten . . . — die die ganze Welt ausplündern“⁴⁷. Wenden wir uns dem deutschen Kapital in Jugoslawien zu.

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges war der Anteil des deutschen Kapitals in Jugoslawien sprunghaft angestiegen. Die Übernahme österreichischer und tschechoslowakischer Anteile 1938 und 1939, desgleichen die Übernahme großer Teile der französischen, belgischen und holländischen Positionen durch die deutschen Monopole nach den Eroberungszügen der faschistischen Wehrmacht in Westeuropa 1940, vergrößerten den Einfluß des deutschen Kapitals in Jugoslawien beträchtlich.

Die Steigerung des deutschen Aktienanteils von 1935 bis 1940 betrug annähernd 400 Prozent.⁴⁸ Von 1933 bis 1939 stiegen der deutsche Einfuhranteil am jugoslawischen Außenhandel um 361,4 Prozent und der Ausfuhranteil um 229,5 Prozent.⁴⁹ Das Jahr 1940 wies eine weitere Steigerung auf. S. Dimitrijević hat festgestellt, daß Deutschland mit der Beteiligung an 186 von 740 Betrieben, die mit ausländischem Kapital arbeiteten, den entscheidenden Einfluß auf die jugoslawische Wirtschaft ausübte, da die wichtigsten Wirtschaftszweige und Objekte von den deutschen Monopolen kontrolliert und geleitet wurden. Sicher würden die in den Betriebsarchiven der DDR liegenden Materialien weitere Ergänzungen auf diesem Gebiet ergeben, wie sich dies schon im Falle des Wirtschaftsfacharchivs der Kali-Industrie erwiesen hat.⁵⁰ Noch deutlicher zeigen sich diese Ergänzungsmöglichkeiten im Jugoslawienkapitel des Buches von Hans Radandt, zu dem das Archiv des Mansfeld-Konzerns sehr interessantes Material geboten hat.⁵¹ Unter dem Aspekt des Jugoslawiengeschäfts könnte auch eine Durchsicht

⁴⁵ Vgl. *Dimitrijević, Sergije*, a. a. O., S. 80 a.

⁴⁶ Ebenda, S. 55.

⁴⁷ *Lenin, W. I.*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd 1, Berlin 1961, S. 773.

⁴⁸ Vgl. *Dimitrijević, Sergije*, a. a. O., S. 187.

⁴⁹ Ebenda, S. 189.

⁵⁰ Der Archivar Ohlendorf aus Staßfurt teilte dem Verfasser mit, daß im erwähnten Archiv einige Bände vorhanden sind, die über die Konzessionen des Kupferbergwerk-Reviers von Bor und über die Geschäftstätigkeit einiger Gesellschaften Aufschluß geben.

⁵¹ *Radandt, Hans*, *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*, Berlin 1958, Kapitel über Jugoslawien, S. 243–258; ausgewertet wurden Materialien des Archivs des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck“, Eisleben, die das Kupferbergwerk Bor betreffen.

des in der DDR vorhandenen Archivmaterials der IG-Farben zu Ergebnissen führen, die einige Vermutungen S. Dimitrijevićs bestätigen⁵² und über die in Westdeutschland publizierten Erkenntnisse hinausgehen dürften.⁵³ Die wahre Rolle der IG-Farben in Jugoslawien war vor dem Kriege, aber auch lange nach 1945, nicht bekannt. Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Deutschland hatte sich die IG-Farben auch den Aussiger Chemieverband und die Dynamit Nobel unterworfen, die in Jugoslawien größere Stützpunkte hatten. Der mächtige Trust, der im Hintergrund von 24 Betrieben stand, hatte durch sein Verkaufs- und Versorgungsnetz in Jugoslawien verhindert, daß neue chemische Fabriken im Lande gebaut wurden. Der einzige dennoch aufgebaute Betrieb, der mit seiner Produktion den jugoslawischen Stickstoffbedarf gedeckt hatte, wurde im Zuge der mit dem deutschen Generalstab koordinierten Wirtschaftspolitik nach 1941 demontiert und in Deutschland von der IG-Farben wieder aufgebaut. S. Dimitrijević schreibt darüber folgendes: „In der Vorkriegsperiode organisierte die I. G. Farben die Wirtschafts- und Militärspionage des faschistischen Deutschland in der chemischen Industrie.“⁵⁴ Über den gleichen Konzern heißt es weiter: „Die Betriebe der I. G. Farben waren in Jugoslawien nicht nur Zentren der deutschen Spionage, sondern über sie wurden sogar die ausländischen Agenten bezahlt.“⁵⁵

Krupp hatte mehrere Betriebe in Jugoslawien, aber der wichtigste, in dem er den größten Einfluß hatte, war das Stahl- und Walzwerk Zenica-Jugočelik, das formal gesehen einheimischem Kapital gehörte, weil das Gesetz solche Besitzverhältnisse in diesem Zweig forderte. S. Dimitrijević vermutet, daß der Ausbau und die Erweiterung des Walzwerkes in Zenica durch Krupp vom deutschen Generalstab angeregt wurden. In dem vom OKW zum strategischen Hinterland bestimmten Jugoslawien sollte das Zenica-Werk ein wichtiges Objekt zur Erweiterung des Rüstungspotentials werden. Nach Meinung des Autors könnten deutsche Archive darüber Auskunft geben.⁵⁶

Die AEG, die nach einer Abmachung zwischen amerikanischen und deutschen Großkonzernen schon 1907 den Balkan als Interessenssphäre zugesprochen bekommen hatte, die Siemens A. G. und die Hermann-Göring-Werke waren die wichtigsten deutschen Konzerne, die ebenfalls in der jugoslawischen Wirtschaft Positionen hatten. Das deutsche Kapital hatte unter anderem im Bankwesen den größten Anteil. Neben der Dresdner Bank ist als die bedeutendste Institution auf diesem Gebiet die Allgemeine Jugoslawische Bankgesellschaft hervorzuheben.

Freilich wären darüber hinaus noch mehr deutsche Gesellschaften, Firmen, Betriebe und Banken zu nennen, die Kapital in die Wirtschaft Jugoslawiens investiert hatten. Aber die angeführten Großkonzerne und der Bankkoloß übten den größten Einfluß von deutscher Seite auf Jugoslawien aus.

⁵² Die Arbeit von S. Quilitzsch, Zur verbrecherischen Rolle der IG Farben während der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion, in: Juni 1941, Berlin 1961, läßt diesen Schluß zu.

⁵³ In den westdeutschen Publikationen nach 1945 spielen die Außenhandelsprobleme die wichtigste Rolle. (Vgl. u. a. die Bände des Südosteuropa-Jahrbuchs, München 1957 ff.) Der Kieler Professor Hermann Gross als ehemaliger Leiter der IG-Farben in Wien von 1938 bis 1945 und Kenner der Tätigkeit der Konzerne in Jugoslawien unterläßt auch in seinen zahlreichen Veröffentlichungen, darüber mehr zu schreiben.

⁵⁴ Dimitrijević, *Sergije*, a. a. O., S. 101.

⁵⁵ Ebenda, S. 266.

⁵⁶ Ebenda, S. 79.

Das ausländische Kapital, das mit der einheimischen Finanzoligarchie eng verbunden war, stellte den Kern dar, um den sich in Jugoslawien alle reaktionären Kräfte sammelten. Die Vertreter in der Regierung unterstützten die volksfeindliche Politik der ausländischen Monopole. Um Konzessionen und Zollschutz zu erhalten, um ungestraft die Steuergesetze hintergehen und Riesenbeträge transferieren zu können, mußten die einzelnen Vertreter der herrschenden Klassen durch das ausländische Kapital korrumpiert werden. Ein Skandal jagte den anderen, und einer war größer als der andere. Der anfangs englisch-französisch orientierte Teil der Bourgeoisie wurde von der „germanophilen“ in der Führung der Regierungsgeschäfte abgelöst. Am deutlichsten manifestierte sich dieses Umschwenken in der Person des Ministerpräsidenten Milan Stojadonović selbst (1935 bis 1939), der in München studiert hatte, der Direktor der englischen Handelsbank in Belgrad war und als solcher Regierungschef wurde, um während seiner vierjährigen Amtszeit auf das deutsche Pferd umzusatteln. Sein Nachfolger Cvetković (1939 bis 1941) steuerte schon einen ganz offensichtlichen achsenfreundlichen Kurs; er erbot sich sogar, von den Engländern eines der größten Bergwerke seines eigenen Landes für die deutschen Monopole zu kaufen und das Geschäft mit Devisen aus dem Staatsfonds abzuschließen.⁵⁷ Es verwundert dann auch nicht, daß der Bruder Hermann Görings, Albert, der Generaldirektor der Škoda-Werke für den Balkan war, mit einer solchen Regierung einen Vertrag über den Aufbau einer modernen Werft durch die Donauschiffsbau A. G. abschloß, über den S. Dimitrijević schreibt: „Der vom Staat mit der Donauschiffsbau-A. G. abgeschlossene Vertrag ist ein typisches Beispiel für jene räuberischen Abmachungen, die das internationale Finanzkapital mit den korrumpierten Regierungen halbkolonialer Länder trifft.“⁵⁸

Geheime Verträge und Abmachungen und die diesbezügliche Rolle der herrschenden Klasse in Belgrad spiegeln sich in den Archivmaterialien im Deutschen Zentralarchiv Potsdam wider. In vielen Fällen versuchten sich die jugoslawischen Regierungskreise dem Vorgriff der aggressiven Monopolisten und Diplomaten zu entziehen, um ihren Vorteil bei anderen zu suchen. Oft taten sie es auch, weil sie wußten, daß die Erfüllung der deutschen Wünsche die Wirtschaftssituation im Lande weiter verschlechtern und die Unzufriedenheit der Massen zu einer Explosion führen konnte.

Nach dem 3. September 1939 verstärkte Deutschland den Druck auf Jugoslawien. Die deutsche Politik war darauf ausgerichtet, dieses wichtige Rohstoffland unbedingt und mit allen Mitteln bei der Stange zu halten. Die im Herbst 1939 in Geheimverhandlungen zwischen beiden Regierungen getroffenen Abmachungen boten die Handhabe zu permanenten Interventionen von deutscher Seite, weil Jugoslawien, alte Verbindungen aufrechterhaltend, Lieferungen an die Schweiz, an Griechenland und an die Türkei vornahm, die für England bestimmt waren.⁵⁹ Besonders empfindlich reagierten die deutschen Stellen im Hinblick auf das Konto „C“ — Handel mit Kriegsgerät. Jugoslawien durfte keine kriegswichtigen Rohstoffe an die Staaten ausführen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden. Deutschland kontrollierte somit den gesamten jugoslawischen Außenhandel. Am 28. 5. 1940 wurde durch ein weiteres geheimes Zusatzabkommen in

⁵⁷ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Geheime Reichssache, Nr 68437, Bl. 98, Handel mit Kriegsgerät von 1936 bis 1941.

⁵⁸ *Dimitrijević, Sergeje*, a. a. O., S. 83.

⁵⁹ Vgl. ebenda, DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 48036/1, Bl. 136.

scharfer Form ausdrücklich festgelegt, daß über Lieferungen vorher eine Verständigung notwendig sei und daß künftighin strenger danach verfahren werden müsse.⁶⁰

Was nicht auf diesem staatlichen Kontrollwege erfaßt wurde, das hatten die Stützpunkte der fünften Kolonne ausgekundschaftet, an deren Spitze Generalkonsul Neuhausen, offiziell der Leiter des deutschen Reisebüros, stand.

Von den einheimischen Vertretern der fünften Kolonne in der Wirtschaft wurde an anderer Stelle schon gesprochen. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß nach den angeführten Beispielen Vertreter der einheimischen fünften Kolonne wichtige Positionen in der Regierung und in den Regierungsorganen innehatten.

War den deutschen Stellen schon durch die geheimen Regierungsarrangements ein völliger Einblick in den Verteidigungsstand der jugoslawischen Armee gegeben, so stellten sich zudem noch korrupte Vertreter des Offizierskorps⁶¹ und des Generalstabs der deutschen Militärsplionage zur Verfügung⁶², ja selbst der ehemalige Kriegsminister Nedić war Spion des deutschen Generalstabs.⁶³ Er stellte sich gleich nach dem Krieg 1941 der deutschen Besatzungsmacht als Regierungschef für Serbien zur Verfügung und verblieb bis zum Abzug der deutschen Truppen auf diesem Posten.⁶⁴ Es erscheint daher unwahrscheinlich, daß der deutsche Generalstab über die jugoslawische Armee keine klare Vorstellung hatte, als Hitler am 27. März beschloß, Jugoslawien zu überfallen, wie Louis de Jong in seinem Buch über die fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg meint.⁶⁵

Für Neuhausens Tätigkeit als Chefspion, der auch NSFK-Obergruppenführer war und von dem S. Dimitrijević sagt, er sei das Haupt der deutschen Wirtschaftsexpansion gewesen⁶⁶, finden sich in den Aktenbeständen in Potsdam nur verstreut Anhaltspunkte, die jedoch die obige Charakteristik bestätigen.⁶⁷

Welche Verbindung zu jener Gruppe der fünften Kolonne bestand, welche sich aus den Angehörigen der deutschen Minderheit rekrutierte, müßte noch näher untersucht werden, wie dies zum Teil schon hinsichtlich Rumäniens und Ungarns geschehen ist.⁶⁸ Für die kritische Zeit nach dem 27. März gibt de Jong einige Anhaltspunkte.⁶⁹

Enge Beziehungen und Verbindungen bestanden vor und nach 1941 zwischen den Genossenschaften der wirtschaftlich starken „Volksdeutschen“ und den Wirtschaftsorganen Deutschlands. Diese Wechselbeziehungen und die Versuche

⁶⁰ Ebenda, Nr 68803, Bl. 3–6.

⁶¹ Ebenda, Geheime Reichssache, Akte des Obersten Grujičić, Nr 48037, Bl. 176, 179, 182, 194 u. 294.

⁶² Vgl. *Marjanović, Jovan/Morača, Pero*, Naš oslobodilački rat i narodna revolucija 1941–1945 (Unser Volksbefreiungskrieg und unsere Volksrevolution 1941–1945), Beograd 1958, S. 19.

⁶³ Vgl. *Cubelić i Milostić*, Pregled historije NOB (Überblick zur Geschichte des Volksbefreiungskampfes), Zagreb 1959, S. 68.

⁶⁴ Über die Tätigkeit Nedićs als Chef der serbischen Marionettenregierung nach dem Jugoslawienfeldzug gibt *H. Neubacher* einen längeren Bericht. (Sonderauftrag Südost, Berlin u. Frankfurt a. M. 1956, S. 134–138 u. 155–165.)

⁶⁵ Vgl. *Jong, Louis de*, Die deutsche fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959, S. 216.

⁶⁶ Vgl. *Dimitrijević, Sergije*, a. a. O., S. 221.

⁶⁷ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 68803, Bl. 6–9; Nr 68437, Geheimes Protokoll v. 5. 10. 1939 u. Bl. 98, 99, 101.

⁶⁸ Vgl. *Hegemann, Margot*, Die „Deutsche Volksgruppe in Rumänien“ – eine fünfte Kolonne des deutschen Imperialismus in Südost-Europa, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd 4, Berlin 1960, S. 371–382; *Arató, Endre*, Der „Volksbund der Deutschen in Ungarn“ – eine fünfte Kolonne des Hitlerfaschismus, in: ebenda, Bd 5, 1961, S. 289–297.

⁶⁹ Vgl. *Jong, Louis de*, a. a. O., Kapitel über Jugoslawien, S. 214–219.

deutscher Stellen, das Genossenschaftswesen unter ihren Einfluß zu bekommen, weist J. Durman anhand archivalischer Quellen nach, die im Genossenschaftsarchiv in Novi Sad liegen.⁷⁰

Die politischen Präntensionen der „volksdeutschen“ Führung Jugoslawiens jedoch, welche mit dem „Volksgruppenführer“ Dr. Sepp Janko an der Spitze heute zu einem großen Teil in Westdeutschland versammelt ist und dem donauschwäbischen Revanchistenbund angehört⁷¹, schlugen sich damals in einem geliebten Traumbild nieder, das gleichzeitig Programm war: Donaudeutschland. Gemeint waren die mit Deutschen besiedelten fruchtbaren Gebiete der Pannonischen Ebene, die einstmals, nach der faschistischen Neuordnung Europas, großdeutsches Kolonialgebiet werden sollten. Den Kern dieses Donaudeutschland bildete zunächst der fruchtbare jugoslawische Banat, der nach dem Überfall auf Jugoslawien 1941 einem deutschen Okkupationsregime unterstellt wurde, an dem die „Volksdeutschen“ unter der Leitung von Janko großen Anteil hatten.⁷² Dies war dann auch von 1941 bis 1944 ein faschistisches Deutschland im kleinen, mit allen Attributen, mit SS-Mordkommandos, Gefängnissen und Zuchthäusern für die um ihre Freiheit kämpfenden jugoslawischen Patrioten.

Hitler wollte Ende 1940 unbedingt die wirtschaftliche und politische Unterordnung Jugoslawiens unter die Interessen des imperialistischen Deutschland und Italien nach außen hin durch einen Vertrag dokumentieren. Unter Anwendung aller möglichen Mittel war ihm dies Anfang 1941 gelungen. Auf sein Drängen, das einer ultimativen Forderung gleichkam, unterzeichneten Ministerpräsident Dragiša Cvetković und Außenminister Cincar-Marković im Namen der jugoslawischen Regierung am 25. März 1941 in Wien den Beitritt zum Dreimächtepakt Deutschland—Italien—Japan.

Nach der wirtschaftlichen und politischen Unterordnung des Landes glaubte Hitler, zunächst von einer militärischen Besetzung absehen zu können.⁷³ Das achsen- und in erster Linie deutschlandfreundliche, korrupte jugoslawische Regime erschien als ausreichende Garantie für die Wahrung der Interessen des deutschen Imperialismus. So war vor allem Deutschland an der Erhaltung des jugoslawischen Staates interessiert. Die Interessen Deutschlands und Italiens deckten sich indessen darin nicht ganz.⁷⁴

Von einer Liquidierung Jugoslawiens mußte vor allem Italien profitieren, das damit Gebiete und Reichtümer erhielt, die auszubeuten für Deutschland schwieriger war.⁷⁵

⁷⁰ Vgl. Durman, J., Zadrugarstvo Nemaca u Jugoslaviji do Drugog svetskog rata (Genossenschaftswesen der Deutschen in Jugoslawien bis zum zweiten Weltkrieg), in: Zadrugni arhiv 2/1954, S. 115—182.

⁷¹ Janko sollte 1945 als Kriegsverbrecher an Jugoslawien ausgeliefert werden, aber es gelang ihm, zu fliehen und sich in Südamerika bis 1955 versteckt zu halten. In Westdeutschland aufgetaucht, veröffentlicht er seitdem in den dortigen donauschwäbischen Publikationsorganen Aufsätze über politische und wirtschaftliche Probleme der deutschen „Volksgruppe“ vor 1944.

⁷² Vgl. Višnjić, Perica, Nemački okupacioni sistem u Srbiji 1941 god (Das deutsche Okkupationssystem in Serbien im Jahre 1941), in: Istoriski glasnik, 3—4/1956, S. 77—84.

⁷³ Vgl. Simić, Sima, Tudjinske kombinacije oko NDH (Fremde Kombinationen um den „Unabhängigen Staat Kroatien“), Titograd 1958, S. 22.

⁷⁴ Zur Konzeption der deutsch-italienischen Balkanpolitik siehe auch Rezension von Kalbe/Hegemann über Hermann Neubacher, Sonderauftrag Südost, Berlin u. Frankfurt a. M. 1956, in: Deutsche Außenpolitik, 7/1957, S. 704.

⁷⁵ Nach der Zerschlagung und Aufteilung Jugoslawiens trat dieser Umstand dann auch ein. Die Widersprüche zwischen den beiden Achsenmächten brachen schon Mitte 1941 offen aus, als Italien das Trepča-Bergwerk für sich beanspruchte und großalbanische Umtriebe inszenierte, um das Mitrovica-Gebiet Albanien anzu-

Da ein Krieg gegen Jugoslawien in diesen Monaten von deutscher Seite nicht beabsichtigt war, kauften deutsche Monopole noch kurz vor dem Jugoslawienfeldzug von der französischen Majoritätsgruppe die Aktien des Kupferbergwerkes von Bor, eines der größten seiner Art in Europa. In der gleichen Zeit meldete Neuhausen dem Auswärtigen Amt in Berlin, er stehe in Verhandlung mit der jugoslawischen Regierung wegen des Kaufes des nicht minder wichtigen Blei- und Zinkbergwerkes Trepča, das sich in englischem Besitz befand. Wie schon erwähnt, erklärte sich der jugoslawische Ministerpräsident Cvetković in Belgrad bereit, im Namen der jugoslawischen Regierung, mit Dollar aus dem jugoslawischen Devisenfonds, den Kauf abzuschließen und das Bergwerk den deutschen Monopolen abzutreten. Über die Frage der Rückzahlung könne man sich auch später noch einigen, äußerte Cvetković.⁷⁶ Einige der größten Objekte des Landes gelangten auf diese Weise um die Jahreswende 1940/41 in den Besitz der deutschen Monopole.

Italien brauchte in dieser Situation ebenfalls den Frieden in der jugoslawischen Flanke, wiewohl auch Mussolini zuletzt noch im August 1940 vorhatte, jugoslawisches Territorium zu annektieren bzw. es später als Durchmarschgebiet gegen Griechenland zu benutzen.⁷⁷ Dieser Frieden war wegen des ohne Billigung Hitlers⁷⁸ am 28. Oktober 1940 begonnenen Krieges gegen Griechenland notwendig geworden, der sich in ein völliges Fiasko und in eine Katastrophe für die italienische Aggressionsarmee zu verwandeln drohte. Nach der Landung der englischen Luftstreitkräfte auf griechischem Boden, seit dem 3. März 1940, waren die für Deutschland außerordentlich wichtigen rumänischen Erdölfelder bedroht. Hitler hatte außerdem bereits geplant, die Sowjetunion zu überfallen und den Termin für Mitte Mai 1941 festgelegt. Das „Unternehmen 25“ — „Marita“ —, der am 13. Dezember beschlossene Überfall auf Griechenland, mußte vorher „abrollen“, damit der Balkan „befriedet“ wäre. Jugoslawien sollte gezwungen werden, von seiner Politik der Neutralität zu einer Politik der aktiven Unterstützung der Achsenmächte überzugehen. Das war im Hinblick auf die „Regelung der griechischen Frage“ und im Hinblick auf den „Fall Barbarossa“ von großer Wichtigkeit. Hitler schrieb deshalb am 20. November 1940 an Mussolini: „Ohne eine Garantie von der jugoslawischen Seite zu haben, ist es müßig auf dem Balkan Operationen zu beginnen. Sie wären zu einem Mißerfolg verurteilt.“⁷⁹ Beide faschistischen Mächte sahen den Ausweg im Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt, wenn auch unter mildereren Bedingungen als im Falle der anderen Staaten Südosteuropas.⁸⁰

schließen. (Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Geheime Reichssache um Mitrovica-Gebiet, Nr 61153, Bd 1.) Später vertieften sich diese Widersprüche, die sich an den Bänden ablesen lassen, welche von Klageberichten deutscher Stellen angefüllt sind und im Zentralarchiv in Potsdam ihrer Auswertung harren. Vgl. Auswärtiges Amt, Politische Abteilung Nr 68628, Bd 1 u. 2; im Winter schrieb 1941/42 der deutsche Gesandte in Zagreb, Kasche: Die Italiener wollen mit einem Gewaltakt wirtschaftliche Rechte durchsetzen (Nr 68628, Bd 1, Bl. 126); an anderer Stelle heißt es: Die Italiener plündern Buntmetalle und Öl (ebenda, Bd 2, Bl. 18–23); die Akte Nr 68437 enthält den Streit um 20 Kisten Gold, das die Italiener aus dem jugoslawischen Goldschatz an sich gebracht hatten.

⁷⁶ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 68437, Bl. 98.

⁷⁷ Čulinović, Ferdo, *Slom stare Jugoslavije* (Der Zusammenbruch des alten Jugoslawien), Zagreb 1958, S. 119.

⁷⁸ Krizman, Bogdan, Hitlerov „Plan 25“ protiv Jugoslavije (Hitlers „Plan 25“ gegen Jugoslawien), Zagreb 1953, S. 44.

⁷⁹ Zit. nach ebenda, S. 40.

⁸⁰ Als größten Erfolg schrieben sich die jugoslawischen Vertragspartner das Zugeständnis Deutschlands zu, Jugoslawien nicht als Aufmarschbasis gegen Griechenland zu benutzen und nicht wie bei den übrigen Paktstaaten des Südostens das Durchmarschrecht für die deutschen Truppen zu verlangen.

Ungarn und Rumänien waren schon Ende des Jahres 1940 dem Dreimächtepakt beigetreten.⁸¹ Als letztes der Nachbarländer Jugoslawiens schloß sich am 1. März 1941 Bulgarien der Achse an, obwohl seine Außen- und Wirtschaftspolitik schon viel früher auf Deutschland festgelegt war. Hitler und Ribbentrop hatten Kenntnis davon, daß der Beitritt zum Pakt sicher in der Bevölkerung Jugoslawiens großen Widerspruch auslösen würde und einflußreiche Kreise der Bourgeoisie in Belgrad den Beitritt scharf ablehnten; dennoch setzte Berlin die jugoslawische Regierung weiter unter Druck.⁸² Man drohte und machte Versprechungen. Möglicherweise hat die Regierung in Belgrad nach langem Hin und Her schließlich eingewilligt, weil ihr von Hitler ein Ausgang zur Ägäis und der Hafen von Saloniki versprochen wurde.⁸³

Als der Beitritt Jugoslawiens zum Pakt endlich am 25. März 1941 in Wien in einer etwas gedrückten Stimmung unterzeichnet wurde, führte Ribbentrop zufrieden aus, daß dieser Schritt für Deutschland deshalb von besonderer Bedeutung sei, „weil damit nunmehr der ganze neutrale Balkan sich im Lager der Ordnung . . . befindet. Vor unseren Augen vollzieht sich mitten im Krieg die Umordnung Europas, von der England noch immer glaubt, . . . mit seinen Intrigen bestimmte Kräfte des Landes (Jugoslawiens — M. Z.) gegen diese Ordnung mobilisieren zu können.“⁸⁴ Hitler, der zu gleicher Zeit in Wien war, sprach aus, was auch Ribbentrop dachte. Der Akt der Unterzeichnung selbst käme einem Begräbnis gleich, äußerte er.⁸⁵

Das damalige jugoslawische Regierungsorgan „Politika“ behauptete zwei Tage danach, am 27. März: „In allen Kreisen der Bevölkerung herrscht große Befriedigung über den Schritt der Regierung. Die Lage auf dem Balkan hat sich nunmehr geklärt. Ganz Jugoslawien atmet auf.“ In Wirklichkeit rief der Schritt der Regierung eine tiefe Verbitterung hervor. Der „Völkische Beobachter“ berichtete, in Belgrad hätten am Morgen des 26. März viele Einwohner demonstrativ die Zeitungen zerrissen und sich zusammengerottet.⁸⁶ Im ganzen Lande, hauptsächlich im östlichen Teil, war die erregte Bevölkerung auf die Straße gegangen und hatte ihren Unwillen demonstriert.

Am 27. März nahmen dann die Dinge ihren Lauf, die zum Sturz der Regierung Cvetković führten. In der gesamten bürgerlichen Literatur ist dabei lediglich von einem Putsch der englisch orientierten, mit der Achsenpolitik unzufriedenen Kreise Belgrads die Rede, an deren Spitze sich Militärs gesetzt hatten. Das ist aber nur die eine Seite. Die Ereignisse dieses Tages, die gewaltigen Aktionen

⁸¹ Ungarn am 20. Nov. 1940, Rumänien am 23. Nov. 1940. Zur „Gleichschaltung Rumäniens“ vgl. *Hegemann, Margot*, Das Diktat von Wien 1940 und seine Bedeutung für die Umwandlung Rumäniens in eine militärische Aggressionsbasis Hitler-Deutschlands, phil. Diss. Leipzig 1961 (MS). Siehe auch *Neubacher, H.*, a. a. O., Kapitel über Rumänien, S. 38—66.

⁸² Über den Verlauf der Verhandlungen vgl. *Gregorić, Danilo*, So endete Jugoslawien, Leipzig 1943, S. 117 ff. Die Darstellung ist mit Reserve aufzunehmen, da der Verfasser der einheimischen fünften Kolonne angehörte. Er war inoffizieller Verhandlungspartner der jugoslawischen Regierung, der mit den Stellen des auswärtigen Amtes ständigen Kontakt hatte.

⁸³ Der Ministerpräsident Cvetković hat nach dem Kriege im Exil lange Zeit bestritten, um Saloniki gefeilscht zu haben (vgl. *Tsvetkovič, Dragiša*, Prince Paul, Hitler and Saloniki, in: *International affairs*, 4/1951, S. 462—469). Bestätigt wird Saloniki als Verhandlungsgegenstand auch von der deutschen Regierung in: Amtliche Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland, Berlin 1941, S. 7.

⁸⁴ *Völkischer Beobachter* v. 26. 3. 1941.

⁸⁵ Vgl. *Krizman, Bogdan*, a. a. O., S. 150.

⁸⁶ *Völkischer Beobachter* v. 27. 3. 1941.

der breiten Volksmassen mit den Kommunisten an der Spitze, die großen Demonstrationen, die gewaltigen Sprechchöre — „Lieber tot als Sklave“ (bolje grob nego rob), „Nieder mit dem Pakt“, „Wir wollen den Pakt mit der Sowjetunion“⁸⁷ — und die Demolierung der Einrichtungen des deutschen Reisebüros waren Ausdruck der revolutionären Stimmung, die sich der Massen, besonders der revolutionären Jugend bemächtigte, als der Beitritt zum Dreimächtepakt bekannt wurde. Darin bestand die andere Seite der Ereignisse vom 27. März 1941. Beide Erscheinungen sind miteinander eng verbunden. Die Militärs und der neue Ministerpräsident, General Simović, hatten den Putsch gerade im Hinblick auf die Unzufriedenheit der Massen durchgeführt. Die revolutionäre Situation hatte erst die Voraussetzung zu diesem Militärputsch geschaffen. Der jugoslawische Historiker F. Čulinović charakterisiert die Ereignisse vom 27. März 1941 wie folgt: „In ihnen überwiegt der revolutionäre Charakter, während der Regierungswechsel als mittelbarer Ausdruck und gleichzeitig als Bestätigung dieser antifaschistischen Stimmung erscheint.“⁸⁸

Nach den Meldungen des gleichen Tages aus Belgrad entschied Hitler, „Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen“. Man müsse sich damit beeilen, um der neuen Belgrader Regierung keine Gelegenheit zu bieten, Loyalitätserklärungen abzugeben.⁸⁹ Der deutschen Propaganda oblag das schwierige Amt, den Freund und Bündnispartner von gestern zum Feind zu erklären, denn schon zehn Tage später, am 6. April, sollte sich die faschistische Kriegsmaschine ohne Kriegserklärung gegen Jugoslawien und Griechenland in Bewegung setzen. Hitler bezog in das Geschäft der Liquidierung Jugoslawiens noch andere faschistische Nachbarstaaten mit ein. In der Lagebesprechung des OKW am 27. März 1941 führte er dazu folgendes aus: „Der Krieg gegen Jugoslawien könnte sehr populär werden in Italien, Ungarn, Bulgarien, weil man diesen Ländern einige Territorien in Aussicht stellen sollte.“⁹⁰

Belgrad wurde an diesem Sonntagmorgen des 6. April von Tausenden von Flugzeugen bombardiert. Der durch soziale und nationale Kämpfe erschütterte Staat brach unter den Schlägen der Hitlerwehrmacht in knapp zwei Wochen zusammen.⁹¹ Derselbe Cincar-Marković, der im gleißenden Licht des Schlosses Belvedere in Wien als Außenminister den Beitritt zum Dreimächtepakt mit unterzeichnet hatte, setzte im zerstörten Belgrad seinen Namen unter die Kapitulationsurkunde der jugoslawischen Armee.

Hatten sich vor dem 27. März die deutschen Monopole und die deutsche Diplomatie noch Zurückhaltung auferlegt, um nach außen hin den Schein der völligen

⁸⁷ Nachdem die Regierung Simović erkannt hatte, daß sie durch die Beteuerung, den deutschfreundlichen Kurs weiterverfolgen und den Dreimächtepakt nicht kündigen zu wollen, Hitler in seiner Kriegsabsicht gegen Jugoslawien nicht umzustimmen vermochte, entwickelte sie in den Tagen vor dem Überfall eine große diplomatische Aktivität (vgl. Čulinović, *Ferdo*, a. a. O., S. 157 ff., sowie Gregorić, *Danilo*, a. a. O., S. 95 ff.). In der Nacht vom 5. zum 6. April schloß die jugoslawische Regierung unter dem Druck der Ereignisse und der Lage im Lande einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion ab, der freilich nur noch symbolischen Charakter haben konnte.

⁸⁸ Čulinović, *Ferdo*, a. a. O., S. 138.

⁸⁹ Der Nürnberger Prozeß, in 2 Bänden, hg. v. *Alfons Steiniger*, Bd 2, Berlin 1957, S. 229. Ebenda.

⁹¹ Noch während des zweiten Weltkrieges erschienen in Deutschland mehrere Bücher, die das Ende Jugoslawiens von der faschistischen Position darstellen. Vgl. *Bauer, Helmut*, Ein Vielvölkerstaat zerbricht. Werden und Vergehen Jugoslawiens, Leipzig u. Berlin 1941; *Gärtner, Emil R.*, Kroatien in Südslawien. Historisch-politische Studie, Berlin 1944; *Gregorić, Danilo*, a. a. O.

Unabhängigkeit des jugoslawischen Staates zu wahren, so streiften sie nach der Zerschlagung Jugoslawiens in zehn Teile die Skrupel ab und behandelten diese Gebiete offen wie Kolonialgebiete.⁹² Im verkleinerten Serbien wurde der General Milan Nedić, ehemals schon als Generalstabschef der jugoslawischen Vorkriegsarmee in deutschen Diensten, von der deutschen Militärverwaltung zum Ministerpräsidenten berufen. Der Chefspion im alten Jugoslawien, Neuhausen, übernahm als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft Serbiens die oberste Leitung der Ausbeutung des Landes. Im serbischen Banat nördlich der Donau beließ man Teile der SS-Division „Das Reich“ und ein Regiment der Division mit dem für dieses Gebiet symbolischen Namen „Großdeutschland“ als Besatzung. Im Zusammenwirken beider faschistischer Achsenmächte Deutschland und Italien mit dem Vatikan wurde der am 10. April 1941 in Zagreb unter der Schutzherrschaft deutscher Panzereinheiten vom ehemaligen k. u. k. Oberst und Vertreter der Ustaši, Slavko Kvaternik, ausgerufene „Unabhängige Staat Kroatien“ aufrechterhalten und gefördert. Dieser Staat, der nach den Worten Kvaterniks „... durch göttliche Vorsehung und den Willen unserer Verbündeten...“ ins Leben gerufen wurde⁹³, sollte ein antikommunistisches Bollwerk darstellen, in dem von den klerikalfaschistischen Führern und ihren Organisationen mit dem „Kreuz und der Maschinenpistole“ Hunderttausende orthodoxe Serben dem katholischen Glauben zuzuführen waren. Der wegen geistiger Urheberchaft des Mordes an König Alexander von Jugoslawien und dem französischen Außenminister Barthou von den Gerichten Jugoslawiens und Frankreichs zum Tode verurteilte Ante Pavelić – Führer der Ustaši in italienischer Emigration – wurde von Mussolini und Hitler als Chef dieses Staates eingesetzt. Der Minister für Kirchenfragen der Pavelić-Regierung faßte im Sommer 1941 das Regierungsprogramm wie folgt zusammen: „Einen Teil der Serben werden wir umtaufen, einen Teil erschlagen und ein Drittel aussiedeln.“⁹⁴ Über 240000 Serben wurden ermordet⁹⁵, und im Konzentrationslager Jasenovac, dessen Kommandant der Franziskanerpater Filipović war, wurden weitere 600000 Menschen umgebracht.⁹⁶ Die „Judenfrage“ lösten die Klerikalfaschisten nach deutsch-faschistischem Vorbild. Die Urheber der Pogrome und die wahren Herren dieses „unabhängigen“ Staates waren die faschistischen Besatzungsmächte und ihre Zentralen, deren Werk im Missionsland „Heiliges Kroatien“ vom Papst Pius XII. gesegnet wurde. Auch in diesem „unabhängigen“ Kroatien plünderte man nun in den dalmatinischen Bauxitfeldern und in den Bergwerken Bosniens, von kriegswirtschaftlichen Interessen geleitet, rücksichtslos die Naturreichtümer des Landes. Die

⁹² Slowenien wurde zwischen Deutschland und Italien aufgeteilt. Ungarn erhielt die Bačka (das Zwischenstromland zwischen Donau und Theiß), die Baranya und das Zwischen- und Übermurgebiet; Bulgarien erhielt einen Teil Mazedoniens und Ostserbiens; Großalbanien wurden südwestliche Teile Serbiens und ein Teil Montenegros zugeschlagen. Die dalmatinischen Küstengebiete des „mare nostrum“ bekam Italien; Montenegro wurde als italienisches Gouvernement „selbständig“, Kroatien wurde, von Deutschlands und Italiens Gnaden „unabhängig“, in zwei Zonen aufgeteilt, die von den deutschen und italienischen Truppen besetzt wurden.

⁹³ Vgl. *Simić, Sima*, a. a. O., S. 15.

⁹⁴ *Novak, Viktor*, *Velika optužba* (Die große Anklage), in 3 Bänden, Zagreb 1960, Bd 3, S. 54.

⁹⁵ Ebenda, S. 140; vgl. auch *Simić, Sima*, *Prekrštavanje Srba za vreme Drugog svetskog rata* (Umtaufaktionen der Serben im zweiten Weltkrieg), Titograd 1958.

⁹⁶ Vgl. *Novak, Viktor*, *Magnum crimen*, Zagreb 1948, S. 645–653, und *Nikolić, Nikola*, *Jasenovački logor* (Das Lager in Jasenovac), Zagreb 1948.

Berichte der deutschen Diplomaten aus Belgrad und Zagreb über Zusammenstöße mit den italienischen Verbündeten wegen der Beute füllen einige Bände im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, genau so wie die Bestrebungen deutscher Gesellschaften, sich hier zu etablieren und Betriebe zu „arisieren“, um, wie es immer wieder stereotyp heißt, den deutschen Einfluß zu sichern, um deutschen Firmen ein weiteres Einsatzgebiet zu geben usw.⁹⁷ Doch schon sind in diese diplomatischen und militärischen Berichte von 1941 an mehr und mehr Meldungen eingesprenkelt von Kämpfen gegen eine neue Kraft, die von Tag zu Tag anwuchs: den Widerstand der Völker Jugoslawiens gegen Unterdrückung, Okkupation und Ausplünderung. Denn mit dem Prozeß der beabsichtigten endgültigen Verwandlung der Einzelgebiete Jugoslawiens in Kolonialsphären begann auch ein anderer: der Prozeß der endgültigen Befreiung der süd-slawischen Völker.

Als die geschlagene Regierung des 27. März mit dem Ministerpräsidenten Simović den Flug ins Exil antrat, bedeutete dies nicht, daß damit auch Jugoslawien selbst verschwunden war. Von der Landkarte verläufig wohl. Das Volk aber, das sich gegen die Politik der von deutschen Monopolen gekauften Regierungskreise in vielen Aktionen gewehrt, das sich der Umwandlung Jugoslawiens in eine Halbkolonie und der doppelten Ausbeutung tapfer widersetzt hatte, war nicht geschlagen. Wenn es ihm auch nicht gelang, 1941 die faschistische Okkupation zu verhindern, so stellte es mit an Wunder grenzender Opferbereitschaft später den Okkupanten zum Kampf und nahm so auf den ganzen Kriegsverlauf von 1941 bis 1945 starken Einfluß.

Der siegreiche Volksbefreiungskampf von 1941 bis 1945 unter der Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens war gleichzeitig ein revolutionärer bewaffneter Kampf gegen die verräterische einheimische Bourgeoisie, mit deren Sturz die Herrschaft des ausländischen Imperialismus gebrochen wurde.⁹⁸

⁹⁷ Vgl. DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Berichte der deutschen Gesandtschaft in Agram, Nr 68915; Beteiligung deutschen Kapitals in Kroatien, Nr 68915; deutsch-italienische Widersprüche, Nr 61142, 61153, 68437.

⁹⁸ Vgl. *Markov, Walter*, Ein Aktenwerk über den jugoslawischen Volksbefreiungskrieg 1941–1945. Zbornik dokumenata i podataka o narodnooslobodilačkom ratu jugoslovenskih naroda, Beograd 1949 ff., in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6/1956, S. 1276–1296.

Spezialverzeichnis ausgewählter Nachschlagewerke
für die wirtschaftshistorische Forschung
aus den Beständen der Berliner Bibliotheken

(1. Fortsetzung)¹

VON RENATE GÜNTHER

Wir setzen in diesem Band die Reihe der Spezialverzeichnisse mit dem „Compass“ fort. Er erscheint ab 1868 unter dem Titel: „Compass. Jahrbuch für Handel, Industrie und Verkehr, Capital und Grundbesitz“. Mit dem Jahr 1875 beginnend, lautet der Titel: „Compass. Finanzielles Jahrbuch für Österreich-Ungarn“ und ab 1919 „Compass. Finanzielles Jahrbuch“. Die Reihe wird herausgegeben von Gustav Leonhardt, ab 1880 von S. Hiller, später von Rudolf Hanel und erscheint in Wien.

Ab 1919 enthält die Reihe auch Angaben über andere Länder als Österreich-Ungarn, und ab 1920 wird die Einteilung der Bände nach Ländern vorgenommen.

Neben dem „Finanziellen Jahrbuch“ erscheinen noch das „Industrielle Jahrbuch“, auch „Industriekompass“, „Industrielles Jahrbuch“ oder „Industrielles Adreß- und Nachschlagebuch“ genannt, in der Aufstellung durch* gekennzeichnet, und das „Kommerzielle Jahrbuch“, in der Aufstellung durch** gekennzeichnet. Beide erscheinen, soweit feststellbar, nicht regelmäßig.

Ergänzt wird die Reihe durch ein Personenverzeichnis, das die Verwaltungsräte und Direktoren, teilweise auch die Prokuristen und Vorstandsmitglieder erfaßt. Das Personenverzeichnis enthält in einem einzigen Band alle in dem entsprechenden Jahr erfaßten Länder.

Nach 1945 erscheinen die Bände „Finanz-Compass“, „Industrie-Compass“, „Handels-Compass“ und „Personen-Compass“. Alle Reihen erscheinen ausschließlich für Österreich.

Leider war der Compass-Verlag in Wien nicht bereit, uns mitzuteilen, welche Bände und Teile der verschiedenen Compass-Reihen in den einzelnen Jahren erschienen sind. Da in den Bänden selbst Angaben über die Anzahl der jährlich erschienenen Bände meist fehlen, können wir nur die in den Berliner Bibliotheken wirklich vorhandenen Bände angeben.²

Es wurden auch hier wieder die Bibliotheken mit den größten Beständen aufgeführt und andere Bibliotheken nur vereinzelt zur Ergänzung der Bestände herangezogen. Zur Kennzeichnung der Bestände dienen die üblichen Bibliothekssigel.³

¹ Vorangehender Teil in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2.

² In einigen Fällen durch den Bestand der Deutschen Bücherei in Leipzig ergänzt.

³ Sigel-Liste der Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik, Stand v. 31. 7. 1959, hg. v. der Auskunftsabteilung der Deutschen Staatsbibliothek, 2. erw. Aufl., Berlin 1959.

Jahr- gang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475) ⁴
4.	1871	1	
5.	1872	1	
6.	1873	1	
7.	1874	I, II	
8.	1875	I, II	
9.	1876	I, II	
10.	1877	1	
11.	1878	1	
12.	1879	1	
13.	1880	1	
14.	1881	1	
15.	1882	1	
16.	1883	1	
17.	1884	1	
18.	1885	1	
19.	1886	ausgelagert	
20.	1887	1	
21.	1888	1	
22.	1889	1	
23.	1890	1	
24.	1891	1	
25.	1892	1	
26.	1893	1	
27.	1894	1	
28.	1895	1	
29.	1896	1	
30.	1897	1	
31.	1898	1	
32.	1899	1	
33.	1900	1	
34.	1901	1	
35.	1901/02	1	
36.	1903	1	1
37.	1904	II (I ausgelagert)	
38.	1905	I, II (III ausgelagert)	I
39.	1906	I, II, III	I, II
40.	1907	I, II, III	I, II
41.	1908	I, II, III	II
42.	1909	I, II, III	I, II
43.	1910	I, II, III 1, 2	
44.	1911	I, II, III 1, 2	I, II
45.	1912	I, II, III 1, 2	I, II
46.	1913	I, II, III 1, 2	I

⁴ Die Bibliothek des DWI (Deutsches Wirtschaftsinstitut) ist keine öffentliche Bibliothek. Ihre Benutzung ist nur bei Nachweis eines Forschungs- oder Dienstauftrages möglich.

Jahr- gang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
47.	1914	I, II, III, IV, V	I, II, III
48.	1915	I, II, III, IV, V	II
49.	1916	I, II, III, IV, V	I, II, III
50.	1917	I, II, III	I, II, III
51.	1918	I, II + III, IV, V	
52.	1919 ⁵	I, II + III, (IV, V, VI)*	I
53.	1920	Deutschösterreich Jugoslawien Rumänien Neutalieu ⁶ Polen Ungarn	Polen Ungarn
54.	1921	Deutschösterreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	
55.	1922	Deutschösterreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	Deutschösterreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn
56.	1923	Deutschösterreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn
57.	1924	Deutschösterreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn
58.	1925	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn
59.	1926	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	Jugoslawien Ungarn
60.	1927	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn	Österreich* Tschechoslowakei* Jugoslawien Ungarn*

⁵ Ein Band des Industrie-Compass 1919 über die Tschechoslowakei befindet sich in der Deutschen Bücherei in Leipzig (101).

⁶ Gebiete Österreich-Ungarns, die Italien durch den Friedensvertrag von St. Germain zugefallen waren.

Jahr- gang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
61.	1928	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Personenverzeichnis	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Personenverzeichnis
62.	1929	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Rumänien	Österreich Jugoslawien Ungarn Rumänien
63.	1930	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Bulgarien Albanien Ungarn Rumänien Personenverzeichnis	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Bulgarien Albanien Ungarn Rumänien Personenverzeichnis
64.	1931	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Rumänien	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Rumänien
65.	1932	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Rumänien Personenverzeichnis	Österreich Tschechoslowakei Jugoslawien Ungarn Rumänien
66.	1933	Österreich Tschechoslowakei Ungarn Rumänien Jugoslawien Personenverzeichnis	Österreich Tschechoslowakei Ungarn Rumänien Jugoslawien Personenverzeichnis
67.	1934	Österreich Tschechoslowakei Ungarn Jugoslawien Rumänien Personenverzeichnis	
68.	1935	Österreich Tschechoslowakei	Österreich

Jahr- gang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
		Ungarn	Ungarn
		Jugoslawien	Jugoslawien
		Rumänien	Rumänien
		Personenverzeichnis	
	1933—35	Österreich*	
69.	1936	Österreich	Österreich
		Tschechoslowakei	Tschechoslowakei
		Ungarn	Ungarn
		Rumänien	Rumänien
		Jugoslawien	Jugoslawien
		Personenverzeichnis	
70.	1937	Österreich	Österreich
		Tschechoslowakei	Tschechoslowakei
		Ungarn	Ungarn
		Rumänien	Rumänien
		Jugoslawien	Jugoslawien
		Personenverzeichnis	Personenverzeichnis
71.	1938	Österreich	Österreich
		Tschechoslowakei	Tschechoslowakei
		Ungarn	Ungarn
		Rumänien	Rumänien
		Jugoslawien	Jugoslawien
		Personenverzeichnis	Personenverzeichnis
	1938/39		Österreich**
			Österreich*
			Tschechoslowakei*
			Sudetenland*
72.	1939	Deutsches Reich:	Deutsches Reich:
		Land Österreich	Land Österreich
		Tschechoslowakei	Tschechoslowakei
		Ungarn	Ungarn
		Rumänien	Rumänien
		Jugoslawien	Jugoslawien
		Personenverzeichnis	Personenverzeichnis
			Deutsches Reich:
			Land Österreich**
			Protectorat Böhmen und Mähren;
			Slowakei
			Karpathorußland**
73.	1940	Deutsches Reich:	Deutsches Reich:
		Land Österreich	Land Österreich
		Sudetenland	Sudetenland

Jahr- gang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
	1940		Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei Ungarn Rumänien Jugoslawien Bulgarien (ausgelagert)
			Personenverzeichnis
74.	1941 ⁷	Deutsches Reich: Ostmark Sudetenland Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei Ungarn Rumänien	Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei Ungarn Rumänien Personenverzeichnis Deutsches Reich: Ostmark** Deutsches Reich: Sudetenland** Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei**
75.	1942 ⁷	Deutsches Reich: Ostmark Sudetenland Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei Kroatien, Serbien Ungarn Rumänien Bulgarien Personenverzeichnis	Deutsches Reich: Ostmark Sudetenland Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei Kroatien, Serbien Ungarn Rumänien Personenverzeichnis Deutsches Reich: Ostmark** Deutsches Reich: Sudetenland**

⁷ Der Band Jugoslawien befindet sich in der Bibliothek des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (B 364).

Jahrgang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
			Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei** Ungarn** Bulgarien**
76.	1943 ⁸	Deutsches Reich: Ostmark Sudetenland Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei Ungarn Bulgarien	Ungarn Bulgarien Kroatien, Serbien Rumänien Protektorat Böhmen und Mähren; Slowakei
77.	1944 ⁹	Ostmark Böhmen und Mähren; Slowakei Kroatien, Serbien Ungarn Rumänien Bulgarien	Bulgarien

⁸ Außerdem befinden sich folgende Bände des Jahrgangs 1943 in der Zentralbibliothek der Gewerkschaften (B 484):

Deutsches Reich:	
Ostmark	Kroatien, Serbien
Sudetenland	Rumänien
Protektorat Böhmen und Mähren;	Ostmark*
Slowakei	Sudetenland*
Ungarn	Ungarn*
Bulgarien	Böhmen und Mähren*
	Personenverzeichnis

⁹ Außerdem befinden sich folgende Bände des Jahrgangs 1944 in der Zentralbibliothek der Gewerkschaften (B 484):

Ostmark	Bulgarien
Böhmen und Mähren;	Personenverzeichnis
Slowakei	Anhang
Kroatien, Serbien	Böhmen und Mähren*
Ungarn	Ostmark*
Rumänien	Ungarn*

Jahrgang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
78. ¹⁰			
79. ¹¹			
80.	1951	Personen-Compass Österreich	
80.	1951	Finanz-Compass Österreich	Finanz-Compass Österreich
81.	1952		Personen-Compass Österreich
o. Jg.	1952	Handels-Compass Österreich	
82.	1951		Industrie-Compass Österreich
82.	1953	Finanz-Compass Österreich	
83.	1954	Finanz-Compass Österreich	Finanz-Compass Österreich
83.	1954	Personen-Compass Österreich	Personen-Compass Österreich
83.	1952	Industrie-Compass Österreich	
o. Jg.	1954	Handels-Compass Österreich	
84.	1953	Industrie-Compass Österreich	
84.	1955	Finanz-Compass Österreich	
o. Jg.	1955	Handels-Compass Österreich	
85.	1954	Industrie-Compass Österreich	
o. Jg.	1956	Handels-Compass Österreich	
85.	1956	Finanz-Compass Österreich	
86.	1955	Industrie-Compass Österreich	
86.	1957		Finanz-Compass Österreich

¹⁰ Der Jahrgang 78 (1945) des Compass, Finanzielles Jahrbuch, befindet sich in der Deutschen Bücherei in Leipzig (101).

¹¹ Der Jahrgang 79 des Finanz-Compass Österreich befindet sich in der Deutschen Bücherei in Leipzig (101).

Jahr- gang	Jahr	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Bibliothek des DWI (B 475)
	o. Jg. 1957	Handels-Compass Österreich	
87.	1956		Industrie-Compass Österreich
87.	1958	Personen-Compass Österreich	Personen-Compass Österreich
87.	1958	Finanz-Compass Österreich	
	o. Jg. 1958	Handels-Compass Österreich	
88.	1959	Handels-Compass Österreich	
89.	1960	Finanz-Compass Österreich	
	o. Jg. 1960	Handels-Compass Österreich	
90.	1961	Finanz-Compass Österreich	Finanz-Compass Österreich
90.	1961		Personen-Compass Österreich
91.	1962	Finanz-Compass Österreich	Industrie-Compass Österreich

Autorenverzeichnis

- Epperlein, Siegfried*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent der Arbeitsgruppe Feudalismus am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Günther, Renate*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Handke, Horst*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Löser, Wolfgang*, Dipl.-Gewerbelehrer, Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Geschichte der Technik und Naturwissenschaften der Technischen Universität Dresden.
- Müller, Hans-Heinrich*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Nehls, Katja*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Radandt, Hans*, Dr. rer. oec., habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Seiffert, Herbert*, Dr., Dozent an der Hochschule für Landwirtschaft, Bernburg a. d. S.
- Schabalin, B. I.*, Mitarbeiter des Lehrstuhls für Geschichte der KPdSU am Pädagogischen A.-I.-Herzen-Institut, Leningrad.
- Strauß, Rudolph*, Leiter des Stadtarchivs Karl-Marx-Stadt.
- Strenz, Wilfried*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Geographische Wirtschaftsgeschichte am Institut für Allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Zöllev, Martin*, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Geschichte der Völker der UdSSR der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Zumpe, Lotte*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben, und BAND 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 18. BAND 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, BAND 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind bisher erschienen BAND 22 und 23, Geschichte der Lage der Arbeiter in England bis 1832, und BAND 28, der eine Geschichte der Lage der Arbeiter in den englischen Betrieben in China bis 1949 gibt.

Beim Verlag befinden sich als Manuskript:

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,
BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,
BAND 6, der die Jahre des Faschismus analysiert,
BAND 17, der Studien und Dokumente zu Band 6 und 7 bringt,
BAND 24 und 25, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England behandeln.

In Bearbeitung befinden sich:

BAND 26, 27a und 27b, die die Geschichte der Lage der Arbeiter im englischen Kolonialreich bringen.